Reichspost

1.10.1917

4

Minister Höfer über Ernährungsfragen.

Aus Brünn wird berichtet: Die „Br. Ztg." bringt Aeußerungen des Ministers Höfer über Ernährungsfragen, insbesondere darüber, ob das bisherige schlechte Wetter weitere Einschränkungen notwendig machen werde. Der Minister sagte dem Blatte zufolge: „Einschränkungen kann ich nicht vorhersagen. Die Verhältnisse sind im Kriege so verwickelt, daß man beinahe von den Ereignissen des Tages abhängt. Die Versorgung Oesterreichs wird sich auch in der kommenden Zeit im wesentlichen auf die rumänische Zufuhr stützen müssen. Allerdings gibt es immer ganz unberechenbare Transportschwierigkeiten. Selbst für den Fall, als weitere Einschränkungen notwendig sind, so werden sie klein und erträglich sein. Ich bemühe mich, aus Südungarn, wo die Ernte schon Ende Juni beginnt, wo es sehr viele Frühkartoffeln gibt, Vorräte zu bekommen und ich kann sagen, daß ich bei der ungarischen Regierung vollstem Verständnisse begegne. Das Ende des Monates Mai wird hart sein, im Juni jedoch hoffe ich, durch reichliche Gemüsezufuhr eine Ueberbrückung der Lage zu schaffen. Besorgniserregend ist sie keinesfalls. Wir werden große Fleischmengen aufbringen und zu einem billigen Preise an die Bevölkerung abgeben. Geldmittel scheut die Regierung nicht. Die Behauptung, die Kaufmannschaft würde mit ihrer tausendfältigen Arbeitskraft im gegenwärtigen Augenblicke mehr Kartoffeln als die Regierung auf den Markt schaffen, ist unrichtig. Ich berate mich ständig mit den gewiegtesten Kartoffelhändlern, die mir sagten, das von dem Ernährungsamte erzielte Ergebnis könne nicht verbessert werden. Ich bin derjenige, der den legitimen Handel soweit als möglich fördert. Mein Ideal ist die Schaffenskraft des legitimen Handels mit den Machtmitteln des Staates in einem einheitlichen Ganzen zur Zusammenarbeit zu verschmelzen. Es wäre schade, wenn der Staat die Kräfte des Handels nicht ausnützen wollte. Ich bin weit davon entfernt, so etwas wie eine Militärdiktatur in Ernährungsangelegenheiten zu schaffen, ich möchte auch nicht den Anschein hiezu erwecken." Auf die Frage, ob es nicht gut wäre, wenn die Preisprüfungsstelle eine neue Funktion bekäme, um als erste Instanz noch vor dem Untersuchungsrichter kurzerhand den Fall zu prüfen, eventuell die Anzeige zurückzuweisen, antwortete Minister Höfer: „Das ist richtig. Es schwebt mir auch schon lange vor, daß die Preisprüfungsstelle vor dem Untersuchungsrichter sich mit dem Falle beschäftige."

Arbeiterzeitung
1./V. 1917

5

Zweierlei Preise für Mais.

Aus der Zuschrift des Herrn Schonka war folgende Tatsache zu entnehmen:

Den Tiroler Bauern wird der Mais, den sie abzuliefern haben, mit **38 Kronen** für den Meterzentner bezahlt.

Der Mais, den die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Ungarn kauft, wird ihr in der ungarischen Abgabestation mit **57 Kronen** der Meterzentner angerechnet.

Hiezu bemerken mit großem Recht die „Neuen Tiroler Stimmen": Der Tiroler Mais ist also weniger als die Hälfte wert als der in der weiten fruchtbaren Ebene im Großbetrieb mit leichterer Arbeit erzielte ungarische Mais. So ist es natürlich bei allen Getreidesorten und so ist es auch mit dem Wein. Der Tiroler Wein wird um 120 bis 140 Kronen beschlagnahmt, höhere Preise sind schon eine Ausnahme für Spezialitäten; für ungarische Weine aber ist die Preislage zwischen 340 und 400 Kronen, zumeist näher bei 400 Kronen. Durch die Höchstpreisfestsetzung bei uns sind kleine Leute um das geringste Minimalmaß ihres Arbeitslohnes, der ja in der Ernte besteht, angesichts des geringen Ergebnisses der Ernte buchstäblich enteignet worden. Und dieser Druck wird auferlegt, um ungarische Phantasiepreise auszugleichen. Warum ist denn das? Wenn die Oesterreicher auch für Ungarn kämpfen und Ungarn gegen den Feind verteidigen müssen wie ihr eigenes Land, warum genießen sie nicht auch wirtschaftlich die gleiche Einschätzung und Behandlung? Die Uebernahmspreise für Getreide und Kartoffeln müssen augenscheinlich nur deshalb bei uns niedrig gehalten werden, um einen Ausgleich gegen die ungarischen Wucherpreise zu ermöglichen. Aus der Erklärung des Präsidenten Schonka ist das ersichtlich. Auf diese Weise kommt man zum Beispiel zu den Kartoffelübernahmspreisen von 9 Heller im Herbst, während das auswärtige verdorbene und mit Erde verunreinigte Zeug viel mehr kostete, als die schönen einheimischen Erdäpfel kosten durften. Gibt es denn kein Mittel, dem aufgelegten Wucher Ungarns zu steuern?

Hamburger Fremdenblatt
2./IV. 1917

7 2

Familiengärten der Patriotischen Gesellschaft.

Uns wird geschrieben:

Endlich scheint der Winter überwunden. Wenn auch die Nächte noch kalt sind, so lockt doch tagsüber die Sonne zum Arbeiten in den Kleingärten. Was kann nun zunächst geschehen? Zum Umgraben ist es allerhöchste Zeit. Scheinbar fehlt es überall an Düngemitteln. Es sei hier nochmals darauf verwiesen, daß in der Gärtnerei „Lundt, Mittelstraße 33, Straßendünger, die schottische Karre für 50 Pf., abgegeben werden kann. Es muß in dieser Zeit der Knappheit versucht werden, mit wenigen Mitteln viel zu erreichen. Als Musterbeispiel kann uns hierbei die Art der Landbestellung der Chinesen nicht genug lehren. Nicht nur ihre Sparsamkeit mit künstlichen Düngesalzen sollte bei uns jetzt an die Stelle der früheren Verschwendung treten, wir müssen auch da, wo künstlicher Dünger fehlt, in ihrer hierfür vorbildlichen Weise versuchen, Ersatz zu schaffen.

Wer noch über künstliches Düngesalz verfügt, sollte dies nicht wie in anderen Jahren über die ganze Fläche ausstreuen, sondern sorgfältig wie der Chinese einen kleinen Teil davon in ein Pflanzloch tun. Z.B. beim Kartoffellegen: Man nehme einen kleinen Löffel voll für jedes Pflanzloch und vermische das Düngesalz sorgfältig mit der Erdkrume. Darauf wird die angekeimte Kartoffel mit der Hand behutsam gesetzt und so vorsichtig mit Erde behäufelt, daß keiner der leichtverletzlichen Keime verletzt wird. Beim Erbsenlegen zieht man mit der Hacke eine etwa 5 bis 7 Zentimeter tiefe Rille und vermische dort ebenfalls Düngesalz und Erdboden, lege die Erbsen einzeln fest nebeneinander. Entfernung 2 — 3 — 4 Zentimeter je nach der Wüchsigkeit der Sorten. Mit der Rückseite der Hacke wird der herausgenommene Boden wieder zugeschoben und etwas angedrückt. Die große Gartenbohne legt man am besten um die Beeträndern herum. Sie braucht Luft und Licht zu ihrer Entwicklung. Wurzeln und Karotten sät man frühe und späte Sorten in einer Rille zugleich aus. Um den Platz auszunutzen, sät man zwischen die Rillen Radies und Salat. Salat und Spinatarten, Sauerampfer können jetzt ebenfalls ins freie Land. Als ergiebigster Spinat ist der Neuseeländer zu empfehlen. Da der Same etwas schwer keimt, läßt man ihn am besten vorher 24 Stunden in warmem Wasser aufquellen, danach wird er breitwürfig ausgeworfen und leicht untergeharkt. Außer den genannten Saaten, können Aussaaten von allen Küchenkräutern sowie Kohlrabi, Blumenkohl, Rosenkohl und Grünkohl gemacht werden. Setzzwiebeln können gelegt werden, sie dürfen nur fest im Boden angedrückt, aber nicht von Erde bedeckt sein, weil sie sonst in Samen übergehen würden.

Für alle gärtnerischen Beratungen findet Sprechstunde Montags und Freitags von 1 — 3, Große Allee 4, statt.

Neues Pester Journal 8

3./IV. 1917

(Fette aus Maisöl.) Wie man uns meldet, wird demnächst aus Maisöl hergestelltes Fett in den Verkehr gebracht werden. Das Maisöl wird nach Oesterreich gebracht, dort nach einem patentirten Verfahren in Schmalz umgewandelt und sodann wieder nach Ungarn gebracht, um hier in den Konsum zu gelangen. Mit dem Rücktransport des Fettes wurde bereits begonnen und wird die Kriegsprodukten-A.-G. das im Geschmack angeblich ausgezeichnete Speisefett dem Verkehr zuführen. Es sind auch Versuche im Zuge, aus dem Maisöl Speiseöl zu bereiten.

Arbeiterzeitung
3./V. 1917

Wie die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt amtiert. Aus Tirol wird uns geschrieben: Die Methoden der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt haben auch die Eisacktaler Gemeinden erfahren. Ich teile Ihnen aus einer Reihe nur die in den sehr armen, kleinen Berggemeinden Barbian und Gfiderun bei Bozen die unter anderem vorgekommenen zwei Fälle mit:

1. Laut der Uebernahmsscheine Nr. 000045, 000001 und 1230 wurde die Gemeinde Barbian verpflichtet, 98 Kilogramm Weizen, das Kilogramm zu 38 Heller, also um 37·24 Kronen; 1585 Kilogramm Roggen, das Kilogramm zu 31 Heller, also um 491·35 Kronen; 1061 Kilogramm Gerste, das Kilogramm zu 32 Heller, also um 339·52 Kronen; das ganze Getreide demnach um den Betrag von 868·11 Kronen der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zu liefern. Das ganze Getreide blieb unverändert in der Gemeinde liegen, bis es von dieser der Vermahlung zugeführt wurde. Aus Anlaß der Vermahlung forderte die Anstalt von der Gemeinde für dasselbe Getreide die Summe von 1042 Kronen, also einen zwanzigprozentigen Aufschlag von 173·89 Kronen. Wofür?

2. In der Gemeinde Gfiderun wurde aus einem ganz ähnlichen Anlaß für die „Transaktion" von 550 Kilogramm Getreide der Betrag von 26·02 Kronen aufgeschlagen und hiezu erwähnt, daß dieser Betrag oder doch ein Teil desselben für Sackleihe und Fracht verrechnet werde. Am Getreide war nichts gerührt worden, bis es der Gemeindevorsteher vom Aufbewahrungsort der Gemeinde an die Verzehrer mit seinen eigenen Säcken übermittelte.

Wofür wurden 26·02 Kronen eingefordert, um der ärmsten Landgemeinde ihr eigenes Getreide so zu verteuern?

Österr. Volkszeitung
3./V. 1917

18

*** Queckenwurzeln ein gutes Futtermittel.**
Jetzt, da die Heranziehung des letzten Haferkorns zur Saat und zur menschlichen Ernährung in vielen Gegenden eine harte Notwendigkeit darstellt, ist es die Pflicht aller, dahin zu wirken, daß die Queckenwurzeln nicht mehr wie bisher, nach ihrer Beseitigung aus dem Acker vernichtet, sondern als Futtermittel verwendet werden. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit wird es sich empfehlen, bei der Einsammlung der Queckenwurzeln aus dem Acker die trockenen Tage zum Einsammeln, die Regentage zum Abtransport und zur Reinigung zu benützen. Wo die Verfütterung im eigenen Betriebe nicht zweckmäßig erscheint, kann durch Ablieferung der gewaschenen und gebündelten Wurzeln, die zum Preise von K. 25 per 100 Kilogramm lufttrockene Ware übernommen werden, eine lohnende Einnahmsquelle geschaffen werden. Die Uebernahmsstellen, die von der Hauptsammelstelle beim Amt für Volksernährung in ganz Oesterreich eingerichtet werden, nehmen ihren Betrieb in kurzer Zeit auf. An der Einsammlung möge sich alt und jung beteiligen; jeder, der auf dem Lande lebt, sei er Beamter, Soldat, Schüler oder Privatier, und in seinen freien Stunden den Acker von Quecken befreien hilft, vergrößert den Futtervorrat und erhöht die kommende Ernte. Hauptsammelstelle beim Amt für Volksernährung, Wien, I., Trattnerhof 1.

Österr. Volkszeitung
3./V. 1917

Kunstdünger für Kriegsgemüsegärtner.

Die Gemeinde Wien bringt unentgeltlich Kunstdünger an Kriegsgemüsegärtner zur Verteilung. Bezugsberechtigt sind jene Pächter von Grundlosen, die von der Magistratsabteilung III beziehungsweise von der städtischen Lebensmittelversorgung, Stelle VI, mit einer Pachtkarte oder mit einer Bescheinigung über ihr Pachtverhältnis beteilt worden sind. Die Abgabe findet von 8 bis 11 Uhr und von 2 bis 5 Uhr im städtischen Reservegarten, II., Vorgartenstraße, statt. Die Abgabe ist nach den Anfangsbuchstaben der Namen der Pächter geregelt und erfolgt für die Buchstaben: A, B, C am 3. d., D, E, F am 4. d., G, H am 5. d., I, J, K am 7. d., L, M, N am 8. d., O, P, Q, R am 9. d., S am 10. d. und T bis Z am 11. d. Nebst der Pachtkarte oder Bescheinigung über das Pachtverhältnis ist ein Behälter (Sack oder Kübel) mitzubringen. Zur Düngung des Feldes ist der fein zerriebene Kunstdünger gleichmäßig auf die Anbaufläche zu verstreuen und 10 bis 15 Zentimeter tief einzuharken.

Die Zeit 4. V. 1917

Das Wetter und die Getreidefelder.

Nach dem langen und strengen Winter sind wir endlich zu normalen Frühjahrstemperaturen und heiterem Himmel gelangt, was für die Wintersaaten und den Frühjahrsanbau von unschätzbarem Vorteil ist. Der Wunsch, daß diese fruchtbare Witterung von Dauer sei, hat alle Aussicht, sich zu erfüllen, und es mehren sich dementsprechend auch bereits die günstigen Berichte über den Saatenstand nicht nur in der Monarchie, sondern auch von Deutschland, den besetzten Teilen Rumäniens, Serbiens und Russisch-Polens. Was vom Frühjahrsanbau durch die bisherige Wetterunbill noch rückständig sein sollte, wird schleunigst nachgeholt, so daß allüberall mit Ausnützung des gesamten zur Verfügung stehenden Areals gerechnet werden darf. Und was etwaige Verspätungen in den Feldarbeiten betrifft, so braucht auch darüber, nach dem noch rechtzeitigen Wetterumschwung, keine Sorge zu herrschen, da bei Anhalten der jetzigen Wärme- und Trockenheit, beziehungsweise wenn keine schweren elementaren Störungen im weiteren Verlaufe kommen, diese Verspätungen von der Natur leicht ausgeglichen werden können. Es braucht der Wettergang von nun an nur normal zu verlaufen, und die Reife der Ernte und der Schnitt wird normal mit dem Roggen am Peter- und Paulstage (Ende Juni) in der Monarchie in Angriff genommen werden können. Die Monate Mai und Juni sind, nach vollendeter Aussaat, die gewichtigste Periode für die Entwicklung aller zu Felde stehenden Fruchtgattungen, und dann bedarf es noch ungetrübter Wettergunst, um die Einheimsung, das heißt die Ernte, auch qualitativ glücklich zu bergen. Je nach der Lage der heimischen Gebiete ziehen sich diese Erntearbeiten über den ganzen Juli hin und erstrecken sich für Kartoffeln, Mais und sämtliche andere Spätfrüchte auf den September, ja bis in den Oktober hinein. Wenn die verbündeten Staaten Mitteleuropas heuer mit guten Ernteerträgen, aller Voraussicht nach auch in Obst, da wohl Frostgefahren nicht mehr zu befürchten sind, gesegnet sein werden, wird das nicht nur die heimischen Ernährungssorgen bannen, sondern uns auch den Frieden um so eher bringen, als die feindlichen Länder zum weitaus größten Teile bereits schlechten Ernteaussichten gegenüberstehen.

Die Ernteaussichten in Ungarn.

Budapest, 3. Mai. (Priv.-Tel.)

Der Eintritt der warmen Witterung läßt endlich eine genaue Schätzung aller durch die abnormale Kälte hervorgerufenen Schäden zu, und es kann festgestellt werden, daß die Schäden gering sind. Was die Saaten betrifft — und das ist von der allergrößten Wichtigkeit —, haben diese fast gar nicht gelitten. Soweit sich heute eine Prognose stellen läßt, ist auf eine sehr gute Weizenernte und eine weniger gute Maisernte zu rechnen. Ungünstig beeinflußt wurde die Obsternte, und speziell Frühobst wird in manchen Gegenden nicht reichlich vorhanden sein. Eine scheinbar offizielle Mitteilung, die von schweren Schädigungen aller Obstgattungen in manchen Teilen Ungarns spricht, ist jedoch übertrieben, und es wird einen fühlbaren Ausfall wahrscheinlich nur bei Frühobst geben. Dagegen hat durch die energische Tätigkeit reichsdeutscher Pächter eine außerordentlich erfolgreiche Gemüsekultur eingesetzt, und auf weiten Gebieten, die seit Kriegsbeginn unbebaut blieben, wird jetzt Gemüse aller Art gebaut, so daß nicht nur der Bedarf des Landes voll und ganz gedeckt erscheint, sondern auch die Konservenfabriken des In- und Auslandes auf viel Material rechnen können, das sie sich teils durch Pachtverträge, teils durch Schlußbriefe gesichert haben. Jedenfalls sind die Aussichten auf die Ernteerträgnisse in betreff aller Lebensmittel im laufenden Jahre besser als sie in den jüngsten Kriegsjahren gewesen.

Die Zeit

4.10.1917

13

— (Konzentrationsbestrebungen in der ungarischen Mühlenindustrie.) Aus Budapest wird uns berichtet: Wie im Deutschen Reich wollten maßgebende Kreise auch in Ungarn eine Konzentration der Mühlenindustrie herbeiführen. Diese Idee war im Laufe der Kriegszeit oft Gegenstand ernster Erörterungen, nahm aber im Laufe des Winters, als die Industrie unter einem Mangel an Kohle zu leiden hatte, solche Formen an, daß man die Verwirklichung für unmittelbar bevorstehend hielt. In Ungarn gibt es derzeit nicht weniger als 20.000 Mühlen, darunter 4000 Dampfmühlen. Während aber die großen Mühlen imstande sind, allen Anforderungen zu genügen, zumal ihre Einrichtungen alle Errungenschaften der modernen Technik umfassen, sind die kleinen Mühlen in vielen Belangen rückständig. Die gewünschte Ausmahlung des Getreides bis zu 80 bis 85 Prozent ist bei den großen Mühlen leicht durchzuführen und zu kontrollieren, bei den kleinen Mühlen jedoch nicht, und man weiß, daß bei den letzteren oft bloß bis zu 50 Prozent ausgemahlen wurde. Dazu kommt noch, daß zurzeit sehr wenig Edelgetreide und hauptsächlich Mais vermahlen wird. Speziell bei der Maisvermahlung erscheinen aber kostspielige Neuanschaffungen nötig, damit die Mühlen ihrer Aufgabe gerecht werden können. All diese Umstände trugen dazu bei, die Idee einer Konzentration der Mühlenindustrie spruchreif erscheinen zu lassen. Die großen Mühlen Ungarns, die ohnedies ihren Betrieb einschränkten, ihr Personal aber erhalten müssen, wären in der Lage gewesen, allen Ansprüchen der Heeresverwaltung und des privaten Konsums gerecht zu werden, und es würden auch gewisse Ersparnisse bei Transporten und Materialien möglich gewesen sein. Nach langen Konferenzen hat jedoch die ungarische Regierung dahin entschieden, daß auch die Interessen der kleinen Müller gewahrt werden müssen, die von Fall zu Fall beschäftigt werden, während die großen Mühlen weiter bloß ihren wesentlich reduzierten Betrieb aufrechterhalten sollen. Die Idee der Konzentration der ungarischen Mühlenindustrie für die Kriegszeit ist damit als definitiv abgelehnt zu betrachten.

Neue Freie Presse
4./V. 1917

14

Die höchsten Weizenpreise der Weltgeschichte.

Wien, 3. Mai.

In den letzten Tagen hat der Weizenpreis in den Vereinigten Staaten sprunghafte Steigerungen durchgemacht. Die Notierung für Winterweizen, also für neue Ernte, in Newyork hat die Höhe von 307 Cents erreicht. Winterweizen kostet also heute in Newyork zirka 55 Kronen für den Meterzentner, wobei in dieser Umrechnung die Valutadifferenzen keine Berücksichtigung gefunden haben. Im Juli 1914, also unmittelbar vor dem Kriege, notierte Weizen in Chicago 77 Cent, so daß er sich bei dem Stande von 307 Cent vervierfacht hat. Nach den heute vorliegenden Meldungen ist allerdings ein rapider Rückgang auf 269 Cent zu verzeichnen, gleichwohl ist auch dies, solange für Weizenpreise offizielle Notierungen in den Vereinigten Staaten vorliegen, der bei weitem höchste bisher verzeichnete Stand. Die Ursache dieser horrenden Verteuerung liegt nicht nur in den ungünstigen Ernteaussichten und dem starken Eingreifen der Spekulation, sondern hauptsächlich darin, daß die Weizenvorräte in den Vereinigten Staaten immer mehr und mehr schwinden. Heute steht schon fest, daß Amerika ohne jegliche Vorräte in die neue Kampagne einzieht und daher sofort auf die Ergebnisse der neuen Ernte greifen muß. Diese letztere wird nach den bisherigen Aussichten im allerbesten Fall einer schwachen Mittelernte gleichkommen und muß nicht bloß genügen, den amerikanischen Inlandbedarf zu decken, sondern auch für die nächsten Monate nach der neuen Ernte den dringendsten Importbedarf der Länder der Entente zu befriedigen. Es wird also jedenfalls eine ungewöhnlich große Nachfrage einer relativ ungünstigen Ernte gegenüberstehen. Die amerikanischen Mühlen wollen auf dem Terminmarkte unbedingt so viel Getreide eindecken, als zum Vollbetriebe notwendig ist, während gleichzeitig die Exporteure sich doch halbwegs die Möglichkeit zu schaffen suchen, für die Ausfuhrkampagne gerüstet zu sein. Allerdings werden in den Vereinigten Staaten Stimmen laut, welche verlangen, daß der Export zumindest beschränkt, wenn nicht gar verboten werde. Von Woche zu Woche werden für englische Rechnung noch immer 700.000 bis 800.000 Meterzentner verschifft, eine Menge, die an und für sich mit Rücksicht auf das Schwinden der amerikanischen Vorräte groß erscheint, jedoch keineswegs hinreicht, um auch nur den dringendsten europäischen Importbedarf zu decken. Denn der Einfuhrbedarf Englands beträgt allein über eine Million Meterzentner per Woche. Der Importbedarf Frankreichs, Italiens und sämtlicher Neutralen dürfte in seiner Gesamtheit etwa zwei Drittel des englischen ausmachen. Die argentinischen Zufuhren versagen vollkommen. Aus Australien kommen jetzt im besten Falle zirka eine Viertelmillion Meterzentner wöchentlich zur Ausfuhr. Die indischen Transporte sind durch die zahlreichen Versenkungen im Mittelmeer stark gefährdet. So groß also auch die amerikanische Ausfuhr ist, reicht sie doch keineswegs hin, den Importbedarf zu befriedigen. Aber gerade deshalb sind die Vereinigten Staaten um so weniger in der Lage, Einfuhrbeschränkungen zu verfügen, weil die Getreidesendungen heute die wichtigste Unterstützung der Entente von seiten Amerikas bedeuten. Die Not der europäischen Konsumländer ist so groß, daß sie jeden Preis für amerikanischen Weizen bewilligen, und es erscheint daher selbstverständlich, daß diese enorme Preissteigerung für Exportware sich auch auf den Inlandmarkt in den Vereinigten Staaten überträgt.

So übt der Krieg in den Vereinigten Staaten, noch ehe der erste Schuß gefallen ist, die stärksten Rückwirkungen auf das wirtschaftliche Leben aus. Preissteigerungen, welche bei den Zentralmächten die Folge eines fast drei Jahre währenden Krieges bei vollkommener Unterbindung der Rohstoffzufuhr sind, treten in gleicher Höhe in den Vereinigten Staaten bereits in die Erscheinung, ehe dem Krieg der Noten der Krieg der Waffen wirklich gefolgt ist. Die breiten Schichten der Bevölkerung Amerikas müssen heute eine große Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel hinnehmen. Die Lebenshaltung hat dort ohnedies eine wesentliche Erschwerung erfahren, weil für Industrieprodukte die Konkurrenz Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, welche als Preisregulator wirkte, weggefallen ist. Jetzt tritt noch die Brot- und Mehlteuerung hinzu, welcher bald auch die Fleischteuerung folgen kann. Vielleicht wird die Not des Tages die Regierung zu bundesstaatlichen Eingriffen auf dem Getreidemarkt zwingen. Damit wäre über einer der Grundpfeiler des amerikanischen Wirtschaftslebens, die unbeschränkte Freiheit des Handels, ins Wanken geraten.

Der Abend
5. 10. 1917

15

Ein falscher Grundsatz.

Minderung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Preise.

Vor kurzem ist der Übernahmspreis für Raps auf 100 K erhöht worden. Der Raps ist eine Pflanze, aus der Öl gewonnen wird. Das Gewächs ist deshalb aus bekannten Gründen heute sehr wichtig und wenn die Behörden sich entschlossen, den Übernahmspreis zu erhöhen, so lag der Maßnahme der Gedanke zugrunde, daß durch die Preiserhöhung den Grundbesitzern ein Anreiz gegeben werde, größere Flächen mit Raps zu bebauen. Also wieder der berühmte Anreiz, den man auch Wunder wirken lassen wollte, als man den Übernahmspreis der Kartoffeln erhöhte. Das Wunder ist ausgeblieben, und wie wir gleich sagen wollen: selbstverständlich ausgeblieben. Denn wenn der Bauer oder Großgrundbesitzer vor der Erhöhung seine Kartoffeln der Ablieferung entzog, welchen Grund hätte er, seine Kartoffeln jetzt heraus zu geben? Er hielt sie früher zurück, weil er glaubte, sie zu Futterzwecken oder auf dem Wege des Schleichhandels vorteilhafter an den Mann bringen zu können. Eine Erhöhung des Höchstpreises beseitigt diese Gründe keineswegs. Der Höchstpreis kann nie den Nutzen des Schleichhandels noch der verbotenen Verfütterung erreichen. Nur eines kann der erhöhte Kartoffelpreis bewirken: daß der Grundbesitzer jetzt noch weniger für den regelrechten Verkehr herausgibt, als er unter Androhung einer sehr strengen Strafe (siehe neue Preistreibereiverordnung) zum alten Preis herausgegeben hätte. Denn es ist doch ohneweiters klar, daß er jetzt eine kleinere Menge herauszugeben braucht, um die gleiche Verkaufssumme zu erzielen wie früher. Geschädigt sind wieder die Verbraucher, für die kartoffellose Wochen gekommen sind.

Dieses Beispiel möge ein für allemal die Wirkung nachträglicher Höchstpreiserhöhungen zeigen. Wie steht es aber unter den heutigen Verhältnissen mit der Erstellung höherer Höchstpreise vor der Ernte? Man hat bekanntlich während des Krieges die Höchstpreise der Bodenfrüchte bei Beginn der Anbauarbeiten erhöht, um die Bauern zu veranlassen, unter Ausnutzung der vollen Kraft alle Schwierigkeiten zu überwinden und die Erzeugung zu erhöhen. In keinem Kriegsjahr ist aber dieses Ziel erreicht worden. Es wurde vielmehr von Jahr zu Jahr weniger angebaut und dies nicht nur wegen des Arbeiter- und Bespannungsmangels, sondern zum nicht geringen Teil, gerade wegen der zu hohen Höchstpreise. Denn wozu sich mit der äußersten Anspannung ins Zeug legen, wenn auch bei kleinerem Ernteertrag der Nutzen größer ist als im Vorjahr bei einer größeren Ernte? Die Folge ist eine Verminderung der Erzeugung.

Wer in diesem Frühjahr das flache Land besuchte, konnte in allen Bauernwirtschaften Reden dieser Art hören. Anderseits hört man, daß auch für das Erntejahr 1917, so wie beim Raps, Erhöhungen von Höchstpreisen bevorstehen. Davor kann nicht dringend genug gewarnt werden. Die Behörden müssen vielmehr jetzt, während der Bestellungsarbeiten, klipp und klar verlautbaren, daß die Höchstpreise diesmal nicht erhöht werden. Großgrundbesitz und Bauern werden sich dann bemühen, wenigstens das vorjährige Erträgnis herauszubringen. Nur dann werden sie den letzten Mann und die letzte Frau für die Bodenarbeit aufbieten und die großen Schwierigkeiten, unter denen sie leiden, durch alle möglichen Aushilfen wettzumachen suchen. Nur dann wird man von ihnen eine Arbeitsleistung erzielen können, die der ganzjährigen Arbeit des städtischen Arbeiters gleichwertig ist.

Noch eines haben die Behörden zu erwägen: Wenn sie die Höchstpreise erhöhen, würde sich eine weitere Verteuerung der Lebensmittel in den Städten nicht vermeiden lassen. Wer könnte es aber wagen, dafür die Verantwortung zu übernehmen?

Frankfurter Zeitung
6./V. 1917

16 b

Der Getreidehandel im neuen Erntejahr.

N Berlin, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Die wiederholten Bemühungen des Deutschen Handelsbundes, dem Getreidehandel ein größeres Tätigkeitsfeld im Rahmen der Kriegswirtschaft zu erschließen, haben den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes bestimmt, eine Nachprüfung der Verhältnisse jedes einzelnen Getreidehändlers in die Wege zu leiten, die zuverlässig erkennen läßt, wo Mißstände bestehen, und deren Beseitigung ermöglicht. Mit der Gewinnung der erforderlichen Unterlagen im Wege einer umfassenden Erhebung wurde der Deutsche Handelstag betraut. Dieser stellte zunächst durch Umfrage bei seinen Mitgliedern vom 17. April die Zahl der in jedem Bezirk ansässigen Getreidehändler fest und überwies auf Grund dieser Angabe mit Rundschreiben vom 30. April an die Handelskammern und kaufmännischen Korporationen die benötigte Anzahl von Fragebogen nebst Anschreiben zur Verteilung an die bezirkseingesessenen Firmen. Die Fassung des Fragebogens war bedingt durch die Absicht des Kriegsernährungsamtes, den Handel insbesondere bei den inländischen Ankäufen von Brotgetreide, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten mehr, gleichmäßiger und unter angemesseneren Bedingungen als es vielfach bisher geschehen ist, heranzuziehen. Inbezug auf den Verkehr mit diesen Waren soll einerseits Art und Umfang der Friedenstätigkeit des einzelnen Händlers festgestellt, andererseits ermittelt werden, in welcher Weise, unter welchen Formen und in welchem Maße ihm eine Beschäftigung während des letzten Erntejahres möglich gewesen ist. Die Geltendmachung von Beschwerden ist besonders vorgesehen, ebenso werden Vorschläge für die Regelung im neuen Erntejahr erbeten. Unabhängig von dieser in der Fragestellung durch die Absichten und Weisungen des Kriegsernährungsamtes beschränkten Erhebung werden die Händler in dem für sie bestimmten Anschreiben gleichzeitig ersucht, entsprechende Angaben auch für den Verkehr mit Futtermitteln zu machen, bei deren Bewirtschaftung, insbesondere Verteilung dem Handel eine größere Mitwirkung zu sichern, der Deutsche Handelstag ebenfalls bestrebt sein wird.

Die Antworten der Händler müssen den Handelskammern und kaufmännischen Korporationen bis spätestens 10. Mai zugehen. Diese sind ersucht worden, sie mit zusammenfassenden Berichten und etwaigen eigenen Vorschlägen bis zum 20. Mai an den Deutschen Handelstag weiterzuleiten.

Frankfurter Zeitung
6./V. 1917

Weinhöchstpreise?

R Aus der Pfalz, 4. Mai. Die ungesunde, jeder Vernunft widerstreitende und nur zum Teil auf der Weinknappheit beruhende, vielfach der Spekulation zur Last zu legende fortgesetzte Steigerung der Weinpreise, hat nunmehr die bayerische Staatsregierung veranlaßt, wenn irgend angängig mit Preißmaßnahmen einzugreifen. Unlängst hat schon der Beirat der bayerischen Preisprüfungsstellen zur Regelung des Weinverkehres Stellung genommen und Preisfestsetzungen durch das Reich vorgeschlagen. Das bayerische Staatsministerium des Innern hat an die zwei in Betracht kommenden Kreisregierungen der Pfalz und von Unterfranken eingehende Entschließungen hinausgegeben, wonach die genannten Stellen angewiesen werden, unter Beiziehung von Sachverständigen und von Vertretern der beteiligten Fachvereine die Frage der Einführung von Richt- oder Höchstpreisen für die kommende 1917er Ernte oder anderer geeigneter Maßnahmen zu treffen. Als Anhaltspunkte für die Preisregelung sollen die festzustellenden Preise der 1911er und 1915er Moste in den einzelnen Lagen dienen. Durch eine solche Preisfestsetzung sollen den Erzeugern angemessene Erlöse und dem Verbraucher erträgliche Einkaufspreise gesichert werden. Für die Jetztzeit hält das Ministerium bei dem herrschenden Mangel an Konsumweinen ein Eingreifen für verspätet. Von Interesse mag noch die an die Interessenten bei Weigerung, den Vorschlag auf eine Preisfixierung anzunehmen, gerichtete Drohung sein, daß dann mit Rücksicht auf die Luxusnatur des Weines fürderhin kein Zucker mehr zur Verbesserung abgegeben werden könne, da auf Kosten der Allgemeinheit keine Opfer mehr verlangt werden können.

Die Zeit
6./V. 1917

18

Die grüne Schmelz.

Noch vor etwa zwanzig Jahren hörte hinter dem Schmelzer Friedhof die eigentliche Stadt auf, und das Land begann. Dort, wo heute die Gablenzgasse ihre lange einseitige Häuserzeile reckt, wogten blühende Getreidefelder und säumten die damals einer weiten Ebene gleichende Schmelz ein. Auch an den anderen Rändern des Exerzierfeldes dehnten sich grüne Wiesen mit verkrüppelten Ahornbeständen, längs welchen die Dampftramway lustig klingelnd einherpfauchte. Die Großstadt hat diese lieblichen Idyllen schon längst verschlungen. Hinterm Schmelzer Friedhof dehnt sich jetzt ein öder Platz, der sich hochtrabend „Walter von der Vogelweide" nennt, und an ihn schließen sich die seit der „Schmelzregulierung" emporgeschossenen Häuser. Aber mitten in diese Verbauung eines großen Teiles der Schmelz war der Krieg wie ein Ungewitter hereingebrochen. Zwischen den spärlichen Häuserreihen gähnen jetzt statt schöner Bauten große, viereckige Plätze, mit Ziegelstücken überschüttet, voll Unrat und kotigen Pfützen, aus denen das neue Schmelzviertel sich hätte glanzvoll erheben sollen. Nun waren sie der Tummelplatz der Kinder und der Hunde. Heuer aber kam eine große Ueberraschung. Kaum hatte der Winter ausgetobt und die ersten wirklichen Lenzlüftchen wehten, als auf all den verrotteten Bauplätzen Kinder, Frauen und etliche Feldgraue an einem Sonntag sich einfanden, mit großer Mühenaufwendung die Ziegelstücke und Steintrümmer wegtrugen und rings um die Plätze zu kleinen Mäuerchen aufschlichteten. Es schien dies fast eine Sisyphusarbeit zu sein, so unendlich viele Steinbrocken lagen dort. Zwei Sonntage später sah es aber dort draußen schon ganz anders aus. Nett aufgelockerte und abgeteilte, mit Dünger bestreute Beete, mit zierlichen, aus Draht selbstverfertigten Zäunen umgeben, kündeten von fleißiger Arbeit. Wiederum mühten sich Frauen, Kinder, einige Männer im Zivil und einige mit der grauen Feldmütze am Kopfe ab, diesmal aber mit der schon erfreulicheren Arbeit des Gemüsesamensetzens und ähnlichen gärtnerischen Arbeiten. Und nächsten Sonntag dürfte infolge des schönen Wetters schon ein grüner Hauch über all den braunen, von allen Steinen und Brocken fein säuberlich gereinigten Beeten liegen. Wie eine längstentschwundene Erinnerung, wie ein ferner Jugendtraum wird dort noch einmal die Natur ihr grünes Haupt erheben und dank dem tötenden Kriege auf der verbauten Schmelz zu neuem, freilich kurzem Leben erwachen.

Frankfurter Zeitung
7.IV.1917

187

Die künftige Bewirtschaftung der Gerste.

N Berlin, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Gegen die in Aussicht genommene Uebertragung der Gerstenwirtschaft auf die Organisation des Großgetreideverkehrs hat der Deutsche Handelstag insofern Verwahrung eingelegt, als er in einer Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts entschieden widerrät, die schon gegenwärtig überlasteten Kommunalverbände nach den vielfach mit ihnen gemachten Erfahrungen auch noch mit dieser neuen Aufgabe zu betrauen. Hierzu liegt nach Ansicht des Deutschen Handelstages ebensowenig Veranlassung vor, als sich die bisherigen Einrichtungen der Reichsgerstengesellschaft im wesentlichen gut bewährt haben und deshalb selbst bei Uebertragung der Geschäfte dieser Gesellschaft auf die Reichsgetreidestelle nach Möglichkeit beibehalten werden sollten. Diese Stellungnahme erscheint doppelt bedeutsam im Hinblick darauf, daß sich der deutsche Landwirtschaftsrat im gleichen Sinne ausgesprochen hat und somit die für unsere Volksernährung so wichtige Angelegenheit durch die amtlichen Interessenvertretungen der Erzeuger, Händler und Verarbeiter eine völlig einheitliche Beurteilung erfährt.

Hamburger Fremdenblatt
8.V.1917

20

Bekanntmachung

betreffend

Verteilung von Pferdefutter.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 30. Dezember 1916 und auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 1. Mai 1917 (Reichsgesetzblatt S. 385) wird angeordnet:

§ 1.

Der zweite Absatz des § 1 der Bekanntmachung vom 30. Dezember 1916 erhält folgende Fassung:

Neben dem Einheitsfutter wird bis auf weiteres für jedes Pferd ein halbes Pfund vergälltes Zuckerfutter oder ein Pfund Melassefutter für den Tag verteilt werden, und zwar jeweils für den Bedarf von dreißig Tagen.

§ 2.

Der zweite Absatz des § 2 der Bekanntmachung vom 30. Dezember 1916 erhält folgende Fassung:

Für diese Pferde darf lediglich reines Haferfutter für den Bedarf von höchstens vier Wochen abgegeben werden, und zwar für Ponies, die lediglich als Reit- oder Equipagenponies zum persönlichen Gebrauch des Pferdehalters gehalten werden, und für Pferde, die lediglich zum Zwecke des Weiterverkaufs gehalten werden eine Menge von 2½ Pfund täglich, für andere Pferde und Arbeitsponies 3½ Pfund.

Soweit landwirtschaftliche Betriebe ausweislich der Eintragung ins Pferdekontrollbuch selber Hafer geerntet haben, darf für die im Pferdekontrollbuch angegebene Sperrzeit weiterer Hafer nicht abgegeben werden.

Hamburg, den 5 Mai 1917.

Das Hamburgische Kriegsversorgungsamt.
Die Landherrenschaften der Marsch- und Geestlande und Bergedorf.

Tägliche Rundschau

21

8.V. 1917

Fett und Eiweiß aus Getreide.

Der Krieg hat den deutschen Erfindungsgeist vor große Aufgaben gestellt. Die Not lehrte viele Schwierigkeiten überwinden, und unsere Gegner zwangen uns, einheimische Rohstoffe besser auszunützen. Ein Beispiel hierfür ist die Gewinnung von Fett und Eiweiß aus dem Getreide. Das Kriegsernährungsamt erlaubte die Entkeimung des Getreides im Deutschen Reiche und übertrug dem Kriegsausschuß für Oele und Fette die Verarbeitung. Der Technik ist es jetzt gelungen, aus dem Getreidekorn den kleinen Keim, der in der Zusammensetzung dem Hühnerei ähnlich ist und die wichtigsten Nährstoffe für die jungen Pflanzen enthält, zu entfernen. Alle bedeutenden Mühlen haben die Entkeimung eingeführt. In fünf Oelwerken werden dann die anfallenden Keime zu Oel und Eiweiß verarbeitet. Auf diese Weise wird ein brauchbares Speiseöl und ein Rohmaterial für die Margarineherstellung gewonnen. Das gleichzeitig anfallende Eiweißmehl ist 3½ mal so nahrhaft als Fleisch; 20 Gr. davon ersetzen ein Hühnerei. Unsere Fettwirtschaft wurde hierdurch wesentlich bereichert. Es werden verschiedene Nährmittel, ein Morgentrank, Suppen, Speisewürzen aus dem Eiweißmehl hergestellt und es dient dem Militärzwieback als Ersatz für Ei. Es ist zu hoffen, daß für die neue Ernte fast aller Roggen, Weizen, auch ein Teil der Gerste und des Hafers zu dieser wichtigen Verarbeitung gelangen. Die Mehlausbeute wird dadurch nicht verringert. Das Mehl wird nur verbessert, weil die Fettsäuren, welche die Ranzigkeit, Bitterkeit und Muffigkeit hervorrufen, beseitigt sind. Besonders fetthaltig ist der Mais; aus ihm werden 2 v. H. Oel hergestellt, und aus einem Waggon Mais können so 5 Zentner Margarine gewonnen werden, ohne daß irgendwie die Ausbeute an Mehl, Gries, Schrot, Kleie beeinträchtigt wird.

Vossische Zeitung

8.V. 1917

28

Neue Fett- und Eiweißquellen.

Die Verwertung des Getreidekeims.

Das W. T. B. teilt mit: Das Kriegsernährungsamt erlaubte die Entkeimung des Getreides im Deutschen Reiche und übertrug dem Kriegsausschuß für Oele und Fette die Verarbeitung. Der Technik ist es jetzt gelungen, aus dem Getreidekorn den kleinen Keim, der in der Zusammensetzung dem Hühnerei ähnlich ist und die wichtigsten Nährstoffe für die jungen Pflanzen enthält, zu entfernen. Alle bedeutenden Mühlen haben die Entkeimung eingeführt. In fünf Oelwerken werden dann die anfallenden Keime zu Oel und Eiweiß verarbeitet. Auf diese Weise wird ein brauchbares Speiseöl und ein Rohmaterial für die Margarineherstellung gewonnen. Das gleichzeitig anfallende Eiweißmehl ist 3½mal so nahrhaft als Fleisch; 20 Gramm davon ersetzen ein Hühnerei. Unsere Fettwirtschaft wurde hierdurch wesentlich bereichert. Es werden verschiedene Nährmittel, ein Morgentrank, Suppen, Speisewürzen aus dem Eiweißmehl hergestellt, und es dient dem Militärzwieback als Ersatz für Ei. Es ist zu hoffen, daß für die neue Ernte fast aller Roggen, Weizen, auch ein Teil der Gerste und des Hafers zu dieser wichtigen Verarbeitung gelangen. Die Mehlausbeute wird dadurch nicht verringert. Das Mehl wird nur verbessert, weil die Fettsäuren, welche die Ranzigkeit, Bitterkeit und Muffigkeit hervorrufen, beseitigt sind. Besonders fetthaltig ist der Mais; aus ihm werden 2 v. H. Oel hergestellt, und aus einem Waggon Mais können so fünf Zentner Margarine gewonnen werden, ohne daß irgendwie die Ausbeute an Mehl, Grieß, Schrot, Kleie beeinträchtigt wird.

Soweit die Mitteilung, die uns von amtlicher Seite zugeht. Für den, der die Fachblätter auf dem Nahrungsmittelgebiet auch nur flüchtig in den letzten Monaten durchgesehen hat, kommt die Mitteilung nicht überraschend. Schon vor längerer Zeit hatte hier Prof. Dr. Backhaus, einer der hervorragendsten Vertreter der landwirtschaftlichen Betriebslehre, der vor mehreren Jahren auf einige Zeit seinen Lehrstuhl an der Königsberger Universität mit der Stelle eines Güterdirektors der Stadt Berlin vertauscht hatte und dann am landwirtschaftlichen Institut in Buenos Aires wirkte, darauf hingewiesen, daß man den Keimen des Getreides in der Nahrungsmittelindustrie wenig Beobachtung schenke. Beim Mahlprozeß ginge der Keim zum Teil in das Mehl, zum größeren in die Kleie über. Man habe es angesichts der bequemen Beschaffung von Fett und Eiweiß durch Einfuhr vom Auslande nicht nötig gehabt, die in den Keimen vorhandene Quelle der wichtigsten und teuersten Nahrungsmittel zu erschließen. Nun aber, wo die Mittelmächte von der Einfuhr aus dem Auslande so gut wie abgeschlossen seien, wo wir fast nur auf die eigene Erzeugung angewiesen sind, gelte es, sorgsam nach den verschiedenen eiweiß- und fetthaltigen Materialien Umschau zu halten. Backhaus wies darauf hin, daß im ganzen Deutschen Reiche jährlich 15 Millionen Tonnen Getreide zum Verkehr kommen. Außerdem werden noch an Mais und anderen Getreidearten beträchtliche Mengen verfüttert, wobei gleichfalls beträchtliche Mengen von Keimen zerstört werden. Rechnet man nur, daß 10 Millionen Tonnen zur Gewinnung der Getreidekeime dienen sollen, so entsteht bei Ausbeutung von 1 v. H. die beträchtliche Menge von 100 000 Tonnen jährlich, die 10 000 Tonnen Oel und 90 000 Tonnen Ei- und Fleischersatz bieten können. Da man sie hauptsächlich auf die städtische Bevölkerung verteilen wird, so bedeutet das eine beträchtliche Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung.

Die Vorschläge von Prof. Dr. Backhaus blieben nicht ohne Widerspruch. Verschiedene Müller, namentlich solche, die für das Vollkornbrot eintraten, behaupteten, daß die in Aussicht stehende Entkeimung des Weizens und des Roggens zum Zwecke der Oelgewinnung einen weiteren Schritt zur Entwertung und Verschlechterung des Mehles wie des Brotes bedeute.

Sie haben aber sicherlich mit ihren Einwendungen weit über das Ziel hinausgeschossen. Eine Entkeimung des Getreides hat schon immer in Friedenszeiten bei seiner Reinigung stattgefunden. Man hat auch daraus schon vor dem Kriege Eiweißsubstanz gewonnen, und dieses Getreideeiweiß, das u. a. von einer Dresdener Nährmittelfabrik hergestellt wurde, erfreute sich verdienter Schätzung. Neu ist bei dem jetzigen Backhausschen Verfahren, daß die Keime auch zur Oelgewinnung herangezogen werden. Heute, wo wir uns nach allen Quellen umschauen müssen, die uns Ersatz für Fett und Oel geben, die uns vor dem Kriege in überreichem Maße aus dem Auslande zuflossen, darf man es freudig begrüßen, daß wir wieder ein neues Verfahren gefunden haben, das uns einigermaßen den Fortfall der ausländischen Zufuhren verschmerzen läßt. Hoffentlich trägt diese Kriegserrungenschaft auch im Frieden ihre Früchte.

ce.

Hamburger Fremdenblatt
9./V. 1917

24

Entwendung von Saatgut von den Feldern.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit ordne ich folgendes an:
Wer bereits ausgelegte Kartoffeln oder sonstiges ausgelegtes Saatgut entwendet oder beschädigt, wird, soweit nicht nach dem bestehenden Gesetzen höhere Strafen verwirkt sind, auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.
Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der zu einer derartigen Straftat auffordert oder anreizt.
Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 ℳ erkannt werden.

Der stellv. kommandierende General
gez. v. Falk,
General der Infanterie.

Reichspost

9./V. 1917

25

Der unsterbliche Unsinn.

Weil vom Ernährungsrat ein Antrag auf den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung der Weizen- und Roggenhöchstpreise angenommen wurde, richtet der „Abend" die üblichen Demagogenangriffe gegen jene, die dafür gestimmt haben; es bestehe jetzt, sagt das Blatt, Gefahr, daß infolge der Preiserhöhung die landwirtschaftliche Erzeugung zurückbleibe (!), denn die Landwirte würden nun „viel Geld gewinnen" können, „ohne sich allzu sehr anzustrengen und ohne den letzten Geviertmeter zu bebauen; wie denn überhaupt außer der Witterung und den Kriegsschwierigkeiten „die zu hohen Preise", die den Landwirten bewilligt worden seien, an der Verschlechterung der Ernte schuld seien. — Man sollte es nicht für möglich halten, daß solcher Blödsinn heute noch dem Publikum geboten werden kann. Es ist nur das eine merkwürdig, daß die zahllosen Hebräer, welche die Städte überfluten und von denen gewiß nicht einer ein Geldverächter ist, sich nicht zur landwirtschaftlichen Arbeit drängen, bei der man angeblich so „viel Geld gewinnen" kann.

Reichspost Abendbl 9.10.1917

„Ungeheuere Vermögensbestände der Landwirtschaft."

Man schreibt uns: Das Wiener Scharfsche Montagsblatt vom 7. d. versuchte wieder einmal, die Pflicht, auf die Kriegsanleihe zu zeichnen, von den Börseanern und Kriegsgewinnern auf die ohnehin willige Landwirtschaft abzuschieben; vermutlich damit die ersteren an der phantastischen Hausse in Schiffahrtspapieren und ähnlichen Spekulationswerten, die derzeit die Börse in Aufregung versetzt, nicht durch patriotische Verpflichtungen gestört werden sollen. Und darum behauptet das genannte Sprachrohr der Kriegskonjunkturausbeuter, „soviel stehe fest, daß Landwirtschaft ganz ungeheure Vermögensbestände aufgehäuft hat." Daß während des Krieges ganz „ungeheure Vermögensbestände" angehäuft wurden, steht allerdings fest. Leute, die vor dem Kriege kümmerlich vom Handel mit alten Hosen und Hasenfellen lebten, sind Multimillionäre geworden, gewesene „Handles" haben sich Paläste und Villen gekauft, kleine Vermittler haben sich Ahnengalerien zugelegt, Leopoldstädter Kaffeehausbesitze legen ihren im Kettenhandel „verdienten" Erwerb in Diamanten und Perlen an, die Generalversammlungen der gewissen Aktiengesellschaften wissen kaum, wohin mit dem vielen Geld, und im Kranzprozeß hat man es erfahren, daß das Geld gewissen Zirkeln so haufenweise zufließt, daß es selbst den Raffgierigsten zuviel werden kann und eine halbe Million die längste Zeit unterstandslos hin und herwandern muß. Aber „Landwirte" sind alle diese Kreise nicht, wenn auch die meisten von ihnen mit landwirtschaftlichen Produkten geschachert haben. Aber sie schachern damit, ohne von den Ackerfrüchten mehr zu wissen, als etwa der Kranz, der Eisig Rubel und der Schönwald vom Bier, an dem sie verdienten. Wenn daher das Scharfsche Montagsblatt den Landwirten die „Anhäufung ungeheurer Vermögensbestände" andichtet, so ist das nichts weiter als der alte Spitzbubenruf „Haltet den Dieb!" Unsere Landwirte stehen an der Front, was zurückblieb, sind Frauen, Greise und Kinder, Kriegerwitwen und -waisen, die sich vom frühen Morgen bis zum späten Abend für die Gesamtbevölkerung abrackern und produzieren, damit Oesterreich durchhalten kann und — die gewissen Wucherer etwas zum Schachern haben. Die „Reichspost" hat schon wiederholt an Beispielen erläutert, wie „reichlich" diese bäuerliche Arbeit belohnt wird, es seien hier ein paar weitere Illustrationen angeführt.

Da gibt es in Poysdorf einen Stammesgenossen der Herausgeber des Scharfblattes, namens Hahn, er ist staatlich befugt zur Entgegennahme der bei den Bauern requirierten Bodenerzeugnisse; es wurden für dieses Geschäft ja mit besonderer Vorliebe Leute vom interessanten Stamme ausgewählt, offenbar lediglich deshalb, weil im Hinterland während der Kriegszeit andere Taugliche nicht auffindbar waren. Bei einem Landwirte in der Nachbarschaft (Herrenbaumgarten) wurde Gerste requiriert, die der Kleinhäusler dem besagten Hahn um 36 Kr. per Meterzentner selbst eine Stunde weit zuführen mußte. Im Frühjahr aber fehlte es nun dem Bauer infolge dieser Requirierung an Gerste zum Anbau. Als gewissenhafter Patriot wollte er seine Felder alle bestellen, obschon er als 70jähriger Greis allein dasteht, nachdem seine einzigen Stützen, sein Sohn und sein Schwiegersohn, auf dem Felde der Ehre gefallen sind. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als sich an derselben Quelle wieder Gerste zu kaufen, wohin er sie kurz vorher hatte abliefern müssen; jetzt kostete sie aber 62 Kr. per Meterzentner. Die fehlenden 26 Kr. bilden wohl den Grundstock für die „ungeheuren Vermögensstände", welche die Landwirte im Krieg sich aufgehäuft haben sollen. Na, wo wären sie denn sonst hingekommen? —

Aus demselben Orte mußte eine ganz allein stehende Bauersfrau 11 Meterzentner Kartoffeln á 12 Kr. demselben Hahn abliefern; zum Anbau mußte sie sich 7 Meterzentner kaufen; sie erhielt dieselben aus Barmherzigkeit von verschiedenen Bauern des Ortes u. zw. um 15 Kr. per Meterzentner. Mit dem Fehlbetrag hat sich natürlich die glückliche Bäuerin „bereichert." Das Scharfblatt kann in Poysdorf noch einen Stammesgenossen mit Namen Heller erfragen, der nicht Grund und Boden besitzt und doch 10 schöne Schweine sich herangezogen hat, und einen dritten mit Namen Glaser, der sich unter denselben Verhältnissen vier Schweine fütterte. Wenn der Bauer seine Haustiere, die ihm die schweren Arbeiten verrichten helfen, nicht so ernähren kann, wie diese es brauchten, weil er den Ueberschuß an Körnerfrucht abliefern muß, dann hat er doch sicherlich das Recht, im stillen Herzenswinkel sich die Frage zu stellen: Ja, woher nimmt denn der Jud', der nicht Acker und nicht Feld hat, das Futter für so viele Schweine? Und woher nimmt denn in einem benachbarten Ort der jüdische Arzt, der auch nicht Grund und Boden besitzt, so viel Körnerfrucht, um sich die ganz respektable Schar von 40 Gänsen zu füttern? Im Ort und in der Umgebung beteuert jeder, daß er ihm nichts verkauft hat — ja, woher hat er's denn also?

Das sind nur ein paar kleine Beispiele von vielen. Fast jedes Dorf könnte mit ähnlichen aufwarten. Es wäre nur zu wünschen, daß die Abgeordneten, wenn das Parlament kommt, auch das gesamte Material zur Verfügung haben. Dann wird endlich einmal klargestellt werden, wo und von wem die „ungeheuren Vermögensbestände" aufgehäuft wurden, während die andern an den Fronten bluteten.

Vossische Zeitung
9. 10. 1918

27

Vom Getreideweltmarkt.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Mit dem Mai sind wir an das letzte Viertel des Erntejahres getreten. Im allgemeinen rechnen wir dasselbe auf der nördlichen Halbkugel vom 1. August bis 31. Juli, doch sind diese Grenzen nicht allgemein zutreffend. Das südliche Europa kann schon am 1. bzw. Mitte Juli mit neuem Weizen rechnen, und dasselbe ist bezüglich des Winterweizens auch in den Vereinigten Staaten der Fall, während in den nördlichen Gebieten Europas, so auch in England, der 1. September als Anfang des neuen Erntejahres gilt. **Die einzelnen Länder haben somit noch zwei bis vier Monate mit der alten Ware auszukommen**, und man wird überall die letzten Reste zusammenkratzen müssen, um den Schluß des Erntejahres glücklich zu erreichen. Ob das überall ohne ernstere Schwierigkeiten möglich ist, bleibt abzuwarten. Es wäre in heutiger Zeit falsch, mit bestimmten Bedarfsziffern entsprechend den Friedensjahren, rechnen zu wollen. Ebenso wie wir gelernt haben, das eine zu knappe Lebensmittel durch andere zu ersetzen, so ist das gleiche auch im Auslande der Fall, und nur da, wo schließlich auch die Gesamtheit der vorhandenen bzw. noch einzuführenden Nahrungsstoffe für die Volksernährung nicht ausreichen, tritt der wirkliche bedrohliche Notstand ein.

Sieht man von lokalem Mangel ab, wie er sich verschiedentlich besonders in Rußland seither gezeigt hat, so wird man die Wahrscheinlichkeit des allgemeinen Mangels besonders für **Großbritannien und Irland** für den letzten Teil des Erntejahres in Aussicht zu nehmen haben, falls die U-Boote wie bisher die Zufuhr fernhalten oder sie zum Teil auf den Grund des Meeres schicken. England hat ebenso wenig größere Vorräte an in- wie an ausländischem Brotgetreide; es ist darauf angewiesen, nachdem die eigene alte Ernte an Weizen so gut wie erschöpft ist, ca. 90 pCt. seines Brotes zu importieren, und da dies, nach dem Umfange des regelmäßigen Bedarfes gemessen, nicht möglich ist, muß schon heute der Brotverbrauch eingeschränkt, der Konsum anderer Stoffe, wie Gerste, Hafer, Reis, Hülsenfrüchte usw., zur menschlichen Nahrung verstärkt werden. Aber im Vergleich zum Bedarf sind auch von allen diesen Brotersatzstoffen die Bestände mäßige, zum Teil sehr kleine, und die Einfuhr muß sich auf alle diese Bodenfrüchte in großem Umfange erstrecken, wenn ihre Hilfe längere Zeit für die englische Volksernährung Bedeutung haben soll. **Besonders fühlbar macht sich in Großbritannien und Irland die Knappheit der Kartoffeln.** Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß der Kartoffelmangel, wie er sich bei uns infolge des scharfen Winters während einiger Monate gezeigt hatte, sehr schwer zu ertragen ist, und daß er eine direkte Zunahme des Brotverbrauchs bedingt. In der gegenwärtigen Lage Englands ist ein solcher verstärkter Brotbedarf aber eine ernste Gefahr für das Land, denn vor dem 1. September kommt dort, abgesehen von einzelnen südlichen Distrikten, neuer Weizen noch nicht heraus, und auch dann kann es sich nur um die Deckung eines kleinen Teils des Bedarfs handeln, da bei völlig geräumten Vorräten sicherlich nur wenige Prozent der Ernte nach den Hauptbedarfsdistrikten kommen und der Hauptteil auf dem Lande, selbst festgehalten wird. Die gesamte Inlandsernte Großbritanniens an Weizen stellt aber nur den Bedarf von zwei Monaten dar, so daß man daraus ermessen kann, daß die Größe des Importbedarfs auch in der Zeit nach der Ernte kaum verringert sein wird. **Das Drängen nach einer Rationierung des Brotverbrauchs** stellt die englische Regierung vor eine unerfüllbare Aufgabe. Die erste Bedingung für eine solche Rationierung ist das Vorhandensein eines entsprechenden, zu verteilenden Vorrats. An dem aber fehlt es; die Größe der laufenden Zufuhr ist unsicher und unregelmäßig und läßt keine Vorausbestimmung zu, und so müßte die englische Regierung bei der Brotrationierung Versprechen machen, für deren Erfüllung sie selbst keine Sicherheit hat. Daher der Ruf nach freiwilliger Einschränkung des Brotverbrauches unter dem Vorwande, daß die Zwangsrationierung des englischen Volkes unwürdig sei.

In Frankreich und Italien liegen die Verhältnisse bekanntlich auch sehr ungünstig, indessen ist in diesen Ländern die neue Ernte wesentlich näher als in England, und sie stellt für den Eigenbedarf auch einen so erheblichen Prozentsatz, daß die vom Juli bzw. vom August ab für einige Zeit auf ausländischen Zuschuß verzichten kann. Immerhin ist überall der zu erfüllende Bedarf noch sehr groß, und da von Nordamerika verhältnismäßig nicht mehr viel zu erlangen ist, so versucht man seitens der Importgebiete alles mögliche, um noch Getreide aus anderen Gebieten zu bekommen. Bekanntlich hatte die Regierung **Argentiniens** infolge der außerordentlich schlechten Weizen- und Maisernte zunächst die Ausfuhr von Weizen verboten. Infolge des Druckes der Entente, unterstützt durch den Einfluß der nordamerikanischen Union, ermittelte sie, daß sich vielleicht noch 100 000 To. Weizen ohne Gefährdung der eigenen Versorgung abstoßen ließen, und diese 100 000 To. Weizen wurden an Brasilien, Paraguay, Spanien und Norwegen verkauft. Weitere 200 000 To. wurden an England und dessen Verbündete abgeschlossen, aber mit der Bedingung, daß nötigenfalls Großbritannien für die Rückgabe dieser Mengen von Juli bis September Sorge tragen müsse. Es klingt fast wie Ironie, daß England in diesen seinen kritischsten Monaten 200 000 To. Weizen zurückgeben soll. Offenbar rechnet man hierbei mit den Leistungen **Nordamerikas**, doch wird es sehr fraglich sein, ob England selbst in den genannten Monaten genug Material von Nordamerika bekommen wird. Die Bestände von Weizen in der Union nehmen von Tag zu Tag ab, und immer sicherer erscheint es, daß die neue Saison dort fast vollkommen geräumte Vorräte trifft. Die Winterweizenernte hat nach dem Aprilbericht aber nicht einmal die geringe vorjährige Menge versprochen, und ob der Maibericht, dessen Bekanntgabe jetzt zu erwarten ist, nennenswert besser lauten wird, bleibt abzuwarten. Von **Indien** hat sich eine mäßige Ausfuhr an Weizen entwickelt; sie würde vielleicht größer sein, wenn nicht die Knappheit des Schiffsraums, die Riesenteuerung der Frachten und das gar zu unsicher gewordene Mittelländische Meer die Verfrachter abschreckten. Aehnlich liegen die Dinge in **Australien**, wo größere Weizenvorräte sich noch befinden, aber wenig Schiffsmaterial zur Verfügung steht.

So bleiben die Hoffnungen noch immer auf das schon selbst knappe Amerika gerichtet. Dort haben die Preise ihren höchsten bisherigen Stand wieder erreicht und teilweise noch überschritten. Der Winterweizen in New York zeigt einen Lokopreis von 319 Cents pro Bushel oder 500 Mark pro Tonne. Dazu kommen an Fracht und Kriegsversicherung nach Europa noch ziemlich 200 Mark, so daß sich der Bezugspreis auf fast 700 Mark stellt. Ob die Spekulation drüben an dieser unerhörten Teuerung größeren Anteil hat, ist fraglich. Die amerikanischen Börsen erwarten schon seit längerer Zeit ein Eingreifen der Regierung und eine Zwangsregulierung der Terminverbindlichkeiten, so daß die Spekulation wohl mehr Neigung zu Realisationen als zu neuen Käufen gehabt hat. Andererseits wurde gemeldet, daß die amerikanische Regierung selbst in Chicago, also offenbar am Terminmarkt, Weizen gekauft haben soll, was nicht gerade unwahrscheinlich klingt, wenn man bedenkt, daß die mit privaten und Regierungsaufträgen überlasteten amerikanischen Mühlen nicht in der Lage sind, sich genügend mit Lokoware zu versorgen.

Neue Freie Presse
9./V. 1917

Oel und Eiweiß aus Roggen und Weizen.

Eine bedeutungsvolle Errungenschaft der deutschen Technik.

Neuerlich hat die Technik einen sehr bedeutungsvollen Erfolg zu verzeichnen, der eine Frucht des Abwehrkampfes gegen den Aushungerungskrieg ist, der gegen die Mittelmächte geführt wird. Der Eiweiß- und Fettgehalt des Brotgetreides soll durch einen neuartigen Prozeß, ohne die Mehlausbeute zu vermindern, abgesondert und zu Speiseöl und Rohmargarine verarbeitet werden. Eine aus Berlin vorliegende Meldung erklärt sogar, daß durch die Ausscheidung der Fettsäuren das Mehl an Haltbarkeit gewinnt.

Es handelt sich dabei um sehr beträchtliche Mengen neuen, sehr hochwertigen Nährstoffes. Das neue Eiweißmehl übersteigt den Kaloriengehalt des Hühnereies um mehr als das Doppelte und die Ausbeute an Rohmargarine beträgt 5 Prozent des Gewichtes des Mais. Man will die diesjährige Roggen- und Weizenernte fast zur Gänze, Hafer und Gerste zum Teil dem neuen Verfahren unterziehen und kann so Tausende von Tonnen Eiweiß und Fettstoff gewinnen.

Gelingt es, diesen Laboratoriumserfolg bis zum Herbste zur fabriksmäßigen Ausnützung in großem Stile auszubauen, dann hat die Ernährungspolitik dank der Erfindung deutscher Wissenschaft und deutschen Forschungseifers sich eine neue Siegfriedstellung geschaffen, die ebenso allen Angriffen Trotz bietet wie die militärischen Fronten.

Das neue Verfahren zur Fettgewinnung.

Berlin, 8. Mai.

Ein neues Beispiel für die Ueberwindung der Kriegsschwierigkeiten durch den deutschen Erfindungsgeist liefert die Gewinnung von Fett und Eiweiß aus Getreide. Neuerdings ist es der Technik gelungen, den Keim des Getreidekornes, dessen Zusammensetzung der des Hühnereis ähnelt, herauszulösen. Alle Großmühlen haben diese Entkeimung des Getreides eingeführt. Die Keime werden in fünf Oelwerken mit Erlaubnis des Kriegsernährungsamtes auf Oel und Eiweiß verarbeitet und brauchbares Speiseöl sowie Margarinerohstoff gewonnen. Das sich gleichzeitig ergebende Eiweißmehl hat den dreieinhalbfachen Nährwert des Fleisches; 20 Gramm ersetzen ein Hühnerei.

Die diesjährige Roggen- und Weizenernte wird fast ganz, Gerste und Hafer teilweise so bearbeitet.

Die Mehlausbeute wird aber nicht verringert, das Mehl sogar verbessert, weil die Fettsäuren, welche Ranzigkeit, Bitterkeit und Muffigkeit hervorrufen, verschwinden. Ein Eisenbahnwagen Mais ergibt Rohstoff für fünf Zentner Margarine.

Österr. Volkszeitung
18/4. 1917

28

Fett und Eiweiß aus Getreide.

In der Monarchie durchgeführte erfolgreiche Versuche.

Gestern wurde über die epochemachende Erfindung der Entkeimung von Mais, Weizen und Roggen im Mühlenbetrieb zur Gewinnung von Fettstoffen berichtet. In Ergänzung des gestrigen Berliner Telegramms wird uns nun mitgeteilt, daß diese Erfindung von Oesterreich ausgegangen ist. Die Oesterreichische Oel- und Fettzentrale-A.-G. hat sich seit ihrer Gründung über Anregung des Handelsministeriums und unter tatkräftiger Förderung des Kriegsministeriums rege mit dieser wichtigen Frage beschäftigt und es ist ihr schon im Mai 1916, also vor Jahresfrist, gelungen, ein von einer ungarischen Mühle angeregtes Verfahren zur Entkeimung von Mais so auszubilden, daß die sofortige Anwendung in allen Mühlen unter Vermeidung von besonderen Aenderungen in der Einrichtung ermöglicht wurde. Derart gelang es, bis Ende Juni vorigen Jahres die Maisentkeimung in 494 österreichischen Mühlen einzurichten und seither weit mehr als eine Million Kilogramm wertvollen Maisöles zu gewinnen, das sich im Wege der Fetthärtung in ein tadelloses, weißes Speisefett von beliebiger Härte verwandeln läßt.

Es hat sich bei einer von etwa zweihundert österreichischen Mühlenbesitzern besuchten Versammlung im April 1916 herausgestellt, daß die Maisentkeimung bereits seit vielen Jahren in einzelnen Südtiroler Maismühlen auf ähnlichem Wege geübt wurde; es waren also weniger technische als organisatorische Schwierigkeiten zu überwinden.

Die bei der Durchführung der Maisentkeimung im großen gemachten Erfahrungen wurden sowohl dem Deutschen Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette wie der Ungarischen Oel- und Fettindustriezentrale-A.-G. zur Verfügung gestellt und es wurde daraufhin in Deutschland und Ungarn die Entkeimung von Mais durchgeführt. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt in Oesterreich hat schon im Dezember vorigen Jahres in gleicher Weise wie bei Mais die obligatorische Entkeimung von Getreide in allen von ihr beteilten Mühlen angeordnet. Oesterreich ging also auch in organisatorischer Beziehung voran.

Vossische Zeitung
10.IV.1917

10
30

Kraftfuttermittel und Branntweinfrage.

Aus dem Ernährungsausschuß.

Im Ernährungsausschuß des Reichstages wurde gestern über die Kraftfuttermittel gesprochen. Präsident von Batocki teilte mit, daß im Herbst eine größere Propaganda durch Vorführungen des Strohkraftfutters beabsichtigt sei. Man dürfe eine glänzende Zukunft dieses Futtermittels erwarten. — Ein Konservativer bedauerte, daß die Strohkraftfutterherstellung nicht energischer angepackt sei. Das ein- bis zweijährige Waldholz sei als Futtermittel auch sehr wertvoll. — Präsident von Batocki gab das zu, jedoch habe der Mangel an Arbeitskräften und Gespannen Grenzen für die Gewinnung gesetzt. — Ein Nationalliberaler trat für Monopolisierung der Strohkraftfuttermittelfabrikation ein. — Direktor im Kriegsernährungsamt von Oppen führte zu einem konservativen Antrag aus, nach Möglichkeit werde jetzt schon Heu aus den besetzten Gebieten zur Deckung des Bedarfs herangezogen; die rationelle Ausnutzung der besetzten Gebiete zur Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte werde aber erschwert durch den Mangel an Arbeitern und Gespannen.

In der darauffolgenden Erörterung über die Branntweinfrage führte Direktor von Oppen aus, daß das Verfahren zur Herstellung von Spiritus aus Holz möglichst gefördert werde. Die gewünschte Rücksichtnahme auf die kleinen Brenner werde eingehend geprüft werden.

Die Abstimmung.

Nach weiterer eingehender Besprechung kam der Ausschuß zur Abstimmung über die zahlreichen vorliegenden Anträge. Es wurde beschlossen, die folgenden Anträge dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen:

Antrag Dr. Böhme und Genossen (ntlb.) auf Ermäßigung der Auslesevergütung für Saatkartoffeln von 2 M. auf 1 M. und Erlassung oder wesentliche Herabminderung der Fracht, sowie Freilassung des Frühgemüses von der öffentlichen Bewirtschaftung;

Antrag Dove und Genossen (Vpt.) auf stärkere Zuführung der Mager- und Buttermilch an die Verbraucher oder Verkäufung unter Beschlagnahme von Molkereimilch zu angemessenen Höchstpreisen;

ferner ein Antrag aller Parteien auf Vermeidung einer weiteren Brotpreiserhöhung bei einer Getreidepreissteigerung, auf Erhaltung eines leistungsfähigen Viehstandes und Vorsorge, daß die Viehpreisermäßigung in vollem Umfange den Verbrauchern zugute kommt, auf einheitliche Bewertung der Schweine unter 75 Kg. und Festsetzung entsprechend höherer Preise für schwerere Schweine, auf Verminderung der Provisionssätze der Viehhandelsverbände und der Handelsaufschläge, auf Ueberlassung der notwendigen Mengen von Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten an die Erzeuger, auf Zuteilung der Kraftfuttermittel nach der Größe des Viehstandes und Bemessung ihrer Preise nach dem Nährwert im Verhältnis des Roggenpreises, auf

---

Ersatz der den Landwirten zur menschlichen Ernährung abgenommenen Saatkartoffeln;

ein Antrag Schiele (kons.) und Genossen auf Umlegung der Bedarfsmengen nach Ausfall der Ernte auf die einzelnen Bundesstaaten und größeren Verwaltungsbezirke;

Antrag Fegter (Vpt.) und Genossen auf größere Sicherung von Brot, Kartoffeln, Nährmitteln und Gemüse vor unrechtmäßiger Inanspruchnahme, auf Anpassung der Tierhaltung an die vorhandenen Futtermittel und auf rückhaltlose Durchführung der Verfütterungsverbote und Beschränkungen;

Antrag Fegter, Hoff und Genossen (Vpt.) auf Erlassung neuer Bestimmungen über die Hausschlachtung zur Vermeidung von Mißbräuchen;

Antrag Dr. Böhme und Genossen (ntlb.) auf Einsetzung einer aus Reichstagsmitgliedern und Regierungsvertretern bestehenden Kommission zur Untersuchung der Gerstenablieferung und der Gerstenschiebungen;

Antrag Dr. Roesicke und Genossen (kons.) auf Beschleunigung, Vereinfachung und Verlängerung der militärischen Beurlaubung zur landwirtschaftlichen Bestellung;

Antrag Dr. Roesicke und Genossen (kons.) auf anderweitige Regelung der Heuversorgung für das Heer;

Antrag Mertin (D. Frkt.) auf Nutzbarmachung der Erfahrungen und Organisation der Reichsgerstengesellschaft bei der bevorstehenden öffentlichen Bewirtschaftung der Gerste;

Antrag Hoff und Genossen (Vpt.) auf sofortige Berufung eines Sachverständigenausschusses zur Untersuchung der zweckmäßigen Gestaltung unserer Nutzviehhaltung und Nachprüfung nach Beendigung der Ernte;

Antrag Hoff, Fegter (Vpt.) auf Berufung eines Sachverständigenausschusses von Erzeugern und Verbrauchern zur Untersuchung über Umlegung, Ablieferung und Zuführung der Nahrungsmittel innerhalb der Kommunalverbände, der Aufbringung des Schlachtviehes und der Militärpferde und zweckmäßiger Anordnungen für den Anbau wichtiger Bodenerzeugnisse.

Nach Erledigung der Petitionen waren die Beratungen des Ernährungsausschusses beendet.

Pester Lloyd
12./V. 1917

(Bund ungarischer Landwirte.) Unter dem Vorsitze des Geheimen Rates Ignaz Darányi fand heute eine Direktionssitzung dieses Bundes statt. Sekretär Dr. Karl Schandl legte die Zirkularverordnung des Honvédministers bezüglich der Sicherung der Erntearbeiten vor und teilte mit, der Bund habe der Regierung gegenüber den Wunsch geäußert, daß Kriegsgefangene in größerer Zahl beigestellt werden sollen. Aurel Förster würde es für bedenklich finden, wenn man bei der Verwertung der neuen Getreideernte der nichtproduzierenden Dorfbevölkerung den direkten Einkauf nicht ermöglichen würde; auch perhorresziert er die Aufrechterhaltung der Zentralen nach dem Kriege. Stefan Bernát berichtet über die Aktion, auf welche Weise nach Friedensschluß Transportmittel und landwirtschaftliche Maschinen von der Heeresverwaltung übernommen werden sollen. Präsident Darányi bemängelte, daß an der Gründung der staatlichen Kunstdüngerfabrik auch ein nichtaltruistisches Geldinstitut teilnimmt. Staatssekretär Josef Bartóky gab sodann verschiedene Aufklärungen. Hinsichtlich des direkten Getreideeinkaufes der Unversorgten sei noch keine Entscheidung erfolgt; an die Aufrechterhaltung der Zentralen nach Friedensschluß aber denke niemand. Der Staatssekretär erklärte ferner, daß im Ackerbauministerium für die Folge nur Beamte aufgenommen werden sollen, die an der kombinierten Universität Pozsony-Magyaróvár die Qualifikation an der juridischen und an der landwirtschaftlichen Fakultät erworben haben.

Reichspost

Abendblatt
12. 10. 1917

32

Maikäfer ein ausgezeichnetes Hühnerfutter. Das k. k. Landeskulturinspektorat schreibt uns: Gegenwärtig schwärmen die Maikäfer in großen Massen, da wir heuer ein gutes Maikäferjahr haben. Die Maikäfer und Engerlinge sind große Schädiger des Landmannes, Gärtners und Forstwirtes, weshalb es sich empfiehlt, schon aus diesem Grunde die Sammlung der Maikäfer in größtmöglichstem Umfange zu betreiben. Die gesammelten Maikäfer bilden ein ausgezeichnetes Hühnerfutter, das bei dem Mangel an Futter für Hühner um so erwünschter sein muß. Man verabreicht für ein Huhn im Tag 10 bis 20 Stück frische Maikäfer oder 10 bis 15 Gramm getrocknete Maikäfer für Stück und Tag. Mehr Maikäfer sollen im frischen Zustande nicht verfüttert werden, da sie sonst Durchfall verursachen. Die Maikäfer werden am besten früh morgens von den Bäumen abgeschüttelt und gesammelt, da sie während der Nacht an den Knospen sitzen, etwas starr sind und daher leicht abgeschüttelt werden können. Man sammelt sie in Säcken und brüht sie zur Tötung mit siedendem Wasser ab. Nun werden die Maikäfer dünn aufgeschüttet und am besten an der Sonne oder auf einem Dachboden getrocknet. Unbedingt notwendig ist es, die Maikäfer zur Nachtrocknung im Backofen, in Darren oder im Bratrohr sehr gut zu trocknen, bis sie förmlich knistern und rauschen, da sie sich dann jahrelang halten. Nach dem Trocknen werden sie mit einer Knochenschrottmühle geschrottet und zerstampft, in Säcke eingefüllt und in einem trockenen Raum für spätere Verwendung aufbewahrt. Die Verfütterung von frischen Maikäfern oder von getrockneten Maikäfern fördert die Legetätigkeit sehr. Bei Dauerware ist zu beachten, daß sie bei unvollkommener Trocknung verdirbt und schimmelig wird. Um die Sammlung zu Nutzen der Landwirtschaft und Obstbaumzucht, sowie zum Vorteile der Hühnerfütterung in möglichst ausgedehntem Maße besorgen zu können, wäre es sehr zu begrüßen, wenn insbesondere die Schuljugend zur Sammlung herangezogen würde. Die Sammlung müßte jedoch unverzüglich einsetzen, da die Schwärmzeit in kurzer Zeit aufhört.

Neue Freie Presse
12. IV. 1917

34

Abänderung der Bestimmungen über die Höhe der Verbrauchsquote an Mahlprodukten.

Morgen erscheint eine Verordnung des Ernährungsamtes, die nach einem heute ausgegebenen amtlichen Kommentar die rechtlichen Grundlagen bietet, um, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, die Verbrauchsmenge von Mahlprodukten herabzusetzen. Die jetzigen Brot- und Mehlausweiskarten fußen auf der Ministerialverordnung vom 26. März 1915, die überhaupt die Brot- und Mehlkarte eingeführt hat, und auf der Verordnung vom 15. Januar 1916, welche die Trennung des Ausweises in eine Brot- und Mehlkarte verfügte. Für die nicht Landwirtschaft treibende Bevölkerung und für die Schwerarbeiter bleibt die bisher zulässige Höchstverbrauchsmenge unverändert. Aber die neue Verordnung bietet die Möglichkeit, das Höchstausmaß der Menge, die gegen Abgabe eines Brot- und Mehlkartenabschnittes zu verabfolgen ist, nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte fallweise festzusetzen. Bisher lautete der Coupon auf eine bestimmte Menge. Die Uebung war folgende: In der den Zeitraum von vierzehn Tagen umspannenden Brotkartenperiode wurde die Mehlration der ersten Hälfte immer voll eingelöst, in der zweiten Woche sind bereits einigemal Kürzungen vorgekommen. Es blieb dann eben eine Anzahl von Coupons nicht eingelöst, beziehungsweise wurden gegen dieselben andere Mahlprodukte verabfolgt. Jetzt werden, so ist wenigstens der halbamtlichen Ankündigung der Verordnung zu entnehmen, die Coupons nicht mehr auf einen bestimmten Betrag lauten, sondern es wird fallweise festgesetzt werden, welche Menge gegen einen Abschnitt zu verabfolgen ist. Die Stilisierung des halbamtlichen Kommentars macht es nicht klar, ob die Möglichkeit der Kürzung sich nur auf Mehl erstrecken wird oder auch beim Brot eintreten kann.

Der ganze Vorgang schafft gegenüber dem jetzigen Zustande inhaltlich keine Neuerung, derselbe ist mehr formell juristischer Natur, um sowohl die rechtliche Grundlage für eine notwendig werdende Kürzung zu bieten, als um in allen Kronländern gleichmäßig vorgehen zu können. Denn während jetzt in Kronländern mit Produktionsüberschüssen die Karten voll eingelöst wurden, kam es vor, daß gleichzeitig in anderen Kronländern, die auf Zuschübe angewiesen sind, eine Kürzung der Mehlquoten verfügt wurde. Künftig wird, so wie es bei der Fettkarte der Fall ist, die auf den einzelnen Abschnitt zu verabfolgende Menge fallweise und für die ganze Monarchie gültig festgesetzt werden.

Das gilt, wie gesagt, für die nicht Landwirtschaft treibende Bevölkerung und für die Schwerarbeiter. Es werden aber außerdem noch zwei andere Kategorien von Verbrauchern geschaffen: Die Schwerstarbeiter, das sind solche, die in Bergbau oder industriellen Betrieben unter besonderen Verhältnissen fortdauernd schwerste körperliche Arbeit verrichten. Für diese bleibt die bisherige Verbrauchsmenge auch künftig im vollen Ausmaße unbedingt gesichert. Dagegen wird für die Selbstversorger, also für die landwirtschaftlichen Produzenten, einschließlich der landwirtschaftlichen Schwerarbeiter, die bisherige Quote von 300 auf 250 Gramm, beziehungsweise für die landwirtschaftlichen Schwerarbeiter von 366 auf 300 Gramm Getreide täglich herabgesetzt.

Also werden sowohl die Schwerstarbeiter eine fixe Quote an Mahlprodukten haben, nämlich die bisherige, die landwirtschaftlichen Selbstversorger mit ihren Schwerarbeitern eine gegenüber dem bisherigen Ausmaß reduzierte, aber dennoch unverändert gleichbleibende Quote. Für den Rest der Bevölkerung wird, und das ist das neue und wesentliche der morgigen Verordnung, die fallweise Festsetzung der Quote eingeführt.

Die amtliche Ankündigung der neuen Verordnung.

Seit geraumer Zeit hat sich infolge vorübergehender Stockungen in der Aufbringung und Beförderung des Getreides die Notwendigkeit ergeben, die Bevölkerung, die nicht zu den landwirtschaftlichen Produzenten gehört, im Bezuge der zulässigen Mehlverbrauchsmenge zu kürzen. In jenen Gebieten, die auf Zufuhren von auswärts angewiesen sind, war dies naturgemäß häufiger der Fall als in Ländern, die sich aus eigenen Vorräten versorgen. Um nun einerseits eine rechtliche Grundlage für bereits bestehende Zustände zu schaffen und anderseits eine gleichmäßige Behandlung aller Konsumenten in den verschiedenen Verwaltungsgebieten anzubahnen, erschien eine teilweise Abänderung der Ministerialverordnungen vom 26. März 1915 und vom 15. Januar 1916 notwendig. Diese erfolgt mit einer im morgigen Reichsgesetzblatt und in der „Wiener Zeitung" erscheinenden Verordnung des Amtes für Volksernährung, betreffend die allgemeine Regelung des Verbrauches von Getreide und Mahlprodukten.

Die bisher zulässige Höchstverbrauchsmenge der Nichtselbstversorger, kurz gesagt der nicht Landwirtschaft treibenden Bevölkerung und der zu diesen gehörenden Schwerarbeiter, wird nicht geändert. Jedoch bietet die neue Verordnung dem Amte für Volksernährung die Möglichkeit, das Höchstausmaß jener Mengen, die gegen Abgabe eines Brot- oder Mehlkartenabschnittes jeweils zu verabfolgen sind, nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte fallweise festzusetzen.

Von besonderer Bedeutung ist die Einführung des Begriffes der Schwerstarbeiter in unsere kriegswirtschaftliche Gesetzgebung. Die Verordnung verfügt nämlich, daß selbst vorübergehend notwendige Herabsetzungen der zulässigen Verbrauchsmenge auf jene Personen keine Anwendung finden, die in Bergbau- oder industriellen Betrieben unter besonderen Verhältnissen fortdauernd schwerste körperliche Arbeit verrichten. Solchen „Schwerstarbeitern", wie sie die Verordnung nennt, ist die volle Verbrauchsmenge im bisherigen Ausmaße gesichert.

Von der Notwendigkeit durchdrungen, rechtzeitig alle Maßnahmen zu treffen, die im Interesse des Durchhaltens bis zur nächsten Ernte unerläßlich erscheinen, hat das Amt für Volksernährung gleichzeitig eine Verminderung der Quoten der landwirtschaftlichen Selbstversorger einschließlich der landwirtschaftlichen Schwerarbeiter vorgenommen. Die Quote für erstere wird von 300 Gramm Getreide auf 250 Gramm, jene der letztgenannten Personen von 366 Gramm auf 300 Gramm Getreide täglich herabgesetzt.

Zweifellos wird mit dieser Maßnahme, die übrigens vor kurzem in ähnlicher Weise auch im Deutschen Reiche getroffen worden ist, der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein neues und schweres Opfer auferlegt. Seine Rechtfertigung liegt jedoch einerseits in den unabweislichen Forderungen der gegenwärtigen Zeit, anderseits darin, daß die übrigen Volkskreise infolge der Unzulänglichkeit der Zuschübe bereits seit längerer Zeit weit härtere Einschränkungen auf sich nehmen und ertragen mußten. Auch in Hinkunft wird sich die Bevölkerung, die landwirtschaftlichen Kreisen angehört, noch immer in einer günstigeren Lage befinden als die übrigen Konsumenten, da ersteren eine wenn auch verminderte Getreidemenge unter allen Umständen zu verbleiben hat, während die letzteren gänzlich auf Zuschübe angewiesen sind, von deren Höhe es abhängt, welche Verbrauchsmenge ihnen jeweils gewährt werden kann.

Arbeiterzeitung

13./V. 1917

36

Die Bewirtschaftung der neuen Ernte.

Die Schwierigkeiten unserer Ernährungsverhältnisse lassen es begreiflich erscheinen, daß wir auf die Zeit der Ernte wie auf eine Erlösung hoffen und daß jeder jähe Witterungswechsel in uns die Sorge erweckt, daß der Ernteertrag dadurch geschmälert werden könnte. Wenn das Wetter anhaltend günstig bleibt, haben wir in vielen Teilen des Reiches, soweit dies die Kriegsverhältnisse überhaupt zulassen, eine reichliche Ernte zu erwarten. Wohl ist das Ausmaß der angebauten Flächen geringer geworden, weil Arbeitskräfte und vielfach auch, wie bei den Kartoffeln, Saatgut gefehlt haben, die Düngung und Bearbeitung des Bodens ist mangelhaft, aber günstige Witterverhältnisse müssen trotzdem den Ernteertrag gegen das Ergebnis der vorjährigen Mißernte erheblich steigern. Welch günstigen Einfluß müßte beispielsweise eine gute Weizenernte in Ungarn auf unsere Ernährung üben! Nie haben wir eine gute Ernte nötiger gehabt als in diesem Jahre. Die furchtbaren Folgen des dreijährigen Weltkrieges haben sich in der Volksernährung am schärfsten zur Geltung gebracht. Alle Reserven und Auskunftsmittel sind ungenügend gewesen, die Ernährung ist vollkommen unzureichend. Ein Großteil der Schuld ist der Ueberschätzung unserer Agrarproduktion zuzuschreiben, die vor dem Kriege und auch noch während des Krieges in Regierungskreisen vorherrschend war. Auch die patriotische Gesinnung der Landwirte wurde überschätzt, man war der Meinung, mit Aufrufen, Verordnungen und reichlichen Gewinnmöglichkeiten die Agrarproduktion in jene Bahnen leiten zu können, die die Bedarfsdeckung an menschlicher und tierischer Nahrung ermöglichen. Die Enttäuschung ist wohl jetzt eine allgemeine und gründliche, die bösen Erfahrungen sind auch zu zahlreich. Die Agrarier haben sich nicht bewegen lassen, planmäßig jene Feldfrüchte in richtiger Proportion zu bauen, die für die Ernährung von Tieren und Menschen nötig sind. Sie haben einfach jede Kriegskonjunktur ausgenützt und die Produktion auf die höchsten Gewinstmöglichkeiten eingestellt.

Ziehen wir die Verhältnisse des letzten Jahres in den Kreis unserer Betrachtungen, so sehen wir eine Bevorzugung der Futtermittel gegenüber dem Weizen- und Roggenanbau, weil die steigenden Viehpreise die Viehproduktion ungemein einträglich gemacht haben. Dazu kam noch eine Mißernte in Weizen und Roggen. Um das Defizit in der menschlichen Ernährung wenigstens teilweise auszugleichen, mußten Gerste und Hafer für die Menschen in Anspruch genommen werden. Da der Viehstand überaus zahlreich war, genügten zu dessen Erhaltung die zur Verfügung gestellten Futtermittel nicht und es wurden Körnerfrüchte verfüttert, die der Ernährung der Menschen zugedacht waren. Das Vieh nährte sich zum Teil von Weizen und Korn, die Menschen von Gerste und Hafer. Also eine vollständige Umkehrung in den Ernährungsgewohnheiten.

Das Ernteergebnis kann, solange das Korn nicht vom Halm getrennt ist, nicht kontrolliert werden, die Druschproben sind eine ganz unzuverlässige Unterlage für die Ernteefeststellung, sie ermöglichen nicht einmal annähernd richtige schätzungsweise Ermittlungen. Insolange das Getreide nicht gedroschen ist, bleibt der Landwirt trotz aller Verordnungen und trotz der staatlichen Beschlagnahme uneingeschränkter Herr über die von ihm geernteten Feldfrüchte. Der Drusch verzögert sich oder wird verzögert und damit bleibt die Körnerfrucht länger, als für die Volksernährung erträglich ist, in dem Herrschbereich des Produzenten. Und das namentlich in der gefährlichsten Zeit. In keiner Jahreszeit ist der Anreiz zur Verfütterung der Körnerfrucht größer als im Winter, weil Grünfutter gänzlich fehlt. Die Vorratsaufnahmen und Requisitionen wurden erst zu Beginn der zweiten Hälfte des Erntejahres durchgeführt, weil das Getreide früher nicht ganz ausgedroschen war, und da hat der Staat nur einen ganz ungenügenden Rest der Ernte vorgefunden.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Mehlration der Produzenten ganz unkontrolliert geblieben ist. Wer menschliche Nahrung an das Vieh verfüttert hat, wird auch kein Bedenken getragen haben, für sich und seine Haushaltungsangehörigen die den Produzenten ohnedies reichlicher als den Konsumenten zuerkannte Mehlration zu überessen. Da diese Ueberschreitung der Mehlration gewissermaßen im Einverständnis mit den Mühlen erfolgen muß, wird auch ein nicht unerheblicher Teil des Brotgetreides als Lohn für die Verschwiegenheit seinen Weg in die Magen wohlhabender Leute, ohne Anrechnung auf die Brotkarte, zu übermäßigen Preisen gefunden haben. Die Differenzierung der Mehlrationen der Produzenten und der Industriebevölkerung ist im dritten Kriegsjahr nicht mehr aufrecht zu erhalten. In der Ernährungsweise dieser beiden Bevölkerungsgruppen hat sich ein gründlicher Wandel vollzogen. Vor dem Kriege hat die ländliche Bevölkerung vorwiegend von vegetabilischer Nahrung gelebt, die Städter waren stärkere Fleischesser. Jetzt essen die agrarischen Bevölkerungskreise viel mehr Fleisch und Wild, sie haben Kartoffeln, Fett, Gemüse und außerdem eine viel reichlichere Mehlration gehabt, die erst jetzt herabgesetzt wurde. Natürlich auf dem Papier. Die Industriebevölkerung konnte im Kriege Fleisch wegen der ungeheuerlichen Preissteigerung nicht konsumieren, es war Mangel an Kartoffeln, und Fett, Gemüse fehlen nahezu gänzlich und die Mehlration wird tatsächlich immer kleiner. Dabei ist die Mehlqualität auch minderwertigen, da viel Futtergetreide vermahlen werden mußte. Die Fleischaktion für die Minderbemittelten kann das Defizit in der Ernährung der Industriebevölkerung nicht ausgleichen. Die Portion ist zu gering, nur unter unsäglichen Mühen erhältlich und wirkt auch nicht magenfüllend. Man muß mit lauter Surrogaten zu enormen Preisen den Magen zu täuschen suchen.

Diese Erfahrungen der Kriegsjahre verlangen gebieterisch nach einer gründlichen Aenderung des Systems der staatlichen Bewirtschaftung, und zwar vor allem beim Brotgetreide. Die Hoffnungen auf einen nahen Frieden dürfen nicht dazu verleiten, die Wichtigkeit der Volksernährung zu unterschätzen. Auch bei Eintritt friedlicher Verhältnisse wird das verwüstete Europa mit Ernährungsschwierigkeiten zu rechnen haben, der Stand der Valuta erschwert auch die Einfuhrmöglichkeiten, zum mindesten steigert er die Preise. Wir haben also noch für längere Zeit, vielleicht durch mehrere Jahre die möglichste Oekonomie und die strafffste Bewirtschaftung unserer Nahrungsmittel dringend nötig. Jede Entspannung muß vor allem dazu benützt werden, die Rationen reichlicher zu gestalten, um die Unterernährung zu beseitigen. Wir wollen kurz andeuten, welche Aenderung in der staatlichen Bewirtschaftung des Brotgetreides wir als dringend nötig erachten, und behalten uns vor, auf die Einzelheiten noch ausführlich zurückzukommen.

Nach der Trennung des Halmes vom Boden muß sofort an die Bewältigung der Druscharbeiten nach einem festgestellten Plane mit Zuhilfenahme aller, auch militärischer Arbeitskräfte geschritten werden. Der Drusch darf nur unter Ueberwachung erfolgen. Das gedroschene Getreide muß vom Staate oder anderen öffentlichen Korporationen sofort in Verwahrung genommen werden. Das Getreide, das für die Versorgung der Produzenten und ihrer Haushalte bestimmt ist, muß von den Wirtschaftsämtern oder eigens gebildeten Genossenschaften verwahrt, in monatlichen oder größeren Raten der Vermahlung zugeführt und das Mehl in ebensolchen Zeitabschnitten nach Maßgabe der festgesetzten Ration an die Selbstversorger abgegeben werden.

An Futtergetreide ist dem Produzenten nur so viel zu belassen, als zur Erhaltung seines tatsächlichen und für seine Wirtschaft unbedingt erforderlichen Viehstandes nötig ist. Der Viehstand muß seiner Wirtschaft angemessen sein, seine Höhe darf nicht eine spekulative Grundlage haben. Diese Ration ist dann zu kürzen, wenn die für die Ernährung der Menschen voraussichtlich zur Verfügung stehenden Getreidebestände nicht ausreichen. Auch das Saatgut muß in die Verwahrung des Staates oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften kommen, damit der Anbau beeinfluß werden kann und die Verfütterung des Saatgetreides und der Anbau übergroßer Flächen mit Futtermitteln verhindert wird.

Auch die Preisbestimmung für Brotgetreide, Futtermittel, Gemüse und Vieh muß so erfolgen, daß einer spekulativen Ausnützung der Anbauflächen, die den Ernährungsplan in Verwirrung bringen, wirksam begegnet wird.

Eine Erfahrungstatsache ist unbestreitbar festgestellt. Bleibt die Brotfrucht längere Zeit in der Gewalt des Produzenten, dann ist jede staatliche Bewirtschaftung ein unzulängliches Flickwerk und die menschliche Ernährung ist in hohem Grade gefährdet. Es ist höchste Zeit, daß sich die maßgebenden Stellen über das System der Bewirtschaftung der nächsten Ernte schlüssig werden. Bei dem gegenwärtigen System zu bleiben erscheint uns als eine schwere Vernachlässigung und Gefährdung der Volksernährung, wenn wir das in patriotischem Stile ausdrücken sollen, als ein Vergehen gegen die Kriegsmacht des Staates.

Hamburger Fremdenblatt
14. V. 1917

37 14

Bekanntmachung

betreffend

Abgabe von Geflügelfutter.

In Abänderung der Verordnung betreffend Abgabe von Geflügelfutter im Stadtgebiet Hamburg vom 5. März d. J. wird bestimmt:

§ 1.

Ab 16. Mai d. J. wird Geflügelfutter (das vom Reich an Hamburg überwiesene Körnerfutter) von der Futterverteilungsstelle der Landherrenschaften, Lagerstraße 4, an alle Geflügelhalter gegen Futterkarten abgegeben.

§ 2.

Außerdem wird Geflügelfutter der Eier-Abteilung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts an diejenigen Geflügelzüchter abgegeben, die Eierlieferungsverträge abgeschlossen haben. Dieses Futter wird durch die Hamburger Geflügelzuchtvereine wie bisher nach Maßgabe der Verordnung vom 5. März d. J. ausgegeben.

Geflügelzüchter, die gegen Eierabgabe Futter zu erhalten wünschen, haben sich an einen der Hamburger Geflügelzuchtvereine zu wenden.

Hamburg, den 12. Mai 1917.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Hamburger Fremdenblatt
14. V. 1917

38

Bekanntmachung

betreffend

die Verteilung von Futtermitteln.

Die Futterverteilungsstelle der Landherrenschaften wird vom 15. bis 25. Mai an die Inhaber von Futterkarten der Landherrenschaften wie folgt Futter verteilen:

1. an die Besitzer von Schweinen für jedes auf der Karte im Abschnitt „sonstige Schweine über 8 Wochen" vermerkte Stück gegen Abschnitt 11 der Futterkarte entweder
   100 Pfund Einheitsfutter für Schweine,
   zum Preise von ℳ 28 für den Zentner, ohne Sack, oder
   25 Pfund Einheitsfutter für Ferkel,
   zum Preise von ℳ 28 für den Zentner, ohne Sack;
2. an die Besitzer von Geflügel auf Abschnitt 60 der Futterkarte für jedes auf der Karte vermerkte Stück Geflügel (bei der Verteilung wird auch das im Gebiete der Stadt Hamburg gehaltene Geflügel berücksichtigt)
   1 Pfund Einheitsfutter für Geflügel,
   zum Preise von ℳ 30 für den Zentner, ohne Sack.

Die Abgabe der Futtermittel erfolgt zu den gleichen Bedingungen wie bei den vorangegangenen Verteilungen durch die Geschäftsstelle der Futterverteilungsstelle der Landherrenschaften, Hamburg, Lagerstraße 4.

Wer den auf ihn entfallenden Anteil von Futter nicht bis zum 25. Mai abgefordert hat, wird nicht mehr berücksichtigt.

Das Einheitsfutter für Schweine setzt sich in ähnlicher Weise wie bei der vorigen Ausgabe zusammen. Es enthält neben Körnerschrot vor allem Seradella, Fettgrieben, Fleischmehl, Fischmehl, Kartoffelpräparate, Kleeheumehl, Knochenmehl, Haushaltungsabfälle und Obsttrestermehl und Zusatz von Futterkalk und Salz. Es hat einen Gehalt von 14 bis 18 % Eiweiß und 1,8 bis 3 % Fett.

Das Einheitsfutter für Ferkel besteht aus Getreideschrot, darunter Seradella, Knochenmehl, Fettgrieben, Fleischmehl, Fischmehl, Küchenabfälle, Erbsenkleie, Kartoffelpräparate. Der Gehalt an Eiweiß ist etwa 17 %, der an Fett etwa 2,3 %.

Das Einheitsfutter für Geflügel besteht aus Getreidekörnern 15 %, Seradella 20 %, Grassamen 7 %, Fettgrieben 13 %, Garnelenschalen 18 %.

Hamburg, den 5. Mai 1917.

Die Landherrenschaften.

Reichspost

15./V. 1917

39

Minister von Höfer über Ernährungsfragen.

D. N. Gegenüber einer Abordnung des Nationalverbandes sprach sich Minister Höfer am 12. d. über verschiedene Ernährungsfragen in folgender Weise aus: Er hoffe, daß in den nächsten Tagen noch beschränkte Mengen von Saatkartoffeln zugeschoben werden können. Bezüglich des Ersatzes durch Rüben-, Möhren- und Gemüsesamen sei bereits alles vorgekehrt. Die Rüben- und Möhrensamen seien bei den Zweigstellen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt in den einzelnen Kronländern bereits eingelangt und sollen dort angesprochen werden. Gemüsesamen wäre, wenn auch nur in beschränkten Mengen, bei der Gemüse- und Obstzentrale, Wien, 1. Bezirk, Kohlmarkt 1, anzufordern. Mit dem Vorschlage, angesichts der bei der bevorstehenden Ernte zu gewärtigenden großen Kartoffelknappheit die gesamte diesjährige Kartoffelernte in die staatliche Bewirtschaftung zu übernehmen und die Kartoffeln zu diesem Zwecke zu beschlagnahmen, jedoch bis zum Erfordernis für den Konsum in der Verwahrung der landwirtschaftlichen Produzenten zu belassen, sei er einverstanden. Bezüglich der ebenfalls gewünschten staatlichen Bewirtschaftung der Heuernte sei die Verordnung bereits fertiggestellt und stehe deren Veröffentlichung unmittelbar bevor. Auch die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten seien bereits durchgeführt. Schließlich versicherte der Minister, daß zum Zwecke einer größeren Inanspruchnahme der Kälber zur Schonung der Jungviehbestände Anordnungen seitens des Ackerbauministeriums an die einzelnen Landesstellen bereits ergangen seien.

Reichspost

15. 10. 1917

40

Niederösterreichs Bauernschaft für die Verbraucher.

Aus der 18. Generalversammlung der Landesmolkerei Niederösterreichs.

R. K. Die gestrige 18. Generalversammlung der Niederösterreichischen Molkerei war außerordentlich stark von den Vertretern der Milchgenossenschafter besucht. Der Obmann Landesausschuß und Reichsratsabgeordneter Stöckler gedachte in seiner Eröffnungsrede der an die Hunderte zählenden Mitglieder, welche in heldenmütiger Weise an allen Fronten die Gemarkungen unseres Vaterlandes verteidigen und hielt schließlich einen warm empfundenen Nachruf für die seit der letzten Generalversammlung neuerlich auf dem Felde der Ehre gefallenen Genossenschaftsmitglieder.

Molkereidirektor Hoffmann erstattete hierauf einen ausführlichen Bericht über die Geschäftsgebarung im abgelaufenen Jahre, aus dem hervorgehoben sei: Von 133 n.-ö. Milchgenossenschaften wurden im vergangenen Jahre an die n.-ö. Molkerei als der Zentrale aller dieser Organisationen, 21,824.095 Liter Milch eingeliefert, es betrug der Rückgang gegen das Vorjahr rund 5 Millionen Liter. Außer dieser kolossalen Milchmenge wurden dem Wiener Konsum zugeführt: 5,451.528 Stück Eier, 411.526 Kilogramm Butter, 7454 Kilogramm Käse und 6359 Kisten kondensierte Milch. Der Gesamtumsatz in den eigenen Filialen und bei den Engroßkunden betrug 14,789.301 Kronen und die Gesamtbetriebsspesen pro Liter Milch 9:96 Heller; diese sind somit seit Kriegsausbruch um mehr als das Doppelte gestiegen, während die Milchlieferung seit dem Jahre 1913 um rund 9 Millionen Liter zurückgegangen ist. Der Gebahrungsüberschuß per 81.800 Kronen 19 Heller wird für Abschreibungen und zur Dotierung des Reservefonds verwendet. An 15 Genossenschaften wurden Prämien für die reinlichst gelieferte Milch im Betrage von 1400 Kronen verliehen.

Der Geschäftsbericht wurde von der Versammlung beifällig zur Kenntnis genommen. Vorsitzender Landesausschuß Stöckler betonte, daß die n.-ö. Molkerei sich seit ihren kleinen Anfängen zu einer Ernährungsinstitution allererster Ordnung entwickelt habe, die musterhaft nicht nur für das Vaterland, sondern auch für das Ausland dastehe. Auch habe keine der anderen großen Wiener Milchzentralen einen so geringen Milchabgang trotz aller der vielen einschneidenden Verordnungen zu verzeichnen, wie die n.-ö. Molkerei; die Milchgroßhändler haben indessen in dieser schweren Zeit ganz versagt. Daß die Milcheinlieferung an die n.-ö. Molkerei nur so minimal heruntergegangen sei, ist nur dem Pflichtbewußtsein der Genossenschaftsmitglieder, das ist dem so viel verlästerten „wucherischen" kleinen und mittleren Bauernstand zu danken, während die Milchfrage für den Großgrundbesitz nur das reinste Rechenexempel bedeute. Es werde sich wohl noch Gelegenheit genug bieten, über alle diese Dinge eingehender zu sprechen. (Allseitige Zustimmung.) Der Vorsitzende dankte dem Molkereidirektor Hoffmann für seine unermüdliche Arbeit und Schaffenskraft und für seine Umsicht, ebenso allen Beamten und sonstigen Angestellten. (Großer Beifall). Ueber Antrag des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, des Herrn Franz List, wird nach dessen Bericht dem Vorstande das einmütige Absolutorium erteilt und unter stürmischen Zurufen dem Obmanne Dank gezollt, ebenso dem Direktor Hoffmann.

Der Vorsitzende machte schließlich Mitteilung über den Auftrag der n.-ö. Statthalterei an die Molkerei, das Sammeln aller in Niederösterreich produzierten Eier zu organisieren, worauf schließlich mit Rücksicht auf den Mangel an Milch und Eiern über Antrag des Landesausschusses Stöckler folgender Beschluß einhellig gefaßt wurde: „Jedes Mitglied verpflichtet sich, den Eigenverbrauch der in seiner Wirtschaft produzierten Milch und Eier im Interesse der konsumierenden Bevölkerung der Residenzstadt Wien auf das Mindestmaß einzuschränken und alle Mittel anzuwenden, die geeignet sind, die Milchversorgung der Metropole zu fördern. Ferner verpflichten sich die Genossenschaften alle Maßnahmen des Vorstandes, welche darauf hinzielen, daß die gewonnene Milch und die gesamte Eierproduktion nach Abzug des notwendigsten Eigenbedarfes auch restlos der Zentrale in Wien zukommt, weitestgehend zu unterstützen."

Mit Dankesworten an die Versammlung, die Genossenschaftsmitglieder und auch an die bäuerlichen Frauen wurde die Tagung mit einem dreifachen begeistert aufgenommenen Hoch auf den Monarchen geschlossen.

Frankfurter Zeitung
15. V. 1917

Die Welthungersnot und das Kali.

Von Geh. Hofrat Prof. **Wilhelm Ostwald.**

Am ersten Mai war der Weizenpreis in Chicago dreimal so hoch wie der letzte Preis im Frieden, zum Zeichen, daß die ganze Menschheit einer Knappheit an Nahrungsmitteln entgegengeht, wie sie in gleicher Allgemeinheit bisher noch nicht bestanden hat. Als Ursache hierfür werden meist ungünstige Wetterverhältnisse angegeben. In früheren Zeiten sind solche auch oft genug wirksam gewesen, sie sind aber stets örtlich begrenzt geblieben, so daß gegenseitiger Ausgleich erfolgte und die Welternte nur mäßige Schwankungen erfuhr. Es muß also diesmal ein einseitig wirksamer schädlicher Faktor vorhanden sein, der unabhängig vom Wetter auf die Ernten gedrückt hat. Dieser Faktor läßt sich tatsächlich nachweisen, die Welternte leidet schwer unter dem Mangel an Kali.

Drei chemische Elemente müssen im Boden in angemessener Menge vorhanden sein, damit er in dem Maße Früchte trägt, daß die reichlich anderthalb Milliarden Menschen sich gut nähren können: Stickstoff, Kalium und Phosphor. Durch den gewöhnlichen, vom Menschen nicht beeinflußten Ablauf der chemischen Vorgänge auf der Erdoberfläche werden sparsame Mengen dieser Elemente den Pflanzen zugänglich gemacht, wo aber eine dichtere Besiedelung möglich werden soll, müssen sie dem Boden darüber hinaus zugeführt werden. So hängt das Leben der Menschheit von der künstlichen Düngung ab.

Im einzelnen war der Stickstoff bis zum Kriege zu etwa zwei Dritteln durch das Vorkommen des Natronsalpeters in Chile monopolisiert. Zwar besteht die Luft aus vier Fünftel Stickstoff, so daß ein Mangel an dem Element selbst ausgeschlossen ist. Vermöge seiner besonderen chemischen Verhältnisse gewinnt der Stickstoff aber seine Brauchbarkeit für die Pflanzen erst, nachdem er in chemische Verbindungen eingetreten ist. Man hat lange geglaubt, daß der Mensch unfähig sei, diese Bindung zu bewirken, wenigstens in technischem Maßstabe. Dies hat sich als irrig herausgestellt und die in Deutschland schon vor dem Kriege begründete Technik der Stickstoffbindung hat uns unseren siegreichen Kampf gegen fast die ganze Welt erst möglich gemacht. Ohne sie hätten wir bereits im ersten Jahre einen Frieden um jeden Preis schließen müssen, und die Hoffnung hierauf ist vielleicht ein wesentlicher Faktor in der Kriegsrechnung unserer Feinde gewesen. Denn der gebundene Stickstoff ist als Grundelement aller Explosivstoffe für den Krieg ebenso notwendig wie als Pflanzennährstoff für den Frieden. Wir können jetzt sagen, daß nicht nur für die noch ausstehenden Zeiten des Krieges, sondern auch für die künftigen Friedenszeiten das Stickstoffproblem für uns endgültig gelöst ist. Der Phosphor ist über die ganze Welt ziemlich gleichförmig verteilt, so daß von einem natürlichen Weltmonopol, wie es halbwegs beim Stickstoff bestanden hatte, nicht die Rede sein kann. Unser Bedarf wird insbesondere durch die Eisenerze an unserer Westgrenze gedeckt, welche Phosphor als Verunreinigung enthalten. Deshalb darf unter keiner Bedingung eine Verschiebung dieser Grenze nach Osten eintreten. In Bezug auf das Kalium haben wir wieder ein anderes Bild. Es ist zwar ähnlich dem Phosphor in mäßigen Mengen in der ganzen Welt vorhanden, befindet sich aber überall in so fester Bindung, daß es durch die natürliche Verwitterung der Gesteine nur sehr spärlich den Pflanzen zugänglich gemacht wird, und daß seine künstliche Befreiung sehr kostspielig ist. Auch besteht keine Möglichkeit, den Befreiungsaufwand wesentlich zu verkleinern, da er durch das Gesetz von der Erhaltung der Energie nach unten begrenzt ist.

Nur in Deutschland sind die Verhältnisse anders. Zwischen Elbe und Rhein (und in einzelnen Ausläufern noch darüber hinaus), erstrecken sich Lager von freien Kalisalzen, die unter ganz einzigartigen Verhältnissen, die sich in der ganzen Welt, soweit man sie kennt, nirgends wiederholt haben, dort entstanden sind. Diese Kaliquelle, deren Bedeutung durch den jüngst verstorbenen Professor Franck aufgedeckt worden ist, hat seit einigen Jahrzehnten die ganze Welt befruchtet und das leibliche Wohlergehen der vermehrten Menschheit ist dadurch vom deutschen Kali abhängig geworden. Durch den Krieg, insbesondere durch die von England mit größtem Nachdruck bewirkte Ausschließung Deutschlands vom Weltverkehr ist diese befruchtende Quelle der feindlichen Welt außerhalb Deutschlands und der mit ihm verbündeten Mächte verschlossen worden, und wenn jetzt der grausige Gedanke einer Welthungersnot ins Auge gefaßt werden muß, so soll auch die Welt wissen, daß England die Schuld daran trägt.

In Amerika hat man den Mangel lebhaft empfunden und alles daran gesetzt, das fehlende Kali aus zugänglichen Mineralien zu beschaffen. Es ist dies nicht möglich gewesen, auch zu den ins phantastische gesteigerten Preisen nicht, welche die dortige Landwirtschaft zu zahlen bereit ist. Dies zeigt, wie unbegründet die Sorge war, daß unser Kali durch die Konkurrenz auswärtiger Quellen ausgeschaltet werden könne. Präsident Wilson hat in dem Staatsrat, welcher für den Krieg entschied, offenbar keinen Chemiker gehabt, der ihm Klarheit über die Sachlage hätte schaffen können. Tatsächlich hat sich Amerika in der Situation eines Mannes mit einer Schlinge um den Hals, deren Ende der Feind in der Hand hält und die bereits ziemlich fest zugezogen ist, in den Krieg begeben. Daß dieses Zuziehen von England besorgt worden war, für dessen Interessen Wilson das Kriegsbeil ausgegraben hat, gibt der Sachlage einen besonderen Reiz.

Wir aber haben mit unserem Kali ein natürliches Weltmonopol von gewaltigster Bedeutung, dessen Wert bei dem künftigen Friedensschluß gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Wir haben darüber zu bestimmen, ob künftig die übrige Welt sich reichlich oder kümmerlich wird ernähren können und wir sind daher in der von Bismarck immer angestrebten und oft hergestellten Lage, den langen Arm des Hebels in der Hand zu haben. Auch unseren Feinden sind diese Verhältnisse bereits klar geworden. In der „Times" (Trade Supplement vom Oktober 1916) schreibt der bekannte Professor N. E. Armstrong: „Wenn die Franzosen das Elsaß nicht wiedergewinnen (wo sich Ausläufer des deutschen Kalivorkommens befinden, (d. Verf.), so werden die Deutschen nach dem Kriege praktisch alle Kalitrümpfe in der Hand haben, was in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ein außerordentlich wichtiges Machtmittel darstellt."

Während des Krieges aber arbeitet der Kalifaktor für uns wie unsere U-Boote, mit täglich zunehmender Kraft.

Die Zeit
15./V. 1917

(Die Witterung und die Getreidefelder.) Ungewöhnlich gut und hauptsächlich den Anbau fördernd ist der Mai bislang verlaufen, und so bleibt lediglich zu wünschen, daß auch die nächsten Wochen von gleicher Art sein mögen. Mit dem 14. Mai sind die gefürchteten drei Eismänner glücklich vorüber, und auch von dem 15. (die kalte Sophie) droht nach der Wetterlage keinerlei Gefahr durch einen bedeutsamen Kälterückfall. Die letzte Kältestation betrifft den 25. (Urban), aber auch da ist mit einigem Recht zu hoffen, daß sie keine ernsteren Kälteschäden bringen wird, denn der Winter, der bis Ende April dauerte, scheint sich reichlich mit Frost und Schnee ausgegeben zu haben. Wie der Stand der Frühjahrssaaten und des Winteranbaues in der Monarchie dermalen ist, gibt er zu guten Erwartungen Raum, aber noch sind, im Durchschnitt, wenigstens noch zwei Monate günstiger Witterung erforderlich, um die Ernte zur Reife, und einige weitere Wochen, sie zur glücklichen Einheimsung zu bringen. Zeitweilige Niederschläge und viel Sonnenwärme bleiben weiter erwünscht, auch daß die Felder von schweren elementaren Schäden verschont bleiben. Aber erst, wenn schließlich zur Zeit des Schnittes trockenes Wetter herrscht, daß die Frucht in gesunder Beschaffenheit eingebracht werden kann, sind die größten Sorgen des Landmannes vorüber, und die in dieser Kriegszeit nicht minder besorgten Konsumenten dürfen mit Beruhigung ihrer Versorgung in der nächsten Kampagne entgegensehen.

Die Zeit 15./V. 1917

Die Weizenhausse in Amerika.

Seit Beginn des Monats Mai haben die Preissteigerungen in New-York und Chicago von allen Getreidegattungen, ganz besonders aber von Weizen, wieder enorme Fortschritte gemacht, was in Anbetracht der ohnehin seit langem bestehenden exorbitanten Preislage für die Verhältnisse drüben ganz außerordentlich kennzeichnend ist. In New-York notierte beispielsweise Winterweizen am 1. d. zirka 297.50, Frühlingsweizen 279.25 Cents pro Bushel, und innerhalb einer Woche gingen die Preise auf 326.—, beziehungsweise 320.— Cents. Chicago ging für Mai-Weizen von 257.50, für Juli-Weizen von 212.25 Cents auf 318.—, beziehungsweise 250.— Cents in derselben kurzen Periode. Das sind Preiserhöhungen von seltener Ausdehnung und Erscheinungen, die selbst an Amerikas Börsen sonst nur bei spekulativen Treibereien, bei Einwirkungen der Gegenpartei vorgekommen sind. Eine Preishöhe, wie sie dermalen besteht, ist aber überhaupt noch nicht dagewesen und fällt um so mehr ins Auge, wenn man den normalen Weizenpreis in New-York von etwa 90 Cents bis 1 Dollar, in Chicago von 80 bis 90 Cents mit den heutigen Preisen in Vergleich zieht.

Trotz alledem muß das Preisniveau unter allen gegebenen Verhältnissen als ein natürliches und nicht künstlich getriebenes angesehen werden, da außerdem die vorjährige schlechte amerikanische Ernte mit den für heuer ungünstigen Aussichten zusammenwirkt. Die gesamte Welternte 1916 fiel bekanntermaßen ungünstig aus, und der Bedarf, der hauptsächlich von allen Importstaaten Europas in Amerika gedeckt werden mußte, zog soviel Vorräte von dort ab, daß im eigenen Land Knappheit eintrat, eintreten mußte. England hat der kürzlich erfolgten Zollkuspendierung Kanadas gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika sicher nur darum zugestimmt, weil es erwartet, auf diesem Umweg leichter Zuzüge erhalten zu können. Ebenso wurde Argentinien veranlaßt, trotz seines erlassenen Ausfuhrverbotes die Konzession zu machen, daß beschränkte Quantitäten doch ausgeführt werden dürfen. Aber auch wenn die Vorräte reichlicher vorhanden wären, bieten der große Mangel an Schiffsladeraum sowie die darum hohen Frachtsätze und die nicht minder teuren Assekuranzgebühren, als Folge der U-Bootgefahr, ein starkes Hindernis für die Versorgung der Ententemächte und der neutralen Länder.

Die Umstände, die an sich kritisch genug sind, werden für den Konsum noch prekärer, wenn man in Betracht zieht, daß Amerika im Vorjahr große alte Bestände hinübernahm aus früheren reichen Ernten, während es heuer, wie die ganze Welt, mit völlig geräumten Lagern in die neue Konsumperiode gelangt. Und ein derartiger Mangel wiegt bekanntermaßen immer viel schwerer als eine Differenz im Ausfall der neuen Ernteresultate.

In der nächsten Kampagne dürften sich, trotz aller Anstrengung der verschiedenen Staaten, die Verhältnisse der Versorgung mit Getreide und vornehmlich mit der wichtigsten Brotfrucht, Weizen, noch ungünstiger gestalten. Argentinien hat an Weizen nur schwache Erträge eingebracht, und Mais, dessen Reife bevorsteht, erlaubt bestenfalls nur ein schwaches Durchschnittsergebnis zu erwarten. Für Indien und Australien bestehen in dem weiten Transportweg allein schon in der knappen Tonnage die größten Hindernisse. Amerikas Hoffnung richtet sich, infolge des schon eingangs erwähnten Minderertrages von Winterweizen, auf den vermehrten Anbau von Frühlingsweizen, aber bislang sind die Chancen dafür wenig aussichtsvoll. Ueber Kanada, das ja vermöge seiner nördlichen Lage nur Frühjahrsweizen produziert, läßt sich in diesem frühen Stadium noch nichts sagen. Das europäische Reservoir Rußland und Rumänien fällt aber für Zuflüsse nach dem Westen unseres Weltteiles ganz weg, denn in Rußland herrscht selbst Not, und diese Notlage wird auch in der künftigen Kampagne unter den im ganzen Reiche durch die Revolution hervorgerufenen Wirren noch nicht gebannt werden können. Das besetzte Rumänien aber wird den Mittelmächten, die ja ohnehin für die Besorgung aller Feldarbeiten im Lande mit aller Energie tätig waren, seine Resultate zur Verfügung stellen.

In Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben sich, namentlich seit Eintritt eines fruchtbaren Frühjahrswetters, die Aussichten für die Ernte wesentlich aussichtsvoller gestaltet, und die Vegetation machte im Verlauf des Mai so erhebliche Fortschritte, daß bei Andauer solcher Wettergunst die frühere Verspätung eingeholt werden dürfte. Dasselbe gilt von den Ressourcen, die beiden Staaten als Folge der guten militärischen Situation im Osten zur unbedingten Verfügung stehen.

Österr. Volkszeitung
16./V. 1917

Hirseschmuggel aus Ungarn. Aus Budapest, 15. d., wird telegraphiert: Die Schmuggelaffäre von großen Hirsequantitäten aus Ungarn nach Oesterreich, in der gegen die Beschuldigten Fajka, den Händler Gustav Pollitzer und den Getreidekommissär Alexander Milko eine Untersuchung geführt wird, nimmt großen Umfang an. Gustav Pollitzer hat vor der Polizei ein Geständnis abgelegt, daß er dem Fajka für die Ausstellung der Transportscheine Beträge von K. 1000 bis 2000 gegeben habe. Alexander Milko hat in Szegedin, wo der Hauptmarkt für Hirse besteht, sehr große Quantitäten dieser Getreidegattung um Preise, die die amtlich festgesetzten weit überstiegen, gekauft und durch sein Gebaren herbeigeführt, daß in Szegedin Hirse zu den gesetzlich festgesetzten Maximalpreisen überhaupt nicht mehr zu erhalten war. Milko gestand, daß er mehr als 150 Waggons Hirse nach Wien, Olmütz und Graz geliefert hatte.

Abendblatt 16. IV. 1917

45

Die Zukunft des Getreidehandels.

Von Kommerzialrat M. Kohn,
Erster Vizepräsident der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien.

Als im Deutschen Reiche, wenngleich vereinzelt, über ein nach Friedensschluß einzuführendes Getreidemonopol diskutiert wurde, haben es die interessierten Berufskreise, trotz der entschiedenen Bestreitung einer solchen Absicht durch die maßgebenden Stellen, doch für richtig befunden, schon jetzt entschieden gegen ein solches Projekt Stellung zu nehmen. Bei uns — in Oesterreich — scheint man an den leitenden Stellen der Einführung eines Getreidemonopols ebenfalls ablehnend gegenüberzustehen, es wird aber trotzdem nicht schaden, wenn, außer auf die allbekannten Gründe, die gegen die Einführung sprechen, noch speziell auf unsere komplizierte Lage mit Ungarn hingewiesen wird. Abgesehen davon, daß in Ungarn, wo die agrarische Bevölkerung nahezu 65 Prozent beträgt, eine derartige Einrichtung sicherlich auf den größten Widerstand stoßen wird, scheint gerade mit Rücksicht auf Ungarn, von wo wir einen großen Teil unseres Bedarfes decken, ein Monopol in Oesterreich nahezu undenkbar, denn bei den ohnedies gewöhnlich sehr schwierigen Verhandlungen mit der anderen Reichshälfte werden die Reibungsflächen sich nur vergrößern, wenn alljährlich ein Ringen und Kämpfen auch noch über die Feststellung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel von Regierung zu Regierung stattfinden muß, wo Angebot und Nachfrage gänzlich ausgeschaltet sein würden.

Je länger der Krieg andauert, desto mehr zeigt es sich, daß es ein Fehler war, den legitimen Handel auszuschließen und die Bedeutung des Getreidehandels gerade für ein Importland wie Oesterreich nicht genügend zu würdigen. Um so mehr ist es jetzt, wo die Frage der Uebergangswirtschaft ernstlich beraten wird, an der Zeit, die während des Krieges gesammelten Erfahrungen einem ernsten Studium zu unterziehen. Soweit der Getreide- und Futtermittelhandel des Inlandes in Frage kommt, wird es bei der Uebergangswirtschaft keinen sonderlichen Schwierigkeiten begegnen, dem legitimen Handel mit möglichster Abkürzung der Uebergangszeit wieder sein früheres Tätigkeitsgebiet zuzuweisen, selbstverständlich unter gewissen Kautelen und gesetzlichen Vorschriften; dann wird auch der Handel den Beweis erbringen, daß er infolge seiner Erfahrungen, mehr als es behördliche Verfügungen vermochten, in der Lage ist, das wirklich gesetzte Quantum vom Produzenten zu erfassen und auch dessen sachgemäße sowie zeitgerechte Verteilung an den Konsum durchzuführen.

Schwieriger liegen aber die Verhältnisse für den Import aus dem Zollausland, denn da spielt in erster Linie das zu importierende Quantum eine Rolle, ferner die Valuta, die Mittel der Verfrachtung usw. Aber gerade der Wiener Getreidehandel hat in Jahren von Fehlernten seine Aufgabe stets voll und klaglos erfüllt, indem er von den entferntesten Produktionsländern Getreide heranzog. Welche Arbeit wird ihm erst jetzt erwachsen, wo überseeisch überall Mißernten sind und Europa von Getreide nahezu entblößt ist. Dieser Import müßte ganz besonders behördlichen Weisungen unterliegen. Da für die Anschaffung von Waren aus dem Ausland unbedingt ein einheitliches Vorgehen notwendig sein wird, würde es Aufgabe des Handels sein, zu diesem Behufe ein kräftiges Syndikat zu bilden.

Der Getreidehandel Oesterreichs und insbesondere des Wiener Platzes hat durch die vollständige Ausschaltung von jeglichem Verkehr empfindlich mehr gelitten als beispielsweise der einschlägige Handel Ungarns; wenn er die schwere Zeit des Krieges und die dadurch bedingte Inaktivität als unabwendbares Ereignis hinnehmen mußte und zur Not überstanden hat, so ist bei der herannahenden Uebergangszeit Gelegenheit geboten, den Fehler der Ausschaltung des ganzen Handels teilweise wieder gutzumachen und diesen — nach Maßgabe der Verhältnisse — wieder in seine legitimen Rechte einzusetzen. Es würde dies der Allgemeinheit in der dem Abschluß des Krieges folgenden Zeit sicherlich nur zum Vorteil gereichen.

Österr. Volkszeitung

17.IV.1917

47

Queckenwurzeln sollen nicht verbrannt werden.

Das Amt für Volksernährung teilt mit: Bereits im April wurde durch das Amt darauf aufmerksam gemacht, daß die als Ackerunkraut bekannte Quecke ein brauchbares Futtermittel darstellt und daher die Sammlung und Verwertung der Quecken im Interesse der Allgemeinheit liegt. Nichtsdestoweniger werden noch immer vielfach die aus den Feldern ausgeklaubten Queckenwurzeln verbrannt. Hiedurch entgehen große Mengen eines wertvollen Ersatzfuttermittels.

Es ist daher im Interesse der Allgemeinheit dringendst notwendig, daß alle Queckenwurzeln gesammelt, gereinigt und getrocknet werden. Werden dieselben für den Eigenbedarf der Landwirte nicht benötigt, so können sie an die Ersatzfutterabteilung der Futtermittelzentrale Wien, I., Trattnerhof 1, zum Preis von K. 25 für 100 Kg. lufttrockener, gewaschener und gebündelter Wurzeln verkauft werden.

Neue Freie Presse
17.IV.1917

[Große Grundbesitzverkäufe in Ungarn.] Aus Budapest wird uns telegraphiert: Die in der letzten Zeit vollzogenen Grundbesitzverkäufe und Pachtungen verdienen in weiten Kreisen Beachtung. Allgemein ist festzustellen, daß sich der Grundbesitzverkehr auch gegenwärtig fast in demselben Ausmaße wie im Frieden bewegt; nur traten als Käufer, beziehungsweise Pächter andere, neue Elemente auf. Im Frieden waren die Käufer meistens Aristokraten oder wohlhabend gewordene Pächter. Heute beobachtet man die Käufer von anderen Schichten, darunter in vielen Fällen von Personen, die im Kriege Reichtümer erworben haben. Symptomatisch ist das Einfließen des deutschen Kapitals in die ungarische Landwirtschaft.

Die von dem unter der Leitung der Süddeutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim stehenden Konzern gepachteten Güter werden auf 60.000 bis 70.000 Joch geschätzt. Diese Gesellschaft hat unter anderm vom Großwardeiner Bistum 25.000 Joch, vom Grafen Ludwig Karolyi das Erdöder Fideikommiß im Szatmarer Komitat im Ausmaße von 25.000 Joch erworben und das Keszthelyer Gut des Grafen Josef Hunyady gepachtet. In den Konzern dieser Gesellschaft gehört auch die mit einem Anfangskapital von 10 Millionen gegründete Ungarisch-deutsche landwirtschaftliche Aktiengesellschaft, die erst jüngst drei im Temeser Komitat liegende Besitzungen, und zwar das Gut des Grafen Johann Hadik im Ausmaße von 3000 Joch, die Besitzung der Gräfin Iphigenie Bissingen und ein drittes Territorium gepachtet hat. Die ungarische Regierung steht diesen Besitzpachtungen von deutscher Seite sympathisch gegenüber. Die Pachtdauer ist mit 25 bis 30 Jahren bemessen. Aller Wahrscheinlichkeit nach befaßt sich diese Gesellschaft mit dem Plan, aus diesem großen Güterkomplex kleine Wirtschaften im Ausmaße von etwa 500 bis 1000 Joch abzuspalten und auf genossenschaftlicher Grundlage intensiver Bewirtschaftung zuzuführen. Von Interesse ist auch das Auftreten der großen Banken auf dem Grundbesitzmarkte. Die meisten derselben etablieren sich bloß als Pächter, nur einzelne Institute, wie die Ungarische Allgemeine Kreditbank, die Agrar- und Rentenbank und die Ungarische Bodenkreditbank, haben auch große Grundbesitze käuflich erworben. Die Neigung der Großbanken zum Erwerb solcher Grundstücke wurde durch die vom Ackerbauminister Ghillany durchgeführte Bodenbesitzreform einigermaßen abgeschwächt. Der weitaus größte Kauf betrifft die Schaumburg-Lippesche Besitzung in Slawonien durch einen Konzern, dem die Ungarische Kreditbank, die Agrar- und Rentenbank und Graf Draskovich angehören. Dieser Besitz hat 55.000 Joch, darunter große Waldungen und Industrieanlagen. Die Kaufpreise bewegten sich um 70 Millionen. Die Pester Ungarische Kommerzialbank hat durch die ihrem Konzern angehörende Ungarische Grundbesitzaktiengesellschaft die Debröder Besitzungen des Grafen Michael Karolyi im Ausmaße von 17.000 Joch und die Sarkader Besitzung des Grafen Dionys Almassy im Ausmaße von 12.000 Joch gepachtet. Die Ungarische Bank- und Handelsaktiengesellschaft pachtete 23.000 Joch, die teils dem Grafen Koloman Tisza, teils der Familie Jankovich gehören. Die ausgedehntesten Pachtungen sind die der Ungarischen Agrar- und Rentenbank, die sich zu diesem Zweck mit der Ungarischen Ansiedelungs- und Parzellierungsbank fusioniert hat. Die Parzellierungsbank pachtete vom Erzherzog Josef die Kisjenöer Besitzung im Ausmaß von 33.000 Joch, vom Grafen Eugen Karacsony 10.000 Joch, von einer anderen Seite 7000 Joch und vom Fünfkirchner Bistum 6000 Joch. Die Ungarische Bodenkreditbank trat sowohl als Käuferin wie als Pächterin auf. Sie erwarb die Pachtung der Güter des Grafen Königsegg im Ausmaß von 12.000 Joch und hat Grundbesitze im Ausmaß von über 1000 Joch, darunter Güter des Grafen Szapary im Ausmaß von 8000 Joch gekauft. Das Gesamtausmaß der Pachtungen und der Besitzkäufe der Banken ist nicht so groß als beispielsweise das Fideikommiß des Fürsten Esterhazy allein. Der Pachtschilling bewegte sich — und das ist besonders hervorzuheben — in gleicher Höhe wie im Frieden. Die Erklärung hiefür liegt in der horrenden Preissteigerung des Fundus instructus, die in manchen Fällen das Fünf- bis Fünfeinhalbfache des Friedenspreises beträgt. Der Grundbesitzer schließt gegenwärtig mit Vorliebe eine Pachtung ab, da er seinen Fundus um das Fünffache verkaufen kann, während der neue Pächter mit dieser Preissteigerung nicht zu kalkulieren imstande ist und außerdem noch mit der Schwierigkeit der Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und sehr erschwerten Arbeitsverhältnissen zu rechnen hat. Das ist die hauptsächliche Ursache der teilweisen Stabilität des Pachtschillings. Wie sehr es häufig im Interesse der Großgrundbesitzer liegt, das Pachtverhältnis aufrecht zu erhalten, beweist eine Regierungsverordnung, wonach der Pächter verpflichtet wurde, auf Wunsch des Besitzers auch über den Termin hinaus im Pachtverhältnis zu bleiben. In den Bodenpreisen hingegen ist eine sehr bedeutende Steigerung zu beobachten, die in einzelnen Gegenden wie in der Bacska und in einem Teile des Banats einen geradezu phantastischen Umfang annehmen. So wurde in Török-Kanizsa zuweilen für ein Joch bis zu 8000 K. entrichtet. Die Zwiebelboden in Mako sind überhaupt nicht zu bezahlen. In Nordwestungarn, in den Komitaten Trencsin, Neutra und Preßburg, wo der Bodenbesitz mit der Berechtigung für die Erzeugung von Spiritus zum ermäßigten Steuersatz verbunden ist, sind die Bodenpreise gleichfalls sehr hoch. In vielen Fällen stehen sie in keinem Verhältnis zu dem inneren Wert des Bodens. Dort, wo ausgedehnte Viehzucht getrieben wird, wo also die Besitzer Konjunkturgewinne erzielt haben, werden für den Boden horrende Preise erzielt, so im Bodrogtale und in dem von den Rumänen vom Einbruch verschont gebliebenen Teile Siebenbürgens. Der Bauer immobilisiert sein Geld mit Vorliebe im Bodenbesitz und zahlt jeden Preis. Inwieweit die demnächst dem Hause vorliegenden Reformentwürfe für den Bodenbesitz den Verkehr regeln, respektive fördern werden, bleibt abzuwarten.

Pester Lloyd
18/V. 1917

48

(Rumänischer Wirtschaftsverband.) Der Berliner Korrespondent des Wolff-Bureaus meldet aus Bukarest: Im besetzten Rumänien ist ein rumänischer Wirtschaftsverband gegründet worden, womit dem Wunsche der Militärverwaltung, daß das rumänische Volk bei seiner Versorgung und bei der Verwertung der Bodenerzeugnisse Rumäniens mitsprechen soll, Rechnung getragen ist. Der Wirtschaftsverband besteht aus Vertretern der Militärbehörde, der rumänischen Ministerien des Innen, der Landwirtschaft und der Domänen sowie der landwirtschaftlichen Syndikate, der Volksbanken und der Bundesgenossenschaft. Der Sitz ist Bukarest, mit Nebenstellen in der Provinz. Da die Interessen der Militärverwaltung und jene der rumänischen landwirtschaftlichen Bevölkerung die gleichen sind, ist es Aufgabe des Wirtschaftsverbandes, die Zusammenarbeit zu fördern und die Landwirtschaft zu unterstützen. Die Militärverwaltung und die landwirtschaftliche Bevölkerung wünschen übereinstimmend, den Boden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausgenützt und seine Erzeugnisse verwertet zu sehen. Die Verwertung soll darin bestehen, daß nach Sicherstellung der Bedürfnisse der Bevölkerung Rumäniens die Ueberschüsse abgesetzt werden. Diese soll die Militärverwaltung gegen Barbezahlung kaufen, obwohl das Völkerrecht ihre Aneignung durch Requisition gestattet. Ferner ist bei der rumänischen Nationalbank eine wirtschaftliche Darlehenskasse errichtet worden, die die Aufgabe hat, den Landwirten im besetzten Gebiet Vorschüsse bis zur Verwertung der Ernte zu gewähren.

Reichspost
18.IV.1917

Eine Erklärung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt.

Die Mitteilungen der wissenschaftlichen Abteilung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt veröffentlichen folgendes:

Ueber die Kriegsgetreideverkehrsanstalt sind in der Bevölkerung vielfach so völlig falsche Ansichten verbreitet, daß wenigstens die Feststellung folgender einfacher Tatsachen notwendig erscheint:

1. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist keine „Gesellschaft", wie sie meistens genannt wird, sondern eine Staatsanstalt. Wenn sie also einen Gewinn erzielen sollte, erhält ihn niemand anderer als der Staat.

2. Das Präsidium, die Verwaltungskommission und die Geschäftsleitung der Anstalt beziehen keinerlei Gehalt, keinerlei Funktionsgebühr und selbstverständlich auch keinen Gewinnanteil.

3. Es gibt übrigens keinen „Gewinn", weil die Verkaufspreise von der Regierung immer nur so hoch bemessen werden, daß sie die effektiven Selbstkosten decken. Diese Selbstkosten sind allerdings nicht immer nur jene, die sich aus dem Ankauf des Getreides ergeben, das in der unmittelbaren Umgebung eines Konsumortes geerntet wurde. Vielmehr wird von der Anstalt ein Preisausgleich im ganzen Staatsgebiete durchgeführt, so daß zum Beispiel die Fracht, die für Getreidetransporte aus Böhmen nach Vorarlberg oder Triest bezahlt werden muß, auch von solchen Gebieten mitgetragen wird, die frachtlich zu den Getreideproduktionsgebieten günstiger liegen. Ebenso müssen die Kosten rumänischer und ungarischer Zufuhren, die teurer und mit hohen Frachten belastet waren, soweit sie der Staat nicht auf die Allgemeinheit übernommen hat, auf die gesamten zur Abgabe gelangenden Waren verteilt werden.

4. Die Regiekosten der Anstalt sind mit 20 Hellern für den Meterzentner (100 Kilogramm) veranschlagt, stellen sich jedoch in Wirklichkeit nur auf 12 bis 14 Heller pro Meterzentner, also sehr niedrig.

Wie die Kriegsgetreideverkehrsanstalt aus verschiedenen Anfragen entnehmen mußte, laufen in der Bevölkerung Gerüchte um, daß das Brot durch Beigabe von Holzmehl oder Strohmehl gestreckt werde. Diese Nachrichten sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Zur Erzeugung von Brotmehl werden ausschließlich Weizen, Roggen sowie verhältnismäßig kleine Mengen von Gerste und (nur in einigen Gegenden) Mais verwendet. Sollte ein Bäcker in gesetzwidriger Weise dem ihm zugewiesenen Brotmehl fremde Bestandteile, wie Holzmehl oder Strohmehl, beimischen, so macht er sich selbstverständlich strafbar. Sollte das Publikum derartige Bestandteile im Brote vermuten, so wären Proben sofort der zuständigen Behörde zur Untersuchung zu übermitteln.

Frankfurter Zeitung
18/V. 1917
18
51

Die Nutzbarmachung der Ernte.

N Berlin, 16. Mai. (Priv.-Tel.) Das Kriegsernährungsamt teilt mit:

Da wir in diesem Jahre, nicht wie in den bisherigen Kriegsjahren mit genügenden Reserven in das neue Erntejahr hineingehen können, müssen umfassende Vorbereitungen zur sofortigen Nutzbarmachung der Ernte, vor allem der Getreideernte, getroffen und auf das sorgsamste durchgeführt werden. Zunächst werden durch Wachstumbeachtungen diejenigen Gebiete festgestellt werden, in denen die Ernte voraussichtlich am frühesten schnittreif sein wird. Zur Anstellung dieser Beobachtung werden als berufene Organe die Landwirtschaftskammern und die Kriegswirtschaftsstellen herangezogen werden. Nach Feststellung dieser Daten wird es darauf ankommen, in den in Betracht kommenden Gebieten die nötige Anzahl von Dreschmaschinen, Arbeits- und Gespannkräften, sowie ausreichende Kohlenmengen bereit zu stellen. Die Durchführung des Frühdrusch wird, da die Landwirtschaft in der in Betracht kommenden Zeit mit anderen Arbeiten überlastet ist, in vielen Fällen nicht den Landwirten direkt aufgebürdet werden können, sondern wird durch besondere hierfür bereit gestellte Arbeitskräfte durchgeführt werden müssen. Bei der Reichsgetreidestelle ist eine besondere Abteilung für die Durchführung des Frühdusches gebildet worden; es ist ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nicht nur die rechtzeitige Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide gesichert ist, sondern daß auch die durch den Frühdrusch hervorgerufene Belastung der betreffenden Landwirte eine möglichst geringe sein wird.

Reichspost
19.IV.1917

52

Die Landeskulturräte und die Denkschrift der Hochschule für Bodenkultur. In einer Denkschrift der k. k. Hochschule für Bodenkultur: „Staatsnotwendigkeiten auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft in Oesterreich" wird nach wertvollen Anregungen in einer Schlußbetrachtung an der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Hauptkorporationen Kritik geübt. Die Präsidentenkonferenz der Landeskulturräte und Landwirtschaftsgesellschaften Oesterreichs hat in der Tagung am 1. Februar 1917 zu dieser Denkschrift Stellung genommen, die Behauptungen als unrichtig zurückgewiesen und beschlossen, von dem Rektor Magnificus der k. k. Hochschule für Bodenkultur, bezw. dem Professorenkollegium durch eine Abordnung der Präsidentenkonferenz Genugtuung und die Entfernung dieser Angriffe aus der Denkschrift zu verlangen. Das Rektorat gab dieser Forderung in keiner Weise Folge. Die Präsidentenkonferenz wendet sich nunmehr an die Oeffentlichkeit mit einer Erklärung, in der es heißt:

Die Behauptung, daß die landwirtschaftlichen Körperschaften die Verbindung mit der Bevölkerung nur unvollkommen herzustellen vermögen, fällt schon zufolge der Tatsache in sich zusammen, daß diese auf Freiwilligkeit beruhenden Organisationen aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung selbst gebildet werden, sich in ihrer Leitung aus Personen zusammensetzen, die die Landwirtschaft selbst ausüben. Der rege Kontakt mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die alltäglich schriftlich und in einem ununterbrochenen Parteienverkehr ihre Wünsche und Forderungen zur Geltung bringt, schließt eine „bureaukratische Amtsgebarung" von vornherein aus. Der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Körperschaften politische Nebeneinflüsse aller Art vorzuwerfen, ist eine Pauschalverdächtigung, die in der Denkschrift in keiner Weise begründet wird. Den Vorwurf, daß es den Landesorganisationen an gewiegten Fachkräften mangelt, müssen die aus dem landwirtschaftlichen Berufsstande gewählten Funktionäre ebenso zurückweisen, wie ihre Fachbeamten, welch letztere in Hochschulen und Mittelschulen ein fundiertes Wissen erworben haben, das sie in Fühlung mit dem praktischen Leben unausgesetzt vertiefen und auch in anderen Stellungen, ja selbst als Hochschullehrer erfolgreich verwerten. Wenn aber wirklich solcher Mangel bei unseren durchwegs mit Hochschul- oder Fachschulbildung ausgerüsteten Beamten sich bekunden würde, würde dieser Vorwurf auf die Tätigkeit unserer Fachschulen selbst zurückfallen. Daß, wie die Denkschrift besagt, die Subventionsverteilung die Haupttätigkeit der Landeshauptkörperschaften darstelle, wird jeder Sachverständige schon mit dem Hinweis der vielfachen belehrenden Tätigkeit dieser Körperschaften, die in allen Zweigen der Bodenkultur durch eine Reihe von Förderungsmaßnahmen erfolgreich eingreifen, widerlegen, ebenso die Behauptung, daß die Subventionsverteilung nicht mit jener Sachlichkeit durchgeführt wird, die wünschenswert wäre; es ist dies wieder ein Ausfall, den wir als eine Pauschalverdächtigung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Es werden dadurch Männer angegriffen, die neben ihrer Berufsstellung ihr Ehrenamt gewissenhaft erfüllen und sich durch ihr gemeinnütziges Wirken den Dank der landwirtschaftlichen Bevölkerung verdient haben. Der ungerechtfertigte Vorwurf der Denkschrift richtet sich übrigens nicht nur gegen die Landeskörperschaften, sondern auch gegen das Ackerbauministerium, die Landesregierungen und gegen die autonomen Landesbehörden, welche die Verteilung genehmigen und kontrollieren. Aus der Denkschrift geht hervor, daß die Hochschule die Landeskulturförderung ausschließlich in die Hand von Beamten verlegen will und dabei sich in voller Unkenntnis darüber befindet, welch große Bedeutung der Selbstbestimmung, der Selbstverwaltung und der Mitverantwortlichkeit der Berufsangehörigen bei der Exekutive im Dienste der Landeskultur zukommt und wie segensreich gerade das bisherige System durch Heranziehung weiter Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Bearbeitung, sowie zur Lösung großer Aufgaben gewirkt hat.

Die Zeit
19.IV.1917

53

— **(Scharfer Rückgang der Getreidepreise in Amerika.)** Aus Chicago, 17. d., wird telegraphiert: Auf dem Weizenmarkt sank der Preis für Juli-Weizen zeitweise auf 214 Cents. Die Schlußnotierung war 219 gegen 230 am gestrigen Tage. September-Weizen fiel von 207 auf 199 Cents. Die Mainotierung blieb gestrichen. — Ueber den Verlauf der Produktenbörse wird aus Chicago, 17. d., folgendes telegraphiert: Der Weizenmarkt eröffnete auf dringendes Angebot, zunehmende Inlandsanfuhren und argentinische Verschiffungen, günstige Wetteraussichten und Liquidationen flau und 8 bis 16 Cents niedriger, erholte sich im späteren Verlauf teilweise auf Deckungen und schloß ruhig. Der Maismarkt eröffnete auf kleine Bestände und ungünstige Berichte aus Argentinien behauptet und 1¾ Cents höher, ermattete im weiteren Verlauf auf die Zunahme der Anfuhren, im Einklang mit Weizen, auf günstige Wetterberichte und kleine Verschiffungen, erholte sich aber später auf Deckungen und schloß behauptet.

Reichspost

20.V.1917

54

Der Rest der Wiener Saatkartoffeln.

Die Gemeinde Wien gibt den Rest ihrer Saatkartoffelbestände an jene Bewerber, welche bis 17. d. M. ihre Ansuchen um Saatkartoffeln eingebracht haben, von Dienstag, den 22., bis Donnerstag, den 24., ab. Der Bezug erfolgt gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte in den bisherigen drei Kartoffelabgabestellen, und zwar in der Abgabestelle Straßenbahnhof Simmering (Eingang von der Fickeys- und Lorystraße) für die in den Bezirken I bis XII gelegenen Anbaugründe, im Hernalser Schlachthaus in der Richthausenstraße 2, für die Bezirke XIII bis XVIII und im Kuffnerkeller, Hardtgasse 24, für die Bezirke XIX bis XXI. Der Preis beträgt 24 Heller für ein Kilogramm. Die Abgabe findet nach den Anfangsbuchstaben der Namen statt, und zwar für die Buchstaben A bis H am 22., I bis R am 23. und S bis Z am 24. Mai. Die Abgabestunden sind von 8 bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags. Neue Ansuchen um Saatkartoffeln werden nicht mehr angenommen.

Die Zeit

20./V. 1917

55

Der Hafer der Sportpferde.

Pferdefutter und Menschennahrung.

Bekanntlich ist alles halbwegs Genießbare rationiert. Bei Dingen, wo dies noch nicht der Fall ist, ist der Bezug durch das Anstellen verschärft. Natürlich sieht da jeder, ob auch sein lieber Nächster nicht besser gestellt ist als er selbst, ja noch mehr, alle lebende Kreatur wird beobachtet, ob sie nicht am Ende gar besser lebt als der Herr der Schöpfung.

Da kommt aus England eine Nachricht, daß dort die Rennen eingestellt werden, um das Pferdefutter für die Menschen dienstbar zu machen. Selbstverständlich nur den Hafer, auf das Heu wird noch verzichtet. Die Frage ist gewiß von Interesse, ob eine derartige Maßnahme berechtigt ist, und ob sie einen Zweck hat. Vor allem ist es da notwendig, die Zahl der gewissermaßen zu den Schwerarbeitern zählenden Pferde, das sind ja die Renner und die Traber, die am meisten Hafer bekommen müssen, festzustellen. Rennpferde, die gewissermaßen eine staatliche Futterportion erhalten, gibt es ungefähr 700, Traber etwas mehr als 300. Für die Rennpferde werden von der Kriegsgetreidegesellschaft rund 50.000 Kilogramm Hafer monatlich zur Verfügung gestellt, womit das Auslangen nicht gefunden werden kann, da diese Pferde bedeutend besser gefüttert werden müssen. Es ist anzunehmen, daß mindestens eine 50prozentige Aufbesserung von den einzelnen Eigentümern gegeben werden muß. Traber sind heuer zirka 300 vorhanden. Für die Traber sind etwa 20.000 Kilogramm Hafer im Monat erforderlich, wozu ebenfalls eine Zubuße kommen muß.

Was könnte nun aus diesem Hafer an Nährwert für die Menschen nutzbar gemacht werden? Es dürften rund 50.000 Kilogramm Hafermehl zu erzielen sein. Ein Quantum, mit dem bestenfalls 25.000 Personen eine Monatsgebühr an Mehl erhalten könnten. Diese Menge ist also so gering, daß es nicht anginge, und zwar aus wichtigen volkswirtschaftlichen Gründen, die Pferdezucht, die mit dem Rennsport so innig zusammenhängt, aufzugeben.

Bei dieser Gelegenheit sei auch ein Wort über die Haferpreise und die dabei vorkommenden, ganz ungeheuerlichen Preistreibereien gesagt. Der Handel mit Hafer ist dem freien Verkehr entzogen. Die Produzenten müssen diese Frucht der Behörde übergeben und erhalten dafür 26 bis 28 Kronen. Allerdings wird dann dieser Hafer mit 48 Kronen weitergegeben, eine Preissteigerung, die dringend einer Aufklärung bedarf. Eine Differenz von rund 70 Prozent im Preis dürfte kein Privatmann herauskalkulieren, ohne die Bekanntschaft der Gerichte zu machen. Was nun den florierenden Schleichhandel anlangt, so werden Preise von 100 Kronen pro Meterzentner Hafer noch als billig angesehen. Dieser Tage forderte man von einem Pferdebesitzer nicht weniger als drei Kronen pro Kilogramm.

Auffallend ist, daß in Wien noch so viele Pferde zu sehen sind, die sowohl durch ihr Aeußeres als auch durch das feurige Tempo zeigen, daß sie nicht mit den drei Kilogramm Kriegsfutter auskommen müssen. Uebrigens haben Luxuspferde keinen Anspruch darauf. Diese Pferde werden also auf Kosten der Armee gefüttert, der ja alle Hafervorräte, mit Ausnahme der von der Behörde festgestellten Menge, zufließen sollen. Es ist ebenso verwerflich, Lebensmittel aufzuspeichern als der Armee Futtermittel zu entziehen. Da kann und muß Wandel geschaffen werden, um so mehr, als in Wien alle jene Pferde, die für die Allgemeinheit von Nutzen sind, wie Lastpferde und Einspännerpferde, buchstäblich nicht leben und nicht sterben können.

Neue Freie Presse

20.V.1917

56

Die letzten vierzehn kritischen Tage.

Von **Dr. Rudolf Ziegler.**
Sekretär der Handels- und Gewerbekammer.

Wien, 19. Mai.

Nach den von Minister Höfer in Eger gesprochenen Worten war für die zweite Hälfte des Mai die kritischeste Zeit des Jahres für das Durchhalten in der Ernährung zu erwarten. Regelmäßige Zuschübe an Kartoffeln, die sonst die Grundnahrung der armen Bevölkerung bildeten, sind bei dem Umstande, daß nach der vorjährigen Mißernte und dem größeren Konsum auf dem Lande kaum das notwendige Saatgut überall vorhanden war, kaum mehr zu erwarten. Die verschiedenen Rübenarten (Wruken, Möhren usw.), die uns Städtern den Winter über die fehlenden Kartoffeln ersetzen mußten, sind, soweit etwa noch vorhanden, infolge der vorgerückten Jahreszeit nicht mehr für den menschlichen Konsum zu verwenden. Das frische Gemüse ist, trotzdem das günstige Wetter die durch den kalten März und April hervorgerufene Verspätung auszugleichen bemüht ist, noch nicht in genügender Menge vorhanden. Die Milch ist infolge des Futtermangels jetzt unmittelbar vor Beginn der Grünfütterung wie alljährlich so insbesondere heuer sehr knapp. Trotzdem die Legetätigkeit der Hühner gerade im Monat stärksten ist, ist die Eierversorgung des täglichen Konsums durch die gerade in diesen Monaten für den kommenden Winter durchzuführende Eierkonservierung nicht vollständig zufriedenstellend. Die Fettversorgung dürfte sich, wenn einmal die Erfassung der Buttererzeugung auf dem Lande in entsprechender Weise in allen Kronländern eingerichtet sein wird, besser gestalten, doch dürfte wenigstens im Mai vor Eintritt der Grünfütterung infolge der geringen Milchproduktion auf dem Lande und solange die zu diesem Zweck eingerichtete Organisation sich noch nicht eingelebt hat, eine Erleichterung kaum zu spüren sein. Dazu kommt noch, daß die Einschränkung der Kopfquote für Brot und Mehl, die bekanntlich im Deutschen Reich schon im vorigen Monat durchgeführt wurde, auch in Oesterreich nicht mehr aufgeschoben werden konnte. Die stärkere Inanspruchnahme des Viehstapels zur Fleischversorgung des Volkes kann schon wegen der enormen Verteilungsschwierigkeiten in diesem Artikel für das Fehlen aller dieser Nahrungsmittel keinen vollen Ersatz bieten. Wenn daher die Bevölkerung vorzugsweise auf die Reste des noch vorhandenen Sauerkrautes und das wenig beliebte Dörrkraut angewiesen ist, so wird von ihr gewiß in den nächsten vierzehn Tagen Entbehrung verlangt. Es gilt eben, schlecht und recht über diese Zeit hinwegzukommen und sich damit zu beruhigen, daß diese kritische Zeit eben nur etwa vierzehn Tage währen wird.

Mit Beginn des Monats Juni dürfte sich bereits eine Entspannung bemerkbar machen. Vor allem wird das bis dahin entwickelte Gemüse in größerer Quantität und in ausgiebigerer Qualität dem Konsum zur Verfügung stehen. Die zur richtigen Aufbringung und zeitlichen und örtlichen Verteilung vom Ernährungsamte ins Leben gerufene Obst- und Gemüsezentrale wird hoffentlich das ihr von der Bevölkerung entgegengebrachte Vertrauen voll und ganz rechtfertigen; es soll hier nur davor gewarnt werden, daß nicht in übergroßer Aengstlichkeit für die Zukunft schon jetzt von den Frühgemüsen zuviel für die Konservierung und Trocknung verwendet und dadurch dem Markte entzogen wird. Einerseits ist für diesen Zweck das besser ausgereifte Spätgemüse verwendbarer, anderseits wird das Spätgemüse in größeren Mengen produziert und zu einer Zeit, da die ärgsten Nahrungssorgen bereits behoben sind und andere Nahrungsmittel dem Markte zur Verfügung stehen. Im Juni dürften auch die ersten Frühkartoffeln aus den südlichen Gegenden der Monarchie auf den Markt kommen und es wird ein Augenmerk darauf zu richten sein, daß dieser langersehnte Artikel nicht nur in ausreichender Menge, sondern auch zu einem Preise verkauft werde, der ihn namentlich den unbemittelten Volksschichten zugängig macht. Die Obstblüte, insbesondere die Blüte des Frühobstes, konnte heuer, wenn auch verspätet und vielleicht gerade deshalb ungestört durch die in den letzten Jahren häufigen Spätfröste und die für die Obstblüte vielleicht noch gefährlicheren Frühjahrsnebel vonstatten gehen und verspricht eine gute Obsternte. Durch günstige Witterung kann, wie bemerkt, die namhafte zeitliche Verspätung zum Teile gewiß wieder eingebracht werden. Die Ende Mai einsetzende Grünfütterung wird die Milch- und Butterproduktion auf dem Lande verdoppeln; wenn durch rechtzeitige Einstellung von Kühlwagen für den Milchtransport und insbesondere durch richtige Vorkühlung der Milch auf dem Lande vorgesorgt wird, so wird hoffentlich diese Mehranlieferung nicht durch Sauerwerden namhafter Quantitäten auf dem Transporte wettgemacht. Bei der Erhöhung der Butterproduktion auf dem Lande wird zu erwägen sein, ob nicht während der Grünfütterungsperiode das sehr gering bemessene Zwangsablieferungsquantum erhöht werden könnte, damit die Butter nicht in unverhältnismäßig großen Mengen vom Produzenten verzehrt wird. Auch werden mit Beginn der wärmeren Jahreszeit die Buttersammelstellen angewiesen werden müssen, die eingesammelte Butter entsprechend einzusalzen, kühl aufzubewahren oder sonst haltbar zu machen, damit nicht größere Mengen dieses kostbaren Fettes, bevor es in den Konsum kommt, verdirbt. Hoffentlich gelingt es im Mai, die für die Winterversorgung notwendigen Eierquantitäten in genügenden Mengen zur Konservierung zu bringen, damit die im Juni etwas zurückgehende Eierproduktion zur Gänze dem unmittelbaren Konsum überwiesen werden kann.

Eine große Beruhigung muß es uns gewähren, daß durch die namhafte Getreideaufbringung in Rumänien (die ersten Transporte sind bekanntlich im März eingelangt, sie mußten erst vermahlen und an die einzelnen Kronländer verteilt werden, können daher in ihrer Wirkung erst jetzt in Erscheinung treten) sowie durch die rechtzeitige Einschränkung der Kopfquote der Selbstversorger, wodurch immerhin noch gewisse Quantitäten aus Oesterreich selbst hervorgeholt werden können, die Brot- und Mehlversorgung, wenn auch in etwas verringertem Maße, bis zur nächsten Ernte gesichert ist. Hoffentlich gelingt es bei der allgemeinen Entspannung auf dem Lebensmittelmarkte dann bald, der Verwüstung in unserem Rinderstande Einhalt zu tun, welche die allerdings notwendige, aber für die Folge immerhin bedenkliche massenhafte Abschlachtung von Jungtieren in unserem Rinderstande hervorgerufen hat. Immerhin wird es zweckmäßig sein, daß auch bis zu diesem Zeitpunkte bei den Viehrequisitionen hauptsächlich jene Rinderbestände in Mitleidenschaft gezogen werden, wo das Vieh nicht gleichzeitig Produktionsmittel zur Hervorbringung anderer landwirtschaftlicher Produkte, wie Getreide und Kartoffeln, ist, damit nicht gleichzeitig mit der Inanspruchnahme der Fleischreserve auch der Ertrag der künftigen Ernte an den beiden wichtigsten Volksnahrungsmitteln Kartoffel und Getreide geschädigt wird.

Neue Freie Presse

20/V. 1917

57

Günstiger Saatenstand. Infolge der schönen warmen Witterung, die seit Beginn dieses Monates anhält, gedeihen die Saaten ganz vortrefflich. Der Frühjahrsanbau ist überall vollendet, die jungen Pflanzen sind gut entwickelt, stehen dicht und kräftig, und ihr Aussehen ist befriedigend. Die Verspätung in der Aussaat, die das kühle Aprilwetter zur Folge hatte, ist überall hereingebracht. Allenthalben werden wohl leichte Strichregen gewünscht, doch besitzt der Boden Feuchtigkeit genug, um das Wachstum auch weiter zu fördern. Alle Befürchtungen, die hie und da für die nächste Ernte bestanden, sind infolge des fruchtbaren Maiwetters geschwunden. Die Berichte über den Saatenstand, die aus den verschiedenen Produktionsgebieten der Monarchie vorliegen, lauten übereinstimmend dahin, daß auf eine rechtzeitige Ernte und auf einen guten Ertrag mit Sicherheit zu rechnen ist, wenn der weitere Witterungsverlauf günstig bleibt. Die mit Winterfrucht bestellte Anbaufläche ist größer als sonst, der Frühjahrsanbau ist nirgends gegen andere Jahre in irgendwie nennenswertem Ausmaß zurückgeblieben. Eine Beruhigung findet die Landwirtschaft auch darin, daß die gefürchteten Eismännertage Fröste nicht gebracht haben, und je weiter die Vegetation vorgeschritten ist, destoweniger Kälterückfälle zu fürchten sind. Zeitweilige Temperaturrückgänge schaden nicht, wären sogar nach dem Treibhauswetter, das der Mai brachte, ganz erwünscht und stellen sich erfahrungsgemäß auch in jedem Jahre ein. Die Hauptsache ist, daß nach dem jetzigen Stand der Pflanzen eine gute Ernte zu gewärtigen ist, so daß die Versorgung in der nächsten Kampagne gesichert erscheint. Für die zur Neige gehende Saison ist es sehr wichtig, daß nunmehr frisches Gemüse schon überall zur Verfügung steht. Auch Frühkartoffeln werden bald im Markte sein. Das bedeutet eine ausgiebige Entspannung in der Versorgung mit Nahrungsmitteln und die ebenfalls schon im Zuge befindliche Grünfütterung bringt eine nicht minder bedeutende Erleichterung in der Durchhaltung des Viehstandes mit sich. Die Deckung des Bedarfes im kommenden Erntejahre bereitet keine Sorgen, weil auf ausgiebige Zuschübe aus Rumänien und Serbien zu rechnen ist, deren Ueberschüsse sonst nicht gerade der Monarchie zugute kamen. In den besetzten Gebieten hat die Militärverwaltung dafür gesorgt, daß der Anbau nicht zurückbleibt, und da in diesen Ländern die Ernte auch frühzeitig fertig wird, können die dort befindlichen Restbestände von alter Ware rasch geräumt werden. Der Stand der Saaten in Deutschland wird gelobt, insbesondere hat sich im Reiche der Roggen als widerstandsfähig gegen die Unbilden des heurigen Winters erwiesen. Umackerungen der Roggenfelder waren nirgends nötig und sind auch beim Weizen nicht erheblich gewesen. Deutschland erwartet ebenso wie die Monarchie eine gute Ernte.

Neues Wiener Tagblatt
20./V.1917

(Witterungsverlauf und Saatenstand.) Die Landwirtschaft ist mit dem Witterungsverlauf zufrieden, und zwar nicht nur in Ungarn, sondern auch in Oesterreich. Allen Berichten zufolge geht die Monarchie einer guten Ernte entgegen. Der Frühjahrsanbau gedeiht gut und hat die Verspätung im Anbau fast schon hereingebracht. Die Winterfrucht ist kräftig, steht dicht und hoch in Aehren, so daß schon jetzt mit einem rechtzeitigen Fertigwerden der neuen Frucht zu rechnen ist. Dazu kommt noch, daß die Anbaufläche überall den gewohnten Umfang erreicht hat und daß für die Saaten auch die kritischen Tage der Frühjahrsfröste, das sind die Tage der Eismänner Pankratius, Servatius und Bonifazius, schon vorüber sind. Wenn das Wetter weiterhin günstig bleibt, wird demnach eine gute Ernte hereingebracht. In Deutschland stellt sich ebenfalls heraus, daß der lange und harte Winter den Saaten nicht geschadet hat. Die Winterfrucht hat sich gut entwickelt, Umpflügungen sind in größeren Mengen nirgends erfolgt. In den Balkanländern werden dank der Fürsorge, welche die Militärverwaltungen der besetzten Gebiete dem Anbau gewidmet haben, die Ernteaussichten gelobt. Die Ueberschüsse Rumäniens werden heuer im verstärkten Maße den Mittelmächten zugute kommen. Großbritannien kann trotz forcierter Felderbestellung nur ungefähr ein Viertel seines Konsumbedarfes durch eigene Fechsung decken. Mit 75 Prozent seines Verbrauches bleibt es immer auf fremde Einfuhren angewiesen.

Größere Zuschüsse als sonst sind für Frankreich erforderlich, nicht nur wegen des vermehrten Heeresbedarfes, sondern auch wegen des verminderten Anbaues. Im nördlichen Italien hat sich der Saatenstand wohl gebessert, die Berichte aus den südlichen Produktionsgebieten bleiben aber andauernd ungünstig. Die Deckung dieses Einfuhrmehrbedarfes bereitet Sorgen, weil Amerika, der Hauptlieferant, eine Mißernte zu gewärtigen hat und weder in den Vereinigten Staaten, noch in Kanada alte Vorräte zur Verfügung stehen. Die amerikanischen Börsen haben zwar in den letzten Tagen für neue Ware erhebliche Kursrückgänge gemeldet, doch werden diese in der Hauptsache mit Friedensgerüchten, mit der Glattstellung der Engagements wegen der befürchteten Festsetzung von Höchstpreisen begründet. Eine Besserung des Saatenstandes in einzelnen Distrikten — auch wenn sie erfolgt ist — kann die zu Monatsbeginn bekanntgegebene amtliche Taxation des Minderertrages, der sich in Weizen allein auf rund 200 Millionen Bushel beläuft, nicht ausgleichen.

Arbeiterzeitung

22. IV. 1917

58

Die Vorsommerarbeiten des Schrebergärtners.

Der verspätete Frühling ermöglicht es, heuer noch im Mai allerlei nachzuholen, was sonst längst gemacht sein muß. Wer nach dem Ende der kalten Zeit anbaute, findet jetzt erst kleine Pflänzchen vor, die bei weitem nicht so entwickelt sind, um in der Küche verwendet zu werden. Viele sind selbst zum Umsetzen noch zu klein. Man kann jetzt noch vieles anbauen, wie Salat, Spinat, Rüben und Kartoffeln. Diese haben sonst um diese Zeit schon kleine Pflänzchen. Da es heuer verhältnismäßig wenig Kleingärtnern gelang, Saatkartoffeln zu erreichen, die ihnen nach dem Anbau nicht selten aus der Erde gestohlen wurden, müssen sie jetzt zusehen, wie sie das vorbereitete Land für anderen Anbau nutzbar machen. Es ist allerdings heuer schwierig, die erforderlichen Pflänzchen und den Samen zu bekommen, weil viele Gärtner Pflänzchen nicht abgeben und Samen selten und teuer sind. Wo es nicht anders möglich ist, versuche man, Rübensamen zu bekommen. Manches Gemüse kann in kurzen Zeiträumen von neuem angebaut werden, um stets Nachwuchs zu haben für das, was verbraucht wurde. So Spinat, Salat, Ebsen, Bohnen.

Wem Hülsenfrüchte zu Gebote stehen, der soll diese ausgiebiger als sonst anbauen. Um aber mit der Düngung zu sparen, bringe man eine Handvoll Walderde oder Kunstdünger in die Grübchen, in die man Bohnen oder Erbsen legt.

Auch Kartoffeln verlangen Düngung. Wer vorher nicht düngen konnte, soll es nachher beim Häufeln versuchen. Werden jetzt erst Kartoffeln angebaut, dann muß man auf ihre Keimtriebe achten, daß sie nicht abgebrochen werden, weil die Pflanze sonst geschädigt wird. Jeder Knollen kann so zerschnitten werden, daß er wenigstens drei Augen hat. Bei dem Mangel an Kartoffeln soll man heuer ohne Notwendigkeit Knollen mit vielen Augen nicht unzerteilt anbauen. Der Abstand ihrer Reihen soll wenigstens 30 bis 40 Zentimeter, der der einzelnen Stücke ebensoviel betragen, um später häufeln zu können. Man macht mit der Spitzhaue, dem „Heindl", Furchen von etwa 6 bis 10 Zentimeter Tiefe, die man so lange offen läßt, bis alle mit Kartoffeln belegt sind, soweit dies an einem Anbautag geht, um einen Ueberblick über den Abstand der einzelnen Reihen zu haben. Dann bedeckt man den Boden gleichmäßig. Achtung auf Diebstähle ist heuer besonders geboten.

Um den Boden auszunützen, werden zwischen Pflanzen, die langsam wachsen und erst im Herbst reifen, solche angebaut, die früher geerntet werden können. Man baut also im Kreuzungspunkt zwischen Kohl Salat, Karotten oder Gurken. Bohnen und Erbsen wollen Stützpunkte haben. Rankende Pflanzen soll man daher an einen Zaun oder so setzen, daß man für sie Stützen anbringt. Wenn nicht anders, werden in größeren Abständen Eckhölzer aufgestellt, diese mit Drähten verbunden und von diesen zur Pflanze senkrecht nach abwärts Fäden gezogen, an denen die Ranken klettern können. Buschbohnen oder Erbsen können im Notfall, wenn Stangen fehlen, auch solche Stützen bekommen.

Fleißiges Gießen ist für alles nötig. Nur bei genügender Feuchtigkeit kann Gemüse zart bleiben und gedeihen, sonst wird es derb, bleibt klein und wächst aus. Das Umsetzen von Saatpflänzchen soll nur abends erfolgen, nie in der Sonne. Danach ist einige Tage lang, wie nach jedem Umsetzen, ausgiebiges Gießen nötig, sonst welken die Pflänzchen, ehe sie sich einwurzeln können.

Für Spinat ist bald die Zeit vorbei. Wird die Hitze arg, dann gedeiht er nicht mehr; seine Stelle ersetzt der Neuseeländer Spinat, dessen große Körner in Blumentöpfen naß gehalten und nach dem Austreiben samt dem Ballen in das Land übersetzt werden sollen. Der Gemüsebau erfordert viel Zeit und aufmerksame Pflege. Sonst bleibt alles Mühen vergeblich. In den warmen Tagen gedeiht das Unkraut so üppig, daß man kaum dagegen aufkommen kann. Vor dem Ausjäten soll man ausgiebig gießen und es dann mit einer Spitzhacke herausziehen, es sammeln und in die Kompostgrube werfen, die nach Lagen von etwa 30 Zentimeter Erdlagen bekommt, die stets feucht zu halten sind. Dann zerfällt der darin gesammelte Abraum des Platzes, das Unkraut, Gras und anderes zu gutem Dünger, der im nächsten Jahre zu vielem brauchbar ist. Wer einen alten Komposthaufen hat, wird jetzt nach dem Aufhören der Frostzeit darauf Gurken oder Kürbisse bauen, die viel Nässe zu gutem Gedeihen beanspruchen.

Stehen Sträucher oder Obstbäume am Platz, dann hat man jetzt darauf zu achten, daß die Raupen nicht überhandnehmen. Mit der Raupenfackel werden Nester verbrannt, Maikäfer frühmorgens abgeschüttelt und in Gruben geworfen, mit Kalk übergossen und als Dünger verwendet. Wo Geflügel gehalten wird, erhält es die mit heißem Wasser getöteten Maikäfer als Futter. Engerlinge und Regenwürmer, die sich unter Rasen nach dem Umgraben zeigen, sollen stets für die Geflügelfütterung verwendet werden. Sobald die Obstbäume abgeblüht sind, bespritzt man sie, wenn sie nicht gar zu hoch sind, mit verdünnten Lösungen von Tabak oder Schmierseife oder Wasserglas, um Raupen und andere Blattschädlinge zu vernichten. Es gibt jetzt überall genug zu tun, wenn der Kleingärtner Erfolge haben will.

Der Abend
22/V. 1917
60

Lebensmittelwirtschaft auf dem Dorfe.

Täglich, besonders aber an Sonntagen, benützen Tausende Personen die aus Wien ausfahrenden Eisenbahnzüge nur in der Absicht, in irgend einer ländlichen Gegend die Beschaffung von Nahrungsmitteln zu versuchen. Manche sind hiebei des Erfolges vollständig sicher, denn sie fahren zu Verwandten oder Bekannten, mit denen sie im vorhinein alles vereinbart haben. Bei der Mehrzahl der Lebensmittelsucher ist dies aber nicht der Fall; sie fahren aufs Geratewohl, sind aber nichtsdestoweniger fest überzeugt, daß es nicht vergeblich sein werde und in der Tat kann man in den Abendstunden beobachten, daß nicht viele leer zurückkehren. Mehl, Brot, Eier, Butter, Topfen, Schmalz, Milch, Kartoffeln — irgend etwas von diesen kostbaren Gütern hat jeder aufgetrieben. Die Bezugsquellen sind ausschließlich und immer Bauern, welche so einen Teil ihrer Erzeugnisse sehr gewinnbringend absetzen. Hat der Bauer Not an Zucker, Kaffee, Petroleum oder Spiritus, so kommt er wohl auch selbst zur Stadt und versucht um Mehl und Fett die Gegenstände einzutauschen, an denen es ihm fehlt.

Diese Umstände deuten sehr entschieden darauf hin, daß die Bauern Lebensmittel im Überflusse besitzen, aber die Bauern bestreiten dies. Sie sind wohl bereit, um teueres Geld Lebensmittel heimlich zu verkaufen, öffentlich aber behaupten sie einer wie der andere, daß sie infolge der behördlichen Beschlagnahmen selbst nicht mehr genug zu essen hätten. Dadurch gestalten sie den heimlichen Verkauf gewinnbringender. Ein freundlicher Zufall hat nun den „Abend" von einem Wiener, der schon seit Jahren seinen Beruf auf dem Dorfe ausübt, also unter den Bauern lebt, verläßliche Mitteilungen über die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse der Bauern zugeführt. Die Verläßlichkeit unseres Gewährsmannes wird durch seinen persönlichen Charakter wie auch durch den Stand, dem er angehört, verbürgt und es ist bezeichnend, daß dieser Mann, der, selbst ein Wiener, ein Herz hat für die Bevölkerung Wiens, mit seiner Beschwerde über den widerlichen Eigennutz der Landleute, sich an den „Abend" wenden muß, weil die klerikale Presse, die seiner Richtung näher stünde, für Beschwerden über eigennützige Landwirte keinen Platz hat.

Unser Gewährsmann teilt uns mit: „So oft ich nach Wien komme, begegne ich Bekannten, bei deren Anblick ich erschrecke; ihre Wangen sind hohl und die Kleider schlottern um den abgemagerten Körper. Auf dem Lande habe ich so etwas noch nie gesehen, denn die Bauern haben noch Lebensmittel, welche sie der Beschlagnahme zu entziehen wußten. Aus zwei Gründen verheimlichen sie Nahrungsmittel: Erstens haben auf viele Bauern die reichen Einnahmen, welche ihnen infolge des hohen Preises ihrer Erzeugnisse zufallen, die Wirkung ausgeübt, daß sie besonders reichlich und gut essen wollen; zweitens haben die Bauern die Wahrnehmung gemacht, daß verheimlichte Nahrungsmittel viel reicheren Erlös bringen als abgelieferte. Auf dem Dorfe ist die Verheimlichung der Nahrungsmittel ein offenes Geheimnis und man muß sich sehr wundern, daß trotzdem die Bezirkshauptmannschaften und die Gendarmerie so selten einen Erfolg durch Aufstöbern verheimlichter Nahrungsmittel aufzuweisen haben. Zunächst werden die behördlichen Vorschriften durchbrochen bei der Vermahlung. Die Mühlen sind so schlecht überwacht, daß es dem Bauer leicht fällt, nicht bloß weit mehr Getreide, als ihm zukäme, vermahlen zu lassen, sondern dieses auch in einem niedrigeren Ausmahlungsgrade, als im Interesse der Gesamtheit behördlich vorgeschrieben wurde. Viele Bauern machen von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch und genießen genau so schönes Weizen- und Kornmehl wie in Friedenszeiten und so reichlich, daß eine Ausgedingerin, deren Verhältnisse darum besonders klar sind, weil ihr die ausbedungene, genau bemessene Menge von Getreide zukommt, von der Ernte des Vorjahres bis heute schon über 400 Kilogramm an Weizen und Korn allein verzehrt hat. Das ist der Verbrauch einer Person an Weizen und Korn!

Bei Milch und Butter haben die Bauern noch Leichteres Spiel als beim Getreide. In unserem Orte besteht eine Milchgenossenschaft, welcher die Bauern die früh und abends gewonnene Milch abliefern, während sie die mittags gewonnene für sich behalten, ohne daß noch jemand versucht hätte, sie daran zu hindern. Wenn das Ergebnis des mittägigen Melkens den Bauern nicht genügt, so nehmen sie sich auch früh und abends etwas Milch weg und ersetzen das Entnommene durch Wasser. Jüngst hat ein Bauer der Genossenschaft so stark gewässerte Milch abgeliefert, daß es nicht möglich war, sie zu verarbeiten. Man war gezwungen, den Bauer zu bestrafen, aber es war der Obmann selbst — und gleichzeitig ist er auch Bürgermeister —, welcher so überreich die Milch gewässert hatte. So wurde ihm in aller Stille eine Geldstrafe von 10 Kronen auferlegt.

Vor Ostern erschien eine Verordnung, welche das Eierfärben untersagte, weil dieses erfahrungsgemäß dazu führt, daß Eier der menschlichen Ernährung entzogen werden. In unserem Dorfe hat das Verbot so wenig Beachtung gefunden, daß eine Gruppe von Ratschenbuben über tausend Eier zusammenbrachte! Die Eier wurden teils durch Pecken (mit Geldstücken) ungenießbar gemacht, teils gegessen, weil sie schon da waren. Und das alles sehen die Behörden nicht! Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß auch die Händler, welche im Dorfe ansässig sind, behördliche Vorschriften nicht beachten, vielmehr die Höchstpreise überschreiten.

Dies die Mitteilungen eines Mannes, der, ein geborener Wiener, seit mehr als zehn Jahren unter den Bauern lebt, daher die Bauern kennt, aber ein warmes Herz — auch für die Stadtbewohner — sich bewahrt hat.

Neue Freie Presse
22-IV-1917

61

[Günstige Nachrichten über den Saatenstand.] Aus allen Gegenden der Monarchie laufen sehr befriedigende Berichte über den Saatenstand ein. Infolge des herrlichen Maiwetters ist der Rückstand in der Entwicklung der Saaten fast vollkommen eingeholt worden. Die Wintersaaten zeigen einen sehr kräftigen Charakter, die Bestockung ist sehr stark und kräftig und auch die Sommersaaten sind überall gut aufgegangen. Da die Anbaufläche jedenfalls größer ist als im Vorjahre, darf man jetzt für das vierte Kriegsjahr wohl die beste Ernte während der ganzen Kriegszeit erhoffen, wenn die Witterung den Wünschen der Landwirte halbwegs entspricht. Für die nächste Zeit wären allerdings Niederschläge sehr erwünscht. Auch aus Rumänien liegen gute Saatenstandsberichte vor. Mittlerweile geht die Abfuhr rumänischen Weizens nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland flott vonstatten und durch diese rumänische Zufuhren wird das Durchhalten bis zur neuen Ernte wesentlich befördert werden.

Vossische Zeitung
22. IV. 1917

64

Die Haferversorgung des Heeres.

Lieferungsprämien für kleine Landwirte.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Bedarf der Heeresverwaltung an Hafer kann aus den noch ablieferungspflichtigen Mengen nicht voll gedeckt werden. Es ist deshalb nötig, auch aus den Mengen, die den Landwirten für die Ernährung ihrer Tiere belassen sind, noch einen Teil für Heerespferde anzukaufen. Ein großer Teil der Landwirte, insbesondere die größeren und intensiveren Betriebe, werden nicht in der Lage sein, ohne Gefährdung ihrer Wirtschaft etwas von den ihnen belassenen Mengen abzugeben, die für schwerere Pferde wegen des starken Heeresbedarfes schon an sich nur in kaum ausreichender Höhe bemessen werden konnten. Dagegen werden kleinere Landwirte mit weniger intensiven Betrieben, denen andere Futtermittel, Weide oder Grünfutter ausreichend zur Verfügung stehen und die an die Arbeitskraft ihrer Pferde verhältnismäßig geringere Anforderungen stellen müssen, bei sorgsamer Einteilung in der Lage sein, etwas von der ihnen belassenen Hafermenge abzuliefern.

Der damit verbundene wirtschaftliche Nachteil muß durch eine entsprechend höhere Bezahlung der freiwillig abgelieferten Menge ausgeglichen werden. Durch Reichskanzlerverordnung ist daher der Heeresverwaltung die Ermächtigung erteilt worden, Erzeugern, die nach Bescheinigung des Kommunalverbandes ihrer Verpflichtung zur Ablieferung von Hafer nachgekommen sind und noch freiwillig Hafer aus den ihnen belassenen Mengen an die Heeresverwaltung abliefern, für den freiwillig abgelieferten Hafer 350 Mark für die Tonne zu zahlen. Eine Preiserhöhung für die ablieferungspflichtigen Hafermengen oder für sonstige Getreidearten ist unbedingt ausgeschlossen. Nur diejenigen Landwirte erhalten die Prämie, die durch Bescheinigung des Kommunalverbandes nachweisen, daß sie ihre Lieferungspflicht an Hafer voll erfüllt haben. Die Kommunalverbände sind angewiesen, streng darauf zu achten, daß zunächst überall die durch die Nachschau festgesetzten ablieferungspflichtigen Mengen zu dem Höchstpreise von 250 Mark geliefert und nötigenfalls enteignet werden.

Neues Wiener Tag

23./V. 1917

63

(**Ertragssteigerung unsrer landwirtschaftlichen Produktion.**) Im Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverbande hielt kürzlich Hofrat Dr. von Pantz einen Vortrag über die Möglichkeit der „Steigerung unsrer landwirtschaftlichen Produktion" auf den Gebieten des Getreidebaues und der Viehwirtschaft. Der Vortragende bezeichnete als eine der dringendsten Aufgaben des künftigen Agrarprogramms die obligatorische Ausführung der Zusammenlegungen in Verbindungen mit Bodenmeliorationen in allen jenen Gegenden, die durch ihren Getreidebau für die Volksernährung von Bedeutung sind; er verwies auf die Notwendigkeit der Einführung eines intensiven Fruchtwechsels durch Auflassung der Brache und vor allem auf die Verwendung verbesserten Saatgutes, das nach den auch in Niederösterreich gemachten Erfahrungen den drei- bis viersachen Ertrag liefere. Bei Besprechung unsrer Viehwirtschaft hob der Vortragende den bedauerlichen Rückgang in den Alpenländern hervor, der sich seit Jahrzehnten durch die eintretende Entsiedlung, durch Verwilderung der Alpen und Weiden, Absperrung großer Gebiete vom Weidegange der Tiere sowie durch den Stillstand in der Futterproduktion vorbereitete. Hofrat v. Pantz verwies darauf, daß Oesterreich, das seiner Lage nach berufen wäre, ganz Mitteleuropa mit Zuchtvieh, Butter und Käse zu versehen, zwar noch um 30 Millionen Kronen mehr Vieh aus- als einführe, bei Käse aber und bei Butter eine Mehreinfuhr von 12, beziehungsweise 15 Millionen Kronen zu verzeichnen habe. Abhilfe müsse da und könne neben zollpolitischen und tarifarischen Maßnahmen vor allem durch die Steigerung der Futtererzeugung gefunden werden. Der zweite Berichterstatter, Ausschußmitglied des Zentralverbandes österreichischer Getreidehändler F. Glatz, besprach vor allem die Aussichten einer Steigerung des Bodenertrages in Ungarn und bemerkte, eine Ertragssteigerung werde bestenfalls zu einer mäßigen Einschränkung des Einfuhrzuschusses führen, ohne das ungünstige Verhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch, welches vor dem Kriege bestand, dauernd verbessern zu können. Keinesfalls werde man aus der bisherigen ungenügenden Versorgung unvermittelt zu einer Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte übergehen können. Man müsse daher sich davor hüten, jene Fehler zu wiederholen, welche bei den Handelsvertragsverhandlungen von 1906 geschahen, und zolltarifarische Opfer auf industriellen Gebiete, also zuungunsten Oesterreichs, für eine tatsächlich doch nicht eintretende Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte Ungarns zu bringen. Oesterreich müsse seine Industrieausfuhr möglichst steigern und dürfe nicht in eine Ausfuhr von Rohstoffen zurückfallen. Dr. M. Hainisch besprach als langjähriger Landwirt die Frage der Ertragssteigerung in Oesterreich, namentlich auf viehwirtschaftlichem Gebiete. Er stimmte dem Ministerialrat v. Pantz im wesentlichen zu, daß namentlich Verbesserungen des Futtermittelbaues, dann praktisch wirksame Unterweisungen der Landwirte beziehungsweise Viehzüchter nottun, um den überaus konservativen Zug der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu überwinden.

Neue Freie Presse
23./V. 1917
64

Ernteaussichten.

Wien, 22. Mai.

Das Ernteergebnis ist zu einem wichtigen Kriegsfaktor geworden. In den ersten drei Erntejahren war dies allerdings nur für die Mittelmächte der Fall, im vierten Jahre hat sich jedoch die Lage wesentlich verschärft. Nicht bloß Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern auch Frankreich, England, Italien und sogar die Vereinigten Staaten schenken den Ernteberichten die größte Aufmerksamkeit und der Ernteausfall ist ihre größte Sorge geworden.

Wie sind nun zunächst die Aussichten in Oesterreich-Ungarn? Wenn auch ziffermäßige Schätzungen heute nicht möglich sind, so kann man denn doch mit voller Beruhigung sagen, daß die Ernteaussichten in den wichtigsten Getreidegattungen derzeit sehr zufriedenstellende sind; es darf mit voller Berechtigung erhofft werden, daß bei andauernd günstiger Witterung die Ernteergebnisse in den wichtigsten Getreidegattungen wesentlich größer sein werden als im Vorjahre. Im zweiten und dritten Kriegsjahre hatten wir leider sehr schwache Ernten. Ungunst des Wetters, nicht genügende Bearbeitung des Bodens, mangelnde Düngung hatten zusammengewirkt, um dieses unbefriedigende Ergebnis herbeizuführen. Bisher ist nun in diesem Jahre ein abträglicher Faktor nicht vorhanden, nämlich die Ungunst des Wetters. Die Ueberwinterung war überall eine klaglose. Die Landwirte berichten, daß noch niemals so wenig Veranlassung war, Umpflügungen vorzunehmen, und daß die Saat fast auf sämtlichen mit Wintergetreide bebauten Flächen vorzüglich aufgegangen ist. Wohl war der April ungewöhnlich kalt. Da aber die Temperatur niemals unter Null fiel, so hatte das ungünstige Aprilwetter zunächst nur eine Verzögerung der Entwicklung gebracht, die Saaten haben jedoch nirgends Schaden gelitten. Im Gegenteil! Die reichlichen Niederschläge waren der Entwicklung sogar förderlich, haben die Saaten wesentlich gekräftigt und namentlich die Gefahr einer Insektenplage beseitigt. Durch das warme, sonnige Maiwetter ist das Wachstum der Saaten so gefördert worden, daß der Rückstand der Entwicklung fast vollkommen eingebracht wurde. Die Saaten haben ein glänzendes Aussehen, sind stark bebüschelt und zeigen Ansätze von Nebenähren. Das prächtige Wetter hat es auch ermöglicht, den Frühjahrsanbau, der gleichfalls stark im Rückstande geblieben war, noch rechtzeitig durchzuführen, und die Saaten sind überall vortrefflich aufgegangen. Es scheint, daß auch die Bodenbearbeitung, dank der Fürsorge der kompetenten Faktoren, eine bessere war wie in den vorangegangenen zwei Jahren und daß die mit Wintergetreide bebaute Fläche wesentlich größer ist. Man schätzt die Zunahme auf 10 Prozent, und da auch der Frühjahrsanbau sehr ausgedehnt wurde, ist die gesamte nutzbare Fläche tatsächlich auch bebaut worden. In jenen Gebieten, in welchen Ueberschwemmungen zu verzeichnen waren, wie im ungarischen Tiefland, sind die Hochwässer nicht sehr stark gewesen und rechtzeitig abgelaufen, so daß auch dort voraussichtlich der Anbau von Mais möglich sein wird.

Besonders aussichtsvoll ist in diesem Jahre die Obsternte, was gewiß nicht zu unterschätzen ist. Denn die Erfahrungen der vorangegangenen Kriegsjahre haben uns den Wert von Obst als Nahrungsmittel entsprechend zu würdigen gelehrt. Die Obstblüte verläuft überall prächtig, wurde weder durch Frost noch durch Stürme gestört und somit ist die sichere Grundlage für eine gute Obsternte gegeben. Hoffentlich wird auch hier die Witterung günstig verlaufen. Die Wiesen stehen infolge der großen Aprilfeuchtigkeit sehr gut und auch hier hat die gute Witterung des Monats Mai vieles nachgeholt, so daß nicht einmal mehr die Verzögerung der ersten Heumahd zu befürchten ist. Rüben und Kartoffel sind noch nicht angebaut. Wir wissen auch nicht, in welchem Umfange dies geschehen wird, aber es steht zumindest fest, daß der Boden für die Aussaat günstig ist.

In den ersten Julitagen beginnt der Schnitt in Ungarn und zirka 2½ Monate trennen uns von dem Zeitraume, in welchem die Verarbeitung des neuen Getreides in den Mühlen beginnt. Eine schwere Zeit, weil die Vorräte begreiflicherweise zur Neige gehen müssen. Nach den Mitteilungen der kompetenten Faktoren ist das Durchhalten gesichert. Die vorhandenen Vorräte genügen, bei strenger Sparsamkeit den Brot- und Mehlbedarf der Bevölkerung bis dahin zu decken. Wollen wir hoffen, daß ein günstiges Erntewetter die baldmöglichste Einheimsung und Verarbeitung der neuen Ernte gestattet, so daß die harte Zeit womöglich eine Abkürzung, aber zumindest keine Verlängerung erfährt.

In Deutschland sind die Ernteaussichten etwa die nämlichen wie bei uns. Auch dort war die Ueberwinterung eine sehr gute, und das schöne Frühjahrswetter gestattet die Durchführung des Frühjahrsanbaues. Man wünscht nur Niederschläge. In den letzten Tagen scheinen allerdings nach den Berichten bereits solche gefallen zu sein, welche hoffentlich genug ausgiebig waren. Die Bodenbearbeitung ist in Deutschland mit großer Energie durchgeführt worden, und man hofft, dank der Ausdehnung der Anbauflächen und einer intensiveren Bearbeitung auf bessere Erträge wie im Vorjahre.

In die Machtsphäre der Zentralmächte fällt Serbien und Rumänien. Die Militärverwaltung war mit allen Mitteln bestrebt, den Getreideanbau in Serbien durchzuführen. Da die Ueberwinterung und die Anbauverhältnisse auch dort günstige waren, läßt sich hoffen, daß Serbien in der Lage sein wird, nicht bloß den Eigenbedarf zu decken, sondern auch Ueberschüsse dem Vierverband abzuliefern. In Rumänien hat die Militärverwaltung für die entsprechende Bodenbestellung gesorgt. Die Ernteaussichten sind bisher sehr günstige. Die rumänische Ernte setzt am frühesten ein; so können wir sicher hoffen, zuallererst von dort Getreide zu erhalten, und speziell die rumänische Ernte wird durch ihren frühen Beginn die letzten schweren Monate des Durchhaltens jedenfalls abkürzen. So können wir sagen, daß wir ruhigen Mutes der neuen Ernte entgegensehen können. Es ist uns doch gelungen, in drei unbefriedigenden Erntejahren das Gespenst des Hungers zu bannen, und da die Ernteaussichten jedenfalls günstigere als in den beiden vorangegangenen Jahren sind, so können wir daraus die sichere Gewißheit schöpfen, daß auch im vierten Kriegsjahre, selbst wenn uns noch ein solches beschieden sein würde, der Hunger uns nicht niederzwingen wird.

Wesentlich ungünstiger ist die Lage unserer Feinde. Die Vorräte dreier reicher Ernten sind vollkommen aufgezehrt. Begreiflich bei dem starken Konsum und der Tatsache, daß die wichtigen Getreidezufuhren aus Rußland und den Balkanländern, welche unsere Feinde und die Neutralen in den Friedensjahren stark alimentierten, ausgeblieben sind. Die Ernte der südlichen Halbkugel, die sonst die Vorratskammer der Weststaaten Europas bis zur neuen Ernte füllt, hat versagt. Argentinien liefert kaum den zehnten Teil der normalen Ueberschüsse und die australischen und indischen Zufuhren sichern infolge des U-Boot-Krieges nur langsam. Mit Ungeduld wird daher die neue Ernte erwartet, die in einem wesentlich späteren Zeitraume reift wie in Oesterreich-Ungarn. In England und Frankreich kann frühestens Anfang September auf die neue Ernte gegriffen werden, die übrigens bei dem ungünstigen Stande in England nicht viel mehr als den 2½monatigen Bedarf Englands zu decken in der Lage ist und auch in Frankreich einen starken Ausfall gegenüber dem Vorjahre zeigen wird. Mit Bangen blickt man daher auf die Vereinigten Staaten. Die letzten Reste der Vorräte werden trotz enormer Preise und der U-Boot-Gefahr nach Europa verschifft. Ein Meterzentner Weizen kostet heute schon im amerikanischen Verschiffungshafen anderthalbmal so viel wie in Deutschland oder Oesterreich-Ungarn, und ganz entblößt von Vorräten ziehen die Vereinigten Staten in die neue Ernte ein. Die Aussichten sind die denkbar ungünstigsten. Nach der letzten Schätzung erwartet man einen Ertrag in Winterweizen von 366 Millionen Bushel. Es ist dies das schlechteste Ergebnis seit dem Jahre 1904. Hiebei ist die mit Frühjahrsweizen bebaute Fläche gegenüber dem Vorjahre nicht gestiegen, gegenüber dem zweitvorangegangenen Jahre zurückgegangen. Stürmisch wirbeln die Kurse auf den amerikanischen Börsen in die Höhe und erreichen einen Höhepunkt, der alle bisherigen verzeichneten Höchstpreise weit hinter sich zurückläßt. Tagelang mußte der Handel in Getreide an der Börse von Chicago sistiert werden. Man erwartete einschneidende Maßregeln, wie ein Verbot des Terminhandels, welches aber deswegen nicht erfolgen konnte, weil die amerikanische Regierung selbst große Terminkäufe an der Chicagoer Börse gemacht hat, welche sie erfüllt wissen will. Man hat die seltsame Maßregel getroffen, daß Terminkäufe nur gestattet sind zur Regulierung bestehender Engagements, neue, spekulative Käufe also nicht. Diese seltsamen Erscheinungen beweisen wohl deutlich, daß die Getreideversorgung Frankreichs und Englands in der nächsten Zeit sich weit schwieriger gestalten wird als die der Zentralmächte. Eine Ironie des Schicksals! Die Waffe, die sie als wirksamste gegen die Zentralmächte in Händen zu haben glaubten, hat sich gegen sie selbst gekehrt. Aber auch die Neutralen werden endlich am empfindlichsten Punkt spüren, welche Gefahr die Seetyrannei Englands auch ihrer Ernährung bringen kann.

Frankfurter Zeitung
23./V. 1917

6523

Extravergütung für freiwillige Haferlieferungen.

Berlin, 22. Mai. (W. B.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende Bekanntmachung zur Sicherung des Heeresbedarfs an Hafer vom 19. Mai:

Auf Grund des Paragraph 2 der Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichsgesetzbl. S. 401) wird verordnet: § 1. Die Heeresverwaltung ist ermächtigt, Erzeugern, die nach Bescheinigung des Kommunalverbandes ihrer Verpflichtung zur Ablieferung von Hafer nachgekommen sind und noch freiwillig Hafer aus den ihnen belassenen Mengen an die Heeresverwaltung abliefern, für den freiwillig abgelieferten Hafer neben dem Höchstpreis eine besondere Vergütung von einhundert Mark für die Tonne zu zahlen. Dies gilt nur für Hafer, der bis zum 15. Juli 1917 einschließlich abgeliefert wird. Ueber alle Streitigkeiten wegen der Zahlung der besonderen Vergütung entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Als höhere Verwaltungsbehörde gilt die auf Grund des § 24 der Verordnung über Hafer aus der Ernte 1916 vom 6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 811) bestimmte Behörde.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem 20. Mai 1917 in Kraft. Von diesem Tage ab erlischt die Gültigkeit der Erlaubnisscheine zum freihändigen Ankauf des Haferbedarfs der Nährmittelfabriken sowie der in § 17 Abs. 8 der Verordnung über Hafer aus der Ernte 1916 vom 6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 811) genannten Hafermengen.

Berlin, 21. Mai. (W. B.) Der Bedarf der Heeresverwaltung an Hafer kann aus den noch ablieferungspflichtigen Mengen nicht voll gedeckt werden. Es ist deshalb nötig, auch aus den Mengen, die den Landwirten für die Ernährung ihrer Tiere belassen sind, noch einen Teil für die Heerespferde anzukaufen. Ein großer Teil der Landwirte, insbesondee die größeren und intensiveren Betriebe, werden nicht in der Lage sein, ohne Gefährdung ihrer Wirtschaft etwas von den ihnen belassenen Mengen abzugeben, die für schwerere Pferde wegen des starken Heeresbedarfes schon an sich nur in kaum ausreichender Höhe bemessen werden konnten. Dagegen werden kleinere Landwirte mit weniger intensiven Betrieben, denen andere Futtermittel, Weide oder Grünfutter ausreichend zur Verfügung stehen und die an die Arbeitskraft ihrer Pferde verhältnismäßig geringere Anforderungen stellen müssen, bei sorgsamer Einteilung in der Lage sein, etwas von der ihnen belassenen Hafermenge abzuliefern. Der damit verbundene wirtschaftliche Nachteil muß durch eine entsprechend höhere Bezahlung der freiwillig abgelieferten Menge ausgeglichen werden. Durch Reichskanzlerverordnung ist daher der Heeresverwaltung die Ermächtigung erteilt worden, Erzeugern, die nach Bescheinigung des Kommunalverbandes ihrer Verpflichtung zur Ablieferung von Hafer nachgekommen sind und noch freiwillig Hafer aus den ihnen belassenen Mengen an die Heeresverwaltung abliefern, für den freiwillig abgelieferten Hafer 350 Mark für die Tonne zu zahlen. Eine Preiserhöhung für die ablieferungspflichtigen Hafermengen oder für sonstige Getreidearten ist unbedingt ausgeschlossen. Nur diejenigen Landwirte erhalten die Prämie, die durch Bescheinigung des Kommunalverbandes nachweisen, daß sie ihre Lieferungspflicht an Hafer voll erfüllt haben. Die Kommunalverbände sind angewiesen, streng darauf zu achten, daß zunächst überall die durch die Nachschau festgesetzten ablieferungspflichtigen Mengen zu dem Höchstpreise von 250 Mark geliefert und nötigenfalls enteignet werden.

Vossische Zeitung
24./V. 1917

66 VI

Getreide im Kriege.

Mehr als eine Woche ist vorbei, seitdem die Regierungseingriffe am amerikanischen Getreidemarkt erfolgt sind. Die Notierungen für Lokoweizen und Maitermin hatte man verboten, aber mehr Ware hat man dadurch nicht herausgeholt. Die kräftigen Preiserholungen, die an einigen Tagen für die anfänglich stark zurückgegangenen Termine der neuen Ernte gemeldet wurden, begründeten sich hauptsächlich in der außerordentlichen Nachfrage der Mühlen nach greifbarem Weizen und der sich immer mehr zum Ausdruck bringenden Ueberzeugung, daß das neue Erntejahr vollkommen geräumte Vorräte antreffen werde. Anderseits war die Witterung für die Saaten entschieden günstiger geworden, und das verfehlte nicht, die Preisschwankungen wieder zeitweise nach unten zu drücken. Seit dem 1. Mai waren die Preisnotierungen für Juliweizen in Chicago 212¾—275—219—240—233 Cent pro Bushel, für September 182¾—245—199—217—210 Cent. Man sieht, daß selbst von der Mai-Hausse, die man für exaltiert hielt, trotz der behördlichen Eingriffe nur ein Teil verloren ging, wozu auch die besseren Wetterberichte beitrugen.

In unserem Lande verlief die Woche wieder bei trockener Witterung und mit Ausnahme der recht kühlen letzten beiden Tage in warmer Temperatur. Der Wunsch geht natürlich, besonders für Sommersaaten, Kartoffeln und Rüben, nach Regen, und auch für Wintergetreide würde einige Nässe willkommen sein. Für die Wiesen, die ziemlich lange unter Wasser gestanden haben, ist die Trockenheit allgemein willkommen. Uebrigens scheint das Pflanzen der Kartoffeln und Rüben noch längere Zeit in Anspruch zu nehmen. Während man meist bis zum Schluß des Mai Erledigung der Arbeiten erwartete, dürften sie sich noch bis in den ersten Teil des Juni hinein in einigen Gegenden erstrecken.

Von den geschäftlichen Vorgängen und den diese betreffenden Verordnungen sind diejenigen für Hafer bemerkenswert. Trotz der zweifellos sehr groß gewesenen Erträge dieser Frucht bleibt die Versorgung damit nicht unerheblich hinter den Erwartungen zurück. Zum Teil mag das auf die mangelhaften landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zurückzuführen sein, denn man unterließ während des Februar und März teilweise das Dreschen des Hafers, um die Ablieferungen von Brotgetreide und Hülsenfrüchten zu beschleunigen. Diese Pause ist schwer wieder einzuholen gewesen, denn im April kamen bald die Feldarbeiten, die sich im Mai in verstärktem Maße fortsetzten. Besondere Eile bekunden die Erzeuger ohnehin bei der Ablieferung in keinem einzigen Artikel; die sich immer wiederholende Erfahrung, daß sie beim Abwarten höhere Preise bekommen, hat im Laufe der Kriegszeit eine gewisse Vorsicht erweckt, gegen die auch die Versicherungen, daß auf keinen Fall auf Preiserhöhungen zu rechnen sei, kein Heilmittel bieten. In letzter Zeit zeigen sich diese Verhältnisse besonders beim Hafer. Die Versorgung der Nährmittelfabriken mit Hafer war ungenügend, man erlaubte daher den Fabriken statt 300 M. für den Erzeuger und 15 M. für Kommissionär und Händler fortan 300 + 30 M. zu zahlen. Es war klar, daß eine Preiserhöhung nur mehr Ware herausholen konnte, wenn der Zuschlag dem Landwirt zugute kam. Dessen Verkaufspreis von 300 M. sollte aber nicht erhöht werden, doch wurde gestattet, daß dem Erzeuger für etwaige Schwierigkeiten bei der Ablieferung oder dem Abtransport ein Zuschlag bewilligt werde, so daß also, wie vorauszusetzen war, die Preiserhöhung allein der ersten Hand zugute kam. Während somit für alle Waren, die durch Bezugsschein freihändig aufgekauft werden konnten, ein Preis an den Landwirt von 315 M. für die Tonne zu bezahlen war, belief sich der Einkaufspreis für die Heeresverwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften vom 1. Mai ab nur auf 250 M. Eine Erhöhung dieses Preises vermied man aus begreiflichen Rücksichten, aber man hob in den letzten Tagen plötzlich die Gültigkeit der Bezugsscheine für Hafer auf, und man versprach den Besitzern, die schon ihre Pflichtmenge an Hafer abgeliefert hatten, für jede weitere Tonne eine Prämie von 100 M. oder zusammen 350 M. In welcher Weise die Produzenten ihren Wunsch, hieraus Nutzen zu ziehen, erfüllen werden, wissen wir nicht und wollen wir auch nicht untersuchen. Wir sind aber überzeugt, daß die Militärbehörde zu diesem Preise, dessen weitere Erhöhung man nicht mehr annehmen kann, größere Mengen erhalten wird. Die weitere Versorgung der Nährmittelfabriken dürfte wohl nun direkt durch die Behörden erfolgen.

Die mancherlei Schwierigkeiten, die sich durch die Bewirtschaftung der einzelnen Bodenerzeugnisse durch verschiedene Stellen ergaben, wie sie beispielsweise wieder in dem eben erwähnten unerwünschten Pausieren des Haferdrusches im Februar und März zum Ausdruck kamen, haben den Plan gezeitigt, im neuen Erntejahr die Bewirtschaftung sämtlicher Getreidearten und Hülsenfrüchte von einer Stelle aus, und zwar von der Reichsgetreidestelle leiten zu lassen. Bestimmte Entschlüsse liegen erst zum Teil vor. Es wird zweifellos nicht leicht sein, Organisationen wie die Reichsgerstengesellschaft und die Reichshülsenfruchtstelle ohne weiteres in die RG. einzubeziehen; indessen dürfte man sich die Sache besonders bezüglich der Qualitäten vereinfachen, und da man in jetzigen Zeiten ja in der Hauptsache nur auf die Menge der Ware, weniger auf die Qualitäten sieht, so wird es im Kriege eben mit einer schematischen Regulierung auch für Braugerste und für die Mehrzahl der Hülsenfrüchte gehen, bzw. gehen müssen. Das „Muß“ spielt ja überhaupt die maßgebende Rolle bei der ganzen behördlichen Bewirtschaftung. Der Erzeuger muß abliefern, wie und zu welchem Preise ihm vorgeschrieben wird, der Müller und Fabrikant müssen mahlen und verarbeiten, wie die Vorschrift lautet, der Bäcker muß das Mehl verbacken, gleichgültig, wie es ist, und der Konsument muß das Brot so nehmen, wie es ausfällt, und in der Menge, die ihm vorgeschrieben. Das „Muß“ ist der Faktor, der uns durchhalten läßt, es ist unbedingt notwendig in einem Existenzkriege, wie ihn Deutschland auf Leben und Tod führt, aber es ist eine bittere Notwendigkeit, die man eben nur im Kriege ertragen kann und die zu beseitigen das erste Bestreben nach dem Friedensschlusse sein wird.

Tägliche Rundschau
25./V. 1917

* **Die landwirtschaftliche Ausbildung von Jugendlichen.** Bekanntlich läßt der Vaterländische Hilfsdienst sich die Sorge um die Förderung unserer Landwirtschaft besonders angelegen sein. Da nun die Männer, soweit sie für den Heeresdienst entbehrlich oder ungeeignet sind, in erster Linie in der Kriegsindustrie verwendet werden müssen, hat man Einrichtungen getroffen, nach Möglichkeit Frauen und Jugendliche der Landwirtschaft zuzuführen. Eine falsche Ansicht hierbei ist es, wenn man glaubt, daß für die Arbeit in der Landwirtschaft keinerlei Vorkenntnisse vonnöten seien, und daß aus diesem Grunde Frauen und Jugendliche auf dem Lande sehr wohl ihren Mann zu stellen vermögen. Eine Ausbildung ist in diesem Beruf ebenso notwendig und nützlich, wie in jedem anderen. Verschiedene Landwirtschaftskammern haben auf Veranlassung des Vaterländischen Hilfsdienstes die landwirtschaftliche Ausbildung der Jugendlichen übernommen. In erster Linie werden diese für die Heu- und Getreideernte herangezogen werden, und man ist im Begriff, Gruppen von je 20 jungen Leuten zu bilden, die unter Leitung landwirtschaftlicher Lehrkräfte sachgemäß ausgebildet werden. Derartige Kolonnen werden nun der Landwirtschaft unter Beigabe einer zuverlässigen, sachverständigen Aufsichtsperson durch Bekanntmachung in den Zeitungen oder durch die Gemeindevorsteher angeboten werden. Die große, zur Verfügung stehende Anzahl von Jungmannen setzt die in Betracht kommenden Landwirtschaftskammern in den Stand, eine nicht unbeträchtliche Anzahl derartiger Kolonnen zu bilden und deren Dienste anzubieten.

Österr. Volkszeitung

26. IV. 1917

68

(Günstiger Saatenstand.) Auch in dieser Berichtswoche war das Wetter für die Entwicklung der Saaten sehr günstig. Die Berichte aus den verschiedenen Gegenden der Monarchie lauteten durchweg befriedigend. Das Wintergetreide kommt nunmehr in Blüte; warme, sonnige Tage und laue Nächte wären derzeit von großer Wichtigkeit. Andererseits sind kurze, ausgiebige, nicht zu heftige Regenfälle ersehnt, um das Wachstum des Frühjahrsanbaues und eine rasche, üppige Entwicklung der Wiesen und Weiden zu fördern, damit auch die Heuernte reichlich ausfalle. Erfreulich ist es, zu hören, daß die Maispflanzen gut keimten, daß der Anbau der Knollengewächse einen befriedigenden Ansatz zeigt. Aus den verschiedenen Obstgegenden wird gemeldet, daß die Bäume glänzend abgeblüht haben. Der Blütenansatz war üppig und voll, der Abfall gering, was einen reichlichen Fruchtansatz erwarten läßt. Das Frühgemüse steht vielversprechend und die ersten Frühkartoffeln dürften schon in ungefähr vierzehn Tagen auf den Markt kommen. Die Zufuhren in anderen Gemüsearten mehren sich täglich und versorgen bereits ausgiebig den Konsum. Allgemein läßt sich sagen, daß wir einer günstigen Ernte entgegengehen, wenn die Witterung weiter gut bleibt, denn der in der Vorwoche an einigen Tagen aufgetretenen starken Hitze folgte wieder normale Temperatur. Gelingt es, die Ernte trocken und rasch einzubringen, wird die Monarchie im kommenden Verbrauchsjahre sehr gut versorgt sein. Denn schon heute werden Verfügungen getroffen, um den freiwerdenden Boden weiter möglichst auszunützen durch Aussaat rasch wachsender Nähr- und Futtermittel oder jener Pflanzen, welche die Erde düngen und den neuen Anbau vorbereiten. In etwa sechs Wochen dürfte der Schnitt einsetzen, denn das Getreide hat sich derart entwickelt, daß die gefürchtete Verspätung der Ernte nicht eingetreten ist.

Neues Pester Journal 69
26. IV. 1917

‡ (Studenten als landwirthschaftliche Arbeiter.) In Ergänzung einer im April laufenden Jahres erlassenen Verordnung, in der die Leiter der Volks- und der Mittelschulen aufgefordert wurden, dahin zu wirken, daß die Jugend während der Ferien unter Aufsicht von Mitgliedern des Lehrkörpers sich an den landwirthschaftlichen Arbeiten betheilige, hat der Unterrichtsminister nun an dieselben Faktoren eine neuerliche Verordnung gerichtet. In dieser wiederholt der Unterrichtsminister die erwähnte Aufforderung und ertheilt eingehendere Weisungen über die Ausübung und Organisirung der Aufsicht. Die Mitwirkung der studirenden Jugend hat den Zweck, durch Uebernahme der leichteren Arbeiten die landwirthschaftlichen Arbeiter für die schwereren frei zu machen. Die Schüler können ihre Arbeitskraft nur mit Zustimmung der Eltern anbieten. Diese sind über die große Bedeutung dieser Aktion aufzuklären und zu bewegen, ihre Zustimmung ohne Bedenken zu ertheilen. Die Verordnung enthält Bestimmungen über die Eintheilung und Beschäftigung der Jugend, über die Verpflegung der Schüler und ihrer Aufseher, wie auch über den Wirkungskreis und die Aufgaben der die Aufsicht führenden Lehrkräfte. Die Schüler erhalten eine Entlohnung, deren Ausmaß der Komitats-Arbeiterausschuß bestimmt.

Neues Pester Journal 70

26./V. 1917

‡ (**Die Kosten der Maisentkeimung.**) Gegenüber der in interessirten Kreisen verbreiteten Ansicht, als ob die Landes-Central-Kreditgenossenschaft verpflichtet wäre, für die Kosten der Mühleneinrichtungen zwecks Durchführung der Maisentkeimung aufzukommen, wird von kompetenter Seite erklärt, daß die genannte Kreditgenossenschaft hiezu im Sinne der diesbezüglichen Regierungsverordnung nicht verpflichtet ist. Diese Verordnung verhält die Kreditgenossenschaft nur dazu, die zur Entkeimung erforderliche Umgestaltung der Mühlen zu ermöglichen und wo dies sich als nothwendig erweist, zu unterstützen.

Fremdenblatt

27. IV. 1917

71

Die Ernte-Aussichten.

Das Wetter ist für die kommende Ernte bis jetzt sehr günstig gewesen. Der Anbau konnte im vergangenen Winter viel länger als sonst vorgenommen werden und tatsächlich sind dadurch trotz der Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, keine Rückstände verblieben. Mit Winterfrucht, also in der Hauptsache mit Weizen und Korn, ist eine größere Fläche als sonst bestellt worden. Die Zunahme wird in Ungarn offiziell auf 10 Prozent veranschlagt und geringer wird sie auch in Oestereich nicht sein. Für eine größere Ernte in Brotfrüchten war damit die Vorbedingung geschaffen. Während des langen und mitunter harten Winters tauchten wohl vereinzelt Befürchtungen für den Saatenstand auf, nach der Schneeschmelze zeigte sich aber bald, daß die Ueberwinterung gut vor sich gegangen ist. Die Pflanzen waren kräftig genug und haben die harte Jahreszeit ohne Schaden überstanden. Umpflanzungen, Ausackerungen waren nirgends nötig. An der Sonne erlangte dann die junge Vegetation sehr rasch ein frisches, gesundes Aussehen, das Wachstum machte Fortschritte und im fruchtbaren, geradezu treibhausartigen Wetter, das seit Monatsbeginn herrscht, haben sich die Halmfrüchte prachtvoll entwickelt. Die Pflanzen stehen hoch und dicht, die Aehrenbildung ist weit vorgeschritten. Fast an jedem Stamm finden sich Nebenähren, die den Ertrag reichlicher gestalten werden. Für Brotfrüchte stehen dadurch die Aussichten sehr gut.

Für den Sommeranbau ließen sich die Verhältnisse weniger günstig an. Infolge der langanhaltenden kalten Witterung ging die Feldbestellung nur langsam vor sich und es wurde gefürchtet, daß vor allem mit Gerste und Hafer nicht alle hiefür bestimmten Felder werden bebaut werden können. Zum Glück gestaltete sich das Wetter gerade im richtigen Augenblick auch für den Sommeranbau sehr günstig. Rückstände mußten nirgends bleiben und da der Boden Feuchtigkeit genug besaß, haben die Saaten gut gekeimt. Auch dem Frühjahrsanbau kam das schöne Wetter, das seit vier Wochen anhält, sehr zustatten. Die Pflanzen haben sich rasch entwickelt und stehen jetzt gegen andere Jahre kaum zurück. Dies gilt sowohl für Oesterreich als für Ungarn.

Die Berichte aus den verschiedensten Gegenden lassen keinen Zweifel darüber zu, daß ebenso wie bei der Winterfrucht, auch beim Sommeranbau nach dem jetzigen Stand der jungen Vegetation auf einen voll befriedigenden, und wenn das Wetter weiter günstig bleibt, auf einen großen Ertrag zu rechnen ist.

Solange als Befürchtungen teils für die Winterfrucht, teils für den Sommeranbau bestanden, schien es schwer, die Schwierigkeiten in der Versorgung zu überwinden, welche für die Zeit vor der Reife und dem Einbringen der neuen Ernte gewärtigt wurden. Auch diese Befürchtungen bestehen nicht mehr. Einerseits haben die inzwischen erfolgten Zuzüge aus Rumänien ausgeholfen, anderseits steht jetzt schon frisches Gemüse in genügenden Mengen zur Verfügung. Sehr bald werden auch Frühobst und Frühkartoffeln zu Markt gelangen. Die Grünfütterung ist überall schon aufgenommen, so daß — abgesehen von der Entspannung, die schon dadurch in der Ernährungsfrage ausgelöst wird — auch die Versorgung mit Milch und Butter eine Erleichterung erfährt. Das Auskommen bis zur neuen Ernte ist in der Monarchie gesichert und am Felde steht eine gute Ernte, die in den fruchtbaren Ebenen des Marchfeldes, der Hanna und des südlichen Ungarn, in der Backa, im Banat und in der Theißgegend frühzeitig fertig wird. Zu Peter und Paul, also gegen Ende des nächsten Monates, setzt gewöhnlich der Schnitt ein und schon einige Wochen später gelangt in der Regel das Mehl aus neuem Produkt in den Konsum.

So wie in der Monarchie — und das ist sehr erfreulich — wird der Saatenstand auch in Deutschland recht günstig beurteilt. Wenn auch die sonst üblichen Erntetaxationen fehlen, stimmen doch alle Berichte darin überein, daß der Feldbestellung und dem Anbau nicht mindere Sorgfalt als sonst gewidmet wurde und daß dadurch in keinem Teile des Reiches mit geringeren Kulturflächen zu rechnen ist. Die Entwicklung der Pflanzen ist wohl langsam vor sich gegangen, doch sind gegenwärtig die Aussichten sehr zufriedenstellend. Mit Eifer haben die Militärverwaltungen auch in den okkupierten Gebieten die Bodenbebauung gefördert und gepflegt. Von Rumänien, dessen Ernte in Europa am frühesten schnittreif wird, erwartet das Reich weitere Aushilfen noch vor dem Fertigstellen des heimischen Produktes. Bulgarien und auch die Türkei erfordern Zuschüsse erst im Verlaufe der Kampagne.

Argen Versorgungsschwierigkeiten gehen dagegen in der kommenden Kampagne die Ententeländer entgegen. Im nördlichen Italien haben sich in der letzten Zeit die Ernteaussichten wohl etwas gebessert, im Süden droht aber eine Fehlernte. In Frankreich ist der Anbau nicht nur wegen des Abfalles des besetzten Gebietes, sondern auch wegen des Leutemangels stark zurückgeblieben, so daß auf einen entsprechenden Ertrag nicht zu rechnen ist. Großbritannien kann trotz der im Krieg forcierten Förderung seiner Landwirtschaft immer nur knapp ein Viertel seines Bedarfes aus eigenem decken. Die Versorgung von Uebersee erschweren aber nicht nur die U-Boote, sondern vor allem die schlechten Produktionsergebnisse der amerikanischen Ernte. Kanada und die Vereinigten Staaten haben sonst das Gros des Einfuhrbedarfes Großbritanniens gedeckt. Die Union berechnet aber im offiziellen Maibericht ihren Weizenertrag auf bloß 99 Millionen Meterzentner gegen 131 Millionen im Vorjahre und gegen 178, beziehungsweise 186 Millionen Meterzentner in 1915 und 1914. Der Ausfall beträgt demnach schon gegen die gute Mittelernte des Vorjahres 32 Millionen Meterzentner und mehr als 80 Millionen Meterzentner gegen die vorangegangenen sehr guten Ergebnisse, aus welchen heuer keine Ueberschüsse mehr vorhanden sind. Tatsächlich stehen auch drüben, weil bei dem dringlichen Kaufbegehr Englands und seiner Alliierten die Konsumversorgung der Union selbst Sorgen bereitet, schon Maßnahmen zur Beschränkung des Eigenverbrauches in Beratung. Auf willige oder gar billige Lieferanten können demnach in der kommenden Saison die Ententeländer keinesfalls rechnen.

Pester Lloyd
27./V. 1917

72

(Der Saatenstand und die Verwertung der neuen Ernte.) Die Veröffentlichung der amtlichen Saatenstandsberichte durch das Ackerbauministerium unterbleibt auch in diesem Jahre. Ebenso wie im Vorjahre war bei dieser Verfügung auch diesmal der Gesichtspunkt ausschlaggebend, daß der freie Verkehr in Getreide und Mehl derzeit ohnehin nicht gestattet werden kann, daß diese Produkte nur im Wege der zentralisierten Verteilungsstelle in Verkehr gebracht werden dürfen. Da zudem die Zahl der eingerückten landwirtschaftlichen Berichterstatter recht ansehnlich ist und die einlangenden Ausweise ziemlich lückenhaft sind, blieb es auch heuer bei der Sistierung der amtlichen Saatenstandsberichte. Wie wir an maßgebender Stelle erfahren, erscheint der Stand der Getreidesaaten bisher im ganzen Land als recht zufriedenstellend. Besonders erfreulich erscheint es, daß die mit Wintergetreide bebauten Flächen heuer das normale Maß übersteigen. Auch der Frühjahrsanbau ist gut vonstatten gegangen und bedarf nur ausgiebiger Niederschläge, damit die derzeit noch schönen Hoffnungen auch in Erfüllung gehen. In den letzten 48 Stunden war, wie im Abendblatt bereits berichtet wurde, eine Neigung zu Niederschlägen wahrzunehmen und es waren stellenweise auch geringe Regenfälle zu verzeichnen. Tritt der heißerwünschte Regen im ganzen Lande ein, so dürfen die Aussichten unserer heurigen Getreideernte recht zuversichtlich beurteilt werden. Was die Bedarfsversorgung bis zur neuen Ernte betrifft, so kann konstatiert werden, daß wir dank der getroffenen zweckentsprechenden Ersparungsmaßnahmen und der energischen Durchführung der Getreiderequirierung in der Lage sein werden, die Versorgung des Mehlbedarfes bis zur neuen Kampagne ohne wesentliche Störungen sicherzustellen. Bezüglich der Verwertung und Verteilung der neuen Ernte sind die Vorarbeiten emsig im Zuge, wenn auch der eingetretene Regierungswechsel den Termin endgültiger Entscheidungen etwas verzögert hat. An maßgebender Stelle ist man jedoch für eine strammere Handhabung der Zentralisierung. Es sollen gleich nach erfolgtem Drusch für alle Produkte die Ueberschüsse und Fehlmengen festgestellt und sodann eine gleichmäßige Verteilung vorgenommen werden. Die freie Einkaufsberechtigung wäre zu eliminieren, höchstens aber auf kleine Ortschaften und auf die Anschaffungen an Ort und Stelle zu beschränken. Die für das ganze Landesgebiet gültigen Einkaufsscheine haben im Vorjahre nur eine Quelle von Uebelständen gebildet. Um eine Ueberschreitung der Höchstpreise und des bewilligten Einkaufsquantums zu verhindern, wäre es nach Ansicht maßgebender Persönlichkeiten angezeigt, auch den direkten Einkauf nur im Wege der Gemeindevorstehungen zuzulassen. Die Erhöhung der Getreidehöchstpreise ist wohl als wahrscheinlich anzunehmen, über diese Frage wird aber wohl erst der Ausfall der heurigen Ernte entscheiden, denn eine reichliche Ernte bedingt naturgemäß andere Höchstpreise als ein Mißwachs.

Die Zeit
27. IV. 1917

Die Schrebergärten in Gefahr.

Nach dem eisigen Winter und dem zu kalten Vorfrühling hat uns der Mai geradezu übernormale Hitze gebracht und ist viel zu trocken. Für die Saaten ist dies bis jetzt noch ohne Schädigung gewesen. Die Gemüse jedoch beginnen zu leiden und wachsen vielfach aus. Eine besondere Gefahr bedeutet die Trockenheit jedoch für die meisten Schrebergärten. Diese liegen zum größten Teil auf höher gelegenen Flächen und leiden an Wassermangel. Gerade jetzt, wo sehr fleißig gegossen werden muß, macht sich dieser Umstand sehr fühlbar. Besucht man am Abend die Schrebergärten, so sieht man, wie groß und klein von weither Wasser zum Gießen schleppt. Die meisten vorhandenen Brunnen liegen jedoch viel zu weit von den Gärten. Die Gemeinde hat allerdings Hydranten öffnen lassen, dies reicht aber bei weitem nicht aus. Es besteht die große Gefahr, daß, wenn die Trockenheit so anhält, die meisten Gemüsepflanzungen verderben müssen. Die Gemeinde Wien hat auf Ansuchen von Gartenbesitzern erklärt, sie sei nicht in der Lage, derzeit weitere Leitungen zu legen, und begründet dies mit Arbeitermangel. Es muß jedoch irgendeine Maßregel ergriffen werden. Die Leute können unmöglich zum Beispiel von der Krottenbachstraße das Wasser bis hinauf auf den Türkenschanzhang schleppen oder von den ausgebauten Cottagestraßen her. Es würde sich empfehlen, provisorische Leitungen, wenn auch über der Erde, dann einige Schlauchlinien zu legen und an geeigneten Punkten größere Wasserbehälter aufzustellen. Auch die Heranziehung von Kriegsgefangenen wäre zu erwägen. Bei der großen Ausdehnung der Schrebergärten ist die Sache vom Standpunkt der Volksernährung so wichtig, daß unter allen Umständen etwas geschehen muß.

Arbeiterzeitung

27./V. 1917

74

Die Organisierung der neuen Ernte.

Verhandlung im Ernährungsrat.

Freitag hielt der Ernährungsbeirat eine Plenarversammlung ab, in der über die Organisation der neuen Ernte und die neue Verordnung über die Aufbringung und Verteilung der Futtermittel gesprochen wurde. Die Regierungsvorlage, die in Form einer Verordnung des Gesamtministeriums in Kraft treten soll, behält die alten Bestimmungen im wesentlichen bei, nur sind sie ergänzt durch die Bestimmungen der neuen Preistreiberverordnung und einige Zusätze, die die staatliche Bewirtschaftung des Getreides vorsieht. Abgeordneter Sonntag, der als Referent des Fachausschusses die Vorlage mit den Aenderungen des Ausschusses im Plenum unterbreitet hat, sieht die Enttäuschungen der Bevölkerung in unserer Ernährungspolitik vor allem in der Ueberschätzung unserer eigenen landwirtschaftlichen Produktion, die noch durch die beständig wiederkehrenden Berichte, daß unsere Ernte ausgezeichnet stehe, sich in falsche Hoffnungen gewiegt hat. Heute muß zugestanden werden, daß unsere letzte Ernte nur die Hektarerträge von vor hundert Jahren erreicht hat. Bezeichnend ist es, daß eine bedeutende Steigerung der Hektarerträge von dem Referenten nur dadurch behauptet werden konnte, daß er die Zahlen der Ernteergebnisse von vor hundert Jahren mit den Ergebnissen der letzten Friedensernten verglichen hat.

Von unseren Vertretern wurde folgende Resolution zur Regierungsvorlage eingebracht:

Um die widerrechtliche Verwendung von Getreide und Hülsenfrüchten durch Ueberschreitung der Rationen für die Selbstversorger und durch Verfütterung tatkräftiger als bisher zu verhindern, ist die Uebernahme und Bewirtschaftung des ausgedroschenen Getreides den Wirtschaftsämtern oder eigens zur Bewältigung dieser Aufgaben zu errichtenden Erntebewirtschaftungsgenossenschaften mit gemeindeweiser Gliederung zu übertragen. Die Staatsbehörden haben rechtzeitig einen Druschplan aufzustellen und die rasche Durchführung der Druscharbeiten mit allen Mitteln, vor allem durch rechtzeitige Beistellung von Maschinen, Kohlen und Arbeitskräften, zu fördern. Den Wirtschaftsämtern oder den Erntebewirtschaftungsgenossenschaften sind nachstehende Arbeiten zuzuweisen:

Die Ueberwachung der Druscharbeiten, Feststellung des Druschergebnisses und Uebergabe des ausgedroschenen Getreides oder der geernteten Hülsenfrüchte in die Verwahrung der Landwirte, der Lagerhäuser oder deren sachgemäße Unterbringung in sonst zur Verfügung stehende Lagerstätten. Die Abgabe jener Getreide- oder Hülsenfrüchtekontingente, die den Bedarf zur Deckung der Selbstversorgerrationen und an Saatgetreide übersteigen, an die Beauftragten der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt. Die Besorgung der Vermahlung jener Getreidemengen, die für die Befriedigung der Rationen der Selbstversorger bestimmt sind, und die Ausgabe dieser Mehlrationen in zweimonatigen Perioden.

Die Verwahrung des Saatgutes und dessen Ausgabe nach behördlichen Weisungen, die einvernehmlich vom Ernährungsamt dem Ackerbauministerium und den Landeskulturräten zu erstellen sind. Die Ueberwachung der sachgemäßen Lagerung des Getreides und der Hülsenfrüchte, die strenge Kontrolle aller vorgenommenen Manipulationen und die Führung einer genauen Mengenverrechnung der einzelnen Kontingente. (Abgabe an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, Selbstversorger und Saatgutverbrauch.)

Elderfch begründet die Resolution und protestiert gleichzeitig gegen diese Verordnung, die materiell eine § 14-Verordnung ist, wenngleich sie sich anders nennt. In vier Tagen tritt das Abgeordnetenhaus zusammen und vier Tage vorher soll eine § 14-Verordnung erlassen werden! Es sei doch ein merkwürdiger Wille zur Gesetzmäßigkeit, der sich da ausspricht. Zur Regierungsvorlage sei vor allem zu sagen, daß es doch nicht angeht, daß man wieder nur den Behörden und den Landwirten die Aufbringung des Getreides überläßt, es müssen doch auch andere Kreise darauf Einfluß gewinnen können, die selbst ein Interesse an der klaglosen Aufbringung haben. Deshalb müssen die Wirtschaftsämter, die noch immer auf dem Papier stehen, endlich realisiert werden und ihnen muß die Verwaltung der aufgebrachten Mengen überwiesen werden. Abgeordneter Schreiner wendet sich gegen die Errichtung von Erntegenossenschaften, weil es nun im Kriege nicht möglich sei. Er bringt außerdem einen Antrag ein, daß den landwirtschaftlichen Deputatisten unter den Arbeitern, deren Brotgetreide vielfach requiriert wurde, Getreide zur Verfügung gestellt werde, da sie sonst die neue Ernte nicht hereinbringen können und einfach nach Ungarn abwandern würden. Der Dreschzwang könne nicht wirken, denn auf den kleinen Höfen komme erst der Winteranbau und dann der Drusch. Es sprachen von unserer Seite noch Chobot, der schildert, wie elend die Versorgung der Bergarbeiter ist, die im Monat Mai anstatt 42 Waggons Mehl nur 18 Waggons erhalten haben, trotzdem schon der fünfundzwanzigste ist und ihnen die 42 Waggons versprochen wurden; auch sie müßten so viel arbeiten wie die landwirtschaftlichen Arbeiter. Dann Seliger, der schildert, wie aufreizend es in den Industriedörfern wirkt, wo der Arbeiter zusehen muß, wie reichlich die bäuerliche Familie noch immer lebt.

Es wurde die Regierungsvorlage angenommen, ebenso die Resolution Elderfch, nur wurde die Errichtung von Erntegenossenschaften gestrichen und den Wirtschaftsämtern diese Aufgaben allein übertragen.

In der Nachmittagssitzung kam die neue Futtermittelverordnung zur Sprache. Handelskammersekretär Tausche beantragt, die Hirse aus der Reihe der Futtermittel zu streichen; ebenso beantragt Abgeordneter Andraschke, die Pferdebohnen nicht als Futtermittel zu qualifizieren. Emmy Freundlich beantragt, es seien bei den immer schlechter werdenden Verhältnissen auf dem Getreidemarkt der Brauindustrie zur Biererzeugung weder Gerste, noch Bohnen, noch andere hiezu geeignete landwirtschaftliche Produkte, noch Futtermittel zur Verfügung zu stellen. Sie beantragt ferner, daß den Renn- und Luxuspferden keine höhere Haferration gegeben werden darf als den Arbeitspferden. Im Regierungsentwurf ist die Bestimmung enthalten, daß die Gerste vollständig abgeliefert werden muß, dagegen sollen die Landwirte zur Viehfütterung die Kleie erhalten, die der abgelieferten Feldfrucht entspricht. Da es nun leicht dazu führen kann, daß dem Landwirt in der Zwischenzeit jedes Futtermittel fehlt, wurde auf Antrag Seliger beschlossen, die Behörden zu ermächtigen, in diesen Fällen die notwendigen Verfügungen zu treffen. Die Agrarier wollten, daß ihnen für diese Zeit das Recht der Gerstenverfütterung gewährt werde. Ingenieur Rakusch beantragt, daß nicht nur die Versendung der beschlagnahmten Waren mit der Eisenbahn und anderen Transportmitteln untersagt werde, sondern auch Versendungen mit der Post. Trotzdem ein Teil der Mitglieder meinte, dadurch sei die Versorgung der Städte eine leichtere, wurde diese Bestimmung angenommen.

Unsere Mahnung an die Konsumentenvertreter im letzten Bericht und die Erkenntnis, daß man sein Mandat ausüben müsse, um die Zufallsabstimmungen zu verhindern, haben verursacht, daß diesmal die meisten Anträge der Konsumentenvertreter durchgedrungen sind, ein Beweis für die Notwendigkeit der öffentlichen Verhandlungen.

Neues Wiener Tagblatt
27. IV. 1917

76

Verwertung von jungem Schilf.

Angesichts des herrschenden Mangels an Futtermitteln erscheint es mehr denn je wünschenswert, auch solche Futterstoffe in weitestgehendem Maße der Verwertung als Viehfutter zuzuführen, die bisher aus dem einen oder andern Grunde für Fütterungszwecke wenig oder gar nicht verwendet worden sind.

Ein Futterstoff dieser Art ist das junge Schilf in getrocknetem, vermahlenem Zustande. Schilfmehl bildet erfahrungsgemäß ein geeigneres Futter für Schweine. Das k. k. Amt für Volksernährung lenkt demnach die Aufmerksamkeit der Besitzer von Schilfbeständen auf die große wirtschaftliche Bedeutung, welche einer rechtzeitigen und sachgemäßen Gewinnung des Schilfes zu Fütterungszwecken im Interesse der Allgemeinheit beizumessen ist. Die geeignetste Zeit für die Gewinnung des jungen Schilfes ist die Zeit vor der Blüte, das ist nach der Heuernte und vor der Getreideernte, weil das Schilf in dieser Periode des Wachstums noch nicht verholzt und verkieselt ist und das Arbeiten im Morast und Wasser in der wärmeren Jahreszeit im allgemeinen weniger beschwerlich sein dürfte. Das Schilf soll nahe der Wurzel geschnitten und sodann an Luft und Sonne getrocknet werden. Das zum Trocknen ausgelegte Material ist je nach der Temperatur wiederholt umzulegen. Sollte es in der Zwischenzeit regnen, so ist das Wasser bei Wiedereintritt schönen Wetters vom Schilf abzuschütteln und die Trocknung neuerlich vorzunehmen. Die Blätter sind keineswegs abzustreifen, sondern sollen mitgetrocknet werden. Das vollkommen lufttrockene Schilf ist sodann in Bündel von Mannesumfang zusammenzubinden und aufzutristen. Hiebei ist zu beachten, daß nur innerlich und äußerlich vollkommen trockene Bündel in die Tristen gelegt werden. Die Lagerung der Bündel hat derartig zu erfolgen, daß der Regen entlang der Tristen abläuft und nicht etwa in das Innere der Bündel hineingerate. Die Tristen sind mit minderwertigem Material nach Tunlichkeit zu bedecken.

Im Auftrag des Amtes für Volksernährung kauft die Ersatzfutterabteilung in Wien, 1. Bezirk, Trattnerhof Nr. 1, welcher die Aufbringung und Verwertung des Schilfes zu Fütterungszwecken obliegt, junges lufttrockenes Schilf sowie fertiges Schilfmehl ab allen österreichischen Bahnstationen. Diesfällige Anbote sind direkt an genannte Stelle zu richten. Mühlen zur Vermahlung des Schilfes können auf Verlangen leihweise zum unentgeltlichen Gebrauch beigestellt werden. Nötigenfalls werden auch Arbeitskräfte und Fuhrwerk nach Tunlichkeit durch die Ersatzfutterabteilung beigestellt.

Fremdenblatt
29./V. 1917.

77

Neue Bestimmungen über die Getreide- und Hülsenfrüchte-Beschlagnahme.

Die „Wiener Zeitung" publiziert eine Verordnung des Gesamtministeriums, mit welcher die Verordnung betreffend die Regelung des Verkehres mit Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten abgeändert und ergänzt wird. Getreide und Hülsenfrüchte österreichischer Ernte sind bis auf weiteres mit dem Zeitpunkte der Trennung vom Ackerboden zugunsten des Staates beschlagnahmt. Verträge, womit die Ernte an Getreide und Hülsenfrüchten in Bausch und Bogen oder die Hoffnung dieser Ernte um einen bestimmten Preis gekauft wird, sind verboten und ungiltig. Als Getreide im Sinne dieser Verordnung gelten: Weizen, Spelz, Roggen (Korn), Halbfrucht (natürliche Mischung von Weizen, Roggen oder Gerste), Gerste, Buchweizen, Hafer, Hirse, Mais aller Art (auch Maiskolben), ferner Mengfrucht aller Art einschließlich des Hintergetreides. Als Hülsenfrüchte im Sinne der Verordnung gelten: Erbsen, Bohnen aller Art, Linsen, Wicken, Peluschken und Lupinen. Mais und Hülsenfrüchte, die als grünes Gemüse verwendet werden, sind von der Beschlagnahme ausgenommen. Die Besitzer der beschlagnahmten Sachen sind verpflichtet, für deren Erhaltung Sorge zu tragen.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die beschlagnahmten Sachen weder verarbeitet, verbraucht, verfüttert noch freiwillig oder zwangsweise veräußert werden dürfen, sofern nicht in dieser Verordnung oder durch besondere Vorschriften andere Anordnungen getroffen werden. Auch vor Eintritt der Beschlagnahme dürfen inländisches Getreide und Hülsenfrüchte nicht gekauft und verkauft werden. Rechtsgeschäfte, die gegen diese Verbote verstoßen, sind nichtig. Ungeachtet der Beschlagnahme dürfen: 1. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe: a) zur Ernährung der Angehörigen ihres Haushaltes (Wirtschaft) einschließlich jener Ausgedingberechtigten, Arbeiter und Angestellten, denen freie Kost, Mahlprodukte oder Brotgetreide als Ausgedinge oder Lohn gebühren, beschlagnahmtes Getreide eigener Ernte in der durch die Verbrauchsregelung festgesetzten Menge verbrauchen; b) die zur Aussaat notwendigen Getreidemengen, deren Höchstausmaß durch die Behörde bestimmt wird, verwenden; c) von den beschlagnahmten Hülsenfrüchten eigener Ernte den von der politischen Landesbehörde bestimmten Anteil zu den unter a) und b) erwähnten Zwecken verwenden; d) die beschlagnahmten Sachen in einer durch besondere Vorschriften (§ 2) zu bestimmenden Menge verfüttern; 2. Mühlen das ihnen von landwirtschaftlichen Selbstversorgern zur Vermahlung übergebene Getreide (Punkt 1, lit. a) nach den von den politischen Landesbehörden zu erlassenden näheren Bestimmungen vermahlen.

Die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt ist verpflichtet, die beschlagnahmten Sachen anzukaufen.

Der Preis ist bei der Abnahme der Ware bar zu bezahlen. Erfolgt die Abnahme nicht sofort bei Abschluß des Kaufes, so ist beim Kaufabschlusse eine Anzahlung bis zur Höhe von 50 Prozent des Kaufpreises zu leisten und der Rest nach Maßgabe der weiteren Abnahmen zu bezahlen.

Die Uebernahmspreise setzt das Amt für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Ackerbauministerium und dem Finanzministerium fest.

Tägliche Rundschau
29./V. 1917

78

Schützt unsere Wälder!

Das bisher allzu sommerlich trockene Maiwetter scheint so bald noch nicht durch eine erfrischende Regenzeit abgelöst werden zu sollen, so daß die Gefahr der Waldbrände, die in diesem Jahre so früh eingetreten ist, stetig wächst. Im Walde ist also die größte Vorsicht mit dem Feuer für Erwachsene wie für die Jugend notwendig und eigentlich eine Selbstverständlichkeit auch dort, wo keine polizeilichen Verbotstafeln eigens darauf hinweisen. Gesündigt wird von groß und klein, denn die Raucher können vielfach auch im Walde den geliebten Glimmstengel nicht lassen, und manch achtlos fortgeworfenes, noch brennendes Streichholz und mancher glimmende Stummel war schon Ursache, daß große Waldstrecken abbrannten. Noch gefährlicher ist das jetzt so beliebte „Abkochen" im Walde, ein unverantwortlicher Leichtsinn, der trotz des strengen Verbotes überall in der Umgebung Berlins zu beobachten ist. Hierfür werden besonders die „Wandervögel" verantwortlich gemacht. Dagegen wenden sich aber, und zwar, wie uns von beteiligter Seite versichert wird, mit Recht, die echten Wandervögel, denen ja leider viel in die Schuhe geschoben wird, was die „wilden" Wandervögel auf dem Kerbholz haben. Die echten Wandervögel kochen in solcher Nähe Berlins, wo es ja auch völlig überflüssig ist, im Freien überhaupt nicht ab, sondern bedienen sich dieses Notbehelfs nur auf größeren Wanderungen unter pflichtgemäßer Beachtung aller Vorsichtsmaßregeln. Die wilden Trupps, die sich allerdings am meisten aufzuspielen pflegen, scheinen aber das Abkochen sportmäßig zu betreiben, und es empfiehlt sich, auf sie ein scharfes Auge zu haben; die Anständigen unter ihnen werden ja eine freundliche Warnung und Belehrung ebenso freundlich aufnehmen, und mit den andern muß „Fraktur" gesprochen werden. Hoffentlich wird da auch die kürzlich veröffentlichte Verfügung des Oberkommandos die gewünschte Wirkung haben.

Auch sonst ist manches bei den Waldwanderern zu bemerken, woran die wirklichen Naturfreunde berechtigten Anstoß nehmen. Der Amtsvorsteher von Grunewald-Forst versucht es daher mit einem Aufruf an die Groß-Berliner, worin er ihnen in Güte den „guten Ton" im Walde in Erinnerung bringt. Er mahnt zunächst zur größten Vorsicht beim Rauchen und beim Umgehen mit Streichhölzern überhaupt und macht darauf aufmerksam, daß auch das Abpflücken von Zweigen und von Blumen in den gepflegten Forsten verboten ist, und schließt mit der Mahnung, die Vogelnester zu schonen und Wald, Feld und Flur rein zu halten. Nur unter der einsichtsvollen Mithilfe aller wird es möglich sein, in geringerem Maße von der Zuhilfenahme polizeilichen Schutzes Gebrauch zu machen, um dem Walde und den Erholungsstätten Ruhe, Frieden, Schutz und dasjenige Aussehen zu sichern, das ein jeder Naturfreund zu schätzen weiß.

Die Zeit
31. IV. 1917

78

Unsere nächste Getreideernte.

Die heurige Getreideernte ist von solcher Wichtigkeit für den Fortgang des Krieges und fürs Hinterland, nicht weniger aber auch für den Fall des Eintrittes des Friedens, daß man sie in dem dermaligen unsertigen und ungewissen Zustand eine Schicksalsfrage nennen darf. Wie sind denn nun dermalen die Ernteaussichten? Ohne sich unbegründetem oder prinzipiellem oder gar politischem Optimismus hinzugeben, darf gesagt werden — hoffnungsvoll. Mehr aber nicht, weil erst die nächsten Wochen die Ernte tatsächlich gestalten, die Früchte zur Reife bringen, demnach viel, wenn nicht alles, noch vom Wetter der nächsten Zeit abhängt.

Nach einem ungewöhnlich langen, strengen und mit gewaltigen Schneemengen und sonstigen Niederschlägen bedachten Winter kam mit Beginn des Maimonats eine radikale Umkehr zu frühlingsmäßig sonniger und warmer Witterung, die denn auch für die gesamte Vegetation von besten Folgen wurde. Die längere Dauer des schönen Wetters, das nur durch wenige und nicht ausgiebige Strichregen unterbrochen wurde, dagegen zeitweilig schon von sommerlichen Temperaturen begleitet war, ließ in den jüngsten Tagen den Wunsch nach ausgebreiteten Niederschlägen von einiger Dauer lauter werden. Das war um so berechtigter, als in der Tat der Roggen in Sandböden sowie der gesamte Frühjahrsanbau, damit auch die wichtige Kartoffel- und Maispflanze, ferner Wiesen und Weiden und alle Gemüsearten unter der Trockenheit zu leiden begannen. Weizen widerstand, nach allen eingelaufenen Berichten, besser der mehrwöchigen Trockenheit, da er von der Feuchtigkeit des Boden profitierte und damit bislang sein Genügen fand. Sowie das ersehnte prachtvolle Wetter mit Beginn des Maimonats rechtzeitig einsetzte, ist nun an dessen Ende zeitweiliger Regen in etwas reichlicherer Fülle gekommen, um den Saatenstand zu erfrischen und auch durch Kühle zu kräftigen, damit die Erwartungen auf die künftigen Ernteergebnisse wieder neu zu beleben. Der Westen Europas hatte schon früher, an vielen Stellen sogar zu reiche, Niederschläge abbekommen. Dies sowie das schadlose Vorübergehen der gefürchteten Eismänner, auch geringe Verluste durch Ueberschwemmungen, haben den im vollen Umfang vollzogenen Anbau im großen Ganzen intakt erhalten, was wohl als wertvolles Aktivum für die Zukunft in Rechnung gestellt werden darf.

Seit dem Jahre 1913 hatte die Monarchie keine normale Ernte, um so mehr bleibt für heuer eine solche in Oesterreich-Ungarn und den besetzten Gebieten zu wünschen, denn auch in der nächsten Kampagne werden wir und unsere Verbündeten noch von jeder Importmöglichkeit ausgeschlossen, also auf die eigenen Erzeugnisse angewiesen bleiben. Eine besondere Gunst des Schicksals und eine Erleichterung für die gegenseitige Versorgung, eventuell Aushilfe, würde es dementsprechend sein, wenn die Mächte Mitteleuropas heuer bessere Erträge einbrächten. Mehr als je heißt es in der nächsten Zukunft: Einer für alle und alle für einen. Da der Wettergang in der Monarchie und in Deutschland und im verbündeten Osten bislang ziemlich gleichartig verlaufen ist, lauten auch die Berichte von allen einschlägigen Komplexen fast identisch und in Konsequenz aussichtsvoll. Wenn in den Monaten Juni-Juli für die Brotfrüchte und den Frühjahrsanbau (Gerste und Hafer), August und September für alle Spätfrüchte, in erster Reihe Kartoffeln und Mais, ferner Hirse, Haidekorn, alle Arten Hülsenfrüchte u. dgl., die Witterung nicht zu heiß und nicht zu trocken verläuft, ist nach dem jetzigen Stande eine gute Mittelernte durchaus nicht ausgeschlossen, wobei schwächere Erträge in der österreichischen Reichshälfte in Kartoffeln wegen schwächerer Aussaat berücksichtigt sind. Als ein solches Durchschnittsjahr darf 1913 herangezogen werden, wo Oesterreich 16, Ungarn 45 Millionen Meterzentner Weizen und 27, beziehungsweise 14 Millionen Meterzentner Roggen einbrachten. Gerste ergab in beiden Reichshälften je 17 bis 18, Hafer diesseits 26, jenseits 15 Millionen Meterzentner, und ferner Mais in Ungarn 51½, in Oesterreich 3½ Millionen Meterzentner. Kartoffeln lieferten damals in Cisleithanien 117, in Transleithanien 54 Millionen Meterzentner, und wenn speziell darin, wie oben angedeutet, heuer mit einem stärkeren Minderertrag zu rechnen ist, so kann dieser durch bessere Erträge anderer Zerealien, ferner Gemüse und Obst infolge vermehrter Pflanzung leicht kompensiert werden. Diese Endresultate hängen aber noch teils durch Wochen, teils durch Monate vom Wetter ab, und alle heutigen Schlüsse dürfen daher nur als auf normal verlaufende, zumindest nicht nachteilige Elementarereignisse tariert angesehen werden.

Fremdenblatt
31./V. 1917

80

Die Erfassung der neuen Ernte.

Für den Druschzwang und gegen Scheinpachtverträge.

Für die Ernte 1917/1918 ist eine Neuregelung notwendig, welche im Auftrage des Amtes für Volksernährung zunächst in einem kleinen Komitee unter Teilnahme der Direktoren des Amtes, der Referenten der politischen Landesstellen in den wichtigsten Getreideproduktionsländern und der Vertreter der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt durchberaten wurde. Vor der endgiltigen Festlegung berief der Leiter des Amtes für Volksernährung eine Plenarversammlung des Ernährungsamtes ein, um alle Stimmen für und wider die geplante Ernteerfassung zu hören. Der Ernährungsrat trat Freitag den 25. Mai zu vertraulicher Beratung zusammen. Sein Vorsitzender Dr. Graf Larisch-Mönnich erteilte dem Minister GM. Höfer das Wort, der auf die Notwendigkeit der Regelung hinwies, die keinen Aufschub mehr dulde.

Landesausschußbeisitzer Kuno Sonntag erstattete hierauf das Referat, indem er auf die immer tiefer greifende Entfremdung zwischen Stadt und Land hinwies, die vielfach auf einer unrichtigen Einschätzung der Produktionsfähigkeit des österreichischen Grundes und Bodens beruhe. Es werde heuer hoffentlich besser gelingen, alles, was der Produzent nicht benötigt, für die Kreise zu erfassen, die selbst nicht produzieren. Ein wichtiges Mittel sei hiefür in der neuen Regelung der Druschzwang. Viel Unfug geschehe in der Hinsicht, daß Konsumenten sich auf Kosten der Gesamtheit besser zu versorgen suchten, indem sie Scheinpachtverträge abschließen und sich derart Selbstversorgerquoten zu verschaffen trachteten. Eindringlich begründete der Referent die Notwendigkeit einer strafferen Bewirtschaftung; auch nach Friedensschluß sei in ganz Europa mit Lebensmittelknappheit zu rechnen. Von den neuen Maßregeln und ihrer Durchführung werde es abhängen, ob Oesterreich dann günstig dastehen werde.

Der Ernährungsrat nahm die vorgelegte Verordnung mit geringen Zusätzen und Aenderungen an, zugleich aber auch eine Resolution des Mitgliedes Elbersch, die eine weitgehende Kontrolle durch die Gemeindewirtschaftsämter, die Sicherung einer raschen Durchführung der Druscharbeiten und eine besondere Regelung der Verwahrung und Verwendung des Saatgutes verlangte.

Dann befaßte sich der Ernährungsrat mit dem Entwurfe einer Verordnung über die Verwendung von Getreide- und Mahlprodukten zu Futterzwecken. Doktor Schreiner besprach den derzeitigen Viehstand, der zwar an Zahl wenig, an Gewicht aber bedeutend abgenommen habe. Der Regierungsantrag wurde mit einigen Einschaltungen und Ergänzungen angenommen. Ebenso gelangte eine dringende Aufforderung des Ministers a. D. Dr. Schreiner zur Annahme, das Ernährungsamt wolle die Arbeiten zur Aufschließung von Stroh zu Futterzwecken fortsetzen. Eine Aufforderung des Mitgliedes E. Freundlich, die Zuweisung von Rohgetreide und anderen für Ernährungszwecke geeigneten Bodenprodukten an die Brauindustrie bei zunehmendem Mangel hintanzuhalten, gelangte ebenso zur Annahme wie ihr Antrag, daß Luxus- und Rennpferde nicht mehr Hafer zugewiesen erhalten dürfen als andere Pferde.

Hierauf wurde die Plenarversammlung, die voraussichtlich Anfang Juli wieder zusammentreten dürfte, geschlossen.

Berner Bund
31./V. 1917

81

Höchstpreise für Teigwaren und Futtermehl

Das schweizerische Militärdepartement hat folgende Höchstpreise für Teigwaren und Futtermehl aus Teigwarenweizen festgesetzt:

a) Für Futtermehl aus Teigwarenweizen Fr. 45 für 100 Kilo netto ohne Sack ab Mühle oder Magazin bei Abgabe von Quantitäten von 100 Kilo und darüber; bei sackweisem Verkauf von unter 100 Kilo bis zu 25 Kilo wird der Höchstpreis um 2½ Rp. für das Kilo erhöht. In diesem Zuschlag sind alle Spesen des Verkäufers für Zufuhr der Ware zu seinem Magazin und Abfuhr derselben auf die Abgangsstation (Camionnage) für Verlad und Magazinieren sowie für Nichtbahntransporte die Zufuhr zum Haus des Käufers bis zu einer Entfernung von vier Kilometern inbegriffen. Frachtspesen und besondere Spesen für Zufuhr auf größere Entfernungen fallen zu Lasten des Käufers. Für Detailauswage unter 25 Kilo wird der Höchstpreis auf 53 Rp. für das Kilo netto oder brutto für netto (Packung für Ware) festgesetzt.

b) Für Teigwaren prima, offen Fr. 108, für Teigwaren supérieur offen Fr. 113, beide Ansätze für 100 Kilo netto, Packung gratis. Franko Talbahnstationen, bei Abgabe von 100 Kilo und darüber, von einer und derselben vorgenannten Qualität, ohne Rücksicht auf die Art der Ware. Bei sack- und kistenweisem Verkauf von unter 100 Kilo bis 25 Kilo von einer und derselben vorgenannten Qualität ohne Rücksicht auf die Art de Ware wird der Höchstpreis des Kilogramms um 2½ Rp. erhöht. Für Detailauswage von unter 25 Kilo einer und derselben Qualität, ohne Rücksicht auf die Art der Ware, werden die Höchstpreise wie folgt angesetzt: Teigwaren prima offen Fr. 1. 22, Teigwaren supérieur offen Fr. 1. 28 für das Kilo netto oder brutto für netto (Packung für Ware).

Diese Verfügung tritt am 29. Mai 1917 in Kraft. Zuwiderhandlungen werden gemäß Bundesratsbeschluß vom 8. August 1916 über die Höchstpreise für Getreide usw. bestraft.

Berner Bund

31./V. 1917

8

Neue Sparmaßnahmen im Getreideverbrauch

Soeben ist ein neuer Bundesratsbeschluß herausgekommen, der die Erzielung weiterer Ersparnisse im Getreideverbrauch zum Zwecke hat. Wir entnehmen ihm folgendes:

Abgabe, Verwendung und Vermahlung des Brotgetreides

Mahlfähiges Brotgetreide (Weizen, Roggen, Korn, Dinkel, Spelzweizen und Mischel) inländischer und ausländischer Herkunft darf nur zur Vermahlung zu Vollmehl verwendet werden. Kauf, Verkauf und Verwendung zu andern Zwecken, z. B. zur Herstellung von Suppenartikeln und andern Lebensmitteln, zu Malzkaffee, zur Stärke- und Hefefabrikation, zum Mälzen, zur Bierbereitung und zu andern industriellen und gewerblichen Zwecken ist ohne besondere Bewilligung des schweizerischen Militärdepartements verboten. Verboten sind auch: das Verfüttern von mahlfähigem Brotgetreide an Haustiere (mit Ausnahme des Inlandgetreides an Hausgeflügel), Kauf und Verkauf zu diesem Zwecke, das Mahlen, Schroten und Quetschen, sowie jede andere Zubereitung des mahlfähigen Brotgetreides zu Fütterungszwecken.

Die Mühlen sind verpflichtet, das ihnen vom Oberkriegskommissariat überwiesene Getreide und das selbst gekaufte oder zur Vermahlung übernommene inländische Getreide nach gründlicher und sorgfältiger Reinigung ohne Verzug kunstgerecht zu vermahlen. Hierbei ist nur eine Sorte Mehl, sogenanntes Vollmehl, herzustellen. Außer dem Vollmehl dürfen neben den Putzereiabfällen nur noch Ausmahleten oder Mastmehl (höchstens 5 Proz.) und Kleie ausgezogen werden. Ueber die Herstellung einer beschränkten Menge von Grieß und Weißmehl wird das schweizerische Militärdepartement besondere Vorschriften erlassen.

Das Oberkriegskommissariat läßt einen Vollmehltyp herstellen und nach Bedarf erneuern.

Das Oberkriegskommissariat setzt für jede Mühle eine Weizenzuteilung (Mahlquote) fest, auf Grundlage der von der betreffenden Mühle vor dem Kriege vermahlenen Menge ausländischen Weizens, allenfalls unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der betreffenden Landesgegend. Bei Mühlen, welche eine unbefriedigende Mehlausbeute erzielen, ist das schweizerische Militärdepartement befugt, die Mahlquote herabzusetzen oder ganz aufzuheben.

Sämtliche Mühlen sind verpflichtet, über die Vermahlung des Getreides und über die Verwendung und den Verkauf der Mahlprodukte Mahlkontrollen und Verkaufsbücher zu führen, aus welchen einwandfrei das Ergebnis der Vermahlung, die Verwendung der Mahlprodukte und die Verkaufspreise festgestellt werden können.

Verwendung und Verkauf der Mahlprodukte

Jede Verwendung von Vollmehl zu andern Zwecken als zur Brotbereitung und zur Herstellung von menschlichen Nahrungsmitteln ist verboten, namentlich auch die Verfütterung an Haustiere, die Verarbeitung zu Teigwaren und zu Futtermitteln. Das schweizerische Militärdepartement ist befugt, ausnahmsweise Bewilligung zu anderer Verwendung zu erteilen.

Die Mühlen haben in erster Linie ihre Bäckerkundschaft zu versorgen, und zwar möglichst gleichmäßig im Verhältnis des Bedarfes. Die Abgabe von Mehl muß auf Verlangen der Bäcker in Mengen von 100 Kilo und darüber erfolgen. Das schweizerische Militärdepartement ist ermächtigt, Vorschriften zu erlassen behufs gleichmäßiger Verteilung des Vollmehles (Mehlkontingentierung) an die Kantone oder Landesgegenden.

Die Mühlen sind verpflichtet, Ausmahleten, Kleie und Mahlabfälle, soweit sie von der Armee nicht beansprucht werden, in erster Linie den landwirtschaftlichen Genossenschaften, und wo solche nicht bestehen, einzelnen Viehbesitzern abzugeben. Dabei sind die Bedürfnisse der Schweine- und Geflügelhaltung in erster Linie zu berücksichtigen. Das Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, hierüber Vorschriften zu erlassen.

Der Mehlverkauf bis zu 2 Kilo auf einmal und an ein und denselben Käufer ist frei. Der Handel mit Vollmehl in Mengen über 2 Kilo ist nur mit Bewilligung der betreffenden Kantonsregierung gestattet. Diese setzt die weitern Bedingungen fest, namentlich auch die Höchstmenge Mehl, die auf einmal an einen und denselben Bezüger abgegeben werden darf. Wer eine Bewilligung erhält, ist verpflichtet, über den Mehlverkehr ordnungsgemäß Buch zu führen; er darf Mehl nur an solche Bezüger abgeben, die Garantie leisten, das Mehl nicht vorschriftswidrig zu verwenden. Die Kantone sind verpflichtet, den Mehlhandel auf das Nötigste einzuschränken und darüber Aufsicht und Kontrolle zu führen.

Vorräte

Mit Ausnahme des Oberkriegskommissariats und der Produzenten darf niemand Getreidevorräte anlegen oder unterhalten; über die Vorräte der Produzenten werden, je nach Umständen, besondere Vorschriften erlassen. Mühlen dürfen außer dem in Verarbeitung begriffenen Mahlposten nicht mehr als das einer Zuteilungsquote entsprechende Quantum Getreide und nur die zur Deckung des laufenden Bedarfes nötige Menge Backmehl auf Lager halten. Konsumenten, Händler, sowie Personen und Betriebe, die Backmehl zu Industrie- oder Ernährungszwecken verwenden, dürfen kein größeres Mehllager halten, als zur Deckung des Bedarfes von höchstens drei Wochen erforderlich ist.

Kantone und Gemeinden sind verpflichtet, die Getreide- und Mehlvorräte zu kontrollieren, überschüssige Vorräte zu beschlagnahmen und dem Oberkriegskommissariat zu melden. Das schweizerische Militärdepartement ist ermächtigt, diese Vorräte zu requirieren. Es setzt den Uebernahmspreis endgültig fest. Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf Vorräte, die vor dem Inkrafttreten dieses Bundesratsbeschlusses angelegt worden sind.

Kontrolle, Preise usw.

Die Mühlen, Händler, Bäckereien und Verbraucher sind verpflichtet, den Kontrollorganen unbeschränkten Zutritt zu den Geschäftsräumen zu gewähren und jede für die Durchführung der Kontrolle nötige Auskunft zu erteilen.

Das schweizerische Militärdepartement ist ermächtigt, den Abgabepreis des Getreides, die Höchstpreise und Verkaufsbedingungen für die Mahlprodukte festzusetzen.

Für die Mahlprodukte des Inlandgetreides gelten dieselben Höchstpreise wie für diejenigen des Auslandgetreides.

Es folgen die

Strafbestimmungen

Ueber diese hinaus ist vorgesehen, daß das schweizerische Militärdepartement ermächtigt wird, bei Zuwiderhandlungen gegen diesen Beschluß oder gegen bezügliche von ihm oder von den Kantonen erlassene oder noch zu erlassende Vorschriften, unabhängig vom Strafverfahren, die Lieferung von Getreide und Mehl bis auf die Dauer von drei Monaten zu sperren und die Zuteilungsquote herabzusetzen. Gegen derartige Verfügungen des schweizerischen Militärdepartements kann innerhalb drei Tagen nach schriftlicher Eröffnung Rekurs beim schweizerischen Bundesrat eingereicht werden.

Der Beschluß tritt am 1. Juni 1917 in Kraft. Eine lange Reihe früherer Beschlüsse wird damit aufgehoben.

Pester Lloyd
2./VI. 1917

(Regenwetter und Saatenstand.) Der von den Landwirten so heiß herbeigesehnte Regen ist heute endlich eingetreten. Wie wir erst vor einigen Tagen auf Grund authentischer Informationen zu melden in der Lage waren, gab der Saatenstand bisher zu den allerbesten Hoffnungen Anlaß. Das angebaute Getreideareal übersteigt heuer das Normalmaß erheblich und auch sonst war der Stand der Saaten sehr zufriedenstellend. Erst seit ganz kurzem begannen Klagen wegen der anhaltenden Trockenheit laut zu werden, und diese Klagen steigerten sich in den jüngsten Tagen schon zu ernsten Besorgnissen. Tatsächlich haben namentlich die Sommersaaten sehr dringend Niederschläge bedurft. Mais, Kartoffel und Zuckerrüben vor allem waren in ihrer Entwicklung durch die Dürre stark bedroht, auch für alle Küchengewächse und für die Obstbäume war der Regen schon unerläßlich. In den letzten Tagen gab es wohl schon sporadisch geringere Regenfälle und Gewitter, doch zu einem tüchtigen, ausgiebigen Regen kamen wir erst heute. In der Mittagsstunde begann sich das Firmament zu bewölken. Die abnorme Hitze ließ auf Gewitterbildung schließen. Am frühen Nachmittag zog dann drohendes Gewölke herauf, und gegen 5 Uhr entlud sich über Budapest ein starkes Gewitter, dem ein guter Platzregen folgte. Gegen 7 Uhr abends trat ein zweites Mal ausgiebiger Regen ein und dauerte über eine Stunde an. Wohl fehlen noch zur Stunde die Witterungsberichte aus der Provinz, unbedingt kann aber angenommen werden, daß sich das regnerische Wetter nunmehr auf das ganze Land erstreckt, zumal auch von Deutschland und Oesterreich heute ein Wetterumschlag und ausgiebiger Regen gemeldet werden. Dabei ist die Temperatur heute fühlbar gesunken, und auch in der Nacht trägt die Witterung regnerischen Charakter. Ein Anhalten des allgemeinen Landregens ist daher voraussichtlich und weitere ausgiebige Niederschläge wären eben für den Saatenstand von unermeßlichem Wert. Die Saaten würden sich dabei rasch erholen und weiter üppig gedeihen. Die guten Hoffnungen auf einen ergiebigen Ernteertrag aber wären wieder voll und ganz hergestellt. Es wäre daher wünschenswert, wenn das regnerische Wetter noch für einige Tage anhalten würde, auch der heutige Regen war schon von bester Wirkung.

Fremdenblatt
2./VI. 1917

85

Staatliche Bewirtschaftung von Heu und Stroh.

Beschlagnahme der Ernte des Jahres 1917.

Amtlich wird verlautbart: Die Versorgung mit Heu und Stroh war bisher dem freien Verkehr überlassen und dieser nur gewissen Beschränkungen unterworfen worden, indem Höchstpreise für diese Artikel festgesetzt, den Behörden ein Anforderungsrecht eingeräumt und die Versendung an die Beibringung einer Transportbescheinigung gebunden wurde. Zur Aufbringung des Heeresbedarfes an Heu und Stroh aus der Ernte 1917 wurden vom Ministerium für Landesverteidigung Landeslieferungen nach dem Kriegsleistungsgesetz ausgeschrieben, welche nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit auf die einzelnen Länder und Bezirke umgelegt wurden.

Der Umstand, daß infolge des Mangels sonstiger Futtermittel der Eigenbedarf an Heu und Stroh größer war als zu normalen Zeiten, so daß bereits in der ersten Zeit nach der Ernte ein unverhältnismäßig großer Verbrauch stattfand, läßt es angesichts des nicht besonders günstigen Ernteergebnisses des letzten Jahres erklärlich erscheinen, daß die Aufbringung des Bedarfes mit dem Fortschreiten der Jahreszeit auf immer mehr Schwierigkeiten stieß und gegen Ende der gegenwärtigen Wirtschaftsperiode eine größere Knappheit an Rauhfutter eintrat. Diese Umstände haben den Ernährungsrat veranlaßt, sich im Sinne des Antrages des Futtermittelausschusses für die staatliche Bewirtschaftung dieser Artikel in der kommenden Wirtschaftsperiode auszusprechen.

Mit einer heute im Reichsgesetzblatt erscheinenden Verordnung des Amtes für Volksernährung entspricht die Regierung dieser vom Ernährungsamt ausgegangenen Anregung. Mit dem 15. Juni, an welchem die Verordnung in Kraft tritt, wird die gesamte Ernte des Jahres 1917 an Heu und Stroh der Beschlagnahme unterworfen. Die Durchführung der staatlichen Bewirtschaftung der Heu- und Strohernte des Jahres 1917 wird der Futtermittelzentrale und den Landesfuttermittelstellen übertragen, bei welchen Abteilungen für Heu und Stroh errichtet werden.

Neue Freie Presse
2./VI. 1917
86

Ernteaussichten.

Wien, 1. Juni.

Wie wird, um mit den Worten der Thronrede zu sprechen, die Gabe dieses Jahres sein, welche die treue Scholle uns als Dank für die fleißige Arbeit der Daheimgebliebenen bringen wird? Dies ist die Frage, deren Beantwortung uns heute vielleicht mehr als alles andere interessiert, denn die neue Ernte soll uns nach den schwierigen letzten Wochen nicht bloß eine augenblickliche Erleichterung in der Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel bringen, sondern sie soll auch die beruhigende Sicherheit bieten, daß es im nächsten Jahre unseren Feinden wieder nicht gelingen wird, uns durch Hunger niederzuringen.

Wie sind nun die Aussichten der neuen Ernte? Wenn wir uns an den April erinnern, der seinem Charakter nach in diesem Jahre fast noch zu den Wintermonaten zu zählen war, so beherrschte damals weite Kreise der Landwirtschaft manche Sorge um die kommende Ernte, und selbst die Optimisten, welche die Gefahr einer Schädigung der Saaten in dem abnorm langen Winter nicht erblickten, befürchteten zumindesten eine Verzögerung der Ernte und eine Schwierigkeit des Frühjahrsanbaues. Beide Sorgen haben sich als unbegründet erwiesen. Konnte man schon Anfang April mit voller Beruhigung konstatieren, daß der harte Winter den Saaten nichts anzuhaben vermochte, so zeigte sich in den ersten Tagen des Mai, sobald der günstige Witterungsumschwung eingetreten war, daß die Wintersaaten überall kräftig aufgingen und daß auch der Rückstand des Frühjahrsanbaues unter der Gunst des Wetters und rastloser Arbeit bald eingeholt werden konnte. Mitte Mai waren alle Klagen der Landwirte verstummt. Man konnte feststellen, daß die mit Wintersaat bebaute Fläche wesentlich größer war als im vorangegangenen Jahre und daß Auswinterungen eigentlich nicht vorkamen. Es zeigte sich weiter, daß der Frühjahrsanbau dank der guten Beschaffenheit des Bodens rasch und klaglos durchgeführt werden konnte und daß die Frühjahrssaaten ebenso wie die Wintersaaten zumeist gut aufgegangen waren. So herrschte nach den Besorgnissen des April bis über die erste Hälfte des Mai hinaus ausnahmslos eine sehr hoffnungsvolle Stimmung unter den Landwirten. Mit Rücksicht auf die Anbaufläche und den guten Stand der Saaten war eine gute Mittelernte zu erhoffen, welche vielleicht die der drei vorangegangenen Jahre wesentlich übersteigen würde. Seit Mitte Mai tauchen jedoch einige Bedenken auf. Nach den starken, ununterbrochenen Niederschlägen des Monates April war der Mai trocken und regenlos und namentlich aus Südungarn langten Mitteilungen ein, welche besagten, daß Regen dringend erwünscht sei, insbesondere für den Frühjahrsanbau, vor allem aber für die Maissaaten. Diese Befürchtungen wurden immer lebhafter und verdichteten sich in manchen Gegenden sogar schon zu Klagen. Die Pfingsttage brachten jedoch in den meisten Gegenden Ungarns und auch Oesterreichs Niederschläge, welche die Saaten wesentlich erquickten, wenn sie auch nicht so ausgiebig waren, als erwünscht gewesen wäre. In der abgelaufenen Woche war der vorherrschende Witterungscharakter wiederum warm und trocken, aber immerhin sind strichweise Gewitterregen niedergegangen.

Wenn man nun nach den hier vorliegenden Berichten über die Entwicklung der Saaten in der zweiten Maihälfte ein Bild gewinnen will, um die Ernteaussichten in den einzelnen Getreidegattungen einigermaßen abzuschätzen, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die Weizensaaten in den beiden Reichshälften heute noch immer sehr gut stehen und sicher eine gute Mittelernte, ja in einzelnen Gegenden sogar mehr als eine solche erwarten lassen. So lauten aus dem Banat zum Teil die Berichte ganz vorzüglich und auch in jenen Gegenden, in welchen die Ernteaussichten minder günstige sind, wird noch immer eine gute Mittelernte erhofft. Verschwiegen kann allerdings nicht werden, daß namentlich in Südungarn Niederschläge auch für die Weizenfelder dringend erwünscht wären. Eine Schädigung der Weizensaaten ist jedoch nirgends zu konstatieren und baldige Niederschläge können nicht nur herbeiführen, daß eine Verschlimmerung des Saatenstandes hintangehalten wird, sondern daß sogar eine wesentliche Besserung der Aussichten der Weizenernte eintritt. Minder günstig sind in Ungarn die Aussichten der Roggenfelder, welche heute schon dringend des Regens bedürfen. Für die Versorgung der Monarchie mit Roggen kommt allerdings Ungarn weit weniger in Betracht als die österreichischen Landwirtschaften. Hier kann nun konstatiert werden, daß zum Beispiel in der niederösterreichischen Kornkammer, im Marchfeld, die Aussichten sehr gute sind und auch in Böhmen und in Mähren sich die Roggensaaten gut entwickeln, allerdings aber hier Niederschläge schon dringend erwünscht wären. Hiebei muß immer betont werden, daß unter Niederschlägen nicht die Notwendigkeit einer totalen Aenderung des Witterungscharakters verstanden wird, sondern daß wiederholte ausgiebige Strichregen vollkommen genügen würden, um den Feuchtigkeitsbedürfnissen der Felder zu entsprechen. Die Hafer- und Gerstensaaten stehen in beiden Reichshälften sehr gut und versprechen, immer unter der Voraussetzung baldiger Niederschläge, einen günstigen Ertrag. Die Wiesen stehen überall ausgezeichnet und das Grünfutter entspricht den Erwartungen. Wenn man also ein zusammenfassendes Urteil über die Ernteaussichten abgibt, so kann es nur dahin lauten, daß heute die Ernteaussichten durchwegs günstige sind, daß die andauernde Trockenheit den Saaten noch nirgends geschadet hat, daß aber in den meisten Gegenden mehr oder minder dringliche Niederschläge erwünscht wären und daß ein längeres Ausbleiben derselben die Hoffnungen, insbesondere der Roggen- und Maisernte, herabmindern müßte.

In Deutschland ist die Entwicklung der Saaten bis zur Mitte Mai gleich günstig gewesen wie in Oesterreich-Ungarn. Um diese Zeit herum wurden auch Klagen wegen Regenlosigkeit laut. Mittlerweile scheinen aber genügende Niederschläge eingetreten zu sein, denn die Landwirte äußern sich sehr hoffnungsvoll. Auch aus jenen Gebieten, welche heute in die Machtsphäre der Zentralmächte fallen, wie Rumänien, liegen sehr günstige Berichte vor. Bis etwa 60 Kilometer hinter der Front haben die rumänischen Bauern im Herbst 1916 die Felder fast ebenso bestellt wie im Frieden, und die Militärverwaltungen haben auf die Frühjahrsbestellung mit aller Energie hingewirkt, so daß die Anbaufläche sowie die Bodenbearbeitung in diesen fruchtbarsten Gebieten Rumäniens, welche im Attraktionsgebiete der Donau liegen, fast eine normale ist. Der Saatenstand wird durchwegs gelobt. Da dort das Frühjahr zeitlicher eingetreten ist als bei uns, rechnet man sogar mit einem früheren Erntebeginn, spätestens in der letzten Juniwoche. An Arbeitskräften für den Schnitt und für die Einbringung der Ernte wird es dank der Vorsorge der Militärverwaltungen nicht fehlen. So wird die rumänische Ernte die erste sein, die dazu führt, die nunmehr schwierigen letzten Zeiten der alten Kampagne rascher zu überwinden. Auch in Serbien sind die Ernteaussichten gute, und zwar nicht bloß für Getreide, sondern auch für die Obstkulturen, welche nach dem derzeitigen Stande ein reiches Erträgnis versprechen. In den Kriegsjahren hat man erst recht den Nährwert des Obstes schätzen gelernt, und so sind die guten Aussichten der serbischen Pflaumenernte eine erfreuliche Hoffnung für die gesamte Bevölkerung, welche diese Ergänzung der Nährmittel sehr willkommen heißen wird. Auch in Oesterreich sowie in Ungarn wird über den Stand der Obsternte durchwegs das Allerbeste gemeldet. Fröste, Stürme, kalte Regengüsse, welche speziell im Monat Mai die ärgsten Feinde der Obstkulturen zu bilden pflegen, sind diesmal nicht beobachtet worden, und so prangten die Obstkulturen von der Tiefebene bis zum Hochgebirge im prächtigsten Blütenschmuck. Schon blühen die Bäume ab und lassen durchwegs eine reiche Ernte erhoffen. Die Kirschen, als erste Gabe des Sommers, reifen bereits und die Kirschbäume verheißen einen besseren Ertrag als in den vorangegangenen drei Jahren. Es ist nur zu hoffen, daß nicht, wie dies leider oft der Fall ist, die guten Erträge für die Konsumenten plötzlich verschwinden. Dafür zu sorgen, daß die guten Obsternten auch zur lebhafteren Beschickung der Märkte führen und weitere Preissteigerungen hintangehalten werden, wird wohl eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltung sein.

So tritt denn die österreichische und die ungarische Landwirtschaft mit guten Hoffnungen und Erwartungen in das entscheidende Erntestadium ein. Meldungen von niedergegangenen Strichregen werden genügen, um die guten Aussichten zu erhalten. Daß die Gunst des Wetters heute dem heimischen Boden beschieden sein solle, ist sicher der heißeste Wunsch aller Freunde des Vaterlandes.

Österr. Volkszeitung

2./VI. 1917

87

(Saatenstand und Getreidemärkte.) Auch heuer unterbleibt die Veröffentlichung amtlicher Saatenstandsberichte in der Monarchie. Sie hätten keinen Zweck, da der Handel nach wie vor ausgeschaltet ist. Die ganze Ernte übernimmt der Staat, der sie durch Verteilungsstellen in den Verkehr bringen wird. Es werden auch die sonst üblichen Bekanntgaben der angebauten Flächen unterbleiben, da die maßgebenden Berichterstatter fehlen. Aber es steht fest, daß der Anbau mit Wintergetreide dank der günstigen Witterung im ganzen Herbst weit größer als im Vorjahre war; auch Sommerfrucht wurde weit mehr angebaut. Die Entwicklung der Saaten war bisher überaus günstig, und kommt recht bald ein ausgiebigerer Regen, vereinzelte kurze Güsse waren fast in der ganzen Monarchie in der abgelaufenen Woche zu verzeichnen, dann können wir auf einen Ertrag rechnen, welcher den Bedarf im kommenden Verbrauchsjahre decken wird, vielleicht sogar auf einen solchen, der uns gestattet, Vorräte zu sammeln. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben den Verbrauch geregelt, so daß eine Hinterziehung fast unmöglich ist. In Deutschland ist für die Zeit vom 15. bis 25. d. M. eine Flächenerhebung des diesjährigen Feldbaues angeordnet; die einzelnen Betriebsleiter haben diese genau anzugeben. Diese Statistik wird eine wichtige Grundlage für die kommende Ernteschätzung und den hierauf aufzubauenden Verteilungsplan bilden. Ueber die Entwicklung der Knollengewächse und der Gemüse, wie über den Stand des Obstes hört man nur Gutes. Die Berichte aus den Ententeländern lauten immer düsterer, bedrohlich aus Frankreich, wenn der Ausfall an Körnerfrucht von zirka 41 Millionen Meterzentner sich bestätigen sollte. Dieser Fehlbetrag wird heuer sehr schwer zu ergänzen sein, da alle in Betracht kommenden Exportländer kaum irgendwelche Mengen abzugeben haben, trotz der sich bessernden Aussichten. Der scharfe Rückgang der Getreidepreise in Nordamerika in der letzten Berichtswoche darf nicht überschätzt werden, denn er erfolgte mehr durch Druck der Regierung als durch die natürliche Entwicklung der Dinge. Im günstigsten Fall wird die Union nur den Eigenbedarf ernten und die derzeitigen Preise entsprechen diesen Verhältnissen. Der Terminhandel in Chikago ist zwar nicht verboten worden, Maßnahmen wurden aber getroffen, welche jede Preistreiberei unterbinden; der amerikanische Getreidehandel wurde nahezu lahmgelegt.

Neues Pester Journal
3./VI. 1917
88

** (**Wetteraussichten und Saatenstand.**) Der gestern im größten Theile des Landes niedergegangene Regen hat die freudigsten Hoffnungen auf ein Gelingen der diesjährigen Ernte ausgelöst. Nach Ansicht des meteorologischen Instituts kann vorläufig auf eine längere Regenperiode nicht gerechnet werden. Die am Pfingstmontag in den Alpen entstandenen Stürme haben zu den gestrigen Niederschlägen bei uns geführt, doch dürfte das warme und trockene Wetter bei uns weiter vorherrschend bleiben, es kann aber, da auch viele andere meteorologische Erscheinungen heuer eine Aenderung erfuhren, auch bezüglich des Regens eine Verschiebung eintreten und der Juni noch Alles gut machen, was der Mai verdorben. Die Abnormität des Wetters ist, trotzdem man oft hört, daß dieselbe mit dem vielen Artilleriefeuer an allen Fronten in Verbindung sei, eine vom Kriege ganz unabhängige Erscheinung. Nach einzelnen wissenschaftlichen Beobachtungen und Systemen würde das abnormale Wetter mit der übergroßen Zahl der Sonnenflecken im Zusammenhang stehen und diesem Umstande wäre es zuzuschreiben, daß es in den Wintermonaten und im Frühjahre so starke Niederschläge gegeben. Dieser Theorie widerspricht jedoch bereits das trockene Wetter im Mai. — Nach den eingelaufenen Nachrichten erstreckte sich der gestrige Regen fast auf das ganze Land. Die größten Niederschläge gab es in den folgenden Orten: Eszék 41, Kiskáta 40, Paks 20, Budapest, Eresi, Balassagyarmat 18, Balkány 16, Zólyom 15, Vaskó 14, Nagyszécsény, Dobogókö 13, Kecskemét, Körösbánya, Homokbálványos, Szeged 10, Pohorella, Tiszolcz, Perbenyik, Kapos, Zsombolya, Losoncz 9, Versecz 8, Halas, Nyiregyháza 7, Ogyalla, Komárom, Püspökladány, Izsák, Rózsahegy, Nagybecskerek 6, Tata, Ungvár, Selmeczbánya 5, Salgótarján, Tapolcza, Mór 4 Millimeter. — Wie aus Turkeve gemeldet wird, steht der Herbstweizen in der Theißgegend trotz des regenlosen Mai ausgezeichnet und erwartet man eine Durchschnittsernte von 10 Mztr.

Frankfurter Zeitung

3./VI. 1917

88

Weinhöchstpreise und Weinzölle.

Eine Vertreterversammlung des Bundes südwestdeutscher Weinhändlervereine, die kürzlich in Mainz tagte, nahm Stellung zu der Frage der Preisgestaltung für Weine und zu den Weinzöllen. Wegen der künftigen Weinzölle wurde eine Erklärung angenommen, die im Interesse des deutschen Weinhandels und der deutschen Verbraucher, nur eine mäßige Erhöhung des autonomen Zolltarifs befürwortet und als solche die Erhöhung der autonomen Weinzollsätze um 40 bis höchstens 50 pCt. als annehmbar bezeichnet, dagegen fordert, daß im Interesse der besseren Konsumfähigkeit und Absatzmöglichkeit der deutschen Rotweine, die roten Verschnittweine keine Zollerhöhung oder nur aus rein finanzpolitischen Gründen eine ganz mäßige Erhöhung von 10—15 Prozent erfahren. Die Vertreter der Moselverbände bezeichneten diese Erhöhung der autonomen Sätze als nicht ausreichend.

Eingehend wurde über die Einführung von Höchstpreisen im Weinverkehr verhandelt. Man einigte sich auf eine Erklärung, die anerkennt, daß die bisherigen Maßnahmen nicht genügend waren, um die Weinpreissteigerung aufzuhalten, indessen eine öffentliche Bewirtschaftung des Weines oder eine auch nur teilweise Beschlagnahme der Bestände und der Ernte widerrät, da der Wein einer ständigen und sorgsamen Pflege bedürfe, dagegen die Festsetzung von Höchstpreisen trotz bestehender Bedenken für die nächste Ernte als nicht mehr umgehbar erachtet, um der weiteren Preissteigerung ein Ziel zu setzen. Hierbei müßte auf die verschiedene Bewertung der Erzeugnisse gebührende Rücksicht genommen werden. Als weitere Maßnahmen werden empfohlen:

1. Eine Beschränkung der Versteigerungen auf Weine eigenen Wachstums; 2. die Wiederzulassung der Einfuhr aus neutralen Staaten, insbesondere auch zum Verschnitt der unselbständigen deutschen Rotweine; 3. weitere Ausdehnung des Zuckerzusatzes bis 25 Prozent des fertigen Erzeugnisses und zeitliche Ausdehnung der Zuckerung auch für die 1917er Ernte; 4. möglichste Förderung der Ersatzgetränke, insbesondere der Obst- und Beerenweine.

Unbedingt nötig erscheine die Gültigkeit der Maßnahmen für das ganze Deutsche Reich und die Beiziehung von Sachverständigen des Weinbaues und Weinhandels bei der Durchführung.

Neue Freie Presse
3./VI. 1917

[Die Strichregen der letzten Tage und der Saatenstand.] Der Monat Mai war im allgemeinen an Niederschlägen recht arm. Nur in manchen Gegenden kam es zu leichten Regenfällen und aus diesem Grund wurden überall ausgiebigere Niederschläge gewünscht, doch haben sich — das wird in allen Berichten konstatiert — trotz des trockenen Wetters die Saaten bis jetzt recht gut entwickelt. Die Aussichten der Ernte in den eigentlichen Brotstoffen, in Weizen und Korn, sind voll befriedigend. Hierin kann jedenfalls mit einem besseren Ertrag als in den letzten Jahren gerechnet werden, denn während des Krieges war die Beurteilung der jungen Halmfrüchte vier Wochen vor Erntebeginn nie so gut als heuer. Der Frühjahrsanbau, der hauptsächlich Gerste und Hafer umfaßt, ist spät gesät worden und hat sich im geradezu sommerlichen Wetter, das im Mai herrschte, rasch entwickelt. Die Pflanzen stehen nicht minder hoch als in Jahren mit frühzeitigem Anbau, sind also rasch in die Höhe geschossen. Diese Früchte waren es hauptsächlich, für die Regenfälle gewünscht wurden, damit sie in ihrer Weiterentwicklung nicht gehemmt werden. Ihnen kamen die Strichregen, die sich in den allerletzten Tagen in verschiedenen Gegenden Oesterreichs und Ungarns eingestellt haben, sehr zustatten. Wenn auch die Niederschlagsmengen überall gering waren und der Boden dadurch nicht viel Feuchtigkeit erhalten hat, sind doch die Pflanzen erfrischt worden und die Temperatur hat eine Abkühlung erfahren. Mehr war in dem Stadium, in dem sich die Vegetation befindet, nicht erforderlich. Der Wunsch nach weiteren Regenfällen bleibt wohl bestehen, aber die Gefahr einer Beeinträchtigung in der Entwicklung der Halmfrüchte erscheint für die allernächste Zeit behoben. Ausgiebige Niederschläge in den nächsten Wochen werden die Chancen der Ernte auch in Gerste und Hafer günstig gestalten. Wie für den Frühjahrsanbau wären stärkere Regenfälle auch für die Spätfrüchte — Mais, Kartoffeln und Rüben — von Vorteil. Für die Hackfrüchte war die Trockenheit im Mai am wenigsten förderlich. Der Stand der Wiesen und Weiden befriedigt und ermöglicht die Aufnahme der Grünfütterung. In der Versorgung mit Futtermitteln ist dadurch eine Erleichterung schon eingetreten. Klee und Heu würden aber von Niederschlägen profitieren. Eine Besserung in der menschlichen Ernährung wird das Herankommen von frischem Gemüse und Rotobst in der allernächsten Zeit ermöglichen. Auch auf größere Zuzüge von ungarischen Frühkartoffeln ist bald zu rechnen. — Aus Budapest wird uns folgendes telegraphiert: Ueber den gegenwärtigen Saatenstand in Ungarn wird Ihrem Korrespondenten von hervorragender Seite nachstehendes mitgeteilt: Die Ernteaussichten sind nicht so ungünstig, als man infolge des völligen Mangels an Regen im Monat Mai annehmen müßte. Das Ausbleiben des Mairegens konnte bisher noch keinerlei bedeutendere Schäden verursachen, da die Vegetation gegen andere normale Jahre infolge des späten Anbaues zurückgeblieben ist. Bei den Herbstsaaten ist für den Fall, daß noch zur rechten Zeit Regen einsetzt, noch immer ein gutes Resultat zu gewärtigen. Bei den Frühjahrssaaten, besonders bei Gerste, trifft dies weniger zu. Am meisten gefährdet sind die Hackfrüchte; doch auch hier kann rechtzeitiger Regen noch immer sehr nützlich werden. Bisher hat am meisten die Futterernte, besonders die Wiesen, gelitten. Frostschaden hat sich nur vereinzelt, aber wo dies der Fall war, empfindlich fühlbar gemacht. Der schlechtere Stand der Frühjahrssaaten wird teilweise dadurch wettgemacht, daß an Herbstsaat bedeutend mehr angebaut worden ist und auch die Bestellung der Felder wenig zu wünschen übrig gelassen hat. Darin und in der starken Winterfeuchtigkeit liegen die Ursachen der großen Widerstandsfähigkeit der Saaten gegen die Dürre. Wenn den Niederschlägen, die am gestrigen Tage nahezu in allen ausschlaggebenden Teilen des Landes, so in der Donau-Theiß-Gegend, im Szegediner, im Werschetzer, Somogyer, Stuhlweißenburger Komitat, in Oberungarn und in Slawonien, erfolgt sind, noch weitere folgen und der Juni nicht warm sein wird, sondern kühl bleibt, so kann man bei den Herbstsaaten auf ein ziemlich gutes Resultat rechnen. In Frühjahrshalmfrüchten sind die Aussichten geringer. Vorläufig wurde nirgends über Krankheiten, Mäuse- und Frostschäden berichtet, was für die Schätzung gleichfalls als günstiges Moment in die Wagschale fällt. Ein langsames Reifen ist sowohl hinsichtlich der Qualität als auch der Schlußergebnisse von Vorteil. Im übrigen treffen auch aus Serbien, Bulgarien, den besetzten russisch-polnischen Gebieten und aus Rumänien gute Nachrichten ein. Auf diesen Gebieten waren genügend Niederschläge, so daß dort überall befriedigende Ernten zu gewärtigen sind. Dies ist eine wesentliche Beruhigung hinsichtlich der nächstjährigen Versorgung.

Vossische Zeitung

5./VI. 1917.

Schnelle Erfassung der Ernte.

Eine Bundesratsverordnung über Frühdrusch.

Zur Sicherstellung der Volksernährung hat der Bundesrat, wie das K. E. A. bekanntgibt, eine Verordnung über Frühdrusch erlassen, durch die die schnelle Erfassung der Ernte in den früherntenden Gebieten gewährleistet werden soll. Wegen der mit dem Frühdrusch verbundenen wirtschaftlichen Behinderungen und Unkosten wird den Landwirten in Form von Druschprämien eine besondere Entschädigung gewährt bei Ablieferung vor dem 16. August d. J. 60 M. für 1 Tonne, vor dem 1. September 40 M. für 1 Tonne, vor dem 1. Oktober 20 M. für 1 Tonne.

Die Besitzer von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, insbesondere Treibriemen und Kohlen, sowie von Trocknungsanlagen aller Art sind verpflichtet, diese auf Verlangen gegen eine angemessene Entschädigung zum Zwecke der Frühernte und des Frühdrusches zu Verfügung zu stellen. Die gleiche Verpflichtung besteht für die Besitzer von Kraftwerken. Diese Eigentümer haben auf Verlangen der zuständigen Behörde oder auch auf öffentliche Bekanntmachung zu erklären, ob sich die Maschinen, Geräte und Trocknungsanlagen in gebrauchsfähigem Zustande befinden, oder bis zu welchem Zeitpunkt sie instand gesetzt werden können. Erforderlichenfalls kann die zuständige Behörde die Instandsetzung auf Kosten des Besitzers vornehmen lassen. Um den großen Bedarf an Maschinen zu decken, werden nötigenfalls aus den später erntenden Gebieten Maschinen und andere Gerätschaften nach den früherntenden geschafft werden. Insbesondere werden die Kriegswirtschaftsämter und die Kriegswirtschaftsstellen für die Bereitstellung der erforderlichen Betriebsmittel schon vor dem Beginn des Frühdrusches Sorge tragen. Für die Benutzung fremder Maschinen und Geräte und sonstiger Betriebsmittel wird an die Besitzer eine besondere Vergütung gezahlt.

Die Bestimmungen über die Druschprämien gelten für das ganze Reichsgebiet, also auch für die Bundesstaaten, in denen bereits im Wege der Landesgesetzgebung Maßnahmen zur Durchführung des Frühdrusches eingeleitet sind.

Reichspost
5./VI. 1917

92

Agrarrechtliche Reformen.

Der vom Landwirtschaftrat in Angelegenheit der Frage der Bodenentschuldung eingesetzte Ausschuß hat unter Vorsitz des Obmannes Professors Dr. v. Gorski mehrere Sitzungen abgehalten, in denen der im Jahr 1911 von der Regierung ausgearbeitete Gesetzentwurf, betreffend die Belehnung des mittleren landwirtschaftlichen Grundbesitzes, mit Rücksicht auf die durch die kriegerischen Ereignisse geänderten Verhältnisse eingehend durchberaten wurde. In diesen Sitzunggen wurde einhellig die Notwendigkeit anerkannt, diese Angelegenheit raschestens einer sachgemäßen Erledigung zuzuführen, weil die Ansicht, als ob die während des Krieges erfolgten Schuldenabzahlung zu einer Entschuldung des bäuerlichen Grundbesitzes bereits geführt hätten, leider nicht zutrifft. Alle Mitglieder des Ausschusses kamen vielmehr zu der Ueberzeugung, daß nach Schluß des Krieges infolge der Notwendigkeit der Wiederanschaffung des Inventars, der Wiederherstellung der Baulichkeiten sowie der Ertragsfähigkeit des Bodens und ihrer notwendigen möglichsten Steigerung der Kreditbedarf in der Landwirtschaft einen außerordentlichen Umfang annehmen dürfte, wofür heute noch in keiner Weise vorgesorgt ist. Die seither eingetretenen Aenderungen auf wirtschaftlichem Gebiete haben das Wesen der Sache nicht berührt, so daß die Grundprinzien des Gesetzentwurfes keiner grundsätzlichen Aenderung bedürfen. Im einzelnen wurde auf Antrag des Referenten des Ausschusses Hofrates Professors Dr. von Schullern und des Korreferenten Regierungsrates von Hattingberg eine Reihe von Abänderungen in Antrag gestellt und angenommen. Schließlich wurde allgemein betont, daß eine Organisation der Kredites, und zwar insbesondere des gemeinwirtschaftlichen Kredites, die Voraussetzung für die Wirksamkeit des neuen Kreditrechtes bildet. Auch wurde der Zusammenhang der Kreditfrage mit allen Problemen der agrarrechtlichen Reformen besprochen und hiebei auf die Notwendigkeit der Einführung des bäuerlichen Erbrechtes in allen Ländern und Landesteilen, in denen die Voraussetzungen hiefür gegeben sind, weiter auf die Regelung des Ausgedinges, die Förderung der Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Besiedlung sowie insbesondere auf die Notwendigkeit der Schaffung von Rentengütern hingewiesen. In diesen Ausschußsitzungen sind auch die vom Vorsitzenden Professor von Gorski vorgeschlagenen Anträge zur Annahme gelangt.

Vossische Zeitung

6./VI. 1917.

B 6

Die deutschen Ernteaussichten.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Die Kriegszeit hat unsere sonst so gut organisierte private und amtliche Berichterstattung über Saatenstand und Ernteaussichten etwas mager werden lassen; das Interesse für sie aber verallgemeinert und verstärkt. Das ist ebensowohl in allen am Weltkriege direkt beteiligten Ländern der Fall, für die Erntestand und Versorgung nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch hochpolitischen Charakter haben und eine ernste Frage der Kriegsrüstung bilden, wie in allen neutralen Gebieten Europas, für die die mehr oder weniger große Abhängigkeit vom Getreide-Weltmarkt das Maß des Einflusses der Entente auf ihre politische Freiheit bildet. Daß unter diesen Verhältnissen die amtliche Berichterstattung fast überall sehr schweigsam geworden, läßt sich begreifen. Die Wahrheit will sie sagen, um sich nicht für später zu diskreditieren; das Gute zu berichten, wäre bei der in der ganzen Welt etwas gedrückten Stimmung über die Knappheit der Welternte geboten, aber neben dem Guten zeigt sich auch manches wenig Vorteilhafte, und solches müßte eben möglichst überall zur Vermeidung von Schlüssen der Feinde auf die Versorgung unterdrückt werden. Die Folge davon ist, daß die offizielle Berichterstattung in den meisten Ländern Europas fast ganz ausgeschaltet ist. Die private Ernteorientierung leidet aber darunter, daß das kaufmännische Interesse durch die fast überall durchgeführte Kaltstellung der Händler stark nachgelassen hat, und daß die tägliche Korrespondenz der Kaufleute untereinander, die hauptsächlich die allseitigen Nachrichten über die Felder veranlaßte, verhältnismäßig schwach geworden ist. Nichtsdestoweniger genügt diese private Berichterstattung, um sich über die Verhältnisse im allgemeinen ein Bild zu machen.

In Deutschland hatte die lange milde Witterung des Herbstes nicht nur ausgiebige, bis zum Ende des Dezembers reichende Feldarbeiten mit starker Vorbereitung für die Frühjahrsbestellung gestattet, sondern auch die Saaten in kräftiger Ausbildung in den vom Beginn des Januar ab fast viermonatlichen, außerordentlich strengen Winter treten lassen, wobei ihnen eine starke kräftige Schneedecke sehr bald den gewünschten Schutz gegen die hohen Kältegrade bot. Diese, zeitweise bis 24 Grad Celsius steigend, hielten bis gegen Ende Februar an, dann erfolgte der Umschlag zu Tauwetter und Regen, die die Felder wieder bloß legten. Bald darauf setzte scharfer Frost und Ostwinde aufs neue ein und erweckten ernste Befürchtungen für die Saaten. Doch ihr Regiment dauerte nur kurze Zeit und so ging diese Gefahr, wie sich später herausstellte, ohne ernstere Nachteile vorüber. Aber der Winter selbst, wenn auch in milderer Form, gab seine Herrschaft nicht auf; erst im Laufe des April konnte mit der Feldbestellung begonnen werden, und der Mai kam heran, bevor der Frühling endgültig die Vegetation in Zug bringen konnte. Nun aber holte er auch, soweit das noch möglich war, alles Versäumte nach. Das Wintergetreide entwickelte sich schnell. Das prachtvolle Maiwetter war um so fruchtbarer, als der Boden von den großen Schneemassen des Winters und den demnächstigen Regenmengen noch viel Nässe enthielt und sowohl um Mitte als auch gegen Schluß de Monats weit verbreitete Gewitterregen niedergingen, denen zum Beginn des Juni neue Niederschläge folgten, ohne damit die herrliche warme Witterung ins Wanken zu bringen.

Das gegenwärtige Bild des Roggenstandes ist überwiegend sehr günstig. Der Stand der Felder ist durch die reiche Entwicklung der Maipflanze in der Mark Brandenburg, in Mecklenburg, größeren Teils in Pommern, Schlesien, Mittel-, Süd- und Westdeutschland ein dichter, auch ist der Halm verhältnismäßig schnell emporgeschossen, wenn man auch von einem eigentlichen langen Stroh bis jetzt noch nicht sprechen kann. Aus den Provinzen Posen und Westpreußen wird vielfach über weniger dichten Stand geklagt, doch trifft das auch dort nicht überall zu, und von Ostpreußen, wo das Korn noch etwas mehr zurück ist, hört man zum Teil recht befriedigende Urteile. Hatte die Entwicklung der Pflanzen drei bis vier Wochen später als sonst begonnen, so ist diese Verspätung bis auf wenige Tage eingeholt. Mit dem Beginn des Juni trat, wenn auch noch nicht überall gleichmäßig, die Roggenblüte unter den besten Bedingungen ein, und rechnet man von da an bis zur vollen Reife wie gewöhnlich sechs Wochen, so würden wir um Mitte Juli den Schnitt haben. Das wäre aber nur unerheblich später als in regelmäßigen Jahren. Und da diesmal angesichts des Umstandes, daß wir mit Beständen nicht in die neue Saison gehen werden, alles für einen frühen Drusch getan ist und für die schnelle Ablieferung außerordentliche Prämien gezahlt werden, wie wir dies alles bereits mitgeteilt haben, so darf man auf noch schnellere Versorgung des Bedarfs aus der neuen Ernte rechnen als sonst.

Der Winterweizen steht ebenfalls befriedigend, und nur wenige Felder haben wegen Winterschäden umgepflügt werden müssen. Ganz außergewöhnlich gut hat sich das Sommergetreide entwickelt. Das bezieht sich ebensowohl auf Gerste wie auf Hafer. Besonders dieser hat einen Stand, wie man ihn so dicht nur in wenigen Jahren zu sehen bekommt. In der Entwicklung sind die Pflanzen noch ein wenig zurück, sie holen aber sichtlich das Versäumte täglich mit schnellen Schritten nach. Hoffentlich bringt das Wetter für die Sommersaaten neben weiterer Wärme noch genügend Nässe.

Auch über die Kartoffeln läßt sich bis jetzt nur Vorteilhaftes sagen. Es war für diese von Vorteil, daß sie erst in dem gut durchwärmten Boden im Mai zur Aussaat kamen, und nun ohne die sonstigen Verzögerungen und Bedrohungen durch wechselndes Aprilwetter eine schlanke Entwicklung nehmen. Die überwiegende Trockenheit war den Kartoffeln auch vorteilhaft, da sie in der ersten Zeit ihres Vegetationsperiode genügend Feuchtigkeit in der Mutterknolle finden und im Uebrigen durch die schon oben erwähnten mehrfachen Niederschläge genügende Nässe erhalten hatten, die sie gegen etwaiges weiteres Anhalten des durchschnittlich trockenen Wettercharakters widerstandsfähig macht. Die Aussichten für die Kartoffelernte dürfen zunächst als durchaus hoffnungsvolle betrachtet werden, und zum größeren Teil ist man auch für die Rüben zu guten Erwartungen berechtigt. Direkt glänzend sind die Verhältnisse für Gemüse, was für unsere Kriegsversorgung noch eine ganz andere Rolle spielt, als für den Volksbedarf im Frieden.

Wie diese kurze Uebersicht zeigt, sind unsere Ernteaussichten auf der ganzen Linie befriedigende, wenn auch noch in hohem Grade abhängig von den weiteren Wetterverhältnissen. Dabei ist in manchen nicht unwichtigen Distrikten allerdings infolge der Trockenheit der Stand nicht in gleichem Maße vorteilhaft, doch wird dadurch das günstige Gesamtbild nicht ernstlich verändert.

Ueber die Verhältnisse des Auslandes werden wir demnächst eine Uebersicht bringen, sobald der mit Spannung erwartete amerikanische Junibericht erschienen ist. Im Allgemeinen darf man voraussetzen, daß sowohl in Europa, als in Amerika der vorher ungünstig beurteilte Erntestand sich im Laufe des Mai gebessert hat, wenn auch das in Westeuropa wie in der Union sehr ernste Defizit bezw. die Auswinterung der Herbstkulturen durch vermehrten Anbau von Sommergetreiden angesichts des verspäteten Frühjahrs nicht wett gemacht werden konnte.

Hamburger Fremdenblatt

6./VI. 1912.

94

Verordnung über Frühdrusch.

Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt:

Zur Sicherstellung der Volksernährung hat der Bundesrat eine Verordnung über Frühdrusch erlassen, durch die die schnelle Erfassung der Ernte in den früherntenden Gebieten gewährleistet werden soll. Wegen der mit dem Frühdrusch verbundenen wirtschaftlichen Behinderungen und Unkosten wird den Landwirten in Form von Druschprämien eine besondere Entschädigung gewährt, und zwar bei Ablieferung

vor dem 16. August	60 M.	für 1	Tonne
" " 1. September	40 "	" 1	"
" " 1. Oktober	20 "	" 1	"

Die Besitzer von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, insbesondere Treibriemen und Kohlen, sowie von Trocknungsanlagen aller Art sind verpflichtet, diese auf Verlangen gegen eine angemessene Entschädigung zum Zwecke der Frühernte und des Frühdrusches zur Verfügung zu stellen. Die gleiche Verpflichtung besteht für die Besitzer von Kraftwerken. Die Besitzer haben auf Verlangen der zuständigen Behörde oder auch auf öffentliche Bekanntmachung zu erklären, ob sich die Maschinen, Geräte und Trocknungsanlagen im gebrauchsfähigen Zustande befinden, oder bis zu welchem Zeitpunkt sie instand gesetzt werden können. Erforderlichenfalls kann die zuständige Behörde die Instandsetzung auf Kosten des Besitzers vornehmen lassen. Um den großen Bedarf an Maschinen zu decken, werden nötigenfalls aus den später erntenden Gebieten Maschinen und andere Gerätschaften nach den früherntenden geschafft werden. Insbesondere werden die Kriegswirtschaftsämter und die Kriegswirtschaftsstellen für die Bereitstellung der erforderlichen Betriebsmittel schon vor dem Beginn des Frühdrusches Sorge tragen. Für die Benutzung fremder Maschinen und Geräte und sonstiger Betriebsmittel wird an die Besitzer eine besondere Vergütung gezahlt.

Die Zeit 6./VI. 1917

Der Saatenstand.

Es war zu erwarten, daß nach dem langen und niederschlagreichen Winter eine Trockenperiode bei uns einkehren würde, und dieser Umschwung der Witterung, der mit Beginn des Monats Mai tatsächlich kam, wurde von der Landwirtschaft freudig begrüßt. Die Trockenheit in Begleitung von Sonne und Wärme kam der Vegetation in außerordentlicher Weise zugute, denn sie förderte die Entwicklung des Herbstanbaues, also der wichtigen Brotfrüchte, und trug gleichzeitig zur Beschleunigung der bereits etwas verspäteten Frühjahrsaussaat mächtig bei. Das Wetter im Mai hat also, das darf einbekannt werden, entschieden günstig auf die gesamte Pflanzenwelt gewirkt, nun aber wäre, und zwar in Bälde, für Mitteleuropa, also nicht bloß für Oesterreich und Ungarn, sondern auch für Deutschland und den nahen Osten, ein ausgiebiger Landregen erwünscht, denn die Aehren- und Körnerbildung, also quantitative Ernte, hängt von dieser Kräftigung durch warme Nässe in ganz erheblichem Umfang ab. Es besteht wohl das Sprichwort: „Sonne scheine keine Hungersnot" und ein trockenes Jahr sei besser als ein nasses, aber, wie so häufig, liegt die Wahrheit auch da in der Mitte. Juni und Juli sollen nicht zu trocken und auch nicht zu kühl sein, um in quantitativer und qualitativer Weise keine Schädigung herbeizuführen. Wir haben in den letzten Tagen in allen für die Mittelmächte wichtigen Gebieten mehr oder weniger ergiebige Strichregen bekommen, wodurch die größte Gefahr zunächst abgewendet worden ist, aber der frühe und späte Sommeranbau und namentlich auch alle Futterpflanzen verlangen weitere Niederschläge; bis dahin ist es jedenfalls günstig, daß es weniger heiß, ja an den frühen Morgen und den späten Abenden und Nächten kühler geworden ist, was die Taubildung unterstützt. Da der Wettergang seit Wochen in Mitteleuropa fast völlig gleichartig verlaufen ist, lauten auch die Nachrichten über den Felderstand von überall ziemlich gleichartig, aber die endgültige Entscheidung oder ein bestimmtes Urteil über den Ernteausfall hängt hauptsächlich von dem Wetter der nächsten vier bis sechs Wochen ab. Bei baldigem Eintritt von Regenfällen, beziehungsweise normalem Wettergang ist noch immer eine gute Ernte auf dem weiten Gebiete, von den Brotfrüchten angefangen bis zu den zahlreichen Futterstoffen, Hackfrüchten, Obst und Gemüse und allen sonstigen Nebengewächsen, zu erwarten.

Während die Zentralisierung der Versorgung in der Monarchie und Deutschland für die weitere Kriegsdauer als gegeben angesehen wird, können sich England und Frankreich auf eine gleiche Organisation nicht recht konzentrieren. Der Wochenkonsum Englands an Brotgetreide betrug bislang durchschnittlich zirka 1½ Millionen Meterzentner und dürfte dermalen, trotz der eingeführten und freiwilligen Einschränkungen, noch immer mindestens 1 Million Meterzentner betragen, die von auswärts eingeführt werden müssen. Es werden jetzt auch die verhältnismäßig hohen Preise, die den Grundbesitzern für fünf Jahre garantiert werden sollen, bekämpft, da daran gezweifelt wird, daß ein hoher Preis unter allen Umständen die Erzeugung fördert.

Für diese Kampagne haben übrigens die Anstrengungen der Westmächte, die eigene Produktion, speziell an Weizen, den wichtigsten Artikel, zu vergrößern, keinen Erfolg gezeitigt, und sowohl der geringere Anbau als auch starke Auswinterung haben die Aussichten in England und Frankreich gewiß reduziert. Italien, das im Süden bereits vor dem Schnitt steht, ist natürlich besser daran und ist namentlich in den nächsten Monaten viel weniger auf Importe angewiesen, steht also auch den Gefahren durch die U-Boote und Schiffsmangel weniger bedroht gegenüber. Die nördlichen Länder Europas ernten normalerweise erst im August und September, sind also noch für lange Zeit auf fremde Zufuhren angewiesen, was ihre Situation unter den gegebenen Verhältnissen als eine ernste erscheinen läßt. Die Situation der Vereinigten Staaten in Amerika ist seit Kriegseintritt undurchsichtig geworden, was sowohl durch den früheren Preisdruck, als auch jetzt wieder durch neu einsetzende Preissteigerungen dokumentiert wird. Es darf ja zugegeben werden, daß sich der Sommerweizenstand drüben wesentlich gebessert hat, aber den großen Minderertrag von Winterweizen kann er im günstigsten Fall nicht ersetzen. Kanadas Ernteergebnisse sind um diese frühe Zeit noch nicht zu schätzen. Die Vorräte in Nordamerika nahmen in den letzten Tagen stark ab, so wird von Bradstreet eine Wochenverminderung in Weizen von 10·4 Millionen Bushels gegen nur 2·6 Millionen gleichzeitig im Jahre 1916 bekannt gegeben.

Österr. Volkszeitung

Z. I/W. 1917 96

Die bedrohten Wiener Schrebergärten.

Im dritten Kriegssommer. — Ein militärischer Tagesbefehl. — Soldatenschutz für die Schrebergärten.

Die zahllosen kleinen Schrebergärten, die Wien im dritten Kriegssommer umgeben, bilden den Stolz der fleißigen Besitzer. Abgesehen von dem außerordentlichen Wert für die Selbstversorgung Tausender, sind diese Gärtchen auch wegen des Liebreizes ihrer Anlagen und ihrer Nettigkeit viel bewundert. Kein Unbeteiligter ahnt auch nur annähernd, welche Unsumme von Mühe und Arbeit es kostete, ehe aus den sauber angelegten Miniaturfeldern die ersten Pflänzchen hervorsprossen. Viele Tausende leisteten die unsäglich harte Arbeit, die nötig ist, um früher niemals bebaute Wiesengründe umzustechen und buchstäblich im Schweiße des Angesichtes urbar zu machen. Groß ist auch die Zahl jener, die nach kurzer Zeit entmutigt das Werkzeug aus den mit Wasserblasen bedeckten Händen legten.

Den wirklich ausdauernden Schrebergärtnern aber hat der prachtvolle Mai neben der Freude schwere Sorgen gebracht. Nach ungeheurem Aufwand an Zeit, Mühe, Geld — denn es gibt stets neue unerläßliche Anschaffungen — würde nun bald eine kleine Ernte winken. Da und dort sah man schon glückstrahlende Hausfrauen die ersten frischgrünen Salatköpfe vom eigenen Gärtchen schneiden. Aber das hoffnungsvoll aufstrebende Unternehmen ist arg bedroht. Fast alle Gärtchen sind in den heißen Maitagen nahezu völlig ausgetrocknet, und von weither, bergauf und bergab, muß in Kannen und Kübeln Wasser herbeigeholt werden, um frühmorgens und abends ein bißchen zu gießen.

Schon früher waren die Schrebergärtner sich des Wassermangels bewußt und so kam es zur Aufstellung einzelner Ziehbrunnen, die hohe Kosten verursachten, aber jetzt gegenüber dem großen Wasserverbrauch viel zu wenig leisten können.

In den letzten Tagen fanden zahlreiche Versammlungen der durch die Kalamität schwer betroffenen Schrebergärtner statt. Ueberall wurde die dringende und unaufschiebbare Forderung an die Gemeinde gerichtet, endlich durch neue Rohrlegungen Abhilfe zu schaffen und die Gärtner vor schwerem Schaden zu bewahren. Gingen doch viele, für schweres Geld erworbene Pflanzen durch den Wassermangel zugrunde! In allen Versammlungen wurde betont, daß durch die Schrebergärten Tausenden von Familien die Eigenversorgung ermöglicht werde. Seitens der Gemeinde liegt eine besondere Stellungnahme nicht vor, doch verlautet, daß die schwachen Rohrleitungen Schwierigkeiten bieten, die teilweise sehr hoch und zerstreut angelegten Gärtchen mit Wasser zu versorgen. Die Wünsche betreffs der Wasserversorgung wurden formuliert und werden sofort an die Gemeinde geleitet.

Einen weiteren Punkt der Forderungen bildete die Schädigung der Anlagen durch Diebstähle und Bosheitsakte. Selbst bei den Schulkindern herrscht fortwährende Angst vor vandalischen Beschädigungen der sorgsam gepflegten Gärtchen. Die Einfalt der Kinder greift zu rührenden Schutzmitteln. In den Gärten der Gersthofer Schulkinder, die oberhalb Pötzleinsdorf sich befinden, ist ein kleines Feldstück, das durch die Tafel „N. N., III. Klasse 6" markiert ist, durch ein — Dosenschloß am Türchen des einen halben Meter hohen Zaunes „versperrt". Aber sogar hohe Gitter, Stacheldrähte, dichte Hecken bieten keinen Schutz. Flurhüter und Wachleute haben viel zu tun.

Deshalb erweckte in den Versammlungen die Bekanntgabe einer neuen Verfügung der Militärbehörden lebhaften Beifall, die die hohe Bedeutung der Schrebergärten voll würdigt. In einem besonderen Tagesbefehl wurde vor einigen Tagen jeder Angehörige des Soldatenstandes beauftragt, wo immer er Diebstahl oder Beschädigung eines Schrebergartens wahrnimmt, den Täter sofort anzuhalten und dem nächsten Polizeiposten zu überliefern. Es wurde von den Gärteninhabern der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch die Zivilbevölkerung die gleiche ehrenvolle Aufgabe freiwillig übernehmen werde. Und so hoffen die Wiener Schrebergärtner, daß sie doch noch heuer durch eine gute, im dritten Kriegsjahr doppelt vollkommene Ernte, für ihre Mühe und Arbeit Entschädigung finden werden.

Neue Freie Presse
7./VI. 1917

[Witterungsverlauf und Saatenstand.] Von der Landwirtschaft werden allenthalben ausgiebige Regenfälle gewünscht, weil gefürchtet wird, daß die Körnerfrüchte, deren Entwicklung und Wachstum von allem Anfang an sehr befriedigt hat, durch die andauernde Trockenheit vorzeitig zur Reife kommen könnten. Die Strichregen, die zum Monatsbeginn in verschiedenen Gebieten Oesterreichs fielen, und die gleichzeitigen Gewitterregen in Ungarn werden nicht als ausgiebig genug bezeichnet, weil sie bloß hinreichten, um die Pflanzen zu erfrischen, dem Boden aber nur wenig Feuchtigkeit zuführten. Gewiß ist, daß leichte Regen von längerer Dauer den Saaten sehr vorteilhaft wären. Tatsache ist aber auch, daß namentlich in Ungarn die Niederschlagsmengen genügten, um vorerst weitgehende Befürchtungen zu zerstreuen. In einigen Komitaten haben die Niederschläge 40 Millimeter betragen; im Durchschnitt beliefen sie sich auf 13 bis 40 Millimeter. Bloß einzelne Gegenden hatten geringere Regenfälle. Daß in diesen Gebieten insbesondere für die spät angebauten und darum noch nicht kräftig entwickelten Frühjahrssaaten Regen gewünscht wird, ist selbstverständlich, aber durch Trockenheit haben auch sie nicht gelitten. Noch besser haben natürlich die Spätfrüchte die sommerliche Temperatur der letzten Wochen vertragen. Mais schon deswegen, weil er eine Tropenpflanze ist, Kartoffeln und Rüben, weil ihre erste Entwicklungszeit, die Mutterfrucht, genügend Feuchtigkeit mitbringt. Alles in allem kann man also auf Grund des gegenwärtigen Standes der Saaten auf eine nicht ungünstige Ernte beim Herbstanbau, das ist in Weizen und Roggen, den eigentlichen Brotfrüchten, rechnen. Der Frühjahrsanbau, Gerste und Hafer, berechtigt zu guten Erwartungen, braucht aber zur Weiterentwicklung wohltuenden Regen. Für die Spätfrüchte bestehen keinerlei Befürchtungen. Die Produktion Ungarns stellt zum Gesamtbedarf der Monarchie ungefähr zwei Drittel der Weizenernte, ein Drittel der Roggenernte, die Hälfte des Gerstenertrages, zwei Drittel des Gesamtergebnisses von Hafer und fünf Sechstel des Mais bei. Der Ernteausfall in Ungarn ist demnach auch für die Versorgung des österreichischen Konsums sehr wichtig. In Oesterreich waren die Niederschläge zumeist auf Strichregen beschränkt, doch hat auch hier der in der Entwicklung weit vorgeschrittene Winteranbau — Weizen und Korn — sich gut gehalten. Regenfälle werden hauptsächlich für den Frühjahrsanbau gewünscht, doch kommen sie für diesen auch in der nächsten Zeit noch zurecht. Dort, wo die Strichregen die Pflanzen erfrischt haben, also in weiten Gebieten von Böhmen, Mähren, Galizien sowie in den Alpenländern, stellen sie einen befriedigenden Ertrag in Aussicht, wie ja überhaupt die Entwicklung der Halmfrüchte bis jetzt klaglos vor sich gegangen ist. Die Befürchtungen wegen des späten Anbaues im Herbst, wegen des langen Winters, wegen der verzögerten Frühjahrsbestellung haben sich als unbegründet erwiesen und es ist deswegen zu hoffen, daß auch die Besorgnisse wegen der Trockenheit im Endresultat keine Bestätigung finden. Es ist selbstverständlich, daß infolge des rationierten Verbrauches und der Wichtigkeit des Ernteausfalles für die Ernährung die Entwicklung der Ernte allgemein mit größter Sorgfalt beobachtet wird, doch wird dadurch leicht der Einfluß von Witterungszufällen auf den Saatenstand und das Ernteergebnis etwas überschätzt. — Am 2. d. fand im Ackerbauministerium unter Vorsitz des Sektionschefs Dr. Ritter v. Ertl eine Beratung der Leiter aller Landes-Arbeitsnachweisstellen statt, bei welcher in Anwesenheit von Vertretern des Kriegsministeriums der Bedarf der einzelnen Länder an Kriegsgefangenen und militärischen Arbeitspartien für die Ernte festgestellt wurde. Hiebei wurde auch auf die in vielen Gegenden zu erwartenden Schwierigkeiten der Verpflegung der auswärtigen Arbeitskräfte Bedacht genommen und im Wege des Amtes für Volksernährung und der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt die Sicherstellung der erforderlichen Nahrungsmittel veranlaßt.

Frankfurter Zeitung
8/VI. 1917

98

Vermehrte Getreide-Erzeugung.

Niemals ist die ungeheure Bedeutung von Getreidevorräten so sehr in den Vordergrund getreten wie in den beiden letzten Jahren, und darum erscheint es nicht überraschend, daß immer wieder Versuche unternommen werden, um einer Steigerungsmöglichkeit der Getreideernte auf die Spur zu kommen. Eine außerordentliche Vermehrung der Getreideerzeugung soll durch eine einfache Aenderung des Kulturverfahrens möglich sein, wie sie der französische Forscher H. Devaux mit Unterstützung der Pariser Akademie der Wissenschaften erprobte. Nach den hierüber in den „Naturwissenschaften" gemachten Mitteilungen würde es sich nicht um eine völlig neue Idee handeln, sondern nur um die Verwertung von Erfahrungen, die schon seit ältester Zeit in China gemacht wurden. Auf Grund dieser Erfahrungen und auch von Beobachtungen neueren Datums steht fest, daß das Getreide in der ersten Zeit seiner Entwicklung ein ganz außergewöhnliches Sprossungsvermögen besitzt. Es gilt also nur, den Getreideanbau so vorzunehmen, daß dabei diese Fähigkeit besonders begünstigt wird. In solchem Falle können aus einer einzigen Wurzel mächtige Büschel mit 50 und selbst 100 Stengeln hervorsprießen. In der Mandschurei sollen sogar Büschel von 300 und 400 Aehren nicht ungewöhnlich sein.

Die Versuche von Devaux wurden 1915 und 1916 angestellt und sollen die eingangs gemachten Angaben tatsächlich praktisch bestätigt haben. Nach seinen Erfahrungen sind für die Erzielung solch ungewöhnlich kräftiger Sprossung drei Vorbedingungen unerläßlich. Erstens soll die Aussaat sehr früh erfolgen, damit die Pflanzen vor dem Winter bereits kräftige Schößlinge zu treiben vermögen. Zweitens ist auf genügenden Zwischenraum zwischen den Saatreihen zu achten, da diesen kräftiger entwickelten Pflanzen naturgemäß auch mehr unausgenutzter Boden und mehr Licht geboten werden muß. Drittens soll durch zweimalige oder dreimalige Häufelung eine rasche Vermehrung von neuen Wurzeln und neuen Stengeln hervorgerufen werden. Außerdem rät Devaux auch die Umsetzung der Pflanzen an, und zwar in Abständen bis zu 40 Zentimeter, wodurch die Wirkung der Häufelung noch bedeutend gesteigert werden soll.

Nach diesem Kulturverfahren wurde in der Nähe von Bordeaux mit Unterstützung der Pariser Akademie die Bestellung einer Fläche von 1000 qm vorgenommen. Man benützte einen sandigen, mageren Boden, der bis zum April 1916 brach gelegen hatte, er wurde nach der Umbrechung zweimal gepflügt, gedüngt und bereits am 19. August besät. Die Aussaat wurde in 12 cm tiefen und breiten Furchen in Reihen von 30 cm Abstand vorgenommen. Da das Wetter feucht und die Temperatur hoch war, setzte die Keimung rasch ein, die Häufelung wurde ausgeführt, indem man durch einfaches Hacken Erde auf die Keime brachte. Darauf entwickelten die jungen Pflanzen sich tatsächlich ganz überraschend, die Sprossung war so üppig, daß aus den meisten Stengeln regelrechte Büsche wurden, an denen man bis zu 70 einzelne Stiele zählen konnte. Diese Entwicklung war im November beendet. Durch vorsichtiges Ausgraben einzelner Büschel stellte man fest, daß meist der ganze Busch aus einem einzigen Korn entsprossen war. Das Mittelergebnis bestand darin, daß man auf einem Quadratmeter 30 Büsche mit 261 Stengeln zählte, von denen 116 nur 6 Büschen angehörten. Die im tiefen Winter vorgenommene Umpflanzung gelang ohne besondere Schwierigkeiten. Falls dieses Kulturverfahren sich auch im großen Stil bewährt, könnte man mindestens 50 Zentner Getreide auf einem Hektar erzielen. Dies käme genau einer Verdoppelung einer guten Ernte gleich, wie sie durch das bisherige Kulturverfahren erreicht wurde.

Neue Freie Presse

10./VI. 1917

99

[Die Darlehensrückzahlungen in der Landwirtschaft.] Aus Prag wird uns telegraphiert: Der Jahresbericht der Böhmischen Landeshypothekenbank enthält folgende bemerkenswerte Ziffern: Von den im Jahre 1916 erfolgten 1706 Darlehensabzahlungen in der Höhe von 13·2 Millionen Kronen (+- 2 Millionen) entfielen 1580 auf landwirtschaftliche Grundstücke, dagegen nur 118 auf Zinshäuser und 8 auf landtäfliche Güter. Die Zahl der im Jahre 1916 realisierten Darlehen auf landwirtschaftliche Grundstücke beschränkte sich auf 86 im Betrage von insgesamt 1·8 Millionen Kronen, das ist kaum ein Drittel der Zahl der Darlehen auf Häuser, während sie in den vorhergehenden Jahren oft zweimal so groß war.

Neues Pester Journal

10./VI. 1917

100

‡ **(Die neue Ernte.)** Es erfolgten wohl in der abgelaufenen Woche mehrseitig Niederschläge, im Allgemeinen sind aber die dringend erwünschten ausgiebigen Regen nicht eingetreten. Die Frühjahrssaaten und Hackfrüchte haben unter der Trockenheit mehr gelitten als die Herbstsaaten, und es muß damit schon gerechnet werden, daß der Ernteertrag schwächer sein wird, als anfangs angenommen wurde. Oftere zunehmende Bewölkung und die Neigung zur Gewitterbildung lassen übrigens erhoffen, daß ausgiebige Niederschläge doch bald eintreten werden, und dies würde das Wachsthum und die Körnerbildung natürlich noch sehr vortheilhaft beeinfluffen und die Aussichten wesentlich verbessern. Bezüglich der Verwerthung der neuen Ernte sind noch keine Verfügungen getroffen worden, zumal auch der Ministerwechsel die neuen Regierungsverordnungen verzögert, doch erwartet man diese bereits für die nächste Woche. In der Frage der Rayonnirung ist auch noch kein definitiver Beschluß bekannt, doch glaubt man diese Frage bereits in bejahendem Sinne als erledigt betrachten zu können, da sich vom Standpunkt der entsprechenden Kontrolle und zur Verhütung von Mißbräuchen nur diese Form als entsprechend erweisen kann. Bei der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft ist man mit den diesbezüglichen Vorarbeiten auch voll beschäftigt, und dürfte das bezügliche statistische Material in den nächsten Tagen bereits aufgearbeitet sein. Zum Schutze der Interessen der kleineren Getreidehändler dürften im Falle einer Rayonnirung ebenfalls Maßnahmen getroffen werden, damit auch diese entsprechende Beschäftigung und Verdienst haben.

Neues Wiener Tagblatt
10./VI. 1917

Vor der Ernte.

Die Monate Mai und Juni gehören immer zu den schwierigsten für die Volksversorgung. Im Frieden setzte, wenn die Weizen- und Roggenfelder einen genügenden Ertrag nicht lieferten, die Einfuhr aus dem Ausland ein. Bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war Oesterreich-Ungarn ein Getreideausfuhrland. Es war selbst bei einer weniger günstigen Ernte auf eine Einfuhr nicht angewiesen. Das Wachstum der Bevölkerung von weniger als 40 auf mehr als 50 Millionen Einwohner sowie auch eine bessere Lebenshaltung haben aber den Konsum in den letzten Jahrzehnten bedeutend gesteigert, so daß sich die Getreideausfuhr vor dem Kriege meistens nur noch auf Gerste beschränkte. Als der Krieg ausbrach, war es klar, daß dem Getreide-Import keine Hindernisse in den Weg gelegt werden dürften. Die Getreidezölle wurden auf unbestimmte Dauer aufgehoben. Leider waren aber die Länder, aus denen Weizen oder Roggen hätte eingeführt werden können, uns verschlossen. Deutschland ist kein Exportland für Brotfrüchte, aus Rußland konnte, da es Feindesland war, nichts kommen, aus Serbien, solange es nicht niedergerungen war, auch nichts, und Rumänien, welches schon vor seiner Kriegserklärung zu der Entente hinneigte, verhielt sich uns gegenüber mit seinen Getreidevorräten sehr zurückhaltend, zeitweilig sogar ganz ablehnend. Aus Amerika und den andern überseeischen Ländern blieb die Zufuhr wegen des unterbundenen Seeverkehres natürlich auch aus. Erst seit Serbien und Rumänien durch die Siege der verbündeten Heere uns geöffnet worden sind, der Donauweg sowie auch die Eisenbahnverbindung mit Bulgarien und der Türkei gleichfalls für den Handelsverkehr mit uns freigeworden sind, ist ein Lebensmittelimport von dort erst möglich geworden. Die Suspendierung der Getreidezölle wird jetzt erst ihre Wirksamkeit äußern können. Von der vorjährigen rumänischen Ernte war vieles nicht mehr vorhanden, die diesjährige dortige Ernte, deren Stand als vorzüglich geschildert wird, wird uns aber neben unsrer eigenen vortreffliche Dienste leisten können. In den letzten Tagen haben in Berlin Verhandlungen zwischen deutschen und österreichisch-ungarischen Regierungsvertretern stattgefunden, welche die Verteilung der von der vorjährigen rumänischen Ernte noch verbliebenen Restbestände sowie die der neu zu erwartenden rumänischen Ernte zum Gegenstand hatten. Aus Bulgarien liegt auch ein sehr günstiger Bericht über den Stand der Saaten vor.

Was nun die für uns in erster Linie in Betracht kommende österreichische und ungarische Ernte betrifft, so lauten die einlangenden Berichte, obwohl Regen sich nicht in genügender Menge eingestellt hat, durchaus nicht beunruhigend. Die Saaten stehen viel besser, als man überall, so man sehnsuchtsvoll nach Regen ausschaut, im allgemeinen annimmt. Man darf nicht nach dem Wiener Witterungscharakter allein urteilen. In Ungarn hat es ausgiebige Niederschläge gegeben, und auch in der diesseitigen Reichshälfte hat es in vielen Gegenden, besonders in Böhmen und Mähren, geregnet. Man hofft auf eine gute Mittelernte der Monarchie. In Ungarn wird schon vor Ende dieses Monats der Schnitt beginnen. Bis das neue Getreide als Mehl auf den Markt kommt, werden allerdings noch einige Wochen vergehen, aber sowohl seitens unsres als auch des deutschen Ernährungsamtes ist die beruhigende Versicherung gegeben worden, daß wir bis dahin durchhalten werden, allerdings nur mit fortgesetzter äußerster Sparsamkeit. Der Witterungscharakter der zweiten Hälfte Juni wird endgültig über die mehr oder weniger reichhaltige neue Ernte entscheiden. Aber wenn die Ernte noch so glänzend ausfallen sollte, wird man, solange der Krieg dauert und auch noch eine gute Weile nachher, nicht aufhören dürfen, mit den Lebensmitteln hauszuhalten. Die Feinde wagen es auch gar nicht mehr, auf unsre Aushungerung zu hoffen, sie sind durch den U-Boot-Krieg und durch die Mißernte in Amerika und Frankreich selbst auf das äußerste gefährdet. Italien hat überdies durch die in den letzten Tagen gemeldeten katastrophalen Ueberschwemmungen in der Lombardei einen großen Teil seiner Reisernte verloren. Unsre militärischen Erfolge am Isonzo werden das Ihrige dazu beitragen, der Friedensströmung im feindlichen Auslande, gegen welche sich die einzelnen Regierungen noch verzweifelt stemmen, in nicht ferner Zeit zum Siege zu verhelfen.

Eine reiche Ernte, deren glänzende Aussichten jetzt schon sichtbar sind, darf, was nicht minder als bedeutsamer Kriegserfolg zu buchen ist, unsre Finanzverwaltung erwarten. Die Zeichnungen auf die sechste Kriegsanleihe gehen so ausgezeichnet vonstatten, daß man einen vollen Erfolg, der vielleicht noch über die bisherigen Anleiheergebnisse hinausgehen wird, voraussagen kann. Die Verlängerung der Zeichnungsfrist ist wie bei den früheren Kriegsanleihen nicht etwa aus dem Grunde erfolgt, weil die Zeichnungen zu wünschen übrig gelassen hätten, sondern, um den vielfachen Wünschen der Zeichenstellen nach einer Hinausschiebung des letzten Zeichnungstermines zu entsprechen, da viele Korporationen, Stiftungen, Versorgungsfonds usw. erst noch Sitzungen abhalten müssen, in denen die Beteiligung an der Anleihe beschlossen werden wird. Auch die jetzt flott vor sich gehende Kriegsanleiheversicherung, die großen Beifall im Publikum findet, machte eine Verlängerung der Zeichnungsfrist notwendig. Es war das eine sehr gute Idee, an der man auch wieder sehen kann, daß die Finanztechnik und Versicherungstechnik immer etwas Neues findet, um weiten Schichten der Bevölkerung ebenso wie dem Staat zu nützen. Die sozialpolitische Tragweite dieser Neuerung ist nicht zu unterschätzen. Wenn sie sich, wie zu wünschen und zu hoffen ist, in den Bevölkerungsschichten, für die sie berechnet ist, in weitestem Umfang Bahn bricht, dann werden nicht Witwen und unmündige Kinder, wie es jetzt so häufig geschieht, durch den Tod ihres Ernährers in Not und Elend gestürzt werden, sie werden wenigstens für einige Zeit der drückenden Sorge enthoben sein. Es wird jetzt fleißig gearbeitet, um den Erfolg der Kriegsanleihe in allen Klassen der Bevölkerung möglichst großartig zu gestalten. Die Saat wird aufgehen. Wir stehen auch da vor einer Ernte, deren Ergebnis den Feinden den Beweis liefern wird, daß wir auch finanziell nicht auszuhungern sind.

Reichspost

10./VI. 1917

102

Errichtung von Getreidezuchtstationen in Niederösterreich.

Der n.-ö. Landeskulturrat beschäftigte sich in seiner letzten Kollegialberatung mit einem Referate des Landes-Pflanzenbauinspektors R. Steinbach und des Regierungsrates Pammer, in dem die zweckmäßigsten Maßnahmen zu einer qualitativen Verbesserung des heimischen Saatgutes und damit zur qnantitativen Ertragssteigerung des Getreideanbaues besprechen werden. Leider mußte festgestellt werden, daß viele vor dem Kriege in der ganzen Monarchie, ja selbst in Deutschland bekannt gewesene Getreidesorten niederösterreichischer Züchtung durch das geringe Verständnis, welches diesem Zweige der Landwirtschaft zugewendet worden ist, der Vermahlung zugeführt wurden (!). Um einen neuen Grundstock für die künftige Getreideproduktion bezüglich widerstandsfähiger und ertragreicher Sorten zu schaffen, wurde beschlossen, an einigen Orten Getreidezuchtstationen zu errichten, welche durch sorgfältige Zuchtwahl und Veredelung Saatgut liefern sollen. Diese Orte sind: Hirschberg im Waldviertel, Melk, Loosdorf a. d. Th., Schrattenberg, Waidhofen a. d. Ybbs, Reuhof, Mold bei Horn und Kreisbach bei St. Pölten.

Hamburger Fremdenblatt

10./VI. 1917

103

Bekanntmachung

betreffend

die Verteilung von Futtermitteln.

Die Futterverteilungsstelle der Landherrenschaften wird vom 11. bis 22. Juni an die Inhaber von Futterkarten der Landherrenschaften wie folgt Futter verteilen:

1. an die Besitzer von Schweinen für jedes auf der Karte im Abschnitt „sonstige Schweine über acht Wochen" vermerkte Stück gegen Abschnitt 12 der Futterkarte entweder

   100 Pfd. Einheitsfutter für Schweine, zum Preise von 30 Mark für den Zentner, ohne Sack, oder

   25 Pfd. Einheitsfutter für Ferkel, zum Preise von 28 Mark für den Zentner, ohne Sack;

2. an die Besitzer von Geflügel, das sowohl im Stadtwie im Landgebiet gehalten wird, auf Abschnitt 61 der Futterkarte für jedes auf der Karte vermerkte Stück Geflügel

   1 Pfd. Einheitsfutter für Geflügel, zum Preise von 30 Mark für den Zentner, ohne Sack, oder

   1 Pfd. Weichfutter für Geflügel, zum Preise von 25 Mark für den Zentner, ohne Sack.

Die Abgabe der Futtermittel erfolgt zu den gleichen Bedingungen wie bei den vorangegangenen Verteilungen durch die Geschäftsstelle der Futterverteilungsstelle der Landherrenschaften, Hamburg, Lagerstraße 4.

Wer den auf ihn entfallenden Anteil von Futter nicht bis zum 22. Juni abgefordert hat, wird nicht mehr berücksichtigt.

Das Einheitsfutter für Schweine setzt sich in ähnlicher Weise wie bei der vorigen Ausgabe zusammen. Es enthält Körnerschrot, vor allem Serradella, Fettgrieben, Fleischmehl, Fischmehl, Kartoffelpräparate, Kleeheumehl, Knochenmehl, Haushaltungsabfälle und Obsttrestermehl und Zusätze von Futterkalk und Salz. Das Futter hat einen Gehalt von 14—18 Prozent Eiweiß und 1,8—3 Prozent Fett.

Das Einheitsfutter für Ferkel besteht aus Körnerschrot, darunter Serradella, Knochenmehl, Fettgrieben, Fleischmehl, Fischmehl, Küchenabfällen, Erbsenkleie, Kartoffelpräparaten. Der Gehalt an Eiweiß ist etwa 17 Prozent, der an Fett etwa 3 Prozent.

Das Einheitsfutter für Geflügel besteht aus Getreidekörnern 15 Prozent, Serradella 20 Prozent, Grassamen 7 Prozent, Fettgrieben 13 Prozent, Garnelenschalen 18 Prozent.

Das Weichfutter für Geflügel besteht aus Knochenmehl 15 Prozent, Heumehl und Obsttrestermehl 29 Prozent, Kartoffelpräparaten 15 Prozent, Fischmehl 5 Prozent, neben Kraftfutter und Kleie.

Hamburg, den 5. Juni 1917.

Die Landherrenschaften.

Vossische Zeitung

11. VII. 1917

184 11

Groß-Berliner Schüler als Landarbeiter.

Von

Prof. Dr. Paul Hildebrandt.

In Groß-Berlin haben sich in der ersten Begeisterung in 94 höheren Lehranstalten etwa 2000 Schüler für Landarbeit zur Verfügung gestellt. Da, wo wirklich Schüler hinausgesandt wurden, sind fast überall einige zurückgetreten: die einen waren nicht kräftig genug, bei den anderen hatten Schule oder Eltern Bedenken wegen der Klassenleistungen und des späteren Mitkommens, hier und da auch wohl wegen des Betragens. Aber das war nicht die Hauptsache. Um einen Ueberblick über den wirklichen Erfolg zu haben, verschaffte ich mir die Zahlen von 29 Anstalten Groß-Berlins; an ihnen hatten sich zusammen 946 Schüler gemeldet. Davon waren im ganzen 191 draußen, also rund nur 20 v. H. Wie kommt das?

Einmal liegt es sicher an dem Mißtrauen der Landwirte gegen die Leistungsfähigkeit unserer Großstadtjungen — und hier muß ich nach allem, was ich gesehen und gehört habe, sagen: sie haben so unrecht nicht. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Berechnung: 2 Schüler gleich einem Knecht, noch einigermaßen wohlwollend ist. Die Stadtjungen können nur leichte Arbeit verrichten, eine Kanne z. B. Mist breiten, eine Arbeit, die besonders viel Freude macht — Unkraut jäten, Steine sammeln, eine andere beinahe schon „gelernte" Arbeit wie Spargel stechen, Ratten töten, wieder andere Mieten öffnen und abfahren, Jauche pumpen und was dergleichen schöne Dinge mehr sind. Dabei ist Leistung und Leistung himmelweit verschieden: ich sah einen Jungen, der die Spargel förmlich „ahnte", einen anderen, der keinen sah — im allgemeinen aber erwiderte mir der Besitzer eines Gutes auf meine Frage, ob er Freude an den Leistungen der Jungen habe, seine Spreewälderinnen seien ihm lieber, aber — er könne sie nicht haben, und die Arbeit müsse getan werden.

So stehts — es ist ein Nothehelf, und unsere Jungen sollen das einsehen und hübsch bescheiden sein! Weiter aber die Stellung der Unterrichtsbehörden: Man hat ihnen vorgeworfen, daß sie keine leitende Stelle schufen, die die Sache in die Hand nahm. Das Provinzialschulkollegium hat der Provinz Brandenburg nach Benehmen mit den Landräten den Landwirten anheimgegeben, sich mit den Direktoren der Schulen in Verbindung zu setzen — eine Maßnahme, die natürlich geradezu hindernd wirkte. Das wird am besten dadurch beleuchtet, daß es mir persönlich glückte, binnen 24 Stunden auf ein Gut, das Arbeiter dringend brauchte, 22 Schüler zu bringen, die nie ihren Weg dorthin gefunden hätten, wenn der Besitzer sich erst nach dem Namen dieses Direktors hätte erkundigen müssen, der diese Schüler zur Verfügung hatte. Der Grund des Verhaltens der Behörde liegt sicher darin, daß man ein starkes Zurückgehen der Leistungen fürchtet, und die künftige Bildung in schwerer Gefahr sieht. Man wird ihr Recht geben, mindestens aber „mildernde Umstände" bewilligen müssen.

Aber die Sache hat noch eine andere Seite: Unserer Jugend droht jetzt in der Großstadt die schwere Gefahr der Unterernährung. In der Großstadt ist jetzt ein Notstand, draußen haben es unsere Schüler besser. Bei dieser und jener Abteilung sind Klagen über die Verpflegung geäußert worden, die gewöhnlich abgestellt wurden. Im ganzen sehen die Jungen draußen vorzüglich aus.

Viel kann in all diesen Dingen die richtige Führung tun. Gewiß, die Arbeit ist ungewohnt und schwer, und mancher, der im Anfang mit Leib und Seele dabei war, klagt hernach, es sei so ganz anders, als er es sich vorgestellt habe. Und dann wird er mißmutig und schimpft — auch wohl im Brief an die Eltern. Dann muß eben der Lehrer — es geht draußen bei einer frei arbeitenden Kolonne nicht ohne ihn — oder der Obmann bei einer Jungmannenschar den nötigen „Zug" wieder hineinbringen. Nichts Schöneres, als wenn dann auch der müde Junge sich nach einer Ansprache wieder zusammenreißt, wenn man ihm vorgestellt hat, daß von seiner, gerade von seiner Arbeit das Wohl des Vaterlandes abhängt.

Das Kriegsamt hat in der letzten Zeit in Verbindung mit Vertretern der Ministerien für die bevorstehende Ernte die besondere Organisation der Jungmannen in die Wege geleitet: Alle Organisationen für Schüler übertragen für die Dauer der Landarbeit ihre Befugnisse den Kriegswirtschaftsämtern und stellen ihre Hilfskräfte als Führer zur Verfügung. Alle auf das Land zu entsendenden Jungmannen werden in Trupps unter einem Führer mit mehreren Unterführern zusammengefaßt; sie verrichten den Dienst unentgeltlich, erhalten aber für eigene Kleidung ein angemessenes Entgelt, auch ein Taschengeld von 1,50 M. wöchentlich, und zwar aus den vom Arbeitgeber zu zahlenden 1 M. für den Arbeiter und Tag. Den Eltern wird das Geld für Anschaffung der Bekleidung zurückgezahlt. Diese Grundsätze decken sich nicht mit den für die freien Arbeitskolonnen üblichen; hier erhielten z. B. die Schüler 0,50 bis 1,50 M. täglich — in einzelnen Fällen auch „Akkordlohn", je nach den Abmachungen, die mit den Betrieben getroffen wurden. Manche haben sich dabei ein ganz hübsches Sümmchen erspart.

In der Not der Zeit ist ein Entgegenkommen von allen Seiten nötig, von Eltern, Arbeitgebern, Schulen, Behörden

Aber die eherne Pflicht, dem Vaterland sich auch dann zur Verfügung zu stellen, wenn der persönliche Vorteil darunter leidet, muß unsere Jugend zum landwirtschaftlichen Dienst zwingen. Zu rechter Zeit hat nun der Kultusminister auf einen Bericht des Brandenburgischen Provinzialschulkollegiums anläßlich einer Eingabe des Berliner Philologenvereins bestimmte Richtlinien für Schüler Groß-Berlins festgesetzt, die aufs Land — also nicht nur zum landwirtschaftlichen Dienst — hinausziehen wollen.

Die Schüler und Schülerinnen können bis zur Dauer von drei Monaten einschließlich der bevorstehenden Ferien beurlaubt werden. Wenn sie zurückkehren, so ist auf die Lücken in ihrem Wissen Rücksicht zu nehmen und zu ihrer Beseitigung nötigenfalls besonderer Nachhilfeunterricht einzurichten. Der Minister empfiehlt, einen Landaufenthalt der Schüler der Michaelisklassen nach dem 1. Juli beginnen zu lassen und für sie das Herbstzeugnis und das Urteil über die Versetzung nach dem bis dahin erreichten Ausbildungsstand festzustellen.

Der Nachhilfeunterricht müßte — Schöneberg hat den Gedanken bereits angeregt — von den Großberliner Gemeinden in Kursen auf städtische Kosten veranstaltet werden. Man muß den Oberlehrern, die durch Vertretungen und gemeinnützige Arbeiten arg überlastet sind, hier entgegenkommen. Die Eltern unserer Schüler werden dann im allgemeinen über das Fortkommen ihrer Jungen und Mädchen außer Sorge sein können.

Pester Lloyd
12./VI. 1917

105

(Die Verwertung der neuen Ernte.) Die im Schoße des Landes-Volksernährungsamtes seit längerem im Zuge befindlichen Vorarbeiten über eine Neuregelung des Verfahrens bei der Verwertung und Verteilung der neuen Ernte sind nahezu abgeschlossen. Die neue Regierungsverordnung dürfte nach dem vollzogenen Regierungswechsel wohl bald erfolgen. Der Entwurf der neuen Regierungsverordnung enthält eine Reihe sehr wichtiger und einschneidender Reformen, vor allem hinsichtlich des freien Einkaufsrechtes der Unversorgten. Im Vorjahre konnte bekanntlich jeder unversorgte, also selbst nicht produzierende Konsument seinen Getreidebedarf auf Grund eines behördlichen Einkaufsscheines selbst decken. Wir haben erst jüngst ausgeführt, von welch großen Nachteilen dieses System begleitet war. Den Ueberschreitungen der Einkaufsmenge und der Höchstpreise war dadurch Tür und Tor geöffnet. Niemand vermochte zu kontrollieren, was bei diesem behördlich konzessionierten Kleineinkauf zwischen Produzenten und Konsumenten vorgeht, Tatsache war nur, daß die Besitzer von Einkaufsscheinen viel mehr Getreide einkauften, als wozu sie berechtigt waren, und daß die Höchstpreise sozusagen als nicht existierend galten. Wir haben jüngst auch darauf verwiesen, welches einzige Remedium sich gegen solche Mißbräuche darbietet: die behördliche Intervention und Kontrolle bei Ausübung des freien Einkaufsrechtes. Diese Reform wird nun in dem Entwurf der neuen Regierungsverordnung über die Verwertung der Getreideernte voll und ganz durchgeführt. Ein freies Einkaufsrecht im Sinne der vorjährigen Praxis wird es in Hinkunft nicht mehr geben, sondern in jedem Komitat zu bildende Lokalkommissionen werden die Beschaffung von Getreide für die Unversorgten vermitteln, beziehungsweise kontrollieren. In diesen Kommissionen werden die Behörden und auch die Kriegsprodukten-A.-G. vertreten sein, der ganze Getreideeinkauf der Unversorgten aber wird sich sozusagen schon bei der Dreschmaschine abspielen. Das System der kommissionellen Vermittlung und Kontrolle schließt es vollständig aus, daß jemand mehr Getreide einkaufe, als wozu er befugt ist, oder daß jemand in irgendeiner Weise die Höchstpreise ausspiele. Dadurch wird auch eine Wiederholung der vorjährigen Mißbräuche in Verbindung mit den freien Einkaufsrechten unmöglich gemacht.

(Die amerikanische Getreideausfuhr.) Aus New York wird uns gekabelt: Die nach dem amtlichen Bericht für Anfang Juni auf 656 Millionen Bushels geschätzte Weizenernte würde nur 60 Millionen Bushels für den Export übrig lassen, da der heimische Verbrauch nach den letzten Erfahrungen auf etwa 600 Millionen Bushels zu beziffern ist. Die kürzliche Erklärung des Lebensmittelkontrolleurs Hoover, daß die Vereinigten Staaten und Kanada 500 Millionen Bushels werden ausführen können, bezog sich — wie sich jetzt herausstellt — nicht nur auf Weizen, sondern auf sämtliche Getreidesorten, vor allem also auch auf Futtermittel. Hoover berechnet jetzt den Bedarf der Alliierten allein, also ohne die Neutralen, auf 540 Millionen Bushels Brotgetreide. Um mehr Weizen ausführen zu können, soll eine Bewegung eingeleitet werden, die unter dem Schlagwort arbeitet: „Spare Weizen, iß Mais". Dadurch will man die für die Ausfuhr verfügbaren Mengen erhöhen.

Vossische Zeitung
13./VI. 1917

106

Internationale Ernteverhältnisse.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Der vor acht Tagen gegebenen Uebersicht über die deutschen Ernteaussichten ist heute hinzuzufügen, daß die trockene, warme Witterung in verflossener Woche angehalten hat und der Wunsch nach Niederschlägen, besonders für alle Futterartikel, für die Sommerhalmfrüchte, für Obst und Gemüse, dringender geworden ist. Auch für Kartoffeln wie Wintergetreide ist etwas Nässe zu wünschen, doch ist sie für diese unsere Hauptfrüchte zunächst weniger eilig. Die Roggenblüte ist inzwischen meist vorüber, sie hat unter besten Bedingungen stattgefunden, und man hat mit gutem Körneransatz zu rechnen. Hält die warme Witterung an, so haben wir es nicht nur mit einer an Zeit regelmäßigen, sondern sogar frühen Ernte zu tun.

Unter den Nachrichten vom Auslande sind besonders die amtlichen Ernteziffern der Vereinigten Staaten von hohem Interesse. Hatte man gefürchtet, daß die Teilnahme der Vereinigten Staaten am europäischen Kriege die dortige Ernteberichterstattung unzuverlässig machen könnte, so scheint die diesmalige Junistatistik die Grundlosigkeit dieser Sorge zu beweisen. Denn die zum Teil günstige Maiwitterung hätte leicht den Vorwand geben können, die außerordentlich schlechte Maistatistik etwas aufzubessern, was sicherlich den Intentionen der Entente entsprochen hätte. Diese künstliche Färbung ist aber unterblieben. Der Durchschnittsstand des Winterweizens wird mit 70,9 pCt. gegen 73,2 im Vormonat sogar noch etwas schlechter beziffert, bei gleichbleibender Anbauzahl, und wenn trotzdem der voraussichtliche Ertrag mit 10 151 000 To. gegen 9 960 000 To. etwas höher als im Mai angegeben wird, so ist das wohl mit der besser beurteilten Qualität zusammenhängend. Für Frühjahrsweizen ist der Anbau zwar, wie vorausgesehen, höher als im Vorjahre, aber er bleibt gegen den von 1915 zurück. Die riesigen umgepflügten Winterweizenflächen sind überwiegend mit Mais bestellt worden, über dessen Anbau und Saatenstand aber erst die Julistatistik Angaben bringt. Auch der Durchschnittsstand des Frühjahrsweizens ist mit 91,6 pCt. nur dem gleichzeitigen des Vorjahres überlegen, bleibt aber hinter der Juniziffer der vorhergegangenen drei Jahre zurück. Somit ist der Gesamteindruck der amerikanischen Erntestatistik weniger günstig als erwartet war. Die diesjährigen Ertragsschätzungen im Vergleich mit den endgültigen Ergebnissen der drei Vorjahre sind in den Vereinigten Staaten folgende:

	1917 To.	1916 To.	1915 To.	1914 To.
Winterweizen	10 151 000	14 118 000	17 825 000	18 641 000
Sommerweizen	7 700 000	4 300 000	9 688 000	5 605 000
Zus. Weizen	17 851 000	18 418 000	27 513 000	24 246 000
Hafer	20 000 000	18 154 000	22 330 000	16 544 000
Gerste	4 665 000	3 945 000	5 167 000	4 251 000
Roggen	1 473 000	1 193 000	1 245 000	1 093 000

Die Weizenziffern müssen um so ungünstiger beurteilt werden, als die Bestände sich mehr und mehr erschöpfen, und die Riesenvorräte, die die Vereinigten Staaten in dem jetzt zu Ende gehenden Erntejahre aus den vorhergegangenen beiden Kampagnen für Europa zur Verfügung gehabt haben, im neuen Erntejahre vollkommen fehlen werden. In- und Auslandsbedarf sind drüben fast allein auf die neue Ernte angewiesen, die aber, den offiziellen Schätzungsziffern entsprechend, kaum mehr als 1½ Millionen Tonnen an Ueberschuß über den eigenen Bedarf ergeben wird. Seitdem die Zollgrenze zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten gefallen, und das Getreide dieser Länder nach beiden Richtungen freizügig geworden ist, wird sich allerdings der Ueberschuß Nordamerikas für Europa nur nach der Summe der Ernteergebnisse beider Länder noch berechnen lassen. Noch fehlt für Kanada jede ziffernmäßige Angabe für Frühjahrsweizen, der dort allein den Ausschlag gibt. Es wird allerdings behauptet, daß der Anbau ca. 360 000 ha kleiner als im Vorjahre sei, doch fehlt noch Bestätigung. Einige kanadische Klagen über die Ernteentwicklung trugen mit zu der Haussebewegung der amerikanischen Märkte in der letzten Woche bei. Hauptsächlich war diese Bewegung durch die Ernteverhältnisse der Vereinigten Staaten selbst, durch die allwöchentlich scharf abnehmenden Bestände und anscheinend durch die Reaktion auf den durch die Regierung seit dem Vormonat geübten künstlichen Druck veranlaßt. Wie es scheint, ist man drüben von der Maßregelung der Börsen, durch die man nur jedes Warenangebot verscheuchte, bereits zurückgekommen, so daß die Preise wieder ihren natürlichen Stand einzunehmen beginnen. Nach dem gewaltigen Druck vom 12. bis 31. Mai ist seitdem wieder eine bedeutende Erholung eingetreten. In Chicago notierten in Cents pro Bushel:

	am 12. Mai	am 31. Mai	am 11. Juni
Weizen Juli	275	194	238
September	245	180	209
Mais Juli	149¾	136⅜	157¾
September	142	123⅜	151¼

Der sehr wichtige Schluß, der aus diesem Preisgange gezogen werden muß, zeigt, daß die vielen Klagen, die seit einiger Zeit über Mais laut werden, in Amerika ziemlich ernst aufgefaßt werden, daß aber ferner auch für den Rest des Maiserntejahres auf eine sehr feste Situation infolge der letzten mäßigen und an Qualität vielfach schlechten amerikanischen Mais-Ernte gerechnet wird. Da Amerikas Ueberschüsse für Europa wegen ihrer schnelleren Ueberfahrtszeit bei der Schiffsraum-Knappheit viel wichtiger sind, als alle anderen, so sind die wenig günstigen jenseitigen Verhältnisse von ernster Bedeutung für die europäische Versorgungsfrage. Ohnehin hat Argentinien sowohl für Weizen wie auch für Mais wenig abzugeben, und aus seiner kommenden Weizenernte, die jetzt erst gesät wird, ist vor nächsten Januar bezw. Februar auf keine Abladung zu rechnen. Australiens große Ueberschüsse, die noch aus letzter und vorletzter Ernte auf zirka 4 Millionen Tonnen angegeben werden, können nur sehr allmählich nach England übergeführt werden. Die Ernten in England und Frankreich haben wohl durch die warme Witterung sich für Wintergetreide noch gebessert. Aber an dem in beiden Ländern bestehenden Minderanbau für Herbstweizen war durch die Frühjahrskultur infolge des späten Eintritts des Frühjahres nicht mehr viel gut zu machen, und was an Sommergetreide mehr als sonst gepflanzt wurde, bezog sich nur auf Hafer und Gerste.

Was die Ernte der uns verbündeten bezw. von uns besetzten Gebiete betrifft, so ist nach dieser Richtung das Erntebild erfreulicher. In Oesterreich ist die Bestellung an Winter- und Sommerfrucht in voller Ausdehnung erfolgt, erstere weist sogar eine Zunahme auf, da bis spät in den Winter gesät werden konnte und Auswinterungen wenig vorkamen. Der Durchschnittsstand ist gut, man erwartet an Brotfrucht eine reiche Ernte. Sommergetreide braucht noch Regen. Ungarn hat solchen rechtzeitig gehabt und wird befriedigende Ueberschüsse für die andere Reichshälfte gewinnen. Der Weizenschnitt steht dort binnen kurzem bevor. Auch auf dem Balkan sind die Verhältnisse befriedigend. Aus Bulgarien lagen schon seit einiger Zeit gute private Nachrichten vor, die jetzt durch die persönlichen Angaben des Ministers Radoslawow bestätigt sind.

Von dieser Seite wird auch für Serbien ein befriedigender Erntestand festgestellt. Für den von uns besetzten Hauptteil Rumäniens hat die Militärverwaltung eine bestellte Anbaufläche von 2,66 Millionen Hektar bekannt gegeben, die hinter der durchschnitlichen Friedensfläche nur um 23 000 Hektar zurückbleibt. Der Saatenstand wird dort fast überall als befriedigend angegeben. Da auch die Türkei dieser Tage einen recht günstigen Erntebericht bekannt gab, so ist es wahrscheinlich, daß die Ueberschüsse Rumäniens, in die sich bekanntlich seither die Türkei, Bulgarien, Oesterreich-Ungarn und Deutschland teilten, im neuen Erntejahre zu erhöhtem Prozentsatz Deutschland zufließen werden. Zur Kennzeichnung des Unterschiedes, wie in fremdem Gebiete von uns und von anderen gewirtschaftet wird, sei darauf hingewiesen, daß der von den Russen besetzte Teil Rumäniens eine Hungersnot befürchtet. Ueber die russischen Ernteaussichten sieht man nicht klar.

Neues Wiener Tagblatt
13./VII. 1917

107

(Die Felderbestellung im rumänischen Okkupationsgebiet.) Aus Berlin, 12. d., wird telegraphiert: Die landwirtschaftlich bestellte Fläche im Gebiete der Militärverwaltung in Rumänien betrug in den letzten Friedensjahren 2·70 Millionen Hektar und umfaßt dieses Jahr trotz des Krieges 2·66 Millionen Hektar; sie steht also nur um 40,000 Hektar hinter dem Friedensanbau zurück. Davon sind bestellt mit Weizen und Mais je 1·7 Millionen, mit Oelfrüchten 80,000 und mit Hülsenfrüchten 23,000 Hektar. Diese Leistung ist um so anerkennenswerter, als infolge des langen Winters die Frühjahrsbestellung erst Anfang April beginnen konnte. Der Saatenstand ist fast überall zufriedenstellend.

Kölnische Zeitung
13./VI. 1917

Arbeitshilfe für die neue Ernte.

Bei der Versorgung durch die bevorstehende neue Getreideernte spielt naturgemäß der Frühdrusch und seine zweckmäßige Organisation eine Hauptrolle. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen dem Frühdrusch in bestimmten, auf Grund von Feststellungen über die Erntezeit ermittelten Bezirken, für den eine außerordentliche Hilfstätigkeit einsetzen wird, und dem Frühdrusch, der in allen Gegenden, sobald das Korn reif ist, durch die Landwirte vorgenommen wird. Die besondere Hilfstätigkeit wird in den Bezirken Platz greifen, deren Ernte vor Mitte Juli beginnt. Diese Bezirke werden in der Belieferung mit Kohlen und Material für die Dreschmaschinen bevorzugt werden. Es wird durch die Kriegswirtschaftsstelle dafür gesorgt werden, daß alle verfügbaren Dreschmaschinen in Tätigkeit treten können. Es wird ein Ausgleich in bezug auf die Versorgung mit Arbeitskräften stattfinden. Die Stellvertretenden Generalkommandos werden Dreschkommandos zur Verfügung stellen. Zum Abtransport des Korns werden Militärpferde und Lastkraftwagen hergegeben. Zur Erfüllung der besonders großen Ansprüche an Arbeitskräfte hat das Kriegsamt durch die Kriegswirtschaftsämter seit 1½ Jahr die Organisation der Jungmannen als Erntehelfer in die Wege geleitet. Hierfür kommen, wie in einer von den verschiedenen Ämtern und Ministerien beschickten, am 15. Mai abgehaltenen eingehenden Beratung festgestellt wurde, vor allem die Schüler höherer Lehranstalten, im Alter über 15 Jahre in Betracht. Die Erfahrungen mit diesen Erntehelfern sind besonders im Rheinland, wo seit Jahr und Tag bereits etwa 8000 solcher jungen Leute tätig gewesen sind, durchaus günstig. Aus der erwähnten Beratung über die Organisation dieses Erntehilfsdienstes seien die wesentlichsten Punkte, auf die man sich geeinigt hat, angeführt: die Organisation wird, ohne eigentlich militärisch zu sein, nach militärischem Muster und mit militärischer Disziplin aufgebaut. Jeder Ort mit mindestens einer höhern Schule ernennt einen Vertrauensmann. Die bestehenden Schülerorganisationen, Pfadfinder und dergleichen übertragen ihre Befugnisse dem zuständigen Kriegswirtschaftsamt beziehungsweise den bestimmten Vertrauensmännern und stellen ihre Führer zur Verfügung. Auch die Kadettenanstalten und Unteroffiziervorschulen werden herangezogen. Die Jungmannen werden in Trupps unter einem Führer mit mehrern Unterführern zusammengefaßt. Kleider und Schuhzeug werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt, oder es wird für deren Abnutzung eine Entschädigung gewährt. Auch bestehen gegen die Gewährung eines Taschengeldes von 1,50 ℳ wöchentlich keine Bedenken. Jedem Kriegswirtschaftsamt werden zur Einleitung der Organisation zunächst 10 000 ℳ als Vorschuß zur Verfügung gestellt, die halb von Preußen, halb vom Reich geleistet werden. Die Arbeitgeber haben unentgeltlich für Unterbringung und Beköstigung zu sorgen und zahlen an die Führer für jeden Jungmann-Arbeitstag eine Mark. Hiervon wird das erwähnte Taschengeld gezahlt. Ferner werden die vorgestreckten Mittel für Anschaffung von Bekleidung oder das Kleidergeld an die Eltern der Jungmannen gezahlt, und die Versicherungsbeiträge für die private Unfallversicherung und für die staatliche Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung geleistet. Die Eisenbahn befördert die Jungmannen auf Militärfahrkarte. So ist die Einrichtung gedacht. Das Kultusministerium hat zugesagt, daß weitestgehende Rücksicht in bezug auf das Aufsteigen der Schüler in die höhere Klasse genommen werde, und daß die Erntetätigkeit dieses Aufsteigen nicht beeinträchtigen soll. Bisher bestand bei manchen Landwirten nach vereinzelten minderguten Erfahrungen ein Vorurteil gegen diese Tätigkeit junger Leute aus der Stadt. Eingehende Untersuchungen haben aber erwiesen, daß hieran lediglich eine noch unvollkommene Organisation die Schuld trug, deren Fehler jetzt beseitigt sind. So verdient denn die neue Einrichtung, die der deutschen Landwirtschaft eine außerordentlich weitreichende Arbeitshilfe liefert, und die den jungen Leuten ungeahnte körperliche und seelische Werte erschließt, die weitestgehende Unterstützung des ganzen deutschen Volkes.

Neues Pester Journal
14. III. 1917
D 14
189

‡ **(Die Requirirung der neuen Ernte.)** Die Verzögerung in der Konstituirung der neuen Regierung verursacht auch eine Verspätung der Verordnungen über die Verwerthung der neuen Ernte, doch dürften diese in kurzer Zeit allenfalls erscheinen. Es verlautet, daß die Ernte im Gegensatz zu den vorjährigen Verordnungen gleich beim Drusch in Anspruch genommen, respektive unter Sperre gesetzt wird. Die Uebernahme des gedroschenen Getreides wird durch die Kommissionäre der Kriegsprodukten-A.-G. besorgt werden, welche einzelne Rayons zugewiesen erhalten, wo dieselben mit vollständig bereitgestellter Organisation ausschließlich zu wirken haben. Der freie Handel für die Kriegsprodukten-A.-G. wird dieserart nicht möglich sein und jeder Kommissionär kann und darf nur in jenem Rayon Thätigkeit ausüben, welcher ihm zugewiesen wurde. Es wird dieserart ein leichterer Ueberblick der vorhandenen Bestände ermöglicht und Ueberschreitungen verhindert. Ein freies Einkaufsrecht der Unversorgten dürfte in der bisherigen Form auch nicht gestattet werden. Die Produzenten werden den eigenen Haus- und Wirthschaftsbedarf an Getreide wahrscheinlich zurückbehalten dürfen, die Versorgung der Nichtproduzenten hingegen soll durch Vermittlung von in jedem Komitat zu bildenden Lokalkommissionen, in welchen die Behörden und die Kriegsprodukten-A.-G. vertreten sein dürften, ermöglicht werden. Die Vorarbeiten der Rayoneintheilung sind bereits beendet und wartet man nur auf die Publikation der bezüglichen Regierungsverordnungen. — Das Ausbleiben der sehnlichst erwünschten Niederschläge verursacht bereits Besorgnisse. Der Stand der Herbstsaaten ist eher befriedigend, dagegen leiden unter der Trockenheit besonders die Frühjahrssaaten und Hackfrüchte.

Tägliche Rundschau

14. VI. 1917

14

110

Höchstpreise für Wein gefordert.

München, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Fränkische Weinhändlerverband hält angesichts der ständigen Steigerung der Weinpreise den Erlaß von Höchstpreisen für die nächste Weinernte für unerläßlich. Der Verband richtet daher an das Kriegsernährungsamt eine Vorstellung mit dem Ersuchen, für die Herbstpreise der Weinerzeuger sowie für die Zuschläge im Großhandel und im Kleinverkauf bestimmte Festsetzungen zu erlassen. Des weiteren beantragt der Verband die Einschränkung der Weinversteigerungen auf das Angebot selbstgebauter Weine, ferner die Wiederzulassung der Einfuhr von Wein aus befreundeten und neutralen Staaten und endlich die Förderung der Ersatzgetränke, insbesondere der Obst- und Beerenweine, sowie die Freigabe des Verkaufes von Tresterwein unter bestimmter Bezeichnungspflicht und Kontrolle.

Nur durch solche Maßnahmen, insbesondere durch die rechtzeitige Festsetzung von Höchstpreisen für den kommenden Herbst, verbunden mit der Aufhebung aller Verkaufsverträge über die neueste Ernte, lasse sich eine weitere Preissteigerung vermeiden und eine Marktlage erzielen, die einerseits den Erzeugern und Händlern angemessene und befriedigende Preise, anderseits aber auch dem Verbraucher die Möglichkeit des Weingenusses zu entsprechenden Preisen biete.

Reichspost
14./VI. 1917

Die Weinvorräte einer Bierbrauerei.

Wie „Pravo Lidu" berichtet, fand sich kürzlich eine Kommission der Prager Approvisionierungsabteilung bei der Polizeidirektion in der Brauerei in Nusle ein, um festzustellen, ob sich die Gerüchte bestätigen, daß in dieser Brauerei ungeheure Weinvorräte aufbewahrt werden. Die Kommission entdeckte tatsächlich, daß in der Brauerei Wein im Bruttogewicht von 7000 Meterzentner eingelagert sei. Der Wert dieses Weines betrage nach den heutigen Verhältnissen wenigstens zwei Millionen Kronen. Durch die Untersuchung wurde sichergestellt, daß der Wein einem Syndikat von Geschäftsleuten gehöre, das die Prager Agrarni banka begründet haben soll. Die Polizeidirektion hat die ganze Weinmenge für den öffentlichen Bedarf sichergestellt. Die Räumlichkeiten wurden versiegelt.

Reichspost 14./VI. 1917

113

Landwirteklagen in Ungarn. — Auf Oesterreich abwälzen!

Auf der am 10. d. in Budapest abgehaltenen Versammlung des ungarischen Landes-Agrikulturvereines hat der Vorsitzende Graf Robert Zselinski in seiner Eröffnungsrede einiges ausgeführt, was auch in Oesterreich zu vernehmen nicht nnnütz sein dürfte. Alles, sagte er, was der Landwirt verkauft, ist zu billigem Preise erhältlich, hingegen muß er für jede Ware, die er kauft, exorbitante Preise bezahlen. gegenüber dem Landwirt ist eben eine wahre Höchstpreiseepidemie aufgetreten, während die Industrie ganz anders behandelt wird. Dafür blüht der Schmuggel mit landwirtschaftlichen Produkten. Während nämlich in Ungarn die meisten Klein-, Mittel- und Großgrundbesitzer ihren Weizen der Kriegsprodukten-A.-G. um 41 Kr. hergeben müßten, kostete die Schmuggelware 80 bis 120 Kr. und gegenwärtig 200 bis 300 Kr. Je mehr Schranken die freie Bewegung des Landwirtes binden, ein desto besseres Geschäft machen jene, deren Gewissen genug elastisch ist, um alles zu riskieren. Zu Beginn des Krieges war der Weizenpreis 33 Kr., heute ist er mit 41 Kr. festgestellt, er stieg also bloß um 24%. Der Vermittlerlohn dagegen betrug vor dem Kriege 10 Heller, heute beträgt er $1^1/_2$, beziehungsweise $2^1/_2$ Kr., da gegenwärtig auch 1 Kr. an Requirierungsgebühr bezahlt werden muß; daher beträgt die Steigerung der Vermittlungskosten 2500%. Ein Paar Stiefel kostete vor dem Kriege 20 Kr., heute kosten sie 100 Kr., die Teuerung beträgt also 400%. Der Taglohn hat sich je nach den verschiedenen Gegenden um 200 bis 800% verteuert. Steht nun die 24%ige Preiserhöhung des Weizens mit diesen Preissteigerungen im Verhältnis? Könne man den Landwirt des Wuchers beschuldigen? — Redner protestierte dann in schärfster Weise gegen eine solche Art von Kriegs- und Staatssozialismus. — Großen Beifall fand Gaston Gaal, der erklärte, alles müsse zusammenhelfen, um die organisierte Macht der Plutokratie zu brechen. — Direktor J. Rubinek verwies darauf, daß der Weizenpreis heute in Chikago Kr. 51.— beträgt und in Italien schon im Vorjahre Kr. 50.— betrug. Daraus folgerte der Redner die Notwendigkeit und Berechtigung einer Erhöhung der Weizenhöchstpreise auch in Ungarn oder aber es müßten die von der Landwirtschaft benötigten Industrieartikel mit Höchstpreisen bedacht werden, die das frühere Verhältnis zwischen den Preisen wieder herstellen. Die Erhöhung der Weizenpreise wäre durch Erhöhung der Preise für Feinmehl zu ermöglichen, während das gewöhnliche Mehl (Brotmehl) im Preise gleich bleiben soll.

Bis hieher wird man in Oesterreich die Wünsche der ungarischen Landwirte nicht nur mit Interesse, sondern auch mit Verständnis vernehmen. Denn die gegen die Kriegswirtschaft vorgebrachten Beschwerden treffen in zum Teile noch ausgiebigerem Maße auf Oesterreich zu. Aber Direktor Julius Rubinek gab in seiner Rede der ungarischen Regierung auch einen für die ungarische Auffassung der Kriegskameradschaft anscheinend charakteristischer Rat. Er meinte — wir folgen da dem Berichte des „Pester Lloyd", also eines zuverlässig ungarischen Blattes —, die Höchstpreise des Getreides „müßten in der Weise erhöht werden, daß der Massenkonsum, die armen Leute, hiedurch nicht belastet werden; daher müsse der Preis des Feinmehls erhöht und dadurch die Preissteigerung auf den anspruchsvolleren, vermögenderen Konsumenten und auf Oesterreich abgewälzt werden."

„Auf Oesterreich abwälzen!" Das ist in Ungarn der wirtschaftlichen Weisheit letzter Schluß. Das ist die Folgerung die man aus der dreijährigen Gemeinsamkeit der militärischen Front, der dreijährigen Kameradschaft in Not und Tod zieht! Oder ist es nur die Macht der Gewohnheit? Ratlosigkeit, wie man sich anders helfen soll? Es wurde, was die Preise der landwirtschaftlichen Produkte betrifft, doch bereits genügend „auf Oesterreich abgewälzt". Das System des Lastenabwälzens ist schwerlich der rechte Weg zur Anbahnung angenehmerer wirtschaftlicher Beziehungen.

Reichspost Abendbl. 15./VI. 1917

1114 VI 15

Futtermittel!

Man schreibt uns: Zu den Klagen, die uns während der ganzen Kriegszeit begleiten, gehören die über den Mangel an Futtermitteln. Milchknappheit, Fleischmangel, Fettnot, Fuhrwerkssteuerung und weiß der Himmel, was noch, wird von diesem einen Mangel hergeleitet. Sicherlich mit gutem Recht. Und leider steht zu befürchten, daß der Futtermangel im kommenden Winter noch empfindlicher werden wird, da das Frühheu meist schon grün gefüttert werden mußte, weil die Vorräte vom Vorjahr längst ausgegangen waren, und die heurige Sommerheuernte infolge der übergroßen Trockenheit recht mager ausfallen dürfte. Ist es unter solchen Verhältnissen nicht der allergrößte Leichtsinn, die Massen von gutem Gras und Blättern in unseren Wäldern verfallen zu lassen? In manchen Kronländern soll eifrig alles, was sich für den Winter aufstapeln läßt oder geeignet ist, als Sommerfutter zu dienen, um das Wiesenerträgnis für den Winter zu sparen, gesammelt werden. Leider ist davon in der Nähe Wiens nichts zu bemerken. Die riesigen Auen und Laubwälder in der Umgebung Wiens bergen ungeheure Mengen von Gras und Laub, um die sich niemand kümmert. Gibt es denn gar keine Möglichkeit, auch diese Futtermassen zu sammeln? Gerade die Bevölkerung leidet am schwersten unter den Folgen des Futtermangels. Milchmeier und Kaninchenzüchter, Ziegenhalter und Pferdebesitzer füllen einem die Ohren voll mit ihren Klagen. Sie alle warten auf Futtermittel, die ihnen von der Zentrale oder von irgendwoher zugeführt werden sollen, aber regelmäßig ausbleiben oder sich verspäten oder nicht langen. In der nächsten Umgebung Wiens wachsen Futtermittel massenhaft wild auf dem Boden und an den Bäumen. Es brauchte nur das Einsammeln organisiert und für sachgemäßes Trocknen und Aufstapeln gesorgt zu werden. Ich höre schon den Einwurf: Leutemangel! Gewiß, den gibt es, wenn man an die gewöhnlichen Arbeitskräfte denkt. Aber es gibt in Wien noch immer Menschen genug, die so gar nichts zu tun haben, die kaum wissen, wohin mit der Zeit, die weder eine berufliche noch eine freiwillig übernommene Beschäftigung haben, Männer und Frauen. Freilich ist es zumeist eine „noble Gesellschaft". Man sieht ihnen die Kriegszeit nicht an, sie bevölkern die Vergnügungslokale, eilen nachmittag von einer Meierei zur anderen, verschaffen sich überall kartenlos für ihr Geld, woran es ihnen nie mangelt, die herrlichsten Friedensgenüsse, bevölkern die Heurigenschenken und lärmen, bis die Polizei dem Skandal mit einer Vorrückung der Sperrzeit begegnen muß, sind überall dabei, füllen den Korso. Kurz Leute, die nicht näher bezeichnet zu werden brauchen. Warum sollten diese lieben Herrschaften nicht auch einmal im Interesse der Allgemeinheit eine — übrigens durchaus gesunde und bekömmliche — Arbeit übernehmen müssen? Warum nicht auch sie zu einer durchaus notwendigen Kriegsdienstleistung herangezogen werden? Man hörte, daß in Berlin fürstliche Frauen freiwillig die Straßenreinigung besorgen helfen und in Wien junge Erzherzoge zur Schneeschaufel griffen. Ja warum sollen dann die zahlreichen Nichtstuer und Nichtstuerinnen, die vielen Genießer und Genießerinnen, die Kriegsgewinnverzehrer nicht auch einmal ein bischen sich plagen müssen? Es wird ihnen das Essen dann noch besser schmecken, nachts werden sie, die derzeit wegen der frühen Sperrstunde der öffentlichen Lokale nicht wissen, was sie mit dem angebrochenen Abend anfangen sollen, gerne und gut schlafen, sie werden eine Ahnung davon bekommen, wie das Arbeiten schmeckt und daß es beinahe so ermüdet wie das Couponschneiden und Zinsen beheben. Also man organisiere die Futterbeschaffung, denn wir werden im Winter an Futtermitteln Mangel haben, wir werden nach Fleisch, Fett und Milch rufen. Dann wird es aber zu spät sein.

Die Zeit
16./VI. 1917

115

— (Die Ernteaussichten in Kärnten.) Aus Klagenfurt wird berichtet: Trotz Mangels an Arbeitskräften und vielfacher sonstiger Schwierigkeiten ist der Herbstanbau in Kärnten in befriedigender Weise durchgeführt worden; die Wintersaaten haben gut überwintert und infolge der reichlichen Niederschläge der ersten Monate 1917 befriedigende Entwicklung genommen. Winterroggen und Winterweizen stehen im ganzen Lande durchschnittlich befriedigend. Auch der Frühjahrsanbau konnte, wenn auch durch den lang andauernden Winter verspätet, in vollem Ausmaß besorgt werden, hat aber infolge der regenlosen Zeit in seiner Entwicklung schwer Schaden gelitten. Diese Saaten haben nirgends mehr als Spannenlänge erreicht, stehen meistens sehr schütter und lassen eine starke Verminderung des Ertrages besorgen. Hackfrüchte, Mais und Hülsenfrüchte litten ebenfalls unter der großen Dürre, die die Pflanzen kaum zur Entwicklung gelangen ließ. Am allerschwersten betroffen ist die Futtermittelernte. Die erste Heuernte ist in großen Teilen des Landes vollständig vernichtet. Zum Teil ist auch der Rasen in der Wurzel verdorrt, so daß auch vielfach kaum mehr auf eine nur halbwegs befriedigende Grummeternte gerechnet werden kann. Da Kärnten als viehzuchttreibendes Land von jeher besonders auf einen reichen Futtermittelertrag angewiesen war, erscheinen die Aussichten für die Erhaltung des Viehstandes sehr trüb, dies insbesondere, weil die hohen Viehpreise und die großen Ankäufe an schlachtreifem Vieh eine Ueberfüllung der Ställe mit Jungvieh bewirkten, das bei mangelhafter Ernährung in der Entwicklung zurückbleibt, was einen schweren Rückschlag auf die Viehzucht besorgen läßt. Am 10. d. sind endlich allgemeine Niederschläge eingetreten, die die Abwendung der sonst unvermeidlichen Katastrophe erhoffen lassen.

Die Zeit
16./VI. 1917
116

Vor der Ernte.

So erwünscht der Wetterumschwung mit dem Maibeginn gekommen ist, um so weniger vorteilhaft ist die Andauer der Schönwetterperiode durch viele Wochen zu betrachten. Die Gewitter- und Strichregen, die sich auf die verschiedenen Gebiete Oesterreich-Ungarns im Verlaufe verteilt haben, sind doch wohl nicht so ausgiebig genug, und daher auch für den gesamten Felderstand, der seiner Reife immer näher geht, nicht so förderlich, als es ein ausgebreiteter, mehrtägiger Landregen gewesen wäre. Namentlich der ganze Frühjahrs- und Sommeranbau brauchen um diese Zeit reichlichere Niederschläge, da aber auch der letzte Lostag, Medardus, vorherrschend trockenen Charakter hatte, ist noch für längere Zeit auf wesentlich vermehrte Feuchtigkeit kaum zu rechnen. Es wird dieser Umstand eventuell dem Schnitt, der Reife und den Druscharbeiten, ferner auch im Hinblick auf schöne, gesunde Qualitäten zugutekommen, wie aber die quantitativen Ergebnisse von Weizen und Roggen, die späteren von Gerste und Hafer und aller im August-September zur Einheimsung gelangenden Feldfrüchte und Futtergewächse ausfallen werden, entzieht sich naturgemäß dermalen jedem verläßlichen Urteil. Immerhin brauchen die Hoffnungen auf eine auskömmliche Ernte in der Gesamtmonarchie noch durchaus nicht stärker herabgestimmt zu werden, da trotz alledem in vielen Gebieten dieser Reichshälfte die Aussichten befriedigende sind und in Ungarn gerade die wichtigsten Gebiete im Südosten des Landes einen guten Durchschnittsausfall verheißen. Günstige Meldungen verlauten auch von dem besetzten Teile Rumäniens, von der Türkei und Bulgarien, weil heuer der Osten Europas wesentlich weniger unter Trockenheit zu leiden hatte.

Wenn wir in der Monarchie in der Verbrauchskampagne 1916/17, angesichts der schwachen quantitativen, ferner auch qualitativ nicht befriedigenden Ernte das Auslangen gefunden haben, allerdings unter Zuhilfenahme der aus Rumänien zugeflossenen Mengen, so werden wir heuer, und zwar im gesamten Mitteleuropa, bei halbwegs normaler Zukunft, um so eher genug Ernährungsmaterial für Mensch und Vieh einbringen. Natürlich werden, ebenso wie mit allen Mitteln für die Erntearbeiten vorgesorgt werden muß, bei der besonderen Wichtigkeit der heurigen Versorgung auch die Verteilungsorganisationen, Rationierungen u. dgl. nicht nur aufrechterhalten, sondern noch besser ausgestaltet werden müssen. Es darf nicht weiter angehen, daß irgendwo Ueberfluß oder auch nur reichliche Mittel zur Verfügung stehen, anderswo aber schrecklicher Mangel herrscht. Mehl und Brot sind für den Lebensunterhalt zu wichtig, um nicht mit aller Aufmerksamkeit behandelt zu werden, dasselbe gilt in nicht minderem Maße auch von den Kartoffeln. So bedeutungsvoll und nötig alle anderen einschlägigen Zerealien sind, stehen sie doch gleich dem Gemüse und Obst erst in zweiter Reihe. Auf offizieller Basis aufgebaute Ernteschätzungen werden auch heuer in Ungarn und in Oesterreich nicht publiziert werden, und man ist mehr als je darum auf private Berichte angewiesen: es wird daher gut sein, zu optimistisch oder zu pessimistisch gefärbte Mitteilungen immer auf ein gewisses Mittelmaß einzustellen.

Bei dem Umstand, daß heuer überall, je nach der Wettergunst oder -Ungunst, die Endresultate der Ernte in den einzelnen Ländern, wie bereits vorerwähnt, sich in selten ausgedehntem Umfang differenzieren werden, wird es unumgänglich sein, daß, viel besser noch als im letzten Kriegsjahre, die Vierbundstaaten sich gegenseitig Aushilfe leisten, ja weitergehend, daß ebenso innerhalb derselben die einzelnen Kreise und Gegenden sich das allseitige Durchhalten erleichtern, wo nicht überhaupt ermöglichen. Diese Aushilfe wird aber auch bei den Ententegenossen vielleicht noch mehr nötig werden, da Amerika Zuflüsse wegen schwacher Ernte und mangelnder alter Vorräte sicher nicht in erwünschtem Maße zu leisten fähig sein wird. Diese pro 1. Juni verlautbarten Schätzungen stellen beispielsweise in Weizen nur den eigenen Bedarf sicher, da Sommer- und Winterweizen zusammen nur auf 656 Millionen Bushels (178 Millionen Meterzentner) tariert werden, damit also um 31 Millionen Meterzentner geringer als im Jahre vorher und um 78 Millionen Meterzentner schlechter als 1915.

Argentiniens schwache Lage beweisen nicht nur die erlassenen Ausfuhrverbote, sondern auch die Preissteigerungen, die die Börse in Buenos Aires mit 50 Mark pro Tonne Weizen seit Anfang Mai verzeichnet. Auch die bereits eingetretene Abnahme der Bestände, während sie sonst um diese Zeit noch zunahmen, spricht für den geringen Ausfall der heurigen Ernte in den La Plata-Staaten. In Mais sind nur die qualitativen Ergebnisse gut, die quantitativen aber recht bescheiden.

Deutschland rühmt, daß seine Roggenfelder heuer frei von Unkraut geblieben sind, was bei dem Umstand, daß Roggen im größten Teil des Reiches die wichtigere Brotfrucht als Weizen ist, als von günstiger Vorbedeutung betrachtet werden darf. Um übrigens unmittelbar nach der Ernte die Ablieferungen zu beschleunigen, wurden dafür bereits hohe Prämien zugestanden. Maschinen und Arbeitskräfte stellen die Behörden aushilfsweise bei. Im allgemeinen ist damit zu rechnen, daß der Schnitt heuer nicht verspätet, sondern überall, dank der warmen Witterung, zu normaler Zeit wird vorgenommen werden können. Hierzulande ist Peter und Paul der Beginn, wo die Schnitter hüben und drüben ins Feld gehen, und wenn nicht in manchen Lagen vielleicht bereits einige Tage früher, wird es gewiß nirgends später der Fall sein.

Noch wären einige Worte über die zu bestimmenden neuen Höchstpreise zu sagen; daß die beiderseitigen Agrarier, nur ihre Interessen im Auge habend, eine Erhöhung durchsetzen wollen, darf nicht wundern, aber dem stehen wohl mit einem außergewöhnlichen Schwergewicht die Interessen der großen Masse, beziehungsweise aller Konsumenten gegenüber. Bei der bevorstehenden Festsetzung der Preise ist die Hauptsache, das richtige Verhältnis der einzelnen Getreidegattungen herzustellen, damit nicht wieder Brotgetreide en masse und gegen die Befugnis zur Tierfütterung und Mastung herangezogen werde. Ferner sollten aber auch alle Notierungen mit Ungarn einverständlich bestimmt werden, denn das Zugeständnis darf man den diesseitigen Landwirten einräumen, daß sie nicht schlechter als jene gestellt werden.

Pester Lloyd
16. VII. 1917

(Der Saatenstand und Getreideverkehr in Rumänien.) Aus Bukarest wird telegraphiert: Der rumänische Wirtschaftsverband führte die Veröffentlichung von wöchentlichen Saatenstandsberichten für vierzehn Distrikte der besetzten Gebiete ein. Diese Saatenstandsberichte werden von den Distriktskommandanturen etappenweise einmal wöchentlich nach Bukarest telegraphisch aufgegeben und dort wird dann der Durchschnittsstand ausgerechnet. Der Saatenstand wird mit üblichen Qualitätsziffern (1—5) bezeichnet. Der Saatenstand am 10. Juni stellt sich wie folgt: Herbstsaaten 2·6, Mais 2·8, sonstige Frühjahrssaaten 3·3, Wein 2·0. In letzter Zeit waren überall im Lande Regengüsse, welche den Saatenstand noch verbessert haben dürften. Wie bereits früher gemeldet, wurden 90 bis 95 Prozent der Anbaufläche bestellt, infolgedessen ist bei weiterem normalen Verlaufe eine Ernte zu erwarten, die der rumänischen Durchschnittsernte entspricht. Die Getreideausfuhr aus Rumänien führte im Monate Mai zu glänzenden Ergebnissen. Es sind an einzelnen Tagen auf dem Bahnwege und der Donau Getreidemengen hinausgegangen, die dem Tagesbedarf von hundert Millionen Menschen überschreiten. Welche Erleichterung ein so reichlicher Zuschuß für die Mittelmächte bedeutet, braucht nicht erst gesagt zu werden. Nur verständnisvolles Zusammenarbeiten von Militärbehörden und Zivilbevölkerung konnte zu diesem erfreulichen Erfolge führen und es ist besonders anerkennenswert, mit wieviel Eifer die rumänische Landbevölkerung sich in den Dienst der Sache gestellt hat. Die vorzügliche Verkehrstechnik, das reibungslose Ineinanderarbeiten von Landwirten und Verladearbeitern, von Eisenbahn und Schiffahrt und die Verbesserung der Umschlagseinrichtungen in den Donauhäfen haben wesentlich zum Gelingen beigetragen. Man ermißt die Größe des Erfolges, wenn man die jetzige Getreideausfuhr mit der des vorigen Jahres vergleicht, in welchem Rumänien sich in vollem Frieden befand und das ganze Gebiet einschließlich der Moldau an der Getreideausfuhr teilnahm. Die Durchschnittstagesausfuhr im Mai überschreitet noch die im Vorjahre an den besten Tagen erreichten Rekordziffern.

Reichspost

16./VI. 1917

16

118

* **Es will nicht anders werden!** Statt schlechter, wird es von Tag zu Tag schöner. Sonst pflegten wir solche Tage, wie der heutige einer war, mit Freude zu begrüßen, nun aber, da alles so sehnlich auf Regen wartet, werden wir dieser schönen Tage schier überdrüssig. Gestern trat wenigstens Gewitterneigung auf, man durfte hoffen, es werde ein paar Spritzer geben, heute aber zeigte sich der Himmel in wolkenloser Bläue. Ein Morgenspaziergang auf der Hochstraße vor dem Kobenzl über den „Himmel" nach Sievering war heute ein herrlicher Genuß. Ein kühles Lüftchen macht das Wandern zu einem wahren Vergnügen, dessen man aber bei dem Gedanken an die anhaltende Trockenheit, dem Anblick der mageren Wiesen und des teilweise verdorrten Obstes, das unter den Bäumen liegt, so gar nicht froh werden konnte. Wohl rauschen die Sensen durch die Kobenzlwiesen und Matten des Hermannskogels, aber was da über die blitzenden Sensen fällt ist oft schütter, dürr und saftlos. Selten trifft das Auge fettes Grün, viel öfter Gelb und Grau. Den lieblichsten Ton bringen die Heckenrosen in die Landschaft, die längs der Wege und oft mitten auf den Fluren tugenerfreuend blühen. Herrlich schön steht der Wein, dem die bisherige Trockenheit sehr gut bekommen hat. In wenigen Tagen wird er verblüht sein; dann aber braucht er weinenden Himmel. Hoffen wir, daß der ersehnte Umschwung bald eintritt. Die Temperatur erhob sich heute auf 27.4 Grad, im südlichen Dalmatien erreichte sie 39 Grad! Gewitter meldeten gestern Innsbruck, Laibach, Triest, Hermannstadt und Sarajevo. Aus Groß-Inzersdorf bei Wien wird uns geschrieben: Dienstag um die siebente Abendstunde zog über unsere Ortschaft ein Gewitter, das mit einem viertelstündigen Hagelschlag verbunden war. Dem Beschauer bietet sich ein trauriges Bild, wenn er die erschlagenen Weingärten und Saaten sieht. Nicht viel besser kamen die Obstbäume und Gemüsegärten davon.

Österr. Volkszeitung

16./VII. 1917

119

Wein im Werte von zwei Millionen Kronen beschlagnahmt. Aus Prag wird berichtet: Wie „Pravo Lidu" meldet, erschien eine Kommission des Approvisionierungsamtes der Prager Polizeidirektion im Brauhaus in Nusle, um festzustellen, ob die Gerüchte wahr sind, daß große Weinvorräte in der Brauerei aufbewahrt werden. Die Kommission fand auch tatsächlich Wein im Bruttogewichte von 7000 Meterzentnern, dessen Wert nach den gegenwärtigen Marktpreisen mindestens zwei Millionen Mark beträgt. Der Wein gehört einem angeblich von der tschechischen Agrarbank gegründeten Handelssyndikat. Der Wein wurde für den Ortsbedarf beschlagnahmt und das Lager behördlich versiegelt.

Reichspost Abendbl. 16./VI. 1917

Festsetzung von Preisen für Heu und Stroh.

Die „Wiener Zeitung" bringt heute eine Verordnung, in der die Preise für Heu und Stroh festgesetzt werden, die die Landesfuttermittelstellen zu entrichten haben. Danach wird bezahlt für: 1. Heu aller Art, und zwar: Wiesenheu, Grummet, Kleeheu aller Arten (Luzerne usw.), Mohar-, Hirse- und Mischlingsheu 17 Kr.; 2. für Stroh: a) für Kornschaubstroh (Flegeldruschstroh) 10 Kr., b) für alle sonstigen Arten Getreidestroh, einschließlich Stroh von Erbsen und Wicken, jedoch außer Maisstroh 8 Kr., c) für Stroh von Bohnen, Pferdebohnen, Linsen, Lupinen, Peluschken, Mohn, Raps, Rüpsen, Reis und Mais 6 Kr.

Beschaffung von Futtermitteln.

Bekanntlich besteht beim Wiener Magistrate für die einheitliche Behandlung der Agenden des äußeren Ernährungsdienstes das Bezirkswirtschaftsamt Wien, das seine Geschäfte in sechs Stellen und einer Unterabteilung führt. Der Bürgermeister hat nunmehr die Errichtung einer 7. Stelle dieses Amtes verfügt. Die neue Amtsstelle hat alle Angelegenheiten zu behandeln, welche den Verkehr mit Heu und Stroh auf Grund der Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 29. Mai 1917 im Gemeindegebiete von Wien und die Beschaffung der Futtermittel für die städtischen Betriebe betreffen. Das neue Amt führt die Bezeichnung „Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 7 (Verkehr mit Heu und Stroh; Beschaffung von Futtermitteln für die Gemeindebetriebe)" und hat seinen Sitz im neuen Amtshause, I., Ebendorferstraße 1; zum Leiter dieses Amtes hat der Herr Bürgermeister den Vorstand des Stadtbureaus des Brauhauses der Stadt Wien, Magistratssekretär Dr. Anton Schlesinger unter gleichzeitiger Belassung auf diesem Dienstposten bestellt.

Neues Wiener Tagblatt
17. VII. 1917

(Der Witterungsverlauf und die Ernteaussichten.) Der Stand der Saaten berechtigt zur Hoffnung auf einen befriedigenden Ertrag. Gleichwohl lauten die Berichte, welche heuer nur von privater Seite vorliegen, nicht so hoffnungsfreudig wie sonst, wenn eine gute Ernte auf dem Felde steht und der Schnitt naht. Die meisten Berichte weisen darauf hin, daß es schon seit mehreren Wochen an ausgiebigen Niederschlägen fehlt, denn auch in vielen Gegenden, wo es zu Strich- und Gewitterregen kam, haben diese nur hingereicht, um die Pflanzen zu erfrischen, aber nicht, um den Boden genügend zu durchfeuchten. Die Furcht, daß dies schaden könnte und die in Aussicht stehende Ernte nicht voll hereingebracht wird, beeinträchtigt die Erwartungen. Daß aber die Saaten durch die trockene Wärme ein kränkliches oder schwaches Aussehen bekommen haben, wird nicht konstatiert. Ausgiebige Niederschläge werden allenthalben für die nächste Zeit gewünscht, weil ihr baldiger Eintritt für alle Halmfrüchte von Vorteil wäre. Die im vorigen Herbst mit den Brotstoffen Weizen und Roggen bebauten Felder brauchen den Regen relativ am wenigsten. Sie haben bereits überall abgeblüht und gehen nun der Reife entgegen. Für die Ausreife und die Kernbildung ist sonniges, trockenes Wetter immer vorteilhaft. Gerste und Hafer, die heuer später als sonst angebaut wurden, sind zuerst rasch gewachsen und entwickeln sich jetzt langsamer; in Farbe und Aussehen befriedigen die Pflanzen. Ein Gelbwerden des Stammes als Folge der trockenen Wärme wird nicht gemeldet. Bald eintretende ausgiebige Regenfälle wären insbesondere für die Hackfrüchte, Kartoffeln und Rüben, von Vorteil, die sich nur schwach entwickelt haben. Mais hat in Ungarn durch die trockene Wärme nicht gelitten. — Aus Budapest wird telegraphiert: Laut eines dem meteorologischen Landesamt zugekommenen Berichtes hat es in den letzten 24 Stunden in folgenden Orten geregnet: Teregova 12, Nagyszeben 6, Hacset und Gyulafehervar 5, Alna-Szlotina 3, Nagybanya 2, Karansebes 1 Millimeter.

Westungarischer - Grenzbote

17./VII. 1917

* **Die Verpflegung der Weingartenarbeiter.** Der kön. ung. Honvedminister hat an die Stadtgemeinde einen Erlaß gerichtet, der für die weinbautreibende Bevölkerung Pozsonys von größter Bedeutung ist. Der Erlaß ordnet an, daß jenen Weingartenbesitzern, die sich ausschließlich mit Weinproduktion befassen, für die von militärischer Seite zur Verfügung gestellten Arbeitsabteilungen, da sie dieselben sonst nicht verpflegen könnten, gegen Barzahlung Lebensmittel in natura ausgefolgt werde. Der betreffende Weingartenbesitzer hat jedoch einen vom Bürgermeister beglaubigten Erweis zu erbringen, daß er sich ausschließlich mit Weinproduktion befaßt und seine Arbeiter zu verpflegen nicht imstande ist. Die nötigen Lebensmittel werden sodann der Arbeiterabteilung durch die landwirtschaftliche Arbeitskommission ausgefolgt. Selbstverständlich ist die Inanspruchnahme anzumelden, resp. muß um die Zuteilung von Lebensmitteln schriftlich angesucht werden. Dem Gesuche ist die Beglaubigung des Bürgermeisters beizuschließen. Die Entscheidung trifft dann das Honvedministerium. Die Lebensmittel muß sich der Betreffende von jenem militärischen Oekonomieamte auf eigene Kosten beschaffen, welches die Menagegelder gelder anzuweisen hat. Die Lebensmittel können nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Vorräte ausgefolgt werden. Bei Uebernahme der Lebensmittel ist die Anzahl der Arbeiter, deren Namen und die Zeitdauer, für welche die Naturalverpflegung beansprucht wird, anzumelden.

Das mit 3 Kronen täglich festgesetzte Menagegeld hat der Arbeitsgeber ganz unabhängig von der Naturallieferung auch weiterhin pro Dekade einzusenden. Der Preis der Lebensmittel ist bei der Uebernahme sofort zu erlegen. Wenn die Arbeiterabteilung in der Nähe ihres Ersatzkörpers beschäftigt ist, ist das Oekonomieamt verpflichtet, die Brotrationen zu bestimmen und den Arbeitsgebern auszufolgen. Die Verrechnung erfolgt nach den zurzeit bestehenden Bestimmungen.

Die Zeit
17./VI. 1917

123

— (**Sicherstellung der Arbeitskräfte für die Heumahd und Ernte.**) Amtlich wird verlautbart: Die vom Ackerbauministerium auf Grund der seitens der einzelnen Länder bekanntgegebenen Anforderungen angesprochenen Kriegsgefangenen und militärischen Arbeitspartien wurden seitens der kompetenten militärischen Stellen in vollem Ausmaß zugesichert. Auf Antrag des Ackerbauministeriums hat die Heeresverwaltung auch die Verfügung getroffen, daß jeder einzelne der Landwirtschaft zur Verfügung gestellte Mann und Kriegsgefangene die für seine Verpflegung während der ersten Tage notwendige Mehlmenge mitbringt. Für die weitere Verpflegung wird durch die entsprechenden Zuschübe seitens der Zweigstellen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt Sorge getragen werden.

Pester Lloyd

17. VII. 1917

124

(Die Ernteaussichten.) Die Entwicklung der auf den Feldern heranreifenden Ernte steht im Augenblick im Vordergrund des Interesses. Amtliche Berichte über den Saatenstand wurden auch in diesem Jahre nicht ausgegeben, man ist daher lediglich auf private Berichte angewiesen. Diese privaten Meldungen sind aber naturgemäß mangelhaft und lückenhaft und können eine allgemeine Orientierung nur schwer ermöglichen. Der Verlauf der Witterung war im allgemeinen wenig günstig. Wir hatten in diesem Jahre einen außergewöhnlich trockenen Mai, was natürlich von nachteiliger Wirkung auf den Stand der Felder war. Erst gegen Ende Mai, Anfang Juni, zeigte der Witterungscharakter eine Wendung zum Bessern und es kamen Niederschläge anfangs häufiger und ausgebreiteter, dann wieder spärlicher, die jedenfalls sehr willkommen, aber keineswegs genügend waren. Nichtsdestoweniger aber ist der Stand doch wesentlich günstiger, oder, wenn wir uns reservierter ausdrücken wollen, nicht annähernd so ungünstig, wie vielfach angenommen wurde. Vor allem sind die Aussichten für die Hauptfrucht Weizen im großen und ganzen ziemlich befriedigend. Schwach ist der Stand hauptsächlich in einem Teil der Theißgegend, wo die Pflanze überhaupt von Anfang an schwächer war, wo aber merkwürdigerweise der Mai trotz des Mangels an Niederschlägen eher eine Besserung brachte, weil der Boden doch ziemliche Feuchtigkeit enthielt. Im allgemeinen vollzieht sich die Körnerbildung beim Weizen in ganz befriedigender Weise, sie würde aber jedenfalls auch noch eine wesentliche Verbesserung erfahren können, wenn in den nächsten Tagen ausgiebige Niederschläge kämen. Aber selbst wenn diese Niederschläge ausbleiben, dürften wir in Weizen auf eine leidliche Mittelernte rechnen können. Der Ertrag in Stroh wird aber unter allen Umständen ein schwacher sein, weil die Pflanze überall kurz im Halm ist. Schwächer als der Stand in Weizen ist der von Roggen, welcher durch Frost gelitten hat. Aber auch bezüglich Roggen hörte man in den letzten Tagen Berichte, die eher eine Besserung erkennen lassen. Unbefriedigend ist der Stand der Frühjahrssaaten: Gerste und Hafer. Diese beiden Artikel sind teilweise spät angebaut worden und durch Regenmangel beeinträchtigt, in der Entwicklung ziemlich zurückgeblieben. Sie versprechen derzeit nur ein Erträgnis unter mittel, wobei aber auch gesagt werden kann, daß rechtzeitig einsetzender Regen noch immer vieles verbessern könnte. Was den Mais anlangt, so sind die Berichte wohl nicht ganz einheitlich, aber doch im großen und ganzen befriedigend. Die früh gebauten Saaten haben sich durchweg gut entwickelt und stehen, namentlich in den für die Maisproduktion ausschlaggebenden südlichen Gebieten, ganz zufriedenstellend. Bloß die später angebauten Maissaaten sind ungleichmäßig entwickelt und brauchen baldigen und ausgiebigen Regen, der die bisherigen Mängel noch vollständig beheben könnte. Natürlich ist Regen auch für die besser stehenden Maissaaten überall dringend erwünscht. Auch für die übrigen Hackfrüchte, namentlich Kartoffeln, käme ein baldigst einsetzender Regen noch nicht zu spät, könnte vielmehr noch immer ganz gute Erträgnisse ermöglichen. Die seit Anfang Juni vorgekommenen Regenfälle waren nicht gleichmäßig verteilt; die Niederschläge variierten zwischen der ausgiebigen Menge von vierzig Millimetern und der ganz unbedeutenden von einem bis zwei Millimetern. Ganz ohne Regen blieben nur ganz vereinzelte Landstriche. Wo Regen gefallen ist, war er von der allerwohltätigsten Wirkung auf die Vegetation. Da jedoch in den meisten Gegenden mehr oder minder ausgiebige Niederschläge vorkamen, kann das die Hoffnung auf eine erträgliche Ernte stärken. Dazu tritt auch noch eine andere sehr gewichtige Tatsache; die Meldungen über den Saatenstand in Deutschland sind durchaus befriedigend und auch aus Oesterreich, wo es in den letzten Tagen ziemliche Regenfälle gab, ist der Stand zumeist befriedigend. Ueberdies sind die Meldungen, die aus dem besetzten Gebiete in Rumänien kommen, durchaus verheißungsvoll. Gerade in unserem heutigen Morgenblatte hatten wir einen ausführlichen Bericht darüber. In Rumänien sind 90 bis 95 Prozent des besetzten Gebietes bebaut und die Saaten haben unter dem Einflusse genügender Niederschläge sich gut entwickelt. Der Ertrag der Ernte in Rumänien, wie übrigens auch der der gleichfalls befriedigend entwickelten Felder in Serbien und in den übrigen besetzten Ländern wird jedenfalls in ausreichender Weise dazu beitragen, die Ernährung der Bevölkerung in allen Ländern der Mittelmächte für die nächste Kampagne sicherzustellen.

Neue Freie Presse
17. VI. 1917

125

[Witterungsverlauf und Ernteaussichten.] In zwei bis drei Wochen ist in der Monarchie der Schnitt überall in Gang. Je näher diese Zeit heranrückt, desto stärker tritt natürlich der Wunsch hervor, daß der Ertrag, der auf den Feldern steht, auch voll hereingebracht wird, weil die Erinnerung an den Jahren haftet, in welchen gute Ernteaussichten durch ungünstiges Wetter noch während des Schnittes geschmälert wurden. Daß im dritten Kriegsjahre der Witterungsverlauf und sein Einfluß auf die reifende Frucht mit vermehrter Sorgfalt beobachtet wird, ist nur selbstverständlich. Hat doch die Kriegswirtschaft und der rationierte Verbrauch tief in die Lebensgewohnheiten jedes einzelnen eingegriffen. In der letzten Zeit entspricht die Witterung nicht ganz den Wünschen der Landwirtschaft, und die Bedenken wegen der trockenen Wärme, die nun schon seit längerem anhält, nehmen zu. Es wird gefürchtet, daß der Frühjahrsanbau, also insbesondere Gerste und Hafer, im Wachstum zurückbleiben und früher, als ihrer Entwicklung entspricht, reif werden. Tatsächlich läßt sich aber, weil die kühlen Nächte die Taubildung fördern und in vielen Gegenden leichte Strichregen fielen, eine Notreife nirgends konstatieren. Uebrigens kann auch bei niedrigem Halmwuchs der Ertrag der Kornfrüchte ein voll entsprechender sein. In sonnigen und warmen Jahren ist in der Regel die Kernbildung, auf die es bei allen Zerealien hauptsächlich ankommt, eine sehr gute. Volle Aehren mit kräftigen mehlreichen Kernen entschädigen reichlich für einen möglicherweise geringeren Strohertrag. Für die Sommerfrucht, die heuer später als sonst angebaut wurde und sich dann rasch entwickelt hat, wären ausgiebige Niederschläge gewiß sehr erwünscht, und wenn sie bald eintreten, kommen sie dem Wachstum und damit auch dem Strohertrag der beiden Fruchtgattungen sehr zustatten. Gerste und Hafer gelangen aber nicht in erster Reihe zum Schnitt. Weizen sowie Korn, die zuerst schnittreif werden, berechtigen während ihrer ganzen Entwicklungszeit zu guten Erwartungen. Diese im vorigen Herbste angebauten Fruchtgattungen sind kräftig und voll entwickelt; sie haben zumeist schon abgeblüht und gedeihen nun während der Reife im Kern. Das trockene und warme Wetter der letzten Wochen hat ihnen gewiß nicht geschadet, zumal auch Strich- und Gewitterregen die Pflanzen zeitweise erfrischten. Man rechnet in beiden Brotstoffen zumindest mit einem Mittelertrag schon deswegen, weil der Anbau größer war als in den letzten Jahren. In Ungarn wird der Schnitt bald aufgenommen werden, und da heuer auch dort die Organisation des Verbrauches straffer wird, ist eine größere Beteiligung des österreichischen Konsums mit ungarischem Produkt zu gewärtigen. Der Stand der Maispflanze befriedigt, sie verträgt das trockene und warme Wetter sehr gut. Die Spätfrüchte, Kartoffel und Rüben würden der Niederschläge schon eher bedürfen. Alles in allem kann nach den vorliegenden privaten Berichten sowohl in Oesterreich als in Ungarn auf ein entsprechendes Ergebnis in Weizen und Korn, also in den eigentlichen Brotstoffen, gehofft werden. Niederschläge, sofern sie vor dem Beginn des Schnittes eintreten würden, könnten die Ernteaussichten in Gerste und Hafer beträchtlich verbessern. Die Aussichten der kommenden deutschen Ernte befriedigen. Das Sommergetreide hat sich recht gut entwickelt, insbesondere wird der Stand von Hafer gelobt. Den Kartoffeln ist die späte Bestellung, die sie vor Nachtfrösten bewahrte, sehr gut bekommen. Ueber die Aussichten der rumänischen Ernte hört man nur Gutes. Da dort die Ernte schon bald beginnt, konnte der Abtransport der alten Vorräte bis auf die Restbestände erfolgen. — In den letzten Tagen lauten die Nachrichten bezüglich der Ernte Rumäniens sehr günstig. Insbesondere die Herbstsaaten standen bis zum Beginn des Juni sehr befriedigend und seit dieser Zeit sind reichliche Niederschläge zu verzeichnen gewesen. Der junge Mais steht bisnun etwas über mittel, die übrigen Frühjahrssaaten bisher unbedeutend unter mittel, doch dürfte auch hier der inzwischen gefallene reichliche Regen wesentliche Besserung gebracht haben. Nach den amtlichen Mitteilungen aus Berlin sind in dem von uns besetzten Gebiete Rumäniens je 1·7 Millionen Hektar mit Weizen und Mais bepflanzt worden. Es ist anzunehmen, daß es je 1·3 Millionen heißen soll. Bei einer Weizenernte über mittel ist in Rumänien auf eine Fechsung von 20 Hektoliter per Hektar zu rechnen, das käme also einem Gesamtergebnis von zirka 26 Millionen Hektoliter gleich. Man hat in Rumänien in den Jahren des Friedens bei einer Mittelernte 50 Prozent des Ergebnisses für den heimischen Bedarf und den Anbau in Abzug gebracht. In diesem Quantum war jedoch auch die sehr namhafte Weizenmenge inbegriffen, welche die Mühlen des Landes zu Mahlzwecken konsumierten und wovon ein sehr ansehnlicher Teil als Mehl in die Türkei, nach Griechenland und nach Aegypten ging. Wenn man nun ins Auge faßt, daß ein großer Teil des noch wehrfähigen Rumänien sich außerhalb des von uns besetzten Landes befindet, wenn des weiteren in Betracht gezogen wird, daß ein namhafter Teil der Intelligenz des Landes außer Landes geflüchtet ist und daß die überwiegend zurückgebliebene bäuerliche Bevölkerung für den Weizenkonsum viel weniger in Betracht zu kommen braucht, weil ihr Hauptnahrungsmittel der Mais bildet, so wird angesichts des ins Kalkül gebrachten Ernteergebnisses auf eine Ausfuhrmöglichkeit von 15 Millionen Hektoliter Weizen zu rechnen sein, wobei der Bedarf für die Besatzungsarmee bereits in Abschlag gebracht worden ist. Die Qualität und das Naturalgewicht werden natürlich in diesem Jahre eine besondere Rolle zu spielen haben. Der rumänische Weizen ist überwiegend dünnschalig und von bedeutendem Klebergehalt. Der Schnitt in der Walachei beginnt in normalen Jahren gegen Ende Juni neuen Stils und der rumänische Weizen neuer Ernte war dann immer der erste auf dem Weltmarkte ausgeboten. In der Moldau beginnt die Ernte vierzehn Tage bis drei Wochen später. In den letzten Tagen ist auch gemeldet worden, daß die Getreideausfuhr aus Rumänien zurzeit sehr bedeutend ist, nämlich daß per Tag bereits schon der Tagesbedarf an Brotgetreide für 100 Millionen Menschen zur Ausfuhr gelangte. Wenn wir 200 Gramm Brotgetreide per Kopf kalkulieren, so hat die Exportmöglichkeit schon die Höhe von 2000 Waggonladungen Feldfrüchte per Tag erreicht, ein Quantum, das man für noch wesentlich steigerungsfähig halten kann, zumal die ergiebigsten Weizengegenden des Landes am Wasser gelegen sind und auf dem Wasserwege bei gutem Wasserstande noch größere Getreidemengen bewältigt werden können. — Laut eines dem ungarischen meteorologischen Landesamte zugekommenen Berichtes hat es in den letzten 24 Stunden in folgenden Orten geregnet: Teregova 12, Nagyszeben 6, Facset und Gyulafehervar 5, Aknaszlatina 3, Nagybanya 2, Karansebes 1 Millimeter.

Pester Lloyd 20. VI. 1917

N6

Fortschritte der Samenveredlung in Ungarn.

Von Béla Balkányi.

Hatvan, Mitte Juni 1917.

Kaum zehn Tage trennen uns von der neuen Ernte. Wer Lust hat, unter den wogenden Weizensaaten zu wandern, wird jetzt ein gutes Stück Erfahrung nach Hause bringen. Unsere Ernteaussichten sind heuer nicht sehr günstig. Der Mairegen, der Goldregen der Landwirte, hat uns gefehlt. Die Felder geben nicht den freudvollen Anblick, wie in guten Jahren. Doch gibt es mitunter auch Ausnahmen. Es gibt Felder, die unter denselben klimatischen Verhältnissen, wie auf dem Nachbargute, durch den üppigen Stand der Saaten sich auszeichnen. Einen solch herzerfreuenden Anblick bietet die Domäne der Firma Ignaz Deutsch u. Sohn in Hatvan, die jetzt einer kleineren Gruppe von Oekonomen gezeigt wurde. Durch Tiefackerung und durch rationelle Konservierung der Bodenfeuchtigkeit ist es hier gelungen, auch in diesem Jahr den ungünstigen Witterungsverhältnissen zu trotzen und eine leidliche Ernte hervorzubringen.

Der eigentliche Zweck der landwirtschaftlichen Exkursion, in der das Ackerbauministerium durch den Sektionsrat Dr. Reuß, der Landesverband ungarischer Landwirte durch den Sekretär Reichenbach, der Heveser landwirtschaftliche Verein durch den Sekretär Engel, der Pester landwirtschaftliche Verein durch den Oberstuhlrichter Sárkány, der Nyitraer Verein durch den Sekretär Sándorházy und durch zahlreiche ausgezeichnete Landwirte vertreten war, war die Besichtigung der Samenveredlungsanlagen der Hatvaner Domäne. Die Samenveredlung hat in Ungarn dadurch eine ungemein große praktische Bedeutung gewonnen, daß auf die Anregung der Magyaróvárer Pflanzenzuchtanstalt hin sich einige große Domänenbesitzer entschlossen haben, eigene Samenzuchtanlagen einzurichten. Die Leiter der Hatvaner Domäne, Baron Josef Hatvany-Deutsch und sein Nachfolger Dr. Albert Hirsch haben mit großem Eifer diese neue ökonomisch-wissenschaftliche Tätigkeit eingeführt. Eine unermüdliche Arbeit unter der sachgemäßen Leitung und ständigen Kontrolle des Professors Grabner, Direktors der Pflanzenveredlungsanstalt, hat schon in fünf Jahren einen großen Erfolg gezeitigt.

Die Teilnehmer an der Exkursion wurden durch die Professoren Grabner, Gyárfás und Legány über alle Einzelheiten der Hatvaner Samenveredlungsarbeiten belehrt. Zwei Wege sind beschritten worden, die beide zur Vergrößerung der Ernten führen. Der eine ist der Weg der individuellen Samenauswahl. Die allgemein verbreiteten Getreidearten sind bekanntlich voneinander sehr verschieden. Es werden jene Individuen ausgewählt, die sowohl nach Ertrag, wie nach Qualität sich besonders auszeichnen und sich den ungünstigen Witterungsverhältnissen und den Pflanzenkrankheiten gegenüber besonders widerstandsfähig zeigen. Die ausgewählten Samen je eines Pflanzenindividuums werden im Zuchtgarten jahrelang beobachtet, ob sich ihre guten Eigenschaften weiter vererben. Auf der Hatvaner Domäne hat man von zweitausend Individuen ausgehend, durch jahrelange Beobachtung und Aussmusterung der ungeeigneten jene Getreidearten ausgewählt, die für die dortigen, wie auch jene, die für die westungarischen klimatischen Verhältnisse dem unveredelten Samen gegenüber den größten Mehrertrag geben. Die zweite, ähnliche Sorgfalt und Präzisität erheischende wissenschaftliche Tätigkeit, die auch in dem Hatvaner Zuchtgarten durchgeführt wird, ist: die Kreuzung ausländischer, reichtragender Weizensorten mit anderen einheimischen, die dem Frost und der Dürre gegenüber mehr widerstandsfähig sind und noch vor dem Eintritt der Julihitze reif werden, — um solche Individuen zu erzeugen, die die günstigen Eigenschaften beider Eltern vereinigen.

Die Weizenveredlungsarbeiten sind auf der Hatvaner Domäne bereits derart fortgeschritten, daß wir uns auf dem freien Felde von dem ausgezeichneten Erfolg einzelner veredelten Weizenarten überzeugen konnten. Die Anlage in Hatvan wird in zwei oder drei Jahren für sechzig bis siebzig tausend Joch Weizenboden Edelsamen liefern. Das mehrere hundert Waggons betragende Saatgut wird aus der Nachkommenschaft eines einzigen Pflanzenindividuums erzeugt. Wenn diese Arbeit in ähnlicher Weise auch auf anderen Großgütern durchgeführt wird, so gelingt es uns vielleicht in acht oder zehn Jahren Edelsamen der Hauptgetreidearten für ganz Ungarn zu erzeugen. Rechnen wir nur einen Mehrertrag von zwei Meterzentner pro Katastraljoch, dann können wir allein auf diese Weise, auch bei den jetzigen Wirtschaftsmethoden in acht oder zehn Jahren Ungarns Getreideproduktion um zwanzig bis fünfundzwanzig Millionen Meterzentner heben.

Die Vereinigung kommerzieller und wissenschaftlicher Prinzipien, die wir auf der Hatvaner Domäne auch in der neuen Richtung der Rindviehzucht beobachten können, wobei mehr auf den Milchertrag als auf das schöne Aeußere das Augenmerk gerichtet ist, hat hier bereits jetzt einen großartigen Erfolg gebracht. Sie zeigt uns die Wege der praktischen Durchführung der Mehrproduktion und die wahre volkswirtschaftliche Bedeutung des modernen Großgrundbesitzes. Er soll nicht nur als Musterwirtschaft dienen, er soll auch durch Zuchtwahl von Pflanzen und Tieren der Veredlung unserer Kulturrassen beitragen und an der Hebung der Produktion des ganzen Landes stark fördernd mitwirken.

Österr. Volkszeitung
21./VI. 1917

122

Feuerspritzen für die Felder. Ein Wiener Leser schreibt uns: Die langandauernde Trockenheit kann zweifellos schwere Folgen für unsere Landwirtschaft und Ernährung herbeiführen. Wenn, nach dem Beispiel der Wiener städtischen Berufsfeuerwehr, die gesamten Feuerwehren Oesterreichs nach Möglichkeit sich mit der Bespritzung der zugänglichen Frühjahrssaaten, Kartoffeln usw. befassen würden, so könnte dies gewiß einigen Nutzen bringen. Freilich wäre keine Zeit zu verlieren. Interessant dürfte die Tatsache sein, daß schon vor fünfzig Jahren in Dörfern von Niederösterreich an der Brünner Straße in trockenen Jahren die Bespritzung der Gemüsegärten durch die Ortsfeuerwehren üblich war. A. Sch., XVII., Weißgasse 37.

Hamburger Fremdenblatt
21. Okt. 1917

U

N28

Die Bekämpfung der wichtigsten Gemüse-Schädlinge.

In einem Vortrag, den Herr Prof. Reh kürzlich hielt, ging der Redner davon aus, daß, entgegen dem allgemein herrschenden Aberglauben, ein strenger Winter die Schädlinge begünstigt. So war zu erwarten, daß das Jahr 1917 ein schlimmes Schädlings-Jahr würde. Die lange anhaltende Trockenheit hat nun allerdings viele Schädlinge nicht recht zur Entwickelung kommen lassen, andere aber um so mehr begünstigt. Ihr weiteres Auftreten hängt nun von dem Wetter im Sommer ab. Da aber gerade in diesem Jahr wir keine weiteren Verluste an den für die Ernährung so wertvollen Gemüsepflanzen erleiden dürfen, zeigte der Vortragende, wie man eine Anzahl ihrer wichtigsten Schädlinge zu bekämpfen hat. Von allgemein schädlichen Tieren wurden besprochen: Erdflöhe (an allen Kreuzblütlern), Drahtwürmer, die in diesem Jahre schon ungeheuer schädliche grüne Blattwanze, Nacktschnecken (bei andauernder Trockenheit wohl ungefährlich, im vorigen Jahre ungeheuer schädlich), Rote Spinne; von besonderen Schädlingen: Spargelkäfer und -fliege, Erbsenkäfer und -wickler, Wurzelfliegen an Möhren und Sellerie, Zwiebeln, Radieschen, Kohlfliege, Kohlweißling, Erdraupen, Kohl- und Bohnen-Blattlaus, Bohnen-Blasenfuß. Von jedem Schädling wurden an der Hand farbiger Wandtafeln Merkmale, Lebensweise, Schädlichkeit und Bekämpfung geschildert, und dann nochmals die wichtigsten Bekämpfungsmittel unter Berücksichtigung der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse besprochen. Als leicht erhältlich und gut wirksam wurden Uhlorbaryum, Lysol, Moosschleim, Nieswurz, Arsensalze und heißes Wasser empfohlen, besonders aber alle Kulturmaßregeln, mit denen einerseits die Pflanzen gekräftigt, anderseits die Schädlinge beseitigt werden können.

Pester Lloyd
21./VI. 1917

(Südungarischer Bauernverein.) Aus Temesvár wird gemeldet: Die unter dem Vorsitze des Abtdomherrn Franz Blaskovich gehaltene Generalversammlung dieses Vereines hat an den neuen Ackerbauminister Béla Mezőffy folgendes Begrüßungstelegramm gerichtet: „Der Südungarische Bauernverein begrüßt anläßlich seiner heutigen fünfundzwanzigsten Jahresgeneralversammlung Ew. Exzellenz, dessen weiser Leitung das Ackerbauwesen unseres Vaterlandes anvertraut ist. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses ersucht sie Ew. Exzellenz, der Preisfeststellung und Requirierung der landwirtschaftlichen Produkte nur dann zuzustimmen, wenn auch die Industrieartikel einer gleichen Behandlung teilhaftig werden und wenn bei der Feststellung des Eigenverbrauches die Lebensverhältnisse unserer Landwirte in Betracht gezogen werden. Da sich im Kreise der kleinen Landwirte bereits eine sehr große Bodennachfrage zeigt, die bei Eintritt des Friedens und nach der voraussichtlichen massenhaften Rückwanderung aus Amerika sich erheblich steigern dürfte, die Befriedigung dieser Nachfrage aber ein Landesinteresse ist, erbitten wir dringende Verfügung gegen jene übermäßige Terraingewinnung, durch welche die Banken im Wege ihrer riesigen Bodenpachtungen und Käufe die die gesunde Entwicklung und Ausbreitung der Bauernschaft unmöglich machen."

Fremdenblatt
21./VI. 1917

130

Blätter als Viehfutterersatz.

Da die andauernde Trockenheit eine Gefährdung der Viehfutterernte besorgen läßt, muß schon jetzt an die Beschaffung eines geeigneten Futterersatzmittels gedacht werden. Durch die „Korr. Wilhelm", die den Polizeirapport besorgt, wird nun die Anregung einer hohen militärischen Stelle veröffentlicht, auf das große Reservoir unserer Laubbäume, Sträucher u. dgl. zu greifen, dessen getrocknete (geschnittene, eventuell präparierte) Blätter im Notfalle wohl einen Ersatz für anderweitige Futtermittel bieten könnten. Für die Sammeltätigkeit käme in erster Linie die Schuljugend, allenfalls auch die verfügbaren mindertauglichen Militärpersonen in Betracht. Sache der maßgebenden Stellen wäre es somit, die Durchführbarkeit einer großzügigen Blättersammelaktion zu prüfen und die notwendigen Vorkehrungen für die Organisation dieser Sammeltätigkeit, für die rationelle Trocknung, Aufbewahrung und Verteilung des gesamten Materials zu treffen. Die Vorarbeiten für diese Aktion könnte am sichersten ein Komitee zum Abschlusse bringen, in dem das Ackerbauministerium als Forstschutzstelle, die Hochschule für Bodenkultur als Instanz für die Begutachtung vom Standpunkte der Nahrungsmitteltechnik, die Schul-, bezw. Militärbehörde als Organisationsstelle der Sammeltätigkeit und schließlich die Futtermittelzentrale als Verteilungsstelle vertreten wäre.

Reichspost

21./VI. 1917

Sparet mit Futtermitteln!

Bei der gegenwärtigen anhaltenden Dürre sei darauf aufmerksam gemacht, daß man in den Vororten Wiens, namentlich im Westen der Hauptstadt allenthalben kleinere und größere Wiesen, Abhänge, Waldlichtungen u. dgl. findet, wo gegenwärtig duftiges Heu steht; kein Mensch scheint sich darum zu kümmern, daß das heuer denn je kostbarere Grün von den Halmen kommt. Die anhaltende Dürre berechtigt für die Winterperiode zu ernster Sorge in der Futtermittelfrage; wir gehen einer Zeit entgegen, in welcher es wirklich auf jeden Halm ankommen wird. Nichts kann sich leichter rächen, wie gleichgültiger Schlendrian. Braucht der glückliche Besitzer der erwähnten heuerzeugenden Grundstücke das Heu nicht und bringt er es nicht in kürzester Zeit in Sicherheit, so möge man an den berufenen Stellen dafür Sorge tragen, daß eventuell durch landwirtschaftliche Landstürmer das Heu gemäht und der Verwendung zugeführt werde. Allerdings ist die Sache dringlich; sie wäre ohne viel Konferenzen, Beratungen, Gutachten u. dgl. schleunigst in Angriff zu nehmen.

Laubblätter als Futterersatz.

Die Versorgung der Tiere mit Futtermitteln erheischt mit Rücksicht auf die davon abhängige Frage der Volksernährung die allergrößte Aufmerksamkeit. Da die andauernde Trockenheit eine Gefährdung der Viehfutterernte besorgen läßt, muß es als dringendes Gebot der Vorsicht angesehen werden, schon gegenwärtig an die Lösung des Problems der Heranziehung eines geeigneten, ausreichenden und leicht beschaffbaren Futterersatzmittels zu schreiten. Es sei demnach die Anregung gegeben, auf das unerschöpfliche Reservoir unserer Laubbäume, Sträucher u. dgl. zu greifen, deren getrocknete (geschnittene, eventuell präparierte) Blätter im Notfalle wohl einen Ersatz für anderweitige Futtermittel bieten könnten. Für die Sammeltätigkeit käme wohl in erster Linie die Schuljugend, allenfalls auch die verfügbaren, mindertauglichen Militärpersonen in Betracht. Sache der maßgebenden Stellen wäre es somit, die Durchführbarkeit einer großzügigen Blättersammelaktion zu prüfen und die notwendigen Vorkehrungen für die Organisation dieser Sammeltätigkeit, für die rationelle Trocknung, Aufbewahrung und Verteilung des gesammelten Materiales zu treffen.

Neues Pester Journal
22./III. 1917
132

(Der Saatenstand in Oesterreich.) Man schreibt uns: Im Großen und Ganzen befriedigt der derzeitige Stand der Saaten. Die Anbaufläche dürfte so ziemlich den vorjährigen Umfang erreicht haben, obwohl durch den langanhaltenden strengen Winter und die bis zum ersten Drittel andauernden Regengüsse manche Flächen nicht mehr mit Getreide besät werden konnten. Die reichliche Näsſe und die darauf folgende andauernde Wärme haben alle Rückstände ausgeglichen und die Halmfrüchte stehen heute dort, wo sie in Jahren mit normalem Witterungsverlauf zu stehen pflegten. Roggen präsentirt sich derzeit recht vortheilhaft, er ist sehr hoch im Stroh, die Aehren vorwiegend gut ausgebildet, im Kern aber etwas mager; baldige Regen könnten noch vieles nachhelfen. In den höheren Lagen blüht der Weizen bei recht gutent Ansatz, welcher einen guten Ertrag verspricht. Die Pflanzen stehen dichter, der Stamm ist dick und voller Saft. Weniger günstig als der Weizen, aber noch immer gut sind die Aussichten für Gerste, wenn auch die Wintergerste etwas mager ausfallen dürfte. Nur der Hafer ist stark rückständig, dem fehlt der Regen zur rascheren Entwicklung; vorläufig ist der Hafer nicht bedroht, er kann noch immer einen reichen Ertrag an Körnern liefern, im Stroh dürfte sich aber ein großer Ausfall ergeben. Von den Knollengewächsen dürften Kartoffeln eine befriedigende Ernte liefern, wenn nur recht bald ausgiebiger Regen sich einstellt. Rüben entwickeln sich langsam und viele Flächen werden noch immer weiter bepflanzt, besonders mit spät reifenden Sorten. In Folge der kühlen Nächte bildet sich immer reichlich Thau, der die Pflanzen erfrischt und das Verdorren verhütet, ebenso die stark verzweigten Wurzeln, die die Näsſe aus dem Boden saugen. Die erste Heu- und Kleemahd war sehr reich und wird unter denkbar günstigsten Verhältnissen eingebracht. Der Weinstock ist gut ausgebildet. Die Gesammternte Oesterreichs wird mittel sein, vorausgesetzt, daß während des Schnittes keine schädigenden Regen oder Stürme sich einstellen.

Reichspost Abendbl
22. IV. 1917

1133

* **Vorträge über Gartenwirtschaft.** Aus Neidling wird uns geschrieben: Der Christliche Frauenbund für Niederösterreich ließ über Anregung der Prinzessin Eleonore Auersperg v. Goldegg in unserer Gemeinde einen äußerst lehrreichen Vortrag über Gartenwirtschaft, Gemüsebau und Gemüseverwertung abhalten. Direktor Albrecht von der landwirtschaftlichen Schule in Pyhra sandte in überaus liebenswürdiger Weise zwei seiner bewährten Lehrkräfte. Die beiden Damen hielten im Schulgebäude zwei theoretische Vorträge ab, zu denen u. a. auch Fürst Karl Auersperg und Familie, Zentraldirektor Dr. Hufnagel sowie alle Vertreter der hiesigen öffentlichen Aemter erschienen waren. Die äußerst klar gebrachten Ausführungen der Vortragenden erläuterten die richtige Einteilung des Hausgartens, seine Bearbeitung, die Fruchtfolge und Aufzucht aller Produkte. Ganz besonders wurde der jetzigen Bedürfnisse während des Krieges gedacht, wo der Mangel vieler Lebensmittel durch Gewinnung richtig gewählter Gemüsepflanzen teilweise ausgeglichen werden kann. Anschließend an die überaus trefflichen theoretischen Vorträge folgten am Tage darauf im Schloßgarten zu Goldegg praktische Vorführungen über Gemüsebau.

Reichspost

22./VI. 1917

134

Prämien für Wiener Schrebergärtner.

Der Wiener Stadtrat hat auch für das Jahr 1917 Preise für besonders zweckmäßige und eifrige Bearbeitung von Schrebergärten bewilligt. Für den Wettbewerb kommen wie in dem Vorjahre nur Vereinigungen von Schrebergärtnern, gemeinnützige Anstalten oder Stiftungen, welche Schrebergärten unterhalten, nicht aber einzelne Grundpächter oder Unternehmer unmittelbar in Betracht. Um eine Grundlage für die Aufteilung der Preise zu gewinnen, werden die Schrebergartenvereinigungen, soweit sie nicht bereits vom Wohnungsamte der Stadt Wien schriftlich darum ersucht wurden, aufgefordert, bis längstens 7. Juli an das Wohnungsamt der Stadt Wien (Vorstand Magistratsrat Dr. Sagmeister), 8. Bezirk, Schmidgasse 18, das Vereinsstatut und die Gartenordnung einzusenden und die Zahl der dem Vereine angehörenden Schrebergärtner, die Anzahl und das durchschnittliche Ausmaß der bebauten Einzelgärten sowie den Umfang und Erfolg des Kartoffel- und Gemüseanbaues bekanntzugeben.

Die Zeit
22./VII. 1917
135

Unsere Felder und Wiesen.

Ein Gang durch die Wiesen und Felder in der Umgebung Wiens bietet jetzt einen sonderbaren Anblick: sie sehen aus, als ob ein versengender Wüstenwind über sie hingefegt hätte. Die Wiesen, die nicht bewässert werden können, werden jetzt geschnitten und liefern weniger Ertrag an Heu. Die Wiesen auf feuchtem Boden und mit Bewässerungsmöglichkeiten stehen dagegen ziemlich gut, wenn auch ihnen der erfrischende Regen fehlt. Die Obsternte, auf die sich nach der so schönen Blütezeit Alt und Jung freute, bringt einige Enttäuschungen. Die Blüten wurden zwar vom Reif verschont, das junge Obst jedoch welkt in der Sonne, und Aepfel und Birnen beginnen stark abzufallen. Den Kirschen hat die Hitze weniger geschadet. Auch die Johannisbeeren (Ribisel) sehen vielversprechend aus, während die Stachelbeeren abfallen. Dies ist auch der Grund, warum viele Gärtner die Stachelbeeren noch halbreif auf den Markt brachten. Herzerfreuend ist dagegen der Anblick der Weingärten. Die metertiefen Wurzeln erfrischen sich an der Winterfeuchtigkeit, die glücklicherweise so ausgiebig war. Wenn man abends durch die Weingärten geht, zieht ein herbsüßer Duft durch die laue Luft; der junge Wein beginnt zu blühen. Die Aussichten für eine gute Weinernte sind bis jetzt recht günstige. Die Brotfrüchte sind stark in das Stroh gegangen, so daß die im Frühjahr gehegte Hoffnung wohl nicht ganz in Erfüllung gehen dürfte. Glücklicherweise steht die Ernte in Bulgarien und Rumänien sehr gut.

Österr. Volkszeitung

23./VII. 1917

(Die Ernte.) Die Ernte in Ungarn hat begonnen; Raps und Rübsen werden geschnitten. Mit diesen beiden Artikeln wird man bald fertig sein, denn die Anbaufläche war gering. Der Ertrag wird kaum befriedigen; der Kälteeinbruch im November hat die um diese Zeit schon stark entwickelten Pflanzen beschädigt und der langanhaltende strenge Winter ließ keine Erholung mehr zu. In ungefähr acht Tagen setzt die Roggenernte ein. Im Durchschnitt erwartet man einen gut mittleren Ertrag an Körnern bei reichlichem Stroh. Der Weizen reift jetzt aus und kommt unter die Sense, sobald der Roggen abgeerntet sein wird. Der Weizen dürfte ein besseres Ergebnis in Menge und Güte liefern als im Vorjahre, auch für den Fall, als weitere ergiebigere Regen sich nicht einstellen sollten. Aber eine kurze Befeuchtung wird die Ergiebigkeit sehr heben; die Aehren sind groß und füllen sich. Zu Beginn dieser Woche hat es in sehr vielen Gegenden der Monarchie geregnet; die Pflanzen wurden erfrischt, die Erde durchfeuchtet, so daß das Wachstum des Frühjahrsgetreides gefördert wird. Die Gerste stand immer recht gut, weniger der Hafer, welcher in seiner Entwicklung zurückgeblieben ist. Trotz der Hitze waren weder Gerste noch der Hafer bisher gefährdet, die bei ihren stark und verzweigt entwickelten Wurzeln die Feuchte aus der Erde sogen und die Pflanzen gesund erhielten. Die Gerste steht hoch, der Hafer aber niedrig. Letzterer kann aber trotzdem einen befriedigenden Ertrag abgeben, sobald weitere reichliche Nässe sich einstellt. Der schwache Strohertrag des Hafers wird jedenfalls ein Manko ergeben. Wird alles trocken und unbeschädigt unter Dach gebracht, so werden wir in den Hauptgetreidesorten einen guten, den Jahreskonsum deckenden Ertrag haben. Der Stand des Mais wird gelobt; dieser verträgt viel und große Hitze. Nur die Kartoffeln und alle Knollengewächse stehen insofern schwach, als sie bei wenig Nässe nur langsam vorwärts kommen. Kurze, ausgiebige Regen holen aber vieles nach. Vorläufig ist keine Gefahr des Verkümmerns zu befürchten; die kühlen Nächte erzeugen so viel Tau, daß die Pflanzen frisch bleiben. Für die Wiesen und Weiden sind reichliche Niederschläge sehr erwünscht. Die erste Heuernte ergab einen überaus reichen Ertrag von vorzüglicher Güte, welcher auch glänzend eingeheimst wurde. Aber die abgemähten Flächen bedürfen gründlicher Durchfeuchtung für das Grummet, dessen rasches Wachstum noch Aussicht für eine dritte Heumahd bieten könnte. Auch für das Feldgemüse, für das Obst, welche sehr gut stehen, ist Regen erwünscht, wie nicht minder für den Hopfen und Wein. Im Wochenlaufe wurden in Ungarn die Preise für Raps und Rübsen mit K. 90, beziehungsweise K. 86 für Rübsen und K. 45 für Waldraps festgesetzt; seitens der hiesigen Preisbestimmungskommission wurden für den Raps neuer Ernte K. 100, für den Rübsen K. 97 per 100 Kg. ab nächstgelegener Bahn- oder Schiffsstation des Erzeugers in Käufers Säcken laut R.-G.-Bl. Nr. 159 vom 10. April 1917 bestimmt. Die Festsetzung der Preise für das ungarische Getreide soll dieser Tage erfolgen und wesentlich höher als im Vorjahre sein, den Konsum aber nicht schwer belasten. Da der Staat diese ganze Ernte gleich beim Ausdreschen übernimmt und verteilen wird, ist eine gleichmäßige Versorgung im kommenden Verbrauchsjahre zu erwarten.

Kölnische Zeitung
23./VI. 1917

137

Die Bewirtschaftung der neuen Getreideernte.

WTB **Berlin**, 23. Juni. (Telegr.)

Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung dem Entwurf einer Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 seine Zustimmung erteilt. Die Erfahrungen des letzten Wirtschaftsjahres ließen es geboten erscheinen, im kommenden Erntejahr nicht nur das Brotgetreide, sondern auch Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Buchweizen und Hirse restlos zu beschlagnahmen, diese Früchte durch eine Hand zu erfassen und sie durch eine Organisation, die Reichsgetreidestelle, zu bewirtschaften. An dem bisherigen System der Erfassung des Brotgetreides, das auch auf die übrigen Früchte ausgedehnt worden ist, ist grundsätzlich festgehalten; die Lieferung der Früchte wird künftig wie bisher entweder durch den Kommunalverband als Selbstlieferer oder durch die Kommissionäre der Reichsgetreidestelle, bei deren Bestellung der Kommunalverband mitzuwirken hat, erfolgen. Dabei ist die Selbstwirtschaft der Kommunalverbände auf diejenigen Kommunalverbände beschränkt worden, die nach den Erfahrungen der Erntejahre 1915 und 1916 voraussichtlich zur Versorgung ihrer Bevölkerung bis zum 15. Mai 1918, also neun Monate, ausreichen; die Lieferung beschlagnahmter Früchte durch den Kommunalverband an die Reichsgetreidestelle als Eigenhändler (Selbstlieferung) wird ferner nur den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden und auch diesen nur dann gestattet, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen, insbesondere eine kaufmännisch eingerichtete Geschäftsstelle unterhalten, für den Einkauf mindestens zwei Kommissionäre bestellen, die gegenseitig in Wettbewerb treten und die Kommissionsgebühren restlos überwiesen erhalten, ferner der Reichsgetreidestelle wöchentlich eine genaue Nachweisung der eingekauften Mengen einsenden. Selbstwirtschaft wird es übrigens nur bei Brotgetreide und in gewissem Umfang zur Bewirkung des Futterausgleichs bei Futtergetreide geben; der Aufkauf von Hafer und Gerste zur Nährmittel- und Bierherstellung auf Grund besonderer Bezugsscheine wird nicht mehr stattfinden, die Zuweisung geeigneter Qualitäten für diesen Zweck wird vielmehr ausschließlich Sache der Reichsgetreidestelle sein. Dem Handel wird künftig eine größere Betätigungsmöglichkeit als bisher gegeben sein. Die bezüglichen Verhandlungen mit den amtlichen Handelsvertretungen nähern sich dem Abschluß.

Um die Kommunalverbände in den Stand zu setzen, den ihnen obliegenden Pflichten zu genügen und für die Aberntung, den Ausdrusch und die Ablieferung der Früchte Sorge zu tragen, sind ihnen gegenüber dem bisherigen Rechte wesentlich erweiterte Machtbefugnisse eingeräumt worden, entsprechend den schon für den Frühdrusch vorgesehenen Maßnahmen; namentlich können sie erforderlichenfalls zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen alle in ihrem Bezirke vorhandenen landwirtschaftlichen Geräte und Betriebsmittel jeder Art, also auch, soweit nicht die besondern Anordnungen des Kohlenkommissars entgegenstehen, Kohlen in Anspruch nehmen. Die Pflicht des Kommunalverbandes, für die Ablieferung der in seinem Bezirk angebauten Früchte zu sorgen, ist zu einer Haftung für die Ablieferung in der Art verdichtet worden, daß der Kommunalverband eine Kürzung der für seine versorgungsberechtigte Bevölkerung und seine Selbstversorger festgesetzten Verbrauchsmengen an Brotgetreide, Mehl und Nährmitteln zu gewärtigen hat, wenn er es etwa schuldhaft unterlassen sollte, seinen Lieferpflichten rechtzeitig zu genügen. Die Feststellung der Lieferpflichten soll auf Grund der im Sommer stattfindenden Ernteschätzung und der später vorzunehmenden Nachschätzungen erfolgen. Dabei sind die festgesetzten Mengen innerhalb der bestimmten Fristen, die darüber hinaus verfügbaren, also die sonst schon ausgedroschenen oder durch die Festsetzung nicht erfaßten Mengen, jeweils sofort nachdem sie lieferbar geworden sind, der Reichsgetreidestelle zur Verfügung zu stellen. Dieser Haftung des Kommunalverbandes mit ihren Folgen entspricht eine Haftung der Gemeinden gegenüber dem Kommunalverbande und eine Haftung der einzelnen Erzeuger gegenüber der Gemeinde oder, wo die Umlage durch den Kommunalverband unmittelbar auf die Erzeuger vorgenommen wird, der letztern gegenüber dem Kommunalverbande. Die Folgen der Haftung sollen insoweit nicht eintreten, als die Unterlassung rechtzeitiger und vollständiger Ablieferung auf einen Umstand zurückzuführen ist, den ein ablieferungspflichtiger Betriebsunternehmer nicht zu vertreten hat, insbesondere also, soweit der Ausdrusch infolge Kohlenmangels nicht möglich war oder Vorräte nachweislich ohne sein Verschulden zugrunde gegangen sind. Die Grundlage für die Überwachung der Erfassung werden die Wirtschaftskarten bilden, die für jeden landwirtschaftlichen Betrieb bei dem Kommunalverbande, wahlweise auch bei der Gemeinde zu führen sind.

Den Kommunalverbänden und Gemeinden wird durch die Neuregelung eine erhebliche Mehrarbeit auferlegt. Zu ihrer Erfüllung sollen in möglichst großem Umfang die Lehrkräfte sowie Hilfsdienstpflichtige herangezogen werden; die Verbände sollen ferner zur Erfüllung der erweiterten Aufgaben durch Gewährung von Zuschüssen aus den Mitteln der Reichsgetreidestelle instand gesetzt werden. Hierbei ist in Aussicht genommen, die Zuschüsse nicht nur nach der erfaßten Menge, sondern auch nach der Zahl der geführten Wirtschaftskarten zu bemessen.

Dem Kommunalverbande ist die Möglichkeit gegeben worden, zur raschen und nachdrücklichen Durchführung der gesetzlichen Vorschriften, namentlich der Bekämpfung des Schleichhandels, Vorräte, die einer gesetzlichen Vorschrift zuwider hergestellt oder in den Verkehr gebracht werden, ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten der Reichsgetreidestelle für verfallen zu erklären.

Über die Mengen, die die Landwirte aus ihren selbstgebauten Früchten zur Ernährung der Selbstversorger, zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehs und zur Bestellung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke verwenden dürfen, konnte in der Verordnung ebensowenig etwas gesagt werden, wie über die Mengen von Brot und Mehl, die der einzelne Verbraucher im kommenden Erntejahre zugewiesen erhalten wird. Dies alles hängt vom Ausfall der Ernte und von den Forderungen für Heereszwecke ab und kann daher erst später festgesetzt werden. Hierbei wird auf die Sicherung der Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch ausreichende Ernährung von Mensch und Tier entscheidender Wert gelegt werden.

Erntevorschätzungen.

WTB **Berlin**, 23. Juni. (Telegr.) Amtlich. Die Ergebnisse der Ernte der wichtigsten Nährfrüchte bilden die Grundlage unsrer Ernährungspolitik. Der ganze Verteilungsplan kann nur aufgestellt und die für die Sicherung unsrer Volksernährung notwendigen Maßnahmen können nur getroffen werden, wenn wenigstens in großen Zügen ein einigermaßen zuverlässiger Überblick über die zu erwartende Erntemenge gewonnen ist. Um diesen notwendigen Überblick so rasch wie möglich zu erhalten, hat der Bundesrat wie bereits im vorigen Jahre eine Erntevorschätzung der für die Volksernährung besonders wichtigen Feldfrüchte angeordnet. Diese findet für Brotgetreide und Gerste im Juli, für Hafer im August und für Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Zuckerrüben, Runkelrüben, Kohlrüben, Herbstrüben, Möhren und für Weißkohl Ende September und Anfang Oktober statt. Das Kaiserliche Statistische Amt soll bis zum 1. August bzw. 1. September und 15. Oktober im Besitz der Zahlen der Vorschätzung sein. Die Durchführung der Erntevorschätzung wird in der Weise erfolgen, daß für die einzelnen Gemeinden durch Sachverständige und Vertrauensleute Durchschnittshektarerträge festzustellen sind. Die gesamten Erntemengen sind dann auf Grund der Angaben der vor kurzem angeordneten Erntefläche nerhebung zu berechnen.

Fremdenblatt
23./VI. 1917

138

* (Die Schrebergärtner ohne Wasser.) Man schreibt uns: Arbeiter und Bürger! Bauet Gemüse, ihr helft dem Vaterland. Wir erwidern: Rettet den Schrebergärtner und schafft ihm Wasser. Trotz mehrfacher Gesuchseinreichung und persönlichen Bemühungen ist es den Schrebergartenbesitzern auf dem Himmelmuttergrund am Schafberg in Hernals nicht möglich, die Wasserrohrlegung zu einer Wasserleitung von den hiefür kompetenten Behörden zu erlangen, obwohl die Kindererholungsstätte und die Unterkunftsanlagen für Kriegssanitätshunde, welche eher noch höher liegen als die in Rede stehenden Schrebergärten, mit einer Wasserleitung versehen sind. Die Notwendigkeit der Schrebergärtner in der Kriegszeit ist nur zu gründlich erwiesen, als daß sich diese mit einer Ablehnung ihrer wiederholten Forderung nach einer Wasserleitung abfinden könnten. Ja, gerade deshalb, weil eben Krieg ist, müssen die Schrebergärtner auf dem Schafberg eine beschleunigte Inangriffnahme der Vorarbeiten zur Wasserversorgung von den Stadtbehörden verlangen. Bislang hat man die Gesuche zur Seite gelegt oder im günstigsten Falle nur oberflächlich überprüft, während dessen Arbeiter, Frauen und Kinder, ihre durch das Anstellen um Lebensmittel ohnedies äußerst verkürzte Zeit, Mühe und Schlaf opfern müssen, um von Währing auf einem mühevollen Weg schweißtriefend das Wasser aus einem bescheidenen Bächlein, das man dort langsam sammeln lassen muß, den schmachtenden jungen Pflanzen zuzutragen. Trotz der zeitraubenden, schweren Wasserbeschaffung ist es nicht möglich, das Wachstum der Gemüse in gleichem Maße vorwärts zu bringen und wenn die Wasserquelle versiegt, ist auch die bisher aufgewendete Mühe vergebens. Es gilt doch, einen Teil der Wiener Bevölkerung, der halbe Nächte für die Pflege seines Schrebergartens aufwenden muß, vor dem Hunger zu schützen. Es ist durch die trockene Witterung und die sonst herrschenden Zeitverhältnisse dringend geboten, hier rasche Abhilfe zu schaffen, sollen die Schrebergärtner am Schafberg ihre so wichtige Tätigkeit nicht ganz einstellen müssen.

Die Zeit Abend
23./VI. 1917

Organisierung der Gärtnerzufuhren.

Das Ernährungsamt beschäftigt sich gegenwärtig auch mit der Frage der Organisierung der Gärtnerzufuhren nach den Wiener Märkten. Die Wiener Gärtner, die zu normalen Zeiten sehr viel Ware auf den Markt brachten, haben seit Kriegsbeginn in der Marktbeschickung wesentlich nachgelassen und treffen besonders seit der letzten Zeit keinerlei Anstalten, die Wiener Märkte mit den Produkten ihres Fleißes besser zu bedenken. Großkonsumenten, Sanatorien, Hoteliers, Restaurateure, Spitäler usw. suchen die Gärtner in ihren Produktionsstätten auf und kaufen dort die Gärtnerwaren zu bedeutend höheren als den von den Wiener Behörden festgesetzten Höchstpreisen auf.

Um nun auch die Gärtnerproduktion ergiebiger als bisher in den Dienst der Approvisionierung Wiens zu stellen, geht, wie wir hören, das Ernährungsamt daran, nachdem die Gemeinde Wien in dieser Hinsicht nichts unternommen hat, die Organisierung der Gärtnerzufuhren nach den Wiener Märkten in die Wege zu leiten.

Da die Gärtner über Fuhrwerk- und Leutemangel klagen, ist beabsichtigt, ihnen beides zur Verfügung zu stellen. In erster Linie sollen an der Peripherie der Stadt Sammelstellen für Gärtnerprodukte errichtet und täglich die gesammelten Gemüsemengen mittelst der elektrischen Straßenbahn in die Stadt befördert werden. Hoffentlich wird die Gemeinde Wien die für diesen Zweck nötigen Transportmittel unbedingt beistellen.

Reichspost

23./VI. 1917

140

Beratungen der landwirtschaftlichen Vereinigungen im Ackerbauministerium.

Kritik an den Wirtschaftszentralen.

Amtlich wird gemeldet: Gestern fand auf Einladung und unter dem Vorsitze des Leiters des Ackerbauministeriums Sektionschef Dr. Ritter v. Seidler im Ackerbauministerium eine Konferenz mit den Präsidenten der landwirtschaftlichen Hauptkorporationen statt, an der auch Fürst Karl Auersperg und Ritter von Hohenblum namens der agrarischen Zentralstelle, der Generalanwalt des allgemeinen Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften Dr. Freiherr von Störck, Sektionschef Dr. Ritter von Ertl und andere höhere Funktionäre des Ackerbauministeriums sowie die Sekretäre der Hauptkorporationen teilnahmen. In mehrstündiger vertraulicher Besprechung wurde die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft erörtert. Die Teilnehmer an der Konferenz nahmen Gelegenheit, ihre Wahrnehmungen eingehend darzulegen und Vorschläge zur Abstellung von Uebelständen vorzubringen. Dabei zeigte sich die volle Uebereinstimmung der Vertreter der Hauptkörperschaften sowohl über die Lage der Landwirtschaft als auch über die zu ihrer Besserung einzuleitenden Schritte.

•

Ueber den Inhalt der Debatte bringt die R.-K. folgende Mitteilungen: Namens der niederösterreichischen Landwirtschaft schilderte der Präsident des Landeskulturrates RAbg. List, der mit dem Präsidialchef Ing. Loibl erschienen war, die überaus traurige Lage der Landwirte, die unter den Härten des Krieges ganz besonders zu leiden haben. In besonders scharfen Worten geißelte sodann Redner die Wirtschaftsgebarung in den Zentralen, insbesondere in der Futtermittelzentrale. In ähnlichem Sinne sprach auch der Präsident Zuleger der deutschen Sektion des böhmischen Landeskulturrates. In anschaulicher Weise beleuchteten sodann die Lage der Landwirtschaft Graf Larisch im Namen des schlesischen Landeskulturrates, Baron Merci für den Landeskulturrat Tirol-Sektion Innsbruck und der Landeshauptmann Schraffl von Tirol und alle anderen Vertreter der agrarischen Hauptkorporationen der Monarchie. Sektionschef Dr. Ritter v. Seidler faßte sodann all die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden zusammen und gab die Zusicherung, seine ganzen Kräfte in den Dienst der Forderungen der namentlich in der Kriegszeit voll zur Geltung gekommenen Landwirtschaft stellen zu wollen. Die erste Tagung schloß mit einer Vertrauenskundgebung für den Leiter des Ackerbauministeriums. — Heute fand eine Konferenz des ständigen Ausschusses des Landwirtschaftsrates statt.

Fremdenblatt Abendbl 23./VI. 1917

* (**Verpflichtung zur Ueberlassung der Dreschmaschinen.**) Nach einer Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 21. d., die mit dem Tage der Kundmachung in Kraft tritt, hat, wer Dreschmaschinen (Handdreschmaschinen, Göpeldreschmaschinen, motorisch betriebene Dreschmaschinen), Reinigungs- und Sortiermaschinen, ferner dem Betriebe von Dreschmaschinen dienende Dampflokomobile und Benzin-, bezw. Benzollokomobile besitzt, in Verwahrung hält, erzeugt oder mit ihnen Handel treibt, diese Maschinen sofort in betriebsfähigen Zustand zu setzen und sie über Anforderung der politischen Landesbehörde, dieser oder der von ihr bezeichneten Stelle vorübergehend oder für die gesamte Dauer der Druschzeit käuflich oder leihweise zu überlassen.

Reichspost

24./VI. 1917

193

*** Ein Volksdank von der südwestlichen Front.** Aus Branica bei Wippach wird uns geschrieben: Schwer war der Abschied von der wackeren Div.-Sanitäts-Kol. . . . Durch sechs Wochen ihres hiesigen Aufenthaltes hat sich die Kolonne mit ihrem Kommandanten Stabsarzt Dr. Dobnigg für die durch den Krieg so sehr betroffene Gegend große Verdienste erworben. Wiesen und Aecker im Umfange von neun Joch, vollkommen zusammenhängend, lagen bereits durch zwei Jahre brach, verwüstet von Pferden und Trainwagen. Da kam wie ein segenbringender Retter der für die Landwirtschaft so verständnisvolle Stabsarzt mit seiner Kolonne. Alle Grundstücke, die nutzlos dalagen, wurden wie im Augenblicke umgeackert, geeggt und mit Mais und Kartoffeln angesetzt. Andere Teile wieder wurden in Gemüsegärten umgewandelt und auf das Fleißigste bebaut. Dort, wo vor zwei Monaten nichts als Kot und Misthaufen lagen, ist nun ein herrlicher Acker, ein wahrhafter Segen für das Dorf Kodrcti, welches am meisten gelitten hat. Da brauchte es eines Fachmannes mit eisernem Willen und Entschlossenheit. Ein solcher war auch Stabsarzt Dr. Dobnigg. Der Vertrag, den er mit den Verpächtern geschlossen hat, zeigt die große Fürsorge für den darbenden Landwirt. In aller Herrgottsfrühe sah man den Kommandanten mit seiner Mannschaft an der Arbeit. Wenn ihn die Bevölkerung nur erblickt hatte, da hörte man schon die Worte: „Gott vergelte ihm seine Mühe und Arbeit für uns viel tausendmal!" Jawohl: Vergelts Gott nochmals! — Doch das ist noch nicht die ganze Sorgfalt, die Stabsarzt Dr. Dobnigg für diese Gegend entfaltet hat. Lag da oder dort eine Zivilperson krank, so schickte er sofort seine Aerzte an das Krankenlager. Sein Zahnambulatorium war von Zahnleidenden sozusagen belagert. Alle Patienten wurden von den trefflichen Aerzten unentgeltlich in Behandlung genommen. Aber auch die Mannschaft dieser Kolonne zeichnet sich durch Fleiß und ihr Verhalten aus. Kein Sonntag verging, an welchem nicht die gesamte dienstfreie Mannschaft und die Herren Offiziere am Gottesdienste teilnahmen und die Soldaten besorgten nicht nur bei ihrer Messe den Gesang, sondern auch beim Gottesdienst für die Zivilbevölkerung.

Nun hat uns die Kolonne zufolge höheren Befehl verlassen. Schwer war die Stunde des Scheidens. Unauslöschlich aber bleibt in der hiesigen Bevölkerung die Erinnerung an den edlen menschenfreundlichen Stabsarzt Dr. Dobnigg, seinem ganzen Stabe und seiner trefflichen Mannschaft. Gott schütze ihn und seine Braven! F. Sm.

Neues Wiener Tagblatt

24./VI. 1917

14

(Vor der Ernte.) In einzelnen Gegenden der Monarchie, im Marchfeld, in der Hanna, im südlichen Ungarn wird schon in den nächsten Tagen mit dem Schnitt begonnen. Heuer etwas früher als sonst, weil dort die trockene Wärme, die schon seit längerem anhält, die Ausreife der Winterfrucht gefördert hat. In den fruchtbaren Gebieten Ungarns, in der Backa, im Banat und zwischen Donau und Theiß, setzt zuerst der Weizenschnitt, in Oesterreich der Roggenschnitt ein. Die Aussichten für den Ertrag der Brotstoffe sind recht gut. Ihre Entwicklung, ihr Wachstum haben befriedigt, und wenn auch für sie nach dem Abblühen Niederschläge gewünscht wurden, unter der Trockenheit haben sie am wenigsten gelitten, weil sie bei deren Eintritt schon am weitesten gediehen waren. Man rechnet in Weizen auf einen vollen Mittelertrag, in Roggen auf ein normales Ergebnis. Für die Sommerfrüchte — Gerste und Hafer — ist wegen des frühen Eintritts sommerlich warmen Wetters mehr gefürchtet worden. Nicht ganz ohne Grund. Denn der Frühjahrsanbau, der heuer auch erst spät bewerkstelligt werden konnte, ist im Wachstum bis zu Beginn dieses Monats nur deswegen nicht zurückgeblieben, weil der Boden genügend Feuchtigkeit besaß. Die seitherigen Strich- und Gewitterregen haben nur die Pflanzen in ihrer Weiterentwicklung nicht aufgehalten, haben aber den Boden nicht durchfeuchtet. Für den Frühjahrsanbau, der seinen Halm noch nicht zur vollen Höhe gebracht hat, werden deswegen ausgiebige Niederschläge gewünscht. Regenfälle von längerer Dauer, wenn sie bald eintreten, würden aber nicht nur den Strohertrag verbessern, sondern wären auch der Kornbildung sehr vorteilhaft. Niederschläge in der nächsten Zeit hätten auch das Gute, daß sie dem Frühjahrsanbau nützen, und dem schon bald zum Schnitt gelangenden Brotstoffen nicht schaden würden, während spätere Regen die schon geschnittene Frucht am Felde treffen und sie in ihrer qualitativen Beschaffenheit beeinträchtigen. Jedenfalls ist nach dem jetzigen Stand in Gerste und Hafer auf einen so befriedigenden Ertrag wie in Weizen und Korn nicht zu rechnen. Die Maispflanze hat in Ungarn durch die Trockenheit nicht gelitten. Kartoffeln und Rüben benötigen aber dringend reichliche Regenfälle. Die Produktionsgebiete, von welchen Ernteüberschüsse für die Monarchie erreichbar sind, haben eine gute Ernte am Felde, was insbesondere von Rumänien gilt.

Reichspost
24./VI. 1917
145

* **Grastrocknen mit Elektrizität.** Einen eigenartigen Vorschlag, der gewiß auch für unsere Landwirtschaft, besonders in wasserreichen Gegenden, von Bedeutung werden wird, macht die Direktion der Zentralschweizerischen Kraftwerke in der „Neuen Zürcher Zeitung". Die gegenwärtige Lage fordert für unser Vieh Futter um jeden Preis, so daß der Landwirt, um nicht ganz und gar den Unbilden der Witterung ausgeliefert zu sein, auch in feuchten Sommern gutes Heu heimbringen muß. Das ist freilich nur möglich durch künstliche Trocknung, die denn auch erlaubt, das Gras dann zu trocknen, wenn es am nährstoffreichsten ist, nicht nur, wenn die Witterung es gestattet. Ja, es könnten dann nach Bedarf nur die Mengen geschnitten werden — schlechtes Wetter vorausgesetzt — welche die Trockenanlagen fassen können. Natürlich ist die Sonne noch immer das beste Trockenmittel und auch das billigste. Aber damit man das Gras nicht faulen zu lassen braucht, oder daß es zur richtigen Zeit, nicht erst überreif, gemäht werden kann, ist wohl eine künstliche Trocknung von besonderer Bedeutung. Selbstverständlich könnte jederzeit mit solchen Vorrichtungen auch das Getreide getrocknet werden und es brauchte nicht auf den Feldern zu verfaulen oder auszuwachsen, wenn ein feuchter Sommer das Einbringen erschwert. Und endlich kämen Trockeneinrichtungen auch den Arzneipflanzen zugute, deren reichlicherer Anbau bei uns mit Recht immer wieder gefordert werden muß. Gerade sie haben zu bestimmten Entwicklungszeiten den stärksten Gehalt an ihren heilkräftigen Stoffen, so daß mit der Ernte nicht erst schönes Wetter abgewartet werden kann. Die künstlich getrockneten Pflanzen sehen besser aus und behalten auch ihren Geruch besser als die natürlich getrockneten. Jede schon vorhandene Trocknungsanlage eignet sich auch für elektrischen Betrieb, der im Gebirge im Sommer wohl nie unter Wasser, also Energiemangel, zu leiden haben wird. Daher könnten die Elektrizitätswerke auch zu solchen Zwecken den Strom entsprechend billiger abgeben. Ist keine besonder Anlage da, so kann das Gras auf dem Wagen selbst getrocknet werden, indem man ihn mit einer Anordnung von aufwärtsstehenden Luftröhren mit seitlichen Luftlöchern versieht. Es können einfache Wasserleitungsröhren sein, durch die nun trockene warme Luft, die ein Heizwiderstand erzeugt, hindurchgetrieben wird. Ein Ventilator oder eine einfache Luftpumpe genügt dazu. Der Wagen wird schon mit dem Röhrensystem versehen auf der Wiese beladen, dann heimgefahren und nun an die Leitung angeschlossen und einige Stunden sich selbst überlassen. Dann ist das Gras schon zu Heu geworden. Man kann natürlich auch Kasten aus Holz, Mauerwerk, Eternit usw. aufstellen, in denen die Pflanzen einem trocknenden Luftstrom ausgesetzt, in kürzester Zeit trocknen. Die genannte Schweizer Stelle verspricht sich die größten Erfolge von ihrer Anregung, deren Erstellung mit geringen Kosten verbunden sein soll und deren Betrieb bei Ausnützung vorhandener Wasserkräfte nicht allzu hoch kommen dürfte. Es wäre daher der Vorschlag gewiß auch für unsere Gebirgsgegenden zu erwägen.

Österr. Volkszeitung

25/VI. 1917

146

Die deutsche Ernte.

Bedeutende Besserung in Aussicht.

Aus Berlin, 24. d., wird telegraphiert: Das Wolffsche Bureau meldet: Durch den in diesen Tagen in ganz Deutschland niedergegangenen Regen sind die Ernteaussichten derart gebessert worden, daß sie in Süd- und Westdeutschland geradezu als glänzend, in den mittleren und östlichen Provinzen Preußens als durchaus befriedigend angesehen werden können. Die Gefahr, daß in einzelnen Gegenden bei länger anhaltender Dürre der Roggen notreif geworden wäre, ist jetzt überall geschwunden.

Brotgetreide, besonders Roggen, steht zumeist dicht und die Körnerbildung hat gut eingesetzt. Hafer und Gerste zeigen fast überall einen vorzüglichen Stand. Die warmen Niederschläge kommen am meisten den Kartoffeln zugute, die gerade jetzt in Blüte stehen und zur Knollenbildung ausreichende Feuchtigkeit brauchen. Frühkartoffeln stehen bereits überall in Blüte.

In Süd- und Westdeutschland rechnen die Erzeuger bei der für Anfang Juli zu erwartenden Frühkartoffelernte auf recht günstige Erträge. Die überall im Gange befindliche Rauhfutterernte ergibt einen weit über den Durchschnitt stehenden Ertrag.

Tägliche Rundschau
25./VI. 1917

Die Brandgefahr für die Dauerwälder.

Vollversammlung des Zweckverbandes.

Unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reicke und in Anwesenheit des Oberpräsidenten v. der Schulenburg fand heute vormittag im Berliner Rathaus die erste Sitzung der Vollversammlung des Verbandes Groß-Berlin statt.

Im Anschluß an die von uns veröffentlichte Vorlage über die Brände in den Verbandswaldungen teilte Verbandsdirektor Dr. Steiniger mit, daß er leider das Bild, das die Vorlage über die Brandgefahr in den Groß-Berliner Wäldern gebe, noch erweitern müsse. Seit dem Bericht habe eine weitere größere Zahl von Bränden stattgefunden, die nicht weniger als 387 Morgen erfaßten, davon 14 Brände im Grundewald mit einer Brandfläche von 49 Morgen und drei Brände in Grünau mit über 328 Morgen. Auch bei diesen Bränden lägen die alten Gründe vor, vor allem ein großer Leichtsinn beim Rauchen. Wenn man die Uebeltäter zur Rede stelle, so stoße man auf eine grenzenlose Unbefangenheit. Auch das erlaubte und unerlaubte Uebernachten in Zelten habe zu Mißständen geführt, so daß Zelterlaubnisscheine nicht mehr erteilt würden. Der sachliche Schaden betrage mindestens 90—100 000 M. Der wirkliche Schaden sei aber bedeutend größer und beruhe darin, daß eine Quelle des Wohlbefindens der Groß-Berliner Bevölkerung auf Jahrzehnte verstopft werde; bestenfalls werde sich dort ein Zaun erheben, wo man sich sonst behaglich lagern könnte. Auch der unschuldige Teil der Bevölkerung habe dann unter den Folgen dieser Brände zu leiden.

Um vor allem die Jugend über die Waldbrandgefahr aufzuklären, werde der Verband Groß-Berlin an die Gemeinden und Schulverbände mit der Bitte herantreten, im Rahmen des heimatkundlichen Unterrichtes die Schuljugend zu einem richtigen Verhalten zu ermahnen. Ferner schweben Verhandlungen mit der Kommandantur über die Einrichtung militärischer Brandwachen. Vor allem sei tätige Mithilfe der gutgesinnten Bevölkerung und schärfere Bestrafung der üblen Elemente durch die Gerichte wünschenswert. Die Vorlage wurde darauf ohne Erörterung zur Kenntnis genommen.

Tägliche Rundschau
25./VII. 1917

149

Ein Reichsgetreide-Monopol? Wir haben kürzlich erwähnt, daß wieder einmal davon die Rede ist, daß nach dem Kriege zur Vermehrung der Reichseinnahmen auch ein Reichsgetreide-Monopol zu erwarten sei. Diese Annahme ist, wie wir hören, mindestens verfrüht. Sicher ist einstweilen nur, daß man bei dem Streben, höhere Einnahmen für das Reich zu erzielen, das Getreide keinesfalls unberücksichtigt lassen wird. In welcher Weise man aber das Getreide heranziehen wird, das ist noch nicht entschieden. Ein Getreidemonopol kann kommen, aber auch eine Mahlsteuer oder etwas Aehnliches. Bei einem Getreidemonopol liegt es nahe, vor allem an ein Getreide-Handelsmonopol zu denken. Einen Vorläufer dieses Planes bildete der seinerzeit viel besprochene und heiß umstrittene Antrag Kanitz, der vom Reichskanzler die Vorlegung eines Gesetzentwurfes verlangte, wonach der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides mit Einschluß der Mühlenerzeugnisse ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgen sollte. Dieser Antrag wurde zweimal — das erste Mal am 14. April 1894 mit 159 gegen 46 Stimmen, das zweite Mal am 17. Januar 1896 mit 219 gegen 97 Stimmen — im Reichstage abgelehnt. Seitdem aber haben sich die Zeiten und mit ihnen die Auffassungen über derartige Fragen grundsätzlich geändert. Es ist klar, daß die Einführung eines Getreide-Handelsmonopols besondere politische Abmachungen mit anderen Staaten, in erster Linie mit Oesterreich-Ungarn, bedingen würde.

Vossische Zeitung
25./VI. 1917
148

Ernte-Aussichten.

Die Versorgung der Mittelmächte und die Welternte.

Amtlich wird durch W. T. B. geschrieben: Die in diesen Tagen in ganz Deutschland niedergegangenen warmen Regen haben die Ernteaussichten in Deutschland so gebessert, daß sie in Süd- und Westdeutschland als geradezu glänzend, in den mittleren und östlichen Provinzen Preußens als durchaus befriedigend angesehen werden können. Die vereinzelt bestehende Gefahr, daß bei längerem Anhalten der Dürre der Roggen notreif geworden wäre, ist jetzt überall behoben. Brotgetreide, besonders Roggen, steht meist dicht, und die Körnerbildung hat gut eingesetzt. Hafer und Gerste haben fast überall einen vorzüglichen Stand. Die warmen Regen kommen am meisten den Kartoffeln zugute, die gerade jetzt in Blüte stehen und zur Knollenbildung ausreichende Feuchtigkeit brauchen. Die Frühkartoffeln stehen bereits überall in Blüte. In Süd- und Westdeutschland erwarten die Erzeuger bei der Anfang Juli zu erwartenden Frühkartoffelernte recht günstige Erträge. Die überall im Gange befindliche Rauhfutterernte ergibt einen weit über dem Durchschnitt stehenden Ertrag.

*

Von anderer Seite wird uns noch berichtet: Die Meldungen über die Ernteaussichten aus Oesterreich-Ungarn sind befriedigend. Man erwartet dort bessere Ernten als im Vorjahr. In Ungarn schätzt man das Ergebnis 20—25 v. H. höher als 1916. In der Türkei wie auf dem ganzen übrigen Balkan übersteigt der Gesamtanbau die früheren Erwartungen. In Serbien soll neben Getreide auch die Obstkultur (Pflaumen) durchaus vorteilhaft stehen. In Rumänien geht der Weizen seiner Reife entgegen. Wenn auch der Hektarertrag die Friedensergebnisse nicht erreichen dürfte, so mag die Feststellung genügen, daß nach den amtlichen Ermittelungen insgesamt 2,66 Millionen Hektar von der in unseren Händen befindlichen Kulturfläche bepflanzt wurden. Im Jahre 1913 wurde in ganz Rumänien auf einem Areal von 5 Millionen Hektar eine Menge von 6,5 Millionen Tonnen Getreide aller Art eingeheimst.

Für Deutschland ist das Durchhalten unter allen Umständen gesichert. Die neue Ernte wird uns, abgesehen von den zu erwartenden großen rumänischen Zufuhren, unsere Versorgung im vollen Maße gewährleisten.

Reichspost
26. VII. 1917

150

* **Die Wünsche der Hopfenbauer.** Eine Abordnung der Hopfenbauverbände Oesterreichs sprach am 21. d. beim Finanzminister und bei dem Leiter des Ackerbauministeriums Doktor v. Seidler vor und verwies auf die schwierige Lage, in welche die österreichischen Hopfenbauer gelangt seien. Die Abordnung verwies darauf, daß die Hopfenbauer eine Organisation geschaffen hätten, die dem Hopfenproduzenten eine Festigung der Hopfenpreise garantieren soll, indem sie die etwaige Differenz zwischen den Produktionskosten und dem Tagespreis ausgleichen sucht. Diese Organisation, die als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet wurde, wendet sich nun an die Regierung um Unterstützung. Die Sprecher der Abordnung verwiesen auf die große Bedeutung des Hopfens als Ausfuhrartikel, wodurch etwa 30 bis 40 Mill. Kr. jährlich in das Land kommen und die Valuta verbessert wird. Sowohl der Finanzminister als der Leiter des Ackerbauministeriums erklärten, daß die Regierung der angeregten Frage das lebhafteste Interesse entgegenbringe und versprachen die werktätige Unterstützung der von den Hopfenbauern ins Leben gerufenen Organisation durch die Regierung und deren Organe.

Westungarischer-Grenzbote

27. VII. 1917

9/27

151

Die Erntemarschkompagnien. Aus Wien wird gemeldet: Eine wichtige Kriegsmaßregel, wichtig sowohl für die Front als auch für das Hinterland, die der Einbringung unserer Ernte dienen soll, ist von unserer Heeresleitung beschlossen worden und bereits in der Durchführung begriffen. Danach werden „Erntemarschkompagnien" zusammengestellt, die, dorthin wo es notwendig sein wird, entsendet werden, um bei den Erntearbeiten mitzuwirken. Dadurch werden die übrigen Vorsorgen für die Ernteeinbringung, die in der Beurlaubung der selbständigen Landwirte und in der Beistellung von Arbeitspartien bestehen, aufs wirksamste ergänzt. Man kann sich die Erntemarschkompagnien als vollkommen intakte Kampftruppen vorstellen, die wie für die Front bewaffnet und ausgerüstet sind und in jedem Augenblick in der Lage sein müssen, anstatt der Pflugschar das Gewehr zu gebrauchen.

Neue Freie Presse
27./VI. 1917
752

Ernte und Weltkrieg.

Wien, 26. Juni.

Die Ernteergebnisse im Jahre 1917 sind nicht bloß für die Zentralmächte von großer Bedeutung; es ist sogar anzunehmen, daß die heurige Ernte und ihr Erfolg vielleicht zu einem ausschlaggebenden Faktor im Weltkriege werden dürften. Man muß sich daran erinnern, daß England, Frankreich und Italien allein in ungünstigen Erntejahren etwa 100 Millionen Meterzentner verschiedener Getreidegattungen importieren müssen, daß außerdem noch Spanien und Portugal, die skandinavischen Staaten und die Schweiz auf Getreideeinfuhren angewiesen sind, ohne welche sie den dringendsten Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln nicht decken können. Die Ernteaussichten in England sind sehr ungünstige, hauptsächlich deshalb, weil der Herbstanbau infolge der Witterungsverhältnisse und des Mangels an Arbeitskräften nicht genügend durchgeführt werden konnte und da auch die weitere Jahreszeit der Entwicklung der Saaten nicht förderlich war. So übersteigt der Importbedarf Englands in allen Getreidegattungen sowie in Kartoffeln und Fett weit den von Normaljahren, wobei der gesteigerte Verbrauch, der durch die Ernährung der Armee hervorgerufen wird, nicht in die Rechnung gezogen ist. Nicht günstiger liegen die Verhältnisse in Frankreich und Italien. Auch dort ist das Erntedefizit weit größer als in Normaljahren, leicht begreiflich, denn infolge des Krieges, des Mangels an Arbeitskräften und in Italien infolge der Schwierigkeit der Beschaffung von Kunstdünger ist die Ergiebigkeit des Bodens stark zurückgegangen und das Wetter konnte diese widrigen Verhältnisse nicht ausgleichen.

Wie soll nun dieses Defizit gedeckt werden? In Normalzeiten liefern in erster Reihe die Vereinigten Staaten und Kanada, dann Rußland und die Donauländer den europäischen Getreidemärkten ihren Ueberschuß ab. Der Bedarf von etwa zwei Dritteln des Jahres wurde regelmäßig durch diese Zufuhren gedeckt, während das letzte Drittel der Kampagne sowie die Vorratsauffüllung durch die Bezüge aus Argentinien, Australien und Indien erfolgt. Im heurigen Jahre ist nun diese letzte Aufgabe, die von besonderer Wichtigkeit ist, nur sehr schlecht erfüllt worden, denn der Unterseebootkrieg und der mangelnde Schiffsraum sowie die argentinische Mißernte haben hier zusammengewirkt, und die Länder der Entente werden sich glücklich schätzen, wenn sie bis zur neuen Ernte ihren Bedarf decken können. Von irgendwelcher Lagerfüllung kann nicht die Rede sein. Die Unterbrechung des Weltgetreideverkehrs hat nun gewaltige Verschiebungen hervorgerufen. Der Importbedarf der europäischen Konsumländer ist während des Krieges stark gestiegen, wenn auch Deutschland, welches in Normaljahren gleichfalls zu diesen Importländern zählt, durch den Krieg vom Weltverkehr vollkommen abgeschlossen ist. Aber selbst ohne Deutschland und Oesterreich-Ungarn mitzurechnen, ist der Verbrauch Englands, Frankreichs, Italiens und der neutralen Staaten sicher nicht zurückgegangen, wohl aber hat die Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlichen Bodens überall abgenommen. Rußland und die Donauländer kommen für den Weltverkehr nicht in Betracht und so sind die europäischen Einfuhrstaaten zunächst ausschließlich auf die nordamerikanischen Zufuhren angewiesen. Daß die amerikanische Weizenernte 650 Millionen Bushel kaum übersteigen dürfte, steht wohl fest, ebenso wie daß Ueberschüsse aus dem Vorjahre in Amerika nicht vorhanden sind. Bestenfalls würden etwa 15 Millionen Meterzentner Weizen und etwa ebensoviel Mais für die Ausfuhr zur Verfügung stehen. Wie groß die Exportfähigkeit Kanadas sein wird, ist schwer zu sagen. Mit einer reichen kanadischen Ernte ist nicht zu rechnen, denn die Anbaufläche ist dort stark zurückgegangen; es fehlt dort nicht nur der Einwandererstrom, sondern die kanadischen Truppen, welche in Europa kämpfen, wurden den kanadischen Landarbeitern entnommen, so daß tatsächlich nur der Mangel an Arbeitskräften die Ursache des Rückganges der Anbaufläche ist. Kanada kommt nun nur für die Weizenausfuhr in Betracht, und wenn wir selbst günstige Exportziffern annehmen, so wird die kanadische Ausfuhr die nordamerikanische nicht übersteigen.

Wenn wir dieses nackte Ziffernmaterial sprechen lassen, so müssen wir sagen, daß in dem nächsten Halbjahr die Brot- und Mehlversorgung Europas, und nicht bloß der Zentralmächte, die Sorge aller Regierungen sein wird. Hiebei dürfen natürlich die Gefahren der Unterseeboote nicht übersehen werden, die nicht bloß darin bestehen, daß mit Getreide beladene Schiffe allwöchentlich versenkt werden, sondern mehr noch in der fortschreitenden Minderung des Schiffsraumes. Getreide muß auch aus Indien, Australien und Argentinien verschifft werden. Das bedeutet eine dreimal so lange Seereise als aus Nordamerika, braucht also den dreifachen Schiffsraum. Schon jetzt ist es schwer, für die australischen Sendungen die nötigen Dampfer zu finden; um wieviel bedenklicher wird dies bei der erfolgreichen Tätigkeit der Unterseeboote im nächsten Jahre fallen?

Schwierig für die Länder der Entente ist weiter die notwendige Berücksichtigung der neutralen Staaten, deren Getreide-Importbedarf doch in erster Reihe gedeckt werden muß. Wohl macht Amerika, wie es scheint, den Versuch, diese Länder durch die Drohung der Unterbindung der Getreidezufuhr in den Machtbereich der Entente zu zwingen. Aber selbst wenn dies gelänge, so würde der Getreidebedarf dieser Länder darum nicht geringer und müßte vorzugsweise befriedigt werden.

Mit diesen Tatsachen scheint die Preisbewegung der amerikanischen Getreidemärkte während der letzten Tage in Widerspruch zu stehen. Die Getreidepreise sind nämlich anhaltend im ganzen um 50 Cent für den Bushel zurückgegangen, sind allerdings heute noch immer so hoch, wie sie überhaupt noch nie waren. Die Ursache hievon liegt aber weder in den gebesserten Ernteaussichten, noch in einer günstigeren Beurteilung der Exportmöglichkeiten, sondern ausschließlich in der Angst, daß daselbst eine Regierungspolitik ähnlich wie in Europa ergriffen werden und mit einer Beschlagnahme der Ernte und Festsetzung von Höchstpreisen vorgegangen werden könnte. Die Gerüchte, daß derartige Eingriffe geplant seien, scheinen sich in den letzten Tagen verdichtet zu haben, und so haben große Käufergruppen Realisierungen vorgenommen, um ihre Gewinne in Sicherheit zu bringen.

Wie steht es nun mit der Getreideversorgung der Zentralmächte? Zunächst ist festzustellen, daß die Ernteaussichten Bulgariens sehr günstige sind und das Land nicht bloß sich selbst versorgen, sondern auch Ueberschüsse nach der Türkei senden kann. In Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben sich infolge der lang anhaltenden Trockenheit die Ernteaussichten eher verschlechtert und man darf nicht mit jenen großen Erträgen rechnen, auf die man Mitte Mai hoffte. Allerdings darf die Situation keineswegs pessimistisch beurteilt werden. Vor allem scheinen die Weizensaaten sich am widerstandsfähigsten erwiesen zu haben; einzelne Strich- und Gewitterregen dürften vollkommen genügt haben, und nach den Nachrichten aus den Hauptproduktionsgegenden Deutschlands und Oesterreich-Ungarns kann noch immer mit einem normalen Ertrag an Weizen, vielleicht auch in Roggen gerechnet werden. Die Dürre hat der Gerste, sowie den Futterpflanzen geschadet, insoweit sich dies heute überblicken läßt. Die Pflanzen waren aber infolge der Bodenfeuchtigkeit, die dem langen nassen Winter zu danken ist, kräftiger entwickelt als sonst; wenn noch halbwegs rechtzeitig ausgiebige Niederschläge eintreten, dürften manche Schäden noch gebessert werden. Günstige Nachrichten liegen aus Serbien und Rumänien vor; man darf hoffen, daß zumindesten in Brotfrüchten das was in den Ländern der Zentralmächte fehlt, von dort aus gedeckt werden kann. So kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß wir in der Brot- und Mehlfrage in diesem Jahre besser daran sein werden als unsere Feinde; mit voller Zuversicht können wir damit rechnen, daß der Hunger uns auch in dieser Kampagne nicht niederringen wird.

Hamburger Fremdenblatt

27. VI. 1917 153

Bekanntmachung

betreffend

die Verteilung von Futtermitteln.

Die Futterverteilungsstelle der Landherrenschaften wird vom 2. bis 12. Juli an die Inhaber von Futterkarten der Landherrenschaften wie folgt Futter verteilen:

1. an die Besitzer von Schweinen für jedes auf der Karte im Abschnitt „sonstige Schweine über acht Wochen" vermerkte Stück gegen Abschnitt 13 der Futterkarte entweder

   100 Pfd. Einheitsfutter für Schweine, zum Preise von 30 Mark für den Zentner, ohne Sack, oder

   50 Pfd. Einheitsfutter für Ferkel, zum Preise von 28 Mark für den Zentner, ohne Sack;

2. an die Besitzer von Geflügel, das sowohl im Stadt- wie im Landgebiet gehalten wird, auf Abschnitt 62 der Futterkarte für jedes auf der Karte vermerkte Stück Geflügel entweder

   1 Pfd. Einheitsfutter für Geflügel, zum Preise von 30 Mark für den Zentner, ohne Sack, oder

   1 Pfd. Weichfutter für Geflügel, zum Preise von 25 Mark für den Zentner, ohne Sack.

Die Abgabe der Futtermittel erfolgt ausschließlich an der Geschäftsstelle der Futterverteilungsstelle der Landherrenschaften, Lagerstraße 4. Es bleibt den Inhabern der Futterkarten überlassen, sich zu gemeinsamem Bezuge zusammenzutun oder durch Vermittlung des Gemeindevorstehers oder anderer Vertrauenspersonen, insbesondere der Vereine oder der Futtermittelhändler, die Abnahme des Futters zu bewirken. Derartige Sammelbestellungen können auf Anweisung der Futterverteilungsstelle auch am Lager, Nagelsweg, abgenommen werden. Diesbezügliche Wünsche sind unter Vorzeigung der Futterkarten und Bezahlung an der Geschäftsstelle, Lagerstraße 4, geltend zu machen. Die Futterverteilungsstelle ist auch bereit, diese Sendungen nach Möglichkeit zur Bahn oder zum Schiff auf Kosten und Gefahr des Abnehmers zu liefern. In dem Falle müssen die Futterkarten der sämtlichen Viehhalter, die sich zusammengeschlossen haben, der Futterverteilungsstelle Hamburg, Lagerstraße 4, zur Feststellung der beanspruchten Menge unter gleichzeitiger Einsendung des zu zahlenden Betrages eingereicht werden. Für etwa mitzugebende Säcke ist eine Pfandgebühr von 2 Mark für den Sack gleichfalls mit einzusenden, doch wird, falls die Säcke in heilem Zustande zurückgeliefert werden, das Pfandgeld zurückgezahlt unter Berechnung einer Leihgebühr von 1 Pf. für den Sack und Tag und unter Abrechnung der für Rückfracht und Rollgeld entstandenen Unkosten.

Wer den auf ihn entfallenden Anteil von Futter nicht bis zum 12. Juli abgefordert hat, wird nicht mehr berücksichtigt.

Bei der Abnahme des Futters ist die ganze Futterkarte vorzuzeigen oder einzureichen. Die Ausgabestelle schneidet den Kontrollabschnitt ab, auch wenn der Inhaber der Futterkarte nicht die gesamte Futtermenge abnimmt, die er beziehen kann. Lose Kontrollabschnitte werden nicht angenommen.

Das Einheitsfutter für Schweine setzt sich in ähnlicher Weise wie bei der vorigen Ausgabe zusammen. Es enthält Körnerschrot, vor allem Serradella, Fettgrieben, Fleischmehl, Fischmehl, Kartoffelpräparate, Kleeheumehl, Knochenmehl, Haushaltungsabfälle und Obstrestermehl und Zusätze von Futterkalk und Salz. Dasselbe hat einen Gehalt von 14—18 Prozent Eiweiß und 1,8—3 Prozent Fett.

Das Einheitsfutter für Ferkel besteht aus Körnerschrot, darunter Serradella, Knochenmehl, Fettgrieben, Fleischmehl, Fischmehl, Küchenabfällen, Erbsenkleie, Kartoffelpräparaten. Der Gehalt an Eiweiß ist etwa 17 Prozent, der an Fett etwa 3 Prozent.

Das Einheitsfutter für Geflügel besteht aus Getreidekörnern 35 Prozent, Serradella 20 Prozent, Grassamen 7 Prozent, Fettgrieben 13 Prozent, Garnelenschalen 18 Prozent.

Das Weichfutter für Geflügel besteht aus Knochenmehl 15 Prozent, Heumehl und Obstrestermehl 29 Prozent, Kartoffelpräparaten 15 Prozent, Fischmehl 5 Prozent, Kalk 14 Prozent, neben Kraftfutter und Kleie.

Hamburg, den 22. Juni 1917.

Die Landherrenschaften.

Neues Pester Journal
27. VII. 1917
154

(Die neue Ernte und ihre Verwerthung.) Die ungewöhnliche Trockenheit bringt es mit sich, daß der Schnitt des neuen Getreides etwas früher als in sonstigen normalen Zeitläuften erfolgt. In mehreren Theilen des Alföld und jenseits der Donau hat die Ernte bereits begonnen, ebenso auch im Pester Komitat. Das neue Produkt ist qualitativ gut, quantitativ aber schwächer, ebenso wie auch der Strohertrag nicht ganz befriedigt. Hackfrüchte und Hülsenfrüchte würden ausgiebige Niederschläge dringend benöthigen. Es sind wohl letzter Tage in vielen Gegenden des Landes Regen erfolgt, doch haben ganze Landestheile die Niederschläge bisher noch entbehren müssen. — Vom Auslande meldet Süd- und Westdeutschland sehr gute, Preußen befriedigende Ernteaussichten, nicht nur für Getreide, sondern auch für Kartoffel. Ebenso sind die Aussichten in den okkupirten Theilen Rumäniens und Serbiens günstige, was wohl für unsere Versorgung beruhigend wirkt. — Ackerbauminister Mezössy hat auch einer vor ihm erschienenen Deputation der Kaufleute, Landwirthe und der Kriegsprodukten-A.-G. erklärt, daß er auf seinem Standpunkt, die Ernte nicht durch Rayonnirung aufzuarbeiten, beharrt und den freien Handel wünscht. Die Rayonnirungsfrage erscheint somit erledigt, obzwar in kaufmännischen Kreisen die Ueberzeugung durchgreift, daß die Requirirung nur bei örtlicher Festsetzung der Arbeiten in prompter Weise durchzuführen ist. Die weiteren Aktionen beziehen sich übrigens nunmehr nur auf einzelne gravaminöse Punkte der Verordnung, welche die rasche Abwicklung hindern und schwere finanzielle Garantien fordern. Wie verlautet, besteht auch in Regierungskreisen die Geneigtheit, diese Verfügungen abzuändern. Die neuen ergänzenden Verordnungen dürften in den nächsten Tagen erscheinen, und hofft man, daß diese geeignet sein werden, die bestehenden Besorgnisse zu zerstreuen. Der Kaufmännische Landesverband hat seine Mitglieder zu einer diese Fragen behandelnden Versammlung für morgen, Mittwoch, einberufen.

Vossische Zeitung
27. VII. 1917

156

Das Kommissionärwesen der Getreideordnung.

[Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Vor einigen Tagen war der Saal der Berliner Produktenbörse wesentlich bevölkerter, als er es sonst in letzter Zeit zu sein pflegte, seitdem die Saison für die meisten, dem freien Verkehr noch verbliebenen Produkte vorüber, und das spärliche Geschäft sich fast nur von Kontor zu Kontor abwickelte. Von Getreide hat der Großhandel schon seit langer Zeit so gut wie nichts mehr gesehen, und wenn er noch seither die Anschaffungen von Gerste und Hafer für die Industrie zu besorgen hatte, so hat die neue Getreideordnung ihm auch diese Gelegenheit der Betätigung genommen. Und doch hat die amtliche Ankündigung der Getreideordnung die Verheißung gebracht: „Dem Handel wird künftig eine größere Betätigungsmöglichkeit als bisher gegeben sein. Die bezüglichen Verhandlungen mit den amtlichen Handelsvertretungen nähern sich dem Abschluß." Diese wohlklingende Nachricht hatte die Kaufleute aus ihren Hilfsdiensten heraus, aus der Sommerfrische und den Bädern nach der altgewohnten Zentralstelle geführt, um nähere Nachricht über die neue Betätigungsmöglichkeit zu erhalten und möglichst sofort frisch ans Werk zu gehen.

Die Enttäuschung war groß. Die amtlichen Handelsvertretungen wußten wohl von den auch unseren Lesern bekannten, neulich ausgefüllten Fragebogen über die nicht beschäftigten Kaufleute, aber über diese Fragebogen hinaus scheinen die Erfolge des für den Getreidehandel der Großstädte aufgetauchten Interesses nicht gegangen zu sein, wenigstens hat den zusammengeeilten Kaufleuten niemand nach dieser Richtung eine tröstliche Auskunft geben können. Solange der Krieg dauert, scheint der Getreidehandel der großen Städte unheilbar zu bleiben; als erste Gelegenheit für eine Besserung nimmt man die Uebergangswirtschaft in Aussicht.

Ob in den Provinzen die neue Getreideordnung eine Besserung der Verhältnisse bringt, das hängt hauptsächlich von der noch in Arbeit befindlichen Fassung der Kommissionärordnung ab, die für die Interessen des Handels viel wichtiger als die Getreideordnung selbst ist. In den einzelnen Kreisen sollen als Kommissionäre jetzt je zwei Händler angestellt werden, während bisher je ein Oberkommissionär mit seiner Reihe von Unterkommissionären die Getreideaufkäufe besorgte, soweit nicht die Kommune selbst das Geschäft erledigte. Fortan ist die Zahl der Kommissionäre Vorschrift, ebenso darf die Kommune nicht, wie dies bisher oft geschah, die Provision des Händlers zugunsten der eigenen Einkünfte kürzen. Insofern ist eine Besserung in der Stellung des Provinzkommissionärs geschaffen, doch bleibt auch hierbei zu beachten, daß vielfach statt des Händlers die Genossenschaften als Kommissionäre in Frage kommen. Nachdem diese Genossenschaften im Frieden gegenüber der Konkurrenz der Kaufleute nicht hatten aufkommen können, sind sie im Kriege durch die gewaltsame Verdrängung des Handels und durch die Unterstützung der Behörden kräftig in die Höhe gekommen. Da in manchen Kreisen ohnehin schon immer zwei Händler als Oberkommissionäre beschäftigt waren, so würde durch diese amtliche Anstellung von zwei Kommissionären nur ein kleiner Teil der Provinzhändler seine Beschäftigung finden, und wahrscheinlich noch weniger als bisher, da früher neben den Oberkommissionären der R.-G. vielfach auch für die Gerste, den Hafer und die Hülsenfrüchte besondere Einkäufer bestanden, die jetzt mit der Aufhebung der Reichsgerstengesellschaft und der Hülsenfruchtstelle fortfallen.

Es kommt nun darauf an, daß auch alle übrigen Provinzhändler am Einkauf als Unterkommissionäre beschäftigt werden. Soweit bis jetzt verlautet, will man diese Anstellung dem Kommissionär anheimgeben, macht jedoch Vorschriften bezüglich der Verteilung der Kommission, die zu drei Vierteln dem Unterkommissionär, der die Hauptarbeit hat, zu einem Viertel dem Oberkommissionär zufließen würde. Der Umstand, daß diese Beschäftigung von Unterkommissionären im Belieben der Kommissionäre stehen soll, bringt natürlich die Gefahr, daß sie nur einen kleinen Teil der unbeschäftigten Händler oder vielleicht gar keine zum Einkauf mit heranziehen. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß das Zweihändlersystem fortan eine Konkurrenz schaffen werde, die beim Herausholen der Ware sehr wünschenswert sei. Man vergißt aber vollständig, daß zwei Händler, die allein in ihrem Kreise arbeiten, und jeder gewaltige Verdienste haben, wie sie ihnen in der Friedenswirtschaft nicht annähernd zuflossen, sich sehr schnell über die Kundschaft verständigen und sich keinerlei Konkurrenz machen werden.

Der Wettbewerb kann erst einsetzen bei den nterkommissionären. Nach § 28, Abs. 2, der Geideordnung sind als Kommissionäre tunlichst Händler zu becksichtigen, die schon im Frieden von den Landwirten des ommunalverbandes Bodenfrüchte gekauft haben. Die Vorbedinng ist somit nicht, wie es seither üblich war, daß der Komssionär auch im Kreise wohnt, sondern daß er in Friedensiten dort seine landwirtschaftliche Kundschaft gehabt habe. uf gleiche Weise könnte auch bei den Unterkommissionären rfahren werden, so daß für den Handel eine gewisse Freigigkeit über die engen Grenzen des Kommunalverbandes hinis gegeben wäre. Auf jeden Fall aber muß in den Kommissiorverträgen dem Kommissionär die Anstellung von nterkommissionären als Pflicht auferlegt werm, wenn man nicht überhaupt dem gesamten Handel das Aufufen der Früchte bei seiner landwirtschaftlichen Kundschaft r Ablieferung an die Kommissionäre ohne sonstige Beschränng freigeben will. Man erreicht damit jedenfalls am ersten n Zweck, die vorhandenen Erntevorräte ausgiebig und frühitig herauszubekommen, eine Aufgabe, die durch zwei Komissionäre nicht in genügender Weise durchzuführen wäre. Mindestens müßten dieselben Reisende und Angestellte in grörer Zahl haben, die es jetzt nicht gibt. Auch ist es richtig, s Gewinninteresse des einzelnen Kaufmanns in den Dienst r Sache zu stellen. Der Zweck, die Ernten möglichst schnell den Besitz der Bewirtschaftungsbehörden zu bringen, wird denfalls dadurch am ehesten erreicht. Wie weit sich die Hoffngen auf die Wirksamkeit der Reichswirtchaftskarten erfüllen, bleibt abzuwarten. Diese sollen n ausführliches Konto einer jeden einzelnen Wirtschaft beiglich deren Erzeugung, Eigenverbrauch, Ablieferungen und estände darstellen; sie werden von einer eigenen Zentralstelle nes jeden Kreises geführt, und die hierfür der Kommune von r R.-G. zu zahlende Entschädigung soll 2 M. pro abgelieferte onne betragen. Soll die Arbeit gewissenhaft geführt werden, wird sie nicht leicht sein und viele persönliche Abstimmungen rlangen.

Tägliche Rundschau

28/VI. 1917

158

Die Getreideernte Deutschlands und seiner Verbündeten im Jahre 1917.

Aus den je nach Lage und Bodenklasse verschiedenartigen Berichten läßt sich ein ungefähres Bild über die Gesamtlage gewinnen. Wintergetreide, also die wichtigsten Brotfrüchte Weizen und Roggen, sind bisher im allgemeinen nicht gefährdet. Der Stand ist, abgesehen von östlichen Provinzen, ein dichter, doch zeigen sich neben normalen Aehren manche kleine, wie dies in noch höherem Maße schon im Vorjahre festzustellen war. Die Körnerbildung wird überwiegend als günstig bezeichnet. Von keiner Seite hat man, wie sonst so häufig, vernommen, daß die Blüte durch Frost beeinträchtigt wurde. Ferner ist die ursprünglich starke Verzögerung des Erntetermins, die gerade in diesem Jahre hätte bedeutungsvoll werden können, voll eingeholt worden. Der Strohertrag dürfte freilich etwas geringer als im Vorjahr ausfallen, doch bestehen noch größere Bestände aus der reichen Vorjahrsernte.

Gerste und Hafer hatten bis gegen Ende Mai ein vorzügliches Aussehen. Seitdem hat die tropische Hitze vereinzelt allerdings die Entwicklung etwas behindert, aber aus einer ganzen Reihe von Bezirken kommen auch gute Nachrichten. Für diese Früchte werden noch reichliche und baldige Niederschläge sehr erwünscht. Das gilt natürlich auch für die Futterpflanzen, für die übrigens die Aussichten in Süd- und Westdeutschland nicht ungünstig sind.

Für die Kartoffel hat die Dürre vorläufig am allerwenigsten zu bedeuten, sie kam diesmal erst spät zur Aussaat und konnte sich bei ziemlich gleichmäßiger Witterung ungestört entwickeln. Die Aussichten für diese Frucht sind zunächst durchaus günstig. Für sie kommt Nässe im Durchschnitt noch im Juli zur rechten Zeit. Obst und Gemüse werden recht verschieden beurteilt. Aus einzelnen Teilen Süddeutschlands vorliegende Berichte stellen die Aussichten für die Erträge in dieser Hinsicht als günstig dar.

Die Meldungen aus Oesterreich-Ungarn sind befriedigend. Man erwartet dort bessere Ernten als im Vorjahr. In Ungarn schätzt man das Ergebnis 20 bis 25 v. H. höher als 1916. Freilich werden auch dort Niederschläge gewünscht. In der Türkei wie auf dem ganzen übrigen Balkan übersteigt der Gesamtanbau die früheren Erwartungen. In Serbien soll neben Getreide auch die Obstkultur (Pflaumen) durchaus vorteilhaft stehen. In Rumänien geht der Weizen seiner Reife entgegen. Wenn auch der Hektarertrag die Friedensergebnisse nicht erreichen dürfte, so mag die Feststellung genügen, daß nach den amtlichen Ermittelungen insgesamt 2,66 Mill. Hektar von der in unseren Händen befindlichen Kulturfläche bepflanzt wurden. Im Jahre 1913 wurde in ganz Rumänien auf einem Areal von 5 Mill. Hektar eine Menge von 6,5 Mill. Tonnen Getreide aller Art eingeheimst.

Die neuen Ernten der feindlichen Westmächte werden nach den vorliegenden amtlichen Meldungen erheblich schlechter als in den bisherigen Kriegsjahren ausfallen, namentlich Frankreich und England werden trotz aller Ersparungsmaßregeln im Wirtschaftsjahr 1917/18 eine gewaltige Menge ausländischen Getreides einführen müssen, um durchzuhalten. Argentinien hatte eine Mißernte in allen Früchten, und die neue Weizenernte in den Vereinigten Staaten deckt nur ungefähr den eigenen Bedarf. Die Aussichten für die rechtzeitige und hinreichende Belieferung der feindlichen Völker mit den notwendigsten Nährstoffen sind daher sehr mißliche, zumal da große Vorräte nur in den weit entlegenen Gebieten Australiens und Indiens vorhanden sind, deren Abtransport infolge des Schiffsraummangels und der deutschen Seesperre, abgesehen von kleineren Mengen, unmöglich ist. Die Völker Englands, Frankreichs und Italiens werden daher schon jetzt auf die Wahrscheinlichkeit weiterer anhaltender und harter Entbehrungen vorbereitet.

Im Hinblick auf die ganze Sachlage wird in Deutschland dem einzelnen das Ertragen der allgemeinen starken Einschränkungen durch das Gefühl erleichtert werden, daß uns von der Ernährungsfrage her keine Gefahren drohen. Freilich, Schwierigkeiten dieser oder jener Art müssen mit in den Kauf genommen werden, aber das Durchhalten ist unter allen Umständen gesichert, und die neue Ernte wird uns, des mag jeder gewiß sein, für lange, lange Zeit, ganz abgesehen von den zu erwartenden großen rumänischen Zufuhren, unsere Versorgung im vollen Maße gewährleisten.

———

Österr. Volkszeitung
29./VI. 1917

159

* **Klagen der Schrebergärtner.** Von vielen Schrebergärtenpächtern erhielten wir Zuschriften, die wir alle ihrer Ausdehnung und Menge wegen nicht einmal im Auszug veröffentlichen können. Es wird darin neben Zustimmungskundgebungen zu dem in der „Oesterreichischen Volks-Zeitung" veröffentlichten Artikel „Die bedrohten Schrebergärten" hauptsächlich Klage geführt über die Schwierigkeiten der Beschaffung des Saatgutes, über die schlechte Qualität und Teuerung des Saatgutes, ferner über den Mangel an Bewässerungsgelegenheit, endlich über gewissenlose Beraubung der Gärten durch Diebe, die den Pächter um die Frucht seiner Kosten, Mühe und seines liebevollen Fleißes bringen. So schreibt uns ein Gärtner aus dem 13. Bezirk, Hütteldorferstraße, es sei ihm in der Nacht durch Diebstahl für K. 200 bis 300 Schaden angerichtet worden, es seien in dieser Anlage schon wiederholt Diebstähle vorgekommen. In dieser und ähnlichen Zuschriften wird von den verzweifelten Pächtern behördliche Bewachung der Schrebergärten verlangt; ein Gärtner aus dem 17. Bezirk verlangt über Kriegsdauer militärische Bewachung der Anlagen. Ein „Enttäuschter Schrebergärtner" aus dem 15. Bezirk schreibt uns im Namen von zwölf Leidensgenossen, die ihren Grund auf der Schmelz beim Schönererplatz gepachtet haben. Auf das Ersuchen nach einer Wasserbohrung auf Kosten der Pächter, die mit K. 150 bis 180 gerechnet hatten, verlangte die Gemeinde vorschriftsmäßige Ausführung mit gemauertem Schacht und Steigleiter, was K. 1000 gekostet hätte, und als dann um Aufstellung eines Feuerhydranten gebeten wurde, berechnete man die Kosten dafür mit K. 900. Beides war den Pächtern natürlich zu teuer. Wie der Einsender meint, ersehe man daraus, daß Vorschriften, die in Friedenszeiten vielleicht annehmbar sind, doch nicht in unsere jetzige Zeit passen, und daß doch die Gemeinde, sich der Zeit anpassend, von diesen Vorschriften etwas abgehen soll. Die Pächter seien der Ansicht, daß es genügen würde, von der Anbohrungsstelle ein Rohr auslaufen zu lassen und es in einer kleinen festen Holzhütte ausmünden zu lassen, so wie es in früheren Jahren im Gebrauch war. — Man muß sich der Meinung der vielgeplagten Schrebergärtner anschließen, daß der Mangel an Entgegenkommen und Schutz in schroffem Widerspruch steht mit der mit größtem Nachdruck und oft genug ausgegebenen Parole: „Baut Gemüse!" „Wer Gemüse baut, hilft dem Vaterland!" und dergleichen Aufforderungen, die tönende Worte bleiben, wenn die Behörden nicht auch entsprechend in ihrem Wirkungskreis mithelfen!

Pester Lloyd
29./VI. 1917

161

(Die Verwertung der Ernte.) Der Präsident des Volksernährungsamtes hat im Hinblick auf die großen Interessen, die sich an die rasche Uebernahme der ausgedroschenen Produktenüberschüsse knüpfen, im Einvernehmen mit dem Ackerbauminister folgende Verordnung an die ersten Beamten sämtlicher Munizipien erlassen: „Bei den gegenwärtigen Witterungsverhältnissen hat der Drusch des Getreides bereits in mehreren Orten des Landes begonnen, die Möglichkeiten der Approvisionierung aber erfordern, daß die ausgedroschenen Vorräte sofort verwendet werden können. Um dies zu erreichen, ermächtige ich im Hinblick darauf, daß die Konstituierung der im § 4 der Verordnung Z. 2192/1917 M. E. umschriebenen Produktenübernahmskommissionen und der Beginn ihrer Tätigkeit noch erhebliche Vorbereitungen und Zeit erfordern, im Einvernehmen mit dem Herrn Ackerbauminister auf Grund des § 21 der zitierten Verordnung und gestützt auf das zweite Alinea des § 3 die Produzenten bis zur Zeit, da die Produktenübernahmskommissionen ihre Tätigkeit beginnen können, ihre ausgedroschenen Produktenüberschüsse welchem Kommissionär der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft immer zu verkaufen. Der Kommissionär der Kriegsprodukten-A.-G. hat diese seine Eigenschaft durch eine vom Bezirks-Oberstuhlrichter (Bürgermeister) vidimierte auch bisher übliche Legitimation nachzuweisen. Er hat ferner dem Produzenten über den angekauften Vorrat eine die Menge der übernommenen Produkte und die für sie bezahlte Summe detailliert darstellende Uebernahmsbestätigung auszufolgen und für die Produkte den bisher gültigen höchsten behördlichen Preis bei der Uebernahme in barem zu bezahlen. Insofern für die aus der Ernte des Jahres 1917 stammenden Produkte höhere Preise festgestellt werden sollten, hat er die Differenz dem Produzenten seinerzeit zu vergüten. Der Produzent hat die Uebernahmsbestätigung aufzubewahren und der Produktenübernahmskommission bei ihrem Vorgehen an Ort und Stelle zur Legitimierung vorzulegen. Ich brauche dem Herrn Vizegespan (Bürgermeister) die Wichtigkeit des öffentlichen Interesses wohl nicht näher zu erörtern, die sich sowohl aus dem Gsichtspunkte des Krieges, wie aus jenem des allgemeinen wirtschaftlichen Durchhaltens daran knüpft, daß die Vorräte, die aus dem frühen Drusche schon jetzt übernommen werden können, je früher verwendet werden können. Ich fordere Sie daher auf, diese Sache mit ihrer Wichtigkeit entsprechender voller Hingebung zu fördern und vor allem unverzüglich zu verfügen, daß diese Verordnung auf dem Gebiete Ihrer Behörde auf jede übliche Weise innerhalb 24 Stunden in den weitesten Kreisen verlautbart werde. Ueber Ihr Vorgehen erbitte ich mir telegraphischen Bericht.“ — Auf Grund dieser Verordnung hat die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft ihre sämtlichen Kommissionäre in einem Rundschreiben angewiesen, mit den Käufen auf dem Gebiete des ganzen Landes unverzüglich zu beginnen, damit in der Approvisionierung des Landes keine Störung eintrete.

Reichspost

30./VI. 1917

164

Die Ernte auf dem Balkan.

In Rumänien, Bulgarien und Serbien.

In Rumänien wurden, wie wir hören, von mehreren ungarischen Großgrundbesitzern und Fachleuten Inspizierungsreisen durch das von unseren Truppen besetzt gehaltene Gebiet unternommen. Die Teilnehmer an dem „Lokalaugenschein" kamen in Bukarest zusammen und erklärten dort übereinstimmend, daß die Ernte in Rumänien großartig sei und ihre Erwartungen übertreffe; sie wünschten nur, daß zur Verfrachtung der Ernte (zu den Donauschleppschiffen) genügend Wagen und Pferde aufgebracht würden. — Aus Bulgarien verlautet: Der Saatenstand, besonders jener von Gerste und Roggen, gilt für mehr als gut. Weizen, besonders Rotweizen, wurde von Rost angefallen, doch ist die Schätzung nirgends niedriger als mittelgut. Die Ernte von Herbstgerste hat überall begonnen, die Ergebnisse sind überaus günstig. — Ueber den Stand der Kulturen in Serbien meldet man der „Gr. Tgp." aus Belgrad: Der Stand der Hackfrüchte im besetzten Serbien ist fast überall gut, stellenweise sogar sehr gut. Dank reichlicher Niederschläge, besonders in den südlichen Gebieten, hat der Mais seine gelbe Färbung verloren und sieht sehr frisch und üppig. Ueberall ist bereits die zweite Maisbehackung durchgeführt.

Neue Freie Presse

1./VII. 1917

165

[Erntebeginn.] Früher als sonst ist heuer mit dem Schnitt begonnen worden, weil das trockene und warme Wetter die Ausreife gefördert hat. Gewöhnlich setzt zu Peter und Paul die Hechsung in Weizen nur in den fruchtbaren Gegenden des südlichen Ungarn ein, während gleichzeitig in Oesterreich nur vereinzelt mit dem Roggenschnitt begonnen wird. Heuer ist der Schnitt fast überall schon im Gang. Die Ernte ist früher fertig geworden und wird auch, weil sie trocken hereingebracht wird, bald gebrauchsbereit sein. Ueber die Produktionsergebnisse läßt sich ein endgültiges Urteil natürlich noch nicht abgeben, doch ist sicher, daß Weizen sowohl in Oesterreich als in Ungarn einen guten Mittelertrag von schöner Beschaffenheit liefert. Die Aehren sind groß und kräftig, auch die Körner von Roggen fühlen sich stark und trocken an und die Mehlausbeute wird eine gute sein. Handdruschproben, die vorgenommen wurden, haben befriedigt. Die Körner sind glattgriffig von schöner grüner Farbe. Eine Durchschnittsernte ergibt, wie die Statistik früherer Jahre zeigt, in Oesterreich an Weizen 15, in Ungarn 45 Millionen Meterzentner, an Roggen in Oesterreich 27, in Ungarn 13 Millionen Meterzentner. Die Gesamtproduktion der Monarchie beläuft sich demnach bei einem Mittelertrag auf 60 Millionen Meterzentner Weizen und 40 Millionen Meterzentner Roggen und es entfällt somit auf den Kopf der Bevölkerung per Tag zumindest ein halbes Kilogramm, was einem Mehrverbrauch von 400 Gramm entsprechen würde, während nach dem rationierten Verbrauch mit 200 Gramm das Auskommen gefunden wird. Auch wenn man einen erhöhten Heeresbedarf in Rechnung stellt und berücksichtigt, daß die Rückstellungen für den Verbrauch an Saatgut und zu Futterzwecken wie gewöhnlich gemacht werden, ist das Auslangen bei entsprechender Oekonomie zu finden. In der kommenden Kampagne wird es überdies durch die Zuschübe aus der so ertragreichen Ernte Rumäniens und der guten Ernte Serbiens erleichtert. Von Gerste wird bei dem Winteranbau sowie bei den Brotstoffen ein entsprechender Ertrag erzielt, doch ist der Winteranbau nur von nebensächlicher Bedeutung. Der maßgebende Frühjahrsanbau ist weniger zufriedenstellend und bleibt gegen den Mittelertrag zurück. Die Frucht wird in beiden Reichshälften gleichmäßig gebaut. Ein Durchschnittsertrag stellt sich zusammen auf 30 Millionen Meterzentner. Der Bedarf für Brau- und Industriezwecke muß auch in der nächsten Kampagne kontingentiert bleiben und dadurch kann der schwächere Ertrag zur Streckung der Brotstoffe- und Futtermittelsechsung Verwendung finden. Eine mittlere Haferernte ergibt nach den Erfahrungen der Statistik in Oesterreich 23, in Ungarn 12 Millionen Meterzentner. Das trockene und warme Wetter, das sich gleich nach dem Anbau im Frühjahr einstellte, hat der Pflanze nicht entsprochen. Ein Mittelertrag ist nach dem jetzigen Stand nicht zu erwarten, doch können Niederschläge noch manches verbessern. Dazu kommt noch, daß der Stand der Maispflanze in Ungarn eine freundliche Beurteilung findet. Sie ist infolge der Trockenheit wohl im Wachstum etwas zurückgeblieben, aber gesund im Stamm und hat einen schönen Blätteransatz. Die Produktion von Mais ist in Oesterreich gering. Ungarn sechst aber, selbst wenn nur ein Mittelertrag erzielt wird, erfahrungsgemäß 50 Millionen Meterzentner, so daß sich das Gesamtergebnis von Körnerfrüchten in der Monarchie in den Jahren, in denen in allen Fruchtgattungen eine Mittelernte hereingebracht wurde, auf 200 bis 300 Millionen Meterzentner stellte. Am dringendsten brauchen ausgiebige Niederschläge die Knollen- und Hackfrüchte. Kartoffeln und Rüben kommen wegen der Hitze und Trockenheit nur langsam vorwärts. In Deutschland ist der Witterungsverlauf ähnlich wie in der Monarchie. Da aber im Nachbarreiche die Ernte später fertig wird, kommen dort Niederschläge, wenn sie bald eintreten, noch allen Fruchtgattungen zustatten und die zumeist guten Ernteaussichten würden eine weitere Verbesserung erfahren. Kartoffeln und Rüben lassen im Deutschen Reiche einen besseren Ertrag als im Vorjahre und als bei uns gewärtigen. In Deutschland sieht man demnach im allgemeinen einer Mittelernte entgegen, in der Monarchie stellt im allgemeinen der Stand von Weizen einen Ertrag über mittel, der von Roggen ein mittleres Ergebnis in Aussicht. In Gerste und Hafer fällt die Produktion schwächer aus. Für Kartoffeln und Rüben werden reichlichere Regenfälle dringend gewünscht.

Die Zeit 1./VII. 1917

Das neue Getreidejahr.

Die Ernteperiode 1916/17 hat ihr Ende erreicht, und die in der Monarchie allgemein verbreitet gewesene Befürchtung, daß die schwachen Erträge, namentlich der Brotfrüchte, das Auslangen nicht erlauben werden, hat sich glücklicherweise nicht bewahrheitet. Oesterreich und Ungarn haben sich doch großenteils, sowohl mit Nährstoffen als auch Futtermitteln, aus eigenem versorgen können, wozu allerdings später die reichen Zuflüsse, besonders von Weizen und Mais, aus dem besetzten besten Teil Rumäniens wesentlich beigetragen haben. Auch Deutschland hat natürlich von diesen Vorräten profitiert. In der gleichen Zeit haben die Ententeländer und die neutralen Staaten nur unter den größten Schwierigkeiten ihren Bedarf herbeischaffen können und, was nicht unerwähnt bleiben darf, zu erheblich teureren Preisen als die beiden Mittelmächte. Selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika waren Preise von einer Höhe in Geltung, die im eigenen Gebiet die Kosten des Lebensunterhaltes in noch nicht dagewesener Weise hinaufschraubten.

Die Welt steht nun vor dem vierten Kriegsjahre und auch vor der vierten Kriegsernte. Wenn sich auch in diesem Stadium die heurigen Resultate noch nicht recht beurteilen lassen, so kann doch bereits gesagt werden, daß Mitteleuropa, also außer Oesterreich-Ungarn und Deutschland auch die Türkei und Bulgarien, mit den Ergebnissen der heurigen Ernte, alles in allem, wieder sein Auslangen finden dürfte. Die Monarchie darf in Weizen entschieden mit einem Mittelertrag rechnen, in Roggen wohl nur mit einem schwächeren Durchschnittsergebnis. Der Ertrag an beiden Brotfrüchten könnte erhöht werden, wenn die Erntearbeiten durch Wettergunst eine Unterstützung erfahren, wodurch die Qualitäten schöner und gesünder werden würden. Der ganze Frühjahrs- und Sommeranbau hat durch die seit einiger Zeit ausgiebigeren warmen Niederschläge eine Verbesserung, teilweise geradezu eine Rettung erfahren. Dasselbe Wetter hat auch in Deutschland die Erwartungen auf die heurigen Ernteresultate gesteigert, und die Berichte schildern die Aussichten im Westen und Süden des Reiches als überaus günstig, im preußischen Osten als mindestens befriedigend. Die Situation findet eine weitere Erleichterung in dem verheißungsvollen Stande der Getreidefelder im besetzten Rumänien, Serbien und Russisch-Polen, ferner auch in dem heuer großenteils freien und daher besser bebauten Galizien.

Eine ziffermäßige Beurteilung der Ernte ist dermalen, bei dem Beginn des Schnittes und vor dem Drusch, ja, wo im größten Teile beider Reichshälften die Reife erst langsam fortschreitet und den ganzen Juli noch dazu braucht, nicht tunlich, aber was von den wichtigsten Nährfrüchten, Weizen und Roggen, als voraussichtliches Ergebnis gesagt worden ist, darf wenigstens teilweise wohl auch von Gerste und Hafer angenommen werden. In Ungarn rechnet man allerdings in dafür wichtigen Gebieten in Gerste mit nur schwachen Ergebnissen, was nicht verhehlt werden soll; ebenso ist das der Fall herüben in Böhmen, Mähren und Niederösterreich. Kartoffeln und Mais kommen als Spätfrüchte erst im September in Betracht, geben aber nach den jüngsten Regenfällen, beziehungsweise ihrem heutigen Stande, Berechtigung zu günstiger Schätzung. Dasselbe gilt von den verschiedenen Zerealien zweiten Ranges, wie Bohnen, Erbsen, Linsen, Hirse, Buchweizen und dergleichen Sommerungsgewächsen. Für Wiesen und Weiden, also Futterstoffe erster Güte, ist nicht bloß das Wetter der letzten Woche dadurch ersprießlicher geworden, daß häufige Niederschläge den Boden erfrischt und das Wachstum gefördert haben, sondern auch dadurch, daß die zeitweilig große Hitze mäßigen Temperaturen gewichen ist. Die Witterung übt natürlich noch für Wochen ihre Wirkung; so erleichtert und beschleunigt gutes Wetter die Erntearbeiten und begünstigt, wie schon erwähnt, die Einheimsung gesunder Qualitäten. Für alle Spätfrüchte und namentlich für die bedeutsamen Massenartikel Kartoffeln und Mais sowie auch für die Futtergewächse werden dagegen im Juli und August zeitweilige Regenfälle erforderlich sein, wenn der dermalige Stand sich nicht verschlechtern soll.

Hinsichtlich der Versorgung des Hinterlandes bleiben wir leider weiter auf die Bewirtschaftung durch die Zentralen angewiesen, dazu gehören also auch die diktatorischen Bestimmungen der Preise, die Herstellung der richtigen Relation der Preise zwischen den Brotfrüchten und Futtermitteln, um die Verfütterung der Nährstoffe für die Menschen an das Vieh zu verhindern, ferner nicht bloß die Herbeischaffung, sondern auch die gerechte Verteilung aller Lebensmittel. Sowie der Vierbund an den einzelnen Fronten sich gegenseitig hilft, ist es nicht weniger nötig, daß dies, für die Dauer des Krieges, auch bei der Ernährung geschieht. In diesem Belange ist Oesterreich im ersten Stadium der Verbrauchszeit ganz nachdrücklich auf stärkere Zuflüsse aus Ungarn angewiesen, schon aus dem einfachen Grunde, weil Ungarn im allgemeinen seine Ernte um mindestens vier Wochen früher einbringen und sichern kann als diese Reichshälfte. Im Juli, August und September muß Ungarn speziell in Weizen und Mehl zu ausgiebigeren Lieferungen herangezogen werden, ebenso müssen aus Rumänien und Serbien stärkere Zuzüge herbeigeschafft werden, und das ist schon deshalb leicht durchführbar, da der ganze Südosten im Juli bereits nicht nur erntet, sondern auch den Drusch versorgen kann. Und kommen die Früchte bei gutem Wetter gesund nach Hause, so können sie auch bald, ohne durch Transportgefahren behindert zu werden, in die Mühlen und in den Verbrauch gelangen. Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die Monarchie heuer keine geringeren, ja eher bessere Chancen für auskömmliche Versorgung hat als im Vorjahr.

Bei den Ententemächten sieht es infolge der schwachen Weizenernte Amerikas und ihrer eigenen Aussichten viel weniger zuversichtlich aus, von den teureren Bezugspreisen, den U-Bootgefahren und Tonnagemangel gar nicht zu reden. Amerikas Ausfuhrkontrolle gegenüber den Neutralen in Europa dürfte viel weniger als feindliche Maßnahme zu betrachten sein, als ein Bekenntnis der Befürchtung, zu wenig Material für eigenen Konsum und den seiner Kriegsgenossen zu haben. In Südfrankreich und Italien sind die Ernten gewiß auch jetzt im Zuge, ja, es kommen wahrscheinlich auch schon neue Produkte an die Märkte, und für den Augenblick bestehen daher in beiden Ländern keine Verlegenheiten. Aber in absehbarer Zeit werden Importe wieder unbedingtes Erfordernis sein. Frankreichs Weizenernte wird auf nur 45 Millionen Meterzentner taxiert, der Bedarf aber ist, inklusive Saatmaterial, auf 90 Millionen Meterzentner, also das Doppelte, zu schätzen. Englands Zuschußbedarf erfordert nicht bloß wegen der heurigen recht schwachen Ergebnisse, sondern auch aus völligem Mangel an alten Reserven zweifellos größere fremde Einfuhren, als es in der Saison 1916/17 der Fall war. Die Hoffnungen aller dieser Staaten müssen sich solcherart schon dermalen auf Argentinien erstrecken, das bei eventuell besserer Ernte als in diesem Jahre, von März 1918 an, eine Bezugsquelle werden kann. Von Rußland sind gerade jetzt Taxationen bekanntgegeben worden, die für Wintergetreide einen mittleren Ertrag in Aussicht nehmen. Eine Ausfuhrmöglichkeit und Hilfe für seine Kriegsgenossen wäre aber unter allen Umständen angesichts der Dardanellensperre ausgeschlossen.

Die Zeit
1./VII. 1917

267

Gewinnung von Laubheu.

Durch die außergewöhnliche Trockenheit der Monate Mai und Juni ist unsere Heuernte leider mißraten. Um für diesen bedauerlichen Ausfall an Heu einen Ersatz an Rauhfutter zu schaffen, wird, wie wir vernehmen, eine Aktion zur Gewinnung von Laub- und Waldheu ins Leben gerufen. Es sollen eigene Uebernahmsstellen eingerichtet werden. In erster Linie kommen natürlich die staatlichen Waldungen in Betracht. Jedoch hofft man, daß auch die Besitzer der Privatwälder für diese wichtige Maßnahme zu gewinnen sein werden. Da das Heu und das Stroh zum größten Teil für Heeres- und öffentliche Zwecke abgegeben werden muß, ist es für die Landwirte angezeigt, die Futterquellen des Waldes zu nützen, namentlich durch Laubheugewinnung, indem Blätter und junge Zweige der Laubhölzer gesammelt und getrocknet werden. Der Reihe nach liefern das beste Laubheu Esche, Ahorn, Pappel, Weißerle, Eberesche, Ulme, Haselnuß, Linde, Birke, Weide, Buche und Eiche. Die letztgenannten Laubarten sind beim Vieh am wenigsten beliebt. Nadelhölzer und Schwarzerle eignen sich zur Laubgewinnung nicht. Akazienlaub wäre zwar zu verwenden, doch ist die Rinde für Pferde giftig. Das Sammeln des Futterlaubes erfolgt durch Abschneiden der Zweige in höchstens Bleistiftdicke, tunlich gegen Abend, mit Messern oder Baumscheren. Der Monat Juli eignet sich für die Laubheugewinnung sehr gut. Die abgeschnittenen Zweige läßt man einen Tag lang an der Luft gut trocknen und bindet sie nach Baumarten getrennt in kleine Bündel. Das Laubheu muß luftig und trocken, vor Regen geschützt, aufbewahrt werden. Die Laubheugewinnung ohne Einwilligung des Waldbesitzers ist strafbar. Das Laubheu kommt in seinem Futterwerte mittlerem Wiesenheu gleich und eignet sich besonders für die Winterfütterung der Ziegen, dann des Rindviehes und des Schafes. Auch zur Sauerfutterbereitung läßt sich Baumlaub verwenden. Die Gewinnung von Laubheu soll ebenfalls möglichst tatkräftig vorgenommen werden.

Reichspost Abend
3./VII. 1917
168

Rennsport und Hafernot.

In der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses werden die Abgeordneten Liſt, Eiſenhut und Wille an den Leiter des Ackerbauminiſteriums folgende Anfrage richten: „Trotzdem die heurige Rennſaiſon bereits vorüber iſt, finden noch weitere Rennen in Baden ſtatt und ſind ſolche auch für den kommenden Herbſt ſchon wieder angeſagt. Ganz abgeſehen davon, daß ſich unſere Pferdezucht im Kriege nicht allzuſehr bewährte, muß darauf hingewieſen werden, daß die Rennpferde monatlich 70.000 Kilogramm benötigen, während den Bauernpferden kaum das tägliche Quantum verabreicht werden kann. Zudem wird die heurige Haſerernte infolge der anhaltenden Trockenheit und Hitze eine außergewöhnlich geringe werden, ſo daß das Sparen mit den vorhandenen Haſervorräten dringend geboten erſcheint. In Hinblick auch darauf, daß in England, dem klaſſiſchen Land des Pferdeſportes, jede Art Rennen verboten iſt, ſtellen die Gefertigten an Seine Exzellenz die Anfrage: Iſt Seine Exzellenz bereit, die Einſtellung des Renn- und Trabſportes für ganz Oeſterreich ſofort und wenigſtens für die Dauer des Krieges zu veranlaſſen?“

Fremdenblatt
3./VII. 1917

Für die Einstellung des Renn- und Trabsports.

In der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses werden die Abgeordneten List, Eisenhut und Wille an den Leiter des Ackerbauministeriums folgende Anfrage richten:

„Trotzdem die heurige Rennsaison bereits vorüber ist, finden noch weitere Rennen in Baden statt und sind solche auch für den kommenden Herbst schon wieder angesagt. Ganz abgesehen davon, daß sich unsere Pferdezucht im Kriege nicht allzu sehr bewährte, muß darauf hingewiesen werden, daß die Rennpferde monatlich 70.000 Kilogramm Hafer benötigen, während den Bauernpferden das tägliche Quantum kaum verabreicht werden kann. Zudem wird die heurige Haferernte infolge der anhaltenden Trockenheit und Hitze eine außergewöhnlich geringe werden, so daß das Sparen mit den vorhandenen Hafervorräten dringend geboten erscheint.

Im Hinblicke auch darauf, daß in England, dem klassischen Land des Pferdesports, jede Art Rennen verboten ist, stellen die Gefertigten an Se. Exzellenz die Anfrage:

Ist Se. Exzellenz bereit, die Einstellung des Renn- und Trabsports für ganz Oesterreich sofort und wenigstens für die Dauer des Krieges zu veranlassen?"

Fremdenblatt
3./VII. 1917

170

* (**Beistellung von Pferden, Fuhrwerken und Arbeitspartien zur Einbringung der Ernte.**) Zur Förderung der Ernteeinbringungsarbeiten werden auf Anordnung der militärischen Zentralstellen auch von Ersatzkörpern Pferde und, wo es die militärischen Verhältnisse zulassen, auch Fuhrwerke in möglichst großer Anzahl bereitgestellt. Die Ausgabe erfolgt auf Grund der Anforderungen der Gemeinden und der Besitzer von Landwirtschaften bei den Ersatzkörperkommandanten durch diese, jedoch erst zur Zeit des Höhepunktes der Erntearbeiten auf eine Dauer von 21 Tagen inklusive der erforderlichen Märsche in einem Umkreis von zwei Tagmärschen zu Fuß. Bahntransporte und längere Belassungen sind ausgeschlossen. Zu je zwei Pferden wird auch ein Mann beigestellt und für 20 bis 30 Pferde auch ein verläßlicher Unteroffizier. Hinsichtlich der Beistellung des Futters, dann hinsichtlich der Gebühren, Verpflegung und Unterkunft, Bekleidung und Ausrüstung der Mannschaft, dann hinsichtlich der Pflichten der Benützer bleiben die bisherigen Bestimmungen in Kraft.

Österr. Volkszeitung
3./VII. 1917

* **Verbraucher als Landwirte.** Um die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung zu verringern, ist in den Kreisen der Verbraucher ein interessanter Plan aufgetaucht. Es ist die Gründung einer Körperschaft in Aussicht genommen, in der alle Bevölkerungsschichten und alle Stände vertreten sind, und die es sich zur Aufgabe machen will, die Produktion der Nahrungsmittel, so weit sie aus der Landwirtschaft stammen, auf genossenschaftlichem Wege zu betreiben. Für diesen Zweck soll, was bisher an Grund und Boden in ganz Oesterreich brach liegt, herangezogen werden. Unter Zugrundelegung des Systems der Schrebergärten, mit denen so schöne Erfolge erzielt wurden, sind in größtem Maßstabe angelegte Oekonomieverwaltungen geplant. Außer dem Gemüseanbau, der in weitestem Umfang gepflegt werden soll, sind auch alle anderen Zweige der Landwirtschaft, Feld- und Ackerbau, Obstbau, Viehzucht, Geflügelzucht, Milchwirtschaft und Bienenzucht in den Plan einbezogen. In einer Versammlung, zu der das Ernährungsamt und die Gemeinde Wien Vertreter entsandt hatten, teilte Vorsitzender Klemens Oleszkiewicz mit, daß der Ernährungsminister seine Zustimmung ausgesprochen und die Förderung zugesagt habe. Tatsächlich gab auch Dr. Schnarrer, der in Vertretung des Ernährungsamtes in der Versammlung erschienen war, die Erklärung ab, daß die Regierung bereit sei, diese Selbsthilfsbestrebungen nach Möglichkeit zu fördern. Dr. Landskron als Vertreter der Gemeinde Wien gab bekannt, daß die Gemeinde bereit sei, der im Entstehen begriffenen Organisation ihre Mithilfe zuteil werden zu lassen. Professor Sedlmayer von der Hochschule für Bodenkultur sprach sich über das Projekt sehr beifällig aus. Die Vorsteher verschiedener gewerblicher Genossenschaften erklärten, sich für die Gründung der Vereinigung einsetzen zu wollen. Die Anmeldung des Reichsbundes für Landwirtschaft als registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung wird demnächst erfolgen.

Vossische Zeitung
4. VIII. 1917
172

Gute Ernteaussichten.

Der Ruf nach Schutz gegen Schleichhandel.

Wie uns vom Niederrhein gedrahtet wird, hat die Witterung Feld- und Gartengewächse so günstig beeinflußt, daß am ganzen Niederrhein gute Erträge zu erwarten sind. Auf den Aeckern stehen die ersten Garben der Wintergerste, die Kartoffeln gehen einer ganz vorzüglichen Entwicklung entgegen, überall bieten die Fluren gute Aussichten für Gemüse und Obst, trotzdem werden die Märkte in Groß- und Kleinstädten schlecht beschickt, weil über den Höchstpreis hinaus immer noch höhere Preise verlangt und bezahlt werden. Die niederrheinischen Blätter verlangen ein schärferes Zugreifen der Behörde, eine rücksichtslose Ueberwachung und Durchführung der Anordnungen auf dem Lande sowie scharfes Vorgehen wider die Aufkäufer, da sonst für den Herbst eine Verschleierung der Getreideernte und ein Verschwinden wesentlicher Teile der Kartoffelernte zu erwarten steht. Heute werden unter der Hand bereits die bestellten Aecker verkauft, ehe an eine Ernte zu denken ist.

Neues Pester Journal
4./VII. 1917
773

* (Die Ernte.) Die am Peter-Paulstage begonnene Ernte ist bereits im ganzen Lande im Zuge. Das Ergebniß verspricht für Weizen ein zufriedenstellendes Resultat. Die Körnerentwicklung ist günstig und die Qualität dürfte im Allgemeinen eine gute sein. Der Roggenstand ist vielleicht im Durchschnitt etwas schwächer, als jener des Weizens, dürfte aber ebenfalls befriedigen. Dagegen ist in den Frühjahrssaaten, namentlich Hafer und Gerste, ein schwacher Ausfall zu erwarten. Der Bedarf an Gerste für Brau- und Industriezwecke muß auch in dieser Campagne kontingentirt bleiben und der schwächere Ertrag zur Streckung der Brotstoffe und Futtermittel verwendet werden. Die Maispflanze hat sich bisher im Allgemeinen wohl bei niederem Stand trotz der Trockenheit leidlich gehalten und es steht zu erhoffen, daß die in den allerletzten Tagen erfolgten Regen sehr wohlthätigen Einfluß ausüben. Am dringendsten benöthigten aber und benöthigen auch weiter den Regen die Knollen- und Hackfrüchte; Kartoffel und Rüben sind stark zurückgeblieben, doch werden diese durch die Niederschläge nun doch eine entsprechende Verbesserung finden. Samstag und Sonntag sind in den meisten Landestheilen ausgiebige, durchschnittlich beinahe 10 Millimeter betragende Niederschläge erfolgt, und die oft zunehmende Bewölkung stellt weitere Regen in Aussicht. Die stärksten Niederschläge erfolgten in den produktivsten Theilen der Theißgegend. Die Erntearbeiten selbst gehen bei genügenden Arbeitskräften ungestört vor sich.

Tägliche Rundschau

4./VIII. 1917

176

Der Aufkauf der neuen Ernte.

Die Bestände der alten Ernte des Jahres 1915 wurden vorläufig von den derzeitigen Kommissionären der Kommunalverbände, bezw. der Reichsgetreidestelle, der Reichsgerstengesellschaft und der Reichshülsenfruchtstelle usw. aufgekauft. Von dem Beginn des 16. August 1917 ab unterliegen auch die Bestände der alten Ernte den Bestimmungen der neuen Reichsgetreideornung. Ueber letztere enthält die vom Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands herausgegebene Zeitschrift „Der Getreidehandel" in einer Sondernummer vom 2. Juli folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die Erzeugnisse der neuen Ernte 1917 dürfen nur von den bereits für die neue Ernte zugelassenen Kommissionären aufgekauft werden, sofern nicht besondere Bestimmungen erlassen werden. Soweit bekannt, hat die Reichsgetreidestelle in denjenigen Kommunalverbänden, welche bisher nicht Selbstlieferer sind, die von ihr angestellten Kommissionäre für Brotgetreide beauftragt, auch die anderen Artikel der neuen Ernte, vor allem also Gerste, aufzukaufen. In den bisher selbstliefernden Kommunalverbänden ist der Kommunalverband mit dem Ankauf beauftragt.

In den bisher nicht-selbstliefernden Kommunalverbänden würden demnach für die Uebergangszeit bis zur neuen Bestellung der Kommissionäre, also voraussichtlich teilweise bis Mitte August, nur die bisherigen Brotgetreidekommissionäre die neue Ernte, also auch Gerste usw. aufkaufen dürfen. Dadurch würden solche Händler, welche bisher in den nichtselbstliefernden Kommunalverbänden nur Kommissionäre für Gerste oder Hafer usw. gewesen sind, bis zu ihrer Anstellung als Kommissionär oder Unterkommissionär für die neue Ernte vom Aufkauf der neuen Ernte ausgeschlossen sein. Diese Händler müßten daher um ihre Zulassung als Kommissionär oder Unterkommissionär für den Aufkauf aller Artikel der neuen Ernte sofort bemüht sein. Diesbezügliche Anträge an die Reichsgetreidestelle haben durch die Kommunalverbände zu geschehen. Alle Händler, welche in bisher nicht-selbstliefernden Kommunalverbänden am Aufkauf der neuen Ernte sofort tätig sein wollen und bisher nicht Aufkäufer von Brotgetreide gewesen sind, müssen daher unverzüglich Zulassungsanträge durch den betreffenden Kommunalverband an die Reichsgetreidestelle richten, bezw. sich bis zur endgültigen Regelung als Unterkommissionär eines derzeitigen Brotgetreidekommissionärs anstellen lassen.

In den bisher selbstliefernden Kommunalverbänden ist der Kommunalverband mit dem Aufkauf der neuen Ernte des Jahres 1917 beauftragt, und zwar für alle Artikel der neuen Reichsgetreideordnung. Das gilt so lange, als nicht dem Kommunalverband das Recht der Selbstlieferung auf Grund der Bestimmungen der neuen Reichsgetreideordnung entzogen wird. Auch die selbstliefernden Kommunalverbände können aber den Aufkauf der neuen Ernte nur durch diejenigen Händler vornehmen lassen, welche von ihnen als Kommissionär oder als Unterkommissionär zugelassen sind. Sofern also in selbstliefernden Kommunalverbänden Händler nur für die Reichsgerstengesellschaft tätig gewesen sind, ohne Kommissionär für den Kommunalverband gewesen zu sein, würden diese Händler nicht in der Lage sein, sich am Aufkauf der neuen Ernte in irgendeinem Artikel der neuen Reichsgetreideordnung zu beteiligen. Alle Händler, welche daher in selbstliefernden Kommunalverbänden nicht Kommissionäre des Kommunalverbandes gewesen sind, müssen unverzüglich beim Kommunalverband ihre Zulassung für den Aufkauf der neuen Ernte beantragen.

Das läuft also darauf hinaus, daß alle Händler sofort ihren Antrag auf Bestellung als Kommissionär bezw. Unterkommissionär an den Kommunalverband bezw. durch den Kommunalverband an die Reichsgetreidestelle zu richten haben. Die Bestellung kann in denjenigen Kommunalverbänden, welche Selbstlieferer werden wollen, zunächst nur provisorisch erfolgen vorbehaltlich einer endgültigen Anstellung, sobald über den Antrag des Kommunalverbandes auf Anerkennung als Selbstwirtschafter entschieden ist.

Reichspost

4./VII. 1917

175

Laub als Viehfutter.

Schon wiederholt wurde hier darauf verwiesen, wie zweckdienlich mit Rücksicht auf den viel beklagten Futtermangel, der infolge der heurigen Dürre im kommenden Winter noch fühlbarer werden dürfte, die Sammlung des Laubes der Bäume wäre. Uns gehen in dieser Sache fortgesetzt Zuschriften zu, welche auf die drohende Gefahr aufmerksam machen. Mangel an Futtermitteln bedeutet Verringerung des Viehes, Fleischmangel und besonders Milchmangel. Und dabei lassen wir Unmassen guten Futters, das unsere Laubwälder bieten, ungenützt! Welche Gedanken machen sich hierüber die Behörden und Aemter, denen die Volksernährung anvertraut ist? Es ist keine Zeit mehr zu verlieren, denn wenn das Laub einmal an den Bäumen gelb geworden, taugt es nicht mehr zum Trocknen und Füttern, sondern nur mehr zur Streu.

Die Zeit
4./VII. 1917

776

— (Besserung des Saatenstandes der Sommerfrüchte.) Mit Beginn des Juli hat sich in unserer Reichshälfte ein neuer, günstiger Wetterumschwung eingestellt. Die Vorteile der dermaligen Niederschläge sind bedeutsamer als die etwaigen Nachteile, die hie und da durch eine Verzögerung des begonnenen Schnittes entstehen können. Die endlich häufigeren und auch ergiebigeren Gewittergüsse sind für den ganzen Sommeranbau und die Futtergewächse von weittragendem Wert, ja beinahe eine Rettung derselben. Und welch großen Nutzen wird erst diese Witterung für die Massenartikel: Kartoffeln als wichtiges Nährmittel, für Mais als kraftvolles Futtermittel, bringen! Auch wenn das Regenwetter noch einige Tage anhalten sollte, besteht keine Gefahr für die Sicherung der beiden schnittreifen Brotfrüchte, um so weniger, als die Regenmengen wieder nur strichweise verliefen und überall nicht von längerer Dauer sind. Dem Weizen und Roggen wird also das Wetter nicht schaden, Gerste und Hafer aber werden sich, zumindest stellenweise, erholen, und das wird auch bei den Knollen- und Hackfrüchten, den Wiesen und Heiden sicher der Fall sein. Das ganze Wachstum, das erst in der zweiten Julihälfte, ferner noch im August und September zur Reife gelangt, ist jetzt erfrischt und neu gekräftigt worden, und bei einigen sich später nochmals einstellenden Niederschlägen wird auch für alle diese Spätfrüchte auf eine gute Durchschnittsernte gerechnet werden können. Ungarn und Deutschland melden gleicherweise befruchtende Regenfälle, dasselbe wird gewiß auch im nahegelegenen Südosten der Fall sein und allseitig günstige Wirkung auf alle zu Felde stehenden Fruchtgattungen ausüben. Obst und alle Gemüsearten werden auch ihren Vorteil aus dem feuchten und kühlen Wetter ziehen. Den in Aussicht zu nehmenden Durchschnittsresultaten in Weizen und Roggen, dürften nun, da mehr, da etwas weniger, befriedigende Mittelerträge aller weiteren Zerealien sich anschließen. Und darin darf für die Versorgung der nächsten Konsumperiode bei der Gruppe der Mittelmächte eine neue und erhöhte Sicherung erblickt werden.

Pester Lloyd

4. VII. 1917

4

177

(Die Abwicklung der neuen Ernte.) Die Kriegsprodukten-A.-G. hat an ihre Kommissionäre ein Zirkularschreiben gerichtet, in dem auf die Wichtigkeit der schleunigsten Ablieferung des aus der neuen Ernte zu erwartenden Getreides hingewiesen wird. Die Kommissionäre werden aufmerksam gemacht, daß die rasche Ablieferung der bei einzelnen Domänen auf Grund vorheriger Vereinbarungen sichergestellten Brotfrüchte sowie des übrigen Getreides überaus wichtig ist und daß die Kommissionäre auch ihrerseits dafür sorgen müssen, daß die zur Anmeldung gelangenden Getreideposten laut der außertourlich zu erteilenden Dispositionen in der möglichst raschesten Frist abgeliefert werden. Zu diesem Behufe wurde verfügt, daß bei fünf Staatsbahn-Betriebsleitungen, beziehungsweise in den Sitzen der Eisenbahnlinien-Kommanden je ein diesem Kommando zugeteilter Kontrollbeamter der Kriegsprodukten-A.-G. sich aufhalte, der dafür zu sorgen hat, daß bei Aufgabe des Getreides die benötigten leeren Wagen auf der Station zur Verfügung stehen. Das Zirkularschreiben erteilt Weisungen betreffend die notwendigen Vorkehrungen zur Bereithaltung der Eisenbahnwagen und schreibt vor, daß die Kommissionäre und ihre Bevollmächtigten die Bereitstellung der benötigten Waggonanzahl bei den Kontrollbeamten drei bis vier Tage vorher telegraphisch anzufordern haben. In der betreffenden Depesche ist die liefernde Domäne, die Aufgabestation, die Menge und Gattung des Getreides sowie die Bestimmungsstation, schließlich der Name des Kommissionärs zu nennen. Die beanspruchten Waggons sind gleichzeitig auch auf der Aufgabestation anzumelden, damit die Stationsleitungen von der Bereitstellung der Waggons vorherige Kenntnis erhalten. Da häufig nur offene Wagen zur Verfügung stehen werden, müssen die Kommissionäre womöglich für Deckplachen und Rinfusa-Einrichtungen sorgen. Die Waggons sollen jedoch bloß für die faktisch verfrachtbaren und bereits zur Ablieferung fertiggestellten Getreidemengen bestellt werden, da sonst nach den nicht rechtzeitig beladenen Waggons die vorgeschriebenen Standgebühren durch den Kommissionär entrichtet werden müssen. Die Kontrollbeamten versehen lediglich die Agenden bei der Aufgabe des Getreides, sie sind aber nicht berechtigt, Dispositionen zu treffen oder solche abzuändern. In Eisenbahnstationen, die außerhalb des Territoriums der im Zirkular angeführten Eisenbahnlinien-Kommanden liegen, ist die Bestellung der Waggons in der üblichen Weise ausschließlich im Wege der Stationsvorstände zu bewerkstelligen. Sämtliche Kavallerie- und Artillerie-Ersatzkörper wurden von den Militärkommanden angewiesen, die zur Verfügung stehenden Wagen und Pferde sowie im Notfalle auch die Kutscher einzelnen Wirtschaften wegen Ablieferung des Getreides zur Eisenbahn zur Verfügung zu stellen. Insofern also eine Wirtschaft solche Gespanne zur Abfuhr des neuen Getreides benötigt, möge sie sich unmittelbar an den nächsten Artillerie- oder Kavallerie-Ersatzkörper wenden. Die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Kommissionäre im Interesse der öffentlichen Versorgung mit der größten Energie und Umsicht vorgehen werden. Die Eisenbahnlinien-Kommanden, denen Kontrollbeamte der Kriegsprodukten-A.-G. zugeteilt sind, sind die folgenden: Budapest-Központ, Szeged, Debrecen, Temesvár und Szabadka.

Die Zeit

5. VIII. 1917

278

— (Internationale Ernteschätzungen.) Die beim Internationalen Landwirtschaftsinstitut in Rom bisher eingelaufenen Auskünfte über die amtlichen Ernteschätzungen für das Jahr 1917 ergeben für Frankreich 44 Millionen Doppelzentner Weizen, das heißt Dreiviertel der Ernte 1916. In den Vereinigten Staaten beläuft sich die Schätzung für Sommer- und Winterweizen zusammen auf 178,537.000 Doppelzentner, was eine Ernte darstellt, die diejenige von 1916 um 2·5 Prozent übertrifft, aber um 18 Prozent hinter der Durchschnittsernte 1911 bis 1915 zurückbleibt. In Englisch-Indien werden die Aussichten der Ernte 1917 auf 103,230.000 Doppelzentner geschätzt, das heißt fast 20 Prozent höher als 1916 und 5 Prozent höher als der Durchschnitt. In Japan beläuft sich die Ernteschätzung für 1917 auf 7,221.000 Doppelzentner oder 94 Prozent der Ernte 1916 und 108 Prozent des Durchschnitts. Bezüglich der Ernteschätzungen über anderes Getreide haben nur die Vereinigten Staaten ihre Schätzung geliefert, und zwar 14,707.000 Doppelzentner für Roggen (111 Prozent der Ernte 1916 und 140 Prozent des Durchschnitts), 47,592.000 Doppelzentner für Gerste, (118 Prozent der Ernte 1916 und 108 Prozent des Durchschnitts), endlich 210,452.000 Doppelzentner für Hafer (110 Prozent der Ernte 1916 und 112 Prozent des Durchschnitts).

Reichspost

5./VII. 1917

Einsetzung eines Landwirtschaftsrates für das Generalgouvernement Lublin. Das Lubliner Verordnungsblatt bringt eine Verordnung über die Einsetzung eines Landwirtschaftsrates für das Generalgouvernement Lublin, bestehend aus 23 Mitgliedern, darunter Vertretern der fünf großen Städte des österreich-ungarischen Okkupationsgebietes sowie der bedeutendsten wirtschaftlichen Verbände und anderen gesellschaftlichen Vereinigungen. Der Generalgouverneur entsendet in den Landwirtschaftsrat zwei Regierungskommissäre. Der Landwirtschaftsrat ist berufen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und Verwertung ihrer Erzeugnisse und zur Unterstützung des Generalgouvernements in den Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Produktion. Der Wirkungskreis des Landwirtschaftsrates erstreckt sich auch auf die landwirtschaftlichen Industrien. Die Beschlüsse des Landwirtschaftsrates bilden die Grundlage für die Verordnungen des Generalgouvernements in Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung. Legislative Verfügungen in bezug auf die Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, des eigenen Bedarfes der Produzenten sowie der Verbrauchsmengen an Lebensmitteln pro Person und Tag werden nur nach Vernehmung des Landwirtschaftsrates getroffen. Als Vollzugsorgan des Landwirtschaftsrates wird ein Exekutivausschuß eingesetzt, der alle Organe und Körperschaften überwacht, die mit der Gewinnung und Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse betraut sind. Zur Aufbringung und Verteilung der Vorräte an landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden drei Zentralen eingesetzt. Der Generalgouverneur entsendet in jede Zentrale Regierungskommissäre und ist ermächtigt, weitere Zentralen zu errichten.

Reichspost Abendblatt
5./VII. 1917

180

* **Agrarisches Fuhrwerk zur Erntearbeit.** Amtlich wird verlautbart: Zur Förderung der Erntearbeiten werden auf Anordnung der militärischen Zentralstellen auch von Ersatzkörpern Pferde und, wo es die militärischen Verhältnisse zulassen, auch Fuhrwerke in möglichst großer Anzahl bereitgestellt. Die Ausgabe erfolgt auf Grund der Anforderungen der Gemeinden und Einzelbesitzer von Landwirtschaften bei den Ersatzkörperkommandanten durch diese, jedoch erst zur Zeit des Höhepunktes der Erntearbeiten auf eine Dauer von 21 Tagen einschließlich der erforderlichen Märsche in einem Umkreise von zwei Tagmärschen zu Fuß. Bahntransporte und längere Belastungen sind ausgeschlossen. Zu dem gleichen Termin wird auch die gesamte Mannschaft dieser Ersatzkörper bereitgestellt und auf die Anforderung der Gemeinden oder von Einzelbesitzern für die Dauer von drei Wochen zur Verfügung gestellt.

Der Abend 3. VIII. 1917

181

Lebensmittelwirtschaft auf dem Lande.

Der Bürgermeister hamsterte, die Bevölkerung darbte und konnte wegen Mangels an Saatgetreide nur einen Teil der Felder bebauen. Dies ist das vorläufige Ergebnis einer amtlichen Untersuchung über Vorgänge in Puchberg am Schneeberg, wobei der Zusammenhang zwischen dem Überfluße des Bürgermeisters und der Not seiner Gemeinde erst klarzustellen sein wird.

Puchberg am Fuße des Schneebergs ist vielen Wienern wohlbekannt. Die Gegend ist reich an Wiesen und Wäldern, arm aber an Feldern, die den Getreideanbau verlohnen und nur sehr wenige der dortigen Wirtschaftsbesitzer sind imstande, ihren Bedarf an Brot und Mehl aus der eigenen Ernte zu decken. Infolgedessen mußte, seit die Brotfrüchte der staatlichen Bewirtschaftung vorbehalten wurden, die Mehrzahl der Bewohner Puchbergs mit Brot und Mehl in der hiefür üblichen Weise unter Benützung von Karten vom Staate versorgt werden. Die Verteilung des Mehles ist überall Aufgabe der Gemeindevertretung und an der Spitze der Puchberger Gemeindevertretung stand der Landwirt Hans Stickler, der von seinen Mitbürgern nicht nur zum Bürgermeister, sondern auch zum Landtagsabgeordneten gewählt worden war und infolgedessen sowohl bei den Behörden als auch bei der Bevölkerung besonderes Vertrauen genoß. Dieses Vertrauen ermöglichte es dem Manne länger als zwei Jahre eine Mißwirtschaft zu führen, deren Umfang erst zum Teile klar gestellt ist.

Die Versorgung der Puchberger mit Mehl und Brot war vom Anbeginn sehr schlecht; tagelang gab es kein Brot und auch Mehl bekamen die Puchberger in weit geringerer Menge, als ihnen nach der Karte zustand. Der Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Stickler erklärte dies damit, daß er trotz aller Mühe von den Behörden nicht mehr erreichen konnte und die Bevölkerung ließ sich beschwichtigen. Auch als Stickler im Frühjahre Saatgut zur Verteilung an die Landwirte in der Gemeinde zugewiesen erhielt, behauptete er wieder, daß der Gemeinde zu wenig zugewiesen worden sei und gab so wenig Saatgetreide ab, daß ein Teil der vorhandenen Felder unbebaut bleiben mußte. Mittlerweile kaufte Stickler, der bis dahin nur Landwirt gewesen war, das Hotel Puchberhof (Wo blieb da der angeblich so unentbehrliche Befähigungsnachweis?) und stellte 18 Füllen zur Aufzucht ein. Ein Wirtshaus braucht Mehl und 18 Füllen brauchen sehr viel Futter. Die Frage, woher Stickler das notwendige Mehl und Futter nehme, erregte schließlich doch Verdacht und am 12. v. M. erschien in Puchberg eine Kommission, die feststellte, daß der Herr Bürgermeister und Landtagsabgeordnete über 200 Säcke verheimlichten Getreides in seinem Besitze habe, daß die Listen, welche über die Verteilung des Saatgutes geführt werden müssen, nicht vorhanden sind und daß Stickler sich für die Vermahlung von für seinen Haushalt bestimmtem Getreide einen Schein ausgestellt habe, in welchem die Zahl der Haushaltungsmitglieder unrichtig statt mit 12, mit 18 Personen angegeben, überdies aber die entfallende Mehlmenge auch für 18 Personen zu hoch ausgeworfen war. Als nächstes Ergebnis dieser Feststellung veröffentlicht das Amtsblatt der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen vom 29. v. M. die lakonische Mitteilung, daß Stickler seine Bürgermeisterstelle zurückgelegt habe. Das kann aber unmöglich als genügende Sühne für Sticklers Missetaten angesehen werden.

Die Bewohner Puchbergs erklären es für unmöglich, daß Stickler den reichlichen Mehlverbrauch für seinen Haushalt und das Wirtshaus aus dem Erträgnis seiner Wirtschaft bestritten und dabei noch 18 Füllen gefüttert und über 200 Säcke Getreide erspart haben könne, und es erregt begreiflichen Verdacht, daß die Listen über die Verteilung des Saatgutes fehlen.

In jedem Falle erfordert es das öffentliche Interesse, daß in der Angelegenheit Stickler ehebaldigst vollständige Aufklärung geschaffen werde. Stickler ist ein Mitglied der christlichsozialen Partei. Das hat natürlich mit seinen Verfehlungen nichts zu tun, aber es wird für die Partei sehr gut sein, wenn sich nicht die Meinung festsetzt, daß einem christlichsozialen Bürgermeister alles erlaubt sei. In Dingen, welche die Verteilung der Nahrungsmittel betreffen, ist die öffentliche Meinung heute besonders empfindlich. Darüber kommen auch Christlichsoziale nicht hinweg. Die Behörden sind es der Bevölkerung schuldig, baldigst darüber Aufklärung zu geben, wer es verschuldet hat, daß in Puchberg ein Teil der Felder unbebaut bleiben mußte, und wie es kam, daß Stickler Überfluß hatte, während alle anderen darbten.

H.

Der Abend

6./III. 1917

182

Die Hälfte der vorjährigen Ernte verschwunden.

Der Bewirtschaftungsplan für die kommende Ernte steht noch nicht fest. Im Ernährungsamt werden Beratungen abgehalten, die noch nicht abgeschlossen sind, wie es scheint, hauptsächlich deshalb, weil die maßgebenden Personen sich der Fehler wohl bewußt sind, die in den vergangenen Kriegsjahren begangen wurden und deshalb glauben, nicht genug vorsichtig sein zu können. Das ist ein Verhalten, das man versteht und billigen muß.

Besonders wenn man weiß, was im Vorjahr geschehen ist. Die Kartoffelernte des Jahres 1916 betrug nicht mehr als vierzig Millionen Doppelzentner, gegen mindestens hundert Millionen Doppelzentner in einem Friedensjahr. Die Ursachen dieses ausgesprochenen Mißertrages sollen hier nicht erörtert werden. Vielleicht noch bedauerlicher als diese Ziffer sind die jetzt von Fachkreisen gemachten Angaben, daß die staatliche Bewirtschaftung im Ernährungsjahr 1916/17 nicht mehr als die Hälfte der vierzig Millionen zu erfassen imstande war. Zwanzig Millionen Doppelzentner sind sozusagen verschwunden, wurden widerrechtlich verfüttert oder im Schleichhandel zu Überpreisen verschachert. So begreift man, daß in den letzten Monaten vor der neuen Ernte in Wien keine Kartoffel zu sehen war. Man begreift auch, warum es den Behörden so schwer wird, einen endgültigen Bewirtschaftungsplan zu entwerfen. Er wird folgende zwei Hauptschwierigkeiten zu überwinden haben: die Erfassung auf dem Lande und die Verteilung in der Stadt. Beides hat im Vorjahr fehlgeschlagen. Auf dem flachen Lande haben die „lokalen Faktoren" alles andere getan als die Behörden bei der Auffindung der Vorräte zu unterstützen. Es wird sich darum handeln, geeignete Vertrauensmänner zu finden, welche unabhängig und sachkundig genug sind, um dieses Geschäft wirklich besorgen zu können. In der Stadt wieder hat sich die Einmietung in einigen wenigen großen Mieten nicht bewährt. Die Händler, denen der Verschleiß an die Verbraucher oblag, hatten große Strecken zurückzulegen, ehe sie zu den Einlagerungsstellen in Floridsdorf oder Schwechat kamen und mußten dort oft halbe Tage warten, ehe sie abgefertigt wurden. Hiefür erwuchsen ihnen große Fuhrwerksspesen, für die sie sich entschädigen wollten. Auch die vorgeschriebenen festen Verkaufspreise konnten daran nichts ändern. Dazu kam die sehr schwache Belieferung des Wiener Marktes. Und trotzdem sind einige von der Gemeinde mit Verkaufsberechtigungen für Kartoffeln ausgestattete Händler reich geworden.

Vossische Zeitung

6./VII. 1917

183

Die rumänische Ernte.

Drahtmeldung unseres Kriegsberichterstatters.

* Bukarest, 3. Juli.

Der immer großartigere Ausbau unserer wirtschaftlichen Offensive gegen den Hungerkrieg der Entente hat auch hinter der östlichen Front zu den glänzendsten Ergebnissen geführt. Mit Spannung sieht nicht nur die Heimat, sondern auch das feindliche Ausland heute allen Nachrichten über die wirtschaftlichen Ergebnisse in den von uns eroberten Provinzen und Ländern entgegen. Schon die letzten Angaben über Rumäniens Getreideernte und Erdölindustrie werden der Heimat die vollständige Beruhigung gegeben haben, daß an ein Aushungern der Mittelmächte nicht mehr zu denken ist. Die Anbauziffern sind inzwischen berichtigt worden und stellen sich noch erheblich günstiger dar, als die ersten Meldungen ergaben. Die bebaute Fläche hat heute 2,66 Millionen Hektar wesentlich überschritten. Der anhaltende Strichregen der letzten vierzehn Tage hat der Saat außerordentlich genützt, so daß der Winterweizen über den Durchschnitt gut ist. Die Gerstebestellungen sind die gleichen wie in den Friedensjahren. Für die Anpflanzung von Oelsaaten ist in erhöhtem Maße gesorgt. Die Ernte hat bereits begonnen. Für den Kleinbedarf an Kartoffeln und Gemüsen sorgen die in den Städten wie auf den Dörfern überall angelegten Hausgärten.

Die rumänische Landbevölkerung hat ihre Friedensarbeit in ihrem eigenen Interesse in vollem Maße wiederaufgenommen, da die deutsche Militärverwaltung von einer Requisition, zu der sie ohne Zweifel berechtigt wäre, absieht und dem rumänischen Bauer die Ernte unter Ausschluß aller wucherischen Händlergewinne abkauft. Der Abtransport auf der Donau hat die Rekordziffern des Vorjahres bereits im Mai überschritten und eine im Frieden nie erzielte Tonnagehöhe erreicht, obwohl ein so wichtiger Hafen wie Braila fast vollkommen ausscheidet und auch die übrigen Häfen gelitten haben. Da im Frieden der Hauptverkehr stromabwärts ins Schwarze Meer ging, so mußten die technischen Betriebe durchweg umgestellt werden. Zugleich übernahm die Militärverwaltung die schon im Frieden bestehenden Getreideorganisationen, das Land wurde in zahllose Verladebezirke geteilt und die Zufuhr zur Donau neben der Waggonzufuhr der Eisenbahnen mit allen nur möglichen und sich den Wegen anpassenden Beförderungsmitteln unterstützt. Große Kraftwagen- und Trainkolonnen wechseln mit den zahllosen bäuerischen Karuzzen ab, um den kaum vorstellbaren Reichtum dieses Landes zur Ernährung der Besatzungstruppen und für die Heimat abzutransportieren. Schon im Frieden wurde die landwirtschaftlich reichste Strecke des Jalomitzagebietes in technisch sehr vollkommener Weise bewirtschaftet. Ueberall arbeiteten Motor- und Dampfpflüge, die wir auch zur Bewirtschaftung anderer Gebiete zur Verfügung gestellt haben, fast jeder Bauer bediente seine Mähmaschine, da Schläge von 3000 Hektar keine Seltenheit waren. Mit Staunen hört man, daß es hier Sonnenblumenbestände von 3000 Morgen gibt.

Der Donauweg selbst ist jetzt nach Möglichkeit verbessert worden: am Eisernen Tor, wo sich die Donau in einen Hauptarm und einen Kanal teilt, findet ein Treidelverkehr auf dem serbischen Ufer mit Dampfkraft statt. Schon vorher werden bei Turnu Severin das Getreide und die Waren von den etwa 1000 Tonnen großen Griechenschlepps in die etwa 500 Tonnen fassenden sogenannten Torschlepps umgeladen. Die Fahrt von Rustschuk bis Turnu Severin dauert etwa acht bis zehn Tage. Der gesamte Verlade- und Ausfuhrbetrieb steht unter Leitung der deutschen Eisenbahnchefs und der österreichisch-ungarischen Zentraltransportleitung. Der Tagesbedarf von mehr als hundert Millionen Menschen ist an einzelnen Tagen auf allen zur Verfügung stehenden Verkehrswegen den Mittelmächten zugeführt worden, ein Ergebnis der schweren und segensreichen Arbeit der Militärverwaltung Rumäniens, das der Größe unseres militärischen Sieges über Rumänien auch im wirtschaftlichen Sinne gleichkommt.

Hans Kyser.

Reichspost 6./VII. 1917

184

Anmeldung des Heu- und Strohbedarfes.

Gemäß der Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 29. Mai, zufolge der die Ernte des Jahres 1917 an Heu und Stroh beschlagnahmt wurde, haben die Verbraucher ihren bis zur nächsten Heu- und Strohernte nicht aus eigener Fechsung gedeckten Bedarf an Heu und Stroh bis längstens 1. August 1917 bei der Gemeinde anzumelden. Nähere Mitteilungen über die Form und den Vorgang bei der Anmeldung im Gemeindegebiet Wien werden in den nächsten Tagen verlautbart.

Fremdenbl

7. VII. 1917

185

Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft in Oesterreich.

Graz, 6. Juli. Heute begannen die Beratungen der ersten Wanderversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Oesterreich, die, vor einem halben Jahr in Wien gegründet, zurzeit an 2200 Mitglieder zählt. Oberpräsident Rittmeister und Kämmerer Botho Graf Coreth eröffnete die Tagung mit der Begrüßung des Statthalters Grafen Clary und Aldringen, der Vertreter der militärischen Behörden, des steiermärkischen Landesausschusses, der Landwirtschaftsgesellschaft in Steiermark, der Rektoren und Dekane der Hochschulen. Die Versammlung beschloß hierauf die Absendung einer Huldigungsdepesche an Seine Majestät den Kaiser. Hierauf begrüßte Statthalter Graf Clary die Versammlung sowie der Vizepräsident der Landwirtschaftsgesellschaft in Steiermark Dr. Klusemann im Namen dieser Gesellschaft und Franz Graf Attems im Namen des steiermärkischen Landesausschusses und des Landes Steiermark.

Professor Dr. Ostermayer, der Begründer der tagenden Gesellschaft, erstattete sodann den Geschäftsbericht des Gesamtausschusses und besprach die Kriegswirtschaft des Staates und die Ziele der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, deren Mitglieder eine Gesamtbodenfläche von mehr als einer Million Hektar vertreten. Namens des Gesamtausschusses beantragte er einen Beschluß, der das Direktorium beauftragt, an die sofortige Einsetzung eines Sonderausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft zu schreiten. — Graf Coreth trat dafür ein, daß die Zentralstellen alles in sich vereinigen, was zur unmittelbaren Abgabe des Endproduktes an den Konsumenten notwendig ist. Er trat für eine genaue Feststellung, Ueberwachung, Erhaltung und Förderung der Produktion sowie für eine dem Bedarf streng angepaßte Verteilung der Produkte unter möglichster Ausschaltung unkontrollierbarer Zwischenfaktoren ein. — Professor Dr. Thallmayer (Bruck a. d. M.) berichtete über die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Gaues 4 (Steiermark) und Professor Dr. Josef R. v. Bauer (Wien) über die Rechtsberatung der Landwirte und ihre Erfolge.

Reichspost

Z. VII. 1917

286

Lebensmittelbeschaffung durch — Selbsthilfe!

Selber Lebensmittel erzeugen ist wirksamer, als nur immer über den Lebensmittelmangel und die hohen Preise jammern oder über die Lebensmittelerzeuger schimpfen — dieser von der „Reichspost" unentwegt gepredigte Gedanke scheint nun allgemach den so schwer heimgesuchten städtischen Verbrauchern, die sich lange genug von demagogischen Schwätzern irreführen ließen, zur Ueberzeugung geworden zu sein. Man erkennt endlich, daß Lebensmittel nicht durch Reden, Entschließungen, Zeitungsartikel, Aufteilungsorganisationen (deren begrenzte Bedeutung nicht in Abrede gestellt sei!), Anregungen und Abordnungen „beschafft", sondern nur durch Arbeit erzeugt werden, durch Arbeit, wie sie der vielgeschmähte Landwirt mit Weib und Kind jahraus jahrein bei schmaler Kost und verhältnismäßig kargem Verdienst leistet. Wir erhalten nämlich eine längere Mitteilung, der wir das folgende entnehmen:

Die sich immer schärfer zuspitzende Not an Nahrungsmitteln brachte eine Anzahl von Personen auf den Gedanken, das Wesen der Schrebergärtnerei, welches zwar ganz Ersprießliches leistet und zweifellos auch zum Teil zur Linderung der Not beiträgt, ins Große zu übersetzen. Um eine solche, im großen Stile geplante Gemüsekultur wirksam zu pflegen, muß ungesäumt zur Selbsthilfe geschritten werden. Es muß sich daher eine Organisation aller Verbraucher gründen, welche uns unabhängig macht von der Willkür der Preistreiber, die nicht nur unter den Handeltreibenden, sondern leider auch unter den wohlhabenden Verbrauchern in verhängsvoller Menge sind; welche uns ferner unabhängig von der Wirksamkeit der Landbau treibenden Bevölkerung, die zum Teile durch die abgezogenen männlichen Arbeitskräfte ganz außerstande sind, ihre Felder ergiebig zu bestellen, zum Teile aber auch wenig Interesse haben, ihren gewohnten sonstigen Fleiß einzusetzen, wenn sie durch Requirierungen und Höchstpreisdiktaten einer nie gekannten Ausbeutung unterliegen sollen. Am Donnerstag, den 28. Juni, fand im Saale des niederösterreichischen Gewerbevereines in Wien, I., Eschenbachgasse eine Beratung statt, an welcher eine große Anzahl von Genossenschaftsvorstehern, die Vizepräsidentin in der „Rohö" Frau G. Saß, RAbg. Direktor Kemetter, Professor Sedlmayer von der Hochschule für Bodenkultur, GR. kaiserl. Rat Josef Dominik Schlechter, Rechtsgelehrte, Aerzte, Vertreter der Presse und Bürger beiwohnten. Das Ernährungsamt war vertreten und zwar durch den Bezirkskommissär Dr. Schlader, die Gemeinde Wien durch Magistrats-Obertommissär Dr. Landskron. Das Ergebnis dieser Beratung, welche von Fachschuldirektor a. D. Clemens Oleszkiewicz anberaumt war, ist, daß von Seite des k. k. Ernährungsamtes der ins Leben zu rufenden Genossenschaft die denkbar größte Förderung versprochen wurde.

Auch aus dem Munde des Vertreters der Gemeinde Wien kamen vielverheißende Worte. Die Genossenschaft will ihre Tätigkeit vorläufig für Wien aufnehmen, aber so schnell es die Zuströmung der Mitglieder anderer Kronländer gestattet, auch auf alle im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder ausdehnen. Anfragen können vor der Konstituierung gerichtet werden an Herrn Klemens Oleszkiewicz, Wien, 13/2, Jenullgasse 17.

Soweit der Bericht, den wir als erfreuliches Zeichen der Zeit wiedergeben. Ob die Neugründung mehr ist als ein Versprechen und ihre schönen Vorsätze auch durchzuführen vermag, hängt von den Männern ab, welche die Sache leiten werden.

Reichspost

7. VII. 1917

287

Bescheinigungen für Heutransporte in Niederösterreich.

Die Statthalterei teilt mit: „Um unbefugte Verkäufe von Heu hintanzuhalten, hat die Statthalterei für den Abtransport von Heu mittels Wagen von einer Gemeinde in eine andere Bescheinigungen vorgeschrieben, in denen der Bürgermeister jener Gemeinde, aus welcher der Abtransport erfolgen soll, bestätigt, daß der Transport des Heues zu einem gesetzlich erlaubten Zwecke erfolgt. Heumengen, deren Transport durch eine derartige Bescheinigung nicht gedeckt ist, werden von der Gendarmerie sowie den Organen der Ortspolizei abgenommen werden. Die Landes-Futtermittelstelle, bezw. deren Kommissionäre werden derartiges Heu zum gesetzlich festgesetzten Preise übernehmen. In derselben Weise werden auch die k. k. Linien-Verzehrungssteuerämter in Wien mit solchen durch Bescheinigungen nicht gedeckten Wagentransporten verfahren. Gegen Besitzer von Heu, die sich weigern, ihre Vorräte an die Kommissionäre der Landes-Futtermittelstelle zu verkaufen, wird das Verfahren wegen zwangsweiser Abnahme dieser Vorräte eingeleitet werden. Die Bezirksbehörden sind angewiesen, Uebertretungen der Beschlagnahmevorschriften sowie Ueberschreitungen der Höchstpreise in rücksichtsloser Weise der Bestrafung zuzuführen."

Neues Wiener Tagblatt
7. VIII. 1917

188

Fett- und Eiweißgewinnung aus Getreide.

Von angesehener sachmännischer Seite wird uns geschrieben:

„Kürzlich wurde durch die Tagesblätter die Nachricht eines neuen Verfahrens der Fett- und Eiweißgewinnung aus Getreide verbreitet. Es handelt sich hiebei jedoch eigentlich nicht um eine neue Erfindung, sondern um die Einführung, respektive eine entsprechende Ausdehnung einer bekannten Verwertung des Getreides zur Gewinnung der erwähnten Stoffe. Die für die Ernährung allgemein in Anwendung stehenden Getreidesorten enthalten außer Stärke und Eiweiß gewisse Mengen an Fett. Das in den Körnern enthaltene Fett ist nicht im ganzen Korn gleichmäßig verteilt, sondern im Keime viel reichlicher aufgespeichert als in den übrigen Bestandteilen des Kornes. Wenn man die Keime des Kornes ausscheidet, so hat man einen Rohstoff, welcher den größten Teil des Fettes des Getreides konzentriert enthält. Während zum Beispiel ein ganzes Maiskorn ungefähr 4½ Prozent seines Gewichtes an Oel enthält, ist im ausgeschiedenen Keime mehr als 15 Prozent an Oel enthalten. Während deshalb die Gewinnung des Maisöles aus dem ganzen Korn infolge des relativ geringen Fettinhalts sich gar nicht lohnen würde, ist die Gewinnung des Oeles aus den Maiskeimlingen allein nicht nur technisch ausführbar, sondern auch wirtschaftlich lohnend. Die Gewinnung des Maisöles wurde in Amerika um das Jahr 1870 aufgenommen, und um das Jahr 1900 erreichte die Ausfuhr an Maisöl aus den Vereinigten Staaten 4¼ Millionen Gallonen im Werte von mehr als 1¼ Millionen Dollar. Anfangs wurde das Maisöl lediglich zu technischen Zwecken verwendet, später aber wurde durch Anwendung vollkommener Reinigungsverfahren ein gutes Speiseöl erzeugt. Oesterreich-Ungarn hat im Jahre 1913 mehr als 3000 Meterzentner an Maisöl für Speiseölzwecke aus den Vereinigten Staaten eingeführt. Auch die Erzeugung des Maisöles war übrigens in mehreren Staaten Europas bereits vor dem Krieg üblich. In Ungarn sowie in Oesterreich (in Görz) wurde, allerdings in bescheidenem Maße, Maisöl erzeugt, so daß diese Oelgattung bereits vor dem Kriege bei uns unbedenklich als Speiseöl verwendet wurde. Die Schwierigkeit bei der Verwendung der Maiskeime zur Oelgewinnung lag darin, daß die inländischen Mühlen für die Ausscheidung des Keimes aus dem Maiskorn nicht eingerichtet waren, und die Keime wurden daher gewöhnlich mit der Kleie als Futtermittel verwendet. Im Laufe des Krieges wurden sowohl in Oesterreich-Ungarn als auch in Deutschland entsprechende Apparaturen zur rationellen Gewinnung der Maiskeime aufgestellt, und das wertvolle Produkt kann nun in großen Mengen der Oelindustrie zugeführt werden. Das entsprechend gereinigte Maisöl ist lichtgelb gefärbt, beinahe geruchlos und von angenehmem Geschmack und wird sowohl als Speiseöl als auch in der Margarineindustrie mit Erfolg verwendet.

In den Keimen des Maiskornes sind außer dem Fett auch größere Mengen an Eiweißstoffen aufgespeichert. Während zum Beispiel ein ganzes Maiskorn 11 Prozent von seinem Gewicht an Eiweißstoffen enthält, sind in den daraus ausgeschiedenen Keimen 20 Prozent davon enthalten. Die vom Oel befreiten Maiskeime können daher, entsprechend verarbeitet, auch namhafte Mengen an Eiweißstoffen für die Ernährung liefern. Auch die Gewinnung der Eiweißstoffe aus den Maiskeimen wurde bereits vor Jahren angeregt, die Industrie konnte aber, wenigstens in Oesterreich-Ungarn, keine besonderen Erfolge haben, da sich die Erzeugungskosten zu hoch stellten und das Produkt mit andern vegetabilischen eiweißreichen Erzeugnissen nicht konkurrieren konnte. Nun wurde die Ausscheidung des Eiweißes aus den Maiskeimen nach einer besonderen Methode mit großem Erfolg durchgeführt. Das aus Mais ausgeschiedene Eiweiß ist beinahe geschmacklos, wird sehr gut vertragen und sein Verdauungskoeffizient beträgt bei 77 Prozent.

Außer Mais enthalten auch andre Getreidesorten, obwohl geringere, aber keineswegs belanglose Mengen an Fett. Das Oel ist bei manchen Getreidesorten, so zum Beispiel beim Weizen und Roggen, im Keim, bei andern, wie bei Hirse, in den größeren Schichten des Kornes enthalten. Die Weizen- und die Roggenkörner enthalten 1·5 bis 1·8 Prozent an Fett, die aus Weizen und Roggen ausgeschiedenen Keime 10 bis 12 Prozent Fett. Das Hirsekorn enthält ungefähr 3 Prozent an Fett und 10 Prozent Eiweiß, während die äußeren Schichten des Kornes 18 Prozent an Fett und 20 Prozent Eiweiß enthalten. Bei andern Getreidesorten, so beim Hafer, scheint das Fett im ganzen Korn verteilt zu sein, wodurch die Ausscheidung des Fettes technisch schwieriger ist und auch wirtschaftlich keine großen Aussichten auf einen Erfolg vorhanden sein dürften.

Von besonderer Bedeutung in wirtschaftlicher Hinsicht ist wohl der Umstand zu erwähnen, daß durch die Ausscheidung der Keime das aus dem Korn gewonnene Mehl sich beim Lagern besser hält, denn die eiweiß- und fettreichen Keime neigen zum Ranzig- und Muffigwerden viel mehr als die übrigen Teile des Getreidekornes.

Durch die richtige technische und wirtschaftliche Organisation der Ausscheidung der Getreidekeime und deren Verarbeitung ist somit eine neue Quelle für unsre Ernährungswirtschaft gesichert worden, die nicht nur während des Krieges eine Rolle spielen, sondern auch in späterer Zeit eine große Bedeutung für die Volksernährung erlangen dürfte.

Reichspost
9./VII. 1917

9
180

Festsetzung der Heu- und Strohration für Haustiere.

Der Statthalter von Niederösterreich hat verordnet: Das durchschnittliche Höchstausmaß an Rauhfutter (Heu oder Stroh), das Besitzer von Haustieren von ihren Vorräten der Ernte 1917 verfüttern dürfen, wird festgesetzt: Für Pferde und erwachsene Rinder mit 10 Kilogramm täglich, für Jungvieh bis zu zwei Jahren mit 7 Kilogramm täglich, für Kleinvieh (Ziegen und Schafe) mit 1½ Kilogramm täglich. Im Rahmen dieser Rauhfuttermengen darf Heu höchstens zu vier Fünfteln verfüttert werden. Wenn Pferde außer mit Rauhfutter auch mit Hafer gefüttert werden, wird die zugestandene Rauhfuttermenge um 2 Kilogramm für jedes Kilogramm Hafer herabgesetzt. Das durchschnittliche Höchstausmaß an Stroh, das Besitzer von Haustieren von ihren Vorräten die Ernte 1917 zu Streuzwecken verwenden dürfen, wird festgesetzt: für Pferde mit 2 Kilogramm, für erwachsene Rinder mit 6 Kilogramm, für Jungvieh bis zu zwei Jahren mit 4 Kilogramm, für Kleinvieh (Ziegen und Schafe und Schweine) mit ½ Kilogramm täglich. Unter Heu sind alle Heuarten zu verstehen. Diejenigen Verbraucher, deren Bedarf an Heu und Stroh für Futter- und Streuzwecke bis zur nächsten Ernte aus eigener Fechsung nicht gedeckt ist, werden aufgefordert, diesen ungedeckten Bedarf bis längstens 1. August unter wahrheitsgemäßer Angabe des Viehstandes, sowie allfällige Heuvorräte mittels der bei den politischen Bezirksbehörden erhältlichen amtlichen Formularien bei der Gemeinde anzumelden. Nach dem 1. August erstattete Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Hinsichtlich der Bedarfsanmeldungen im Gemeindegebiete Wien trifft der Wiener Magistrat die erforderlichen Verfügungen.

Fremdenblatt Abendbl. 10./VII. 1917 191 a 10

Die Ernteaussichten im k. u. k. Verwaltungsgebiete Serbiens.

Aus Belgrad wird uns geschrieben: Nun, da die landwirtschaftlichen Arbeiten teilweise schon sehr weit gediehen sind und auch die langersehnten Niederschläge sich endlich, größtenteils noch rechtzeitig genug eingestellt haben, können über die Ernteaussichten in dem k. u. k. Verwaltungsgebiete Serbiens, wenn auch noch keine abschließenden Urteile, so doch von Fachleuten berechnete Annahmen mitgeteilt werden. Was die Gesamternte betrifft, wird sie allgemein als sehr zufriedenstellend bezeichnet, nur bei Hafer wird eine sowohl qualitativ wie quantitativ minder günstige Ernte erwartet; teilweise wird sogar eine ausgesprochene Mißernte bei Hafer angenommen. Das Ergebnis wird auf nicht mehr als höchstens 4 Meterzentner per Hektar geschätzt. Hingegen ist Weizen, der übrigens im okkupierten Gebiete ungefähr um 15 bis 20 Prozent mehr angebaut wurde als im Vorjahre, besonders in einigen Kreisen, und zwar vor allem im Sabacer und in den Kreisen entlang des Moravatales außerordentlich gut gediehen. Das durchschnittliche Ergebnis wird auf 8 Meterzentner per Hektar geschätzt. Gerste, die zwar nur wenig angebaut wurde, ist qualitativ sehr befriedigend geraten, ihr Schnitt ist bereits im Zuge, teilweise wird sie sogar schon eingeführt. Auch der quantitative Ertrag ist bei der Wintergerste ein sehr guter, nur von der Sommergerste, von welcher weniger gebaut wurde, ist nur eine geringere Einfuhr zu erwarten. Wider alles Erwarten hat der Mais (Kukuruz) der herrschenden Dürre während der ersten Entwicklungsperiode im allgemeinen ganz gut standgehalten. Obwohl der spätere Anbau etwas zurückgeblieben ist, dürfte auch dieser sich infolge der endlichen Niederschläge wenigstens soweit erholt haben, daß sogar mit einer guten Mittelernte gerechnet wird. Die Pflaumenkulturen sollen besonders in der Ebene durch Frost gelitten haben, in den Gebirgsgegenden wird hingegen eine gute Mittelernte erhofft. Von den Aepfeln glaubt man eine reichliche Ernte zu erhalten. In einzelnen Gegenden, z. B. im Smederevoer Kreise wird der Ertrag der bereits abgeblüten, bestens entwickelten Weinberge die aufgewandten Arbeiten reichlich lohnen. Eine günstige Witterung kann vielfach die Ernteerträgnisse noch erheblich verbessern. Zusammenfassend muß gesagt werden, daß in den okkupierten Gebieten Serbiens eine gute, das Vorjahr weitaus übertreffende Ernte eingefahren werden dürfte.

Der Abend
11./VII. 1917

Die Marktscheu der Gärtner.

Bei der Beratung über Mittel, die Gärtner endlich doch zur Beschickung der Märkte zu bewegen, wurde — vielleicht mit Unrecht — besonderes Gewicht darauf gelegt, die Möglichkeit, daß zu Markte fahrenden Gärtnern ihre Ware unterwegs abgekauft wird, zu beseitigen. Darum entschlossen sich das Ernährungsamt und die Statthalterei, Märkte in der nächsten Nähe der Küchengärten zu errichten. Es werden vier solche Gärtnermärkte errichtet werden: in Kagran und in Kaiser-Ebersdorf am Ende der Straßenbahn, im 10. Bezirke am Ausgange der Linie 65 der Straßenbahn und im 18. Bezirke im Zuge der Breitenseerstraße. Der Platz für den Kagraner Markt ist sehr gut gewählt, während man dies von dem Platze im 10. Bezirke durchaus nicht behaupten kann, weil er nicht im Mittelpunkte von Küchengärten liegt. Die Gärtnermärkte werden ausschließlich Großmärkte sein und nur von Händlern als Käufern besucht werden dürfen. Damit die Verteilung der Händler auf die Märkte eine gleichmäßige sei, wird jedem Händler amtlich der Markt zugewiesen, auf dem er kaufen darf. Ob die Märkte täglich stattfinden werden und an welchem Tage sie beginnen sollen, ist noch nicht festgesetzt, sicherlich aber werden sie sehr bald in's Leben treten.

Hamburger Fremdenblatt

11./VII. 1917

193

Gärtnereibesitzer-Versammlung.

R. **Neumünster**, 10. Juli.

Eine bedeutsame, allgemein interessierende Frage, die

Versorgung der Städte mit Kartoffeln, Obst und Gemüsen

beschäftigte hier eine Provinzialversammlung der Handelsgärtner Schleswig-Holsteins. Hingewiesen wurde auf die mannigfachen und bedeutenden Schwierigkeiten, mit denen die Gärtnereibesitzer seit verflossenem Winter zu kämpfen haben. Wenn die Preise für vorbezeichnete Artikel höhere geworden seien, so wäre dies wohl zu verstehen, wenn bedacht werde, daß die Preise für Sämereien, Anschaffung und Heranschaffung von Düngemitteln, sowie auch die Arbeitslöhne bedeutend gestiegen sind. Außerordentlich schwierig gestaltete sich jedoch die Erlangung des nötigen Personals, von geübten Kräften sowohl, wie von ungelernten Leuten. In diesem Punkte hielt es die Versammlung für dringend notwendig, daß Besserung erreicht wird und dies glaubte sie zu können durch eine Entschließung, zu übermitteln vom Handelsgärtner-Verband Deutschlands an den Bund der Landwirte und sonstige geeignete Körperschaften.

Die Versammlung bemängelte ferner, daß die Richtpreise zu frühzeitig festgelegt worden sind. Diese ließen sich nach Meinung der Anwesenden einwandfrei erst bestimmen, wenn Quantität und Qualität feststehen, daher wäre es richtiger, die Richtpreise erst dann zu bestimmen, wenn die Ware da ist.

Es wurde im Interesse der Volksernährung und des Durchhaltens für unumgänglich notwendig gehalten, daß alle verfügbaren Kräfte angespannt werden, damit aus Garten und Feld herausgewirtschaftet wird, was möglich ist. Dies zu erreichen, müßte mit Lust und Liebe im Beruf gearbeitet werden, und angemessene Preise für die Erzeugnisse nicht vorbehalten bleiben.

Mit der Preisliste, die am verflossenen Freitag für Schleswig-Holstein in Hamburg in Gegenwart von Vertretern der Regierung, der Landwirtschaftskammer usw. aufgestellt wurde und nunmehr regelmäßig allwöchentlich festgelegt werden soll, glaubten sich die Handelsgärtner nicht einverstanden erklären zu können, sie hielten die Preise durchweg für zu niedrig bemessen.

Zuständigerseits war eine gutachtliche Aeußerung darüber gewünscht, wie sich die Handelsgärtner zur späteren Beibehaltung der Sommerzeit stellen. Die Versammlung nahm für die Gärtnereibetriebe einmütig einen ablehnenden Standpunkt ein.

Reichspost Abendblatt 12./VII. 1917 1195

Die k. u. k. Futtermittelfabrik in Belgrad.

Man schreibt uns aus Belgrad:

Immer mehr nimmt der Krieg eine Form an, die voraussetzen läßt, daß der schließliche Ausgang weniger von den Waffen als von der Versorgung abhängen wird. Die Absperrung der Mittelmächte ist unseren Feinden fast vollkommen geglückt. Wir sind daher auf unsere Eigenproduktion angewiesen und soferne diese nicht ausreicht, muß sie eben durch Ersatzmittel gestreckt werden. Das gilt nicht nur für unsere Lebensmittel, sondern auch für die Futtermittel unseres Viehstandes, der durch den Krieg ungeheuer gelitten hat und durch dessen Verringerung die Volksernährung in Frage gestellt wird. Es ist daher erklärlich, daß unter solchen Verhältnissen die Futtermittelindustrie einen ungeahnten Aufschwung genommen hat.

Verschiedenen Gründen Rechnung tragend, wurde um Mitte April d. J. in Belgrad eine k. u. k. Futtermittelfabrik errichtet. In großzügiger Weise wurden von der Ernteverwertungszentrale des Militärgeneralgouvernements verschiedene Mühlenbestandteile wie Schlag- und Schleudermühlen, Häckselmaschinen, Mischapparate und Transporteure aufgestellt und Trockenanlagen eingerichtet. Aufgabe der Futtermittelfabrik war es nun, durch Zusatz von Abfallprodukten die bisherigen Futtermittel zu strecken, ohne hiedurch den Nähr- und Verdauungswert nachteilig zu beeinflußen. Als Abfallerzeugnisse, die bisher gar keine oder nur geringe Verwertung fanden, kommen die folgenden in Betracht: Maiskolben, Maisstengel und Maislaub, entölte Maiskeime, Bucheckern, Kastanien, Oliven-, Wein- und Apfeltrester, bei welchen die Körner vorher durch Sieben entfernt werden sowie Eicheln, Farnkrautwurzeln, Pflaumenkerne und Blutmehl. Bevor diese aber als Futtermischung Verwendung finden können, müssen sie zunächst verschiedenen Zerkleinerungsmethoden wie Mahlen, Schroten, Schneiden und Häckseln unterzogen werden, doch dürfen diese mechanischen Prozesse nur bis zu einem gewissen Grade durchgeführt werden, weil ein zu fein gemahlenes Produkt ebenso schädlich für die Verdauungsorgane ist, wie ein zu grob gemahlenes. Wasserreiche Mischprodukte müssen getrocknet und gedörrt werden, um zu verhindern, daß sie in Fäulnis oder in Gärung übergehen und ferner auch, um ihnen einen etwa anhaftenden Geruch zu entziehen, der beispielsweise bei der Entölung durch Benzinextraktion entsteht.

Die Fütterung der landwirtschaftlichen Nutztiere erfolgt durch Weidegang oder Stallfütterung mit Grün- oder Trockenfutter, die sich in den meisten Fällen nach den sonstigen wirtschaftlichen Verhältnissen richtet. Bei der Zusammenstellung der täglich zu verabreichenden Futtermittel wird die Menge und der Nährstoffgehalt annähernd in Uebereinstimmung gebracht mit der Futternorm, die je nach Tierart und Nutzung auf Grund der Ergebnisse praktischer und wissenschaftlicher Fütterungsversuche aufgestellt wurden. Von großer Bedeutung für die Fütterung ist das Nährstoffverhältnis im Futter, d. h. das Verhältnis zwischen stickstoffhältigen und stickstofffreien Rohnährstoffen. Je größer der Prozentsatz der verdaulichen Nährstoffe in einem Futtermittel ist, umso größer ist der Nährwert des betreffenden Futters.

In der Belgrader Futtermittelfabrik wird unter anderen Futterarten ein Pferdefutter hergestellt, das sich außerordentlich bewährt und sehr günstige Ergebnisse gezeitigt hat. Es ist dies ein Gemisch von Hafer, Kolbenschrot, Maiskeimen, Oliventrester und Wein- oder Apfeltrester, dem noch eine geringe Menge Salz zur Schmackhaftigkeit und etwas Kalk zur Stärkung der Knochen beigemengt werden, es steht dem Nährwert des reinen Hafers, der bekanntlich 7·2% verdauliches Eiweiß und 59·7% Stärkewert enthält, nur um geringes nach. Der Mais, der gewöhnlich zu Kuhfutter verwendet wird, besitzt 6·6% verdauliches Eiweiß und 81·5% Stärkewert. Ein fast gleichwertiges Kuhfutter wird in der hiesigen Futtermittelfabrik zubereitet, das aus folgenden Bestandteilen zusammengesetzt ist: Maiskeime, Maisschrot, vermahlene Maisstengel, Oliventrester und etwas Salz, welches wie beim Pferdefutter nur zur Schmackhaftigkeit dient.

Angenommen, daß bei den erwähnten Ersatzfuttermitteln nur 50% an Hafer und Mais erspart werden, so ist der Zweck der Fabrikation, nämlich die Streckung des vorhandenen Futtermateriales, vollkommen erreicht.

Der Betrieb der Fabrik, deren Leitung in fachkundigen Händen ruht, hat bereits einen gewaltigen Umfang angenommen und kann in würdiger Weise den großen Futtermittelfabriken des Hinterlandes angereiht werden.

j. k. o.

Reichspost
12./VII. 1917

196

Die Ernte in der Oststeiermark.

Aus der Oststeiermark schreibt man uns: In der Nacht vom 7. auf den 8. Juli ist hier der ersehnte Regen eingetreten. Er erfuhr nach einer kurzen Unterbrechung Sonntag vormittag am Nachmittag seine Fortsetzung und hielt die ganze Nacht auf Montag sowie den Montag vormittag an. Aufatmen die Felder und Gärten, frisches Grün leuchtet wieder allüberall auf den Fluren, und der rissige Boden ist weit über Wurzeltiefe durchfeuchtet. Wohl hat hier die Trockenheit bei weitem noch nicht solchen Schaden angerichtet wie in anderen Landesteilen oder wie beispielsweise im benachbarten Kärnten. Der große Schaden wäre hier erst entstanden, wenn das Schönwetter noch ein, zwei Wochen angedauert hätte; denn die Dürre ist bei uns noch nicht gar so lange her. Zu einer Zeit, wo sie in anderen Gegenden schon Wochen dauerte, hatten wir noch wiederholte, wenn auch geringe Niederschläge. Die Folge davon ist, daß das Korn, besonders aber der Weizen ganz ausgezeichnet steht. Weniger gut ist die Gerste, die, wie auch das Korn, vielfach schon eingebracht ist. Minder gut, wenigstens noch bis in die letzten Tage waren die Ernteaussichten auf den Hafer. Vielleicht, daß der niedergegangene Regen hier noch manches bessert. Schwerer Gefahr durch die Dürre waren die Erdäpfel, der Mais, die Bohnen- und Rübenfelder ausgesetzt. Die Maisblätter rollten sich in der Hitze zusammen, die Pflanze erreichte kaum die halbe Höhe im Vergleiche zu der des Vorjahres, die Erdäpfelstauden schwach, die Bohnen wurden gelb und stellten das Wachstum ein, die Burgunderblätter lagen eingeschrumpft am Boden und die Bauern hatten schwere Mühe, wenigstens einige ihrer Felder täglich zu begießen. Auf den Köpfen trugen die Bäuerinnen und Mägde die Wasserschaffe auf die oft weit entfernten Felder, um die Pflanzen zu gießen. Auf Wagen fuhr man große Wasserfässer hinaus. Der jetzige Regen wird darum von den Landleuten als eine wahre Erlösung begrüßt. Auf den gemähten Kornfeldern wird bereits Haiden (Buchweizen) angebaut, dem das nasse Wetter natürlich sehr zustatten kommt.

Was das Obst betrifft, so dürfte das heurige Jahr hier eine gute Ernte ergeben. Trotzdem zahlreiche Früchte infolge der Dürre abgefallen sind, tragen die Bäume noch genug Aepfel und Birnen. Ganz fabelhaft war die Kirschenernte. An und in der Umgebung der Straße von Graz über die Rieß nach Gleisdorf, insbesondere in der Gegend von Hönigtal (bei Laßnitzhöhe) waren die Bäume zum Brechen voll. Die Einnahmen der Besitzer gingen hier in die Tausende von Kronen. Auch Weichseln gab es viel. Sehr günstig ist die Aussicht auf die Zwetschkenernte. An manchen Orten kann man die Bäume nicht genug stützen, so drückt sie der reiche Segen.

Die Zeit
12. VIII. 1917

197

Getreide-, Futter- und Viehpreise.

Die Zentralpreisprüfungskommission gegen die Relationierung der Viehpreise.

Wie schon wiederholt berichtet, haben sich das Volksernährungsamt, der Ernährungsrat und zum Schlusse die Zentralpreisprüfungskommission mit der Frage der richtigen Relationierung der Getreide-, Futtermittel- und Viehpreise beschäftigt. Ursprünglich ging man von der Ansicht aus, daß eine mäßige Erhöhung der Getreidepreise (Erhöhung des Weizen- und Roggenpreises auf 40 Kronen sowie eine Höherstellung der Gerste- und Haferpreise um einige Kronen) nur dann vorgenommen werden könne, wenn gleichzeitig damit auch eine Ermäßigung der Rinder- und Schweinepreise, letztere schon deshalb, um ein Verfüttern der Kartoffeln zu vermeiden, eintrete.

Die Vertreter der Agrarier in den genannten Körperschaften haben sich unter Hinweis auf die bezüglichen Preisverhältnisse in Ungarn sowohl spontan für eine Erhöhung der Getreide- als auch für eine ausgiebige Steigerung der Viehpreise ausgesprochen. Deshalb gerieten die Verhandlungen auf einen toten Punkt.

Der Ausweg, den nun die Zentralpreisprüfungskommission aus diesem Dilemma gewählt hat, ist zumindestens interessant. In ihrem Gutachten, das sie dem Volksernährungsamte über diese Frage zu erstatten hat, stellte sich die Zentralpreisprüfungskommission — aus dem weiter unter abgedruckten amtlichen Communiqué geht wenigstens nichts anderes hervor — ohne daß sie sich über die Angemessenheit der Getreidepreise des weiteren äußerte, auf den Standpunkt, eine Aufstellung von zu den Getreide- und Futtermittlpreisen relationierten Richtpreisen für das Vieh nicht zu empfehlen.

Nachstehend die amtliche Verlautbarung der Zentralpreisprüfungskommission:

Das amtliche Communiqué.

Amtlich wird verlautbart:

„Die Frage des wechselseitigen Verhältnisses der Preise der landwirtschaftlichen Produkte und der Viehpreise bildete schon seit dem Ende des vorigen Jahres den Gegenstand des Studiums im Amte für Volksernährung. Zuletzt ist sie in der Zentralpreisprüfungskommission einer eingehenden Durchberatung unterzogen worden.

Den Beratungen lagen ein Elaborat der Kriegsgetreideverkehrsanstalt mit höchst instruktiven statistischen Tabellen zur Veranschaulichung der Preisrelationen der einschlägigen Produkte im Frieden und im Kriege zugrunde, ferner ein Referat der Herren Kommerzialrat Leopold Wozasek und Dr. Siegfried von Strakosch über die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide- und Futtermittel, ferner ein Referat des Prof. Panzer über die Preisbildung der Futtermittel nach ihrem Werte für die Tierfütterung und schließlich ein eingehendes Referat des Experten Prof. Ostermayer, das sich hauptsächlich auf die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Buchstellen stützte. Im Mittelpunkte der Erörterungen stand die Frage, welche Preise in Anbetracht der Gestehungskosten mit Rücksicht auf die Nahrungskonkurrenz zwischen Mensch und Tier und im Interesse der landwirtschaftlichen Produktion als angemessen aufzustellen wären. Dabei wurde sowohl von den Vertretern der Produktion als von jenen des Konsums die Notwendigkeit betont, daß schon im Interesse der Sicherung des Milch- und Fettbedarfes einer Depekoration vorgebeugt werden und auch eine Einschränkung des Fleischgenusses erfolgen müsse. Im übrigen wurde von mehreren Seiten hervorgehoben, daß für den Konsum nicht so sehr oder nicht allein die Höhe der Viehpreise, wie vielmehr ein angemessenes Spannungsverhältnis zwischen diesen und den Fleischpreisen wichtig sei.

Nach Abschluß der Beratungen gab Ohmann Dr. Hainisch sein Gutachten dahin ab, daß eine natürliche Relation zwischen den Getreidepreisen und den Viehpreisen, insbesondere jenen von Rindvieh, nicht besteht und daß mit den Mitteln der Preispolitik allein der Verfütterung von zum menschlichen Genusse geeigneten pflanzlichen Nahrungsmitteln an Tiere nicht gesteuert werden kann. Unrichtig sei es ferner, den Einlösepreis nach den Produktionskosten bestimmen zu wollen, da die zu Schlachtzwecken angeforderten Rinder schon seit geraumer Zeit nicht mehr Produkt, sondern stehendes Kapital der Landwirte sind. Schließlich wird hervorgehoben, daß die Viehpreise für den Konsum auch deshalb nicht so sehr ins Gewicht fallen, weil die Notwendigkeit der Einschränkung des Fleischkonsums im Hinblick auf die erforderliche Schonung des Viehstandes geboten erscheint, und zwar auch zur Sicherung der viel wichtigeren Milch- und Butterproduktion.

Aus diesen Gründen und im Hinblick auf den von der Verwaltung bereits inaugurierten, der Verschiedenheit der Produktionsverhältnisse angepaßten kronlandsweisen Abbau der Viehpreise wird die Aufstellung allgemein gültiger Richtpreise nicht empfohlen."

Neue Freie Presse
13./VII. 1917

198

Mitteilungen des Präsidenten des gemeinsamen Ernährungsausschusses über die neue Ernte.

Wien, 12. Juli.

Der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr v. Pragenau gewährte dem Wiener Korrespondenten des „Az Est" eine Unterredung, in deren Verlauf er zunächst mit Bezug auf die seit einigen Tagen in Budapest im Umlauf befindlichen Gerüchte, als wäre eine Erweiterung des Wirkungskreises des gemeinsamen Ernährungsausschusses, beziehungsweise die Errichtung einer die Approvisionierungsangelegenheiten Oesterreichs und Ungarns nicht wie bisher separat, sondern gemeinsam regelnden Organisation geplant, folgendes sagte:

„Es ist ja bekannt, daß der Wirkungskreis des gemeinsamen Ernährungsausschusses gelegentlich seiner Aufstellung im März dieses Jahres durch die damaligen Regierungen Clam-Martinic-Tisza umschrieben wurde, und mir ist nichts bekannt, daß seitens der neuen österreichischen, beziehungsweise ungarischen Regierung in dieser Hinsicht irgendwelche Aenderungen geplant wären."

Auf die Frage des Berichterstatters, wie es mit den Ernteaussichten bestellt ist, erwiderte Generalmajor v. Landwehr:

„Bezüglich der Ernteaussichten teile ich nicht den Pessimismus, dem man vielfach Ausdruck gibt. Wie bekannt, ist in den letzten Tagen von kompetenter österreichischer und ungarischer Regierungsstelle ein ziemlich günstiges Bild über die Aussichten der zukünftigen Ernte gegeben worden, und ich meinerseits kann diese Feststellungen nur bestätigen. Was die einzelnen Getreidegattungen anbelangt, so kann ich mitteilen, daß die Weizenernte sowohl in Ungarn als auch in Oesterreich ziemlich gute Erträgnisse verspricht. Dagegen sind die Aussichten bezüglich Roggen und Hafer minder günstig. Was die Maisernte anbelangt, so kann im gegenwärtigen Augenblicke hierüber kein endgültiges Urteil abgegeben werden. Ich hoffe jedoch, daß die in den letzten Tagen besonders in Ungarn reichlich gefallenen Niederschläge auch auf die Maisernte günstig einwirken werden. Dasselbe gilt bezüglich der Kartoffelernte.

In Rumänien steht die Ernte sehr gut, auch in Serbien können die Ernteaussichten als befriedigend bezeichnet werden, und was die bei uns über die bulgarische Ernte verbreiteten günstigen Nachrichten anbelangt, so stelle ich mit Freude fest, daß sie zum großen Teile der Wahrheit entsprechen.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die diesjährige Ernte keinesfalls hinter derjenigen des vergangenen Jahres stehen dürfte, und was speziell die zur menschlichen Nahrung dienende Getreidegattung, den Weizen, betrifft, so ist es zweifellos, daß wir diesbezüglich in diesem Jahre entschieden besser dastehen werden als im vorigen Jahre."

„Alles in allem," betonte Generalmajor v. Landwehr mit besonderem Nachdruck, „bin ich davon fest überzeugt, daß ebenso wie es uns gelungen ist, über die großen Schwierigkeiten der Approvisionierung bis zur neuen Ernte hinwegzukommen, dies uns auch im nächsten Jahre gelingen wird, so daß das Durchhalten im neuen Erntejahr auch auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung vollkommen sichergestellt erscheint.

Mit Freuden stelle ich fest, daß der Frühdrusch sowohl in Ungarn als auch in Oesterreich bereits mit voller Kraft eingesetzt hat, und es ist zu hoffen, daß die fleißige Arbeit ihre Früchte zeitigen und so den Völkern der Monarchie das Durchhalten in dieser schweren Zeit erleichtern werde.

Was die Unterstützung Oesterreichs durch Ungarn anlangt, so kann ich nur dankbar anerkennen, daß Ungarn besonders in den letzten Monaten auch auf diesem Gebiete sehr viel geleistet hat. Freudig unterschreibe ich alles, was diesbezüglich Minister Generalmajor v. Höfer kürzlich in einer Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärt hat. Es ist eine Tatsache, daß Ungarn die ganze Armee mit Getreidegattungen versorgt, und ebenso ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß Ungarn auch zur Verpflegung der Zivilbevölkerung Oesterreichs viel beigesteuert hat. Es ist nur zu wünschen und zu hoffen, daß Ungarn auch in Zukunft alles unternehmen wird, um die Approvisionierungsschwierigkeiten in Oesterreich lindern zu helfen."

Neues Wiener Tagblatt

13./VI. 1917

Generalmajor v. Landwehr über die Ernte.

Budapest, 12. Juli. (Privattelegramm.) Der Präsident des Gemeinsamen Ernährungsausschusses GM. v. Landwehr erklärte dem Wiener Berichterstatter des „Az Est", er habe keine Kenntnis von der jüngst in einigen Blättern aufgetauchten Nachricht, daß in Hinkunft die Approvisionierungsangelegenheit Oesterreichs und Ungarns durch ein gemeinschaftliches Organ versehen werden soll. Bekanntlich wurde der Wirkungskreis, der unter seiner Leitung stehenden gemeinsamen Ernährungskommission im Monat März von den Regierungen Tisza und Clam-Martinitz detailliert festgestellt. Davon, daß die österreichische oder die ungarische Regierung eine Aederung an dem Wirkungskreis des Gemeinsamen Ernährungsausschusses vornehmen wollte, habe er überhaupt keine Kenntnis.

Was die Ernteaussichten betrifft, so könne GM. v. Landwehr keineswegs den Pessimismus teilen, der von gewissen Seiten zum Ausdruck gebracht wurde. In den letzten Tagen haben die zuständigen ungarischen und österreichischen Behörden ein ziemlich günstiges Bild von den Ernteaussichten entworfen. Die Weizenernte wird in der Monarchie, vornehmlich aber in Ungarn günstig sein, dagegen verspricht die Roggen- und Haferfechsung weniger gut zu werden. Was den Mais betrifft, so steht zu hoffen, daß die Regenfälle der jüngsten Tage von günstiger Wirkung sein werden. Dasselbe gilt auch von den Kartoffeln. Die heurige Ernte wird keinesfalls ungünstiger sein als die vorjährige, und was die der menschlichen Nahrung dienenden Produkte betrifft, so wird sie unbedingt günstiger ausfallen als im Vorjahre, denn die Getreideernte ist entschieden besser als im Vorjahre.

In Rumänien ist die Ernte sehr gut, in Serbien kann sie ebenfalls als befriedigend bezeichnet werden, und die günstigen Nachrichten über die bulgarische Ernte entsprechen gleichfalls zum großen Teil der Wahrheit.

„Ich bin fest überzeugt," sagte Generalmajor v. Landwehr, „daß ebenso wie es bisher gelungen ist, die Schwierigkeiten der Approvisionierung verhältnismäßig glatt zu bewältigen, wir auch nach der neuen Ernte hinsichtlich der Ernährung durchhalten können. Die Hauptsache ist, daß die Organisation eine gute sei, zumindest eine so gute wie sie in der letzten Zeit war."

Schließlich gedachte Generalmajor v. Landwehr mit besonderem Dank der Unterstützung, die Ungarn auf dem Gebiet des Ernährungswesens Oesterreich zuteil werden ließ. Ungarn habe, zumal in den letzten Monaten, viel auf diesem Gebiet getan. Mit Freude müsse jedes Wort unterschrieben werden, das Ernährungsminister Höfer letzthin im österreichischen Reichsrat aussprach. In der Tat: Ungarn versorgt das ganze auf Kriegsfuß stehende Heer mit Lebensmitteln und hat auch zur Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung Oesterreichs viel beigetragen.

Neue Freie Presse

14. VII. 1917

200

Der ungarische Ackerbauminister über die Angemessenheit der Preise der Landwirtschaft.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 13. Juli.

Ackerbauminister Bela Mezössy empfing heute eine Deputation des ungarischen Landwirteverbandes, der ihn aus Anlaß seines Amtsantrittes begrüßte. In seiner Dankesrede erklärte der Minister, es sei niemals davon die Rede gewesen, die Frage der Approvisionierung in den Rahmen einer neuen gemeinsamen Verwaltung hinüberzuspielen. Wir erfüllen ehrlich die unseren Kräften angemessene Befriedigung der Ansprüche der Armee und des anderen Staates und sind bestrebt, im brüderlichen Gefühle ihnen unsere Ueberschüsse hinzugeben. Aber wenn wir mehr produzieren sollen, muß man uns auch die Möglichkeit dazu geben. Man muß die Vorbedingungen der Produktion sichern und die Steigerung unserer Arbeitslust und unseres Fleißes durch anständige Preise, die mit der geleisteten Kraftentfaltung im Einklange stehen, ermöglichen.

Niemand unter uns will übertriebene Ansprüche stellen, allein heute, wo wir die uns unentbehrlichen Industrieartikel mit unglaublichen Preisen bezahlen müssen, kann man ernstlich von billigen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte nicht sprechen. Man möge die Herabsetzung der Preise für Industrieartikel in Angriff nehmen, dann werden wir billig und in gesteigertem Maße produzieren können. Diese Politik habe ich immer vertreten und werde ihr auch fernerhin treu bleiben.

Reichspost

15./VII. 1917

201

Anmeldung des Bedarfes an Heu und Stroh.

Der Wiener Magistrat verlautbart: Gemäß der Verordnung des Amtes für Volksernährung haben die Verbraucher von Heu und Stroh im Gemeindegebiete Wien ihren Bedarf an Heu und Stroh bis zur nächsten Heu- und Strohernte schriftlich, und zwar unter Verwendung von Anmeldebogen anzumelden. Die Anmeldebogen sind von den Mitgliedern der Genossenschaft der Einspänner, der Fiaker, der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer, der Stadt- und Lohnfuhrwerker und der Milchmeier bei ihrer Genossenschaft, von allen übrigen Verbrauchern bei den zuständigen magistratischen Bezirksämtern zu beheben. Die Anmeldung muß von der Bezirksvertretung jenes Gemeindebezirkes, in welchem der Verbrauchsort sich befindet, bestätigt sein. Der Anmeldebogen ist bei der Brotkommission bis längstens 11. August 1917 während der Amtsstunden zu überreichen. Futterhändler haben nur jenen Bedarf anzumelden, den sie für ihren eigenen Viehstand verbrauchen, daher nicht jene Mengen, die sie in Ausübung ihres Gewerbes an andere Verbraucher abgeben, weil diese Mengen ohnehin durch die Anmeldung ihrer Kunden erfaßt werden.

Reichspost Abend
17. VII. 1917
205

Besserer Ernteschutz.

Die Klagen der Kriegs- und Schrebergärtner und sonstigen Lebensmittelerzeuger in der Umgebung Wiens mehren sich, daß ihnen von böswilliger Hand die Anlagen und Anpflanzungen geschädigt werden. An der Strecke Mauer—Kalksburg der dortigen Dampftramway sah man gestern mehrfach verwüstete Kartoffelgärten. Die erst blühenden Pflanzen waren ausgerissen, ebenso viele „Fisolenstauden". Manchmal mag Bedürftigkeit Leute auf die Suche in fremde Gärten und Aecker treiben, aber häufig ist es, wie in dem Falle in Mauer, reiner Zerstörungstrieb und Bosheit. Geschädigt ist in solchen Fällen natürlich nicht nur der private Besitzer, der sich um das Erträgnis seiner Mühen betrogen sieht, sondern auch die Allgemeinheit, die für den Ausfall aufkommen muß. Es sollte nicht nur für die Belehrung der städtischen Bevölkerung und für die Bewachung der Aecker, Gärten und Wiesen mehr geschehen, sondern es sollte gegen derartige Bösewichte, die sich als Verbündete unserer Aushungerer benehmen, mit den strengsten Strafen vorgegangen werden. In Bayern hat das bayrische stellvertretende Generalkommando folgende Anordnung erlassen: Mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark wird, soweit nicht die Gesetze eine schwerere Strafe androhen, bestraft: Wer unbefugt über Gärten oder Weinberge oder vor beendeter Ernte über Wiesen oder bestellte Aecker geht, fährt, reitet oder Vieh treibt; dann wer aus Gärten, Weinbergen, Obstanlagen oder Alleen oder von Feldern, Aeckern und Wiesen Gartenfrüchte, Feldfrüchte oder andere Bodenerzeugnisse von unbedeutendem Wert oder in geringer Menge entwendet; wer Gartenfrüchte, Feldfrüchte oder andere Bodenerzeugnisse von unbedeutendem Wert oder in geringer Menge zum alsbaldigen Verbrauch entwendet.

Fremdenblatt Abendbl. 17./VII. 1917 203

Anmeldung des Bedarfes an Heu und Stroh.

Gemäß der Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 29. Mai 1917, zufolge der die gesamte Ernte des Jahres 1917 an Heu und Stroh beschlagnahmt ist, wurde zwecks Feststellung des Bedarfes angeordnet, daß die Verbraucher ihren bis zur nächsten Heu- und Strohernte nicht gedeckten Bedarf an Heu und Stroh bis längstens 1. August 1917 bei der Gemeinde anzumelden haben. In Durchführung dieser Verordnung und des Erlasses der niederösterreichischen Statthalterei vom 7. d. betreffend die Festsetzung des durchschnittlichen Höchstausmaßes an Rauhfutter wird vom Wiener Magistrat nachstehendes verfügt: Die Verbraucher von Heu und Stroh im Gemeindegebiete Wien haben ihren Bedarf an Heu und Stroh bis zur nächsten Heu- und Strohernte schriftlich, und zwar unter Verwendung von Anmeldebogen, die in allen vorgedruckten Rubriken genau auszufüllen sind, anzumelden. Die Anmeldungen sind von den Mitgliedern der Genossenschaft der Einspänner, der Fiaker, der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer, der Land- und Stadtlohnfuhrwerker und der Milchmeier bei ihrer Genossenschaft, von allen übrigen Verbrauchern bei den zuständigen magistratischen Bezirksämtern zu beheben. Die Anmeldung muß von der Bezirksvertretung jenes Gemeindebezirkes, in welchem der Verbrauchsort sich befindet, bestätigt sein. Nicht gehörig ausgefüllte oder von der Bezirksvertretung nicht bestätigte Anmeldungen werden zurückgewiesen und gelten als nicht überreicht. Der ausgefüllte und bestätigte Anmeldebogen ist bei der zuständigen Brotkommission bis längstens 1. August während der Amtsstunden zu überreichen. Futterhändler haben nur jenen Bedarf anzumelden, den sie für ihren eigenen Viehstand verbrauchen, daher nicht jene Mengen, die sie in Ausübung ihres Gewerbes an andere Verbraucher abgeben, weil diese Mengen ohnehin durch die Anmeldung ihrer Kunden erfaßt werden. Wer in der Anmeldung unrichtige Angaben macht, wird von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft. Verspätete Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.

Die Zeit Abendblatt
17./VII. 1917

Eine Verteidigung der Wiener Gärtner.

Die Marktscheu der Wiener Gärtner, die in den letzten Tagen dazu führte, daß auf Anordnung der „Geos" in Kagran, Kaiserebersdorf und Floridsdorf sowie an der Peripherie der Stadt eigene Gärtnermärkte errichtet werden mußten, wurde seit Monaten in der Oeffentlichkeit lebhaft besprochen. Nun hat der Reichsverband der Oesterreichischen Gärtnergenossenschaften eine Verteidigungsschrift über die Haltung der Gärtnerschaft herausgegeben, in der er sich gleichzeitig über die Ursachen des Gemüsemangels verbreitet. Es muß zugegeben werden, daß speziell die Wiener Gärtnerschaft durch den Krieg in einen schweren Stand geriet, indem ihr nicht nur durch die militärischen Einberufungen die Hauptkräfte entzogen, sondern ihr auch ein Großteil der Pferde abgenommen wurde. Vielfach muß die Arbeit von Frauen, Kindern und sonstigen ungeübten Personen geleistet werden. Auch die Produktionskosten sind wesentlich gestiegen; doch hat sich die Gärtnerschaft hierfür durch die ganz bedeutende Hinaufsetzung der Preise für ihre Produkte entschädigt. Für die Gärtner mag es allerdings bequem sein, ihre Produkte an Ort und Stelle zu veräußern, noch dazu zu Preisen, die durch die gegenseitige Konkurrenz der einzelnen Großinteressenten an den Produktionsstätten selbst hinaufgetrieben wurden. Das war die Hauptursache der Marktscheu der Gärtner, die vor allem nicht den Großhändlern, sondern in erster Linie dem kaufenden Publikum sehr geschadet hat. Davon, daß vor Wochenfrist die Gemeinde Wien auf Vorstellung des Ernährungsamtes den Gärtnern in der Nacht Tramwayzüge zur Beförderung ihrer Produkte nach den Wiener Märkten zur Verfügung stellte, welches Entgegenkommen sie gänzlich ignorierten, weiß diese Verteidigungsschrift nichts zu erzählen. Sie kämpft mit billigen Schlagworten gegen die Markthändler an, die der großen Mehrheit nach ihre Waren aus Ungarn beziehen und denen gerade in der letzten Zeit durch die Ausschaltung des Marktzwischenhandels der Boden ohnedies ziemlich abgegraben erscheint. Daß die Gärtner die im Zuge befindliche Errichtung der Gärtnermärkte begrüßen, mag wohl nach der Lüftung des Zusammenhanges der Dinge mehr als eine Entschuldigung als eine Rechtfertigung ihres Verhaltens gelten. Gewiß soll man ihnen die Möglichkeit der Produktion erleichtern und ihnen auch ihre Arbeitskräfte vom Militär freigeben.

Tägliche Rundschau
17. VIII. 1917

* **Eine amtliche Honigvermittelungsstelle für Preußen.** Beim Landesamt für Gemüse und Obst in Berlin W. 57 ist durch Erlaß der zuständigen preußischen Minister eine Honigvermittelungsstelle errichtet worden. Diese hat die Aufgabe, den Verkehr mit Bienenhonig zu überwachen, Angebot und Nachfrage möglichst auszugleichen und namentlich den Honigbedarf der Kommunalverbände für Krankenanstalten, Heilstätten usw. zu sichern. Wer Bienenhonig veräußern oder erwerben will, kann sich an die Honigvermittelungsstelle zwecks Nachweisung von Käufern und Verkäufern wenden. Die Honigvermittelungsstelle kann Bestandserhebungen über den Bienenhonig veranstalten. Der preußische Kommissar für Volksernährung kann Höchstmengen für den Absatz, den Erwerb und den Verbrauch von Bienenhonig festsetzen. Ueber die von ihm bestimmte Grenze hinaus erworbener Bienenhonig unterliegt der Enteignung auf Grund des Höchstpreisgesetzes. Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung und den Geschäftsbetrieb der Honigvermittelungsstelle trifft der preußische Staatskommissar für Volksernährung.

Pester Lloyd Abendbl
17./VII. 1917
206

— (Aufreizung durch die Auslagen.) Das Handelsgremium in Teplitz-Schönau versendet an seine Mitglieder folgendes charakteristische Rundschreiben: „Die Herren Kaufleute werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, ihre Artikel in den Auslagen nicht wie bisher derart zur Schau zu stellen, daß unter der ärmeren Bevölkerung der Wunsch rege wird, sie zu besitzen. Die lärmenden Kundgebungen in den jüngsten Tagen und die boshafte Beschädigung des Eigentums eines unserer Mitglieder mahnen zur Vorsicht und wir haben alle Schritte unternommen, um weiteren Ausschreitungen zu begegnen. Wir ersuchen daher dringend, Lebensmittel und andere Waren, die nur von den kaufkräftigen Kunden gesucht werden, in der nächsten Zukunft nicht mehr zu jedermanns Ansicht auszustellen, sondern höchstens durch Aufschriften kundzugeben, welche neue Artikel eingelangt sind."

Reichspost
18./VII. 1917

207

Die Schrebergärtenanlage des Klubs „Wiener Presse."

Jene Anteilscheinbesitzer, welche B o h n e n bisher nicht erhalten haben, mögen die auf sie entfallenden Quoten am Donnerstag, den 19. d. an Ort und Stelle, zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags, 13. Bezirk, Biraghygasse, Gemüseanbau, rechte Seite vor dem Eingang), abholen. Die Anteilscheine und Bezugsbücher sind mitzubringen, da nur gegen Vorweisung der ersteren und Eintragung in die letzteren das Gemüse abgegeben wird. Nichteinhaltung des festgesetzten Termins wird als Verzicht auf die Quote angesehen. — Die Anteilscheinbesitzer werden in ihrem eigenen Interesse nochmals ersucht, zur notwendigen Beaufsichtigung der Gartenarbeiten beizutragen, indem sie selbst die Anlagen besuchen oder durch Angehörige besuchen lassen — was besonders für die Zeit von morgens bis 5 Uhr nachmittags wünschenswert wäre — um die gemachten Wahrnehmungen dem Leiter des Anbaues mitzuteilen.

Fremdenblatt
18./VII. 1917

* (Noch ein „Ersatz".) Die karge, drosselnde Zeit hat uns so manches nützen gelernt, was wir früher, im Ueberfluß lebend, nicht beachteten; aber es bleibt noch immer genug, das anscheinlich nicht herangezogen zu wird, wie z. B. die unzähligen Obstkerne, die, statt gesammelt, achtlos weggeworfen werden, wie man jetzt wahrzunehmen hinlänglich Gelegenheit hat, obwohl eine bezügliche „Organisation" tätig sein soll, ohne jedoch, daß von ihr etwas zu merken! Die Millionen und Millionen Obstkerne, resp. ihre mandelartigen Innenherzchen, lassen sich so gut zur Gewinnung des heute ebenso raren als kostspieligen Speiseöls verwerten, wie die Haselnüsse, wobei selbst noch die ausgepreßte Masse, die von einschlägigen Betrieben an Restaurateure und Private um 8 Kronen per Kilogramm abgegeben wird, gleich Nuß und Mohn, zur Fülle von Strudeln, Tascherln usw. dienen kann. Desgleichen auch als Torten- und Backwerkmaterial. Sieht man von der Oelgewinnung ab, können die ausgelösten Obstkerne in jedem Haushalt in Mörsern zu einem Brei gestoßen werden, der gezuckert oder mit Honig oder Marmelade vermengt, vorzüglich den Kindern ein köstliches Gericht bieten kann, wenn die Hausfrauen nicht vorziehen, ihn küchenmäßig zu verwerten, da Mandeln, Pistazen, Pignolis eben selten und teuer geworden. Daß die Obstkerne giftháltig wären, ist wohl nur ein volkstümliches Vorurteil, und selbst wenn, dürften sie es nur in äußerst geringem Maße sein, um irgend schädlich zu wirken, höchstens, daß man gegen Pfirsichkerne leisen Verdacht hegen könnte. Man sage nicht, daß das Sammeln nicht dafür stehe, viel zu geringfügig wäre, um sich einigermaßen zu lohnen, denn gegenwärtig soll auch das Geringste genützt, alles halbwegs Mögliche als Ersatz verwertet werden. Mit den Kirschen- und Weichselkernen ist es schon ziemlich vorbei, die — wie man besonders nächst den Obstmärkten sehen konnte — massenhaft verwüstet wurden; man lasse es mit den Marillen-, Ringlotten- und Zwetschkenkernen nicht ebenso geschehen, selbst nicht mit den niedlichen Birnen- und Aepfelkernchen, die die Kinder, welche sich so gerne dienstbar erweisen, willig sammeln würden, um sich persönlich eine delikate Näscherei zu sichern, oder doch den Mamas „Bausteine" für die Küche zu liefern. Hier ließe sich ein altbewährtes Sprichwort variieren: „Wer das Geringe nicht ehrt, sich das Durchhalten erschwert!"

Reichspost

19./VII. 1917

208

Kunstfutterbau zur Hebung der alpenländischen Viehzucht und des Getreidebaues. Gelegentlich der Grazer Versammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für Oesterreich hielt Herr Schubert einen Vortrag über die Einführung des Kunstfutterbaues in Tirol, der dort rasch an Stelle der Eggart tritt. Der Kunstfutterbau bringt der Wirtschaft fast doppelt so viel Futter als die alte Eggart. Es gibt viele Wirtschaften, die dadurch den Viehstand bedeutend vermehren konnten. Die durch den Kunstfutterbau ermöglichte bessere Bodenpflege läßt auch die Erträge in Getreide und Erdäpfeln wesentlich steigern. Nach den Erfahrungen Schuberts wird durch die Einführung des Kunstfutterbaues die Gebirgslandwirtschaft mit einem Ruck vorwärtsgebracht und auf eine sichere Grundlage gestellt. In zahlreichen Beispielen ist in Tirol der unumstößliche Beweis erbracht, daß die Meinung unrichtig sei, die Gebirgslandwirtschaft könne nur bescheidene Bodenerträge bringen. In den Tälern Tirols wurden bei allen Feldfrüchten Erträge erzielt, die sich ohneweiters mit denen im Flachlande messen können. Die Tiroler Landwirtschaft erzielt durch die Neuerung schon jetzt nach kurzer Förderungstätigkeit jährlich einen Nutzen von mehreren hunderttausend Kronen. Mehrere Versammlungsteilnehmer erklärten auf Grund persönlicher Beobachtung, daß die in Tirol auf dem Gebiete des Futter-, Getreide- und Kartoffelbaues gemachten Einführungen und Verbesserungen erfolgreich und vorbildlich seien. Wer Näheres hierüber erfahren will, dem wird die mit zahlreichen Bildern versehene Druckschrift „Eggartwirtschaft und Kunstfutterbau in Tirol" von Leopold Stocker (Graz, Rechbauerstraße 38) unentgeltlich gesendet.

Der Abend
21./VII. 1917

210

Abänderung der Anbauverträge.

Die Preise und Lieferungsfristen, welche die „Geos" am 23. März für Gemüselieferungsverträge festgesetzt hat, sind abgeändert worden, indem die Preise erhöht und die Lieferungsfristen verlängert wurden. Beides wird mit der zweimonatigen Dürre begründet, die die Pflege der Pflanzen verteuerte und die Reife verzögerte. Selbstverständlich! Hätte es reichlich geregnet, so wäre das die Ausrede gewesen!

Reichspost

21./VII. 1917

211

Die Birke als Nutzpflanze.

Die Birke gehört zu den schönsten Bäumen unserer Wälder. Ihr schlank aufschießender Stamm mit zumeist in reinem Weiß schimmernder Rinde und ihr frisches hellgrünes Laub heben sich besonders in gemischten Waldbeständen malerisch hervor und schaffen ein wechselvolles Landschaftsbild. Dabei ist sie sehr verbreitet und kommt unter allen Himmelsstrichen vor, vom heißen Süden bis zum kalten Norden. Man findet sie in den Tälern und an den Bergabhängen bis nahe an die Grenzen des ewigen Schnees. An den Boden stellt sie nur geringe Ansprüche. Auf magerem und felsigem Gelände, in Brüchen und Mooren, wo die Ungunst der Verhältnisse die Entwicklung zum hochstämmigen Baum nicht mehr zuläßt, wird die Birke zum Strauch oder gar zur Kriechpflanze, indem sie, statt aufwärts zu streben, sich flach auf dem Boden ausbreitet.

Der Baum erreicht ein Alter von 150 Jahren. Man läßt ihn aber gewöhnlich nicht länger als 50 Jahre stehen, da er dann vollständig ausgewachsen ist und nicht mehr zunimmt. Der Stamm wird 20 bis 25 Meter hoch, aber selten über 50 Zentimeter dick. In 10 bis 15 Meter Höhe treibt er nach allen Seiten Aeste, die mit der buschig auswachsenden Stammspitze eine dichte Krone bilden. Die Rinde des Stammes ist bei der hier vorherrschenden Stein- oder Maienbirke von blendend weißer Farbe. Sie ist vollständig glatt und läßt sich quer zum Stamme leicht in bandartigen Streifen abschälen. Bei alten Bäumen wird die Rinde rissig und rauh. Die auf langen Stielen sitzenden Blätter sind herzförmig gestaltet. Sie entwickeln sich sehr zeitig im Frühjahr und sind auch im Herbst äußerst beständig. Die Birke gehört deshalb zu den am längsten belaubten Bäumen. Aus den kätzchenartig weiblichen Blüten bildet sich der Fruchtzapfen mit flachen, rundum geflügelten Samen.

Die Birke ist nicht nur ein schöner, sondern auch ein nützlicher Baum. Alle seine Teile sind verwertbar. Das Stammholz wird von Wagnern, Rad- und Stellmachern, Möbelschreinern, Böttchern und Drechslern zu den verschiedensten Zwecken verarbeitet. Auch bildet es einen vorzüglichen Brennstoff, da sein Heizwert dem von Buchenholz nur wenig nachsteht. Junge Stämme und kräftige Zweige benutzt man für Leiterbäume, Radfelgen, Deichseln und Dreschflegel, die schwächeren Zweige zu Werkzeugstielen, Faßbändern, zur Anfertigung von Gartenmöbeln, Zäunen usw., und die ganz schwachen Reiser zu Besen. Wozu die hinter dem Spiegel als Warner steckende Birkenrute sonst noch Verwendung findet, hat mancher von uns in der Jugend oft genug an sich selbst erfahren. Aus der schön gemaserten Wurzel macht der Drechsler Pfeifenköpfe, Möbelaufsätze und Zierstücke aller Art. In Rußland gewinnt man aus dem Holz durch Verkohlen unter Luftabschluß den Birkenteer, der zur Bereitung des Juchtenleders dient und diesem den eigenartigen Geruch erteilt. Auch wird der Teer als Wagenschmiere benutzt. Ferner gewinnt man aus dem Holz der Birke Oel und Kampfer, die für Heil- und andere Zwecke Verwendung finden.

Besonders vielseitig gebraucht wird die zähe, lederartige Rinde der Birke. Sie dient den Indianern Nordamerikas als Baustoff für ihre leichten Kähne, den Tungusen und Jakuten Sibiriens, sowie vielen anderen nördlichen Volksstämmen als Wand- und Dachbekleidung für die Wohnungen, zum Anfertigen von Schuhen, Kleidungsstücken und den verschiedenartigsten Gebrauchsgegenständen. Da die Rinde gegen Feuchtigkeit sehr widerstandsfähig ist, benutzt man sie gern als Unterlage für auf feuchten Stellen ruhende Schwellen, Balken und Träger, sowie für Rasendächer. In vielen Gegenden hat sich eine rege Industrie entwickelt zur Verfertigung von gepreßten, geschnitzten und gezimmerten Sachen, wie Kästchen, Büchsen, Dosen usw. aus Birkenrinde und Birkenholz. Ihres Gerbstoffgehaltes wegen braucht der Gerber die Rinde zum Umwandeln der Tierhäute in Leder. Auch enthält sie Farbstoffe, die zur Gelb- und Braunfärberei nutzbar gemacht werden. Die Rinde der Zuckerbirke hat einen gewürzhaft süßen Geschmack. Sie wird von den Indianern Amerikas als Kaumittel und zur Bereitung erfrischender Getränke benutzt. In den ärmeren Gegenden in Lappland und Sibirien wird, namentlich in Jahren schlechter Getreideernten, Birkenrinde mit dem Getreide zu Mehl gemahlen und daraus Brot gebacken.

Die Blätter der Birke werden vom Vieh, und zwar namentlich von Schafen und Ziegen, gern gefressen. Ferner benutzt man sie zur Bereitung gelber Farbe, sowie eines gelblichen, dünnflüssigen, ätherisch riechenden Oeles, das zu Heilzwecken und zur Herstellung feiner Seifen für Hautwaschungen und zur Pflege der Haare dienlich sein soll. Eine Abkochung der Blätter wird gegen Krätze, Flechte und sonstige Hautkrankheiten gebraucht. Ebenso rühmt man den Blättern Heilwirkungen gegen Gift und rheumatische Krankheiten nach. Getrocknet dient das Birkenlaub als Füllung für die Betten, und zwar namentlich für Kopfkissen, sowie als Streu für das Vieh. Selbst die Blumenkätzchen der Birke sind wertvoll. Sie enthalten zeitig im Frühjahr reichlich süße Säfte und Blütenstaub, weshalb sie von den Bienen stark besucht werden. Auch bilden sie ein von den Birkhühnern gern genommenes Futter.

Ein sehr geschätztes Erzeugnis der Birke ist der Birkensaft, den man im Frühjahr durch Anbohren der Baumstämme an ihrer Südseite gewinnt. In die etwa 5 Zentimeter tief schräg aufwärts gebohrten Löcher wird ein Röhrchen gesteckt, das den Saft in ein untergestelltes Gefäß leitet. Einem kräftigen Baum können in zwei bis drei Tagen etwa 30 Liter Saft entzogen werden, dann sind die Löcher wieder zu schließen, um den Baum nicht zu sehr im Wachstum zu schädigen. Der angenehm süßsäuerlich schmeckende Saft bildet ein erfrischendes Getränk, das als Blutreinigungsmittel und gegen mancherlei Leiden heilsame Wirkungen hervorbringen soll. Durch Vergären des Saftes mit Zucker entsteht Birkenmost und durch Zugabe von Weinsäure und frischer Weinhefe ein schmackhafter Wein. Verdickt man den Saft durch Kochen im offenen Gefäß, so erhält man Birkensirup und bei weiterer Verarbeitung Zucker. Mit Wasser verdünnt gilt der Birkensaft als Mittel zur Verbesserung des Haarwuchses. Er wird zu diesem Zwecke als Zusatz zum Waschwasser, zu Hautseifen, Pomaden und den verschiedensten Haar- und Hautpflegemitteln verwendet.

Eine besondere Aufgabe wird der Birke noch vielfach dort zugewiesen, wo die Eisenbahn durch ausgedehnte Wälder führt. Sie soll hier als Feuerschutz gegen Waldbrände dienen. Infolge des großen Saftreichtums wird die Birke auch im trockensten Sommer vom Feuer nicht leicht ergriffen. Man pflanzt sie deshalb an den Bahnstrecken entlang, um die anschließenden Wälder vor Bränden zu schützen. Von der Lokomotive ausgeworfene Funken ersticken in der saftigen Birkenpflanzung und können den Wald nicht erreichen. Zu dem gleichen Zwecke werden in den Wäldern Lichtungen durchgelegt und mit Birken bepflanzt, die im Falle eines Waldbrandes dessen Ausbreitung verhindern. Ebenso schützt man wohl einsam liegende Gebäude gegen Feuersgefahr, indem man rundum Birken pflanzt.

Wegen ihrer Genügsamkeit bezüglich der Bodenbeschaffenheit eignet sich die Birke besonders zum Bepflanzen von Bahndämmen, Berghalden und sonstigen Anschüttungen unfruchtbarer Massen, auf welchen andere Pflanzen nicht gedeihen. Die Birke kommt hierauf fort und entwickelt mit der Zeit auf dem sonst unfruchtbaren Boden eine Humusschicht, ihn so auch für andere Gewächse tauglich machend.

Die Birke gehört unstreitig zu den nützlichsten Bäumen unserer Wälder. Sie verschönt diese durch ihre Form und ihre lebhafte Farbe, schützt sie gegen das ihnen oft verderblich werdende Feuer und dient gleichzeitig zur Verbesserung schlechter Böden, um diese für andere Pflanzen urbar zu machen. Dabei sind alle Teile des Baumes von der Wurzel bis zu den Blättern und selbst die unscheinbaren Blüten und Früchte für den Menschen wertvoll.

Reichspost

22./VII. 1917

213

Die neuen ungarischen Getreidehöchstpreise.

Budapest, 21. Juli.

Das morgige Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung, derzufolge Weizen, Roggen, Halbfrucht und Gerste zur Fütterung von Tieren überhaupt nicht verbraucht werden dürfen. Während der Uebergangszeit, bis die Getreideübernahmskommissionen ihre Tätigkeit beginnen können, können die Kommissionäre der Kriegsproduktenaktiengesellschaft Getreide für diese wo immer ankaufen. Die Nichtproduzenten sowie diejenigen, die nicht für das ganze Jahr mit Getreide versehen sind, erhalten Einkaufszertifikate, auf Grund deren sie spätestens bis zum 15. Oktober 1918 ihren der Kopfquote entsprechenden ganzjährigen Bedarf einkaufen können. Eine weitere Verordnung setzt die Höchstpreise für Getreide fest. Derselbe beträgt ab Budapest für Weizen bis 31. August 50, vom 31. August bis 1. November 48 und nach dem 1. November 45 Kr., für Roggen bis 31. August 48, vom 31. August bis 1. November 46 und nach dem 1. November 43 für Gerste einheitlich 46 und für Hafer 44 Kronen. Die Preise unterscheiden sich nach Landesteilen und Qualität, und zwar bei Weizen zwischen 49 und 50, bei Roggen zwischen 47 und 48·5, bei Gerste zwischen 45 und 47 Kronen. Für Kroatien und Slavonien beträgt der Höchstpreis für Weizen 49 bis 50, für Roggen 47, für Gerste 46 und für Hafer 44 Kronen. Auf die aus dem Zollauslande importierten Produkte bezieht sich die gegenwärtige Verordnung nicht. Die Verordnung tritt am 24. Juli in Kraft und erstreckt sich auf das ganze Gebiet der Länder der ungarischen Krone.

Fremdenblatt

22./VII. 1917

214

Die Sperre und Inanspruchnahme der Ernte in Ungarn.

K. Budapest, 21. Juli. Die morgige Nummer des Amtsblattes veröffentlicht eine Regierungsverordnung über Abänderung und Ergänzung der am 22. Juni d. J. erlassenen Regierungsverordnung betreffend die Sperre und Inanspruchnahme der Ernte des Jahres 1917:

Demnach dürfen Weizen, Roggen, Halbfrucht und Gerste zur Fütterung von Tieren überhaupt nicht verbraucht werden. Während der Uebergangszeit, bis die Getreideübernahmskommissionen ihre Tätigkeit begimnen können, können die Kommissionäre der Kriegsproduktenaktiengesellschaft Getreide für diese wo immer ankaufen. Die Nichtproduzenten, sowie diejenigen, die nicht für das ganze Jahr mit Getreide versehen sind, erhalten Einkaufszertifikate, auf Grund deren sie spätestens bis zum 15. Oktober 1917 ihren der Kopfquote entsprechenden ganzjährigen Bedarf einkaufen können.

Eine weitere Verordnung setzt die Höchstpreise für Getreide fest. Und zwar beträgt der Höchstpreis ab Budapest für Weizen bis 31 August d. J. 50, vom 31. August bis 1. November 48 und nach dem 1. November 45 Kronen, für Roggen bis 31. August 48, vom 31. August bis 1. November 46 und nach dem 1. November 43 Kronen, für Gerste einheitlich 46 und für Hafer 44 Kronen. Die Preise variieren nach Landesteilen und Qualität, und zwar bei Weizen zwischen 49 und 50, bei Roggen zwischen 47 und 48,5, bei Gerste zwischen 45 und 47 Kronen. Für Kroatien und Slawonien beträgt der Höchstpreis für Weizen 49 und 50, für Roggen 47, für Gerste 46 und für Hafer 44 Kronen.

Auf die aus dem Zollauslande importierten Produkte bezieht sich die gegenwärtige Verordnung nicht.

Die Verordnung tritt am 24. Juli 1917 in Kraft und erstreckt sich auf das ganze Gebiet der Länder der ungarischen heiligen Krone.

Eine Ueberschreitung dieser Verordnung wird mit sechs Monaten Arrest und 2000 Kronen Geldstrafe geahndet.

Frankfurter Zeitung
22./VII. 1917

Die Futtermittelpreise in Württemberg.

w **Stuttgart**, 21. Juli. (Priv.-Tel.) In den vereinigten Ausschüssen der Zweiten Kammer wurde bei der Beratung der Futtermittel- und Heuversorgung u. a. ein Antrag auf Herabsetzung der Höchstpreise für inländische Kraftfuttermittel im Verhältnis zu den Getreidepreisen angenommen. Annahme fand ferner ein Zentrumsantrag, im Hinblick auf die für Württemberg beabsichtigte Herabsetzung der Heuhöchstpreise und zur Vermeidung einer unterschiedlichen Behandlung der Landwirte, die am 12. Juli festgesetzten Höchstpreise für das ganze Reich von 9 Mk. für Kleeheu und 8 Mk. für Wiesenheu auch für Heereslieferungen auf einen dem richtigen Verhältnis für den Getreidepreis entsprechenden Betrag zu ermäßigen, und, falls diese Schritte erfolglos bleiben, mit Rücksicht auf den Einfluß hoher Heupreise auf die Preise der Milch und anderer notwendiger Lebensmittel die Höchstpreise für Heu möglichst in Verbindung mit den benachbarten Bundesstaaten zu ermäßigen. Nach den Erklärungen des Ministers des Innern Dr. v. Fleischhauer gelten die erwähnten Höchstpreise nicht für den Kleinverkauf. Sie seien für die württembergischen Verhältnisse entschieden zu hoch. In Gemeinschaft mit Baden und Bayern sei geplant, den Preis auf 6 Mk. bezw. 7 Mk. festzusetzen, welcher Preis auch für den Kleinverkauf gelten solle. Angenommen wurde auch ein konservativer Antrag, nach dem für das aus Württemberg an das Heer gelieferte Heu die vom Reichskanzler festgesetzten Preise bezahlt werden, die Differenz zwischen diesen und den in Württemberg festgesetzten Höchstpreisen aber zu einer Rücklage für landwirtschaftliche Produktionsförderung angesammelt wird.

Hamburger Fremdenblatt
23./VII.1917

216

Die Ziegenzucht

hat in den letzten Jahren einen mächtigen Aufschwung erfahren, und zwar nicht nur auf dem Lande, wo die Ziege bereits immer die Milchkuh des kleinen Mannes war, sondern auch im Stadtgebiet hier. In vielen Gärten, in Schrebergärten sieht man mehr oder weniger zweckmäßig errichtete und eingerichtete Ställe, die einer oder mehreren Ziegen zum Unterkommen dienen. Wenn auch die Pflege der Tiere nicht ganz einfach ist, und die Futterbeschaffung oft mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, so bietet doch der Milchertrag der Tiere einen guten Lohn für die aufgewandte Arbeit, und die Besitzer der Ziegen erfreuen sich meist einer regelmäßigen Belieferung von Milch nicht nur jetzt in der Sommerzeit, sondern auch in den Wintermonaten, wo die Milch nur in geringen Mengen der Allgemeinheit zur Verfügung steht.

Da für den Herbst in der Milchbelieferung der Großstädte noch keine wesentliche Verbesserung erwartet werden kann, so wird die Ziegenhaltung wohl noch weiter nicht unbedeutend an Umfang hier bei uns zunehmen, und es kann jedem, der die Möglichkeit hat, die Tiere zweckmäßig unterzubringen, nur geraten werden, sich mit dem Gedanken zu befassen und vertraut zu machen, ob nicht eine oder mehrere Ziegen zur Milchbeschaffung für jetzt und für den Winter angekauft werden sollen. Da das Hamburgische Kriegsversorgungsamt, Abtg. Milch, bereits einige Transporte von Ziegen hierher geleitet hat, die zu verhältnismäßig niedrigen Preisen gekauft sind und auch wieder abgegeben werden, so bietet sich augenblicklich reichlich Gelegenheit, Milchziegen anzukaufen und in die hiesigen Verhältnisse einzugewöhnen, so daß im kommenden Herbst mit einer für den eigenen Haushalt ausreichenden Beschaffung von guter, gesunder Milch gerechnet werden kann.

Die Zeit
24./VII. 1917

217

Die neuen ungarischen Getreidehöchstpreise.

In Ungarn wurden gestern die Höchstpreise für Weizen, Roggen, Hafer, Gerste usw. bestimmt und, wie zu erwarten war, trotz der gegen das Vorjahr erheblich besseren Ernte, für die nun beginnende Konsumperiode h ö h e r festgesetzt. Oesterreich wird diesem Beispiel sicher in kurzer Zeit folgen, denn unter diesen Umständen erfordert es die Gerechtigkeit, daß die diesseitigen Produzenten nicht schlechter gestellt werden. Mit der Preisbestimmung für Weizen auf K. 50.— in Budapest und in anderen ungarischen Stationen K. 49.50 bis 49.—, ist eine Verteuerung von K. 8 verbunden, der allerdings ein Abbau für spätere Lieferungen bis ab 1. November auf K. 45.— folgt; für Roggen ist das Verhältnis von K. 48.—, in einzelnen Stationen K. 48.50 bis 47.—, auf sukzessive K. 43.— eingerichtet worden. Als soziales Beschwichtigungsmittel bleiben die Preise von Brot- und Kochmehl unverändert, wogegen für das feine Nullermehl eine Erhöhung für alle jene, die sich's leisten können und wollen, eintreten wird. Die Landwirte haben ihre Forderungen auf höhere Preise, wie schon vorher erwähnt, trotz günstigerer Ernteergebnisse damit begründet und durchgesetzt, daß alle Gebrauchsartikel sich wesentlich verteuert und daß auch die Eigenkosten eine erhebliche Zunahme erfahren haben. Und das ist ja bis zu einem gewissen Grad leider nicht zu bestreiten.

In normalen Zeiten brauchte Oesterreich von Ungarn einen Z u s c h u ß von zirka 15 Millionen Meterzentner Weizen, der in Form von 7 bis 8 Millionen Meterzentner Mehl (= 10 Millionen Meterzentner Weizen) und 4 bis 5 Millionen Meterzentner Weizen, ferner in etwa 3½ Millionen Meterzentner Roggen herüberkam. Wie sich die Konsumverhältnisse in der weiteren Kriegszeit stellen werden, wo auf der einen Seite eine große Beanspruchung für militärische Zwecke und für alles, was damit zusammenhängt, besteht, auf der anderen Seite der zivile Verbrauch, soweit er sich fassen läßt, durch Nationierungen eingeengt wird, läßt sich auch nicht nur mit einiger Zuverlässigkeit beurteilen. Dazu kommt jetzt, daß die Monarchie keine gute Ernte im Jahre 1915, 1916 aber eine ausgesprochen schlechte Ernte einbrachte, so daß wir in die begonnene Kampagne ohne alle Bestände gelangt sind. Bei der Kalkulierung des künftigen Mehlkonsums ist ferner nicht außer acht zu lassen, daß alle anderen für menschliche Zwecke brauchbaren Nährmittel im Verhältnis wesentlich teurer zu stehen kommen und daß dadurch der Verbrauch an Mehlfabrikaten eine weitere Ausdehnung erfahren muß. Der spätere Ausfall der Kartoffelernte wird hierbei eine noch gewichtigere Rolle spielen, als die bereits in Erscheinung getretenen überhohen Preise für Gemüse und Obst, die schon jetzt nur für die besser situierten Bevölkerungskreise erschwinglich sind.

Bekanntermaßen hat auch Deutschland für die Kampagne 1917/18 die Höchstpreise für Weizen in Berlin um 50 Mark von 240 auf 290 Mark, für Roggen um 30 Mark von 240 auf 270 Mark pro Tonne hinaufgesetzt. Das sind für Weizen zum normalen Kurs K. 34, für Roggen K. 32.50 pro 100 Kilogramm. Diese Notierungen erhöhen sich aber durch große Prämien, welche für raschen Drusch und prompte Lieferungen bewilligt worden sind. So werden für Ankünfte oder Zurdispositionsstellung fertiger Ware 60 Mark pro Tonne (1000 Kilogramm) bis zum 16. August, 40 Mark bis 1. September und 20 Mark bis 1. Oktober bezahlt. Die wichtigste Bedingung ist eben auch im Deutschen Reiche, angesichts der mangelnden oder geringen Vorräte rasch neues Ernährungsmaterial zu erhalten, was durch die heurige frühzeitige Getreideernte eine Unterstützung, durch die Wettergunst während des Schnittes eine weitere nicht genug zu schätzende Förderung erfährt. Diese ungewöhnliche Wettergunst erlaubt nämlich, den gewonnenen Weizen und Roggen bald zur Vermahlung zu nehmen und ebenso bald das Mehl dem Konsum zur Verfügung zu stellen.

Die ziffermäßige Ernteschätzung ist für die Monarchie vorläufig, wenn sie auch nur auf einige Zuverlässigkeit Anspruch erheben soll, noch ganz unmöglich, weil, wie der Witterungsverlauf, auch die Verteilung der Regenmengen in der Vergangenheit eine ungewöhnlich verschiedenartige war. Wenn aber Ungarn dermalen beispielsweise seine Weizenernte mit nur 30 Millionen Meterzentner angibt, so dürfte dies als eine gewollte Unterschätzung agrarischer Interessenten anzusehen sein, der ruhig, in Anbetracht der 78 bis 82 Kilogramm pro Hektoliter und darüber schweren Qualitäten in den besten Komitaten, die Ziffer von mindesten 35 Millionen Meterzentner gegenüberzustellen erlaubt ist. Außer Sorge werden wir aber trotz der günstigeren Resultate in Weizen und Roggen gegenüber dem Vorjahre erst sein können, wenn Kartoffeln und Mais neben den übrigen zahlreichen Feldfrüchten im September einen guten Ertrag liefern werden. Die letzte Normalernte im Jahre 1913 (1912 war noch besser) ergab in Oesterreich 16, in Ungarn 45 Millionen Meterzentner W e i z e n, R o g g e n 27, beziehungsweise 14, M a i s 3·5, beziehungsweise 52, K a r t o f f e l n 117, beziehungsweise 54 Millionen Meterzentner. Gegenüber einem heurigen etwaigen Defizit darf mit Zuflüssen aus den besetzten Gebieten in Polen, Rumänien und Serbien gerechnet werden, die, wenn sie auch mit Deutschland zu teilen sind, die Gewähr fürs Durchhalten bieten. Bulgarien und die Türkei werden heuer an ihrer eigenen Erzeugung ihr Genügen finden.

Neues Pester Journal

24./VIII. 1917

218

‡ **(Die neue Ernte.)** Ueber das Ernteresultat liegen befriedigende Nachrichten vor. Die Arbeiten gehen ungestört vor sich und das Wetter ist ebenfalls günstig. In Weizen und Roggen wird das Ergebniß nach den bisherigen Druschresultaten vollständig befriedigen, auch die Qualitäten sind gut; in Gerste und Hafer ist das Ergebniß aber schwach, wenngleich vielleicht etwas besser, als allgemein erwartet wurde. Der Maispflanze kamen die erfolgten ausgiebigen Niederschläge sehr zustatten, ebenso wie sich auch die Spätkartoffeln erholt haben. — Die erschienene neuerliche Ernteverordnung wird noch weitere Ergänzungen erfahren, respektive es müssen Durchführungsnormen noch jene Fragen regeln, in welcher Weise die Produzenten den Wirthschaftsgebrauch decken können, da vorerst nur die Versorgung des Hausgebrauches für jene Personen gestattet wurde, welche selbst Nichtproduzenten sind oder deren häuslicher Bedarf die eigene Fechsung nicht deckt. Diese Personen können spätestens bis 15. Oktober 1917 auf Grund behördlicher Einkaufslegitimationen auf dem Gebiete der eigenen Gemeinde von den durch die Behörde (Gemeindevorstehung, Bürgermeister) benannten Produzenten kaufen. In motivirten Fällen wird der Kauf auch im Bezirk, respektive Komitat möglich sein. Die Frage, wie die Gemeindevorstehung selbst — im eigenen Wirkungskreis — den Bedarf der unversorgten Bevölkerung decken kann, ob die Provinzmühlen berechtigt sind, auch selbst Getreide einzukaufen, und wie den Bewohnern der Städte, speziell der Hauptstadt, die Deckung ihres Jahresbedarfs ermöglicht werden soll, hängt von den weiter erforderlichen Durchführungsverordnungen ab, welche nun auch bald erscheinen dürften. Es verlautet übrigens, daß es einzelnen Distriktsmühlen gestattet werden soll, das per Achse zugeführte Getreide anzukaufen, ebenso wie auch die Gemeinden Einkaufsrecht erhalten werden. Bezüglich der neuen Maximalpreise hat, wie angezeigt, eine circa 20perzentige Erhöhung durchgegriffen, welche bei Gerste und Hafer vollständig gerechtfertigt erscheint. Dem Vernehmen nach sollen die Preise des Brotmehls keine Erhöhung erfahren, dagegen dürfte das Feinmehl entsprechend vertheuert werden. Bezüglich der Vermahlung des neuen Getreides sind an die Mühlen vorerst nur provisorische Weisungen ergangen, wonach die Ausmahlung in Weizen auf 80 Perzent festgesetzt wurde. Hievon entfallen auf Feinmehl 20 Perzent, auf Kochmehl 20 Perzent und auf Brotmehl 40 Perzent. Auf dieser Basis verbleiben sonach 20 Perzent Verstaubung gerechnet, auf Kleie 18 Perzent. Bei Roggen muß 82 Perzent ausgemahlen werden, wovon 15 Perzent erstklassiges (weißes), 67 Perzent zweitklassiges (braunes) Roggenmehl sein wird. Am 1. August l. J. treten statt der bisherigen Transportcertifikate neue blaufarbige Certifikate in Kraft, welche mit zweifachen Kontrollcoupons versehen sind. Von diesen Coupons erhält das eine Exemplar, wie bisher, die Kriegsprodukten-A.-G., das andere wird der Behörde der Bestimmungsstation zugestellt, welche dieserart auch über die auf ihr Gebiet eingeführten Getreidequantitäten pünktlich informirt sein wird und ebenfalls Kontrolle ausüben kann.

Vossische Zeitung
25./VIII.1917

Der Weizenweltmarkt.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Die alte Regel des Getreidegeschäfts in Friedenszeiten, daß eine schlechte Ernte sich erst im nächsten Jahre für die Geschäfts- und Versorgungsverhältnisse zum Ausdruck bringt, kommt in den Vereinigten Staaten jetzt auch in Kriegszeiten zur Geltung. War im vorigen Jahre die Wirkung der kleinen 1916er Weizenernte durch den außerordentlichen Umfang der alten Reserven zu großem Teile wett gemacht, so sind nunmehr diese Bestände aufgezehrt, und der Uebergang von der alten zur neuen Saison gestaltet sich drüben überaus schwierig. An dem Bestehen solcher Verhältnisse hat man in Fachkreisen keinen Augenblick gezweifelt, aber die amerikanische Regierung hatte im Verein mit der englischen alles getan, um die wahre Lage zu verdunkeln und sie, wenn auch nicht in praxi, so doch in der Berichterstattung zu fälschen. Schon seit Mai war die Lokonotiz unterdrückt gewesen, und für Termine waren Vorschriften erlassen, die nur dazu dienen sollten, die Kurse unter Druck zu halten und die in Wirklichkeit den reellen Handel mehr und mehr von der Geschäftsteilnahme verdrängten. Die ganze Maßnahme richtete zweifellos mehr Schaden an, als sie auf der Seite der wirklichen Ermäßigung der Preise nützte; es trat ein Unterschied ein zwischen wirklich bezahlten und notierten Weizenpreisen, und es wurde immer unerfindlicher, wer von diesen gekünstelten Verhältnissen denn eigentlich einen Vorteil hatte. Je länger, je mehr wurde die Lage unhaltbar, und seit einer Reihe von Tagen scheint die amerikanische Regierung die Vorschriften zurückgezogen zu haben, mit denen sie drüben Preise und Terminbörse für Weizen unter künstlichem Druck hielt.

Am 17. Juli erschien plötzlich wieder die New-Yorker Weizen-Lokonotiz mit 237 Cents pro Bushel = 367 Mark pro To., nachdem ihre letzte Aufzeichnung im Mai 326 Cents für den Bushel oder 505 Mark für die Tonne notiert hatte. Der Julipreis war Mitte Mai im höchsten Moment auf 250 Cents, September 217 Cents gestiegen gewesen, beide Termine notierten im Moment des Wiedererscheinens der Lokonotiz 207 bzw. 193 Cents, also 43 bzw. 24 Cents unter dem höchsten, noch ungekünstelten Maistande. Mit dem Moment des offiziellen Druckes strebten die Weizenpreise sofort wieder ihrem natürlichen Stande zu. Tag für Tag gingen seitdem die Preise in die Höhe, und so finden wir folgende Notierungen für Weizen in Cents pro Bushel (in Klammern = Mark pro Tonne):

	am 17. Juli	am 23. Juli	Steigerung
in New York loko	237 Cts. (367 M.)	285 Cts. (442 M.)	75 M.
„ Chicago Juli	207 „ (321 „)	259 „ (401 „)	80 „
„ „ Sept.	193 „ (300 „)	231 „ (358 „)	58 „

In den ersten Tagen erstreckte sich die gewaltig stürmende Bewegung zunächst hauptsächlich auf Loko- und Julitermin, also auf greifbare Ware; denn diese war dadurch, daß man die Notiz der Lokoware im Mai verbot, und daß man durch die unter künstlichem offiziellen Druck gehaltene Julinotiz annähernd diejenige Preislage angab, die man für greifbare Ware haben wollte, gewissermaßen unter Höchstpreis gestellt. Man machte dabei schnell die gleichen Erfahrungen wie bei uns; der unfreie Höchstpreis vertrieb die Ware von den Märkten, und die Mühlen, ob groß, ob klein, konnten sich nur unter der Hand das allernotwendigste Material zu Preisen beschaffen, die angesichts des Mangels von Beständen allein der Produzent bestimmte. Die Versorgung der Müllerei, die Erledigung der Ausfuhrabschlüsse haperte und drohte zu einer Kalamität zu werden, wenn nicht die freie Preisbildung und dem freien Handel wieder die Fesseln abgenommen würden. Das ist nun in dieser Woche geschehen, und wenn es sich auch nicht erkennen läßt, ob ohne alle Bedingungen und Beschränkungen und ob sich nicht die Regierung der Vereinigten Staaten vorbehalten hat, bei Uebertreibungen wieder einzugreifen, so ist doch zunächst der Handel wieder freigegeben.

Durch die geraume Zeit seiner Fesselung sind indessen sch... Nachteile entstanden, die sich nicht über Nacht werden au... gleichen lassen. Die amerikanischen Kaufleute haben infolge der Unfreiheit ihren Besitz an Weizen abgegeben und nichts Neues angeschafft und sind ohne Bestände, mit denen sie den dringenden Bedarf befriedigen könnten. Sie sind ebenso wie die Mühlen und Exportfirmen, die sich sonst auf dem Terminmarkt ihren Bedarf sicherten und daran verhindert waren, auf den Kauf aus der ersten Hand angewiesen, und das ist bei einer solchen Konkurrenz von Müllern, Kaufleuten und Exporteuren eine ebenso schwierige wie wahrscheinlich kostspielige Sache. Eine derartige Situation ist nicht binnen heute und morgen überwunden, zumal, wie schon erwähnt, die Elevatoren fast allgemein geräumt sind; zuerst vergrößerte sich allerdings die Differenz zwischen Juli- und Septemberpreis erheblich, weil für letzteren bereits die neue Ernte von Frühjahrsweizen mitspricht, aber in den letzten Tagen griffen die gewaltigen Mühlenkäufe auch auf spätere Herbstlieferung über, und auch die Spekulation nahm viel Herbstware aus dem Markt, weil nach alter Erfahrung eine derartige, durch Bestandmangel verschärfte Situation den Septembertermin bei seinem Herannahen gewöhnlich nicht weniger wert sein läßt, als den Juli und meist auch noch den Dezemberpreis auf annähernd der gleichen Preishöhe hält.

Wenn in den vorliegenden Depeschen, die sich über die wirklichen Gründe der Haussebewegung möglichst ausschweigen, auch auf ungünstigere Wetterberichte aus den Frühjahrsweizendistrikten der Vereinigten Staaten und Kanada hingewiesen wird, so mögen diese Umstände wohl mit zur Bewegung für Herbstsichten beigetragen haben, der eigentliche Grund dafür liegt aber in dem Mangel an Ware, in der bedenklichen Verlegenheit der amerikanischen Müllerei und in dem Umstande, daß eine künstlich unter Druck gehaltene Preislage mit dem Schwinden dieses Druckes sofort der natürlichen Lage wieder zustrebt. Die nordwestliche Großmühlen-Industrie hatte eine Zeit hindurch Gelegenheit gehabt, die geringeren Sorten des kanadischen Manitobaweizens an sich zu ziehen und sich damit zu helfen, weil die englische Regierung den Ankauf der minderwertigen kanadischen Ware abgelehnt und dadurch mit dazu beigetragen hatte, daß die Kanadier ihren ohnehin nur nominellen Eingangszoll auf Weizen aufhoben und hierdurch ihnen gegenüber auch der Zoll der Vereinigten Staaten fiel. Als infolge dessen die geringere kanadische Ware nach der Union abströmte, die bessere aber bald geräumt war, sah die englische Regierung ihren Fehler ein. Sie griff nun auch auf die abfallende kanadische Ware zu und bewirkte dadurch, daß die Müllerei der Union weniger als bisher von diesem Material erhielt. Wie sich die Dinge für die Frühjahrsweizenernte drüben nun auch gestalten werden, es wird während des ganzen Herbstes und Winters eine scharfe Kaufkonkurrenz zwischen dem einheimischen Bedarf Amerikas dem dringenden Zufuhrbedürfnis Europas und der natürlichen Anziehungskraft der geräumten Elevatoren anhalten, wodurch die Preislage drüben hoch gehalten werden muß.

Für Europa bleibt die einzige Bezugsquelle Nordamerika, denn Argentiniens Leistungen aus der vielversprechenden neuen Ernte beginnen vor nächstem Januar nicht, und aus der letzten Ernte ist dort für den Export nichts vorhanden. Der Bezug von Australien und Indien aber ist durch den Schiffsraummangel fast unmöglich geworden. Von Australien wurden neulich die Weizenbestände am 1. Juli mit 4 435 000 To. gemeldet gegen 4 541 000 To. im 1. Juni. Das ist also im Juni eine Abnahme von nur ca. 100 000 To., die bei der um diese Zeit nur noch geringen Ablieferung der australischen Farmer hauptsächlich auf die Ansprüche des Inlandsbedarfes entfallen. Die australische Ausfuhrtätigkeit scheint somit ziemlich eingeschlafen zu sein.

Neue Freie Presse
26./VII. 1917
220

Die Ernteaussichten in Gemüse.

Die Gemüseernte ist nach allen vorliegenden Berichten in der jenseitigen Reichshälfte wesentlich besser ausgefallen als in Oesterreich. Namentlich in Mähren ist der Stand der Gemüsepflanzen durch den langen Regenmangel ungünstig beeinflußt worden. Außerdem sind die Pflanzen in diesem Kronlande auch durch verschiedene Insekten, namentlich Erdflöhe, geschädigt worden. In Böhmen sind die Ernteaussichten noch ungeklärt. Einzelne Gegenden werden einen reichen Ertrag liefern, während in anderen Gegenden, die keine Strichregen hatten, der Stand ein wesentlich ungünstigerer ist. Vielfach kommt es vor, daß ein Teil eines Tales einen guten Ertrag liefern wird, während der andere Teil eine entschiedene Mißernte zu verzeichnen hat. In Ungarn ist nahezu überall ein guter Ertrag zu erwarten.

Was die einzelnen Gemüsesorten betrifft, so hatte Kraut im vorigen Jahre eine Rekordernte, heuer wird eine Untermittelernte erwartet. Die Gurkenernte ist in den mährischen Bezirken von Znaim, Bisenz und Bratelsbrunn gut, ebenso auch in den böhmischen Produktionsgebieten und in Ungarn. Stoppelrüben haben unter der Dürre und durch Erdflöhe stark gelitten. Das gleiche gilt auch für die anderen Rübensorten. Die Spinaternte, die aber für den Massenkonsum nicht in Betracht kommt, war im allgemeinen befriedigend.

Die Gemüse- und Obststelle hat vor mehreren Tagen eine Erhöhung ihrer Preise vorgenommen. So sind Frühkraut von dem im März festgesetzten Preise von 25 K. per 100 Kilogramm auf 40 K., Spätkraut von 15 K. auf 22 K., Frühkohl von 25 bis 40 K. auf 45 bis 55 K., Karotten von 20 bis 30 K. auf 30 K. bis 45 K., Kohlrabi von 20 bis 45 K. auf 30 bis 50 K., grüne Bohnen von 30 auf 45 K., Grünkohl von 24 auf 40 K., Speisemöhren von 12 auf 18 K., rote Rüben von 15 auf 22 K., Wruken von 10 auf 16 K., Stoppelrüben von 10 auf 18 K. erhöht worden. Heute haben in Kagran und Kaiser-Ebersdorf die ersten größeren Produktionsmärkte stattgefunden. Die Gärtner der Umgebung sind verpflichtet, ihre Waren auf diesen Märkten zu verkaufen.

Neues Wiener Tagblatt

27. VIII. 1917

221

Die Verwendung von Getreide und Mahlprodukten zu Futterzwecken.

Mit einer Verordnung des Amtes für Volksernährung, die heute zur Verlautbarung gelangt, werden über die Verwendung von Getreide und Mahlprodukten zu Futterzwecken Bestimmungen erlassen, die sich an die bisher in Kraft gestandene Verordnung anlehnen. Die Verfütterung von Weizen, Roggen und Halbfrucht ist auch heuer verboten. Hafer darf von den Produzenten im Ausmaß von 1 Kilogramm pro Pferd und Tag verfüttert werden. Für lizenzierte Zuchthengste kann für die Dauer der Deckperiode vom Amt für Volksernährung auch eine höhere Haferration aus der Fechsung des Besitzers bewilligt werden. Die Menge der Gerste, welche den Landwirten zur Verfütterung belassen wird, müßte im Interesse der Sicherstellung der Bevölkerung mit Brotgetreide auf 15 Prozent der nach Abzug des Saatgutbedarfes erübrigten Gesamterzeugung herabgesetzt werden, doch wurde die Möglichkeit der Belassung der ganzen Gerstenfechsung für landwirtschaftliche Kleinbetriebe mit einem Gerstenanbau von höchstens einem halben Hektar und einem Rindviehstande von mindestens fünf Stück auf Grund einer besonderen Bewilligung der politischen Landesbehörde vorgesehen. Wieviel Mengfrucht die Produzenten zu Futter- und Saatzwecken verwenden dürfen, bestimmt die politische Behörde erster Instanz. Die künstliche Herstellung von Mengfrucht ist verboten.

Die politischen Landesbehörden werden durch besondere Verordnungen festsetzen, welche Mengen von Mais, Hirse, Velutschken und Lupinen für Futterzwecke zu belassen sind. An Hintergetreide dürfen die Produzenten drei Prozent der erdroschenen Gesamtmenge zurückbehalten; in dieses Quantum sind auch die Unkrautsamen einzubeziehen. Zum Ankauf von Unkrautsamen und gerebelten Maiskolben (Spindeln) sind die Kommissionäre der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und — wo solche bereits bestehen — die Uebernahmsstellen der Hauptsammelstelle beim Amt für Volksernährung ermächtigt.

Neue Freie Presse
29./VII. 1917

[Guter Fortgang der Erntearbeiten.] Der Schnitt und die Einheimsung der neuen Frucht sind heuer schon weiter als sonst vorgeschritten. Der warme Frühsommer ließ die Körnerfrüchte rascher reifen und auch in höheren Lagen, wo sonst die Fechsung erst später beginnt, sind die Bergungsarbeiten in Weizen, Korn und Gerste nahezu beendet. Der Witterungsverlauf kam der Landwirtschaft zustatten, denn die Regenfälle, die fast in allen Gebieten eintraten, haben nirgends lang gedauert und dadurch die mit allen Kräften geförderte Beschleunigung der Feldarbeiten nicht behindert. Die Frucht konnte, weil windiges Wetter die Niederschläge begleitete, überall in kürzester Zeit trocken hereingebracht, der Drusch bald nach dem Einfahren vorgenommen werden. Der Ausfall der Ernte ist besser, als vor dem Schnitt erwartet wurde. Das zeugt dafür, daß die Nachreife infolge des günstigen Witterungsverlaufes gut vor sich ging. In Weizen, mit dem eine größere Fläche als in früheren Jahren bebaut war, erreicht der Ertrag nahezu eine Vollernte. In Korn wird das Ergebnis im allgemeinen auf mittel bis übermittel veranschlagt. Gerste, die zumeist später als die eigentlichen Brotstoffe — im Frühjahr — angebaut wurde, ist nicht ganz so gut geraten, liefert aber doch, weil sich die Pflanzen nach Ueberwindung der Trockenperiode zumeist gut erholt haben, ein Durchschnittsergebnis. Der quantitative Ernteausfall in diesen drei Früchten, die, weil auch Gerste im Kriege nicht zu Futter- und Industriezwecken verwendet wird, das tägliche Brot liefern, ist demnach ein befriedigender. Noch besser entspricht das qualitative Ergebnis. Die Körner sind groß, glatt und schwer. Nicht nur in Ungarn, auch in Oesterreich ist neuer Weizen mit einem Hektolitergewicht von 80 bis 82 Kilogramm per Hektoliter und neuer Roggen mit einem Effektivgewicht von 75 bis 77 Kilogramm recht häufig. Da Weizen sonst nur 76 bis 78 Kilogramm, Roggen 72 bis 73 Kilogramm wiegt, ist klar, um wie viel sich dadurch die heurige Fechsung verbessert, um wie viel ihre Ausgiebigkeit das feucht hereingebrachte Produkt der zwei letzten Jahre überragt. Wie immer in sogenannten trockenen Jahren ist aber der Kornertrag auf Kosten des Strohertrages gediehen. Das Getreide ist nicht so hoch gewachsen als sonst und war im Stamm auch nicht sehr kräftig, wie überhaupt heuer der Futterertrag geringer ist als in anderen Jahren. Die erste Heumahd war zwar recht gut, die abgemähten Felder litten aber unter der nachfolgenden Trockenheit, der Nachwuchs gedieh nicht, die Grummeternte fiel schwach aus. Auch der Ertrag an Klee und Grassamen entspricht nicht. Es ist selbstverständlich, daß deswegen, um einer Futterknappheit vorzubeugen, heuer der Anbau von Zwischenfrucht: Stoppelrüben, Burgunder, Winterwicken usw., vermehrtem Interesse begegnet und an Ausdehnung gewinnt. Allen Pflanzen, die später als die Brotfrüchte reifen, von Getreide demnach vornehmlich dem Hafer, waren die wiederholten Regenfälle von Vorteil, sein Stand hat sich in den letzten Wochen sehr gebessert, und da der Haferschnitt allenthalben erst jetzt einsetzt, kommt ihm der Witterungsverlauf noch weiter zugute. Infolge der Verbesserung rechnet man jetzt mit einem Mittelertrag, doch halten sich auch bei Hafer die Aussichten für das Strohergebnis nicht auf der gleichen Höhe. Ueber den Stand der eigentlichen Spätfrüchte: Mais, Kartoffeln und Rüben, lauten die Berichte überall sehr günstig. Die Maispflanze berechtigt zu großen Erwartungen. In den wichtigsten Produktionsgebieten Ungarns finden die Ertragsaussichten eine vorzügliche Beurteilung, die Pflanze hat sich prächtig entwickelt, den früheren Rückstand rasch ausgeglichen und wird, wenn die Witterung vorteilhaft bleibt — die Frucht erlangt ihre Vollreife erst im Oktober — einen großen und guten Ertrag liefern. Der mindere Ausfall der Futtergewächse wird dadurch weniger fühlbar sein. Den Frühkartoffeln haben die Niederschläge der letzten Wochen kaum mehr genützt. Ihr Ergebnis entspricht den durch die vorangegangene trockene Wärme herabgedrückten Erwartungen. Die Spätkartoffeln, die das Gros der Fechsung bilden, haben von den Regenfällen sichtlich Nutzen gezogen. Von schwachen Ertragsaussichten ist jetzt in der ganzen Monarchie nirgends mehr die Rede. Allgemein wird zumindest mit einer Mittelernte gerechnet. Der Knollenansatz ist reichlich und kräftig entwickelt. Das Geraten dieser Frucht ist für die Konsumversorgung Oesterreichs wichtig, weil hier zwei Drittel der Gesamtproduktion der Monarchie, die sich normal auf 180 Millionen Meterzentner beläuft, erzielt werden. Besonders gut fällt die heurige Kartoffelernte auch in den besetzten Gebieten von Polen aus. Die Rüben — und zwar sowohl die Zucker- als Futterrüben — lassen in ihren Ertragsaussichten wenig zu wünschen übrig. Von den verbündeten Ländern werden Bulgarien und die Türkei heuer imstande sein, ihren Getreidebedarf aus eigenem zu decken. Ueber das Ergebnis der deutschen Getreideproduktion läßt sich, da dort die Ernte später fertig wird, ein verläßliches Urteil noch nicht bilden, doch ist schon sicher, daß, ähnlich wie in der Monarchie, bei Roggen und Weizen ein guter, jedenfalls ein besserer Ertrag als im Vorjahre erzielt wird und daß namentlich die Qualitäten des neuen Produktes sehr befriedigen. Wenn auch einzelne Gegenden naturgemäß unter der Trockenheit litten, bringen dafür die Gebiete mit schwerem Boden einen wesentlich besseren Ertrag als im Vorjahre herein. Futtergetreide und Rauhfutter schneidet ebenso wie bei uns auch in Deutschland nicht so gut ab als das Brotgetreide, dagegen verspricht die deutsche Gerstenernte einen besseren Ertrag als in der Monarchie. Gute Aussichten bestehen auch für einen großen Ertrag in Kartoffeln.

Die Zeit
29./VII. 1917

— **(Ungarn als Getreidelieferant.)** Vor kurzem wurde an dieser Stelle eine vielbemerkte Zuschrift aus landwirtschaftlichen Kreisen veröffentlicht, die sehr interessante Aufschlüsse über die ungleiche Viehverwertungspolitik in Oesterreich und in Ungarn enthielt. Von derselben sehr geschätzten Seite erhalten wir in Ergänzung der seinerzeitigen Ausführungen folgende Zuschrift: „Gestatten Sie mir, heute noch etwas über die Getreideversorgung zu bemerken. Exzellenz Höfer hat neulich lobend hervorgehoben, daß Ungarn bereitwillig die Versorgung der Armee mit Brotfrüchten übernommen hat. Wenn man die Differenz zwischen den Höchstpreisen hüben und drüben berücksichtigt, die nach der letzten Kundmachung in Ungarn neuerlich namhaft erhöht wurden, so kann ich darin absolut kein besonderes Entgegenkommen erblicken. Ungarn ist heute, von Rumänien abgesehen, ein konkurrenzloser Lieferant nicht nur für die Armee, sondern auch für den Abgang in der hiesigen Reichshälfte, wobei nicht vergessen werden darf, daß Oesterreich nach den Bestimmungen des Ausgleiches rund 64 Prozent von den Auslagen für Heereszwecke zahlen muß. Es ist mir daher unerfindlich, wie ein österreichischer Minister die Bereitwilligkeit Ungarns in diesem Falle hervorheben konnte, noch weniger aber, daß sich unter den vielen geistreichen Abgeordneten niemand gefunden hat, der darauf reagiert hätte. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung Ungarns ist an der Landwirtschaft interessiert, und seit Kriegsbeginn wird systematisch dahin gearbeitet, möglichst viel Geld ins Land zu bekommen. Die Arbeiter und kleinen Leute, die sogenannten reinen Konsumenten, sind viel zu schwach vertreten, als daß man von dieser Seite etwas zu erwarten hätte. Selbst Exzellenz Vazsonyi sieht der Bedrängung der reinen Konsumenten im eigenen Lande schweigend zu."

Pester Lloyd
29./VII. 1917

(Die Durchführungsinstruktion zur Verordnung über die Sperre und die Inanspruchnahme des Getreides.) Der Ackerbauminister hat heute die Durchführungsinstruktion zur Verordnung über die Sperre und die Inanspruchnahme der heurigen Weizen-, Roggen-, Halbfrucht-, Hirse-, Gerste- und Haferernte herausgegeben. Die umfangreiche Instruktion, die an die ersten Beamten sämtlicher Munizipien gerichtet ist, macht diese auf die wichtigen Interessen aufmerksam, die hier auf dem Spiele stehen. Die Verwaltungsbehörden — sagt der Minister — haben die Aufgabe, die Verfügungen der Regierungsverordnung in das praktische Leben zu übertragen. Von ihnen hängt es ab, ob unsere Getreideversorgung im nächsten Jahre eine geregelte sein wird, oder ob wir die Landwirte auch im kommenden Jahre mit Requisitionen werden vexieren müssen, damit wir zu der für die öffentliche Approvisionierung erforderlichen Getreidemenge gelangen. Der Minister zweifelt nicht daran, daß die Beamten alle Kraft anspannen werden, um geordnete Zustände zu schaffen, er droht aber gleichzeitig mit dem ganzen Gewicht seiner Amtsgewalt jenen, die in diesen vitalen Fragen nachlässig, säumig oder auch nur nicht mit der erwünschten Hingebung vorgehen. Die Beamten müssen bei der Sicherung entsprechender Vorräte zur Befriedigung des öffentlichen Bedarfes großen Domänen und kleinen Wirtschaften gegenüber dasselbe gerechte Maß anwenden, aber auch mit gleicher Strenge gegen sie vorgehen. Die Instruktion beleuchtet dann die einzelnen Verfügungen der Verordnung. Sie erklärt den Beamten, wie sie vorgehen müssen, um die Sperre wirksam zu gestalten, wie sie den Gang der Ernte- und Druscharbeiten kontrollieren sollen, wie die Anmeldung der Druschergebnisse zu erfolgen hat und wie das Verfahren der effektiven Uebernahme sich gestaltet, sie regelt die Tätigkeit der Uebernahmskommissionen, sie schildert das zu befolgende Vorgehen beim Getreideeinkauf für den Hausbedarf der Unversorgten, umschreibt das Mahlverfahren der Mühlen und der Lohnmühlen, behandelt den Abtransport der Vorräte und belehrt die Beamten über die Organisierung der Versorgung im Wege der Gemeinden. Zum Schluß fordert der Ackerbauminister die Beamten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die grundlegende Intention der Regierungsverordnung verwirklicht werde, wonach die Ueberschüsse tunlichst im Anschluß an den Drusch in vollem Maße gesammelt und für den öffentlichen Bedarf des Landes übernommen werden können. Auch soll der lokale Bedarf tunlichst in den lokalen Vorräten seine Bedeckung finden, damit die Vorräte nicht unnötigerweise hin- und herbefördert werden. Sollten sich bei dem Vollzuge der Verordnung Schwierigkeiten oder Hindernisse ergeben und die Beamten nicht imstande sein, diese zu überwinden, so haben sie sich an das Volksernährungsamt zu wenden, das auch zur etwaigen Interpretation der Verordnung berufen ist.

Reichspost
29./VII. 1917

Der Herbstanbau.

Vom n.-ö. Landeskulturrat wird uns mitgeteilt: Obwohl die Ernte noch nicht zur Gänze in Niederösterreich eingebracht ist, erwächst bereits jetzt den landwirtschaftlichen Hauptkorporationen die Pflicht, Vorbereitungen für den Herbstanbau zu treffen. Dieselben zerfallen in zwei Teile, in die Auswahl des Saatgutes und in die Sicherstellung desselben und Uebermittlung an die Bewerber. Zur Auswahl des Saatgutes hat der Landeskulturrat über 200 Anerkennungen nach vorhergegangener rigorosester Feldbesichtigung ausgesprochen. Trotz bereits vor längerer Zeit angebahnter Verhandlungen mit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist es dem Landeskulturrat erst jetzt gelungen, eine Uebereinstimmung mit dieser in Angelegenheit der Durchführung der Saatgutaktion zu erzielen. Auf Grund des § 19 der Verordnung vom 17. Juli 1917, betreffend den Verkehr mit Saatgut, wurde nunmehr der n.-ö. Landeskulturrat durch das k. k. Ackerbauministerium mit der Durchführung der Saatgutaktion betraut und wird nunmehr an die rascheste Durchführung derselben schreiten. Die hiezu nötigen Druckforten gehen daher dieser Tage sämtlichen Bürgermeisterämtern zu.

Reichspost

30./VII. 1917

226

Die Gärtnermärkte.

Derzeitiges Versagen der Neuerung.

In Kagran und Simmering wurden am Freitag und Samstag die ersten Gärtnermärkte abgehalten. Das Volksernährungsamt hat diese Gärtnermärkte geschaffen, weil die Wiener Gemüsegärtner erklärt hatten, daß sie wegen Fuhrwerk- und Leutemangel den Naschmarkt nicht beschicken könnten. Nun hat man in ihrer Nähe, also in Kaiser-Ebersdorf und im 21. Bezirke, eigene Märkte errichtet. Die Gärtner sind aber bis jetzt ausgeblieben, und damit ist auch der Erfolg der Neuerung ausgeblieben. Wie wir erfahren, fanden sich am Eröffnungstage, also am Freitag, in Kagran 18 Gärtner mit Ware ein, von Kaiser-Ebersdorf wurden 2000 Kilogramm Gemüse auf den Markt gebracht. Die Zufuhren am Samstag waren noch geringer: Im 11. Bezirk erschienen 6 Gärtner mit 1220 Kgr. Ware, im 21. Bezirk 4 Gärtner mit 1320 Kgr. Ware. Es wäre jedoch, so wird uns von berufener Seite mitgeteilt, nicht am Platze, von einer passiven Resistenz der Gärtner im Allgemeinen zu sprechen. Zu berücksichtigen ist, daß gegenwärtig eine Uebergangszeit in der Gemüseerzeugung herrscht: Die erste Ernte ist vorüber, die Beete sind abgegraben und ziemlich leer, es ist wohl auch in einzelnen Fällen mit Rücksicht auf die Einführung dieser Märkte mehr Gemüse an die „Stammkunden" abgegeben worden. Ein wenig muß man noch zuwarten, ob sich die Einführung des Ernährungsamtes bewährt.

Die Zeit
31./VII. 1917

Ernte-Inspektoren für den Gärtnermarktzwang.

Schon die ersten Gärtnermärkte in Kaisersdorf und in Kagran haben, wie wir kürzlich ausführlich berichtet haben, den mangelnden Willen der Gärtner, von ihren bisherigen Umtrieben beim Gemüseverkauf abzulassen, deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie beharren nach wie vor auf dem Standpunkt, ihre Waren nicht auf die nach langem Zögern von der Marktbehörde errichteten Abendmärkte zu bringen. Diesem Treiben der Gärtner wird nun dadurch ein Ende bereitet werden, daß eigene Ernte-Inspektoren ernannt werden, die den Umfang des Anbaues sowie dessen Ertrag bei jedem einzelnen Gärtner zu überwachen haben werden. Die Ernte-Inspektoren werden auch die Kontrolle darüber zu führen haben, wie es um die Teilnahme der Gärtner an den Abendmärkten bestellt ist. Zu diesen Ernte-Inspektoren werden nur gelernte Gärtner bestellt werden, um zu verhüten, daß Nichtfachleute etwa Mißgriffe bei der Ausübung des Ernte-Inspektorats begehen. Wie groß die Anzahl der zu ernennenden Ernte-Inspektoren sein wird, hängt davon ab, wie viele dazu geeignete Gärtner die Militärverwaltung vom Kriegsdienst entheben wird. Das Amt für Volksernährung will die Kontrolle über die Beschickung der Gärtnermärkte rücksichtslos handhaben lassen. Da die kommunale Marktbehörde den Schwierigkeiten des Marktwesens nicht gewachsen zu sein scheint, so ist es hoch an der Zeit, daß die an dieser Stelle wiederholt geforderte Verstaatlichung der Marktpolizei endlich durchgeführt wird, um ohne Rücksicht auf politische Interessen das freie Angebot der Gärtnerware auf den Märkten im vollen Umfang erzwingen zu können. Früher dürfte unser Marktwesen wohl keine Besserung erfahren.

Die Sperre der ungarischen Gemüseausfuhr aufgehoben.

In den letzten Tagen der vorigen Woche haben in Budapest Konferenzen über die Regelung der Verhältnisse im Gemüseverkehr stattgefunden. An diesen Konferenzen hat auch der Leiter der Gemüse- und Obststelle Dr. Karl Schechner teilgenommen. Das einzige Resultat dieser Unterhandlungen bildet die Aufhebung der kürzlich verhängten Sperre der Gemüseausfuhr von Ungarn nach Oesterreich. Im übrigen ist die Regelung der Gemüseversorgung in Ungarn noch nicht sehr weit gediehen. Die Gemüsezentrale wurde zwar als Aktiengesellschaft begründet, zu einer Ernennung des Präsidenten ist es jedoch trotz langwieriger Verhandlungen noch immer nicht gekommen. Die gegenwärtigen Gemüsezufuhren aus Ungarn sind recht ansehnlich und dürften in der nächsten Zeit eine weitere Erhöhung erfahren.

Die Zeit Abendbl. 31./VII. 1917 228

Das Kriegswucheramt und die Gärtner.

Fliegende Kommissionen für den Marktzwang.

Die passive Resistenz der Gärtner, die mit ihren Waren nicht nur am vergangenen Freitag, sondern auch am Samstag von den Sammelmärkten in Kaiserebersdorf und Kagran größtenteils fernblieben, hatte zur Folge, daß das Kriegswucheramt energische Maßnahmen einleitete, um den willkürlichen Umtrieben der marktscheuen Gärtner einen Riegel vorzuschieben. Wie wir bereits berichtet haben, wurde beim Kriegswucheramt kürzlich ein eigenes Marktreferat geschaffen, das nun auch die Aufgabe erhielt, gegen die Marktscheue der Gärtner vorzugehen.

In den letzten Tagen entsendete das Kriegswucheramt fliegende Kommissionen in der Stärke von 40 Mann, die in allen Gärtnervierteln von Gärtner zu Gärtner gingen, um die nötigen Erhebungen darüber zu pflegen, wie groß die Vorräte der einzelnen Gärtner sind, und warum die Waren nicht auf den Markt gekommen sind. Diese mit aller Strenge durchgeführte Aktion des Kriegswucheramtes hatte auch einen vollen Erfolg gezeitigt. Der gestrige Abendmarkt in Kaiserebersdorf wies ebenso wie der Kagraner Gärtnermarkt eine unvergleichlich bessere Beschickung auf. In Kaiserebersdorf fanden sich gestern auf dem Münnichplatz nicht weniger als 50 Gärtner ein, die 1800 Kilogramm Gemüse auf den Markt brachten. Dagegen war gestern die Anzahl der kauflustigen Marktkäufer geringer, die nicht vermutet hatten, daß der Sammelmarkt plötzlich eine bessere Beschickung erhalten könnte, nachdem die vorhergehenden Märkte noch im Zeichen der passiven Resistenz der meisten Gärtner gestanden hatten. Die 80 Einkäufer wurden nicht nur reichlich mit Gemüse verschiedener Sorten versorgt, sondern es blieb noch soviel übrig, daß auch an private Zuschauer Gemüse abgegeben werden mußte. Am gestrigen Kagraner Markt erschienen 29 Gärtner, die 1200 Kilogramm Gemüse zum Verkauf brachten.

Die Kommissionen des Kriegswucheramtes machten die Gärtner auf die gesetzliche Verpflichtung der Marktbeschickung aufmerksam. Polizeirat Dr. Baumgarten setzte sich auch mit der Bezirkshauptmannschaft Bruck a. d. Leitha wegen der Durchführung des Marktzwanges ins Einvernehmen, da Mannswörth und Albern bereits in den Bereich dieser Bezirkshauptmannschaft gehören. Jedenfalls hatte die Aktion des Kriegswucheramtes, an der Polizeikommissär Dr. Rottensteiner sich in besonderem Maße beteiligte, einen vollen Erfolg aufzuweisen. Diese Aktion hat zugleich den zu ernennenden Ernteinspektoren ein Beispiel geboten, wie der passiven Resistenz der Gärtner zu begegnen ist.

In den nächsten Tagen dürfte sich auf den Sammelmärkten wieder eine schwächere Beschickung geltend machen, da die Gärtner den größten Teil ihrer Waren aus Angst vor dem Kriegswucheramt auf den Markt geworfen haben. Das Kriegswucheramt wird die Tätigkeit der Gärtner auch weiterhin nicht unbeobachtet lassen.

Reichspost Abendblatt
31./VII. 1917

Not und Feldfrevel.

Welch große Not in den deutschen Fabriksorten Nordböhmens herrscht dafür sind unter anderem auch die bedauerlichen Feldfrevel ein Beweis. Im Warnsdorfer Gemeindeausschuß klagte Gemeindeausschuß Eger über geradezu ungeheuerliche Feldfrevel. Ein Kornfeld wurde an drei Seiten mit der Schere der Aehren beraubt. Kartoffeln werden in großen Mengen ausgerauft, die mit unsäglicher Mühe gezogenen Krautpflanzen, oft erst fingerstark, gestohlen und den Kaninchen vorgeworfen. Viele Leute haben Kaninchen und Ziegen, besitzen aber keinen Fußbreit Bodens und stehlen alles Futter zusammen. Herrn Eger wurden von einem Pachtkleefelde mindestens zwei große Fuder Klee nach und nach gestohlen. Die Leute mähen in der Dämmerung und tragen Taschen und Körbe voll heim. Der Vandalismus sei erschreckend. Es sollen Wachorgane angestellt werden. Fabrikant Richter wünschte in das besonders zu bewachende Gebiet auch die Anlagen des Burgsberges einbezogen. Dort blühe ebenfalls der Vandalismus. Pfähle und Stützen werden zersägt und gestohlen. Stangen entwendet, schöne Bäume am lichten Tage abgesägt und weggetragen.

Reichspost Abendblatt
31./VIII. 1917

231

Schwefelersatz für Weingärten.

Der Leiter des Ackerbauministeriums hat auf eine Anfrage der Abgeordneten v. Leys, Guggenberg, Dr. Schoepfer und Genossen, welche die rascheste Zuweisung von Schwefel oder Ersatzmitteln zur Bekämpfung des Oidiums der Reben, besonders von Natriumthiosulfat forderten, auf schriftlichem Wege geantwortet, Schwefel sei für diesen Zweck für 1917 überhaupt nicht vorhanden, von den empfehlenswerten Ersatzmitteln, und zwar dem Natriumthiosulfat und einem aus ausgebrauchter Gasreinigungsmasse hergestellten schwefelhältigen Präparate, dem sogenannten Grauschwefel, hat das Ackerbauministerium die überhaupt erhältlichen Mengen aufgekauft und sie den Weinbauinteressenten auf Grund der erfolgten Anmeldungen zugewiesen, wobei Deutschsüdtirol besonders berücksichtigt worden sei. Auch wurde dem Bozener Verbande die Möglichkeit geboten, ein in den Tauern gewonnenes schwefelhältiges Material in genügender Menge zu erwerben.

Reichspost 1./VIII. 1917

Schutz der Ernte.

Aus Marburg wird gemeldet: Die Erntekommission der Gemeinde Leitersberg hat wegen der zahlreichen Felddiebstähle folgende Verfügung getroffen: Die Benützung der Wege durch Felder, Wiesen, Wein- und Obstgärten, sowie der Waldwege ist bis zur Einbringung sämtlicher Feldfrüchte, des Obstes und der Trauben verboten. Nach 8 Uhr abends dürfen Felder, Wiesen, Obst- und Weingärten nur vom Besitzer selbst betreten werden. Jeder, der mit Feldfrüchten, Obst, Trauben usw. auf Wagen, im Korbe oder Rucksack in der Gemeinde getroffen wird, hat eine amtliche Bestätigung vorzuweisen, woher der Inhalt stammt.

Fremdenblatt
1./VIII. 1917

Gegen die Marktscheu der Gärtner.

Das Kriegswucheramt geht nun gegen die marktscheuen Gärtner energischer vor. In den Gärtnervierteln erschienen fliegende Kommissionen, die genaue Revisionen der Vorräte vornahmen. Infolge dieses Einschreitens wiesen die Sammelmärkte in Kaiser-Ebersdorf und Kagran gestern abends bedeutend bessere Beschickung auf. Für die zu ernennenden Ernteinspektoren wurde mit dem energischen Einschreiten des Kriegswucheramtes nützliche Vorarbeit geleistet. Wenn die Aufsichtsbehörden im Eifer nicht erlahmen, wird die passive Resistenz der Gärtner bald gebrochen sein.

Vossische Zeitung

1./VIII. 1917.

235

Zu den Verordnungen über Bodenfrüchte.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Eine Verordnung über Oelsaaten, eine solche über Hülsenfrüchte und einen Teil der Ausführungsbestimmungen zur Reichsgetreideordnung, also drei nicht unwichtige Stücke zur Festlegung der Kriegswirtschaft in Bodenprodukten, hat die verflossene Woche gebracht. Die Verordnung über Oelfrüchte schließt sich, abgesehen von kleineren Aenderungen, in der Hauptsache der vorjährigen Bekanntmachung vom 26. Juni 1916 an. Wie in der letzteren bereits die Preise der Oelsaaten für die 1917er Ernte zur Feststellung kamen, indem sie um ein Sechstel der Preise für die 1916er Ernte erhöht wurden, so sind auch diesmal die Preise für die Oelfrüchte der Ernte 1918 bereits bekanntgegeben. Diese frühe Feststellung hat den Grund, die Landwirtschaft durch erhöhte Preise zu immer weiterer Ausdehnung des Anbaues von Oelfrüchten anzuregen. So waren die offiziellen Feststellungen der Höchstpreise für die verschiedenen Ernten in Mark pro 100 kg:

	1916	1917	1918
Raps	60,00	70,00	85,00
Rübsen	57,50	67,10	83,00
~~Hederich~~ und Ravison	40,00	46,65	62,00
Dotter	40,00	46,65	74,00
Mohn	85,00	99,15	115,00
Leinsamen	50,00	58,30	74,00
Hanfsamen	40,00	46,65	62,00
Sonnenblumenkernen	45,00	52,50	68,00
Senfsaat	50,00	58,30	74,00

Die in diesen Ziffern zum Ausdruck gelangende Preiserhöhung ist somit sehr beträchtlich und wird sicherlich ihren Zweck erfüllen, zumal auch die Lieferung von Düngemitteln für die Oelsaatbauer nachhilft. Eine weitere Anregung bestand bekanntlich bisher darin, daß dem Landwirt auf Antrag für je 100 kg abgelieferte Oelfrüchte 35 kg Oelkuchen zurückgeliefert wurden. Diese Menge ist für die Ernte 1918 auf 40 kg erhöht, und bei Mohn und Dotter wird schon für die jetzige wie für die 1918er Ernte die Rücklieferung von 50 kg Kuchen gewährt. Zweifellos gelingt es auf diese Weise, allmählich den deutschen Anbau von Oelfrucht zu heben. Man darf sich aber andererseits nicht verhehlen, daß dadurch und mehr noch durch den enorm ausgedehnten feldmäßigen Anbau von Gemüse und Rüben mancher wertvolle Acker dem Getreidebau entzogen wird.

Auch die Verordnung über Hülsenfrüchte bringt, allerdings zunächst für die Ernte 1917, höhere Preise als im Vorjahre, gerechtfertigt durch die Tatsache, daß in den meisten Distrikten die Ernteergebnisse der Hülsenfrüchte nicht die vorjährigen erreichen. Eine Ausnahme wird nur bei den Wicken zur Saat gemacht. Die Ermäßigung von deren Preise um nicht weniger als 50 pCt. zeigt, wie recht wir bei Beginn des Jahres hatten, als wir den laut Verordnung vom 16. Januar 1917 auf 100 Mark für den Doppelzentner festgesetzten Erzeugerpreis für Wicken zur Saat für ganz unverständlich angesichts der sehr großen 1916er Ernte erklärten. Der Handelshöchstpreis für Saatgut war bisher 110 Mark. Jetzt hat man den Preis der 1917er Wicken auf 50 Mark und für Saatgut einschließlich Händlernukosten und -verdienste auf 65 Mark festgesetzt, obwohl die neue Ernte ganz wesentlich kleiner als in 1916 ausfällt. Man gibt somit nun offenbar selbst zu, daß der vorjährige Preis für Wickensaatgut ein Fehlgriff gewesen, scheint aber in der Herabsetzung angesichts der schwachen Erträge auch zu weit gegangen zu sein.

Während man übrigens im Vorjahre für alle Wickenarten nur einen Höchstpreis festgesetzt hatte, hat man diesmal Unterschiede bezüglich der verschiedenen Wickenarten gemacht, und hat auch hierbei offenbar nicht das Richtige getroffen. Es bezieht sich das besonders auf die Preisfestsetzung für Winterwicke, die bekannte und als Sämerei außerordentlich beliebte und wichtige vicia villosa. Diese Wickenart hatte von jeher im Markt einen höheren Preis als die gewöhnliche Sommerwicke; aber während für diese der Preis mit 50 Mark bestimmt ist, hat man für die Wnterwcke nur 45 Mark als Grundpreis angesetzt, und dementsprechend stellt sich auch das Saatgut niedriger. Der Umstand, daß die Winterwicke den Acker eine ganze Reihe von Monaten länger in Anspruch nimmt, als die Sommerfrucht, ist der Hauptanlaß, daß der Landwirt für die erstere auf höheren Preis als für die letztere hält. Die Hauptgeschädigten bei diesen willkürlichen Preisfestsetzungen dürften aber wieder einmal die Kaufleute sein. Die Winterwicke wird von den Landwirten jetzt stark gebraucht, und es war die Pflicht der Händler, für Material zur Befriedigung des Bedarfes vorzusorgen. Es konnte für den Kaufmann die Eventualität niedrigerer Preise wie im letzten Jahre angesichts der Ernteverhältnisse bei seinen Anschaffungen gar nicht in Frage kommen, und ebensowenig Grund bestand für Zweifel, daß es gerechtfertigt war, für die Winterwicke höheren Preis als für die Sommerwicke anzulegen. Der Kaufmann hat um so weniger gezögert, auf die vorhandene teure Ware zuzugreifen, als vom Kriegsernährungsamt ursprünglich auch ganz andere Entschlüsse in Aussicht genommen wurden, als schließlich erfolgten. Werden somit die Kaufleute teilweise Verluste erleiden, die sich bei einzelnen zu hohen Summen gestalten, so wird andererseits der Erzeuger sich sträuben, die vicia villosa noch billiger, als die ohnehin in ihrem vorjährigen Preise stark zurückgesetzte Sommerwicke abzugeben, und die Folge wird sein, daß die Verbraucher die notwendigen Saatmengen nicht erhalten werden.

Von den Ausführungsbestimmungen zur Reichsgetreideordnung liegen bis jetzt erst die preußischen vor, die sich im allgemeinen dem Sinne der unseren Lesern bekannten Verordnung anschließen. Dasselbe ist bezüglich eines Rundschreibens der R.-G. an die Kommunen über die Gestaltung des Einkaufs der Fall. Ein weiteres, betreffend Kommissionsgebühren, betont ausdrücklich, daß Zuschläge der R,-G. für den Einkauf ohne Abzug an die Personen zu verteilen sind, die den Einkauf in unmittelbarem Verkehr mit den Erzeugern besorgen; das bezieht sich auch auf die für die Selbstwirtschaft der Kommunen erworbenen Mengen. Die Kommissionsgebühr ist auf 3 oder 4 Mark für die Tonne, je nach den Ankaufs- und Ablieferungsverhältnissen, in Aussicht genommen, wovon ein Teil dem Unterkommissionär zufällt. Bei kleineren Mengen, die nicht volle Waggonladung darstellen und nicht etwa per Wagen abzuliefern sind, wird für die Lagerung und Verantwortung 5 Mark pro Tonne extra gezahlt. Die Kommissionsgebühr für Hülsenfrüchte beträgt 7,50 Mark für die Tonne. Von diesen sind alle, auch die kleinsten Mengen, unmittelbar an die von der R.-G. einzurichtenden Bezirkssammelstellen zu senden. Hat ein Erzeuger nur kleinere Mengen Hülsenfrüchte, so werden für seine Gesamtlieferungen mindestens 3 Mark an den Kommissionär bezahlt. Erwähnenswert ist noch, daß die R.-G. darauf hält, daß überall mindestens zwei Kommissionäre eingestellt werden, und daß von deren Gebühren auch nichts an die Kommune abfließt. Wo in dieser Hinsicht bereits Unregelmäßigkeiten begannen, hat die R.-G. eingegriffen, ebenso wo Müller als Kommissionäre eingestellt waren. Die direkten Vergütungen an die Kommunen für die ihnen auferlegten Aufgaben sind sehr auskömmlich. Erwähnenswert ist, daß die Kommissionäre den Einkauf von Brotgetreide, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten ausführen müssen und die Beschränkung auf einzelne dieser Früchte verboten ist.

Reichspost

2./VIII. 1917

236

Ungünstige Welternte-Aussichten. Im „Schweizer Bauer" macht der dänische Ingenieur West beängstigende Angaben über die Aussichten der diesjährigen Welt-Getreideernte. Frankreich rechnet mit einer Mißernte. England wird nicht annähernd in der Lage sein, seinen eigenen Bedarf zu decken. Am besten sind die Zentralmächte daran. Die 1916er Ernte in den Vereinigten Staaten, Kanada und Argentinien war gegen die vorhergehenden um 44% zurückgegangen. Die Reserven der genannten drei Hauptausfuhrgebiete für Getreide sind erschöpft. Die diesjährige Ernte wird wahrscheinlich noch kleiner sein als die vorjährige. In der Union wird sie auf 10 Millionen Tonnen Winterweizen geschätzt. (1916: 12·4 Millionen Tonnen.) In Argentinien fällt die Ernte dermaßen schlecht aus, daß wenig mehr als 100.000 Tonnen für die Ausfuhr bleiben. Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover schätzt nach amtlicher Erklärung vom 3. Juni den Zufuhrbedarf der Alliierten auf 840 Millionen und den der Neutralen auf 130 Millionen Bushel Brotgetreide. Die Union und Kanada werden dieses Jahr aber nur 500 Millionen Bushel entbehren können. Wie Wilson erklärte, wird der Ueberschuß Amerikas in erster Linie den Alliierten zugute kommen. Nach vorstehenden Zahlen würde für die Neutralen nichts übrig bleiben, ganz abgesehen von den Wirkungen des U-Boot-Krieges, welche die Frachtraumnot Tag für Tag vergrößern.

Die Zeit Abendblatt 2./VIII. 1917 237

Die neuen Getreidehöchstpreise.

Die heutige Wiener Zeitung enthält die angekündigte Regierungsverordnung, mit der die Uebernahmspreise für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen festgesetzt werden. Die Verordnung lautet:

§ 1. Für die nachbenannten im Jahre 1917 geernteten Getreidegattungen sind bei der Ablieferung an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt von dieser nachstehende Uebernahmspreise zu entrichten: Für den Meterzentner: Weizen oder Spelz K. 40, Roggen K. 40, Gerste K. 37, Hafer K. 36. Für Halb- und Mengfrucht gilt als Uebernahmspreis der Preis der billigsten in ihnen enthaltenen Fruchtgattung.

Für Weizen und Roggen, der längstens bis zum 15. November 1917 nach den hierfür geltenden Vorschriften (§ 3) abgeliefert wurde, ist außer dem Uebernahmspreise ein Zuschlag von 2 Kronen für den Meterzentner zu entrichten.

Für Saatgut gelten die obenstehenden Preise zuzüglich der in der Verordnung des Ackerbauministeriums vom 5. Juli 1917 betreffend den Verkehr mit Saatgut, vorgesehenen Zuschläge.

§ 2. Zum vollen Uebernahmspreise ist jenes Getreide zu übernehmen, das gesund, gereinigt und trocken ist und nicht mehr als zwei Prozent Besatz (nicht getreideartige Verunreinigung), nach dem Gewichte berechnet, enthält. Für Getreide, das hinsichtlich der qualitativen Beschaffenheit diesen Bedingungen nicht entspricht, ist ein angemessener Abzug von dem Uebernahmspreise zu machen. Für einen natürlichen Zusatz an fremden Getreidekörnern ist, wenn dessen Ausmaß drei Prozent, nach der Abzählung gerechnet, nicht übersteigt, kein Abzug zu machen. Bei einem dieses Maß überschreitenden natürlichen Zusatz fremder Getreidekörner hat ein angemessener Abzug von dem Uebernahmspreise stattzufinden. Dieser Abzug darf nicht mehr als 15 Prozent des Uebernahmspreises betragen.

Kommt eine Einigung über die Höhe des Abzuges nicht zustande, so entscheidet bei Streitigkeiten zwischen Landwirten und den von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt bestellten Uebernahmsorganen das Bezirksgericht, in dessen Sprengel sich die Ware befindet, in außerstreitigen Verfahren nach Anhörung von Sachverständigen. In diesem Falle hat die Kriegsgetreideverkehrsanstalt bei der Uebernahme unter den üblichen Modalitäten vorläufig den vor ihrem Uebernahmsorgan angebotenen Kaufpreis zu bezahlen. Die Entscheidung des Bezirksgerichtes kann binnen acht Tagen mit Rekurs angefochten werden. Gegen die Entscheidung der zweiten Instanz ist ein weiteres Rechtsmittel unzulässig. Inwiefern die Kosten des Verfahrens von einer Partei zu ersetzen oder unter die Parteien zu verteilen sind, entscheidet das Gericht nach freiem Ermessen. Die Pflicht zur Lieferung wird durch das gerichtliche Verfahren nicht aufgeschoben. Bei Streitigkeiten über die Höhe des Abzuges zwischen den von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt bestellten Uebernahmsorganen und einer Mühle oder einem anderen Uebernehmer der Ware entscheidet die Sachverständigenkommission der Börse für landwirtschaftliche Produkte jenes Verwaltungsgebietes, in dessen Sprengel die Ware abgeliefert wurde. Besteht in dem betreffenden Verwaltungsgebiet keine solche Sachverständigenkommission, so entscheidet die Sachverständigenkommission der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien. Gegen die Entscheidung der Sachverständigenkommission ist ein Rechtsmittel nicht zulässig.

§ 3. Die Uebernahmspreise werden mit der tatsächlichen Ablieferung in der Verladestation oder an die von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt bestimmte Mühle oder Lagerungsstelle fällig; sie schließen die Kosten der Verladung und des Transports bis zu der nächsten Eisenbahn- oder Schiffsstation der Mühle oder Lagerungsstelle in sich. Die Ablieferung ist durch ein Frachtbriefduplikat oder eine Bestätigung der Transportunternehmung, der Mühle oder der Lagerungsstelle darzutun.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft; die darin festgesetzten Preise und Zuschläge gelten auch hinsichtlich jener Getreidemengen der Ernte 1917, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung abgeliefert wurden.

Im Jahre 1916 wurden die Uebernahmspreise wie folgt festgesetzt: Weizen bei Lieferungen bis zum 15. Dezember 1916 K. 38.—, bei späteren Lieferungen K. 35.—; Roggen K. 31.—, beziehungsweise K. 29.—; Braugerste K. 36.—, beziehungsweise K. 33.—; Futtergerste K. 32.—, beziehungsweise K. 29.—; Hafer K. 30.—, beziehungsweise K. 28.—. Demnach beträgt die Erhöhung des Preises für Weizen bis zum 15. November K. 4.—, vom 15. November bis 15. Dezember K. 2.—, von da ab K. 5.—; für Roggen K. 11.—, beziehungsweise K. 9.—; für Gerste K. 5.— bis K. 8.—.

In Ungarn wurden die Höchstpreise gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 5 bis 8 Kronen erhöht, und zwar bei Weizen auf K. 50.— mit einem Abbau bis K. 45.—; bei Roggen auf K. 48.— mit einem Abbau bis K. 43.—; bei Gerste auf K. 46.—; bei Hafer auf K. 44.—.

In Deutschland wurden gleichfalls erhöhte Höchstpreise festgesetzt, und zwar für Weizen in Berlin um 50 Mark die Tonne auf 290.— Mark, für Roggen um 30 Mark auf 270.— Mark. Das ist zum Relationskurs K. 34.— für den Meterzentner Weizen und K. 32.50 für den Meterzentner Roggen.

Reichspost

2./VIII. 1917

239

Getreidesorgen des Verbandes.

Der „Matin" vom 25. Juli veröffentlicht an leitender Stelle folgenden Artikel:

Die Regierung hat endlich die kluge Entscheidung getroffen, die Uebernahmspreise für französisches Getreide für 1917/18 festzusetzen. Die Landwirte erhalten 50 Franken für ein Lebensmittel, das ihnen die Heeresintendanz und die zivile Ernährungsbehörde seit einem Jahre zwangsweise zum Preise von 33 Franken abnahm, während sie 1913 durchschnittlich 27·83 Franken gezahlt erhielten. Wenn man sich aber Rechenschaft legt über die erschreckende Preissteigerung aller notwendigen Hilfsmittel der Landwirtschaft, die Steigerung der Löhne, die Kosten der Düngemittel, Maschinen und Arbeitstiere, die seit Kriegsbeginn eingetreten ist, kommt man zu dem Schlusse, daß die Landwirtschaft 1917 im Durchschnitt weniger Einnahmen zu verzeichnen haben wird, als von der Ernte 1913. Die neue Preisfestsetzung dürfte sicherlich einen guten Einfluß auf die Hebung der Erzeugung üben und wir dürfen hoffen, daß die Ernte von 1918 den Bedürfnissen der Verbraucher einigermaßen nahekommen wird.

Um die Wichtigkeit der Produktionssteigerung zu erfassen, muß man sich vergegenwärtigen, wie groß der Ausfall an Brotgetreide in Frankreich, England und Italien in der Zeit vom 1. August 1917 bis 31. Juli 1918 sein wird. Ferner wieviel jene Länder des Verbandes zum Ersatz dieser fehlenden Menge einführen können, die selbst mehr Getreide erzeugen, als sie verbrauchen. Nach den neuesten vergleichenden Feststellungen des internationalen Ackerbauinstitutes zu Rom wurden folgende Mengen erzeugt, eingeführt und verbraucht:

Jahresdurchschnitt von 1911 bis 1915.

Einfuhrländer	Produktion	Einfuhr	Verbrauch
	(in Millionenzentnern)		
Frankreich	80·6	15·6	96·2
Großbritanien	17·1	58·3	75·4
Italien	49·7	16·5	66·2
insgesamt:	147·4	90·4	237·8

Wären also Ernte und Bedarf der drei Länder in der Zeit vom 1. August 1917 bis 31. Juli 1918 gleich geblieben wie 1911 bis 1915, so müßten sie 90.400.000 Meterzentner Getreide einführen, um ihren Bedürfnissen voll zu entsprechen. — Bedauerlicherweise erhielt sich jedoch unter dem Druck des Krieges die Getreideproduktion Frankreichs nicht auf der früheren Höhe.

Getreideproduktion in Frankreich, England und Italien während des Krieges.

	Jahresdurchschnitt 1911 bis 1915	1914	1915	1916
Frankreich	80·6	76·9	60·6	58·4
England	17·1	17·0	20·1	16·5
Italien	49·7	46·2	46·4	48·0
insgesamt:	147·4	140·1	127·1	122·9

Nach den bisherigen Feststellungen dürfte die Ernte 1917 die Menge von 105 Millionen Meterzentnern nicht übersteigen. Nimmt man also den mittleren Jahresverbrauch unverändert wie im Jahrfünft 1911 bis 1915 mit 237 Milionen Meterzentnern an, so haben die drei Länder einen Fehlbetrag von 130 Millionen Meterzentnern durch Einfuhr zu decken. Welche Länder kommen für diese Lieferung in Betracht? Alle Ausfuhrländer des Verbandes mit Ausnahme von Rußland und Rumänien.

Diese Länder ernteten im Jahrfünft 1911 bis 1915 421 Millionen Meterzentner Getreide, verbrauchten 309,700.000 Meterzentner und führten 111,500.000 Meterzentner aus, u. zw. alljährlich.

Ausfuhrländer	Produktion	Ausfuhr	Verbrauch
Vereinigte Staaten	219·4	50·3	169·1
Kanada	69·4	37·9	31·5
Englisch Indien	98·1	11·0	87·1
Algerien	8·6	1·2	7·4
Australien	25·7	11·1	14·6
insgesamt	421·2	111·5	309.7 Mill. q

Hätten diese Länder dieselbe Ernte wie im Jahresdurchschnitt 1911 bis 1915, so könnten sie zur Not die abgehende Menge Frankreichs, Englands und Italiens decken, jedoch könnte noch der Ueberschuß Argentiniens (Jahresdurchschnitt 1911 bis 1915 23,700.000 Meterzentner) durch gemeinsamen Kauf des Verbandes als Reserve herangezogen werden.

Bei dem jetzigen Preise auf dem internationalen Getreidemarkt stellen die 115 Millionen Meterzentner Einfuhrsbedarf einen Wert von 5 Milliarden 750 Millionen Franken dar. Um sie zu transportieren, bedarf es für den Zeitraum vom 1. Oktober 1917 bis zum 31. Juli 1918 eines täglichen Schiffsraumes von 38.333 Tonnen. Die Höhe dieser Zahlen zeigt, wie schwer diese Aufgabe zu lösen ist. Die befriedigende Lösung wird aber nicht mehr möglich sein, wenn man dem Welthandel gestattet, für seine Verpflichtungen und Sonderinteressen über die angeführten Mengen an geerntetem Getreide zu verfügen.

Edmond Théry.

Reichspost

2./VIII. 1917

238

Förderung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung.

Ein bedeutsames Programm des Ackerbauministeriums.

Auf Einladung und unter Vorsitz des Leiters des Ackerbauministeriums Sektionschef Dr. Ritter v. Ertl hat am 31. v. M. eine Besprechung über die in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion stattgefunden. An der Besprechung haben Vertreter aller Landeskulturräte und Landwirtschaftsgesellschaften sowie eine Reihe sonstiger hervorragender Landwirte teilgenommen. Das vom Leiter des Ackerbauministeriums entwickelte bezügliche Programm bezog sich im wesentlichen auf die Schaffung einer obligatorischen Interessenvertretung der Landwirte, die Hebung der fachlichen Ausbildung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die qualitative und quantitative Hebung der Produktion auf dem Gebiete der Viehzucht und des Pflanzenbaues, die rationelle Ausgestaltung der Viehverwertung und Verwertung der Molkereiprodukte, die rationelle Milchgewinnung, Pflege der Geflügelzucht, Förderung des Obst- und Gemüsebaues, Organisation der Beschaffung von Maschinen, Saatgut, Futtermitteln und Betriebsmitteln aller Art für die Landwirtschaft und Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Kredit- und des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, umfassende Durchführung von Zusammenlegungen der Grundstücke in Verbindung mit Meliorierungen, Schaffung von Kriegerheimstätten, Reform der Bodenentschuldung auf Grundlage der Rentenschuld, Bekämpfung des Güterschlächtereiu. a. m. Bei der sehr eingehenden Beratung, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, wurden von allen Teilnehmern die in Aussicht genommenen Maßnahmen als durchaus zweckmäßig begrüßt und bei diesem Anlasse auch zahlreiche aktuelle Fragen der landwirtschaftlichen Betriebsführung einer detaillierten Erörterung unterzogen. Es ist in Aussicht genommen, die einzelnen Programmpunkte nach gründlicher Durcharbeitung des ganzen Materials im Landwirtschaftsrate noch zur Beratung zu bringen, um dann in der Uebergangs- und Friedenswirtschaft sofort mit der Durchführung der einzelnen Aktionen einsetzen zu können.

Reichspost

2./VIII. 1917

240

Die Ernte in Böhmen.

Ueber die Ernteaussichten in Böhmen wird der Prager „Union" berichtet: Das Erntewetter ist anhaltend vortrefflich. Alle geernteten Getreidegattungen zeigen eine ungewöhnlich schöne Qualität, und man kann behaupten, daß dadurch auch der Nährstoff der Mahlprodukte 1 bis 10 Prozent höher sein wird. Für Spätkartoffeln bestehen die besten Aussichten. Der Knollenansatz ist ein vortrefflicher. Die letzten Regen haben eine neuerliche Besserung in der Entwicklung verursacht. Dagegen ist die Ernte in Frühkartoffeln eine schlechte, da die Trockenheit die Knollen nicht entwickeln läßt. Die Rübe zeigt einen ungleichen Stand. Der Rübenstand hat sich in der letzten Zeit etwas gebessert, wenn auch die Unterschiede auf den Aeckern ziemlich groß bleiben. Dort, wo die Rübe wegen verspäteter Bestellung ziemlich stark im Rückgange ist, kann sie sich nicht gehörig erholen, und wenn sie auch im Wachstum vorgeschritten ist, kann sie lange noch nicht die früher gedrillte Rübe, welche stellenweise bereits den Boden mit dem Blätterwerk bedeckt, einholen.

Fremdenblatt
2./VIII. 1917

241

Agrarische Forderungen.

Gleichstellung der Höchstpreise in Oesterreich und in Ungarn. — Reorganisation der Kriegszentralen.

Der niederösterreichische Landeskulturrat hat kürzlich eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, denen u. a. zu entnehmen ist:

Es dahin zu wirken, daß die Höchstpreise aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit den in Ungarn geltenden in Parität gebracht werden, um dadurch nicht nur einen Ansporn zur Erhöhung der österreichischen Bodenproduktion zu geben, sondern auch der Schwindelspekulation mit ungarischer Ware auf Grund falscher Herkunftsangaben ein Ziel zu setzen. Vor allem aber wird eine namhafte Erhöhung der Höchstpreise für Wicke gefordert. Ferner wird entsprechend den Maximalpreisen für landwirtschaftliche Produkte auch für Erzeugnisse der Industrie und Gewerbe, die als Bedarfsartikel der Landwirtschaft dienen, die Festsetzung von Höchstpreisen gefordert.

Zur Vermeidung verhängnisvoller Folgen soll die enorme Inanspruchnahme von Schlachtvieh ungesäumt auf den normalen Zuwachs beschränkt werden. Das erdroschene Getreide soll grundsätzlich beim Besitzer belassen werden. Das für die Allgemeinheit verfügbare soll in erster Linie zur Deckung des Getreidebedarfes der eigenen, eventuell der Nachbargemeinden verwendet werden. Der Verkehr mit Kartoffeln ist freizugeben und der Preis für Frühkartoffeln auf die Höhe des ungarischen Preises, das ist auf 42 Heller per Kilogramm zu erhöhen. Die zentralistische Bewirtschaftung des Obstes wird noch viel ärgere Mißstände zur Folge haben, als dies bei Kartoffeln der Fall war; es empfiehlt sich daher, von einer solchen Bewirtschaftung Umgang zu nehmen und die Obstpreise ebenfalls den ungarischen gleichzustellen.

Zum Schlusse wird nach einer scharfen Kritik der wirtschaftlichen Kriegszentralen die Regierung aufgefordert, ihre Anträge auf die Auflösung oder Reorganisation der wirtschaftlichen Kriegszentralen sofort in der neuen Tagung des Abgeordnetenhauses einzubringen.

Fremdenblatt

2./VIII. 1917

Die landwirtschaftliche Lage Rumäniens.

Wie man der „Pol. Korr." aus Stockholm schreibt, hebt ein Mitarbeiter des „Stockholms Dagblad", der die reichen Getreidebezirke der Walachei bereist hat, in seinem Berichte die ausgezeichnete segensreiche Tätigkeit deutscher und österreichischer Fachleute in den eroberten Gebieten hervor. In Crajova, schreibt er, wo sich die größte Lederfabrik und Gerberei des Landes befindet, sind große Mengen Baumwolle, Hafer, Leder, Gerbstoff usw. gefunden und beschlagnahmt worden. Vorräte an Rohmaterial, die vergraben waren, konnten bald zutage gefördert werden und die Fabriken stehen in vollem Betrieb. Deutsche und österreichische Fachleute haben der ausgezeichneten Erde der Walachei überall so reiche Schätze wie möglich entlockt. Nicht weniger als 95 Prozent der Friedensanbaufläche befindet sich gegenwärtig unter Anbau. Alle Fachleute sind der Ueberzeugung, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Zentralmächte zusammen mit der rumänischen Ernte vollauf genügen, um das Volk zu ernähren. In Crajova wie auch in Turn-Severin bemüht man sich sehr, den Viehstand, der durch den Krieg gelitten hat, wieder in die Höhe zu bringen. Der landwirtschaftliche Generalstab sucht durch praktische Maßnahmen den Rindvieh- und Schweinebestand auf den alten Stand zu bringen.

Vossische Zeitung
2./VIII. 1917.

Gegen die Hamster und Felddiebe

Ein Erlaß des Oberkommandos.

Generaloberst v. Kessel erläßt folgenden Aufruf an die Bevölkerung Berlins und der Marken: „In den letzten Wochen ist die städtische Bevölkerung in immer steigendem Maße dazu übergegangen, selbst auf das Land hinauszufahren, um Lebensmittel unmittelbar vom Erzeuger zu erwerben und mit nach Hause zu nehmen. Dies steht, soweit die Lebensmittel der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, im Widerspruch mit den bestehenden Bestimmungen, welche die Veräußerung und Ausfuhr solcher Lebensmittel aus den Landkreisen verbieten. Das Zuwiderhandeln gegen diese Vorschriften gefährdet die vom Staat geordnete Erfassung und Verteilung der Lebensmittel und bedroht daher die allgemeine Versorgung der Stadtbevölkerung. Es ist unzulässig, daß Einzelne durch Hamsterfahrten einen Vorteil vor ihren Mitbürgern zu erlangen suchen. Noch darüber hinaus ist aber in letzter Zeit zu beobachten, daß viele Personen auf das Land hinaus fahren, nicht nur um Lebensmittel zu erwerben, sondern um sie heimlich oder mit Gewalt zu entwenden; sie entblöden sich nicht, stehende Feld- und Gartenfrüchte anzutasten, oft lange vor ihrer Reife. Der Schaden für die Landwirtschaft und für unsere künftige Versorgung liegt auf der Hand. Felddiebstahl und Beschädigung von Feldfrüchten ist im Kriege ein Verbrechen. Strengstes Eingreifen ist hier erforderlich. Ich habe daher den Behörden die scharfe Durchführung nachstehender Verordnungen zur Pflicht gemacht. Wo es nötig ist, wird militärische Hilfe aufgeboten werden.

Ich vertraue, daß auch der gesunde Sinn der Bevölkerung sich gegen das gemeingefährliche Treiben der Hamster und Felddiebe auflehnt."

Die Verordnung lautet: Lebensmittel, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, insbesondere Getreide, Mehl, Brot, Graupen, Grütze, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Fleisch (auch Schinken und Wurstwaren), Speck, Milch, Butter und Eier, darf der Erzeuger an nicht ortsansässige Personen nur abgeben, wenn sie ihm eine schriftliche, auf ihren Namen lautende Zulassungsbescheinigung des für den Erzeugungsort zuständigen Landrats (in Stadtkreisen des Magistrats) vorweisen.

Nur derjenige darf die Lebensmittel außerhalb seines Wohnorts erwerben oder sich zu ihrem Erwerb erbieten, der eine Zulassungsbescheinigung vorweist.

Bei unentgeltlicher Abgabe geringer Mengen der Lebensmittel kann die Zulassungsbescheinigung durch eine schriftliche Genehmigung des für den Erzeugungsort zuständigen Gemeinde- oder Gutsvorstehers ersetzt werden.

Lebensmittel, die entgegen den vorstehenden Bestimmungen erworben sind, unterliegen einschließlich ihrer Verpackung oder Umhüllung der polizeilichen Beschlagnahme. Der Nachweis des rechtmäßigen Erwerbes liegt demjenigen ob, in dessen Besitz oder Gewahrsam die Lebensmittel gefunden sind.

Die Polizeibeamten, Gendarmen und Polizei-Hilfskräfte sind berechtigt, zur Durchführung vorstehender Bestimmungen die Bahnsteige, Gepäckräume und sonstigen Diensträume der Eisenbahnverwaltungen sowie die Abteile der Züge zu betreten und dort Durchsuchungen vorzunehmen.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen werden bestraft. Die Bekanntmachung tritt mit dem 4. August in Kraft.

Berner Bund
2./VIII. 1917

Vermehrung des Getreidebaues

Brugg, 1. d. In einer auf Einladung der aargauischen Direktion des Innern abgehaltenen Konferenz der Vertreter der landwirtschaftlichen Winterschule Brugg, der kantonalen Landwirtschaftskommission und der Kommission für die Lebensmittelversorgung wurde von Rektor Säuberli betont, daß die erforderliche Vermehrung des Getreidebaues von 40—50,000 Hektaren in der Schweiz und 3000 Hektaren im Kanton Aargau durch energische behördliche Maßnahmen, Propaganda und Belehrung herbeigeführt werden müsse, da sie freiwillig kaum erfolgen würde. Eine Regierungsverordnung wird das Nötige vorkehren. Das Wynenmoos soll mit Getreide bepflanzt werden.

Vom Vorsteher des kantonalen Lebensmittelamtes, Dr. Werder, wurde das baldige Erscheinen eines Bundesratsbeschlusses betreffend Rationierung der Milch in den Käsereien, für die Butterproduktion, Abgabe von Magermilch für den Konsum, ferner die Rationierung und Kontingentierung der Milch, die Milch- und Butterkarte für den kommenden Winter und die Fettgewinnung aus Knochen angekündigt. Lewat und Mohn sollten zur Oelgewinnung wieder angepflanzt werden.

3./VIII. 1917

[Die neuen Getreidepreise.] Vom Ernährungsamt sind gestern die Uebernahmspreise für neues Getreide bekanntgegeben worden. Wie die etwas früher erschienene Verordnung der ungarischen Getreidepreise erwarten ließ, stellen sie sich beträchtlich höher als die des alten Produktes. Die Produzenten erhalten per 100 Kilogramm ab Bahnstation: Für Weizen 40 K., bisher 35 K., für Roggen ebenfalls 40 K. gegen bisherige 29 K., für Gerste, einerlei, ob es sich um Brauerware oder Futtergerste handelt, 37 K. In der abgelaufenen Kampagne wurden für Braugerste 33 K., für geringere Sorten 29 K. bezahlt. Der Preis für Hafer ist mit 36 K. festgesetzt gegen bisher 28 K. Die Verteuerung beträgt demnach für Weizen 5 K., für Roggen 11 K., für Gerste 4 bis 8 K., für Hafer 8 K. per 100 Kilogramm. Die Preisbesserung für die der Beschlagnahme unterworfene Ernte befriedigt gewiß alle Ansprüche der Landwirtschaft. Die neuen Uebernahmspreise fördern aber nicht den so sehnlichst von der städtischen und industriellen Bevölkerung herbeigewünschten Abbau der Preise. Der Getreidepreis ist vielfach maßgebend für die Preisstellung der wichtigsten Artikel des täglichen Bedarfes, wie Fleisch, Gemüse Obst. Es wurde damit gerechnet, daß der bessere Ertrag der heurigen Getreideernte auch im Brotpreis zum Ausdruck kommen würde. Das scheint nun nicht der Fall zu sein. Eine Verbilligung ist nicht zu gewärtigen und bestenfalls wird der bisherige Brotpreis aufrechterhalten. Trifft dies zu, dann wird die Kriegsgetreideverkehrsanstalt infolge der höheren Getreidepreise bei gleichbleibenden Mehlpreisen die nächste Kampagne mit einem starken, die gesamte Bevölkerung belastenden Defizit abschließen. Der Gebarungsausfall infolge der Verteuerung des Rohproduktes kann folgendermaßen veranschlagt werden: In Weizen wird allen Berichten zufolge eine gute Mittelernte hereingebracht. Eine solche stellt sich in Oesterreich auf 16 Millionen Meterzentner; davon entfallen auf den Eigenverbrauch der Landwirtschaft ungefähr 30 Prozent. Es gelangen demnach in den Konsum rund 11 Millionen Meterzentner, für welche die Verteuerung per 5 K. von 100 Kilogramm insgesamt 55 Millionen Kronen beträgt. Die österreichische Roggenproduktion ist bei einem schwachen Mittelertrag, wie er heuer erzielt wird, auf 22 Millionen Meterzentner zu veranschlagen. Nach Abzug der im Betrieb der Landwirtschaft verbleibenden 7 Millionen Meterzentner muß infolge des um 11 K. erhöhten Roggenpreises mit einem Ausfall von 165 Millionen Kronen gerechnet werden. Die heurige Gerstenernte ist unter mittel und wird nicht mehr als 14 Millionen Meterzentner ergeben. Für die feineren Sorten, die sonst als Brauerware in Betracht kamen, beträgt der Preisaufschlag 4 K., für andere Sorten 8 K., im Durchschnitt also 6 K. per Meterzentner. Der Gebarungsausfall bei der Uebernahmszentrale dürfte sich auf 60 Millionen Kronen stellen. Bei diesen drei Fruchtgattungen würde demnach bei gleichbleibendem Brotpreis der Staatszuschuß, welcher der landwirtschaftlichen Produktion zugute kommt, sich auf 280 Millionen Kronen, und zwar nur in Oesterreich, belaufen. Für die Zuschübe aus Ungarn ist der Mehraufwand ein größerer. Dort sind sowohl die Getreidepreise höher als bei uns und überdies haben die Vertreter der Landwirtschaft eine noch stärkere Erhöhung durchgesetzt. In Ungarn stellen sich in der neuen Kampagne die Preise per 100 Kilogramm folgendermaßen: Weizen 48 K., bisher 38 K., Roggen 45 K., bisher 31 K., Gerste 46 K., bisher 30 K., Hafer 44 K., bisher 37 K. Für die baldige Anlieferung neuer Frucht wird, wie in Oesterreich eine Frühdruschprämie bewilligt, welche bei Weizen 2 K., bei Roggen 3 K. beträgt. In normalen Zeiten hat Oesterreich von Ungarn einen Zuschuß von Weizen und Weizenmehl von 15 Millionen Meterzentner und von 4 Millionen Meterzentner Roggen erhalten. Die ungarische Regierung erhöht trotz der Verteuerung des Rohproduktes den Preis von Koch- und Brotmehl nicht, überwälzt aber die Steigerung auf die Käufer von Backmehl. Zur Förderung der ungarischen Mühlenindustrie werden für Zuschübe nach Oesterreich wohl hauptsächlich Abgaben von Backmehl erfolgen und so die Lasten der ungarischen Maßnahme auf Oesterreich übertragen werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich durch die Uebernahme des teueren ungarischen Backmehles, auch wenn ein Teil der Zuschübe in Rohprodukten erfolgt, der oben mit 280 Millionen Kronen berechnete Gebarungsabgang der österreichischen Getreidezentrale leicht auf 400 Millionen Kronen erhöhen kann.

Reichspost
3./VIII. 1917

247

Gute Ernte in Oberösterreich.

Aus Linz wird berichtet: Der Statthalter von Oberösterreich Graf von Meran veröffentlicht folgenden Aufruf: „Landwirte Oberösterreichs! So Gott will, wird uns heuer eine gute Roggen- und Weizenernte beschert sein. Beeilt Euch mit dem Schnitt und der Einbringung, damit der erste Drusch sofort beginnen könne. Anfangs August muß das erste Brot aus neuer Ernte bereits zur Verfügung stehe. Säumet nicht, vereinigt alle Kräfte, die Not der Zeit drängt, das Vaterland wird Euch dankbar sein! Der Statthalter: Meran m. p."

Berner Bund
3./VIII. 1917

Die Aussichten der Lebensmittelversorgung

Professor Laur schreibt in der „Bauernzeitung“: „Die Hauptgefahr droht uns im Jahre 1918 und im Winter 1918/19. Es ist ausgeschlossen, daß wir im Laufe des nächsten Jahres unsere Getreidevorräte erhöhen können; wir müssen vielmehr damit rechnen, daß diese bis zur Ernte 1918 sehr stark reduziert werden. Die Aussichten der Welternte 1917 sind recht ungünstig. Insbesondere melden die Vereinigten Staaten am 1. Mai eine voraussichtliche Ernte von Winterweizen von zirka 10 Millionen Tonnen, gegenüber 13,6 Millionen am 1. Mai 1916 und 18,9 Millionen am 1. Mai 1915. Die Bestellung mit Sommerweizen war noch stark im Rückstande, am 1. Mai waren erst 59 Prozent der in Aussicht genommenen Fläche bestellt. Es ist ausgeschlossen, daß der Sommerweizen den Ausfall an Winterweizen decken wird. Die argentinische Getreideernte 1916/17 wird nur auf ein Drittel der durchschnittlichen geschätzt. Die europäischen Ernten leiden unter dem Kriege, und an die Anbauvermehrung Großbritanniens darf man keine großen Hoffnungen knüpfen. Dazu kommen die Drohungen der Vereinigten Staaten gegen die Neutralen und die Schwierigkeiten des Transportes.

Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß die Ernte 1918 den Ausfall des laufenden Jahres gutmachen wird. Selbst ein Friedensschluß kann nur langsam Besserung bringen. Die getreideproduzierenden Staaten und die kriegführenden Länder werden zuerst für sich selbst sorgen. Der Neutrale findet je länger je weniger Rücksicht.

Die Schweiz ist deshalb darauf angewiesen, daß der inländische Brotfrucht- und Kartoffelbau noch weiter ausgedehnt wird. Die volle Deckung unseres Bedarfes ist ausgeschlossen. Aber die Vermehrung des Brotfruchtbaues um zirka 40 bis 50,000 Hektaren wäre nicht unmöglich. Das könnte einen Ertrag von 800,000 bis 1,000,000 Doppelzentner geben und würde für etwa drei Monate genügen. Die Kartoffelfläche dürfte deshalb nicht eingeschränkt werden. Vielmehr sollte auch diese um 10 bis 20,000 Hektaren ausgedehnt werden. Bei einer normalen Ernte könnte darauf 1.5 bis 3 Millionen Doppelzentner Kartoffeln geerntet werden.

Es dürfte sich auch empfehlen, wenn die diesjährige Kartoffelernte gut ausfällt, einen Teil zu trocknen zum Zwecke der Mischung mit Getreidemehl zur Brotbereitung. Zu diesem Zwecke müßten die notwendigen Anstalten möglichst bald errichtet werden.

Auch die Vorbereitung der Anbauvermehrung muß bald an die Hand genommen werden. Es braucht jedenfalls eine besondere Organisation, wenn so tiefgehende Eingriffe in die heutige Betriebsrichtung der Landwirtschaft durchgeführt werden sollen. Ohne Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion wird dies sowieso nicht möglich sein.“

Berner Bund
3./VIII. 1917

3
248

Die Getreideernte beschlagnahmt

(Mitgeteilt)

Der Bundesrat hat am 2. August hinsichtlich der Getreideernte des Jahres 1917 einen wichtigen Beschluß gefaßt, der bereits am 6. August in Kraft treten wird. Bekanntlich sind bisher, mit Ausnahme des Verfütterungsverbotes und der Vermahlungsvorschriften für Brotgetreide, besondere Vorschriften über das Inlandsgetreide nicht erlassen worden. Die beständig zunehmenden Schwierigkeiten in der Getreidezufuhr verweisen aber unsere Brotversorgung immer mehr auf die eigene Produktion. Unsere Vorräte an Auslandgetreide gehen zurück, und es sind weitere Verschiffungen für die nächste Zeit kaum zu erwarten.

Die diesjährige inländische Ernte muß unter diesen Umständen für die nötigsten Bedürfnisse des Landes, namentlich für die Brotversorgung, vollständig erfaßt werden. Eine weitere Ausdehnung des Getreidebaues und die äußerste Einschränkung des Verbrauches sind unabweisbar. Die ernste Lage erfordert unbedingt die Mitwirkung des ganzen Volkes zur Ueberwindung der bestehenden Schwierigkeiten.

Durch den Bundesratsbeschluß vom 2. August wird die gesamte diesjährige Inlandsernte an Brotgetreide zuhanden der Kantone, eventuell des Bundes, beschlagnahmt, in der Absicht, dasselbe der Brotversorgung zuzuführen. An- und Verkauf von Brotgetreide, sowie die Verfütterung desselben sind verboten. Bereits abgeschlossene Kaufverträge werden nichtig erklärt. Gestattet ist nur die Verwendung von Getreide zur ausschließlichen Selbstversorgung des Produzenten mit Brot und Mehl nach Maßgabe der zu erlassenden Vorschriften über die Brotrationierung.

Ueber die Verwendung von Getreide zu Saatzwecken wird das Volkswirtschaftsdepartement besondere Verfügungen erlassen.

Bund und Kantone sind ermächtigt, das vorhandene Brotgetreide zum Zwecke der gleichmäßigen Brotversorgung mit Beschlag zu belegen, gegen Bezahlung von Höchstpreisen, die auf Grundlage des Abgabepreises für Monopolgetreide vom Militärdepartement bestimmt werden. Produzenten, Gemeinden und Kantone sind verpflichtet, die vorläufig zu erwartenden Ernteergebnisse zu melden und für eine richtige Ernte und Aufbewahrung des Getreides Sorge zu tragen.

Die Verwendung von Brotgetreide zu andern Zwecken als zur Brotversorgung ist nur ganz ausnahmsweise gestattet und an eine besondere Bewilligung des Militärdepartements gebunden. Es kommt hier die Verwendung zur Herstellung von unentbehrlichen Nahrungsmitteln, Stärke, Hefe, Malzkaffee usw. in Betracht.

Das übrige Getreide, nämlich Hafer, Gerste und Mais, ist vorläufig nicht beschlagnahmt. Seine Verwendung zu industriellen und gewerblichen Zwecken wird aber kontingentiert und von einer Bewilligung des Militärdepartementes abhängig gemacht. Das gleiche trifft zu für den Handel mit diesen Produkten. Die Kantone haben Vorschriften zu erlassen, um den Verbrauch von Hafer, Gerste und Mais möglichst einzuschränken und eine gleichmäßige Verteilung zu erzielen. Sie haben auch dafür zu sorgen, daß Pferdebesitzer, die selber nicht genügend produzieren, sich den nötigsten Hafer verschaffen können und die Bedürfnisse der Armee gedeckt werden. Eine Beschlagnahmung auch dieser Getreidearten bleibt vorbehalten. Für ihren Verkauf gilt der Abgabepreis des Bundes als Höchstpreis.

Widerhandlungen gegen die Bestimmungen des Bundesratsbeschlusses, sowie der Ausführungsvorschriften, werden mit Buße bis auf Fr. 10,000 oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Reichspost
4./VIII. 1917

256

* **Versorgung der Wiener Pferde mit Futter.** Amtlich wird verlautbart: Das Amt für Volksernährung hat die Statthalterei ermächtigt, Maßnahmen hinsichtlich der Versorgung der Wiener Pferde mit Futter zu treffen. In Durchführung dieser Anordnung werden die Besitzer von Pferden, Eseln und Maultieren im Gemeindegebiete Wien aufgefordert, bis längstens 10. August 1917 ihren Stand an diesen Tieren bei der Futtermittelzentrale in Wien, 1. Bezirk, Trattnerhof, mittels der vorgeschriebenen Formulare anzumelden; die Formulare sind bei den magistratischen Bezirksämtern kostenlos erhältlich. Tierbesitzer, die bis zum 10. August 1917 die erwähnte Anmeldung nicht erstatten, haben nach dem angegebenen Zeitpunkte keinen Anspruch auf Zuweisung von Pferdemischfutter.

Reichspost

4./VIII. 1917

251

Der Bodenertrag muß gesteigert werden!

Die Vorbereitung der Ackerböden für die Herbstbestellung kann heuer früher erfolgen. In den meisten Gegenden war ja schon Ende Juli die Aberntung der gesamten Körnerfrucht beendet, so daß der Stoppelsturz schon im Gange ist. Das Schälen der Stoppel möge nirgends unterlassen werden, da es sich nicht nur um eine gute Ackergare und bessere Bodenfeuchtigkeit, sondern auch um die Vernichtung schädlicher Insekten aller Art handelt. Der Anbau von Stoppelfrucht aller Art (Lupinen, Spörgel, Sandwicke mit Johannisroggen, Buchweizen, Erbsen, Wicken, Rübsen, Inkarnatklee, Stoppelrüben) erleichtert die Arbeiten für die spätere Saat, indem sie die Bodenbearbeitung durch die Bodenbeschattung ersetzt. Zudem handelt es sich darum, für die Herbstfütterung möglichst viel Grünfutter zu erhalten, so daß unsere Heuvorräte nicht frühzeitig hergenommen werden müssen. Der österreichische Landwirt muß im vierten Kriegsjahre unbedingt alles aufbieten, um seinen Boden auch möglichst gute Kornerträge abzugewinnen. Das kann in erster Linie durch gute Vorbereitung der Felder für den Anbau der Winterfrucht, in zweiter Linie durch bestes Saatgut und endlich durch gute Düngung geschehen. Unsere Böden sind leider arm an Pflanzennährstoffen aller Art geworden. Es hat nicht nur der Stalldünger an Menge und Güte nachgelassen, es konnten leider auch namentlich die phosphorsäurehaltigen mineralischen Düngemittel (Superphosphat, Knochenmehl, Thomasmehl) nur in bescheidenen Mengen verwendet werden. Der Bezug der Rohstoffe zur Herstellung der Superphosphate aus den überseeischen Ländern ist unmöglich geworden und wir können heute fast nur mehr Knochenmehl (Idealphosphat) und nebenbei Thomasmehl verwenden. Es möge daher das von der Regierung erlassene Knochenvernichtungsverbot überall in Stadt und Land befolgt werden, damit alle Knochen zur Verwertung gelangen, aus denen übrigens nicht nur Kunstdünger, sondern auch Fett und Leim gewonnen werden kann. Aus einem Waggon Knochen im Ladegewichte von 10.000 Kilogramm können 6000 Kilogramm Knochenmehl, 800 Kilogramm Fett und 1000 bis 1200 Kilogramm Leim gewonnen werden. Ohne Phosphorsäuredüngung und ohne einen gewissen Vorrat an Phosphorsäure in unseren Ackerböden kann es aber keine guten Körnererträge geben.

Reichspost

4./VIII. 1917

252

Allerlei aus dem glücklichen Landleben.

Aus Südböhmen wird uns geschrieben: Gelegentlich einer Reise nach Niederösterreich hatte ich vielfach Gelegenheit mit Personen verschiedenen Standes über die im Mittelpunkte aller politischen und nicht politischen Ereignisse stehende Volksversorgungsfrage zu sprechen und Beobachtungen zu machen.

Ganze Scharen von Städtern mit wohlgefüllten Geldtaschen füllten die Eisenbahnwagen, um am Lande irgendwo ein bißchen Mehl Brot, Eier oder Obst zu erhamstern und als kostbare Beute nach Hause zu schleppen. Vielfach war der Erfolg im Verhältnis zu den Auslagen nur sehr gering. So hatte z. B. ein Fräulein aus Wien eine Reise aufs Land unternommen, um Eier einzukaufen. Der Erfolg waren 15 Stück Eier um einen [illegible]enden Preis, die sie sorgfältig in Papier einwickelte und in ihre weiche Handtasche stopfte. Während der Fahrt wurden die Eier zerdrückt und statt der ganzen Eier hatte das Fräulein eine unfertige Eierspeise in der Tasche. Ein tragisch-komischer Anblick, bei dem das Fräulein in helle Tränen ausbrach! Man kann sich über dieses geschäftige Treiben und Sorgen nicht wundern; der Hunger tut weh. Doch kann das Treiben gewisser Leute nicht scharf genug verurteilt werden, die durch Ueberbietung der üblichen Preise gerade die allernotwendigsten Nahrungsmittel verteuern. Woher soll denn ein Großteil der Bevölkerung, die nur geringe oder fixe Bezüge hat, die nötigen Nahrungsmittel auftreiben? Ich kenne einen Lehrer vom Land, der sich in seinem armen Dörfchen selbst sein Frühstück, Mittag- und Nachtmahl bereiten muß, da ihn niemand aus dem Dorfe, nicht etwa aus Abneigung, verköstigen will. Er leidet buchstäblich Hunger, obwohl er Mehl-, Brot-, Zuckerkarten verabreichen muß. Früher bekam er im Dorfe wenigstens genügend viel Eier, das Stück um 20 Heller, und konnte sich in der einstündigen Mittagspause ein bescheidenes Mahl herrichten. Seitdem aber gewisse Leute, meist von nicht arischer Abstammung, in der dortigen Gegend ihr Unwesen treiben, namentlich aber die Eier um einen r[illegible]igen Preis zusammenkaufen, kann der Herr Lehrer kaum ein Ei auftreiben. Brot ist bei ihm eine Seltenheit, fleischlose Tage an der Tagesordnung, wenn sich ein Bauer seiner erbarmt und ihm ein Stückchen vom Geselchten überläßt, dann ists ein Festtag. Und solcher Leute, die ihrer beschränkten Geldmittel halber oder aus Zeitmangel in der Welt nicht herumhamstern können, gibt es auch am Lande eine beträchtliche Menge. Die Städter pflegen sehr mit Unrecht jedermann, der am Lande lebt oder gar eine Landwirtschaft betreibt, um sein Glück zu beneiden. Die Requisitionen haben die ländliche Bevölkerung zum Teil sehr schwer getroffen und umso schmerzlicher als viele von den abgegebenen Nahrungsmitteln durch die Sorglosigkeit und strafbare Unkenntnis in der Aufbewahrung und Weiterbeförderung seitens der hiezu behördlich aufgestellten Organe zugrunde gingen. So lagen z. B. in einem unzweckmäßig gebauten Magazine eine große Menge von Säcken mit Getreide auf dem nicht gedielten, feuchten Boden aufgestapelt. Kurze Zeit darauf keimte das Getreide aus den Säcken heraus. Anderswo wurden auf einem Bahnhof gegen 400 Stück Rinder verfrachtet; auf dem Wege gi[illegible]ngen fast 100 Stück zugrunde, weil man dem armen Vieh während der ganzen Fahrt in der heißen Jahreszeit keinen Tropfen Wasser verabreichte. Wieder anderswo sah ich, wie man im Frühjahr aus einem Magazin ganze Ladungen von dort aufgespeicherter, verfaulten Stroh auf den Misthaufen führte. Daß eine große Menge von Kartoffel in den sogenanten Magazinen verfaulte und erfror, ist jedermann bekannt. Schuld daran ist, daß man die Approvisionierung Leuten anvertraut, die oft keine Ahnung von der übernommenen Aufgabe haben. Ueberhaupt liegt in der starken Zentralisierung des Lebensmittelverkehres ein schweres und gefährliches Hemmen.

Es gibt also auch am Lande so manches zu beklagen, und es gibt vielfach beneidete Landwirte, die darben und hungern mußten. Ich kenne, um nur wieder ein Beispiel anzuführen, einen sonst wohl gestellten Landwirt, der in der Regel 100 bis 150 Hektoliter Kartoffel erntete; im Jahre 1916 erntete er nur ganze 10 Hektoliter und sollte davon noch etliche K"toliter abliefern. Der Arme genoß den ganzen Winter hindurch keinen einzigen Kartoffel, um sich nur die 10 Hektoliter für die Aussaat zu sparen. Ebenso mußte er von der mageren Hafererne einen beträchtlichen Teil abliefern. Wenn der Maximalpreis für die Kartoffel heuer auf 15 Kronen pro Meterzentner festgesetzt wird, dann hat der glückliche Landwirt pro Meterzentner einen Schaden von 8 bis 9 Kronen, leistet dabei die Arbeit umsonst, abgesehen von sonstigen Auslagen und Steuern. Die „vielen Millionen", die den Landwirten während des Krieges zugewachsen sind, sind wohl leichter zu ertragen, als die, welche sich viele andere Herren, die nicht Landwirte sind, ohne Schweiß des Angesichtes erspart haben.

M. H.

Reichspost

4. VIII. 1917

Der Ernteertrag in Rumänien. Unter dem Titel „Rumäniens wirtschaftliche Ausnützung" veröffentlicht der Reichsratsabgeordnete Josef Mayer, der in der Leitung der landwirtschaftlichen Abteilung der Militärverwaltung in Rumänien Dienst leistet, einen bemerkenswerten Artikel über den Ernteertrag in Rumänien und dessen Verwertung für die Verbündeten. In dem Artikel heißt es u. a.: „Die alte Ernte ist aus Rumänien zum weitaus größten Teile ausgeführt. Was noch dort ist, sind Reste, die im Laufe der nächsten Monate mit der neuen Ernte abgeschoben werden können. Die neue Ernte gestaltet sich, was Brotfrucht anbelangt, höher als man bei einem Mittelertrag des Landes gewöhnt ist. Da die Etappengebiete den Bedarf der dort kämpfenden Gruppen zum größten Teile zu decken in der Lage sein dürften, und da der heimische Bedarf im Lande an Brotfrucht ein verhältnismäßig geringer ist, dürfte der Ertrag von nahezu 1 Million Hektar an Brotfrucht für die verbündeten Mächte zur Verfügung stehen. Die günstigen Witterungsverhältnisse haben den Mais sehr gut sich entwickeln lassen und die jüngsten Berichte sagen, daß im Mais heuer eine Rekordernte erzielt werden wird. Da im Verwaltungsgebiete 1,200.000 Hektar mit Mais bebaut sind dürfte auch von diesen Produkten ein Teil für die Versorgung der Mittelmächte verfügbar sein. Die anderen Getreidearten sind von untergeordneter Bedeutung. Immerhin ist von Wichtigkeit, daß durch das Eingreifen der Militärverwaltung besonders auf dem Gebiete des Oelsaatanbaues eine bedeutende Vermehrung erzielt wurde und dies bedeutet die Ermöglichung einer erhöhten Erzeugung von Speiseöl und Pflanzenfett. Dank der Organisation der Militärverwaltung kann die heurige Ernte gleich erfaßt werden. Dies bedeutet, daß wir das rumänische Getreide heuer in einem besseren Zustande bekommen werden, als im vorigen Jahre. Schlechte Lagerung, unsachgemäße Behandlung, Witterungseinflüsse, im beschränkten Maße auch die Vernichtung durch die Kriegsereignisse haben viel rumänisches Getreide verderben lassen und die Klage über dumpfiges Mehl oder Brot war auf der Tagesordnung. Heute sieht die Sache anders aus. Ein Großteil der Ware wird gleich nach dem Drusch ohne vorherige lange Ablagerung der Verladung und Verfrachtung zugeführt werden können. Die Aussichten für die künftige Versorgungsperiode sind daher, soweit Rumänien dabei in Frage kommt, die denkbar günstigsten."

Neues Wiener Tagblatt
4./VIII. 1917

(Die Befreiung der Bukowina.) Der Säuberung Ostgaliziens vom Feinde folgte rasch auch die Befreiung der Bukowina, deren Hauptstadt gestern von unsern Truppen erreicht wurde. Czernowitz war 13 Monate lang in Feindeshand. Ueber die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bukowina während der letzten nunmehr auch glücklich beendeten Periode der Russenherrschaft liegen verläßliche Angaben nicht vor, doch verlautet, daß Bevölkerung und Land seit der Revolution in Rußland mehr geschont wurden als bis dahin. Mit lebhaftem Interesse darf man Nachrichten über Stand der Landwirtschaft und Ernte sowie insbesondere der landwirtschaftlichen Industrie in der Bukowina erwarten, die in günstigen Jahren namhafte Ueberschüsse an die andern Kronländer abzugeben in der Lage war. Die gesamte Anbaufläche der Bukowina stellte sich im Durchschnitt der letzten Friedensjahre auf etwas über 300,000 Hektar, wovon der größte Teil auf Mais, Hafer, Gerste und Kartoffeln entfiel. Roggen und Weizen wird in der Bukowina verhältnismäßig wenig geerntet, dagegen sind Futtermittel und Hülsenfrüchte nicht unwichtig, auch die Rübenkultur, die mehr Futterrüben als Zuckerrüben umfaßt, ist in der Bukowina von größerer Bedeutung. Von landwirtschaftlichen Industriezweigen ist in der Bukowina in erster Linie die Mühlen-, Spiritus- und Zuckerindustrie vertreten. Die wichtigste Industrie des Landes ist jedoch die Holzindustrie, die in Friedenszeiten einen großen Export von Schnittware nach Holland, Deutschland, der Schweiz und dem Orient unterhielt. Erwähnung verdient ferner die Braunindustrie, die Zement- und Glasindustrie sowie die Petroleumraffinerie. Eine nicht geringe Bedeutung kommt auch dem Bergbau und Hüttenbetrieb zu, der Silber (bei Kirlibaba), Kupfer (Dzemine), Eisen (Jakobeny und Pozorita), Schwefel (Luisental) und Mangan (Jakobeny und Dornawatra) sowie Salinenbetriebe umfaßt.

Tägliche Rundschau
4./VIII. 1917

Getreide aus Rumänien. Der Abtransport des Getreides, das unsere siegreichen Truppen beim Einmarsch in Rumänien vorfanden, ist beendet. Das Gesamtergebnis hat die Erwartungen noch übertroffen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Vorräte beim Rückzug der russisch-rumänischen Armee stark gelitten hatten, und daß sie in erster Linie die regelmäßige Versorgung der in Rumänien kämpfenden verbündeten Heere, der Besatzungstruppen und der Zivilbevölkerung sicherstellen mußten. Trotzdem war die Deutschland zugeführte Menge an Brotgetreide allein so groß, daß sie für einen Monat den Gesamtbedarf der heimischen Bevölkerung und des Feldheeres deckte und dadurch erheblich dazu beitrug, die Ernährungsschwierigkeiten dieses Sommers zu überwinden. In ähnlicher Weise wie Deutschland wurde Oesterreich-Ungarn versorgt. Auch die Türkei erhielt einen ihrem Bedarf entsprechenden Anteil an der rumänischen Beute, während Bulgarien vornehmlich die Getreidevorräte der Dobrudscha zur Verfügung standen. Es ist erwähnenswert, daß über 90 000 Tonnen des ausgeführten Getreides zu den Beständen des ehemaligen „Bureau britannique" gehörten, also bereits von den Engländern bezahlt waren. Die neue Ernte, die bisher günstig verlaufen ist, wird voraussichtlich in noch höherem Maße der Versorgung der Heimat zugute kommen. Ihr Abtransport hat bereits begonnen.

Vossische Zeitung.
4. VIII. 1917

256

Der großstädtische Getreidehandel.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Vor einiger Zeit ließ der Präsident des Kriegsernährungsamts durch die Handelskammern eine Erhebung über die Lage des städtischen Getreidehandels vornehmen, und die hierzu vom deutschen Handelstage ausgearbeiteten Fragebogen wurden von der Mehrzahl der Firmen ausgefüllt, obwohl die seiner Zeit an dieser Stelle bemängelte Unzweckmäßigkeit der Fragestellung kein Ergebnis versprach. Wie vorausgesehen, haben die Behörden mit dem aus dieser Erhebung ihnen zugegangenen Material nichts anzufangen gewußt, und dem Handelstage ist nun eine Prüfung und Sichtung des gesamten Materials aufgegeben, wozu wieder die Hilfe der Handelskammern und sonstigen Handelsorganisationen in Anspruch genommen wird. Es soll für jeden einzelnen Beantworter eines Fragebogens geprüft werden, ob, in welcher Weise und in welchem Umfange ihm eine Betätigungsmöglichkeit im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Organisation zugestanden werden soll und was etwa zur Erfüllung seiner individuellen Wünsche zu geschehen hätte. Es ist nicht zu erwarten, daß aus dieser nochmaligen Durcharbeitung der Umfragen für den einzelnen Kaufmann mehr herausschaut, als aus der ersten Erhebung. Vielleicht tut der einzelne Händler gut daran, seiner Handelskammer mit der Fassung der für ihn in Betracht kommenden Anträge auf Beschäftigung durch nochmalige Rücksprache an die Hand zu gehen. Im übrigen aber wird von diesen Massen an Spezialanträgen für den Einzelnen nur etwas zu erhoffen sein, wenn er sich mit seinem Antrage auch selbst direkt an die zuständige Behörde wendet und in ihr Bezug auf seinen Fragebogen nimmt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auf diesen in vielen Fällen zurückgegriffen wird.

Da es sich in der Hauptsache nur um die Käufe vom Erzeuger handelt, so zeigt es sich auch hier wieder, daß für die Firmen der Großstadt wenig Aussicht auf Beschäftigung bestehen, weil bei ihnen die Vorbedingung, daß sie schon in Friedenszeiten regelmäßige direkte Käufe bei der Landwirtschaft bestimmter Kreise gemacht haben, nur zum Teil zutrifft. In der Mehrzahl der Fälle hat sich die landwirtschaftliche Kundschaft einer Großhandelsfirma nicht auf einen bestimmten Kreis konzentriert, sondern sich auf das ganze Reich verteilt.

Vielleicht wird für manchen der Kaufleute aus der Großstadt eine Gelegenheit zur Beschäftigung in den neuen Geschäftsstellen gegeben sein, die die Kommunalvorstände zur Führung der neuen Wirtschaftskarten, zur Beaufsichtigung und Unterstützung der Kommissionäre usw. zu errichten haben. Natürlich fällt für den Händler die Aussicht fort, in einem Kreise als Kommissionär und Leiter der Geschäftsstelle zugleich angestellt zu werden, da er als solcher sich selbst zu beaufsichtigen hätte. Der Antrag um die Uebertragung einer Geschäfsselle muß beim Kommunalverband erfolgen, ebenso um die Anstellung als Kommissionär, da die selbstliefernden Kommunen die Kommissionäre selbst anstellen, die nicht selbstliefernden Kommunen aber die Vorschläge zu machen haben, auf Grund deren die Reichsgetreidestelle ihre Kommissionäre ernennt. Die Anträge um Anstellung als Unterkommissionär sind an die Kommissionäre zu richten.

Wird ein Händler, auf den alle erforderten Vorbedingungen zutreffen, mit seinen Anträgen abgewiesen, so steht ihm die Beschwerde gegen einen Kommunalverband an die Aufsichtsbehörde des Kommunalverbandes oder an die Reichsgetreidestelle zu. Die letztere kann jedoch nur eine Erhöhung der Anzahl der angestellten Kommissionäre vom Kommunalverband verlangen oder vornehmen, während sie einen Zwang auf die Anstellung einer bestimmten Firma als Kommissionär nicht ausüben kann. Auch in nicht-selbstliefernden Kommunalverbänden kann die Reichsgetreidestelle einen Händler nur als Kommissionär anstellen, wenn der Kommunalverband ihn vorschlägt, d. h. mit seiner Anstellung einverstanden ist. Die Beschwerde gegen einen Kommissionär ist in selbstliefernden Kommunalverbänden an den Kommunalverband, ergänzungsweise an die RG. zu richten. Es wird nicht falsch sein, auch bei solchen Beschwerden auf den ausgefüllten Fragebogen des Handelstages hinzuweisen.

Die Handelskammern und kaufmännischen Korporationen seien übrigens darauf hingewiesen, daß die Anweisung des Handelstages zur weiteren Bearbeitung des Fragebogens nicht in allen Punkten zutreffend ist. Die Punkte B, C u. D, Verkehr mit Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten, fallen fort, da diese drei Artikel mit in die Zwangsbewirtschaftung durch die RG. bzw. die Kommunalverbände einbezogen sind, worauf übrigens das Anschreiben des Deutschen Handelstages auch ganz richtig hinweist.

Bei der Frühzeitigkeit der diesjährigen Ernte und bei den außerordentlichen Prämien für frühe Andienung des frischen Getreides (60 M. für die Tonne vor dem 16. August 1917, 40 M. vor dem 1. September und 20 M. vor dem 1. Oktober) kann man schon im Juli und in der ersten Hälfte des August auf sehr starke Abliefungen rechnen, während in der neuen Getreideordnung alle Einrichtungen erst zum 15. August als dem Beginn des neuen Erntejahres hinweisen. Bis zu diesem Termin entscheidet sich erst endgültig, welche Kommunalverbände als Selbstwirtschaften anerkannt sind, also diejenige Vorbedingung, auf welcher zum Teil das ganze Getriebe der Bewirtschaftung begründet. Wir haben es daher zunächst vielfach nur mit provisorischen Anordnungen zur Aufnahme des neuen Getreides bis Mitte August zu tun, doch dürfte man wohl alles vermeiden, was Verzögerungen in der Abnahme der neuen Ware veranlassen könnte.

Die Zeit
5./VIII.1917

252

Das Aehrenlesen.

Wer sich in diesen Tagen, in denen eben die Brotfrucht in die Scheunen gebracht wurde, von der Eisenbahn über die Grenzmarken der Stadt hinausführen läßt, der sieht überall auf den Stoppelfeldern ganze Schaaren von Frauen und Kindern, die Schritt für Schritt sorgsam den Boden absuchen. Je näher ein Acker den Großstadthäusern liegt, um so bevölkerter ist er. Die Aehrenleser sind an der Arbeit. Mancher Halm bleibt bei der Erntearbeit liegen, manche reiche Aehre bricht beim Schneiden ab und fällt zu Boden. Immer schon haben arme Leute diese Aehren aufgelesen, nie aber noch wurde die Arbeit mit solcher Sorgfalt und Gründlichkeit besorgt wie heuer. Die Mühe verlohnt sich übrigens, denn man kann geschickte Sammler sehen, die einen vollen Sack hinter sich herschleifen. Sonst besorgten am Lande draußen nur die Häuslerleut' diese Arbeit, jetzt ziehen auch die hungrigen Stadtmenschen auf die Felder. Die gesammelten Aehren werden von manchen mit primitiven Vorrichtungen zu Mehl vermahlen und bilden eine willkommene Ergänzung des ihnen durch die Rationierung zugewiesenen Quantums. Andere verzichten darauf, Mehl in eigener Regie zu erzeugen, und brennen aus den Körnern Kaffee. Aber jedes Körnchen findet eine gewissenhafte Verwendung. Uebrigens lassen viele Gutsbesitzer heuer das Aehrensammeln systematisch besorgen, denn die verlorenen Körnchen, die man sonst gern den Vögeln als Nahrung überließ, haben nun für die leidende Menschheit eine allzu große Bedeutung gewonnen.

Neues Pester Journal
5./VIII. 1917
258

(Das Wetter und die Ernte.) Die abnorme Hitze der letzten Tage hat wohl etwas nachgelassen, doch herrscht anhaltende Trockenheit und es bleibt fraglich, in welchem Maße der Mais und die Kartoffeln die Dürre ertragen können. Bezüglich Mais lauten die Nachrichten aus den Hauptproduktionsgegenden der Bácska und dem Banat bisher günstig; die in den Vorwochen erfolgten Regen haben die Pflanze auch dermaßen gestärkt, daß diese noch widerstandsfähig ist. Um aber die Hoffnung auf eine gut mittlere Maisfechsung erhalten zu können, wären baldige ausgiebige Niederschläge nothwendig. Natürlich sind diese auch für Kartoffeln und Rüben dringlich erwünscht, da sonst auch die für diese Artikel gehegten, übrigens nur mäßigen Hoffnungen herabgesetzt werden müßten. — Der Drusch des neuen Getreides erfolgt zufolge Kohlenmangels in etwas langsamerem Tempo, doch wurden nichtsdestoweniger schon große Quantitäten fertiggestellt und die Ablieferungen zu den Mühlen nehmen auch stärkeren Umfang an, umsomehr, da vorläufig auch keine Verkehrshindernisse bestehen. Man schätzt in Brotgetreide den Ertrag um circa 20—25 Perzent höher als im Vorjahre, dagegen ist der Ertrag in Gerste, Hafer und bedauerlicherweise auch in Halmfutter wesentlich geringer, sogar schwach. — Die neue Ausmahlungsverordnung, deren wir bereits Erwähnung machten, dürfte in der allernächsten Zeit erscheinen, da angeblich auch bereits eine Einigung bezüglich des Mahllohnes erfolgt ist. Letzter Tage hat die Kriegsprodukten-Aktiengesellscheft ihre Kommissionäre dahin angewiesen, daß sich dieselben ebenso wie deren Subkommissionäre und Bevollmächtigte beim Getreideeinkauf respektive Uebernahme für Private oder Gemeinden nicht betheiligen dürfen, und nur für Rechnung der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft kaufen können. Jenen Subkommissionär respektive Bevollmächtigten, welcher für die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft in der zu bildenden lokalen „Uebernahmskommission" thätig zu sein hat, wird diese zu jener Zeit bestimmen, wenn die Regierung hiezu Weisung ertheilen wird. Dieserart dürfte auch die Frage Lösung finden, wie diese Kommission in jenen Gemeinden zu bilden ist, wo mehrere Kommissionäre thätig sind.

Neue Freie Presse
5./VIII. 1917
258

[Witterungsverlauf und Erntefortgang.] Wie in normalen Zeiten ist der größte Teil der Getreideernte auch heuer, obwohl die Schnitt- und Bergungsarbeiten erst fünf Wochen im Gang sind, schon hereingebracht worden. Die Bewältigung der Arbeiten, die sich immer auf eine kurze Spanne Zeit zusammendrängen, war diesmal besonders schwierig, weil trotz der Fürsorge, die von den Zivil- und Militärbehörden der Ernte zugewendet wurde, die geschulten Arbeitskräfte fehlten und nur auf Aushilfen, die nicht immer zureichten, gegriffen werden konnte. Daß die Arbeiten trotzdem gut vor sich gingen, nirgends eine beträchtlichere Verzögerung erfuhren, ist neben dem Zusammenwirken aller Faktoren hauptsächlich dem günstigen Witterungsverlaufe zu danken. Die Strich- oder Gewitterregen, die in vielen Gegenden bei Erntebeginn vorkamen, haben die Arbeiten nirgends gestört, weil sie rasch vorübergingen, schwere Regenfälle, die eine Unterbrechung des Schnittes bewirkt hätten, kamen nicht vor. Dadurch ging auch die Nachreife der im Freien lagernden Frucht glatt vor sich und die Fechsung ist überall rasch und trocken unter Dach gebracht worden. Die Ernte, für die heuer so viel gefürchtet wurde, ist besser ausgefallen, als man erwartete. Die Landwirtschaft hat allen Grund, mit den Ergebnissen, sowohl was die Quantität als die Qualität der Getreideproduktion betrifft, zufrieden zu sein, nicht minder zufrieden kann sie auch mit den Preisen sein, die ihr von der Regierung im Interesse einer glatten Konsumversorgung für die zur Ablieferung gelangenden Körnerfrüchte zugebilligt wurden. Im allgemeinen sind dieselben um 8 K. per Meterzentner höher als die vorjährigen, die ihrerseits wieder um ungefähr den gleichen Betrag die Friedenspreise übertrafen. In Gegenden, wo die Ernte später fertig wird, und auch für den später angebauten Hafer, der noch nicht geschnitten wird, erscheint gegenwärtig sowie in der allernächsten Zeit noch schönes Wetter erwünscht, während sowohl für die abgeernteten Felder, die in stärkerem Maße als sonst für den Anbau von Zwischenfrucht herangezogen werden, als auch für die erst im Frühherbst reifenden Spätfrüchte ausgiebigere Niederschläge von Vorteil wären. Von den Spätfrüchten stellt Mais, der heuer in Ungarn stärker als in den letzten Jahren angebaut wurde, einen großen Ertrag in Aussicht, weil der Witterungsverlauf das Wachstum und die Blüte gefördert hat. Die Kolben sind, wie auch die als grünes Gemüse jetzt schon zur Verwendung gelangenden frühen Gartenfrüchte zeigen, gesund und kräftig entwickelt. Eine Vollernte, die sich ergeben würde, wenn die weitere Entwicklung gut bleibt, stellt sich in Oesterreich auf vier, in Ungarn auf 50 Millionen Meterzentner. Da Mais im Süden der Monarchie auch in normalen Zeiten allgemein als Brotfrucht verwendet wird, erfährt durch eine große Maisernte der Bedarf an Edelmehl eine ausgiebige Entlastung. In noch stärkerem Maße wird die Versorgung mit Kraftfutter, insbesondere für Mastzwecke, erleichtert. Die Kartoffeln und Rüben haben sich im letzten Monat von den Folgen der vorangegangenen Trockenheit sichtlich erholt und reichlich Früchte angesetzt, doch würden die Pflanzen eine ausgiebige Bewässerung wieder recht gut vertragen. Eine durchschnittliche Kartoffelernte, auf mehr ist heuer nicht zu rechnen, stellt sich in Oesterreich auf 120 Millionen Meterzentner, in Ungarn auf 50 Millionen Meterzentner, doch sind Kartoffelerträge von zusammen 180 bis 190 Millionen Meterzentner in der Monarchie nicht selten. Die Rübenproduktion ergibt gewöhnlich in Oesterreich 100, in Ungarn 75 Millionen Meterzentner. Wenn die Spätfrüchte den erwarteten Ertrag liefern, erscheint die Versorgung in allen Nährprodukten und Futtermitteln, nicht nur in Körnerfrüchten, gesichert. Dem schwächeren Strohertrag der heurigen Getreidefechsung sowie dem Minderertrag in Futtergewächsen kommt dann keine wesentliche Bedeutung zu.

Reichspost

5./VIII. 1917

260

Die Ernte im Altvatergebiet.

Wie uns geschrieben wird, hat die Ernte auch im mährisch-schlesischen Gebirgswinkel schon Ende Juli begonnen. Sonst pflegt sie hier erst um die Mitte August zu sein. Der Roggen ist gut geraten, das Sommergetreide steht mittel, von Mähr.-Altstadt an gegen Grulich zu sogar schön. Der Flachs ist mittel und schön und hat ungemein viel Samen. Die Kartoffeln zeigen schönes „Kraut", brauchen aber dringend Regen. Die Heuernte betrug etwa ²/₃ vom Vorjahre, Grummet gab es wegen der Dürre keines, Kirschen (hier nur kleinere Sorten) sowie Beerenfrüchte gibt es mehr wie genug, manche Hänge sind mit Heidelbeeren fast übersät, sie gehen aber größtenteils zugrunde, da es an Zucker mangelt.

Neues Wiener Tagblatt
5./VIII.1917

(Die Ernteergebnisse.) Das gute Erntewetter, das seit Beginn des Schnittes anhält, hat sich als sehr vorteilhaft für die Ergebnisse der heurigen Getreidefechsung erwiesen. Der quantitative und qualitative Ertrag ist besser als erwartet wurde und übertrifft die Produktion der letzten Jahre. Dabei ist die Frucht trocken hereingebracht worden, frei von Besatz und konnten auch die Druscharbeiten beschleunigt werden. Der Konsum wird bald das Mehl aus der neuen Frucht zur Verfügung haben. Die Versorgung mit Brotstoffen in der Monarchie erscheint dadurch, wie immer, wenn eine gute Mittelernte hereingebracht wird, gesichert, zumal Zuschübe aus den besetzten Gebieten das Auskommen erleichtern dürften. Auch die Wiedereroberung Ostgaliziens, wo die Getreideproduktion überwiegt, wird hiezu beitragen. Weniger gut als der Körnerertrag ist die Strohfechsung. Die Pflanzen sind im Wachstum wegen der Trockenheit und Hitze zurückgeblieben. Aus dem gleichen Grund lieferten auch andre Futtergewächse einen schwächeren Ertrag. Die Haferernte, die wegen des späteren Anbaues dieser Frucht noch im Gang ist, erreicht wohl den vorjährigen guten Ertrag nicht, ist aber besser ausgefallen als erwartet wurde. Man kann hierin auf einen befriedigenden Durchschnittsertrag rechnen. Der Stand der Maispflanze wird gelobt. In den maßgebenden Anbaugebieten Ungarns steht ein großer Ertrag in Aussicht. Von den Hackfrüchten haben Kartoffeln und Rüben während der Trockenperiode vielfach zu Befürchtungen Anlaß gegeben. Für Frühkartoffeln sind die Niederschläge zu spät erfolgt. Der Ertrag ist schwach; bestimmend für den Ernteausfall ist aber das Ergebnis in Spätkartoffeln, die sich im abgelaufenen Monat recht gut erholt haben und gegenwärtig ein befriedigendes Ergebnis verheißen. Allerdings werden für die Spätfrüchte, für Kartoffeln ebenso wie für Zucker- und Futterrüben, ausgiebige Niederschläge gewünscht, die dem Wachstum der Knollen und Wurzeln förderlich wären. Der Rübenanbau weist gegen das Vorjahr eine Zunahme auf, ist aber nicht so umfangreich wie in früheren Jahren. — Aus Budapest, 4. d., wird uns telegraphiert: Der Direktor des Ungarischen Landesagrikulturvereines Julius Rubinek machte einem Mitarbeiter des „Esti Ussag" gegenüber Mitteilungen über die Ergebnisse der ungarischen Ernte, die im großen und ganzen bis auf die nördlichen Komitate und einige siebenbürgische Landesteile sich folgendermaßen darstellen: Der Drusch, den die trockene Witterung überaus begünstigt hat, hat die Landwirte angenehm enttäuscht. Der Weizen gibt so viel Körner wie bereits seit langem nicht. In Weizen ist der Ertrag per Katastraljoch durchschnittlich 7 Meterzentner, in Roggen 5½ Meterzentner. Der Hafer ist in einzelnen Gegenden sehr gut, zum größten Teil aber sehr schwach und erreicht bloß die Hälfte der vorjährigen Fechsung. Hofrat Rubinek schätzt das Ergebnis der heurigen Getreideernte in Ungarn auf ungefähr 50 Millionen Meterzentner. Die Ernte sei also ziemlich gut. Kohle zum Dreschen sei leider nicht überall genügend vorhanden, so daß die Landwirte die Dreschmaschinen zum Teil mit Holz heizen. Ein viel größerer Uebelstand sei, daß zum Betrieb der Dampfpflüge nicht Kohle genug da sei, was die Herbstarbeiten erschwere. Der Mais- und Kartoffelproduktion hat die trockene, warme Witterung eher geschadet. Bei alledem verspricht die Maisfechsung gut genug zu werden, und wenn bald ausgiebiger Regen kommt, wird man in Ungarn voraussichtlich 12 bis 15 Millionen Meterzentner mehr Mais haben als im Vorjahre. Die Qualität des neuen Mehls ist so vortrefflich, wie seit langem nicht.

Pester Lloyd 5./VIII. 1917

262 15

(Die neue Getreidekampagne.) Obgleich die Druschorbeiten im ganzen Lande sehr eifrig betrieben werden, ist das Ausgebot in neuem Getreide im Verhältnis zu den Ernteresultaten noch gering. Der günstige Ausfall des Ertrages namentlich in Weizen und Roggen hätte ein viel größeres Angebot erwarten lassen dürfen. Nun scheint aber im Kreise der Produzenten eine gewisse Zurückhaltung geübt zu werden, die teilweise wohl darauf zurückzuführen sein dürfte, daß der Getreideeinkauf von seiten der ländlichen Selbstversorger im Sinne der Regierungsverordnungen bereits voll eingesetzt hat, wobei die Höchstpreise nicht immer eingehalten werden. Teilweise werden aber die Produzenten auch von den Lokalbehörden veranlaßt, sich mit dem Verkauf ihres Getreides nicht zu beeilen, bis der Bedarf der eigenen Gemeinden nicht gedeckt erscheint. Es zeigt sich immer wieder, daß ein Kompromiß zwischen Zentralisierung und direktem, wenn auch beschränktem Einkauf selbst bei günstigen Ernteresultaten undurchführbar ist. Die Versorgung eines Teiles der Bevölkerung für zwölf Monate, während andere wichtige Bedürfnisse kaum auf ein Viertel des Jahres in derselben Zeit sichergestellt werden können, muß zu Störungen in der Approvisionierung führen, die in einem späteren Zeitpunkt oft nur dadurch zu beheben sind, daß man der Not gehorchend auch auf jene Vorräte zurückgreift, die auf Grund der Sonderbewilligungen von Privaten oder Vereinigungen früher gesammelt worden waren. Nach den Erfahrungen des Vorjahres, wo bei einer beispiellos ungünstigen Ernte in Brotgetreide, Mais und Kartoffeln das Auslangen für die Zivilbevölkerung wie auch für die Heeresverwaltung immerhin ohne wesentliche Störung gefunden werden konnte, mußte die Bevölkerung endlich die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Zentralisierung des Einkaufes eine vollständige Gewähr für die Versorgung der Bevölkerung biete. Die besseren Ernteziffern für Brotgetreide im Jahre 1917 hätten sicherlich diese Beruhigung bei der Bevölkerung noch befestigt. Es war daher überflüssig und vom wirtschaftlichem Standpunkt auch nicht gerechtfertigt, daß die Regierung bei Ausgabe der Verordnungen für die heurige Ernte die Erfahrungen nicht berücksichtigt hat, die bereits im Jahre 1915 gezeigt hatten, daß die wirklich rationelle Versorgung der Bevölkerung und des Heeres nur bei strammer Zentralisierung möglich ist.

Neues Pester Journal 263

Z. VIII. 1917

Die Wiener Approvisionirungskonferenz.

Auftheilung der Ernte der Mittelmächte.

Die Wiener Ernährungskonferenz, an der Vertreter der Regierungen Ungarns, Oesterreichs und Deutschlands theilnehmen, hat, wie aus Wien gemeldet wird, die Sicherung der Approvisionirung der drei Staaten zu bewerkstelligen, zu diesem Zwecke deren Ernteergebniß festzustellen und gegenseitige Aushilfe zu gewahrleisten. Die Konferenz wird auch den Auftheilungsschlüssel der Vorräthe Rumäniens bestimmen. Die Verhandlungen dürften sich noch bis zum Mittwoch hinziehen. An der Schlußberathung am Mittwoch wird, wie verlautet, auch der König theilnehmen. Ueber die Konferenz wird uns aus Wien telegraphirt:

Heute Vormittags 10 Uhr wurden im Ministerium des Aeußern die Konferenzen über die Approvisionirungsfragen Ungarns, Oesterreichs und Deutschlands fortgesetzt. Diesmal wohnte auch der Minister des Aeußern Graf Czernin den Berathungen bei. Ungarischerseits führten Ackerbauminister Béla Mezössy, Finanzminister Dr. Gustav Gratz und der Präsident des Landes-Ernährungsamtes Graf Johann Hadik die Verhandlungen. Dr. Gratz ist heute Morgens aus Budapest eingetroffen. Oesterreichischerseits nahmen der Ernährungsminister General Höfer, der Leiter des gemeinsamen Ernährungsausschusses Ottokar Landwehr von Pragenau, Sektionschef Wimmer in Vertretung des Finanzministeriums und Sektionschef Ertl in Vertretung des Ackerbauministeriums an der Konferenz theil. Die Approvisionirungskonferenz soll der Sicherung der Ernte dienen, ferner der Feststellung der Vorräthe Ungarns, Oesterreichs und Deutschlands. Des Weiteren bilden die Feststellung der Vorräthe Rumäniens, die genaue Inbetrachtnahme des Bedarfs und die Frage der Auftheilung den Gegenstand der Berathung. Von heute an werden in die Konferenz auch Delegirte der deutschen Regierung einbezogen. Am Mittwoch wird, wie verlautet, der König der Approvisionirungskonferenz beiwohnen.

Dem „Magy. Tud." wird aus Wien telegraphirt: Ackerbauminister Béla Mezössy und der Präsident des Landes-Ernährungsamtes verbleiben bis Mittwoch in Wien, wo sie die Ernährungsverhandlungen fortführen. Beide Herren werden am Donnerstag in Budapest wieder eintreffen.

Die Zeit
7. VIII. 1917

764

Der Erntestand der Spätfrüchte.

Die Wetterperiode vom Jahre 1916 zum Jahre 1917 hat einen ganz ungewöhnlichen Verlauf genommen, da dem vorjährigen, ungewöhnlich schlechten Sommerwetter vom Herbst an eine niederschlagreiche Witterung und später ein schneereicher und strenger Winter folgte. Mit Beginn des Mai trat endlich ein voller Wettersumschwung ein, der Wärme und Trockenheit brachte und seitdem mit nur zeitweiliger Unterbrechung durch Gewitter- und Strichregen dauert. Für Weizen und Roggen, deren Ernte zum größten Teil in Mitteleuropa beendet ist, erwies sich dieses Wetter als vorteilhaft, denn die Ergebnisse fielen im großen und ganzen befriedigend in der Quantität und außergewöhnlich schön in der Qualität aus. Zog die Winterfrucht von der ungewöhnlich intensiven Grundfeuchtigkeit des Ackerbodens Nutzen, so kam dieser auch den im Frühjahr bestellten Feldern, also der Sommergerste und dem Hafer, noch zugute. Im Verlauf erhielten diese Fruchtgattungen aber zu wenig Nässe, so daß sie bezüglich ihrer Quantität weniger gute Resultate ergaben.

Die Niederschläge, die im Juli nach der langen Dürre und Hitze fielen, für die Gerste daher zu spät kamen und nicht ausgiebig genug waren, halfen doch dem späteren Anbau und ganz besonders den wichtigen Artikeln Kartoffeln und Mais auf. Von welcher Bedeutung die Spätfrüchte sind, zu denen bekanntermaßen viele sekundäre Gewächse (alle Hülsenfrüchte, Hirse, Mohn, Heidekraut) zählen, erhellt daraus, daß allein die beiden Hauptartikel Kartoffeln und Mais, die überdies Ernährungs- und Futterzwecken dienen, in normalen Erntejahren eine ungleich größere Menge liefern als Weizen, Roggen, Gerste und Hafer zusammen. Das Verhältnis stellt sich in Oesterreich-Ungarn derart, daß beispielsweise im letzten Normaljahr 1913 letztere vier Fruchtgattungen 178 Millionen Meterzentner, Kartoffeln und Mais allein, also ohne alle anderen Nebenartikel, 227 Millionen Meterzentner lieferten. In Deutschland war das Verhältnis im gleichen Jahre 300 gegen 540 Millionen Meterzentner. Für die Brotfrüchte hat sich die Erfahrung, daß ein trockenes und warmes Jahr ein gutes sei, bisher bewahrheitet, und da das Wetter in den für uns in Betracht kommenden Komplexen beinahe gleichartig verlief, fielen auch die Ernteresultate ziemlich gleichartig aus.

Der momentane Stand von Kartoffeln und Mais bietet bereits die Gewähr zumindest eines Mittelertrages, wenn aber in Kürze dort ergiebige Regenmengen sich einstellen, wo sie bislang in zu geringem Umfang niedergegangen sind, so dürften die bis jetzt erhofften mittleren Ergebnisse eine quantitative Erhöhung erfahren. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß Mais eine tropische Pflanze ist, und wenn sie einmal gehörig entwickelt ist, Trockenheit und Hitze leicht erträgt. Gelitten haben unter zu langer schöner Witterung mehr oder weniger alle Wiesen- und einschlägigen Futtergewächse, Klee- und Grasäsmereien, und so wie in Ungarn hauptsächlich Oberungarn und Siebenbürgern auch in dieser Richtung befriedigend abschnitten, sind es in dieser Reichshälfte gleichfalls die Gebirgsländer, weil sie von Regenfällen entschieden mehr abbekommen haben. Verkürzt wurden allerdings überall die Stoherträge. Der August könnte bei vorteilhafter Witterung, zunächst durch einen ergiebigen Landregen, noch manche Zubußen liefern, da überall die Zwischenzeit bis zum neuen Anbau der Wintersaaten mehr als jemals zuvor zum Nachanbau von Futterstoffen benützt worden ist. Ein solcher Regen, wie er sich erfreulicherweise inzwischen eingestellt hat, wird neben Kartoffeln und Mais auch den Rüben und dem Grummet sehr zustatten kommen. Die Abnahme der Temperatur ist nach dieser Rechnung gleichfalls von Vorteil.

Für alle bezeichneten Spätfrüchte kommt die Zeit der Reife in den Wochen von Mitte September bis Mitte Oktober, und wenn auch in dieser Periode gutes Wetter den Einheimsungsarbeiten zu Hilfe kommt, wird endlich nach ungünstigen drei Jahrgängen das Jahr 1917 als ein günstiges für die Mittelnächte geschätzt werden dürfen. Dabei sei schließlich noch des Weinstockes gedacht, der ja in der Monarchie und Deutschland bedeutsam kultiviert und im Oktober ebenfalls zeitig wird. Sein Stand ist nach allen bisherigen Berichten ein ungewöhnlich reicher, was um so natürlicher ist, als der heurige Sommer gerade für diese Pflanze von seltener Güte war. Bei dem Mangel an Bier wird die Weinfülle nicht bloß als Genußmittel zu werten sein, sondern auch der Ernährung sehr zurechtkommen.

Abendblatt
7./VIII. 1917
265

(Errichtung einer Futtermittel-Zentralkommission.) Das Amtsblatt veröffentlicht heute eine Regierungsverordnung Z. 2841/1917 M. E. über die Errichtung von die Viehfütterung beaufsichtigenden Kommissionen und bezüglich der Kreierung einer Futtermittel-Verkehrs-Gesellschaft. Zur Besorgung der Angelegenheiten der Inverkehrsetzung sämtlicher Futterstoffe und Rauhwarenbestände, sowie zur Regelung der Viehfütterung wird im Ackerbauministerium eine Zentralkommission für Viehfütterung errichtet und deren Organisation umschrieben. Außerdem werden in allen Komitaten lokale Futtermittel-Komitatskommissionen gebildet. Mit der Inverkehrsetzung von Futtermitteln und Rauhfutter kann der Ackerbauminister eine auf altruistischer Grundlage wirkende Gesellschaft betrauen. Die Honorare für die Mitglieder der Zentral- und Komitatskommissionen stellt der Ackerbauminister fest, desgleichen auch die Höhe der Provisionen, die nach den vermittelten Futtermittelmengen eingehoben werden können. Diese sich auf Kroatien-Slawonien nicht erstreckende Verordnung tritt sofort in Kraft.

Tägliche Rundschau
8. Juni 1917
2668

Neuregelung der Weinpreise.

Das Reichsamt des Innern hat, wie bereits mitgeteilt, den einzelnen Bundesstaaten die Mitteilung zugehen lassen, daß die Weinpreise insofern geregelt werden sollen, als lediglich die Weinversteigerungen der Händler unterbunden werden, es im übrigen aber den einzelnen Landesstellen freisteht, ob und welche Höchstpreise sie festsetzen wollen.

Sämtliche weinbauende Bundesstaaten haben sich damit nicht einverstanden erklärt. Die württembergische Regierung hat neue Richtlinien ausgearbeitet, die den übrigen am Weinbau interessierten Bundesstaaten (Elsaß, Bayern, Baden, Hessen und Preußen) zugegangen sind, und die, wie erwähnt, in einer besonderen Sitzung in Stuttgart, in der die genannten Staaten vertreten sein werden, zur Beratung, Besprechung und wohl auch gleich zur Beschlußfassung gelangen werden.

Die bayerische Regierung hatte zur Weinpreisregelung bestimmt formulierte Vorschläge, denen die anderen weinbauenden Bundesstaaten wohl sicher beigepflichtet haben, unterbreitet. Diese Vorschläge gipfelten in folgenden Punkten: 1) Weitestgehende Einschränkung der Weinversteigerungen. 2) Ueberwachung des Weinhandels und ganz besonders der Wucherpreise. 3) Beschlagnahme der Rotweine für den Krankenbedarf. 4) Vereinheitlichung des Weinbedarfes des Heeres unter Beibehaltung der für Bayern bestehenden Zentralen.

In diesen vier Forderungen fehlt das Verlangen nach Festsetzung von Höchstpreisen. Eine eingehende Beschäftigung mit dieser Frage, verbunden mit Besprechungen von Weinfachleuten, sowie das Einholen von Gutachten im Weinhandel zuständiger und durchaus erfahrener Männer hat ergeben, daß für Weine Höchstpreise überhaupt nicht aufgestellt werden können. Das würde zu einer Verwirrung sondergleichen führen. Denn schließlich müßte dann für jede Lage, für jede Sorte ein eigener Höchstpreis normiert werden. Die Weinhöchstpreispolitik würde, so lauteten übereinstimmend die Gutachten der Sachverständigen, letzten Endes dazu führen, daß die Weinhändler die Ware zurückhalten, daß überhaupt kein Wein mehr auf den Markt käme und daß nach dem Kriege, wenn die Höchstpreise verschwunden sind, derartige Preise gefordert werden würden, daß sie nur noch von Kriegsgewinnlern erschwinglich sind. Ganz zu schweigen von den jungen Weinen. Da der Wein mindestens zwei Jahre zu seiner Reife braucht, ist es doch unmöglich, schon beim Most für den Wein Höchstpreise anzusetzen, da sich ja der Wein ganz hervorragend entwickeln kann und die Preise weit unter dem Werte bleiben, da der Wein aber auch weniger gut werden kann und die Höchstpreise von vornherein eine ungerechtfertigte Ueberzahlung darstellen. Und endlich: Welche Höchstpreise sollen für den Wein nominiert werden, der heute bereits in Fässern ausgereift liegt?

Das in sehr umfangreichem Maße Weinbau treibende Württemberg hat weitergehende Forderungen zur Regelung des Weinmarktes und zur Steuer des überhandnehmenden Weinwuchers ausgearbeitet und den Weinbau treibenden Bundesstaaten zugeschickt.

Die erste und wichtigste Forderung lautet: Verbot des Vorverkaufs der Traubenernte. Bei dem Vorverkauf beginnt bereits das Uebel des Weinwuchers. Es ist bekannt geworden, daß verschiedene Weingroßhändler sich den Wein längst vor der Ernte, also die Traube noch am Stock gesichert haben, um dann auf dem Weinmarkte nach ihrem Gutdünken die Preise diktieren zu können. Ein Verbot des Vorverkaufs ist also unumgänglich.

Die gleiche Wichtigkeit hat die zweite Forderung: Verbot aller Weinversteigerungen. Was nützt es, wenn nur die Versteigerungen der Händler unterbunden werden, die Privaten aber weiter drauf losversteigern können? Gerade die letzten Weinversteigerungen haben erwiesen, daß Leute, die früher an die Versteigerung ihrer Weinernte nicht im Traume gedacht haben, durch die bei den Weinversteigerungen erzielten märchenhaften Phantasiepreise geradezu veranlaßt worden sind, ebenfalls zu versteigern. Die Weinversteigerungswut hat die Weinpreise so ungeheuer hinaufgetrieben. Ist der Wein erst einmal zur Versteigerung ausgeboten, dann geht das Unheil seinen Weg, dann fehlt dem Erzeuger jede Möglichkeit der Einwirkung auf den Preis. Das Ungesunde der Weinversteigerungen im Kriege bestand darin, daß nicht nur die großen, sondern auch die kleineren, ja sogar die kleinsten Weine Liebhaberpreise erzielten, die zum wirklichen Werte in keinem auch nur einigermaßen annehmbaren Verhältnis mehr stehen. Was im Frieden das Rückgrat des deutschen Weinbaues war, nämlich die Versteigerungsmöglichkeit, das hat sich im Kriege als Existenzuntergrabung entpuppt, denn sonst könnten heute nicht die kleinsten Schoppenweine bereits bei 5—7 M. pro Liter angelangt sein.

Die dritte Forderung heißt: Erfassung des gesamten deutschen Weines von der Traube bis zum Verbraucher. Diese Forderung ist in der Tat das Radikalmittel. Man verhehlt sich nicht, daß ein umfangreicher Apparat zur Durchführung dieses Gedankens notwendig ist, aber so, wie heute nach Ablehnung der bayerischen Weinversorgungsvorschläge die Stimmung in den weinbautreibenden Bundesstaaten ist, kann fast mit Bestimmtheit angenommen werden, daß man sich mit dieser Forderung einverstanden erklären wird.

Weitere Forderungen sind: Rationierung des gesamten Weines, Zulassung zum Weinhandel nur der Personen und Geschäfte, die bereits vor dem 1. August 1914, also vor Kriegsausbruch, Weinhandel getrieben haben. Das hat ja mit zum unerhörten Weinwucher geführt, daß schließlich jeder Stiefelputzer Weinhandel, soll heißen Weinwucher, treiben konnte. Der deutsche Weinbau birgt zu große Werte in sich, als daß man ihn durch Wucherer dem Ruin zutreiben lassen darf. Hat doch z. B. allein die Pfalz schon Jahre gehabt, die ihr allein vom Weinbau 40 und mehr Millionen Mark eingetragen haben. In Elsaß, in Württemberg, in Baden, Hessen und am Rhein nicht minder. Hier gilt es, noch in letzter Stunde gut zu machen und zu retten, was noch zu retten ist, im Interesse des Weinbaues, des Weinhandels und des Weinkonsumenten. J. M. J.

Neues Pester Journal
8/VIII. 1917
267

Eine Ablieferungsprämie für Hafer.

Der Ackerbauminister hat, wie man uns mittheilt, gestattet, für alle Hafersendungen, die per Bahn oder Schiff v o r dem 31. d. aufgegeben werden, eine besondere Prämie von 5 Kronen per Meterzentner bezahlt werde. Diese wird von den Kommissionären der Kriegsprodukten-A.-G. mit dem Kaufpreis zusammen liquidirt. Der Ackerbauminister hat hievon alle Munizipien, die Kriegsprodukten-A.-G., sämmtliche Kommissionäre dringend verständigt.

Reichspost Abendbl.
8/VIII. 1917
8 VI
268

In der Zeit der Futtermittelnot.

Zur wiederholten Aufforderung in der „Reichspost", mit Rücksicht auf die Futtermittelknappheit Laubheu zu sammeln und nichts in Wald und Feld, was als Futtermittel in Betracht käme oder sonstwie (als Tee u. dgl.) verwendbar wäre, verfallen zu lassen, wird uns aus Niedermohrau geschrieben: Im vergangenen Jahre haben Schulkinder unter Führung der Arbeitslehrerin eine Unmenge von Brombeer- und Erdbeerblättern gesammelt. Nachdem diese in einem geeigneten Fabriksraume getrocknet worden, wurde es der betreffenden Behörde bekanntgegeben.

Die Antwort war: „Wir haben keine Säckel" Die Blätter liegen heute noch und werden von den Fabriksarbeitern in Ermangelung von Tabak verraucht. Ebenso verhält es sich mit der Sammlung von Nesseln. Der Pfarrer der betreffenden Gemeinde forderte den Gemeindediener auf, Nesseln zu sammeln und zu trocknen, mit der Bemerkung: „Sie bekommen ein hübsches Geld dafür." Der Gemeindediener tat es in der Hoffnung, etwas zu verdienen. Die getrockneten Nesseln liegen heute noch in der Scheune der Schule! Heuer forderte der Pfarrer wiederum auf, Nesseln zu sammeln. Die Antwort war: „Ich habe mir im Vorjahre die Knochen (Hände) verbrannt, heuer werde ich kein Narr mehr sein." Die Nesseln bleiben doch wieder liegen. Auch die Schulkinder sagten, wir haben uns voriges Jahr die Hände genug zerkratzt, heuer nicht mehr. So wird es gemacht. — Unsere Feinde vermögen es nicht, uns auszuhungern, aber daß dies unserm heimischen, ungelehrigen Amtsschimmel gelingt, erscheint leider nicht ausgeschlossen.

Fremdenblatt
9./VIII. 1917

209

(Laubsammlung durch Kinder.) Ein ungewohntes Leben und Treiben können die Spaziergänger und Passanten gegenwärtig in den sonst so stillen Waldungen von Dornbach, Neuwaldegg und des angrenzenden Ottakring, im westlichen Teile desselben, beobachten. Die Wiener städtische Wirtschaftsstelle zur Beschaffung von Stroh- und Heuvorräten hat eine im größten Stile angelegte Massenlaubsammlung in sämtlichen Waldbeständen von Meidling, Hütteldorf, Hietzing, Ottakring, Hernals, Währing und Döbling eingeleitet. Gegenwärtig sind diese Massensammelarbeiten im großen Stile in zwei Arbeitsgebieten von bedeutender territorialer Ausdehnung im Bereiche des sechzehnten und siebzehnten Bezirkes im vollen Gange. Das Arbeitsgebiet umfaßt die sämtlichen Bestände des sogenannten Schottenwaldes im Bereiche der Wald- und Wiesengürtelzone des sechzehnten Bezirkes; Eigentümer des ausgedehnten Waldkomplexes ist das Schottenstift in Wien, dann die sämtlichen Waldparzellen des Fondsgutes Neuwaldegg und die an Dornbach angrenzenden Waldbestände; Eigentümer derselben ist Fürst Johann Schwarzenberg. Gearbeitet wird mit hiezu als körperlich geeignet befundenen Kindern, welche bereits das zehnte Lebensjahr erreicht haben. Es ist eine Lust zu sehen, mit welch großem Eifer sich die Kinder inmitten der ozonreichen Waldungen, möglichst der lästigen Röcke und Westen entledigt, bei dieser Arbeit beteiligen und die munteren, jugendlichen Arbeiter im Walde gewähren einen herzerfreuenden Anblick für jeden, der Gelegenheit hat, die sichtlich von patriotischem Geiste erfüllten Jung-Wiener hier tätig am Werke zu sehen.

Reichspost
9./VIII. 1917

Rumänischer und ungarischer Weizen für Wien. „Az Est" meldet: „In den letzten Tagen sind größere Mengen rumänischen Weizens in Wien eingetroffen und man wird dort nicht müde, die ausgezeichnete Qualität dieses Weizens zu preisen. Der Weizen wurde bereits den Mühlen zur Vermahlung übergeben. Wir können jedoch mitteilen, daß auch ungarischer Weizen in Wien eingetroffen ist und daß dieser bereits an die Mühlen abgegeben wurde. Auch die Qualität des ungarischen Weizens ist vortrefflich, durchschnittlich 77 bis 82 Kilogramm per Hektoliter. Heute ist es bereits offensichtlich, daß die Weizenernte nicht bloß in Rumänien sondern auch in Ungarn als sehr gut zu bezeichnen ist. Der Menge nach übertrifft sie jene der vorhergegangenen drei Jahre ganz wesentlich. Weniger günstig, aber doch besser als im Vorjahre liegen die Dinge bei der Roggenfechsung. Es ist sicher, daß die österreichischen Mühlen in den nächsten 2 Wochen hinlänglich mit Getreide versorgt sein werden.

Neue Freie Presse Abendbl
10./VIII. 1917
n 10
272

Verkehr mit Stroh aus der Ernte 1917.

Amtlich wird verlautbart: Um die unbefugten Verkäufe von Stroh hintanzuhalten, hat die Statthalterei für den Abtransport von Stroh mittels Wagen von einer Gemeinde in eine andere Bescheinigungen vorgeschrieben, in denen der Bürgermeister jener Gemeinde, aus welcher der Abtransport des Strohs erfolgen soll, ausdrücklich bestätigt, daß der Transport des Strohs zu einem gesetzlich erlaubten Zwecke erfolgt. Strohmengen, deren Transport durch eine derartige Bescheinigung nicht gedeckt ist, werden von der k. k. Gendarmerie sowie den Organen der Ortspolizei abgenommen werden. Die Landesfuttermittelstelle, Abteilung für Heu und Stroh in Wien, beziehungsweise deren Kommissionäre werden derartiges Stroh zum gesetzlich festgesetzten Preise übernehmen. In derselben Weise werden auch die Linienverzehrungssteuerämter in Wien mit derartigen durch Bescheinigungen nicht gedeckten Wagentransporten verfahren. Weiter wird gegen Besitzer von Stroh, die sich weigern, ihre Vorräte an die Kommissionäre der Landesfuttermittelstelle, Abteilung für Heu und Stroh, zu verkaufen, das Verfahren wegen zwangsweiser Abnahme dieser Vorräte eingeleitet werden.

Neues Wiener Tagblatt
10/VIII. 1917

Verkehr mit Stroh aus der Ernte 1917.

Um die unbefugten Verkäufe von Stroh hintanzuhalten, hat die Statthalterei für den Abtransport von Stroh mittels Wagen von einer Gemeinde in eine andre Bescheinigungen vorgeschrieben, in denen der Bürgermeister jener Gemeinde, aus welcher der Abtransport des Strohs erfolgen soll, ausdrücklich bestätigt, daß der Transport des Strohs zu einem gesetzlich erlaubten Zweck erfolgt. Strohmengen, deren Transport durch eine derartige Bescheinigung nicht gedeckt ist, werden von der Gendarmerie sowie den Organen der Ortspolizei abgenommen werden. Die Landesfuttermittelstelle, Abteilung für Heu und Stroh in Wien, beziehungsweise deren Kommissionäre werden derartiges Stroh zum gesetzlich festgesetzten Preis übernehmen. In derselben Weise werden auch die Linienverzehrungssteuerämter in Wien mit derartigen, durch Bescheinigungen nicht gedeckten Wagentransporten verfahren. Weiter wird gegen Besitzer von Stroh, die sich weigern, ihre Vorräte an die Kommissionäre der Landesfuttermittelstelle, Abteilung für Heu und Stroh, zu verkaufen das Verfahren wegen zwangsweiser Abnahme dieser Vorräte eingeleitet werden.

Reichspost
10./VIII. 1917

Landwirte und Händler.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der Landeskulturrat hat sich im Einvernehmen mit dem Ackerbau- und Kriegsministerium in sehr löblicher Weise bestimmt gefunden, eine Anzahl von frontdienstuntauglichen, aber für landwirtschaftliche Zwecke vollkommen geeigneten Pferden den Landwirten zur Verfügung zu stellen. Infolgedessen sollen Pferdegruppen im Lizitationswege an Landwirte — übrigens unter recht schweren Bedingungen — abgegeben werden, und zwar nur an solche, so daß Pferdehändler, Zwischenhändler u. dgl. laut eines vom Landeskulturrat ausgestellten Zertifikats vollständig ausgeschlossen werden. — Nun ereignete es sich bei der letzten in der Reitschule in der Ungargasse in Wien vorgenommenen Lizitation, daß trotz dieses ausdrücklichen Verbotes drei Pferdehändler an derselben teilnahmen, die Preise in die Höhe trieben und augenscheinlich von der Lizitationskommission begünstigt wurden, denn man will bemerkt haben, daß, nachdem die Preise eine für die Landwirte beängstigende Höhe erreicht hatten, der Hammer zugunsten der Händler — rascher als sonst — abklopfte. Es wurde allerdings im Anfange der Lizitation auf einen Protest hin seitens der Kommission verkündet, daß nur ein Händler anwesend sei der von der Behörde die Bewilligung habe und nur ein Pferd kaufen wolle. Indessen waren hier drei Pferdehändler anwesend und hatten den verblüfft dastehenden Bauern 30 bis 40 Pferde weggeschnappt. Schließlich könnte ja die Echtheit der Legitimation des einen fraglichen Händlers auch noch angezweifelt werden. Der niederösterreichische Landeskulturrat darf es unter keinen Umständen zugeben, daß wucherische Juden die Landwirte, die ja doch dem Kriege bis jetzt die größten Opfer gebracht haben, in solch unerhörter Weise benachteiligen und daß eine k. u. k. Kommission die behördlichen Vorschriften einfach unbeachtet läßt. — Welch ein krasser Unterschied zwischen Landwirten und Händlern gemacht wurde, ergibt sich aus der traurigen und beschämenden Tatsache, daß diese drei Händler am oder in der Nähe des Kommissionstisches sitzen durften, während die von weither herbeigeeilten Landwirte, Bauern, Wirtschaftsbesitzer im Kreise herum stehen mußten und von Zeit zu Zeit in rücksichtsloser Weise durch Soldaten, die im Trabe herumritten, zurückgedrängt wurden. — Nachdem vom Aerar noch weitere derartige Pferdelizitationen in Aussicht gestellt wurden, ist es zu wünschen, daß diese Annagelung dazu beitrage, daß sich solche gesetzwidrige und für die bäuerliche Bevölkerung nachteilige wie beschämende Vorkommnisse nicht mehr ereignen.

Reichspost Abend
11. VIII. 1917

In der Zeit der Futtermittelknappheit.

Zum Kapitel „Beschlagnahme der Futtervorräte" wird uns aus Pfalzau geschrieben: Hier hat ein jüdischer Advokat, Baumöhl, eine Besitzung mit ziemlich ausgedehnten Wiesengründen. Er hält kein Vieh; in früheren Jahren hatte er die Wiesen verpachtet, aber derart, daß, da seit vielleicht sechs bis acht Jahren keine Spur von Dünger auf die Wiesen kam, diese dadurch natürlich immer schlechter wurden. Seit einigen Jahren wurden die Wiesen nicht mehr in Pacht gegeben. Die erste Mahd war im Juli, Grummet wächst auf den vernachlässigten Wiesen keines mehr. Wäre es nicht gerechter, dem Juden, der die Gründe verderben läßt, diese oder doch das Heu wegzunehmen, anstatt es den Landwirten, die Vieh halten, zu beschlagnahmen? Der Jude hat das ganze Heu dieser Ernte, außerdem noch einen Rest von früher her verkauft. Die Bauern können kein Milchvieh mehr halten, wegen Futtermangel und der reiche Jude, der das Futter gar nicht braucht, kann dasselbe mit Nutzen verkaufen. Es gibt überhaupt viele Wiesen und Ackergründe, die ganz unbewirtschaftet sind, so z. B. der Herrenhof bei Eichgraben. Warum nimmt das Aerar nicht diese in Beschlag? Man sollte die Besitzer vernachlässigter Gründe entsprechend vornehmen. Aber da schweigen alle Flöten.

Reichspost
11./VIII. 1917

276

Unkraut teurer als Weizen.

Wie der „Oesterreichische Bierbrauer" meldet, hat sich die Brauindustrie nunmehr aus Mangel an Gerste auf die Quecke geworfen und die Folge davon ist, daß heute ein Meterzentner dieses Unkrautes, für das das Militärärar noch vor einem Monat 5 bis 8 Kr. zahlte, auf 40 bis 50 Kr. stellt, teilweise aber auch noch höher gehandelt wird. Es wird also Unkraut schon erheblich teurer bezahlt als Weizen, der ohne Zuschlag 40 Kr. kostet. Da keine Handelsbräuche über diese Ware bestehen, sind bereits zwischen Käufern und Verkäufern zahlreiche Streitfälle entstanden.

Österr. Volkszeitung
11./VIII. 1917

(Druschergebnisse.) Vom Wetter außerordentlich begünstigt, wurde die Getreide-Ernte früher als sonst durchgeführt. Die vorzügliche Beschaffenheit des Weizens und Roggens ermöglicht den sofortigen Drusch, und die Landwirte führen ihn raschest durch, um recht viel von den Prämien einzuheimsen, welche für baldigere Ablieferung geboten werden. Die Ergebnisse in Weizen übertreffen die Erwartungen im Durchschnitt, obwohl auch Enttäuschungen in einzelnen Gebieten zu verzeichnen sind, der Ertrag befriedigt in Menge, mehr noch in der Qualität. Weniger günstig lauten die Berichte über den Roggen. Die Gerste wird erst geschnitten, verspricht aber einen schwach mittleren Ertrag. Der Hafer muß gemäht werden, dessen kurzes Stroh läßt das Binden nicht zu, so daß ein stärkeres Ausfallen der Körner sich ergeben dürfte. Für den Mais waren die letzten Regen äußerst wohltuend, und die Entwicklung macht weitere erfreuliche Fortschritte. Unser Bedarf an Brotgetreide im kommenden Jahre ist demnach gesichert, und rechnet man dazu die Zuschüsse aus den besetzten feindlichen Gebieten, wie auch die aus den befreiten Gegenden des Ostens der Monarchie, so kann man ruhig sagen, daß wir im kommenden Jahre mit Brot und Mehl versorgt sein werden. Das Viehfutter dürfte aber knapp sein, wenn es nicht gelingt, durch den Zwischenanbau manche Lücke auszufüllen, denn der Grummetertrag dürfte kaum mehr sich vergrößern, und die erste, wenn auch reiche Heumahd reicht nicht aus, den Jahresbedarf zu decken. Auch fehlt das Gerste- und besonders das Haferstroh, welche das Viehfutter sonst reichlich vermehren. Ueber die Erträge der Knollenfrüchte fehlt noch jede Uebersicht. Allgemein hört man, der Ansatz ist gut, und wenn ausgiebige Regen sich einstellen, kann noch vieles sehr gut werden. — Auch in Deutschland ist man mit den Druschproben des Roggens sehr zufrieden und erwartet in den anderen Feldfrüchten gleichfalls befriedigende Resultate. Dagegen bestätigt der jüngste Bericht des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom, daß die Ergebnisse der Ernte in England, Frankreich, Italien, auch in Amerika hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und daß besonders England vor einer sehr schwachen Gesamternte steht. Die „Times" sprechen sogar von einer schlechten Ernte, denn die Spatzenplage hat den Weizen und Hafer schon stark in Mitleidenschaft gezogen. Heu dürften kaum 50 Prozent des vorjährigen guten Ertrages eingebracht werden.

Neues Wiener Tagblatt
11/VIII. 1917

Versorgung der Wiener Pferde mit Futter.

Amtlich wird verlautbart:

Es ist bereits zur Kenntnis gebracht worden, daß das Amt für Volksernährung die Statthalterei ermächtigt hat, Maßnahmen hinsichtlich der Sicherstellung des Futterbedarfes der im öffentlichen Interesse unentbehrlichen Zugtiere im Gemeindegebiet Wien zu treffen. In Durchführung dieser Anordnung hat die Statthalterei die Besitzer von Pferden, Eseln und Maultieren im Gemeindegebiet Wien aufgefordert, bis längstens 20. d. ihren Stand an diesen Tieren bei der Futtermittelzentrale in Wien, I. Bezirk, Trattnerhof, mittels der vorgeschriebenen, bei den magistratischen Bezirksämtern kostenlos erhältlichen Formularien anzumelden. Um allen Zweifeln zu begegnen, wird ausdrücklich betont, daß die Besitzer der bezeichneten Tiere ungeachtet eines bisherigen Futterbezuges ihren Tierstand anzumelden haben und daß die Nichterstattung dieser Anmeldung bis 20. d. unbedingt die Einstellung der Zuweisung von Pferdemischfutter zur Folge hat. Anmeldungen unter Nichtverwendung der amtlichen Formularien gelten als nicht erstattet. Die Anmeldefrist läuft unwiderruflich am 20. d. ab.

Österr. Volkszeitung
11./VIII. 1917

27l

Getreideschmuggel nach Oesterreich.

600 Kronen für den Meterzentner.

In Szabadka ist man, wie uns von dort, 10. d., telegraphiert wird, großen Getreideschmuggeleien nach Oesterreich auf die Spur gekommen.

Die Untersuchung ergab, daß mehrere Großkaufleute und Getreidehändler Getreide in großen Mengen einkauften und für sechshundert Kronen per Meterzentner nach Oesterreich verkauften. In die Angelegenheit sind auch mehrere Soldaten verwickelt.

L 70000
35
1917
1/V. – 11/VIII.
Appro. B
Landw. Woche.
10.

Frankfurter Zeitung
1. V. 1917

„Die Einbildungskraft ist das Gesicht, das Gehör, der Geschmack und die Wollust, sie ist der lebendige Leib der Vollkommenheit." In der dritten Verwandlung wird der Träumer zum Heiligen und erringt sich den Glauben. „Wer ihn hat, ist nicht in Gottes Hand — er ist selber Gottes Hand und Gottes Zunge und Gottes Auge." Aber zur Vollkommenheit führt kein andrer Weg als durch den Tod, und jeder andre Weg führt von ihr hinweg.

So sind diese Gespräche noch mehr als nur Duft und Spiegelung; sie sind Abenteuer der Seele und Bekenntnisse aus der Stille. Abenteuer, deren Ausschweifendes gemildert wird durch jene Atmosphäre gelassenen Spiels und gütiger Ironie, die uns Heutigen so unendlich viel mehr sagt als das echte Pathos; Bekenntnisse, deren Melancholie nicht Müdigkeit ist, sondern jene Abendstille, in der die Seele sich bereitet zu neuer Kraft und Tat.

Dr. Fritz Jung.

Kriegswirtschaft und Witterungsaussichten.

Von **Wilhelm Krebs.**

(Holsteinische Wetter- und Sonnen-Warte Schnelsen.)

Um dem Weltkriege 1914 bis . . . eine ausgeprägt wirtschaftliche Note zu verleihen, bedurfte es nicht des auch über seinen Abschluß hin gegen die Mittelmächte angekündigten Wirtschaftskrieges. Die geschätzteste Waffe des Weltkrieges selbst war von vornherein und ist geblieben die auf Aushungerung ganzer Völker abzielende Blockade. Von Anfang ab wurde sie von dem meerbeherrschenden England gegen die Mittelmächte eingeleitet. Später bemächtigte sich ihrer das diese führende Deutschland, mit Hilfe der neuen Tauchbootnautik. Der Spieß wurde also umgedreht. Doch nicht allein menschliche Kraft, sondern auch die Gunst des Himmels, des Klimas spricht da mit.

Die Aushungerung Englands behandelt ein kürzlich erschienenes Buch vom Geh. Regierungsrat Seibt. Es läßt leider die Frage der zweifellos wichtigen indischen Ernten offen. Diese Lücke kann aber durch klimatologische Schlüsse einigermaßen ausgefüllt werden. Von solchen ausgehend hatte ich selbst schon in der „Täglichen Rundschau" vom 14. Mai 1915 schlechte Jahre für die indischen Haupternten vorausgesagt.

Damals trafen Nachrichten von einer guten Weizenernte des indischen Nordwestens ein. Maßgebend für eine solche ist die besondere Ergibigkeit der winterlichen Niederschläge. Einem Mehr dieser sogenannten Kaltwetterregen pflegt aber ein stärkeres Minder der sommerlichen Monsunregen zu entsprechen. Diese Monsunregen entscheiden über jene Haupternten, besonders an Reis. So gelangte ich zu dem Schlusse auf einen schlechten Monsun und ungünstige Haupternten Indiens zunächst für 1916.

Dieser Schluß erhielt noch eine unabhängige Stütze durch die aus niedrigeren Breiten damals vorliegenden Nachrichten von Regenmangel. Denn ausgeprägte Wetterlagen unterliegen einer Verlegung nach höheren Breiten. Ich konnte daran noch einen weiteren Ausblick auf die voraussichtliche Witterung Europas anknüpfen. Das ist in der „Frankfurter Zeitung" vom 14. Oktober 1916 geschehen, als die ersten Bestätigungen von Indien durchgesickert waren. Tatsächlich wußten sie von schweren Mißernten und Notständen zu berichten, seit 1915. Dazu traten gleichzeitige, wenig frühere oder spätere Meldungen von ungewöhnlicher Trockenheit oder auch von Mißernten, die gleiche oder etwas höhere Breiten heimgesucht hatten wie die indischen. Durch diese Mißernten wurden die Hauptgetreidegebiete der Entente-Mächte selbst, sowie die ihrer amerikanischen Freunde betroffen. Klimatologisch bedeuteten sie einen Gürtel de. Trockenheit und der Temperaturexzesse im Süden der mitteleuropäischen Breiten; der Jahrgang 1916/1917 versprach dann, in diesen besonders kalt und niederschlagsarm zu werden.

Diese klimatologische Erwartung erfuhr Ausgestaltung im einzelnen von einem meteorologischen System aus, das seit etwa 10 Jahren von mir ausgebaut ist. Es darf als deutsches System bezeichnet werden gegenüber dem französisch-englischen von Leverrier und Fitzroy, auf dem die bestehenden Wetterdienste sonst beruhen. Es verdient diese Bezeichnung um so mehr, als es fähig erscheint, die mitteleuropäischen Wetterdienste von westeuropäischer Bevormundung zu befreien. Denn es bedarf nicht, wie jenes, für seine Voraussbestimmungen der täglichen Wettertelegramme, die aus dem dafür besonders wichtigen Westeuropa ja jetzt für uns gesperrt sind. Daß dabei die bisher übliche Tagesvoraussage durch eine Ansage auf mehrere Tage und sogar Wochen im voraus ersetzt wird, ist wahrlich kein Nachteil. Diese neuen Voraus-bestimmungen des Wetters auf lange Frist geschehen auf Grund einer Kontrolle der Sonnentätigkeit und der überseeischen Sturmbildung. Berichte darüber aus dem Jahre 1916 sind von dem k. k. Flugtechnischen Verein in Wien unter diesem Titel zu einer Sonderausgabe zusammengefaßt und in seinem Verlage erschienen.

Diese Berichte zielten seit August 1916 schließlich auf jene Ansage eines trockenen Jahrganges 1916/17 für Mitteleuropa ab. Sie brachten noch einige meteorologische Gründe dafür bei. So das an winterliche Verhältnisse mahnende Auftreten eines der angesagten Stürme zu Anfang August 1916, den Niederschlagsmangel Mitteleuropas in den Monaten September und Oktober 1916 und die schadenbringenden Nachtfröste besonders im Oktober.

Diese, der deutschen Kartoffelernte überaus verhängnisvollen Fröste, besonders zu Anfang der vierten Oktoberwoche, hatten um Wochen voraus und auf den Tag genau angesagt werden können. Das gleiche darf nun auch von dem Zwischenspiel der überreichlichen Niederschläge im Dezember und in der ersten Januarhälfte 1917 behauptet werden. Und

ndschau
Politik
ller Stände
ernsprecher: Amt Zentrum 12371—12377; für den ernverkehr mit der Schriftleitung: Zentrum 7967
37. Jahrgang

ndschau
1./V. 1917
21

-Front abgeschlagen

Mittel und Wege der Produktionsförderung.

In Nr. 201 der „Täglichen Rundschau" legt Dr. Dieckmann dar, daß nicht nur „allgemeine Redensarten" über die Förderung der Erzeugung gemacht werden können, sondern auch positiv brauchbare Vorschläge. Dem ist sicherlich zuzustimmen.

Bei der Produktionsförderung muß unterschieden werden zwischen demjenigen, was von den Landwirten mehr und besser getan werden soll als zuvor, und demjenigen, was für die Landwirte mehr und besser als zuvor getan werden soll. Die Verärgerung der Landwirte, die noch weitere Entfremdung von Stadt und Land, ist von Erörterungen über Produktionsförderung meines Erachtens dann zu erwarten, wenn sie darauf hinauslaufen, daß von den Landwirten mehr getan werden müsse. Denn tatsächlich ist anzuerkennen, daß — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — jeder einzelne Landwirt und jede einzelne Landwirtfrau schon längst ihre Kräfte aufs äußerste angespannt hat, um eine möglichst hohe Produktion herbeizuführen. Aber für die Landwirte ist noch zu wenig geschehen, die tatsächlich bestehenden Möglichkeiten, ihnen helfend beizuspringen, ihren Betrieben Hilfe und Förderung von außen her zuzuführen, sind noch keineswegs erschöpft.

Vor allem fehlt noch immer ein landwirtschaftlicher Mobilmachungsplan für die Zeiten höchstgesteigerter landwirtschaftlicher Tätigkeit, durch welchen alle geeigneten menschlichen und tierischen Arbeitskräfte restlos und pünktlich der Landwirtschaft zugeführt werden, jede einzelne an die längst vorher fest bestimmte Stelle, wo sie gebraucht wird. Nicht von den Landwirten wäre der Hauptteil der Arbeit für diesen Mobilmachungsplan zu leisten, wohl aber für die Landwirte und damit für das ganze Volk. Landwirtschaftliche Arbeit ist gelernte Arbeit. Der Ungeschulte leistet wenig darin und verdirbt viel. Aber es steckt in den großen und kleinen Städten, in den Fabriken und Haushaltungen eine Unzahl von Frauen und Mädchen, die von früher her landwirtschaftliche Arbeit kennen und können oder gekonnt haben. Sie zur Ernte aufs Land herauszuziehen, ist ein naheliegender und langgehegter Wunsch. Aber was hat man bisher, um ihn zu verwirklichen, getan? Da erschienen kurz vor der Ernte stattliche Aufrufe: „Deutsche Frauen und Mädchen, hinaus aufs Land! Jedes Paar Arme wird gebraucht usw." Das sind wohl solche „allgemeine Redensarten", mit denen nichts positiv Brauchbares erzielt wird. Denn der Erfolg blieb natürlich gering. Die deutsche Frau und das deutsche Mädchen wußten eben meistens nicht, bei welchem Landwirt gerade ihr Paar Arme gebraucht würde, und von wann ab, und zu welchen Bedingungen, — und an diesem Umstande scheiterte ihre sonst wohl vorhandene Bereitwilligkeit, auch mitzutun. Was tatsächlich hinauskam aufs Land, waren oft ungeeignete Kräfte, ohne zur Landarbeit taugende Kleidung usw. Ganz anders werden die vorhandenen geeigneten Kräfte erfaßt, wenn in riesenhafter monatelanger Vorbereitungsarbeit die landwirtschaftlich geschulten Kräfte lange vorher ermittelt werden, während gleichzeitig bei den Landwirten der künftige Arbeiterbedarf auch ermittelt wird, wenn die Arbeitskräfte von Sachkundigen auf ihr Können geprüft, und, wenn tauglich, längst vorher mit Ernteorders versehen werden. Diese müssen bis herab zu dem Tag und der Abfahrtsstunde des Erntearbeitersonderzuges alles Erforderliche enthalten, nur dann werden die Reibungen auf das Mindestmaß beschränkt. Auch für zur Landarbeit geeignete Kleidung ist zu sorgen. Die Lebensmittelkarten müssen für die Erntearbeiter, wie jetzt für die Urlauber, auf den Ankunftsbahnhöfen zu haben sein, — kurz, es ist eine Herkulesarbeit, die da zu tun ist. Für die diesjährige Ernte wird es wohl schon zu spät sein, falls nicht ein Hindenburgtempo in die Sache hineinkommt, aber trotzdem muß sie in Angriff genommen werden, damit die Kinderkrankheiten wenigstens 1917 überwunden werden und es dann 1918 klappt, falls dann noch Krieg ist. Denn daß wir auf unbegrenzte Kriegsdauer all diese Maßnahmen zuschneiden müssen, das ist nun wohl endlich erkannt.

Auch kolonnenweise Vorübungen der Einzuberufenden in den Monaten vorher — einen Tag wöchentlich —, sind nötig und möglich.

Im Juli 1914 waren es tausende von noch nicht eingezogenen Reservisten und anderen Arbeitern, die sich zur Erntearbeit in Berlin meldeten. Und zur Bewältigung dieses Massenandranges, zur Sichtung dieser Arbeitswilligen auf ihre Tauglichkeit waren in der Meldestelle der Landwirtschaftskammer in Berlin fünf Beamte vorhanden. Tatsächlich fünf! Draußen im Lande verdarb nicht wenig von der Ernte, und die vergeblich wartenden Arbeitswilligen warfen schließlich in der Meldestelle die Fenster ein: bedauerlich; aber ebenso bedauerlich ist, daß nicht sofort durch einen Zeitungsaufruf frühere Gutsbesitzer und andere in Berlin massenhaft vorhandene Sachkundige gewonnen worden waren, um jene

Volkswirtschaft.

Die Getreidenot der Entente und die zukünftigen Ernten.

Budapest, 30. April.

In der Rede, die Lloyd George in den letzten Tagen in der Guildhall gehalten, befaßte er sich natürlich mit den beiden Fragen, die heute die brennendsten für England sind: der Unterseeboot-„Pest" und der Lebensmittelnot. Die Erfolge des Unterseebootkrieges — Lloyd George sprach konsequent von Seeräuberei und Seeräubern — konnte er natürlich nicht leugnen. Aber er erklärte, daß die besten Köpfe in England und in Amerika, in geringerem Maße auch in Frankreich, daran arbeiten, diese „Pest" unschädlich zu machen. Mehr zu sagen wäre nicht klug, meinte er. Also gut, — wait and see.

Ueber die Lebensmittelnot sprach er etwas offenherziger. Um bezüglich der Unterseebootgefahr absolut sicher zu gehen, müsse man seine Pläne so einrichten, als ob kein Mittel gegen sie ausfindig zu machen wäre. Seit Jahren sei England in bezug auf die Ernährung immer weniger Selbstversorger gewesen. Was hat also die Regierung gegen diesen Mangel getan? Er fühle sich verpflichtet, Tatsachen anzuführen. Im Dezember hätte man zugelassen, daß sich die Weizenbestellung des Landes um fünfzehn Prozent verringert habe. (In seiner Januar-Rede hatte Lloyd George gesagt, daß drei Achtel des Herbstanbaues unbestellt geblieben seien; das wären aber nicht fünfzehn, sondern 37½ Prozent. Das sei nur nebenbei erwähnt.) Lloyd George erzählte weiter, er habe das Landwirtschaftsamt und alle landwirtschaftlichen Kriegsausschüsse reorganisiert und ihnen neue Kontrollvollmachten gegeben. In Irland, wo Arbeitskräfte vorhanden, habe er angeordnet, daß mindestens zehn Prozent mehr angebaut werde, was geschehen sei. Er habe im Auslande Pflüge angekauft und jeden erreichbaren Dampfpflug in Benützung genommen. Er habe der Armee 40.000 gelernte Landarbeiter entzogen. Er habe den Landwirtschaften die Sicherheit gegeben, daß sie durch das Umbrechen des Weidelandes keine Verluste erleiden würden. Auch den Landarbeitern habe er Sicherheiten gegeben, welche Erfolg hatten. In drei bis vier Monaten einer fieberhaften Anstrengung habe man eine Million Acres Neuland zur Bestellung gebracht. Das bedeute weitere zwei Millionen Tonnen Nahrungsmittel. Er wolle nicht sagen, daß der Krieg Jahre hindurch anhalten werde, aber man dürfe nicht wieder ein Risiko auf sich nehmen. Darum unternahm man schon jetzt Schritte für die Ernte des Jahres 1918. Es sei keine Minute zu früh dafür. Nach den Plänen der Regierung würden drei Millionen Acres mehr bebaut sein. Er könne garantieren, daß niemand England aushungern könne, selbst wenn es keine Tonne Nahrungsmittel von auswärts bekäme.

Das wäre also der Ernährungsfeldzugsplan Lloyd Georges. Versuchen wir, diesen näher zu prüfen. Eine Million Acres Neuland sind als Ergebnis drei- bis viermonatiger fieberhaften Anstrengung angebaut worden. Davon erwartet Lloyd George zwei Millionen Tonnen neue Nahrungsmittel. Das wäre ja möglich, es kommt aber darauf an, womit diese Million Acres bestellt worden sei. Wenn es sich um Getreide handelt, was wir annehmen müssen, kann von einem Ertrag von zwei Millionen Tonnen auch nicht im entferntesten die Rede sein. Den besten Ertrag unter allen Getreidesorten lieferte in England Weizen: 1911: 21.46 Meterzentner, 1912: 19.58 Meterzentner, 1913: 21.30 Meterzentner, 1914: 22.10 Meterzentner pro Hektar. Ein englischer Acre beträgt 0·40468 Hektar. Nach der Angabe Lloyd Georges soll eine Million Acres neu bestellt worden sein; das sind rund 400.000 Hektar. Angenommen, diese 400.000 Hektar wären komplett mit Weizen bestellt, was sicher nicht der Fall ist, und angenommen, sie würden den gleichen Ertrag wie im Jahre 1914 liefern, könnte der ganze Effekt dieses Erfolges rund 850.000, aber nicht zwei Millionen Tonnen sein. Immerhin sind auch 8½ Millionen Meterzentner ein ganz schätzenswerter Zuschuß. Nur werden davon im besten Falle zwei, drei Millionen Meterzentner Weizen, der Rest Gerste und Hafer sein, und das setzt den Wert dieses Erfolges beträchtlich herab. Was sind zwei, drei Millionen Meterzentner Weizen gegenüber dem Riesenquantum von etwa 65 Millionen, die England regulär einführen müßte?

Aber gehen wir weiter. Für die Ernte des Jahres 1918 will Lloyd George drei Millionen Acres Neuland bebaut haben. Da er diesmal schon rechtzeitig, im Herbst, daran gehen will, wird er das ganze Terrain mit Weizen bestellen können, — vorausgesetzt, daß er den Samen dazu hat. Drei Millionen Acres gleich 1·2 Millionen Hektar erfordern ein Saatgut von rund 2·5 Millionen Hektoliter oder 2 Millionen Meterzentner. Das Saatgut für die im Herbst anzubauenden drei Millionen Acres würde also den mutmaßlichen Ertrag des jetzigen Mehranbaues an Weizen absorbieren. Erst die nächstjährigen drei Millionen Acres Anbau könnten die heute schon vorzeitig in Rechnung gestellten zwei Millionen Tonnen erbringen. Und auch das wäre nur der fünfte Teil dessen, was England an fremdem Getreide braucht.

So sehen die Erfolge Lloyd Georges auf dem Gebiete der Lebensmittelstrategie aus, wenn man sie unter die Lupe nimmt. Sicherlich wird England imstande sein, durch unablässige Arbeit allmählich einen beträchtlichen Teil seines Bedarfes an Lebensmitteln im eigenen Lande herzustellen und sich damit für den Notfall von überseeischen Lebensmittellieferungen unabhängig zu machen. Indes setzt dies nicht nur lange, zähe Arbeit voraus, sondern auch eine teilweise Aenderung des gesamten Systems seiner Volkswirtschaft und seiner Handelspolitik. Nicht nur deshalb, weil die intensive Landwirtschaft vor allem Menschen erfordert, die natürlich anderen Berufen entzogen werden müßten, sondern auch deshalb, weil die

Abg. **Adolf Hoffmann** (Soz. Arb.): Hoffentlich kommt im Herbst dann zusammen mit dem Fideikommißgesetz auch die Wahlrechtsvorlage. Das Fideikommißgesetz ist seit vier Jahren in Beratung. Die Wahlrechtsvorlage aber noch länger.

Abg. **v. Heydebrand** (kons.): Uns leiten keine parteitaktischen Motive, das kann Her Waldstein glauben. Wir fürchten nicht, daß die Debatten über das Fideikommißgesetz den inneren Frieden stören könnten. Das könnte nur geschehen, wenn sich Parteien oder Personen finden würden, die eine solche Absicht hätten. Uns liegt eine solche Absicht fern. Nur die Mißverständnisse, die vielfach im Lande über dieses Gesetz vorhanden sind, würden unruhige Debatten hervorrufen. Das Land aber muß erfahren, daß mit diesem Gesetz keineswegs eine Erweiterung des Fideikommißwesens, sondern im Gegenteil eine außerordentlich große Einschränkung bezweckt wird. (Sehr richtig! rechts — Widerspruch links.) Nun wenn dieses Gesetz zustandekommt, müssen sich die Fideikommisse einer strengen gesetzlichen Kontrolle unterwerfen. (Zurufe links: Zur Geschäftsordnung!) Die Oeffentlichkeit nimmt zu Unrecht an, daß das Gesetz eine besondere Begünstigung des Fideikommißwesens erreichen soll. (Zurufe links: Zur Geschäftsordnung!) Das muß ausgesprochen werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir halten an unserem Vorschlag fest.

Abg. Dr. **Porsch** (Ztr.): Wenn man sachlich verhandeln würde, würden keine Gefahren entstehen. Die Verhandlungen brauchten auch nicht lange zu dauern. Aber es ist ja mit einer Debatte von 14 Tagen gedroht worden. (Hört! hört! rechts.) Wir bedauern, daß im Lande eine große Unkenntnis über den Inhalt des Gesetzes besteht. Wir können uns aber der Befürchtung nicht entschlagen, daß angesichts der nun einmal bestehenden Mißverständnisse möglicherweise durch langwierige Erörterungen der innere Friede gefährdet werden könnte. Wir glauben im vaterländischen Sinne zu handeln, wenn wir für eine Verschiebung bis zum Herbst eintreten.

Abg. Dr. **Friedberg** (ntlb.): Es kommt im Augenblick nur auf die Wirkung an, die wir mit einer Verhandlung über das Gesetz erzielen würden. In diesem Sinne haben die Gründe der Regierung auch uns zu der Entscheidung gebracht, daß eine Verschiebung bis zum Herbst stattfindet.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (frk.): Aus denselben Gründen verzichten auch wir im Augenblick auf eine Weiterberatung. Wir tun es nicht gern, aber wir tun es im vaterländischen Interesse.

Abg. **Waldstein** (Vpt.): Die Regierung hätte das Gesetz überhaupt nicht einbringen dürfen. Es bringt zweifellos eine geradezu unerhörte Erweiterung des Fideikommißwesens.

Das Haus beschließt mit großer Mehrheit gegen die Konservativen, das Fideikommißgesetz nicht auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Schluß 4½ Uhr.

Die Gerstenschiebungen.

Aus dem Ernährungs-Ausschuß des Reichstags.

Im Ernährungsausschuß des Reichstages besprach am Dienstag ein Nationalliberaler die Gerstenschiebungen im Osten. Wenn bisher auch nur Großgrundbesitzer polnischer Nationalität gerichtlich verfolgt worden seien, so sollen doch eine ganze Reihe auch deutscher Großgrundbesitzer mit beteiligt sein. Er bittet um Auskunft über die Gerüchte, wonach man von einer gerichtlichen Verfolgung der deutschen Großgrundbesitzer abgesehen habe. Er fragt weiter, ob versucht werde, aus verdorbener Marmelade Fett zu gewinnen. — Ein polnischer Redner begrüßt die Anregung des Vorredners und erklärt, daß nur polnische Besitzer und zur Dekoration einige jüdische Händler verfolgt worden seien, aber kein deutscher Besitzer, obwohl mehrere von ihnen, die er nennt, dringend verdächtig wären.

Präsident von Batocki führte aus, ihm liege alles daran, daß restlos Aufklärung geschaffen werde über die Schiebungen ohne Ansehen der Person. Er halte es für bedenklich, Beamte der Staatsanwaltschaft der Parteilichkeit zu beschuldigen. Es haben sich auch schon Denunziationen als unhaltbar herausgestellt. Ein Volksparteiler erklärte, wenn die Gerüchte über die Gerstenschiebungen auch nur einen Schatten von Wahrheit hätten, so wäre das schlimm. Aufklärung müsse geschaffen werden. Ein Sozialdemokrat kommt auf die Verfütterung von Brotkorn zurück und bittet die Konservativen, einmal nachzuweisen, womit das Vieh sonst gefüttert worden sei. Der Redner polemisiert gegen die Hinausschiebung der Viehpreisermäßigung und kritisiert die Art der Kartoffelversorgung. Präsident von Batocki führte aus, daß die Kartoffelversorgung in allernächster Zeit keinen Anlaß zu Klagen geben werde. Eine gewisse Bevorzugung der Orte mit dem dichtesten Bevölkerung bei Versorgung mit Nährmitteln lasse sich nicht vermeiden. Der Vorsitzende des Landesfleischamts legte dar, daß die Gemeinden das Recht und die Pflicht haben, darauf zu achten, daß das Vieh richtig bewertet werde. Bisher war der Viehhandelsverband für die richtige Qualitätsbestimmung haftbar. Seit dem 1. Mai ist die Aufbringung des Viehes dem Kommunalverband übertragen, und dieser ist verantwortlich. Die Viehhandelsverbände sollen die Preisfestsetzung überwachen. Die vermehrten Fleischmengen waren nur im Wege der Zwangsauslegung durch die Kommunalverbände zu beschaffen. Die Provisionen sind auf 5½ Prozent herabgesetzt, werden aber später wieder heraufgesetzt werden müssen, weil sonst das Risiko der Viehhandelsverbände zu groß würde. Der Präsident des Landeseieramts erklärte, daß eine vorübergehende Anhäufung von Eiern nicht sofort zu ihrem Verderben führe.

Ein Konservativer meinte, die Zukunft werde zeigen, daß seine Partei in den Ernährungsfragen recht hatte. Zwangsmaßregeln müssen vermieden werden. Der Staatskommissar sollte für rechtzeitige und gleichmäßige Versorgung der Landwirte mit den notwendigen Betriebsstoffen sorgen.

Die Mühlenfrage.

Ein bayerischer Konservativer trat für die kleineren Mühlen ein, durch deren Beschäftigung Kohlen und unnötiges Hin- und Herfahren von Getreide und Mehl erspart werden würde. — Unterstaatssekretär Frhr. von Braun kündigte an, daß nächste Woche eine Besprechung zur Regelung der Beziehungen zwischen der Reichsgetreidestelle und den Mühlen stattfinden solle. Die Schädigung einzelner Mühlen ist bedauerlich, aber unvermeidlich. Sie teilen dieses Schicksal mit zahlreichen anderen Industrien. Die Zentralisation der Herstellung von Graupen und Gries habe sich im wesentlichen bewährt. Das in Bayern gewachsene Brotgetreide werde auch dort vermahlen. — Ein Sozialdemokrat führte aus, daß der Interessengegensatz zwischen Groß- und Kleinmühlen nicht bestimmend sein könne für die Maßnahmen der Reichsgetreidestelle. Man werde vielleicht das Brot durch Gerste strecken müssen. Hierzu erklärte Präsident von Batocki, daß dies noch nicht bestimmbar sei und von der Gersten- und Kartoffelernte abhänge. Die Entschädigung solcher Müller, denen gegenüber die Reichsgetreidestelle Verträge nicht erfüllt hat, wurde von mehreren Rednern befürwortet.

Ein Volksparteiler verlangte, daß die Bewirtschaftung der Gerste einer Geschäftsabteilung überwiesen werden solle. — Präsident von Batocki antwortete, daß die Reichsgerstengesellschaft nicht haftbar sei für die Gerstenschiebungen, sondern vielmehr die Organisation, da die Uebersicht für die Kreise fehlte. Es sollen möglichst alle tüchtigen Leute auf dem Gebiet des Getreidehandels

8./V. 1917

23

reicht vierzehn Tage vor dem Termin ihren Wahlvorschlag ein. Diese Vereinigung ist die Parteiführung; die Parteien sind damit innerhalb der Verfassung gewissermaßen (zum erstenmal) als Funktionäre öffentlichen Rechts anerkannt. Grundsätzlich kann allerdings auch ein Kegelklub oder ein Gesangverein mit einem Listenvorschlag vortreten; der Paragraph lautet:

„Der Wahlvorschlag soll die Wählervereinigung, von der er ausgeht, nach ihrer Parteistellung oder einem sonstigen unterscheidenden Merkmal kenntlich machen. Das gewählte Merkmal darf weder den strafgesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen, noch eine offenbare Verletzung der guten Sitten enthalten."

Bei den der Behörde urkundlich übergebenen Listen darf der Name eines Kandidaten nur auf einem Vorschlag enthalten sein; dem Wähler dagegen ist es unbenommen, seinen Stimmzettel aus allen öffentlich und amtlich bekanntgegebenen Vorschlägen zusammenzustellen, es besteht nicht die „gebundene", sondern die „freie" Liste. Man hat dies Verfahren genommen, um den Wähler, der kein Parteimann ist, nicht in die volle Abhängigkeit einer Parteiführung zu bringen, eine Verbeugung vor dem politischen Dilettanten, der nun in die Lage kommt, sämtliche Parteien mit ein oder gar mehr Stimmen zu bedenken. Das Verfahren heißt „Panachieren". Um die Entscheidungsfreiheit des Wählers innerhalb der Vorschläge zu steigern, ist ihm das Recht der begrenzten Stimmenhäufung auf einzelne Namen gegeben; er darf keinem der Kandidaten jedoch mehr als drei Stimmen zuführen und hat dann entsprechend andere zu streichen. Auf dem Zettel des nördlichen Bezirks stehen neun Namen: der Wähler wird dem Kandidaten, dessen Wahl er am dringlichsten wünscht, drei Stimmen geben, zwei andern je zwei, zweien je eine, so daß schließlich fünf Namen mit zusammen neun Stimmen da stehen. Oder ähnlich.

Nun wird gezählt, und zwar kommt es darauf an, zu berechnen, wieviel Stimmen die einzelnen Gruppen (nicht die einzelnen Kandidaten) erhalten haben; die Namen sind zunächst nur Stimmträger der anerkannten Gemeinschaft, und die „panachierten" Kandidaten finden sich von „fremden" Zetteln als Stärkung bei ihrer Heimatgruppe ein. Einige große Zahlenhaufen stehen nebeneinander. Wie gewinnt man den Anspruch der einzelnen Parteien auf die Zahl ihrer Abgeordneten? Von den verschiedenen Vorschlägen folgte man dem des Genter Professors d'Hondt; er ist mathematisch etwas verwickelt, nähert sich aber am meisten dem Ziel des ganzen Systems, den Minderheiten eine Vertretung zu sichern. Das Wahlgesetz formuliert das Verfahren folgendermaßen (Artikel 84):

„Zu diesem Zweck werden die den einzelnen Vorschlägen zugefallenen Gesamtstimmenzahlen der Reihe nach durch eins, zwei, drei, vier usw. geteilt und von den dabei sich ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen ausgesondert und der Größe nach geordnet, als Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält soviele Abgeordnetensitze als Höchstzahlen auf ihn entfallen."

Zur Verdeutlichung des Vorgangs nehmen wir das Schema, das Scholl in seinem Kommentar ansetzt. Sechs Sitze sind zu verteilen, fünf Parteien bewerben sich. Sie erhalten I: 121 000, II: 54 000, III: 58 000, IV: 29 100, V: 24 000.

Nun ergibt sich die folgende Berechnung:

	I	II	III	IV	V
1:	121 000 (1)	54 000 (4)	58 000 (3)	29 100	24 000
2:	60 500 (2)	27 000	29 000	14 500	12 000
3:	40 333 (5)				
4:	30 250 (6)				

Die Verteilungszahl ist hierbei 30 250. Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, daß, nach einer dem Wahlakt vorangegangenen Erklärung der Parteivorstände, für das Rechnungsverfahren mehrere Listen „verbunden" werden. (So haben 1912 ja Nationalliberale und Fortschrittler, Zentrum und Konservative ihre Listen verbunden.) Dann werden die zusammengezählten Endsummen der Ausgangspunkt der Division und nachdem den gemeinsamen Gruppen die Gesamtzahl der Mandate zuberechnet ist, wird zwischen ihnen durch eine nochmalige Anwendung der gleichen Methode ausgeschieden.

Die Verteilung innerhalb der Parteilisten erfolgt ganz natürlich in der Reihenfolge der Stimmenziffern, die für die einzelnen Bewerber abgegeben wurden; scheidet einer der Gewählten durch Tod oder Mandatsniederlegung aus, so rückt der Träger der nächsthohen Stimmenzahl nach. Ersatzwahlen finden somit beim Proporz nicht statt.

•

Zweimal ist dies Verfahren jetzt in Württemberg erprobt worden; die Bevölkerung hat sich mit seinem Wesen überraschend schnell vertraut gemacht. Die Beteiligung ist immer sehr lebhaft gewesen: das war zum Teil die Folge der recht kräftigen Agitation, die in den vorangegangenen Wochen der Bezirkswahlen jedes Dorf erreicht hatte, zum Teil das Bedürfnis der Minderheiten der Diaspora, nun mit dem vollen Gefühl einer ungeschmälerten Wirkung zur Urne zu treten. Jener Zustand, daß man sich eben nur um einer Statistik willen zählen läßt, wie ihn der Protestant oder der Katholik zwischen erdrückenden Mehrheiten kannte, ist aufgehoben; die Stimmabgabe ist mehr als bloße Demonstration, sie kann vom entlegensten Dorf aus die letzte Mehrheitsbildung im hauptstädtischen Parlament beeinflussen, während sie bei der vorangegangenen Bezirkswahl völlig gleichgültig war.

Man darf bei der Beurteilung der schwäbischen Erfahrungen nie aus dem Auge verlieren, daß der Landesproporz nur die Ergänzung der Kammer verfolgt; etwa vierfünftel gehen aus den Bezirkswahlen hervor, der Hauptcharakter der Zusammensetzung steht fest und man kann, wenigstens in Umrissen, aus einer Addition der Wahlkreisergebnisse schon das ungefähre Resultat des Proporz feststellen. (Ein glatter Vergleich freilich ist in Württemberg nicht möglich, weil die liberalen Gruppen und teilweise auch die rechtsstehenden für die vorangegangenen Bezirkswahlen ein Abkommen auf gemeinsame Kandidaturen getroffen hatten.)

Der Vorteil nun, von dem alle Parteien Nutzen zogen, ist, daß sie durch den Proporz wichtige Parteiführer, denen die Bezirkswahlen nicht hold waren, nachträglich noch ins Parlament schicken können; die Partei kann dies, wie es besonders 1906 geschah, dadurch unterstützen, daß sie nachdrücklich selber ihren Anhängern die Kumulierung des einen oder andern Namens vorschlägt. Auch Männern, denen die besonderen Eignungen zum Kandidaten in einem Bezirk fehlen, ist der Weg ins Parlament geöffnet. Die Praxis hat gezeigt, daß im übrigen bei der Auswahl der Listenkandidaten Bewerber aufgestellt werden, die vorher in ihren Bezirken gut abgeschnitten haben, (man hofft, sie holen ihre Wähler wieder herbei) und daß man nach einer „guten Mischung" der Berufe sucht, um so von indifferenten Wählern, die mehr nach Standesvertretungen sehen, Stimmen auf den Parteizettel zu ziehen.

Denn das darf nicht verkannt werden: in den Gedanken einer klaren Parteimeinung drängen sich gewisse berufsständische Ansprüche, Gewerbe- oder Beamtengruppen, die nun neben der reinen Agitation für den Parteizettel eine offene oder geheime Werbung für Einzelkandidaten (auf allen Zetteln) betreiben. Das führt zu manchen Kuriosa: ich bewahre unter meinen Merkwürdigkeiten ein blaugrünes Flugblatt, das die Grundbesitzer auffordert, in erster Linie dem nationalliberalen Amtmann Bazille ihren politischen Willen zuzuführen! Im übrigen ist ja die Agitation sonst nicht gerade so auf den Hund gekommen, aber das zeigte sich — und gerade die Nationalliberalen haben darunter zu leiden gehabt: man wußte, mit einem Sitz konnte man ziemlich sicher rechnen, das Schwergewicht des Kampfes warf sich deshalb nicht gegen den Gegner, sondern zerrieb sich in Anstrengungen innerhalb der Partei, wer den Vorsprung gewinnen würde.

Vielleicht sind das Kinderkrankheiten, die mit der Reife der Zeit überwunden werden. Sicher wird es heute niemanden in Württemberg geben, der die Erweiterung des alten gleichen Wahlrechts auf eine breitere, von örtlichen Zufälligkeiten befreite Basis wieder wegwünschte.

Rießling 1915.

Von

Karlernst Knatz.

* Eltville, 6. Mai.

Sollte es nicht erquickend sein, von einem Kriegsjahre, auch — nebenbei — einmal etwas anderes sagen zu können, als daß es in der Zählung das soundsovielte des Krieges ist, daß es Riesenschlachten sah, Riesenhoffnungen, Riesenenttäuschungen, Riesenentbehrungen? — Man wird, so scheint es, etwas Gutes vom Jahre 1915 sagen können etwas Gutes ohne Einschränkung: es war ein Weinjahr erster Klasse, ein „Hauptweinjahr". Dem Jahrgang 1911, der seit 1904 der köstlichste war, reiht sich der 1915 an.

Was weiß man von einem Rießling, wenn man etwa in Königsberg geboren wurde und in Berlin lebt? Gewiß, man trinkt sein Glas Wein, da und dort, schlecht und gut. Aber zu einer seelischen Bekanntschaft mit der deutschen Rebe, auch nur zu einer flüchtigen, gehört Andacht, Ausschließlichkeit, Vergleichung und „Milieu". Noch zieht der Rhein, mit hohen Wassern, stürmisch um die Reife des kommenden Herbstes werbend, an den hügligen Ufern entlang, die noch vom bittersten Winter zu fröstein scheinen und doch schon von überhastig getriebene Grün, von Rot, Rosa und Weiß der Pfirsich-, Kirschen- und Apfelblüten gesprenkelt sind. Wo die Bahn rechtsrheinisch von Wiesbaden nach Koblenz absteigt, drängen sich die rebenberühmten Orte zusammen: Eltville, Erbach, Hattenheim, Marktbrunn, Rüdesheim. Hier wandernd konnt' ich den Jahrgang 1915 dieser gesegneten Gegend in allen seinen Schattierungen kosten. Die Weinproben haben begonnen, die Weinproben, die 1915 nicht wegen des Weltkrieges, sondern wegen des ungewöhnlich geringen Weinertrages im Jahre 1914 ausfielen.

Ich bin zur rechten Zeit gekommen. Der 1915er entsteigt den Kellern. Die Königl. Preußische Domäne, die in Aßmannshausen, Eltville, Rauenthal, Rüdesheim und Hochheim den größten Weingüterbesitz des Rheingaues umfaßt, der Graf von Schönborn-Wiesenheid, dem in Hattenheim, Lorch, Winkel die Rebe reift, des Fürsten von Metternich Johannisberg, des Grafen zu Eltz Gewächse in Eltville, Kiedrich und Rauenthal, des Grafen Matuschka Greiffenclau in Hattenheim und Winkel, des Grafen von Francken-Sierstorpff, der mit einer Tochter des „Königs Stumm" verheiratet ist, in Rüdesheim — sie alle werden in diesem Mai den edlen Ertrag ihrer Berge, vornehmlich der Jahre 1911 und 1915, auf dem übli-

12. IV. 1917

33

Kriegsbeschädigte im Dienste der Landwirtschaft.

Von Ernst Baron Puteani.

Die Zahl jener vom Schicksal schwer geprüften Menschen, die nach todesmutigem Kampfe für das Vaterland als dauernd invalid heimgekehrt sind, ist eine so gewaltige geworden, daß kein Mittel unversucht bleiben darf, um das Los dieser Tapferen nach Möglichkeit zu erleichtern. Es handelt sich nicht allein um die Schaffung weiterer Existenzbedingungen durch staatliche Beihilfen für dauernd Kriegsbeschädigte aus dem Stande der Arbeiter, Handwerker und Landwirte, sondern auch um die seelische Stärkung, um die Hebung des Selbstbewußtseins gedrückter, hoffnungsloser Mitmenschen. Da ist es heiligste Pflicht jedes Einzelnen, der sich noch seiner geraden Glieder erfreut und ungebrochen dasteht, helfend und ratend einzugreifen, wo es nur geht.

Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß nur der Bemittelte helfen kann, der Unbemittelte aber sich auf Bedauern und Trösten beschränken müsse. Um neue Mittel und Wege zu finden, einem Unglücklichen zu helfen, bedarf es keines Vermögens. Ein Wink, ein Rat, ein kleiner Fingerzeig, der neue Wege bahnt, um diesem oder jenem Hilflosen ein sicheres Fortkommen zu ermöglichen, übersteigt oft den Wert einer noch so hohen materiellen Unterstützung. Das Bewußtsein, als Krüppel, als unbrauchbarer Mensch sein ferneres Dasein fristen zu müssen, drückt den Invaliden viel mehr nieder als seine Erwerbsunfähigkeit. Gelingt es bloß in irgend einer Art in ihm die Erkenntnis der Arbeitsfähigkeit zu wecken, so ist damit mehr getan, als mit Geldspenden für Menschen, die nicht nur leben, sondern auch arbeiten und sich und der Welt nützlich sein wollen, wie sie es früher gewesen sind.

Dank der großen Erfolge unserer hehren Zeit in der Kriegs- und Invalidenfürsorge, die im Vereine mit den neuesten Errungenschaften der Medizin und Technik geradezu Wunder wirkende Prothesen schaffen, deren Wirkungen man kaum jemals geahnt hätte, werden die meisten der Arm- und Beinbeschädigten aus dem Arbeiter- und Handwerkerstande auch teilweise verstümmelte Gliedmaßen zur Ausübung ihres früheren oder zur Erlernung eines neuen Berufes wieder gebrauchen können. Wir haben es gottlob so weit gebracht, daß unsere Invaliden von heute mit gesundem Geist und Körper Brot und Arbeit finden. Sie brauchen nicht mehr wie ihre Schicksalsgenossen der früheren Zeiten trotz ihrer Jugend- und Körperkraft auf ständige Unterstützungen angewiesen zu sein und moralisch gebrochen als unnütze und verbrauchte Menschen den oft noch sehr langen Lebensweg zögernd und Almosen suchend zu betreten. Fast jeder, ja selbst der Schwerbeschädigte, der zur Genüge moralische Kraft und Arbeitslust besitzt, wird heute sein Unterkommen finden und als nützlicher Mensch weiterwirken können.

Schwieriger als für invalide Handwerker und Arbeiter gestaltet sich allerdings die Unterbringung und Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten für Arm- und Beinbeschädigte aus dem Stande der Landleute, Kleinbauern, Häusler oder landwirtschaftliche Bedienstete wie Wirtschaftsaufseher und andere haben ihr ganzes Leben auf dem Lande bei ihrer Beschäftigung im Freien verbracht. Sie haben kein Handwerk erlernt und ein Umlernen mit Prothesen fällt ihnen doppelt schwer. Der Aufenthalt in der engen Stadt wird ihnen nie behagen. Ein Landmann mit Leib und Seele wird sich als Handwerker in einer Stadt nicht mehr zufrieden und glücklich fühlen können, denn es zieht ihn zurück in die freie Natur, zur heimischen Scholle, an die er sich noch immer gebunden glaubt. Auch sind in der Arbeit des Handwerkers doch mehr oder weniger leichter zu erwerbende bestimmte Schablonen geboten. Nicht so in der Arbeit des Landwirtes. Die Ausübung keines anderen Berufes erfordert, abgesehen von der vollen körperlichen Rüstigkeit, so vielseitige Muskelbewegungen, soviel manuelle Geschicklichkeit und Kraft, wie der Beruf des Landmannes. Der Pflug, die Sense, die Heugabel, der Rechen, der Dreschflegel, kurz jedes einzelne Gerät, von denen der Landwirt oft mehr als eines täglich gebrauchen muß, verlangt einen anderen Handgriff, eine andere Muskelbewegung und in den meisten Fällen viel mehr Kraft als die Arbeit des Handwerkers. Es ist wohl auch da schon teilweise Abhilfe geschaffen worden und hat die Prothesenaktion auch in das Gebiet der Landwirtschaft wirkungsvoll eingegriffen, wie wir dies aus so manchen schönen Erfolgen in neuester Zeit ersehen können. Die Technik ist auch hier zu Hilfe gekommen und hat schon Maschinen geschaffen, die es z. B. durch geschickte Anbringung einer Sitzgelegenheit auf Pflügen und anderen Gespanngeräten dem Einbeinigen ermöglichen, unbehindert seine frühere Arbeit zu verrichten.

Die Zahl der invaliden Landwirte, aus dem Stand infolge seiner Urkraft und Gesundheit die meisten elddiensttauglichen Soldaten hervorgehen, ist aber ein so hohe, daß trotz der Unterbringungsmöglichkeit immer noch viele übrig bleiben, die zurück zu ihrem Berufe streben, ohne daß sich bald eine passende Arbeitsgelegenheit für sie findet. Es sind nicht nur Arm- und Beinbeschädigte, sondern auch durch Schüsse innerlich Schwerverletzte, die zwar geheilt wurden, deren Gesundheit aber dauernd geschwächt bleibt, so daß sie ihrem früheren schweren Beruf, der außer Körperkraft und Geschicklichkeit oft auch stundenlanges Gehen und Stehen erfordert, nicht mehr gewachsen sind. Auch solche Menschen wieder arbeitsfreudig und zufrieden zu machen, auch diesen in irgend einer Weise wieder die Verdienstmöglichkeit auf dem Lande in freier Natur zu bieten, wird eine unserer dankbarsten Aufgaben sein.

Es handelt sich also, Lebensbeschäftigungen im Freien ausfindig zu machen, die nicht zu körperlich anstrengend sind. Deren gibt es allerdings in der Landwirtschaft nur wenige, aber wer sucht, der findet. Als Stallwärter, Futtermeister und Futterbereiter, deren Arbeiten zwar eine gewisse Intelligenz, aber nicht viel physische Kraft und kein dauerndes Gehen und Stehen erfordern, können so manche Invalide untergebracht werden. Ferner auch als Wiesen- und Feldhüter, als Teichaufseher und Fischmeister sowie als Hüter von Baumpflanzungen und Obstplantagen können gewiß viele unterkommen.

Es eröffnet sich aber auch ein neues Feld der Betätigung für Kriegsbeschädigte in einem Betriebszweige der Viehzucht, der früher, weil aussichtlos und unrentabel, seit vielen Jahrzehnten bei uns in Oesterreich brach lag oder nur sehr vereinzelt zu finden war, und zwar in der Schafzucht. Die große ausländische Konkurrenz und die hiemit verbundene Entwertung der Wolle, sowie die fortgesetzte Intensivierung der Landwirtschaft und das Auflassen von Weideflächen haben seit dem Zeitalter des „goldenen Vließes“ einen ständigen Rückgang der österreichischen Schafzucht verursacht. Durch den Weltkrieg sind aber alle diese Ursachen mit einem Schlage hinfällig geworden. Sie bestehen nicht mehr zu Recht und es ist wieder die Zeit gekommen, in der man an einen erfolgreichen Wiederaufbau der Schafzucht schreiten kann. Denn nie war der Mangel an Wolle, die bei uns in Friedenszeiten zum allergrößten Teile aus dem Auslande, insbesondere aus den überseeischen Ländern, bezogen werden mußte, so fühlbar wie jetzt und was das Fleisch anbelangt, so wissen wir alle, daß der große Mangel dahin führte, daß sich das früher fast verachtete Schaffleisch selbst schon in Wien einer gewissen Wertschätzung erfreut. Den besten Beweis bieten ja die großen Zufuhren an Schlachtschafen nach Wien, die seit Jahren nicht so hoch gewesen sind, wie im Jahre 1916.

Die Schafzucht wird also für den Landwirt wieder auf lange Zeit ein sehr rentabler Betriebszweig werden und in dieser Erkenntnis sind bereits verschiedene nützliche Vorschläge zur raschesten Hebung der österreichischen Schafproduktion gemacht worden. Nun handelt es sich aber auch um die Heranbildung des besonders notwendigen Schäfereipersonales; denn nur wenige Betriebszweige erfordern so viel Umsicht und Pflege wie die Aufzucht und Haltung großer Schafherden. Wir brauchen geschultes Leute, die uns in den vielen Jahren des Stillstandes der Produktion verloren gegangen sind. Bei der Rekrutierung eines geeigneten Schäfereipersonales, wie Schäfer und Schafmeister, müssen wir daher in erster Linie jener vielen tüchtigen landwirtschaftlichen Bedienteten gedenken, die als Invalide oder

invalide heimgekehrt sind. Es wäre sehr zweckmäßig gerade solche Männer, die durch ihren früheren Beruf und durch ihre ständige Beschäftigung mit der Natur einen gewissen nicht zu unterschätzenden praktischen Blick gewonnen habe, zu Schafmeistern ausbilden zu lassen. Diese Leute müßten jedoch vorerst eine praktische Ausbildung auf Schäfereien genießen und dann einen Lehrkurs unter der Leitung von mit der Schafzucht vertrauten Lehrkräften besuchen können, welche Kurse im Bereiche von Großbetrieben mit Schafhaltungen abzuhalten wären.

Die Frage der Kapitalbeschaffung für unseren nützlichen Zweck ist über Anregung des Verfassers dieser Zeilen schon teilweise gelöst und es kann die erfreuliche Tatsache berichtet werden, daß schon von vielen hochherzigen Großgrundbesitzern nennenswerte Beträge für diese eigenartige Hilfsaktion gespendet wurden.

Wir schließen mit dem innigen Wunsche, daß die Sammlung für den „Schäferfonds“, um welchen sich nach Anregung des Verfassers die „Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft für Oesterreich“ in Wien und die „Wiener landwirtschaftliche Zeitung“ in anerkennenswerter Weise bemühen und die bis jetzt ein recht günstiges Ergebnis brachte, auch in weiteren privaten Kreisen unter den Lesern dieses Blattes Anhänger gewinnen möge, damit unsere Hilfsaktion eine großzügige werde.

Zwei schöne Ziele im Interesse des österreichischen Volkswohles und zum Nutzen und Frommen der österreichischen Volkswirtschaft wären dann mit einem Schlage erreicht: Die Versorgung einer nicht geringen Anzahl hilfsbedürftiger Krieger und die sehr notwendige Hebung der Produktion an Fleisch und Wolle.

Gymnasium und Spinat.

Das Gymnasium eines österreichischen Studierstädtchens war wohl das erste, das einen Kriegsschulgarten hatte. Hart neben dem Schulgebäude wimmelte es nun schon seit Wochen auf einem früher gänzlich brach gelegenen Felde wie ein Ameisenhaufen: denn die Studenten waren mit vollem Eifer bei der Arbeit: mit Harke und Schaufel wurde die Erde umgestochen, gereutert und sogar mit frischem Mist, der in Schubkarren herbeigeholt wurde, gedüngt, und manche der regelrecht angelegten Beete trugen schon Setzlinge. Was wurde da wohl angebaut? Lauter Gemüse, vornehmlich aber Spinat.

Wie muß man sich eigentlich über den neuen Geist freuen, der, wohl dank dem Kriege, Einzug in unsre Schulen hält. Und daß man gar im Gymnasium, der bisher allen praktischen Lebenswerten so schwer zugänglichen Hochburg antiker Schulbildung, für den grünen Spinat ein größeres Interesse zu hegen scheint, ihm neben Latein und Griechisch sozusagen einen höheren Wert zuerkennt, dünkt uns doch als ein gutes Anzeichen der neuen Zeit, die für unser Schulwesen anbricht. Denn ohne Zweifel bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, wie gut es ist, die Jugend nicht bloß zur geistigen, sondern auch zur körperlichen Arbeit zu erziehen.

Aber wie es so gekommen, daß Spinat und Gymnasium, zwei so heterogene, einander fremde Begriffe, jetzt miteinander aufs engste verbunden erscheinen, davon erzählt eine ganz ergötzliche Geschichte, die künftigen Geschlechtern erhalten bleiben möge:

Zwei Gymnasiallehrer, beide Altphilologen, tüchtige und gelehrte Männer ihres Faches, saßen eines Abends im Wirtshaus „zum Güldenen Krug" beisammen und stritten sich, den köstlichen Tropfen schlürfend, über den Bildungswert der altrömischen und altgriechischen Literatur. Der eine, noch ein Flaumbart, ein begeisterter Jugendbildner, wirkte noch nicht gar lange auf dem Katheder; aber erfüllt vom modernen Geiste, erblickte er in den altklassischen Dichtern Lehrmeister der Weisheit und erhabensten Schönheit. Der andre, bedeutend ältere Pädagog, ein schon ergrautes Männlein, sah die Welt noch mit Scheuklappen wie Anno dazumal. Die Werke der antiken Poeten und Schriftsteller hatten in seinen Augen eigentlich nur den Zweck, die Schüler in das Regellabyrinth der Grammatik einzuführen.

„Und sehen Sie, Herr Kollege," nahm der jüngere Lehrer das Wort, „der altrömische Dichter Vergil hat doch seine „Aeneis" oder seine unter dem Titel „Georgica" und „Bucolica" verfaßten ländlichen Gedichte nicht etwa dazu geschaffen, daß diese herrlichen Hexameter monoton skandiert und in ihre grammatischen Atome zerpflückt werden. Auf diese Weise geht jede Schönheit des reichen Inhalts wie die Weisheit, die uns heute noch zu erheben vermag, verloren."

Das war dem alten verknöcherten Schulmeister, der in diesen Worten einen ihm zugedachten Vorwurf erblickte, denn doch zu viel. Er zahlte seine Zeche, nahm Hut und Stock, warf den Havelock über die Schultern: „Gute Nacht, Herr Kollege," rief er seinem Tischgenossen zu und ging erregt fort.

Als er nach Hause kam, schlug die Uhr gerade elf. Seine Gattin empfing ihn wie gewöhnlich mit einer wenig huldvollen Ansprache:

„Schon wieder bin ich den ganzen Abend allein gewesen. Du aber sitzt im Wirtshaus und noch dazu jetzt, in diesen teueren Zeiten! Ja, so seid ihr halt, ihr Männer!"

„Wir haben," suchte der Professor seine bessere Ehehälfte zu beschwichtigen, „allerhand gelehrte Dinge besprochen."

„Natürlich bei geleerten Gläsern," erwiderte schlagfertig und zungengewandt die Frau Professor. „Wir Frauen haben indes unser liebes Kreuz, das bißchen Essen zusammenzukaufen. Kein Gemüse bekommt man mehr, auch dein Lieblingsgericht, der Spinat, ist nicht mehr zu haben. So mußt du von morgen an mit Wruken fürliebnehmen!"

Den Professor hatte der vortreffliche Wein in eine so erhobene Stimmung versetzt, daß ihm die Gardinenpredigt gar nicht nahe ging und ihn auch die Sorge um das nächsttägige Mahl nicht quälte. Er kleidete sich rasch aus, legte sich ins Bett und schlief alsbald ein.

Und da umfing ihn nun ein merkwürdiger Traum. Was Schöneres hätte ihm Morpheus auch vorgaukeln sollen, als so recht nach Herzenslust in seiner Lieblingsbeschäftigung schwelgen zu können?

Er saß auf dem Katheder, vor ihm Vergils „Georgica" aufgeschlagen, prüfte seine Sextaner, einen um den andern an die Tafel rufend. Aber keiner entsprach seinen strengen Anforderungen. Der eine konnte den Hexameter nicht streng metrisch skandieren, der andre ihm nicht die Fragen aus der Grammatik beantworten; kurzum, keiner machte es ihm

legen, einen Kriegsschulgarten. Und zum er wurde einstimmig der Lateinprofessor, ja vom Dichter Vergil selbst die näheren fungen erhalten hatte, gewählt. Er über- m in der Tat dieses Amt. Und welch ein ndel! Tempora mutantur, nos et mutamur llis. Auch der alte Lateinprofessor war, em er mit seinen Schülern Spinat an- te, ein andrer geworden. Er las in Ruhe- fen der Arbeit mit ihnen auch das herrliche icht Vergils, die „Georgica", aber nur r in der guten deutschen Uebersetzung von). Heinrich Voß, die unter anderm ende an unsre Zeiten anklingende Verse hält:

ies von der Flur Anbau, der Pflege der Tiere und Bäume
ang ich einst, als Cäsar, der Held, am tiefen Euphrates
onnerte mächtig im Streit, siegreich willfährigen Völkern
echte gab und Gesetz' und dem Pfad zustrebt des Olympos.

Wer die Jungen in dem Garten arbeiten jt, muß seine helle Freude daran haben. ch die Schulbehörden, die von der prächtigen ee Kenntnis erlangten, empfahlen nun weit d breit die Anlage von Kriegsschulgärten. as da anhaltender Fleiß zu erreichen vermag, jede Erwartung weit übertroffen. Denn Markt in dem Studierstädtlein, wo sich er Gymnasium befindet, wird nunmehr n dem Kriegsschulgarten mit Gemüse chlich genug versorgt, und auch der alte teinprofessor braucht nicht mehr auf sein eblingsgemüse — den Spinat — zu verhten. Seitdem gibt es schon allerorten iegsschulgärten. Mögen sie wachsen, blühen d gedeihen!

W. A. Hammer.

Neues Wiener Tagblatt 17. IV. 1917

Neues Wiener Tagblatt
27./V. 1917

75

Unsre Approvisionierung bis zur neuen Ernte.

Von Prof. Dr. Karl Hoffmeister.

Der bis Ende April andauernde Winter ließ schon die schwersten Besorgnisse wegen Verspätung der Ernte bei vielen Aengstlichen aufkommen. Da brach der Mai an mit einer Wärme, wie sie selten noch bei uns diesem Frühlingsmonat eigen war, und holte dadurch bei der gesamten Vegetation ein, was der so lange verzögerte Frühlingsbeginn verspätet hatte. Wir werden also heuer unsre Ernte nicht später haben als in normalen Jahren, das heißt, sie wird in den südlichen Gebieten der Monarchie bereits in sechs Wochen beginnen. Solange heißt es also noch durchhalten! Mit dem Frühgemüse sind wir allerdings naturgemäß zurückgeblieben. Hätten wir bereits, wie sonst meistens, Anfang April säen und kleine Pflanzen ins Freie aussetzen können, die im Zimmer oder in einem mit Glasdach geschützten Warmbeet angezogen wurden, als es im Freien noch Kältegrade hatte, so wären wir allerdings heute bereits mit frischem Gemüse reichlich versorgt, was um so mehr für uns in Betracht käme, als wir ja die italienischen Importe ganz vermissen und auch unsre eigenen südlichen Gegenden, wie beispielsweise Görz, dadurch, daß sie zum Kriegsschauplatz geworden sind, uns ebenfalls nichts liefern können, während sonst ihre Gemüselieferungen Hunderte von Waggons um diese Zeit betrugen.

Glücklicherweise wird dieser Uebelstand von Tag zu Tag geringer, da durch die jetzige sommerliche Temperatur auch schon bei uns selbst langsam die ersten Gemüsesorten reifen. Dabei ist natürlich die in breiten Schichten der Bevölkerung gehegte Meinung, daß die neugegründete Gemüsezentrale alles frische Gemüse behufs Konservierung für den kommenden Winter aufkaufen wolle und daß man daher, auch wenn unser Gemüseanbau konsumreife Ware ergäbe, kein frisches Gemüse bekommen werde, gänzlich unbegründet. Die Gemüsezentrale wird nur dafür zu sorgen haben, daß die Ueberschüsse durch Konservierung für den Winter bewahrt werden, und hat zu diesem Zweck auch schon den Anbau gefördert, so daß dieser heuer größer ist, als er sonst war. Eine Beeinträchtigung der Abgabe von frischem Gemüse wird also gewiß nicht stattfinden. Eine solche Politik wäre auch durchaus unsinnig, weil sie nichts verbessern würde: statt eines eventuellen Mangels im nächsten Winter würde ein sofortiger Mangel eintreten. Und dieser wäre weit schlimmer, da wir zufolge der vorjährigen schlechten Kartoffelernte jetzt geradezu auf Gemüse aller Art angewiesen sind, während wir, wenn die kommende Kartoffelernte gut ausfällt, im heurigen Winter durch diese versorgt wären und dann viel leichter andre Gemüse entbehren könnten als heute, da wir keine Kartoffeln mehr haben und daher ganz auf Gemüse anstehen.

Was unsre Getreideernte betrifft, so ist für dieselbe das Wetter namentlich in der zweiten Junihälfte maßgebend, so daß wir heute natürlich noch keine Prognose stellen können. Der bisherige Saatenstand läßt sich sehr gut an. Die Saaten haben bereits viel

2./VI. 1917

Das Defizit der Welternte im Jahre 1916.

Von Sektionschef Dr. Otto v. Franges.

Zagreb, 31. Mai.

Das Internationale Institut für Landwirtschaft in Rom hat im April l. J. eine Studie betreffend die Produktion der Zerealien aller Kulturstaaten der Welt, deren Handel, Verbrauch, Preise und Schiffsfrachten veröffentlicht, deren Inhalt im höchsten Grade beachtenswert erscheint. Um die Wichtigkeit und auch Richtigkeit der publizierten Daten entsprechend einschätzen zu können, sei daran erinnert, daß das genannte Institut von den Regierungen der betreffenden Staaten direkt bedient wird, daß somit die zur Veröffentlichung gelangenden Zahlen auf offiziellen Erhebungen beruhen und soweit dies bei derlei statistischen Erhebungen überhaupt möglich ist, der Wahrheit mindestens so nahe stehen, wie die bisher nach den gleichen Methoden ermittelten Zahlen. Man darf weiter wohl auch voraussetzen, daß — insbesondere in den uns feindlichen Staaten — keine Regierung ein Interesse daran hat, durch eine absichtliche Fälschung die Lage ungünstiger darzustellen als sie tatsächlich ist, da sie ja dadurch im eigenen Lande und bei den Verbündeten zur bestehenden Unruhe ein die Angst ins Ungemessene steigerndes Moment bringen würde.

Dies vorausgeschickt, ergibt das nackte Zahlenmaterial der zitierten Studie folgendes: Die in der nördlichen Hemisphäre (mit Ausschluß der Mittelmächte) im Jahre 1916 und in der südlichen Hemisphäre im Winter 1916/17 geernteten Mengen an Brotfrüchten ergeben gegenüber dem faktischen Bedarfe einen Fehlbetrag, ein Vorkommnis, das sich bisher überhaupt noch nie ereignet hat, seitdem eine Weltstatistik geführt wird. Vor allem bei der wichtigsten Brotfrucht, bei Weizen. Die Ernte des Jahres 1916 ergab auf der ganzen nördlichen Halbkugel 701,292.000 Meterzentner, auf der südlichen (1916/1917) 59,630.000 Meterzentner, insgesamt 760,922.000 Meterzentner. Der Konsumbedarf, inklusive des für den Anbau pro 1917 notwendigen Weizens, beträgt auf Basis des bisherigen Verbrauches 832,104.000 Meterzentner — es würden demnach für die Deckung des normalen Bedarfes 72,182.000 Meterzentner, das heißt 8.6 Prozent fehlen. Wenn jedoch die Summe aller Exportüberschüsse von Kanada mit 25,936.000 Meterzentnern, Australien mit 24,158.000 Meterzentnern, Argentinien mit 1,112.000 Meterzentnern, Algier mit 294.000 Meterzentnern und den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit dem lächerlich geringen diesjährigen Exportüberschuß von 169.000 Meterzentnern berücksichtigt wird, so betragen diese in Summe 51,659.000 Meterzentner. Der Bedarf hingegen beträgt: in England 76,830.000 Meterzentner, nach Abzug der eigenen erwarteten Ernte mit 16,501.000 Meterzentnern demnach 60,329.000 Meterzentner; in Frankreich 96,275.000 Meterzentner, nach Abzug einer eigenen normalen Ernte (deren Aussichten jedoch nach französischen amtlichen Angaben nicht günstig stehen, und ohne Einrechnung der in den von den Deutschen okkupierten Gebieten liegenden Ackerfläche) mit 58,141.000 Meterzentnern demnach 37,864.000 Meterzentner; in Italien 68,113.000 Meterzentner, nach Abzug der erwarteten normalen Ernte mit 48,044.000 Meterzentnern demnach 20,069.000 Meterzentner; insgesamt beträgt sonach der Bedarf der genannten drei Staaten an Weizen 118,262.000 Meterzentner, dem ein Exportüberschuß der Getreide ausführenden Länder von 51,659.000 Meterzentnern gegenübersteht. Nun dürfen wir nicht vergessen, daß auch einige neutrale Länder einen ziemlich bedeutenden Importbedarf ausweisen, so Dänemark 1,721.000 Meterzentner, die Niederlande 7,202.000 Meterzentner, die Schweiz 4,986.000 Meterzentner, aber auch einige kriegführende Länder, welche sonst Ueberschüsse von Weizen exportieren, sind in diesem Jahre der allgemeinen Mißernte importbedürftig geworden, so Japan mit 1,204.000 Meterzentnern, Indien mit 2,646.000 Meterzentnern, Aegypten mit 1,711.000 Meterzentnern. Wie sich unter diesen Verhältnissen die Deckung des Weizenbedarfes der Welt abspielen wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen, allenfalls gibt uns die Steigerung des Weizenpreises in Chicago von 130 Cts. auf 340 Cts. einen Fingerzeig hiezu. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß in Rußland mit einem Exportüberschuß von 5,710.000 Meterzentnern und in Rumänien mit einem solchen von 8,494.000 Meterzentnern gerechnet wird, jedoch dürften diese Mengen kaum in den freien Weltverkehr gelangen.

Es ist naheliegend anzunehmen, daß der Abgang in der Weizenernte durch andere Getreidearten ersetzt werden wird; wenn nun auch keineswegs der Widerstand, den ein nur an Weizenbrot gewöhntes Volk dem Verbrauch von Gerste oder Mais als Brotfrucht entgegensetzt, unterschätzt werden soll, so kann eben doch nur eine solche Surrogierung den absoluten Bedarf an Brot decken und muß im Bedarfsfalle eventuell auch zwangsweise durchgeführt werden. Es ist deshalb notwendig, auch die Ernteergebnisse in anderen Brotfrüchten in Betracht zu ziehen und sie mit dem bisherigen Konsum zu vergleichen. Die sich ergebenden Ueberschüsse können ohne weiteres zum Ersatz des fehlenden Weizens herangezogen werden. Aber auch ein Teil der bisherigen Konsumtion dieser Ersatzfrüchte kann derart gedrosselt werden, daß dadurch freiwerdende Ueberschüsse der Erzeugung von Brotmehl zugeführt werden können. Wir erinnern diesbezüglich an die Einschränkung der Malzerzeugung aus Gerste, der Verfütterung von Halmfrüchten und Mais in unserer Monarchie und in Deutschland, die Einschränkung der Verfütterung von Hafer in England usw. Es ist jedoch unmöglich, vorauszusagen, in welcher Weise zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Nordamerika diesbezüglich zugunsten der besseren Versorgung der Ententeländer sich Beschränkungen auferlegen werden wollen, auch ist nicht anzunehmen, daß wir darüber authentische Kunde erhalten werden, wie weit die diesbezüglichen Machtbefugnisse des neuen Lebensmitteldiktators der Ententeländer in Nordamerika gehen und in welchem Umfange diese Verfügungen zur Durchführung gelangen. Es erübrigt uns demnach nur, uns an das trockene Zahlenmaterial zu halten, das uns vorliegt, um uns ein Bild davon zu schaffen, wie weit die Grenzen gezogen sind, innerhalb deren sich der Ersatz des fehlenden Weizens durch andere Körnerfrüchte ermöglichen läßt.

Als ein solcher Ersatz kommt in den nordischen Ländern Europas vor allem Korn (Roggen) in Betracht. In dieser Fruchtgattung beläuft sich die Welternte (immer mit Ausschluß der Zentralmächte) 1916 auf 256,739.000 Meterzentner, der Bedarf beträgt (ebenfalls stets mit Ausschluß der Vierbundländer) 256,012.000 Meterzentner, somit decken sich Produktion und Bedarf fast vollständig. Eine Herabminderung des Konsums zu anderen als zu Zwecken der Vermahlung zu Brotmehl ist bei Korn deshalb von wenig Bedeutung, da es ohnedies (außer in geringem Maße zur Viehfütterung und zur Biererzeugung) nur diesen Zwecken dient.

In zweiter Linie kommt als menschliches Nahrungsmittel Gerste in Betracht, von der wir jedoch drei, in der Statistik der „Institut International d'Agriculture" nicht unterschiedene Sorten zu unterscheiden haben: Brau-, Brennerei- und Futtergerste. Von diesen kann erstere ohne weiteres, die zweite nur in geringerem Maße, letztere kaum zu Nahrungszwecken herangezogen werden. Die Welternte ergab nun im Jahre 1916 238,101.000 Meterzentner Gerste, denen ein Bedarf von 228,198.000 Meterzentnern gegenübersteht, es erübrigt sonach ein absoluter Ueberschuß von 9,983.000 Meterzentnern. Für die Ententeländer wird jedoch dieser Ueberschuß nicht ohne weiteres greifbar werden, da er fast nur durch den Ueberschuß Rußlands (22,102.000 Meterzentner) und Rumäniens (4,293.000 Meterzentner) hervorgerufen wird; der Bedarf Englands mit 11,274.000 Meterzentnern müßte wohl aus anderen Ländern gedeckt werden, welche jedoch insgesamt nur 3,293.000 Meterzentner zum Export aufbringen können.

Hafer wird in den nordischen Ländern vielfach zur menschlichen Nahrung verwendet und es können hievon durch Einschränkung der Verfütterung von Pferden bedeutende Mengen dem menschlichen Konsum reserviert werden. Bei der Vermahlung des Hafers fällt jedoch der Umstand mißlich in Betracht, daß infolge seiner eigenartigen Beschaffenheit nur 30 Prozent des Haferkorngewichtes als Mehl gewonnen werden, die Kosten des Mehles demzufolge sehr erhöht und fast so hoch werden, wie des besten Weizenmehles. Die Welternte ergab 1916: 482,211.000 Meterzentner, während der Bedarf sich auf 498,018.000 Meterzentner beziffert, demnach ein Defizit von 16,607.000 Meterzentnern besteht. Zur Deckung dieses Fehlbetrages stehen nennenswerte Mengen in Rußland (7,938.000 Meterzentner), in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (4,661.000 Meterzentner) und in Argentinien (2,683.000 Meterzentner) zur Verfügung; auch Schweden weist einen Ueberschuß an Hafer von 1,090.000 Meterzentnern aus, doch dürfte es diesen zur Deckung des Mankos an Weizen wohl selbst zum Verbrauch heranziehen und nicht zum Export zulassen. Diesen Ueberschüssen steht ein Bedarf Englands mit 11,115.000 Meterzentnern, Italiens mit 8,899.000 Meterzentnern und Norwegens mit 3,463.000 Meterzentnern gegenüber, so daß wohl eine sehr weitgehende Reduzierung des Futterverbrauches wird Platz greifen müssen, wenn nennenswerte Mengen Hafers für den menschlichen Konsum verfügbar gemacht werden sollen.

Als letztes Ersatzmittel für den fehlenden Weizen kommt Mais in Betracht, dessen Gebrauch als Volksnahrungsmittels allerdings in den nördlichen Ländern gar nicht bekannt ist, so daß erst durch geeignete Publikationen, Kochrezepte, propagandistische Maßnahmen usw. eine allgemeine Verwendung dieses Nahrungsmittels in die Wege geleitet werden könnte, wenn eben entsprechende Mengen zur Verfügung stünden. Dem ist jedoch nicht so, denn die fast totale Mißernte von Mais in Argentinien und die schwache Ernte der Vereinigten Staaten bewirkten, daß einem Weltbedarf von 854,989.000 Meterzentnern nur ein Ernteergebnis von 738,876.000 Meterzentnern gegenübersteht, demnach der Konsum um 116,113.000 Meterzentner weniger zur Verfügung haben wird, als er braucht. Wenn nun berücksichtigt wird, daß die dem Aequator näher liegenden Länder Mais als Hauptbrotfrucht konsumieren und daß unter Berücksichtigung dieses Umstandes selbst Nordamerika (54,564.000 Mztr.), Argentinien (10,532.000 Mztr.) und Italien (10,195.000 Meterzentner) zur Deckung ihres Bedarfes noch heranziehen müßten, dann kann kaum mit einer den Fehlbetrag an Weizen deckenden Abgabe von Mais an die Länder der Entente gerechnet werden.

Das mit dem Vorstehenden gebotene Bild der allgemeinen Weltversorgung mit Brotfrüchten wäre nicht vollständig, wenn wir nicht die aus dem Jahre 1915 erübrigten Vorräte mit in den Kalkül zögen, welches Jahr eine Rekordernte für Amerika brachte und die Anhäufung von respektablen Mengen in England im Jahre 1915 ermöglichte (77,613.000 Meterzentner). Die mit 1. August 1916 in der nördlichen und mit 1. Januar 1917 in der südlichen Hemisphäre vorhandenen Ueberschüsse der Ernte 1915 betrugen bei Weizen und Korn zusammen 100,689.000 Meterzentner, bei Gerste, Hafer und Mais 117,890.000 Meterzentner, insgesamt 218,579.000 Meterzentner; mit dem Gesamtergebnis der Ernte 1916 ergeben diese unverbrauchten Ueberschüsse für die ersteren beiden Halmfrüchte 721,377.000 Meterzentner, für die letzteren drei Zerealien 1,325.538 Meterzentner, der korrespondierende Bedarf hingegen ergibt 715,917.000 Meterzentner, respektive 1,366.770 Meterzentner, so daß den Weltvorräten an Getreide überhaupt von 2,046.915 Meterzentnern ein Weltbedarf von 2,082.687 Meterzentnern gegenübersteht, sonach ein Defizit von 35,772.000 Meterzentnern resultiert. Dieses Defizit erscheint gegenüber dem allgemeinen Bedarf und der Produktion ziemlich unscheinbar, es fällt aber dadurch ins Gewicht, weil es eben nur zu Lasten der auf den Import angewiesenen Länder, vor allem Englands, geht, dessen Importbedarf über die vorhandenen Vorräte aus dem Jahre 1915 und die eigene Ernte 1916 bis zur Ernte im Jahre 1917 beträgt: Weizen 60,329.000 Meterzentner, Gerste 11,274.000 Meterzentner, Hafer 8,899.000 Meterzentner, Mais 21,098.000 Meterzentner, insgesamt 101,600.000 Meterzentner. Der ganze Ernst des Ernährungsproblems für England und die Ententestaaten spiegelt sich in diesen Zahlen, sie sind aber auch eine Mahnung für die ganze Welt, die bisher die Möglichkeit einer Weltmißernte überhaupt nicht ernstlich erwogen hat und noch weniger auf Mittel und Wege bedacht war, wie einer derartigen Kalamität zumindest in Friedenszeiten zu begegnen wäre.

noch 2000 Kilogramm mährischer Spinat, ferner Salat und Gemüse in ausreichender Menge. Butter fehlte. Auf dem Naschmarkt fehlten auch heute die ungarischen Zufuhren. 20 Gärtner brachten 16.000 Kilogramm Grünwaren. Im übrigen wurden noch angeboten: 1400 Kilogramm ungarischer Salat, 307 Kilogramm grüne Erbsen und 600 Kilogramm Spargel. Kohl kostet Kr. 1.70, Kohlrüben Kr. 1.20, Erbsen Kr. 2.— bis 2.12. An Obst kamen 2400 Kilogramm Kirschen und 400 Kilogramm Erdbeeren zum Verkaufe. An Butter wurden 2400 Kilogramm (Auslandsware) abverkauft.

Feldfrucht im Karst.

(Vom Kriegspressequartier genehmigt.)

Im Frühling ist der Karst ein blühendes Wunder. Im Schatten der Gesträuche leuchtet weiß und rot die wilde Pfingstrose, duftender Rosmarin streckt sein schmales Geäst aus den Steinrissen, riesige Nesseln tragen Türme von weißen Blüten, eine hochstehende violette Dolde sprießt aus gefiedertem Blätterwerk, das wie feine Pfefferminze riecht. So ist es Jahr um Jahr zur Frühlingszeit, bis bald der heiße Atem der sonnendurchglühten Karstwildnis das grüne Leben verdorrt. Aber in diesem Frühling gibt es ein neues Wunder: Der Karst ist systematisch landwirtschaftlich und gärtnerisch bebaut worden. Knapp hinter der Kampffront ist von den Truppen die Feldbearbeitung des Karstes in Angriff genommen worden, nicht nur auf den kargen Aeckern der einheimischen Bevölkerung, sondern auch auf jungfräulichem Grund und frisch aufgebrochener Scholle.

Riesige Gärten sind entstanden unter der Leitung von Anbauoffizieren der einzelnen Korps, durch Soldaten bewirtschaftet; fast jede Formation hinter der Kampflinie hat außerdem noch ihre eigenen Gemüseanlagen geschaffen. Wer den Karst nicht genau kennt, stellt sich ihn als eine unwirtliche Steinwüste vor, in der nur die Dolinen dem Anbau Raum bieten und nur das vieljährige Bemühen der Karstaufforstung da und dort Wälder hervorbrachte. In Wirklichkeit gibt es noch zahlreiche von dem bisherigen Friedensverkehre weit abgelegene Täler und Landschaften, manche von großer Ausdehnung, die, von einer prächtigen, nutzbaren Krume bedeckt, von Winden geschützt, sogar reichliche Wasserläufe haben. Hier erheben sich auch da und dort noch prächtige Wälder, uralte Eichen und Buchen schließen ihre mächtigen Kronen über einer fruchtbaren Walderde.

Die Bevölkerung des Karstes, die ihre Landwirtschaft mit primitiven Werkzeugen, einem urväterlichen, leichten Pflug, einer merkwürdigen, unpraktischen Egge zu betreiben gewohnt ist und nicht mehr vom Boden erwartet, als er ihr freiwillig gibt, sah zuerst dem Tun und Treiben der Soldaten auf den Feldern mit kühler Ueberlegenheit zu. Die einheimischen Kritiker bezweifelten den Erfolg der Arbeit. Dann, als sich die ersten Beweise des Gegenteils zeigten, rührten sich da und dort die Bürgermeister und erkundigten sich, wie dies und das zu machen sei. Es waren z. B. auf dem nördlichen Teil des Plateaus von Comen niemals zuvor landwirtschaftliche Vorträge gehalten oder sonst irgendwelche Winke zur Bodenverbesserung der Landwirtschaft erteilt worden — es fragten die berufenen zivilen landwirtschaftlichen Stellen auch jetzt während der umfangreichen Pionierarbeit auf dem Karste nicht mit einem Worte danach, was da vor sich ging — und so war es kein Wunder, daß die Bevölkerung nun zum ersten Male hörte und sah, daß man dem Karst auch anders und erfolgreicher zu Leibe gehen könne, als sie es bisher getan. In dem Raume eines einzigen Korps, das seinen Bereich vom Plateau von Comen gegen die Wippach erstreckt, sind 1896 Hektar Aecker, 934 Hektar Weingärten, 3337 Hektar Wiesengrund bestellt. Für 283 Hektar Aecker und 290 Hektar Weingärten in den von der Bevölkerung geräumten Gebieten dieser Gegend wurde alles Saatgut und die ganze Arbeit von den Truppen geliefert. Doch wird den abwesenden Bodeneigentümern ein Drittel des Bodenertrages ohne Entgeld vorbehalten. Man berechnet, daß bei einer mittleren Ernte allein aus diesem von der Bevölkerung evakuierten Gebiete eines einzigen Korps durch die Truppen 1985 Meterzentner Hafer, 3058 Meterzentner Mais, 6552 Meterzentner Kartoffeln, 345 Meterzentner frisches Gemüse und 76·5 Meterzentner Hartgemüse hereinzubringen sein werden. Eine mannigfaltige Bodenkultur wurde in dem weiter zurückliegenden Gebiete, in dem die Bevölkerung noch in den Ortschaften geblieben ist, eingerichtet. Die Armee liefert dazu die Bespannung und die Arbeit, mehrfach auch das Saatgut. Der Ertrag gehört ganz der Bevölkerung, d. h. den Ueberschuß, den die Bevölkerung nicht braucht, hat die Truppe von der Bevölkerung zu kaufen. Da findet man 125 Hektar Weizen, 204 Hektar Roggen, 142 Hektar Gerste, 162 Hektar Buchweizen, 52 Hektar Hafer, 549 Hektar Mais, 49 Hektar Futterrüben, 442 Hektar Kartoffeln, 12 Hektar frisches Gemüse und 20 Hektar Hartgemüse. Man verspricht sich bei einer mittleren Ernte aus diesem kleinen Landesteile 1378 Meterzentner Weizen, 1841 Meterzentner Roggen, 2308 Meterzentner Gerste, 7380 Meterzenter Futterrüben, 10.985 Meterzentner Mais, 616 Meterzentner Grüngemüse und 242 Meterzentner Hartgemüse. Was es heißt, daß nur dieser kleine Teil des Karstes über 14 Waggons frisches Gemüse künftig hervorbringen soll!

Solch einen Gemüsegarten im Branicatale zu sehen, zehn Joch im Ausmaß, ist eine Augenweide. Da stehen Salat, Rettiche, Lauche aller Arten, Paradeiser an langen Stockreihen, Erbsen im weißen Blütenflor. Es sind

Frankfurter Zeitung
23./VI. 1917

Die neue Reichsgetreideordnung.

N Berlin, 22. Juni. (Priv.-Tel.) Die Brotgetreideversorgung hat sich während der drei Kriegsjahre im allgemeinen bewährt, und wenn gegen die Regelung des Verkehrs anderer Lebensmittel vielfach die heftigsten Beschwerden laut wurden, waren es nur Ausstellungen an Einzelheiten, die gegen die Tätigkeit der Reichsgetreidestelle erhoben wurden. Der straffen, durch den Unterstaatssekretär Michaelis geleiteten Reichsgetreidestelle ist es zu danken, daß wir mit dem wichtigsten Lebensmittel, dem Brot, durchgekommen sind. Gegenüber dem ersten Jahre der öffentlichen Bewirtschaftung des Brotgetreides wurden in dem darauf folgenden Erntejahr die Zügel etwas lockerer gelassen, indem man der Selbstwirtschaft der Kommunalverbände einen weiteren Spielraum gewährt. Gerade diese Maßnahme hat zu Uebelständen geführt, und auch auf diese Maßnahmen ist es wohl zurückzuführen, wenn trotz der besten gesetzlichen Vorschriften Brotgetreide zum Schaden der menschlichen Konsumenten verfüttert worden ist. Es ist deshalb zu begrüßen, daß in der gestern vom Bundesrat infolge der neuen Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 aus den im abgelaufenen Jahre gesammelten Erfahrungen die erforderlichen Schlüsse gezogen worden sind und daß dort, wo die Maschen etwas weit geworden waren, sie wieder enger zusammengezogen werden sollen. Das Wichtigste in der neuen Getreideordnung ist, daß sie sich nicht mehr ausschließlich auf Brotgetreide erstreckt, sondern auf alle Getreidearten, die der menschlichen Ernährung nutzbar gemacht werden können. Es kann kein Unterschied mehr gemacht werden, und deshalb wird durch die neue Getreideordnung mit Recht und zu unserer Befriedigung nicht nur die Beschlagnahme des Brotgetreides, sondern auch die restlose Beschlagnahme von Gerste, Hafer, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse ausgesprochen. Diese Früchte, die als Nährmittel eine große Rolle spielen und, je länger die Lasten des Krieges andauern, spielen werden, werden nunmehr durch eine Hand erfaßt, und sie werden auch durch eine Organisation, die Reichsgetreidestelle bewirtschaftet. Die verschiedenen Organisationen, die bisher neben der Reichsgetreidestelle für die übrigen Körnerfrüchte bestanden, waren es erschwert, daß ein einheitlicher Wille sich durchsetzen konnte, und daß sie nach einheitlichem Gesichtspunkte der menschlichen Ernährung nutzbar gemacht wurden. Erfreulicherweise wird das jetzige Nebeneinander aufhören. Dabei bleibt natürlich auch im Rahmen der Reichsgetreidestelle die Möglichkeit bestehen, daß die fachmännischen Erfahrungen, die die anderen Organisationen, wie sie zum Beispiel die Reichsgetreidegesellschaft gesammelt haben, nicht verloren gehen. An dem bisherigen System der Erfassung des Brotgetreides, das auch auf die übrigen Früchte ausgedehnt werden soll, wird grundsätzlich festgehalten.

Die Lieferung der Früchte soll künftig wie bisher grundsätzlich entweder durch den Kommunalverband als Selbstlieferer oder durch die Kommissionäre der Reichsgetreidestelle, bei deren Bestellung der Kommunalverband mitzuwirken hat, erfolgen. Trotz grundsätzlichen Festhaltens an dem alten System, das sich auch bewährt hat, schafft die neue Getreideordnung doch eine Anzahl Bestimmungen, durch die berechtigte Klagen abgestellt werden sollen. Der Mißstand, daß die örtlichen Interessen der Handel grundlos ausgeschaltet wird, soll beseitigt werden. Der § 28 bestimmt darüber: „Die Reichsgetreidestelle bestellt für den Bezirk jedes nicht selbstliefernden Kommunalverbandes einen oder mehrere vom Kommunalverband vorzuschlagende Kommissionäre, durch die der Erwerb der Früchte erfolgt. Die Anzahl der Kommissionäre bestimmt die Reichsgetreidestelle nach Anhörung des Kommunalverbandes. Falls das Vertragsverhältnis mit einem Kommissionär endet, hat die Reichsgetreidestelle dem Kommunalverband Gelegenheit zu geben, einen anderen Kommissionär vorzuschlagen. Bei der Auswahl der Kommissionäre ist der Handel, der im Kommunalverband schon im Frieden tätig war, tunlichst zu berücksichtigen. Als Kommissionäre können nur Händler und Genossenschaften gestellt werden, die schon bisher im unmittelbaren Verkehr mit den Erzeugern im Kommunalverband als Aufkäufer der Früchte tätig waren. Unternehmer von Mühlenbetrieben oder Vereinigungen von solchen, sowie deren Angestellten dürfen nicht als Kommissäre bestellt werden. Verträge, nach denen die Kommissionäre einen Teil ihrer Kommissionsgebühr an den Kommunalverband abzuführen haben, sind ohne vorherige Zustimmung der Reichsgetreidestelle nichtig. Das gleiche gilt für Verträge, durch die mit Rücksicht auf die Bestellung als Kommissionär ein Entgelt zugesagt wird. Es ist auch Vorsorge dagegen getroffen, daß nicht die Versorgung selbstwirtschaftender Kommunalverbände, wie es im abgelaufenen Jahr der Fall gewesen ist, infolge nicht ausreichender und mangelhafter Bewirtschaftung des Getreides gegen den Schluß des Erntejahres, also in der schwersten Zeit, der Reichsgetreidestelle anheim fällt, und daß selbstliefernde Kommunalverbände das aus diesem abzuliefernde Getreide teils nicht wirksam genug erfassen, teils zum Nachteil der Allgemeinheit zurückhalten.

Deshalb wird im § 32 angeordnet, daß die selbstliefernden Kommunalverbände eine kaufmännisch eingerichtete Geschäftsstelle unterhalten und für den Erwerb der Früchte mindestens zwei Kommissionäre zu bestellen haben. Ueber die Tätigkeit dieser Kommissionäre und über die Verträge mit diesen Kommissionären wacht die Reichsgetreidestelle. Wöchentlich ist der Reichsgetreidestelle eine genaue Nachweisung der eingekauften Mengen einzusenden. Die Reichsgetreidestelle hat die Anordnung darüber zu treffen, für welchen Zeitraum die zur Durchführung der Selbstwirtschaft des Kommunalverbandes nötigen Mengen an Brotgetreide zurückbehalten werden dürfen. Im Falle dringenden Bedürfnisses kann die Reichsgetreidestelle die Lieferung von Brotgetreide aus dem für die Selbstwirtschaft bestimmten Vorraten nach ihren Gesetzesbedingungen verlangen. Wenn es sich herausstellt, daß ein selbstliefernder Kommunalverband seinen Verpflichtungen nicht genügt, so kann die Reichsgetreidestelle ihm jeder Zeit das Recht der Selbstlieferung entziehen.

Das Wichtigste aber ist, daß die Selbstwirtschaft der Kommunalverbände beschränkt wird, auch derjenigen Kommunalverbände, die nach den Erfahrungen der Erntejahre 1915 und 1916 voraussichtlich zur Versorgung ihrer Bevölkerung bis zum 15. Mai 1918, also 9 Monate, ausreichen. Die Anmeldung des Kommunalverbands, der selbst Wirtschaft betreiben will, muß bis zum 30. Juni 1917 erfolgen, und zwar bei der Landeszentralbehörde. Die Landeszentralbehörde hat der Reichsgetreidestelle bis zum 15. Juli die Kommunalverbände mitzuteilen, die sich als Selbstwirtschafter anerkennen wollen. Die Reichsgetreidestelle kann gegen die Anerkennung bei der Landeszentralbehörde bis zum 31. Juli 1917 Einspruch erheben. Selbstwirtschaft soll übrigens nur bei Brotgetreide und in einem gewissen Rahmen zum Zwecke des Futterausgleiches bei Futtergetreide gestattet sein. Der Aufkauf von Hafer und Gerste zu Nährmitteln und Bierherstellung auf Grund besonderer Bezugscheine soll nicht mehr stattfinden. Die Zuweisung geeigneter Qualitäten, was hauptsächlich bei Gerste eine Rolle spielt, für diesen Zweck wird künftig ausschließlich Sache der Reichsgetreidestelle sein. Diese Maßnahme ist im Interesse der Nährmittelerzeugung durchaus zu begrüßen. Um die Kommunalverbände in den Stand zu setzen, den ihnen auferlegten Pflichten zu genügen, für die Aberntung, den Ausdrusch und die Belieferung der Früchte Sorge zu tragen, sind ihnen gegenüber den bisherigen Rechten wesentliche erweiterte Machtbefugnisse eingeräumt. Sie können namentlich zur Erfüllung ihrer Verpflichtung aller in ihren Bezirken vorhandenen landwirtschaftlichen Geräte und Betriebsmittel aller Art, also auch, soweit nicht besondere Anordnungen des Kohlenkommissars entgegenstehen, Kohlen in Anspruch nehmen. Die Pflicht des Kommunalverbandes, für die Ablieferung der in seinem Bezirk angebauten Früchte zu sorgen, ist zu einer Haftung für die Ablieferung in der Art verdichtet, daß der Kommunalverband eine Kürzung der für seine versorgungsberechtigte Bevölkerung und seine Selbstversorger festgesetzten Verbrauchsmenge an Brotgetreide, Mehl und Nährmitteln zu gewärtigen hat, wenn es es unterläßt, seinen Lieferpflichten rechtzeitig zu genügen. Der Kommunalverband kann nach § 24 die von der Reichsgetreidestelle vorgenommenen Kürzungen derart auf die Gemeinden oder auf die Landwirtschaftsbetriebe verteilen, daß in erster Linie die Gemeinden oder die Betriebe betroffen werden, die ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllt haben. Der Kommunalverband kann innerhalb seiner Verteilungspflicht weiter die Lieferung anderer Bedarfsgegenstände den Gemeinden oder den Betrieben gegenüber einschränken oder einstellen. Damit bekommen die Kommunalverbände so starke Machtmittel in die Hand, daß sie ihren Verpflichtungen auf jeden Fall gerecht werden können.

Die Feststellung der Lieferpflichten soll auf Grund der Ernteschätzung und der vorzunehmenden Nachschätzungen erfolgen. Dabei wird Vorsorge getroffen werden, daß Kommunalverbände, Gemeinden und Betriebsunternehmer eine Nachprüfung der ihnen auferlegten Lieferpflichten im Wege eines Beschwerdeverfahrens herbeiführen können. Die Vorschriften hierüber sind in der Bekanntmachung über die Ernteschätzung aufgenommen worden. Die Folgen der Haftungen, die dem Kommunalverband auferlegt sind und die ihre Weiterwirkung finden in der Haftung der Gemeinden gegenüber dem Kommunalverband und der Haftung der einzelnen Betriebsunternehmer gegenüber der Gemeinde, sollen nicht eintreten, wenn die Unterlassung rechtzeitiger und vollständiger Ablieferung auf einen Umstand zurückzuführen ist, den ein ablieferungspflichtiger Betriebsunternehmer nicht zu vertreten hat, insbesondere also, wenn der Ausdrusch infolge Kohlenmangels nicht möglich war oder Vorräte nachweislich ohne sein Verschulden zu Grunde gegangen sind.

Da ferner künftig auf die Ausübung schärfster Kontrolle sowohl hinsichtlich der Verpflichtungen der Erzeuger und Betriebe als auch hinsichtlich der Körperschaften und Behörden durch die Reichsgetreidestelle und die zuständige Landesstelle der größte Wert gelegt werden muß, so ist der Reichsgetreidestelle die Möglichkeit zu geben, sich auch ihrerseits von dem Funktionieren der Einrichtungen zur Erfassung der Vorräte und zur Regelung des Verbrauchs unmittelbar durch Nachschau zu überzeugen. Namentlich soll die Reichsgetreidestelle auch gegenüber den Verbrauchsverbänden schärfer als bisher eingreifen können. Die Grundlage für die Ueberwachung der Erfassung sollen die Wirtschaftskarten bilden, die für jeden Landwirtschaftsbetrieb bei dem Kommunalverband wahlweise auch bei der Gemeinde zu führen sind. Ueber die neu zur Einführung gelangenden

Wirtschaftskarten

wird in § 26 gesagt: Der Kommunalverband hat für jeden Landwirtschaftsbetrieb seines Bezirks eine Wirtschaftskarte nach dem von der Reichsgetreidestelle festgestellten Vordruck zu führen und der Reichsgetreidestelle und deren Beauftragten auf Verlangen die Einsicht in die Wirtschaftskarte und die dazu gehörenden Aufzeichnungen zu gestatten. Durch diese Wirtschaftskarte, diese einschneidendste Aenderung in der neuen Getreideordnung, soll in erster Linie für die Feststellung der Ernteerträge bei den einzelnen Landwirtschaftsbetrieben eine Grundlage geschaffen werden, und zu diesem Zweck soll die Wirtschaftskarte, ausgehend von der Ernteflächenerhebung bei jedem einzelnen Landwirtschaftsbetrieb, folgende Angaben enthalten:

1. Die Bodenfläche des Betriebs auf Grund der Kataster- oder sonstiger zulässiger Unterlagen.
2. Die Zahl der zum Haushalt gehörigen Personen.
3. Das vorhandene Vieh, nach Arten getrennt.
4. Die mit Früchten bebauten Flächen unter Angabe der Früchteart.
5. Das Ergebnis der Ernteschätzung und Nachprüfung.
6. Das von den Betriebsunternehmern zu verbrauchende und vorhandene Saatgut.
7. Der den Selbstversorgern zustehende Bedarfsanteil an Brotgetreide.
8. Die den Betriebsunternehmern für sein Vieh zustehenden Mengen an Futtergetreide.
9. Die aus der Ernteschätzung und Nachprüfung zum Bezug des dem Betriebsunternehmer als Saatgut zur Ernährung der Selbstversorger und zur Fütterung des Viehs sich ergebende Mindestablieferungsschuldigkeit;
10. Die erfolgte Ablieferung (Ablieferungskontrolle);
11. Die zur Verarbeitung für Ernährung und Verfütterungszwecke freigegebenen Mengen (Verbrauchs- und Verfütterungskontrolle);
12. Die als Saatgut gekauften und verkauften Mengen (Saatkontrolle).

Zweifellos wird durch die Einführung dieser Wirtschaftskarte den durch die Kriegsausgaben an sich schon stark belasteten Kommunalverbänden eine neue nicht unbeträchtliche Arbeitsvermehrung aufgebürdet, aber zur Sicherstellung unserer Ernährung und zur Verhinderung ähnlicher Schwierigkeiten, wie wir sie in dem sich dem Ende nähernden Erntejahr erlebt haben, muß die Mehrarbeit geleistet werden. Zur Erfüllung dieser neuen Aufgabe sollen für die Kommunalverbände und Gemeinden in möglichst großem Umfange die Lehrkräfte sowie Hilfsdienstpflichtige herangezogen werden. Die Verbände sollen ferner zur Erfüllung der erweiterten Aufgaben durch Gewährung von Mitteln der Reichsgetreidestelle in den Stand gesetzt werden. Hierbei ist in Aussicht genommen, die Vergütungen nicht nur nach der erfaßten Menge, sondern auch nach der Zahl der geführten Wirtschaftskarten eintreten zu lassen.

Aus der Reihe der Neuerungen mit dem Ziel der restlosen Erfassung der Getreidevorräte sei schließlich noch erwähnt, daß dem Kommunalverband die Möglichkeit gegeben werden soll, zum Zweck letzter und nachdrücklicher Durchführung der gesetzlichen Vorschriften, namentlich der Bekämpfung des Fleischhandels, Vorräte, die einer gesetzlichen Vorschrift zuwider hergestellt oder in den Verkehr gebracht werden, ohne Zahlung einer Entschädigung zu Gunsten der Reichsgetreidestelle, also der Allgemeinheit für verfallen zu erklären.

Um den gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen, sind auch die Strafen erheblich höher als bis jetzt angesetzt. Es kann sogar bei strafbaren Handlungen im Sinne der Brotgetreideordnung, die gewerbs- und gewohnheitsmäßig begangen sind, auf Gefängnis bis 5 Jahre und Geldstrafe bis zu 100 000 Mark erkannt werden. Neben Gefängnis kann auch der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen werden. Die Verordnung tritt am 25. Juni 1917 in Kraft.

Pester Lloyd 27/VI. 1917

155

Die Verwertung der Ernte.

Budapest, 26. Juni.

Nur wenige Tage trennen uns noch von dem Tage, der traditionell als der des Erntebeginnes gilt. In Wirklichkeit hat die Ernte aber bereits begonnen, indem schon im Laufe der verflossenen Woche Roggen auf den Sandböden des Pester Komitats geschnitten wurde. Es war also wohl auch die höchste Zeit, die Verfügungen für die Verwertung der neuen Ernte zu treffen. Tatsächlich ist die Verordnung für die Regelung der Inverkehrsetzung des neuen Getreides am 22. d. M. erschienen. Die einzelnen Bestimmungen dieser Verordnung haben in allen beteiligten Fachkreisen unliebsame Ueberraschung hervorgerufen — bei den Landwirten nicht minder wie bei der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft und ihren Kommissionären, denen die Uebernahme und die Verteilung des Getreides obliegt. Der Grundgedanke für die Nutzbarmachung der neuen Ernte war der, daß das Getreide von der Dreschmaschine weg als requiriert erklärt, in den Besitz des Staates, beziehungsweise der mit der Uebernahme betrauten Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft übergehen sollte. Zum Zwecke der Durchführung dieses Grundgedankens arbeitete die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft mit Hilfe ihrer Kommissionäre eine genaue Rayonierung aus — eine mühevolle sauere Arbeit, die viele Wochen angestrengtester Tätigkeit in Anspruch nahm und just in dem Augenblick beendet war, in welchem sie durch ein Wort als zwecklos und hinfällig erklärt wurde. Die Vergeblichkeit dieser Arbeit wird allerdings das kleinere Uebel sein, wenn es sich zeigen wird, daß dieser Plan durch einen anderen, besser durchführbaren Plan ersetzt wurde. Der Ackerbauminister erklärt, daß er das System der Rayonierung nicht durchführen werde, weil man nur ohne Rayoneinteilung sichere Garantien dafür erlangen könne, daß Verbergung und Verheimlichung der Vorräte nicht in dem Maße geschehen werden, wie es bisher leider geschehen ist. Aber gerade ein Rückblick auf die bisherigen Erfahrungen erscheint durchaus geeignet, dieser Auffassung des Herrn Ackerbauministers zu widersprechen.

Betrachten wir die Genesis der ganzen Frage. Nach dem Ausbruch des Krieges trat zunächst keine prinzipielle Aenderung im Getreideverkehr ein. Abgesehen von lokalen Beschlagnahmen und Requisitionen, wie sie durch Fälle dringenden örtlichen Bedarfes erforderlich erscheinen, blieb der Handel mit Getreide zunächst frei. Die Preise stiegen allerdings rapid, aber wir sagen kaum etwas, was nicht ohnehin bekannt wäre, wenn wir darauf hinweisen, daß diese Steigerungen viel weniger durch die Spekulationslust von Kaufleuten, die notorisch ohne nennenswerte Vorräte standen, als durch die Dringlichkeit der Nachfrage und die Zurückhaltung der landwirtschaftlichen Warenbesitzer herbeigeführt wurden. Den besten Beweis dafür bildet die Tatsache, daß Kaufleute es waren, die zuerst die Forderung einer Maximierung der Getreidepreise aussprachen. Es war auch nicht die Schuld der Kaufleute, wenn man den Preis des Weizens zuerst auf 42 Kronen und darüber steigen ließ und dann mit 40 Kronen maximierte, während kein Fachmann einen höheren Maximalpreis als 30 bis 32 Kronen erwartet hatte.

Daß die Maximierung der Preise sofort jedes Warenangebot verscheuchte und zu den behördlich festgesetzten Preisen überhaupt gar keine Ware mehr erhältlich oder auch nur sichtbar war, ist eine Erscheinung, die nicht nur bei uns und nicht nur bezüglich des Getreides gemacht worden ist. Ueberall und hinsichtlich aller Warengattungen hat man die gleichen Erfahrungen gemacht. Solange der Besitzer über seine Ware formell frei verfügen kann, sperrt er sie, ohne Rücksicht auf die Höhe der vorgeschriebenen Preise, ein, wenn man ihm den Preis diktieren will. Besonders gilt dieser Satz für landwirtschaftliche Besitzer und namentlich für Bauern, deren Willensäußerung sich aus berechtigtem Selbstbewußtsein und Trotz zusammensetzt. Es wurde denn auch sehr bald klar, daß die Maximierung der Preise allein nicht genügte, daß vielmehr dem einen Zwang ergänzungsweise der andere folgen mußte: die Requirierung der vorhandenen Getreidevorräte. Diese wurde denn auch im Frühjahr 1915 angeordnet und durch die Landes-Wirtschaftskommission einer Gruppe Budapester Großhandlungsfirmen übertragen. Es kann heute, aus einer gewissen historischen Perspektive und im Lichte der seitherigen Erfahrungen betrachtet, ganz objektiv festgestellt werden, daß diese Gruppe ihre Aufgabe sehr gut mit dem einfachsten Apparat und den geringsten Kosten gelöst hat. So gut, daß man ihr zuerst auch die Aufbringung der neuen Ernte übertragen wollte und davon nur Umgang nahm, weil man sich zur Gründung der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft entschloß.

Die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft versuchte es zuerst in der Weise, wie man es anscheinend jetzt wieder trotz der mit den Ernten 1915 und 1916 gemachten schlechten Erfahrungen versuchen will: mit einer Form des freien Einkaufs durch Kommissionäre zu vorgeschriebenen Höchstpreisen, die eigentlich ihren Namen zu Unrecht führen, weil es auch nicht gestattet ist, darunter, also billiger, einzukaufen. Die Erfahrungen mit dieser Form des Einkaufs waren nicht befriedigend, es mußte sehr bald wieder zu Requisitionen geschritten werden. Die Schuld des Mißerfolges im Erntejahr 1915/16 wurde dem Umstande beigemessen, daß eine große Anzahl von Munizipien, Anstalten und Unternehmungen das Recht des freien, direkten Einkaufs hatte und davon im umfangreichsten Maße und mit offener Ueberschreitung der sogenannten Höchstpreise Gebrauch machte, wodurch die Tätigkeit der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft naturgemäß stark beeinträchtigt wurde.

Man dachte also das Uebel mit der Wurzel auszureißen, indem man den Munizipien, Anstalten und Unternehmungen das Recht des direkten Einkaufs in der Kampagne 1916/17 nicht mehr gewährte, sondern die Gesamtversorgung, inklusive derjenigen der Heeresverwaltung, der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft übertrug. Der Erfolg war aber auch jetzt nicht viel günstiger. Die Ueberschreitung der Höchstpreise in dem früheren Umfange und mit der früheren Ungeniertheit hat wohl zum größten Teile aufgehört, aber das Hauptübel, die Zurückhaltung und Verheimlichung der Vorräte, blieb bestehen, so daß wieder zu Requisitionen geschritten werden mußte. Selbst die Requisitionen brachten jedoch keinen vollen Erfolg, wie dies am besten daraus hervorgeht, daß sie mit wachsender Strenge mehrmals wiederholt werden mußten, wobei immer noch Material herauskam, das von früheren Requisitionen vorenthalten worden war. Wieviel Getreide durch die Aufbewahrung in ungeeigneten Verstecken verdorben ist, wieviel widerrechtlich an Vieh verfüttert wurde und dadurch für die Versorgung der Bevölkerung verloren ging, entzieht sich natürlich jeder Berechnung. Nach all diesen Erfahrungen konnte man also wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß es nur noch einen Weg gibt, den vollen Ernteertrag für die Zwecke der Ernährung der Bevölkerung zu sichern: das ist das ganze verfügbare Material schon beim Drusch zu erfassen, die erfaßten Vorräte für die Allgemeinheit unmittelbar symbolisch in Besitz zu nehmen und sie dann so rasch als möglich auch faktisch in das Eigentum des Staates, beziehungsweise seines Beauftragten, der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft zu bringen oder dem Konsum zuzuführen.

Diesem Wirtschaftsplan sollte die Verordnung vom 22. Juni zur Grundlage dienen. In der Form, wie sie vorlag, war sie allerdings nicht ohne weiteres durchführbar. Den Kommissionär mit seinem ganzen Vermögen für das bei dem Landwirte lagernde Getreide verantwortlich zu machen (§ 8) und ihn dafür büßen zu lassen, wenn ein Bauer das Getreide an sein Vieh verfüttert, ist eine juristische Absurdität. Die Einrichtung der Uebernahmekommissionen (§ 4) ist eine praktische Unmöglichkeit, weil diese Einrichtung viel mehr Menschen und hauptsächlich viel mehr Zeit erfordern würde, als wir dafür zur Verfügung haben. Aber diese Mängel müßten und könnten leicht behoben werden und nach der Erklärung des Ackerbauministers sollen sie auch tatsächlich behoben werden. Die Verordnung in ihrer Gänze ist jedoch auf dem Prinzip der Rayonierung aufgebaut und mit dieser steht und fällt sie. Wir können es wenigstens nicht anders auffassen. Der Ackerbauminister meint allerdings das Gegenteil. Er glaubt, daß das ganze Getreide nur ohne Rayonierung gesichert werden könne. Wie im vorstehenden dargestellt wurde, scheinen die bisherigen Erfahrungen jedoch das Gegenteil zu beweisen.

Was ist denn, praktisch genommen, der Unterschied zwischen dem freien Einkauf und der Rayonierung? Wir meinen das nicht etwa in bezug auf den Nutzen der Kommissionäre, sondern in dem Sinne, daß das Getreide so schnell und so vollständig an den Konsum gelange, wie es die Interessen der Bevölkerung und der Kriegführung erfordern. Der Unterschied zwischen Rayonierung und freiem Einkauf liegt nun in folgendem: Im Falle der Rayonierung hat der Kommissionär in dem ihm zugewiesenen Rayon das Recht und die Pflicht, alles Getreide ohne persönliche Unterscheidung so rasch und so vollständig zu übernehmen, wie es nach den Umständen und dem Bedarf entsprechend möglich und erforderlich ist. Im Falle des freien Einkaufs hat der Landwirt das Recht, sich denjenigen Kommissionär auszusuchen, der ihm am besten zu Gesichte steht; er wird diesen ihm passenden Kommissionär natürlich auch der Zeit nach erst dann finden, wenn es ihm passen wird, ihn gefunden zu haben. Er wird mit einem Worte das Getreide nur in der ihm beliebigen Zeit und der ihm beliebigen Menge hergeben, und das scheint uns eben mit dem Prinzip, daß die ganze Ernte mit dem Augenblick des Ausdrusches in den Besitz des Staates übergehe, nicht vereinbar zu sein. Es wurde behauptet, daß die Gefahr bestünde, der Kommissionär würde in dem ihm allein zugewiesenen Rayon mit den einzelnen Landwirten unter einer Decke spielen. Aber diese Gefahr erscheint uns ungleich größer, wenn der Warenbesitzer sich aus der Zahl aller Kommissionäre gerade den einen herausuchen darf, der mit ihm zu paktieren geneigt ist. Auch scheint es uns, als ob die Behörden ungleich besser imstande wären, die Gebarung eines einzelnen Kommissionärs als aller oder vieler Kommissionäre in einem bestimmten Bezirk zu überwachen.

Was im Vorstehenden dargelegt erscheint, ist, wie wiederholt bemerkt werden muß, das Resultat der im Verlaufe dreier Kriegsjahre gemachten Erfahrungen. Es ist schwer anzunehmen, daß mit dem gleichen System jetzt andere als die gleichen Erfahrungen gemacht werden könnten. Sollte die Regierung aber trotzdem jetzt in diesem Sinne entscheiden, so zweifeln wir nicht daran, daß man im Spätherbst doch wieder zu Requisitionen schreiten wird. Es ist jetzt an der Regierung, die Vorteile und die Nachteile gegeneinander abzuwägen und endgültige Beschlüsse zu fassen. Aber zweierlei muß doch nachdrücklich betont werden: Erstens sollte man keine Beschlüsse fassen, die den zur Durchführung berufenen Faktoren nicht durchführbar erscheinen. Und zweitens ist es höchste Zeit, die endgültigen Verfügungen zu treffen.

Zum Schlusse nur noch eines. Man hat einige Schlagwörter in die Diskussion geworfen. Zum Beispiel jenes vom Schutz des „kleinen Mannes", dessen Wohl und Wehe der demokratischen Regierung ja am Herzen liegen muß. Kann man nicht der Meinung sein, daß gerade die Rayonierung es möglich macht, jeden dazu geeigneten „kleinen Mann" in dem betreffenden Rayon zu beschäftigen, während der freie Einkauf den kleinen Mann jeder Konkurrenz von außen preisgibt? Dann der schon zum geflügelten Wort gewordene Ausspruch, es sei nicht das Wichtigste, daß der Kommissionär viel verdiene. Gewiß ist das nicht das Wichtigste. Aber warum ein so selbstverständliches Wort in so wenig wohlwollender Weise aussprechen? Wir wissen nicht, ob der Kommissionär viel verdient. Wir wissen nicht, wieviel von der Krone, die heute weniger bedeutet als früher, abgeht, wir wissen auch nicht, wieviel große und kleine Männer sich in den Rest der Krone teilen. Warum aber gerade von dem Kaufmann, der so viele Lasten willig trägt, die Selbstlosigkeit fordern, die man sonst niemand im Lande, vom Großgrundbesitzer angefangen bis zum letzten Béres und vom Großindustriellen angefangen bis zum geringsten seiner Arbeiter herunter, zumutet? Ein etwas objektiveres Urteil für die Arbeit des Kaufmanns, ein wenig Wohlwollen in der Wertschätzung seiner Leistungen darf wohl auch in dieser demokratischen Aera erwartet werden.

Neues Pester Journal 157

28. VII. 1917

Die Verwerthung der neuen Ernte.

Die Getreidehändler gegen die Ernte-Verordnung.

Eine vom Ungarischen Kaufmännischen Landesverband einberufene und von etwa vierhundert Getreidehändlern aus allen Theilen des Landes besuchte Versammlung nahm in recht energischer Weise gegen die vom Ackerbauminister herausgegebene Ernteverordnung Stellung. Die einzelnen Redner führten Beschwerde darüber, daß die Verordnung, welche vorher in einer Fachkonferenz des Volksernährungssenats von allen maßgebenden Faktoren abgelehnt worden, vom neuen Ackerbauminister im Namen der Gesammtregierung, ohne vorher die Vertreter der Landwirthschaft, der Mühlenindustrie und des Getreidehandels zu befragen, herausgegeben wurde. Aus den einzelnen Reden erfuhr man, daß der Minister wohl zur Behebung der meisten der vorgebrachten Beschwerden bereit, von einer Rayonnirung nichts wissen will. Und gerade in der Abschaffung der Rayonnirung erblicken die Getreidehändler eine Gefahr für die öffentliche Versorgung und eine Verfolgung und Verdächtigung des Kaufmannsstandes und der Industrie. Die Versammlung beschloß, in einer Eingabe an die Regierung um die Aufrechterhaltung der Rayonnirung und um Behebung der gravaminösen Verfügungen in der Ernteverordnung anzusuchen.

Die Versammlung nahm folgenden Verlauf:

Um 10 Uhr eröffnete Präsident Reichstagsabgeordneter Paul Sándor die Konferenz. An seiner Seite nahmen die Präsidenten der übrigen Getreide-Interessenvertretungen, die Börsenräthe Alfred Strasser und Koloman Frey, ferner Vizepräsident Dr. Paul Szende und der als Referent fungirende Generalsekretär Dr. Alexander Katona Platz.

Präsident Paul Sándor eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er betonte, daß die Ernteverordnung in prinzipiellen Punkten in einer Richtung verfügte, daß es für die Kaufleute unmöglich gewesen wäre, sich an der Requirirung und Vertheilung unserer heurigen Getreideernte zu betheiligen. Es war nicht allein vom Vermögen, sondern auch von der Ehre der Kaufleute die Rede. Bekanntlich hat sich gegen den ursprünglichen Entwurf der Verordnung der Fachsenat des Landes-Volksernährungsamtes und auch die Kriegsprodukten-A.-G. einstimmig ausgesprochen, so daß dem Minister ein ganz anderes Elaborat zur Entscheidung vorgelegt wurde, als es in vollständig gemeinschaftlichem Einvernehmen festgestellt worden war. Es scheint, daß der Ackerbauminister, der sich erst seit Kurzem im Amte befand, hievon keine Kenntniß besaß. Auf diese Weise haben sich verschiedene Mißverständnisse in die Verordnung eingeschlichen, doch ist Ackerbauminister Béla v. Mezössy mit der größten Bereitwilligkeit geneigt, diese zu repariren. Auch seinen Augen schwebt in erster Linie das große Landesinteresse vor. Der Minister hat in Aussicht gestellt, daß er, die Vorschläge des Landes-Volksernährungsamtes und der Kriegsprodukten-A.-G. vor Augen haltend, die Verordnung abändern wird. Er wird innerhalb kürzester Zeit die betreffende Zusatzverordnung veröffentlichen, und ich hoffe zuversichtlich, daß diese zweite Verordnung allgemeine Beruhigung und Zufriedenheit erwecken wird. (Rufe: Wir glauben es nicht!) Ich denke, der Minister irrt sich in der Annahme, daß er im Stande sein wird, die Rayonnirung ganz zu beseitigen, und daß man innerhalb einiger Wochen vom freien Einkauf auf die Rayonnirung wird zurückgreifen müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Referent Dr. Alexander Katona bemerkt: Der Grundfehler der Verordnung sei, daß sofort nach erfolgtem Drusch eine Uebernahme und Einlagerung des gesammten Fechsungsüberschusses von Seite der Kom-

Blatles:

Mit täglicher Postzusendung.

Für das Inland:

monatlich . . . . K. 3—
vierteljährig . . . K. 8 80
halbjährig . . . . K. 17 60
ganzjährig . . . . K. 35 20

Für das Ausland:

vierteljährig . . . K. 15.—

Mit der dazugehörigen „Illustrierten Sonntags-Beilage" monatlich . . 20 Heller mehr

46. Jahrgang.

te

riechenlands an

Dujestr.

hoffen.

Westungarisch

Erntezeit.

Nach einem alten bäuerlichen Wahrwort werden zu Peter und Paul die Kornwurzeln faul. Und das dürfte sich auch heuer, ja heuer ganz besonders, bestätigen, der Schnitt kann also beginnen. Die Trockenheit, die in diesem Frühsommer in den meisten Teilen des Landes herrschte, hat die Erntezeit beschleunigt und das war gut; ob sie auch die Kernbildung gefördert hat, das bleibt noch zweifelhaft. Die Berichte sind nicht allzu verlockend, wenn sie auch von einer minderen Ernte nichts enthalten. Von einer Mißernte aber, die so viele Pessimisten und Schwarzseher ausrufen, kann keine Rede sein. Solche Unkenrufe hören wir jedes Jahr vor der Ernte. Daß sie heuer nicht so lebhaft sind, erklärt sich daraus, daß den Preistreibereien durch die Kriegswirtschaft, in der wir leben, ein Riegel vorgeschoben wurde.

Ob dieser Riegel aber gut sitzt, ob es keine Spalte gibt, die das Durchschlüpfen ermöglicht, keine Hintertüren für verwegene Händler, das ist eine andere Frage. Es ist dem Ministerium Tißa, dessen Andenken immer ein gutes bleiben wird, nicht gelungen, dem schändlichen Kriegswucher, der Ausbeutung des Volkes durch die Hyänen des Händlertums Herr zu werden und man muß hoffen, daß die neue Regierung, die einen so starken sozialen Einschlag hat, darin glücklicher ist.

Erntezeit, heilige Zeit! Das Wort gilt für einen Agrarstaat wie Ungarn im höchsten Maße. Unser Schicksal hängt immer in den Wolken, es liegt außerhalb unserer Macht, das volle Gelingen, das Gedeihen all unserer Arbeit zu verbürgen. Erst wenn wir die Ernte unter Dach und Fach haben, wissen wir, was wir besitzen und leisten können. Die Stellung Ungarns in der Monarchie wird nicht nur durch seine tapferen Regimenter, sie wird vornehmlich durch seine Ernte bestimmt. Dieser Weltkrieg hat für die landwirtschaftliche Kultur wieder einen Hintergrund aufgezeigt, an dessen Vorhandensein die moderne Welt gar nicht mehr dachte. Es war so selbstverständlich, daß man sein tägliches Brot hatte, woher es kam, darnach fragte niemand. Leichtfertig war die ländliche Bevölkerung der Industrie und den Städten zugetrieben, die Entblößung des Landes von Arbeitern war eine allgemeine. Auch die Scheinindustrie, die vom Staate künstlich erhaltene und durch reiche Zuschüsse aus öffentlichen Geldern aufgepäppelte, erschien den Herren in den Ministerien wichtiger als die Vorsorge für das Gedeihen des Agrikulturlebens und die Erhaltung unserer hauptsächlichsten Erwerbsquelle.

Der Krieg dürfte manchem die Augen geöffnet haben. Ungarns Stärke liegt in seinem Bodenbesitz und dessen möglichster Ausbeutung. Die Steigerung seiner Ertragsfähigkeit müßte die vornehmste Aufgabe einer Regierung sein. Kein Mittel dafür kann zu kostbar, keine Mühe zu groß sein. Und die Erhaltung des Bauernstandes, auch der kleinsten Wirtschaften, sollte als oberstes Gebot jeder Regierung Geltung haben. Man redet jetzt so viel von den Arbeitern. Wir möchten daran erinnern, daß das in Ungarn etwas anderes bedeutet als etwa in Sachsen oder sonstwo. Wenn man in Ungarn von der Förderung der Arbeiterschaft redet, von den Rechten, die man ihr zuzuwenden gedenkt, dann unterscheide man nicht zwischen Industrie- und landwirtschaftlichen Arbeitern, denn die letzteren sind bei uns die wichtigeren. Wer von politischen Begünstigungen „namentlich der Industriearbeiter" redet, der treibt Spiegelfechterei, der will die Mehrheit der Arbeiter benachteiligen. Es wird künftig wichtig sein, das Los der landwirtschaftlichen Arbeiter zu verbessern, ihnen die Löhne zu erwirken, die den heutigen Getreidepreisen entsprechen und sie durch Heimstätten und andere Begünstigungen an die Scholle zu binden. Oft genügt ein kleinster Besitz, eine Heimat zu gründen für Generationen. Landwirtschaftliche Taglöhner, die nicht auf eigenem Grund und Boden sitzen, werden in unserer Zeit auf dem Lande nicht festzuhalten sein. Jede Pofelindustrie gibt ihnen scheinbar mehr und lockt sie in die Proletarierviertel der Städte. Das kann nur verhindert werden durch Bindung an den Boden, durch großzügige Förderung des ländlichen Heimstättenwesens. Unbelastbar und unverkäuflich aber müssen diese Heimstätten sein,

Pester Lloyd
Abendbl.
30./VI. 1917
162

Landesversammlung der Getreidehändler gegen die neue Ernteverordnung.

Budapest, 27. Juni.

Unter außerordentlich imposanter Teilnahme der Getreidehändler hat heute vormittag im Schoße des Ungarischen Kaufmännischen Landesverbandes eine Landeskundgebung gegen die jüngst erlassene neue Ernteverordnung der Regierung stattgefunden. Mehr als 400 Getreidehändler haben sich aus allen Landesteilen eingefunden, um gegen diese gravaminöse Verordnung Stellung zu nehmen. Mit großer Erbitterung wurde konstatiert, daß wieder einmal von seiten der Regierung eine hochwichtige wirtschaftliche Verfügung ohne vorherige entsprechende Vorbereitung getroffen wurde. Der Entwurf einer Verordnung, der vorher von sämtlichen maßgebenden Faktoren in einer Fachkonferenz des Volksernährungssenats verworfen wurde, ist dem neuen, erst seit einigen Tagen amtierenden Minister für Ackerbau unterbreitet und mit dessen Genehmigung im Namen der Gesamtregierung veröffentlicht worden. Nach dem Erscheinen der Verordnung stellten alle maßgebenden Faktoren der Landwirtschaft, der Mühlenindustrie und des Getreidehandels fest, daß diese Verordnung vollständig undurchführbar ist. Wohl hat der Ackerbauminister mit anerkennenswertem Entgegenkommen sofort auf die bei ihm gemachten Vorstellungen erklärt, daß er geneigt sei, die Verordnung den Wünschen der Interessenten entsprechend teilweise abzuändern, in der so wichtigen Frage der Rayonierung jedoch hält der Minister an dem Standpunkte fest, daß er keine Rayonierung zulasse, sondern nur den freien Einkauf aller Kommissionäre der Kriegsprodukten-A.-G. durchführen wolle. Die heutige Landesversammlung der Getreidehändler sprach sich mit imponierender Einmütigkeit dafür aus, man möge versuchen, den Minister davon zu überzeugen, daß die Abschaffung der Rayonierung schwere Gefahren für die öffentliche Approvisionierung involviere. Präsident Paul Sándor und sämtliche Redner befleißigten sich einer strengen sachlichen Kritik, doch betonten alle Redner, namentlich Präsident Sándor, der Referent Dr. Alexander Katona und Vizepräsident Dr. Paul Szende, daß in dieser Regierungsverordnung der antimerkantilistische Geist der Jüngstvergangenheit neuerdings kraß in die Erscheinung tritt und daß mit diesem System der Verfolgung und Verdächtigung des Kaufmannsstandes und der Industrie endlich gebrochen werden müsse. In der Aera, die ausschließlich der Demokratie und dem allgemeinen Wahlrecht gelten will, sei das nicht anders denkbar. Die Konferenz beschloß einstimmig, bei der Regierung neuerdings vorstellig zu werden, damit die Rayonierung aufrechterhalten und die Auswüchse und Gravamina der Ernteverordnung repariert werden. Am besten wäre es allerdings, durch eine neue Verordnung den heurigen Getreideverkehr ganz neu zu regeln.

Die Versammlung nahm folgenden Verlauf:

Um 10 Uhr eröffnete Präsident Reichstagsabgeordneter Paul Sándor die Konferenz. An seiner Seite nahmen die Präsidenten der übrigen Getreide-Interessenvertretungen, die Börsenräte Alfred Strasser und Koloman Frey, ferner Vizepräsident Dr. Paul Szende und der als Referent fungierende Generalsekretär Dr. Alexander Katona Platz. Der Saal war zum Erdrücken voll. Sämtliche der Getreidebranche angehörenden Börsenräte sowie die Budapester und Provinz-Kommissionäre der Kriegsprodukten-A.-G. waren in sehr großer Zahl anwesend.

Eröffnungsrede des Präsidenten Paul Sándor.

Präsident Paul Sándor eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

Es gereicht mir zu besonderem Vergnügen, konstatieren zu können, daß die Getreidehändler des Landes in so großer Anzahl unserer Einladung Folge geleistet haben. Die Einberufung dieser Konferenz erfolgte zu jenem Zeitpunkt, als die Regierungsverordnung über die Inverkehrsetzung der neuen Ernte erschienen ist. Wir glaubten in dieser Verordnung so schwerwiegende Gravamina zu entdecken, daß wir es für unsere Pflicht erachteten, unsere Mitglieder zu dieser Landeskonferenz einzuberufen. Die Verordnung verfügte in prinzipiellen Punkten in einer Richtung, daß es für die Kaufleute unmöglich gewesen wäre, sich an der Requirierung und Verteilung unserer heurigen Getreideernte zu beteiligen. Es war nicht allein von Vermögen, sondern auch von der Ehre der Kaufleute die Rede. Letzteres aber ist in unseren Augen ein viel größerer Schatz als unser materieller Vorteil. (Stürmischer Beifall.) Deshalb haben wir unsere Mitglieder telegraphisch und in dringendster Weise zur heutigen Konferenz eingeladen. Seither haben sich verschiedene wichtige Ereignisse abgespielt. Bekanntlich hat sich gegen den ursprünglichen Entwurf der Verordnung der Fachsenat des Landes-Volksernährungsamtes und auch die Kriegsprodukten-A.-G. einstimmig ausgesprochen, so daß dem Minister ein ganz anderes Elaborat zur Entscheidung vorgelegt wurde, als es in vollständig gemeinschaftlichem Einvernehmen festgestellt worden war. Es scheint, daß der Ackerbauminister, der sich erst seit kurzem im Amte befand, hievon keine Kenntnis besaß. Auf diese Weise haben sich verschiedene Mißverständnisse in die Verordnung eingeschlichen, doch ist Ackerbauminister Béla v. Mezőssy mit der größten Bereitwilligkeit geneigt, diese zu reparieren. Auch seinen Augen schwebt in erster Linie das große Landesinteresse vor. Der Minister hat in Aussicht gestellt, daß er, die Vorschläge des Landes-Volksernährungsamtes und der Kriegsprodukten-A.-G. vor Augen haltend, die Verordnung abändern wird. Er wird innerhalb kürzester Zeit die betreffende Zusatzverordnung veröffentlichen, und ich hoffe zuversichtlich, daß diese zweite Verordnung allgemeine Beruhigung und Zufriedenheit erwecken wird. (Rufe: Wir glauben es nicht!) Ich denke, der Minister irrt sich in der Annahme, daß er imstande sein wird, die Rayonierung ganz zu beseitigen, und daß man innerhalb einiger Wochen vom freien Einkauf auf die Rayonierung wird zurückgreifen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich ersuche den Referenten Generalsekretär Dr. Alexander Katona, sein Referat zu erstatten.

Referent Dr. Alexander Katona

skizziert die Antezedentien der Regierungsverordnung. Diese ist konform mit dem Referentenentwurf des Landes-Volksernährungsamtes, gegen den der Senat für Volksernährung einstimmig Stellung genommen hat. Der Ackerbauminister hatte davon keine Kenntnis, weil er der Meinung war, er stehe einem Entwurfe gegenüber, der die einmütige Stellungnahme sämtlicher Interessen darstellt. Der Referent geht sodann auf eine eingehende Kritik der Verordnung über. Der Grundfehler sei, daß sofort nach erfolgtem Drusch eine Uebernahme und Einlagerung des gesamten Fechsungsüberschusses von seiten der Kommissionäre gefordert wird. Das ist jedoch undurchführbar, auf jeden Fall jedoch nicht zweckmäßig. Gravaminös für die Kommissionäre ist jene Verfügung, daß sie verpflichtet sind, den eigenen Haus- und Wirtschaftsgebrauch ohne jede Provision zu verkaufen. Ferner, daß sie für das von dem Produzenten noch gar nicht übernommene Getreide vermögensrechtlich haftbar sind und genötigt werden, eine Verwahrungs- und Lagergebühr zu bezahlen. Die in der Presse erschienenen Erklärungen des Ackerbauministers haben die Interessenten nicht beruhigt, namentlich hat sie die Erklärung überrascht, daß der Minister das Prinzip der Rayonierung fallen lasse, wo doch die ganze Verordnung auf diesem Grundgedanken aufgebaut ist. Das allein macht es notwendig, daß die Verordnung vollständig umgearbeitet werde. Er skizziert sodann jene Grundprinzipien, die bei der Umarbeitung in erster Reihe in Betracht kommen würden, und fügt hinzu, der Minister habe bereits seine prinzipielle Geneigtheit hiezu erklärt. Von diesen Abänderungen seien erwähnt, daß der Kommissionär für das ganze durch ihn manipulierte Getreide eine Provision erhält und daß er eine Haftung nur für solches Getreide zu tragen habe, das er durch sein Verschulden beim Produzenten zurückgelassen hat. Der Kommissionär wird das Getreide sukzessive übernehmen und nach Verfügung der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft abliefern. Die Kosten des Transportes und der Lagerung werden die Kommissionäre nicht belasten. Der Referent teilt noch eine große Reihe von Abänderungsvorschlägen mit, die allgemeinem Beifall begegnen.

Die Debatte.

Präsident Paul Sándor verweist wiederholt darauf, daß es fixe Abmachungen noch nicht gibt, der ganze Fragenkomplex stehe eigentlich jetzt vor der Entscheidung. Man verfüge nur über Zusagen und Versicherungen der maßgebenden Stellen. Der Präsident meint, es sollen vorher Fragen hinsichtlich der unklaren Punkte gestellt und erst dann in die Debatte eingegangen werden.

Hierauf stellt Friedrich Herzfeld die Frage, ob die Entscheidung hinsichtlich des Fallenlassens der Rayonierung endgültig sei.

Präsident Paul Sándor bejaht das, indem Ackerbauminister Mezőssy entschieden erklärt hat, daß er der Rayonierung auf keinem Fall zustimme. Da die Regierungsverordnung auf dem Rayonsystem aufgebaut ist, müsse die Verordnung ganz umgearbeitet werden. Dagegen sei jedes Remonstrieren vergeblich, der Minister will eben den freien Verkehr herstellen und der Verband, der stets für die volle Handelsfreiheit eintrat, könne gegen eine solche Entschließung nicht Stellung nehmen.

Friedrich Herzfeld verweist sodann darauf, daß der Ackerbauminister eigentlich eine Verfügung trifft, über die eine Entscheidung nicht ihm allein zusteht. Man müsse sich also auch an die anderen Ressortminister halten. Die Verordnung bedroht sehr wichtige Interessen der Kriegführung. Darüber müsse man den Honvédminister aufklären. Erst dieser Tage erklärte ein Mitglied der Regierung, man werde für die Folge niemals wieder eine Verordnung erlassen, bevor die Interessenten nicht Gelegenheit hatten, ihr Fachgutachten abzugeben. Redner bittet daher den Präsidenten wiederholt um seine energische Intervention.

Der Präsident berichtigt die Worte des Vorredners. Die Verordnung habe im Namen der Gesamtregierung der Ministerpräsident unterfertigt, somit stehen wir einer Entschließung der Gesamtregierung gegenüber. Die Modifizierung wird nicht durch eine Durchführungsverordnung, sondern durch eine neue Zusatzverordnung erfolgen. Das allein sei ein sehr großer Erfolg.

Börsenrat Koloman Frey hört mit Bedauern, daß es sich eigentlich nur noch um Pläne und gute Absichten bei der Reparierung der Regierungsverordnung handelt. Als die frühere Regierung fiel, hofften die Kaufleute, daß das bisherige antimerkantilistische System nunmehr aufhören wird und daß im Zeichen des allgemeinen Wahlrechtes auch Handel und Industrie zu der ihnen gebührenden Achtung gelangen werden. Die erste Verordnung der neuen Regierung bringe nun eine peinliche Enttäuschung. Der Minister sei ganz falsch informiert. Man werfe den Kommissionären vor, daß sie durch ihre Arbeit nur Geld zu verdienen beabsichtigen. Das habe auch der neue Ministerpräsident jüngst in einer Parlamentsrede gesagt. Nun sei es ganz sonderbar, Staatsbürgern den Vorwurf zu machen, daß sie nach Gelderwerb gehen. (Rufe: So ist's! Wovon sollen wir Kriegsanleihen zeichnen?) Daß man die Rayonierung fallen ließ, sei für die Kaufleute recht bedauerlich, da sie einer ruhigen und sicheren Arbeitsmöglichkeit verlustig werden. Redner ist überzeugt, man werde das Prinzip, wonach die Rayonierung fallen zu lassen sei, durch keinerlei Aktion zum Sturze bringen können. Die Kaufleute seien jedoch gewohnt, nüchtern zu denken und sie wissen recht gut, weshalb man die Rayonierung nicht haben will. Man hofft dadurch zu erreichen, daß die einsetzende große Konkurrenz in der Getreidebeschaffung für die Landwirte wieder unbegrenzte Vorteile bringen wird, darüber sollten sich die Kommissionäre keiner Täuschung hingeben. (Rufe: Man zwingt uns, unsere Provision mit den Produzenten zu teilen!) Redner fordert aber alle Kommissionäre der Kriegsprodukten-A.-G. auf, einmütig zu erklären und fest und unerschütterlich dabei zu verharren, daß sie keinen Heller ihrer Provision den Produzenten zurückvergüten. (Großer Beifall.)

Vizepräsident Dr. Paul Szende gibt seiner Freude über den so zahlreichen Besuch der Versammlung Ausdruck, denn das beweise, daß die Kaufleute immer fest zusammenhalten, wenn es gilt, bedrohte Interessen zu verteidigen und ungerechte Angriffe zurückzuweisen.

Was die Ernteregierungsverordnung betrifft, ist diese geeignet, die Kaufleute schwer zu schädigen, ohne dabei jemandem zu nützen. Die bisherige handelsfeindliche Richtung dokumentiere sich auch in dieser Verordnung, und deshalb müsse diese zur Gänze zurückgezogen werden. Das an und für sich wird ein großer Erfolg sein. (Beifall.) In der Frage der Rayonierung sei es sehr schwer, unter den heutigen Verhältnissen etwas zu unternehmen, denn in dem Fallenlassen dieses Prinzips liege eigentlich kein antimerkantilistisches Vorgehen. Die Rayonierung fordern übrigens auch die Vertreter der Landwirte selbst. Leider liege nun die Gefahr vor, daß die Kommissionäre wieder vielfach einen Teil ihrer Provision opfern werden, nur um je mehr Getreide an sich zu reißen. Redner versichert neuerlich, der Verband werde alles tun, damit die Auswüchse der Verordnung eliminiert und für die Zukunft das bisherige antimerkantilistische System ausgemerzt werde. Wir leben jetzt unter einer Regierung, die auf ihre Fahne die Worte „Demokratie und allgemeines Wahlrecht" als Devise geschrieben hat.

Auch der neue Justizminister Dr. Wilhelm Vázsonyi (Großer Beifall) erklärte jüngst im Parlament, die Zeit der Angriffe und der Negligierung des ehrlichen, legitimen Handels sei vorbei, nun soll das aber auch bewiesen werden. (Beifall.) Es ist natürlich kein öffentliches Interesse, daß die Kommissionäre viel Geld verdienen, aber daß sie für ihre große Mühe und Arbeit entlohnt werden müssen, sei natürlich. Ohne der Mitwirkung der Kommissionäre aber könne die Requirierung überhaupt nicht durchgeführt werden. Deshalb müsse man von dem schlecht informierten Minister an den gut informierten Minister appellieren. Die Versammlung möge somit die Verbandsleitung anweisen, auch weiter auf der Hut zu sein, die Aenderung, beziehungsweise das Zurückziehen der Verordnung zu betreiben. Sofern es nicht gelingt, diese Reparation erfolgreich durchzuführen, soll neuerlich dringend eine Landeskonferenz einberufen werden und die energischeste Aktion einsetzen. (Stürmischer Beifall.)

Armin Werkner bringt einige Detailfragen zur Sprache, worauf Friedrich Herzfeld den Präsidenten nochmals ersucht, für die Beibehaltung der Rayonierung energisch einzutreten und darauf zu verweisen, wie erfolgreich die Kommissionäre die Maisrequirierung abgewickelt haben.

Präsident Paul Sándor erklärt, er müsse in erster Reihe stets den Kampf um die Anerkennung der Ehrlichkeit des Handels führen. Was die Rayonierung betrifft, werde er versuchen, den Minister umzustimmen, doch müsse man jedenfalls wenigstens trachten, die Härten der Verordnung zu mildern. Die Versammlung wurde einberufen, damit die große Masse der Kaufleute dokumentiere, wie einheitlich sie hinter den Forderungen des Präsidiums stehe. Es sei sehr erfreulich und für den Erfolg vielverheißend, daß diese Kundgebung so imposant verlaufen ist.

Nach einer persönlichen Bemerkung von Friedrich Herzfeld spricht noch Emil Zerkowitz. Er sieht mit großer Befriedigung, daß von seiten des Ungarischen Kaufmännischen Landesverbandes Präsident Paul Sándor und Vizepräsident Dr. Paul Szende mit gewohnter Energie jene Gravamina zu beseitigen wünschen, die sich in die neue Regierungsverordnung eingeschlichen haben. Diese Männer wollen durchsetzen, daß man die Ehre des Kaufmannstandes anerkenne und daß man den irregeführten Ackerbauminister entsprechend aufkläre. Es müsse das namentlich in den Fragen der Provision und des Saatgutes erfolgen. Redner blickt mit großem Vertrauen dem Erfolge der Aktion entgegen und sagt der Verbandsleitung für ihr energisches Auftreten im Namen der Anwesenden Dank. (Allgemeine Zustimmung.)

Die Beschlüsse.

Der Präsident enunziert sodann den einstimmigen Beschluß, daß die Versammlung für die unveränderte Beibehaltung des Rayonierungssystems Stellung nehme und das Präsidium beauftrage, im Einvernehmen mit allen übrigen Interessenten energisch darauf zu dringen, daß die Regierung die Ernteverordnung durch eine neue, zweckentsprechende Verfügung ersetze. Ferner wird ausgesprochen, daß das Präsidium sofort eine neuerliche Landeskonferenz einberufen wird, wenn eine einheitliche Stellungnahme des Getreidehandels zu einer neuen Phase dieser Frage notwendig erscheint. (Lebhafter Beifall.)

Unter Eljenrufen auf den Präsidenten wurde die Konferenz hierauf geschlossen.

hinwegsetzt, sich in großem Nachteil befinden. So haben die meisten Klein-, Mittel- und Großgrundbesitzer ihren Weizen der Kriegsprodukten-A.-G. um 41 k hergegeben, während die Schmuggelware 80 bis 120 k kostete und gegenwärtig zu 200 bis 300 Kronen beschafft werden kann. Schmuggelware gab es viel und es gibt auch gegenwärtig solche. Je mehr Schranken die freie Bewegung des Landwirtes binden, ein desto besseres Geschäft machen jene, deren Gewissen genug elastisch ist, um alles zu riskieren. Diese Wirkung der Höchstpreisbestimmung ist überaus schädlich, daher müßte die Maximierung auf die dem Heere unentbehrlichen Artikel beschränkt, bei diesen jedoch soll die Verheimlichung auf das strengste geahndet werden. Demgegenüber muß man wahrnehmen, daß gegen den Landwirt eine wahre Maximierungsepidemie aufgetreten ist, die jeden Samen, jeden Knollen ergriffen hat. Unser Hauptbestreben zielt dahin, daß je weniger Artikel maximiert und requiriert, der größte Teil der Produkte aber dem freien Verkehr zurückgegeben werde. Dies würde natürlich den vielen Zentralen nicht gefallen; doch ist es nicht unsere Aufgabe, ihr Gedeihen zu fördern. Zu Beginn des Krieges war der Weizenpreis 33 Kronen, heute ist er mit 41 Kronen festgestellt, er stieg also bloß um 24 Prozent. Wie steht es aber mit der Vermittlung? Der Vermittlerlohn betrug vor dem Kriege 10 Heller, heute beträgt er anderthalb, beziehungsweise zweieinhalb Kronen, da gegenwärtig auch eine Krone an Requierierungsgebühr bezahlt werden muß; daher beträgt die Steigerung der Vermittlungskosten 1150 Kronen. Ein Paar Stiefel kostete vor dem Kriege 20 Kronen, heute kosten sie 100 Kronen, die Teuerung beträgt also 400 Prozent. Der Taglohn hat sich je nach den verschiedenen Gegenden um 200 bis 800 Prozent verteuert. Steht nun die 24prozentige Preiserhöhung des Weizens mit diesen Preissteigerungen im Verhältnis? Könne man da den Landwirt des Wuchers beschuldigen?

Graf Zselénßky wendet sich sodann in heftigen Worten gegen den Sozialismus, dessen Irrlehren gegenwärtig zahlreiche Politiker, ja sogar noch mächtigere Faktoren schmeicheln. Empörend war das Verhalten dieser gesellschaftlichen Strömung in Stockholm. Unsere Heeresleitung hat in Serbien für Straßen- und Eisenbahnen Millionen investiert; all diese Millionen wollen die ungarischen Sozialistenführer in ihren ausländischen Reden Serbien schenken, ja sie wollen sogar den armen Serben Schadenersatz leisten für ihre verdienten Leiden, sie wollen ihnen eine Küste geben. Der größte Teil der Zeitungen aber teilte diesen Vorschlag, der, gibt es einen Vaterlandsverrat, gewiß einen solchen bedeutet, ohne jeden Kommentar mit. Ganz-Europa ist, mit Ausnahme einiger Neutralen, ungeheuer verschuldet, dies muß die riesige Steigerung der Steuerlast oder die Enteignung eines Teiles des Privatvermögens nach sich ziehen. Die Lasten des Krieges, die Milliardengewinne der Heereslieferanten werden größtenteils der Landwirt und der Hausbesitzer dem Staate zurückbezahlen. Unter solchen Verhältnissen wissen die Politiker nichts Gescheiteres, als Ungarn sozialistisch zu machen, neue Ministerien zu kreieren, damit die Staatsausgaben noch höher, die Bewegungsfreiheit des Individuums noch beschränkter werden. Der Landwirtestand müsse gegen solche Strömungen einhellig Stellung nehmen, da er den Löwenanteil der neuen Lasten trägt und von der Vermögenskonfiskation am meisten leiden wird. In vielen Gegenden hat die Feldmaus unsere Weizensaaten derart beschädigt, daß große Areale im Frühjahre ausgeackert werden mußten. Da gibt es natürlich keinen Weizen, bloß Unkraut. Auf diese Nachricht haben die Herren von der Kriegsproduktengesellschaft die Grundbesitzer beschuldigt, daß sie den Weizen ausgeackert haben, um statt seiner besser rentierende Produkte anzubauen, und verlangten strenge Vergeltungsmaßregeln gegen die Landwirte. Dies zeigt, wohin die Landwirte mit dem Staatssozialismus gelangen werden, wenn die jetzt verhätschelte Richtung sich noch weiter entwickelt. Es ist auf der ganzen Linie die größte Sparsamkeit, angestrengtester Fleiß notwendig, damit wir irgendwie leben können. Die Landwirte brauchen eine eiserne Disziplin zur Bezähmung der infolge des Krieges unausbleiblich verwilderten Sitten. Dagegen ist das Vordringen des jede Gesellschaft zersetzenden Sozialismus zu konstatieren, ferner sehen wir die Schaffung von Ministerien für Eisenbahnen, Schöne Künste, soziale Angelegenheiten und noch andere Ressorts. Gegen diese Strömung werden die Landwirte hoffentlich in je dichteren Reihen Stellung nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Landesversammlung der Landwirte.

Budapest, 11. Juni.

Der Landes-Agrikulturverein hat die Landwirte für gestern zu einer Landesversammlung einberufen, in der über die Erhöhung der Getreidehöchstpreise Beschlüsse gefaßt wurden. Die Beratung bewegte sich in der gewohnten Art um die schweren Lasten, die unerschwinglichen Kosten der Grundbesitzerklasse. Die Diskussion entwarf ein düsteres Bild der materiellen Bedrängnis der Grundbesitzer. Entspräche dieses Bild der Wahrheit, so gäbe es keinen beklagenswerteren Stand in diesem Lande, als jenen der Großgrundbesitzer, denen nur durch die Erhöhung der Getreidepreise geholfen werden könnte. Die Führer unserer Agrarier haben aber ein Herz für den allgemeinen Verbrauch und wollen daher den Brotpreis nicht erhöht wissen. Die Steigerung des Getreidepreises soll nach ihrem Rezept durch die Erhöhung der Feinmehlpreise, ferner durch die Verringerung des Mahllohnes der Mühlen sowie der Vermittlungsgebühr des Getreide- und Mehlverkehrs eingebracht werden. Dabei soll der landwirtschaftlichen Bevölkerung das billige Brot und Mehl gesichert bleiben, hingegen sollen die Lasten der hohen Getreidepreise bloß auf die städtische Bevölkerung und die industrielle Arbeiterschaft gewälzt werden. Mit rücksichtsloser Offenheit wird das Schlagwort von dem Gegensatze zwischen Stadt und Land verkündet. Die städtische Bürgerschaft soll dazu verurteilt werden, alle Lasten des Krieges im Interesse des materiellen und finanziellen Gedeihens der Grundbesitzer einseitig zu tragen. Kein Wort vernahm man von den Riesengewinnen der Landwirtschaft aus dem Viehverkehr, aus den enormen Preisen aller übrigen landwirtschaftlichen Produkte. Man hörte nur Klagen über die niedrigen Getreidepreise, die angeblich den Ruin unserer Landwirtschaft verursachen. Von einer Herabsetzung der wucherischen Vieh- und Fleischpreise war natürlich keine Rede. Die agrarischen Führer verstiegen sich sogar zu der unerhörten Forderung, daß die Arbeitskräfte der Industrie und des Bergbaues für die landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen werden. Daß der Vollbetrieb der Industrie und des Bergbaues eine unentbehrliche Vorbedingung des wirtschaftlichen und militärischen Durchhaltens ist, schert diese Herren wenig.

Ueber den Verlauf der Versammlung berichten wir im nachstehenden:

Eröffnungsrede des Grafen Zselénßki.

Vorsitzender Graf Robert Zselénßki eröffnete die Versammlung mit einer längeren Rede. Die Einberufung der heutigen Tagung sei notwendig geworden, damit die Landwirte die Verordnungen betreffend die Requirierung und die Preisbestimmung erörtern. Man dürfe nicht vergessen, daß in einem großen Teile des Landes eine Dürre aufgetreten ist, die unsere ganze Ernte wieder in Frage stellt. Seit langer Zeit gab es keinen so anarchischen Zustand in der Landwirtschaft wie jetzt. Jene, die die Höchstpreise einhalten und die eine schlechte Ernte hatten, können ihren Betrieb häufig nur sehr schwer aufrechterhalten; hingegen schwimmen all jene, die über den Höchstpreis verkaufen und denen eine gute Ernte beschieden war, im Gelde. Während der allergrößte Teil der landwirtschaftlichen Produkte maximiert ist, wurden die Preise der Industrieerzeugnisse bloß vereinzelt im Verordnungswege festgestellt; die ersteren müssen den vielen sogenannten Zentralen eingeliefert werden, die letzteren aber bilden den Gegenstand des freien Handels. Daher ist alles, was der Landwirt verkauft, zu billigem Preise erhältlich, hingegen muß er für jede Ware, die er kauft, exorbitante Preise bezahlen. Und doch sei der Landwirt nach den Organen der Presse der Wucherer. Rindvieh, Pferde, Wein sind nicht maximiert, ihre Preise sind zwar hoch, doch behalten sie ihr Niveau so ziemlich, und der Landwirt, der die Verordnungen einhält, erleidet gegenüber demjenigen, der die Verordnungen außer acht läßt, bei diesen, den Gegenstand freien Verkehrs bildenden Produkten keinen Nachteil, während die ehrlichen, die Verordnungen respektierenden Landwirte hinsichtlich der Produkte mit behördlich festgestellten Höchstpreisen gegenüber demjenigen, der sich über die Verordnungen

Die Tagesordnung.

Die Erhöhung der Getreidepreise.

Direktor Julius Rubinek stellt fest, daß unsere diesjährige Getreideernte zweifellos ebenso mißlungen sein wird wie die vorjährige. Schon mit dieser Tatsache allein ist die Erhöhung der Getreidepreise als eine definitiv entschiedene Frage zu betrachten. Es gibt auch keinen ernsten Faktor, der die Berechtigung und die Notwendigkeit dieser Preiserhöhung bezweifeln würde. Heute, da der Weizenpreis in Chicago k 51 beträgt und in Italien bereits im Vorjahre ein Weizenpreis von k 50 festgestellt wurde, kann die Notwendigkeit der Preiserhöhung nicht mehr Gegenstand der Debatte bilden. Die Welternte war so schlecht, daß wir auch ohne den Krieg höhere Getreidepreise hätten als die jetzigen; das Maß dieser Erhöhung zu bestimmen, ist aber sehr schwer, da wir den Preis nicht so steigern können, daß er dem Landwirt ein Einkommen sichere. Auch wird der Betrieb verlustreich sein und jetzt ist nur davon die Rede, daß wir durch die Steigerung der Höchstpreise diesen Verlust der landwirtschaftlichen Betriebe verringern. Die Preiserhöhung der Produkte genügt aber nicht, man muß der Landwirtschaft auch durch eine Festsetzung der Höchstpreise der Industrieartikel zu Hilfe eilen, denn sonst zwingt man die Landwirte, ihre Betriebe und auch damit den Verlust womöglich zu verringern. Die Höchstpreise des Getreides müssen aber in der Weise erhöht werden, daß der Massenkonsum, die armen Leute, hiedurch nicht belastet werden. Daher muß der Preis des Feinmehls erhöht und dadurch die Preissteigerung auf den anspruchsvolleren, vermögenderen Konsumenten und auf Oesterreich abgewälzt werden. Der Gewinn der Mühlen und der Vermittler müsse gemaßregelt werden. Wenn dies erfolgt, kann der Getreidepreis ohne Belastung des Massenkonsums bedeutend erhöht werden. Im Getreideverkehr ist die Beibehaltung des bisherigen Systems notwendig, wonach der Produzent seinen eigenen Haus- und Wirtschaftsbedarf von seiner Ernte zurückbehalten, beziehungsweise in seiner Ortschaft anschaffen könne, was auch hinsichtlich der auf öffentliche Verpflegung angewiesenen Dorfeinwohner anzuwenden ist. Die alte Kopfquote der landwirtschaftlichen, sowie der schwere Arbeit leistenden Industriearbeiter muß wieder hergestellt werden. Ist die Regierung aber nicht imstande, die Höchstpreise für Industrieartikel einzuführen, so mögen wir zum freien Verkehr, zur freien Preisbildung zurückkehren, die der gerechteste ausgleichende Faktor unter den einzelnen Pro-

Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.

Von Dr. W. Bersch, a. o. Professor an der Hochschule für Bodenkultur.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Landwirtschaft nach dem Kriege nicht nur bestrebt sein muß, die ihr zugefügten schweren Schäden zu heilen und die Gesamterzeugung wieder auf die ursprüngliche Höhe zu bringen, sondern daß sie auch wird trachten müssen, darüber hinaus die Produktion nach Möglichkeit zu steigern. Dies nicht etwa bloß aus dem oft angeführten Grunde, um im Falle neuerlicher Kriege gerüstet und vom Auslande unabhängig dazustehen, sondern vorallem deshalb, weil die Produktionssteigerung das beste und wirksamste Mittel zur Hebung der Rentabilität der Betriebe bildet. Die Forderung nach Vermehrung der Bodenerträge ist durchaus nicht neu und wenn wir die Entwicklung der Landwirtschaft während der letzten hundert oder hundertfünfzig Jahre überblicken, so muß gesagt werden, daß sie viele und ganz gewaltige Fortschritte nach dieser Richtung zu verzeichnen hat. Sie setzten mit der Entwicklung der Naturwissenschaften ein und da die heutige Landwirtschaft im Grunde genommen angewandte Naturwissenschaft ist, so hat die Erkenntnis der Naturgesetze auch die Technik der Landwirtschaft befruchtet und gefördert. Heute bildet die Landwirtschaft ebenso ein festgefügtes Wissensgebiet wie etwa die Heilkunde oder die zahlreichen Zweige der angewandten Chemie. Nur der vermag heute ein tüchtiger Landwirt zu sein, dem neben praktischer Erfahrung und natürlicher Begabung auch das Fachwissen zu Gebote steht und die Zeit, wo schließlich jede entgleiste Existenz zum Landwirte immer noch gut genug war, ist gründlich vorbei. Freilich bedeutet die Ausbildung der Landwirtschaft auf wissenschaftlicher Grundlage, bedeutet ferner die Auffindung zahlreicher Hilfsmittel zur Hebung der Bodenproduktion, zur Förderung der Erzeugung von Fleisch und Fett, Milch, Wolle usw., noch lange nicht, daß sie nun auch tatsächlich allenthalben angewendet werden. Ebensowenig wie die Grundlehren der Hygiene heute schon Gemeingut sind, gilt dies auch von den Grundlehren des Ackerbaues und der Viehzucht. Vielfach und besonders in kleinen Wirtschaften wird noch immer so verfahren wie zu Großvaters Zeit, gänzlich veraltete und unzeitgemäße Wirtschaftssysteme, wie z. B. die Egartwirtschaft der Alpenländer, sind nicht auszurotten und Ratschläge, Mahnungen und Warnungen verhallen ungehört. Unter solchen Umständen ist es natürlich nicht zu verwundern, wenn sich der Fortschritt auf landwirtschaftlichem Gebiete nicht so rasch einstellt, als es wünschenswert und möglich wäre.

Es ist jedoch durchaus nicht bloß geistige Trägheit, die sich hier der Einbürgerung so mancher Neuerung entgegenstellt. Man darf nicht vergessen, daß der Landwirt nicht etwa nur erntet und die Ernte zu verwerten hat, sondern daß auch er keine Güter aus dem Nichts zu schaffen vermag. Wohl gehören gewisse „freie Güter", wie Sonne und Regen, die Kohlensäure der Luft und die Bodennährstoffe zu den grundlegenden Hilfsmitteln des Wirtschaftsbetriebes, doch sind sie nicht allein maßgebend, vielmehr gelangen sie nur dann zur Wirkung, wenn gleichzeitig auch andere Bedingungen vorhanden sind, bestimmte Aufwendungen gemacht werden. Schon der Boden verlangt regelmäßige Bearbeitung und die Menge der von der Natur freiwillig gebotenen Bodennährstoffe wäre viel zu gering, um auch nur die bescheidensten Ansprüche zu befriedigen. Die Höhe dieser Aufwendungen im Verhältnisse zum erzielten Erfolg bedingen die Rentabilität und weil nun durchaus nicht unter allen Umständen dem vermehrten Aufwande auch eine angemessene Produktionssteigerung gegenüber steht, weil ferner die Preisbildung von zahlreichen, meist durch den Landwirt nicht beeinflußbaren Umständen abhängt, ist es klar, daß nicht jeder technische Fortschritt, nicht jede Möglichkeit zur Hebung der Erträge unter allen Umständen zweckmäßig und wirtschaftlich ist. Jedermann weiß, daß wir heute über zahlreiche, wunderbar arbeitende Maschinen zur Bearbeitung des Holzes verfügen, doch finden wir es wohl selbstverständlich, sie nicht auch in der Werkstätte jedes Kleingewerbetreibenden anzutreffen, denn wir wissen, daß hier ihre Anschaffung und Verwendung nicht lohnend wäre. Ebenso verhält es sich auch mit vielen Mitteln zur Hebung der Bodenproduktion. Eines schickt sich eben nicht für alle und wirtschaftliche Momente sind stets in erster und letzter Linie für alle Unternehmungen in der Landwirtschaft, die man früher nicht mit Unrecht als „Oekonomie" bezeichnete, maßgebend. Fragt man sich danach, was denn eigentlich zu geschehen habe, um in der Landwirtschaft dauernde, sich ständig steigernde Erfolge zu erzielen, so ist die Antwort nicht mit wenigen Worten zu geben. Zunächst ist zwischen unserem meist wirtschaftlich gut gegründeten Großgrundbesitz und dem Kleingrundbesitz zu unterscheiden. Der Großgrundbesitz, dessen Leitung hochintelligenten, vielfach akademisch gebildeten Landwirten anvertraut ist, der auch schon vor dem Kriege sich aller zweckmäßigen Hilfsmittel bediente, ist sich des rechten Weges wohl stets bewußt. Hier geben auch geordnete Buchführungen klaren Aufschluß über den ganzen Betrieb und, was meist noch wichtiger ist, auch über seine Zweige. Denn es ist ganz gut möglich, daß z. B. der Getreidebau passiv ist, während die Viehzucht eigentlich den Gewinn bringt, und Sache des Wirtschaftsleiters wird es dann sein, zu trachten, durch angemessene Maßnahmen auch den Feldbau so zu fördern. Natürlich dürfen dadurch nicht etwa die Ueberschüsse der Viehhaltung aufgezehrt werden. Die Wirtschaftlichkeit der möglichen Maßnahmen wird mithin hier für ihre Anwendung oder Unterlassung ausschlaggebend sein und sie wird sich um so eher einstellen, je besser die Lage der Landwirtschaft im allgemeinen ist. Steht dem Großgrundbesitzer Kunstdünger und Kraftfutter zu angemessenen Preisen zur Verfügung, bekommt er ferner gute Maschinen entsprechend billig und ist er sicher, seine Erzeugnisse auch mit Nutzen absetzen zu können, dann kann man sicher sein, daß er auch alles tun wird, um die Produktion zu heben. Im anderen Falle wird er alles unterlassen, was die Ausgabenseite nur überflüssig belasten würde, ja er wird sich im Notfalle mit extensiven, weniger erzeugenden, dafür aber auch weniger verbrauchenden Wirtschaftsformen begnügen, nur um die Rentabilität nicht zu gefährden. Die Herbeiführung der die intensive Wirtschaftsform ermöglichenden Bedingungen hat auch der Großgrundbesitzer zum Teile in der Hand. Die Mittel liegen in der zweckmäßigen und zielbewußten Organisation, im Zusammenschlusse zu Verbänden, zu Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen und schließlich auch in der zielbewußten Interessenvertretung überhaupt; natürlich ohne in das Extrem zu verfallen, für sich alles zu verlangen. Ohne Kompromisse geht es nie ab und der Agrarier darf ebensowenig vergessen, wie der Industrielle, daß auch andere Menschen das gleiche Recht zu leben haben wie er.

Weit schwieriger liegt die Sache beim Kleingrundbesitz. Hier fallen fast alle Vorbedingungen oder sie sind erst in den Anläufen vorhanden. Es mangelt oft an Intelligenz und an Fachwissen, es fehlt an Weitblick und Unternehmungslust, nicht zuletzt natürlich auch an Kapital und Vertrauen in die Wirksamkeit der neuen Lehren. Zudem sind viele dieser Wirtschaften oft so klein, daß sie in allererster Linie nur für die Deckung des Eigenbedarfes in Betracht kommen und die darüber hinausgehende Produktion, so wünschenswert sie vom wirtschaftlichen Standpunkte wäre, den Charakter des mehr oder minder Zufälligen erlangt. Doch selbst wenn wir von diesen Zwergwirtschaften absehen, ist die Aufgabe, die Technik der Landwirtschaft des Klein- und Mittelgrundbesitzes aus sich selbst heraus, also ohne Geschenke und Beihilfen zu fördern, nicht einfach. Sie läßt sich auch nicht durch einseitige Maßnahmen, z. B. durch künstliche Steigerung des Kunstdüngerverbrauches, erreichen, denn jede Landgutwirtschaft, auch die kleinste, ist ein verwickelter, vielrädriger Organismus, dessen Funktion zumeist gestört oder mindestens nicht verbessert wird, wenn wir ein beliebiges Zahnrad durch ein doppelt so großes ersetzen oder es doppelt so schnell laufen lassen, als bisher. Hier wäre vor allem durch planmäßige, zielbewußte Erziehung Wandel zu schaffen, durch Erziehung zum — Landwirt. Unsere Schule bemüht sich mit Recht, dem Kinde Liebe zur Heimat und zum Vaterlande einzuimpfen, sie könnte gleichzeitig auch bestrebt sein, die Liebe zur Scholle zu erwecken. Der Landflucht würden dadurch vielleicht wirksame Schranken ge ogen, und dies um so mehr, wenn frühzeitig, schon in den unteren Volksschulklassen, auch ein gewisser elementarer landwirtschaftlicher Unterricht einsetzt, der sich in den oberen Klassen erweitert und vertieft. Freilich müßte dem schon in den Lehrerseminarien Rechnung getragen werden, um Lehrer heranzubilden, die dieser, gewiß recht schwierigen Aufgabe nach jeder Richtung gewachsen sind. Vergleicht man die Zahl der Mittelschulen, dann der fachlichen niederen, mittleren und höheren Lehranstalten aller Art mit jenen, die zur Heranbildung von Landwirten bestimmt sind, so ergibt sich bei diesen in Oesterreich eine erschreckende Minderzahl, die fast erdrückt wird von der Zahl der übrigen Bildungsanstalten. Und doch sind wir überwiegend ein Agrarstaat. Auch dieses Mißverhältnis auszugleichen, wäre ein Mittel zur Hebung der Landwirtschaftstechnik. Landwirtschaftliche Unterrichtsanstalten sollte es so viele geben, daß jeder Bauerssohn, jeder Anwärter auf einen kleinen oder mittleren Besitz mit Leichtigkeit Gelegenheit fände, nach angemessener praktischer Ausbildung zwei bis drei Jahre in solch einer Schule zu verbringen. Und hier wäre vielleicht auch die Möglichkeit der zweckmäßigen Anwendung staatlicher Beihilfen in Form von Stipendien gegeben, die durchaus nicht ausschließlich dem studierenden Sohne zugute kommen müßten. Es ließe sich wohl auch ein Weg finden, um dem Vater während der Abwesenheit des Sohnes die fehlende Kraft zu ersetzen, wodurch ein oft sehr wesentliches Hindernis für die weitere Fachausbildung des künftigen Erben beseitigt würde.

So ließe sich nach und nach vielleicht erst im Laufe der Zeit ein landwirtschaftlich geschultes und für den landwirtschaftlichen Fortschritt empfängliches Geschlecht heranbilden. Dazu wäre ein nach Möglichkeit engmaschiges Netz von Beispielswirtschaften berufen, aber durchaus keine „Musterwirtschaften", die ohne Rücksicht auf den Kostenpunkt und die Wirtschaftlichkeit geführt werden. Im Gegenteile: diese Beispielswirtschaften müssen Erwerbswirtschaften sein und bleiben und durch

Berner Bund
11./VII. 1917

11
194

Lebensmittelproduktion der eigenen Scholle

Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement wendet sich in einem Kreisschreiben an die Kantonsregierungen wie folgt:

„Die Einfuhr von Nahrungsmitteln, sowie von Roh- und Hilfsstoffen aller Art ist neuerdings mit wachsenden Schwierigkeiten verbunden. Wir wissen heute nicht, wie sich die Importverhältnisse für unser Land in Zukunft gestalten werden, aber es ist vorauszusehen, daß die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung auch im nächsten Jahre weiter bestehen und sich möglicherweise erheblich verschärfen werden. Infolgedessen werden wir mehr und mehr auf die Lebensmittelproduktion der eigenen Scholle angewiesen sein.

Durch den Bundesratsbeschluß vom 16. Februar 1917 betreffend die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion wird in erster Linie die erwähnte Steigerung der Lebensmittelerzeugung angestrebt. Die bisher erzielten Erfolge sind im allgemeinen befriedigend. Der Anbau von Kartoffeln und Gemüse aller Art, sowie von Sommergetreide hat im letzten Frühjahr eine ansehnliche Zunahme erfahren. Eine der erfreulichsten Erscheinungen ist die starke Vermehrung der von der nicht Landwirtschaft treibenden Bevölkerung bewirtschafteten Gemüsegärten und Pflanzplätze. Diese Kleinproduktion, in der Hunderttausende fleißiger Hände von Jung und Alt sich betätigen, ist geeignet, große Mengen von Lebensmitteln hervorzubringen. Die bisherigen Erfahrungen ermuntern zu einer weitern planmäßigen Betätigung auf diesem Gebiete. Es müssen schon während den nächsten Monaten umfassende Maßnahmen getroffen werden, damit im kommenden Herbst und Frühjahr soweit möglich jede Familie über einen eigenen Gemüsegarten oder Pflanzplatz verfügt. Dabei erreicht man namentlich dann eine tatsächliche Vermehrung der Lebensmittelproduktion, wenn man bisher nicht intensiv bewirtschaftetes Land, wie gerodeten Waldboden, Wiesland, Rasen- und Zierplätze zur Kultur heranzieht. Ein gut gepflegter Gemüsegarten, eine schöne Erbsen-, Bohnen- und Kartoffelpflanzung steht heute der herrschaftlichen Villa und selbst öffentlichen Anlagen recht gut an und charakterisiert die Zeit, in der wir leben. Die zweckmäßige Bepflanzung solcher Anlagen, soweit sie für die Kultur geeignet sind, ist heute schon, nötigenfalls unter amtlichem Zwang, in Aussicht zu nehmen.

Die Verallgemeinerung und die Erweiterung dieser Kleinproduktion ist aber nicht nur deshalb geboten, weil die gemachten Erfahrungen sie rechtfertigen, sondern weil in Zukunft mit verminderter Arbeitsgelegenheit zu rechnen ist, in welchem Falle die in der Eigenproduktion sich bietende Verdienstmöglichkeit von größter privat- und volkswirtschaftlicher Wichtigkeit werden kann.

Besondere Aufmerksamkeit muß auch von den Behörden der Ernte aller Felderzeugnisse zugewendet werden. Durch geeignete Belehrung, Anleitung und Hilfeleistung ist auf eine möglichst vollständige Ausnützung aller Erzeugnisse, einschließlich die kleinen Abfälle aller Art, sowie auf die richtige Aufbewahrung und Haltbarmachung der Ernteprodukte hinzuarbeiten, um dadurch für kommende Zeit selbstgeschaffene Nahrungsreserven anzulegen.

Wo ein Bedürfnis sich geltend macht, ist die Landwirtschaft bei den Erntearbeiten und im kommenden Herbst auch bei der Feldbestellung zu unterstützen. Nötigenfalls haben die Behörden nach Maßgabe des Bundesratsbeschlusses vom 16. Februar 1917 die hiefür erforderlichen Anordnungen zu treffen. Von der Ernte soll nichts verloren gehen, und die geernteten Felder dürfen nicht brach liegen, sondern sind mit geeigneten Nachfrüchten und Zwischenkulturen zu bestellen.

Zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung des nächsten Jahres sind aber die bisherigen und die vorstehend angedeuteten Maßnahmen nicht ausreichend. Es muß vielmehr allen Ernstes gleichzeitig auch eine großzügige Ausdehnung des Feldbaues angestrebt werden. Dabei stehen Getreide- und Kartoffelbau im Vordergrund. Die während der ersten Hälfte Juli 1917 zur Durchführung gelangende Anbaustatistik wird uns über die derzeitige Ausbreitung des Ackerbaues Auskunft erteilen und zugleich wertvolle Fingerzeige geben über die Maßnahmen zu seiner weitern Ausdehnung und Förderung. Bei Verfolgung dieses Zieles wird man zunächst wiederum an die freiwillige Tätigkeit appellieren; aber ohne einen gewissen Zwang wird man schwerlich überall das erreichen, was für die Sicherstellung unserer Lebensmittelversorgung unumgänglich und unaufschiebbar geschehen muß.

Die Armeeleitung hat ihre weitere Unterstützung bei der Förderung der landwirtschaftlichen Kultur neuerdings zugesichert und sie ist gewillt, im kommenden Herbst alle verfügbaren Kräfte in deren Dienst zu stellen. Zu diesem Zwecke wird sie bei der Urlaubserteilung der Landwirtschaft nach Möglichkeit entgegenkommen und ihr überdies, wenn möglich in vermehrtem Maße als bisher, Arbeitskräfte und Gespanne zur Verfügung stellen. Im weitern bleibt die Frage eines Regiebetriebes des Ackerbaues zu erwägen, wobei einem gemeinsamen Vorgehen mit Gemeinde- und kantonalen Behörden der Vorzug gegeben werden dürfte.

Wir haben die Absicht, die Frage einer weitern kräftigen Vermehrung des Ackerbaues in einer Konferenz mit den kantonalen Landwirtschaftsbehörden eingehender zu erörtern. Um die erforderlichen Vorarbeiten rechtzeitig treffen zu können, ersuchen wie Sie um Ihre Meinungsäußerung, die Sie uns wenn möglich bis 5. August 1917 bekannt geben oder durch die kantonalen Landwirtschaftsbehörden zustellen lassen wollen. Dabei wollen Sie sich, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Anbaustatistik, darüber äußern, welche Vermehrung der Anbaufläche für Wintergetreide, Sommergetreide und Kartoffeln in Ihrem Kantonsgebiet in Aussicht genommen werden kann, wofür bezirks- oder gemeindeweise Angaben erwünscht sind. Im weitern wollen Sie uns größere Gebiete näher bezeichnen, die bisher als Wiesland dienten, aber für Getreide- und Kartoffelbau geeignet sind. Hiebei sind wiederum diejenigen Gebiete, unter Angabe des ungefähren Flächenmaßes, besonders hervorzuheben, bei deren Bestellung die Mitwirkung der Armee notwendig erscheint und gewünscht wird.

Landwirte und Gemeindebehörden sind heute schon auf die Notwendigkeit der Bereitstellung der erforderlichen Ackergeräte und des Gespannviehes hinzuweisen, wobei auf die rechtzeitige Anlernung des Rindviehes zum Ziehen aufmerksam zu machen ist.

Wir wiederholen nochmals ausdrücklich, daß die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung unseres Landes eine weitere starke Ausdehnung des Getreidebaues schon im kommenden Herbst notwendig macht, wobei nicht nur die geeigneten Gebiete des Flachlandes, sondern auch die Bergtäler in angemessener Weise heranzuziehen sind. In Erwartung einer hieraus resultierenden Verminderung der Futtermittelproduktion ist den Landwirten die rechtzeitige Abgabe des für die Schlachtung bestimmten Viehes angelegentlich zu empfehlen, um in Zukunft einer Futtermittelnot vorzubeugen, wie sie allen Beteiligten vom letzten Winter her noch in unangenehmer Erinnerung ist."

Pester Lloyd

22./VII. 1917

212

Volkswirtschaft.

Die neuen Ernteverordnungen.

Budapest, 21. Juli.

Die von den Landwirten wie von den Getreidehändlern mit gleichem Interesse erwarteten Verordnungen betreffend die Abänderung und Ergänzung der so viel angefochtenen Verordnung vom 22. Juni, sowie betreffend die Feststellung der Höchstpreise für die Körnerfrucht der heurigen Ernte liegen nun endlich vor. Was zunächst den ersteren Regierungserlaß betrifft, so kann von ihm in bezug auf die Form nur dasselbe gesagt werden, was für Nachtragsverordnungen überhaupt gilt: es wäre besser gewesen, die alte Verordnung ganz zurückzuziehen und durch eine vollständig neue zu ersetzen, statt einzelne Paragraphen, Alineas oder Sätze zu annullieren, zu ergänzen oder zu ersetzen, so daß man jede einzelne Verfügung zum Gegenstande eingehenden Studiums machen muß, um zu wissen, was sie eigentlich bedeute. In bezug auf den Inhalt der Verordnungen selbst ist zwischen den Verfügungen zu unterscheiden, die nur für die Kommissionäre der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft unmittelbare Wichtigkeit besitzen, und jenen, die die Allgemeinheit interessieren.

Bei den Kommissionären hatte (um im Amtsstil der Verordnung zu sprechen) der letzte Satz des ersten Alineas des § 1 der ursprünglichen Verordnung den größten Widerspruch erregt. Das ist die Bestimmung, laut deren die Kommissionäre für die bei den Produzenten lagernden, noch nicht übernommenen Waren mit ihrem ganzen Vermögen haften sollten. Diese Bestimmung wird nun aufgehoben und durch eine andere ersetzt, laut deren der Kommissionär nur insoweit zu haften hat, als ihn ein Verschulden trifft. Weiter war die Verordnung vom 22. Juni auf dem Prinzip der Rayonierung aufgebaut, während der Ackerbauminister die Rayonierung bekanntlich nicht zulassen wollte. Das wird nun in der Weise repariert, daß die Produzenten bis zum Beginn der Tätigkeit der im Sinne des § 4 zu bildenden Uebernahmskommissionen berechtigt sind, ihr Produkt jedem beliebigen Kommissionär der Kriegsprodukten-A.-G. nach freier Wahl zu verkaufen. Diese Verfügung, die den gegenwärtigen Zustand sanktioniert, berührt allerdings auch die Interessen der Allgemeinheit insofern, als sie mit der Einhaltung der Höchstpreise zusammenfällt, die durch scharfe Strafbestimmungen gesichert werden soll. Inwieweit die Einhaltung der Höchstpreise von seiten der Landwirte mit der freien Wahl des Käufers vereinbar ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Diese Bestimmung berührt übrigens das allgemeine Interesse auch darin, daß mit der freien Wahl des Käufers naturgemäß auch die der Zeit des Verkaufes verbunden ist. Mit einem Worte: die Landwirte werden nur zu jener Zeit und zu jenen Bedingungen verkaufen, die ihnen konvenieren werden; wieviel mittlerweile dem allgemeinen Konsum verlorengeht, wird sich schwerlich ermitteln lassen.

Von unmittelbarstem Interesse für die Approvisionierung der Bevölkerung sind aber diejenigen Teile der Verordnung, welche die Versorgung der Nichtproduzenten regeln. Danach ist jeder, der nicht selbst Produzent ist oder keine genügende Menge Getreide für den eigenen Hausbedarf erzeugt, berechtigt, Getreide vom Produzenten direkt auf Grund der von den Gemeindevorstehungen, beziehungsweise Bürgermeistern ausgestellten Einkaufslegitimationen auf dem Gebiete der Gemeinde, in der er wohnt, einzukaufen. Der Präsident des Volksernährungsamtes kann die Einkaufsberechtigung in motivierten Fällen auch auf das Gebiet einer anderen Gemeinde oder eines anderen Bezirkes erstrecken. In welchem Maße diese Bestimmung, sowie die weitere, die den Minderbemittelten die Deckung ihres gesamten Jahresbedarfes durch die Gemeinden ermöglichen soll, auch den Bewohnern der Hauptstadt die Gesamtdeckung ihres Jahresbedarfes ermöglichen soll, wird von der Art der Durchführung und von weiter erforderlichen Durchführungsnormen abhängen. Wir wollen hier nur der Erwartung Ausdruck geben, daß es nicht wieder gerade die hauptstädtische Bevölkerung sein wird, die in der Beschaffung ihres wichtigsten Nahrungsmittels gegenüber allen anderen Bewohnern dieses Landes hintangesetzt sein wird.

Die zweite der beiden Verordnungen stellt die neuen Höchstpreise fest. Wir waren ja durch das, was dieser Preisbemessung vorausgegangen ist, auf eine ausgiebige Erhöhung der sogenannten Höchstpreise genügend vorbereitet, so daß ihre Höhe uns keine sonderliche Ueberraschung bietet. Es war jedoch auch wiederholt betont worden, daß die Feststellung der Höchstpreise erst zu der Zeit erfolgen könne, wenn eine Uebersicht über das Ergebnis der Ernte möglich sein werde. Das konnte wohl nicht anders verstanden werden, als daß die Höhe der Preise von dem Ausfall der Ernte abhängt, das heißt also: dem Produzenten für den eventuellen Ausfall am Quantum ein Aequivalent im Preise geboten werden sollte. Diesen Grundsatz würden aber höchstens die in der Verordnung festgestellten Preise für Gerste und Hafer rechtfertigen, da diese beiden Körnersorten recht ungenügende Ergebnisse bringen. Von Weizen und Roggen kann das jedoch nicht behauptet werden. Die Ernteergebnisse von Weizen und Roggen lassen eine so beträchtliche Erhöhung der Preise keineswegs motiviert erscheinen, selbst nicht unter dem Gesichtspunkte der teueren Industrieartikel, die ja übrigens nach den an anderer Stelle dieses Blattes wiedergegebenen Aeußerungen des Ackerbauministers gleichfalls maximiert werden sollen, ganz abgesehen davon, daß eine Erhöhung der Getreidepreise schwerlich das richtige Mittel ist, um eine Verbilligung der industriellen Produktion zu fördern. Allerdings hört man, daß die Brotpreise unverändert bleiben, und die Preiserhöhung hauptsächlich auf das feine Mehl übertragen werden soll. Auch über die Richtigkeit dieses Grundsatzes läßt sich vielleicht streiten; bei so hohen Fleisch-, Gemüse- und Obstpreisen, die ja auch der Landwirtschaft zugute kommen, kann feines Mehl zur Bereitung von Mehlspeisen vielleicht nicht ganz als Luxusartikel angesehen werden.

Wie dem aber auch sei, ob gegen einzelne Verfügungen der neuen Verordnungen mit Recht oder Unrecht manche Einwendungen erhoben werden können, — die Hauptsache ist und bleibt es doch, daß unsere Ernährung für das nächste Jahr vollkommen gesichert erscheint und die Entente ihre Aushungerungspläne als endgültig gescheitert ansehen muß. Gegenüber dieser erfreulichen Tatsache sind einzelne unerfreuliche Erscheinungen in der Art und Weise der Regelung unserer Getreideversorgung wirklich Nebensache.

Die in der morgigen Nummer des Amtsblattes erscheinenden beiden Verordnungen lauten wie folgt:

Verordnung des königlich ungarischen Ministeriums

Zahl 2639/1917 M. E. betreffend die Modifizierung und Ergänzung der Verordnung Z. 2192/1917 M. E. über die Sperre und Inanspruchnahme der Weizen-, Roggen-, Halbfrucht-, Hirse-, Gerste- und Hafererntе des Jahres 1917.

Das königlich ungarische Ministerium ordnet auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über die Ausnahmsverfügungen für den Kriegsfall folgendes an:

§ 1. § 3 der in Nummer 142 des Budapesti Közlöny vom 22. Juni 1917 erschienenen Verordnung Z. 2192/1917 M. E. über die Sperre und Inanspruchnahme der Weizen-, Roggen-, Halbfrucht-, Hirse-, Gerste- und Hafererntе wird damit ergänzt, daß es überhaupt verboten ist, Weizen, Roggen und Halbfrucht zur Fütterung von Tieren zu verwenden. Ebenso ist die Verwendung der Gerste für diesen Zweck verboten, insolange nicht auf Grund des § 17 der Verordnung Z. 2192/1917 M. E. eine entsprechende Verfügung getroffen wird.

§ 2. Bis zum Beginn der Tätigkeit der im Sinne des § 4 der Verordnung Z. 2192/1917 M. E. zu bildenden Uebernahmskommissionen darf der Produzent seinen Produktenüberschuß unter den in der Verordnung Z. 58.000/1917 des Präsidenten des Landes-Volksernährungsamtes festgestellten Modalitäten welchem Kommissionär der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft immer verkaufen.

§ 3. § 6 der Verordnung Z. 2192/1917 M. E. wird außer Kraft gesetzt und an seine Stelle treten folgende Bestimmungen:

Derjenige, der selbst nicht Produzent ist, oder dessen häuslichen Bedarf die eigene Ernte nicht deckt, ist bis zur Zeit, da die Uebernahmskommission ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Gemeinde beginnen wird, spätestens aber bis zum 15. Oktober 1917, auf Grund der von der Gemeindevorstehung (vom städtischen Bürgermeister) für ihn ausgestellten Einkaufslegitimation berechtigt, für den eigenen Hausbedarf Weizen, Roggen, Halbfrucht, Hirse und Gerste auf dem Gebiete jener Gemeinde, in der er wohnt, von dem durch die Gemeindevorstehung bezeichneten und in der Einkaufslegitimation benannten Produzenten einzukaufen. Der Präsident des Volksernährungsamtes kann die Einkaufsberechtigung in motivierten Fällen über das Gebiet der Gemeinde hinaus auch auf das Gebiet einer anderen Gemeinde oder eines anderen Bezirkes erstrecken.

Wenn die laut § 4 der Verordnung Zahl 2192/1917 M. E. gebildete Uebernahmskommission ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Gemeinde begonnen hat, verlieren die im ersten Alinea erwähnten Einkaufslegitimationen ihre Gültigkeit, jedoch nur insofern, daß der zum Einkauf Berechtigte die bezeichnete Produktenmenge nicht von dem in der Einkaufslegitimation namhaft gemachten Produzenten, sondern im Wege der Uebernahmskommission und durch deren Vermittlung von der Kriegsprodukten-A.-G. kaufen kann. Nach den auf diese Art eingekauften Produkten darf in dem Falle, wenn die Kriegsprodukten-A.-G., beziehungsweise ihr Kommissionär das Getreide vom Produzenten noch nicht tatsächlich übernommen hat, weder die Kriegsprodukten-A.-G. noch der Kommissionär eine Provision anrechnen.

Jene Gemeinden, die durch die Ermöglichung des unmittelbaren Einkaufes den Approvisionierungsbedarf solcher Einwohner sichern werden, die zur Zeit der Ernte nicht in der materiellen Lage waren, den ihnen gebührenden gesamten einjährigen Bedarf in bar zu bezahlen, können den Käufern gegenüber eine vom Ackerbauminister festzustellende mäßige Provision anrechnen.

Sollte die Beschaffung des Hausbedarfes im Wege der Tätigkeit der Uebernahmskommissionen auf solche Hindernisse stoßen, die die Sicherung der Interessen der Approvisionierung gefährden, kann der Präsident des Landes-Volksernährungsamtes im Verordnungswege gestatten, daß die Berechtigten die bezeichnete Menge auf Grund der Einkaufslegitimation auch weiterhin unmittelbar von dem in der Legitimation bezeichneten Produzenten kaufen dürfen.

Die zur Ausstellung von Einkaufslegitimationen berufenen Behörden haben über diese Verzeichnisse zu führen.

Hinsichtlich der Beschaffung des wirtschaftlichen Bedarfes im Wege unmittelbaren Einkaufes oder auf andere Weise wird eine im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landes-Volksernährungsamtes auf Grund des § 17 der Verordnung Z. 2192/1917 M. E. zu erlassende Verordnung Verfügungen enthalten.

Bei Berufungen auf § 6 der Verordnung Z. 2192/1917 M. E. sind die im gegenwärtigen Paragraphen enthaltenen Verfügungen zu verstehen.

§ 4. Mit Rücksicht auf die in den §§ 2 und 3 dieser Verordnung festgestellten und der Tätigkeit der Uebernahmskommission vorangehenden Käufe wird das Muster der im § 5 der Verordnung Z. 2192/1917 M. E. bezeichneten Uebernahmsbescheinigung außer Kraft gesetzt und es ist im Verfahren der Uebernahmskommission stets eine dem der gegenwärtigen Verordnung beigelegten Muster entsprechende Uebernahmsbescheinigung zu benützen.

§ 5. Der letzte Satz des ersten Alineas § 8 der Verordnung Z. 2192/1917 M. E. wird außer Kraft gesetzt. Diese Verfügung berührt jedoch nicht die Verantwortung des Kommissionärs in dem Falle, wenn der Ernteüberschuß aus seinem Verschulden oder durch seine Unterlassung nicht unversehrt geblieben ist.

§ 6. § 12 der Verordnung Z. 2192/1917 M. E. wird damit ergänzt, daß die Lohnmühle die als Mahllohn eingeflossenen Produktenmengen, insofern die Kriegsprodukten-A.-G. hinsichtlich ihrer Vermahlung keine Vereinbarung mit

Hamburger Fremdenblatt

31./VII. 1917.

228

Die landwirtschaftliche Verwertung der städtischen Abwässer.

Der Gedanke, die von den Städten gelieferten Fäkalien für die Landwirtschaft nutzbar zu machen, ist uralt.

In den kleinsten Städten, den sog. Landstädten, wo der Bürger noch seine eigene Land- und Gartenwirtschaft hat, ist es ganz selbstverständlich und mit keinerlei Schwierigkeiten verknüpft, die Fäkalien auf dem Acker oder im Garten mit als Dünger zu verwenden. Mit dem Wachsen der Städte aber und dem Schwinden der Ackerbürger wurde es notwendig, daß die Fortschaffung der Fäkalien von der Stadtverwaltung übernommen wurde, und es war natürlich, daß die Städte in erster Linie auf die Gesundheit ihrer Bürger Rücksicht nahmen. Diese aber erforderte, daß alle Abfallstoffe auf die schnellste und gründlichste Weise aus der Stadt entfernt wurden, bevor sie imstande waren, Krankheit oder gar Seuchen hervorzurufen. England ist uns hierin vorangegangen. Das heute in landwirtschaftlichen Kreisen so viel verrufene Wasserklosett und die Schwemmkanalisation ist eine englische Erfindung. Allerdings genügt es nicht, die Abfallstoffe nur aus der Stadt zu entfernen. Nur wenige Städte, wie Hamburg, das die Reinigung seiner Abwässer der Elbe überlassen hat, und andere Städte, die ebenfalls an einem großen Fluß oder am Meere liegen, haben den Vorteil, daß sie nur für die Fortschaffung der Fäkalien zu sorgen brauchen. Städte dagegen, wie Berlin oder Hannover, die an verhältnismäßig kleinen Flüssen liegen, müssen darauf bedacht sein, daß das Abwasser auch außerhalb der Stadt unschädlich gemacht wird. Und das sucht man auf verschiedene Weise zu erreichen, sei es durch sog. biologische Verfahren, sei es durch Bodenfiltration. Hier hat Berlin als erste deutsche Stadt den großzügigen Versuch gemacht, seine sämtlichen Abwässer nicht allein durch Bodenfiltration unschädlich zu machen, sondern sie auch in seinen Rieselanlagen landwirtschaftlich zu verwerten. Aber die großen Hoffnungen, die man an dieses Verfahren geknüpft hat, haben sich nur teilweise erfüllt. Einmal sind die finanziellen Erfolge gänzlich ausgeblieben. Lange Jahre hat man sich durch optimistische Buchführung vorzutäuschen versucht, daß die Rieselanlagen das in ihnen angelegte Kapital mit 5 v. H. verzinsten, und erst allmählich ist man zu der Einsicht gekommen, daß man nur mit einem Gewinn von höchstens einigen Zehntel Prozenten rechnen kann, und wenn man sich die Sache genau überlegt, so sind auch diese Zehntel Prozente eigentlich nur auf dem Papier vorhanden und nur dadurch entstanden, daß man Unkosten, die von Rechts wegen den Rieselanlagen zur Last gelegt werden mußten, dem Siellwesen übertragen hat. Und auch der landwirtschaftliche Erfolg war nur bedingter Natur. Nur die Kulturen, die viel Wasser und viel Stickstoff gebrauchen bzw. vertragen, bringen einigen Nutzen, so im Feldbau, Gras und Futterrüben, die aber infolge großen Angebotes nur geringen Preis erzielen, und im Gartenbau Gemüse aller Art. Wenn nun auch die Rieselanlagen für den Stadtsäckel keinen Nutzen abwerfen, so sind sie doch für die Hauswirtschaft der Berliner von großem Wert, denn das billige Gras, das außerordentlich nahrhaft ist, hat es ermöglicht, daß Berlin mit reichlicher und sehr guter Milch versehen ist, und ebenso leidet der Berliner an billigem und gutem Gemüse keinen Mangel.

Verschiedene größere und kleinere Städte haben das Tonnensystem eingeführt, bei dem die Fäkalien in luftdicht verschlossenen Tonnen aufgefangen und auf das Land gefahren werden. Dieses Verfahren gewährleistet jedenfalls die beste landwirtschaftliche Verwertung der städtischen Dungstoffe.

Städte aber, die nun einmal die Schwemmkanalisation eingeführt haben, sind bis jetzt auf die Rieselanlagen angewiesen, wenn sie ihre Abfallstoffe der Landwirtschaft zur Verfügung stellen wollen. In Posen hat man den Versuch gemacht, die unverdünnte Jauche auf das Land zu verspritzen. Für so verdünntes Abwasser, wie das Berliner oder Hamburger Abwasser, ist es viel zu teuer.

Nun sind im letzten Jahrzehnt sehr wichtige Versuche gemacht, durch künstlichen Regen das Wachsen der Pflanzen zu fördern. Gerade in der sog. Vegetationsperiode, im April, Mai, Juni, Juli, wo die Pflanzen das meiste Wasser gebrauchen, fällt oft am wenigsten Regen. Die Bromberger Versuche haben nun das überraschende Ergebnis gezeitigt, daß die Pflanzen ganz außerordentlich dankbar für künstliche Beregnung sind. Man hat mitunter mehr als doppelte Ernten erzielt. Jetzt gibt es in Deutschland mehrere Firmen, die künstliche Regenanlagen herstellen, und es sind auf etwa 2000 Hektar, gleich 8000 Morgen, künstliche Regenanlagen eingerichtet und zwar alle im östlichen Deutschland, wo die meiste Trockenheit herrscht. Dieses schließt aber nicht aus, daß künstliche Regenanlagen auch in dem regenreicheren Nordwesten Deutschlands von Nutzen sein könnten. Denn die Versuche haben ergeben, daß bei stärkerer Regengabe die Pflanzen auch mehr Dünger aufnehmen, bzw. stärker ausnutzen. Und die Rieselanlagen in Berlin haben ja auch zur Genüge gezeigt, daß besondere Kulturen, wie die obenerwähnten, große Mengen von Abwasser mitsamt seinen Dungstoffen ausnutzen. Der Fehler der Berliner Rieselanlagen liegt nur darin, daß das Land zu viel Wasser, bis zu 36 000 Kubikmeter für den Hektar oder 9000 Kubikmeter für den Morgen, erhält, während für Körnerfrüchte im Durchschnitt nur 2000 Kubikmeter Wasser für den Hektar die höchste Grenze der Bewässerung bildet. Eine genaue und kleinere Rationierung des Wassers ist aber bei den Rieselfeldern nicht möglich, weil sonst Berlin viel mehr Land aufkaufen müßte, als es bisher schon getan hat. Die Beregnungsanlagen aber ermöglichen, daß in allen Dörfern im Umkreise einer Stadt sich ständige Abnehmer für das Abwasser zusammenschließen und auf ihren Ländereien Regenanlagen einführen. Die Städte brauchten das Land nicht zu kaufen. Die Landbewohner würden, wenn sie sich erst einmal von der Güte des neuen Verfahrens überzeugt hätten, gerne bereit sein, ständig und regelmäßig so viel Abwasser zu entnehmen, wie die Städte hervorbringen. Ein derartiges Rohrnetz mit den Beregnungsanlagen würde dabei bedeutend billiger werden, als alle bisher benutzten Abwasserreinigungsverfahren. Es müßten daher erst Versuche im kleinen angestellt werden, welche den Landleuten einwandfrei die hervorragenden Erfolge der künstlichen Beregnung vor Augen führten.

Der Erfolg aber der Einführung der künstlichen Beregnung der städtischen Abwässer würde sein, daß gerade die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die am wenigsten einen langen und teuren Transport vertragen, wie Gemüse, Eier, Milch, Obst und Fleisch, in der nächsten Nähe Hamburgs gewonnen würden. Und die oft und dringlich erhobene Forderung, daß die Städte das, was sie vom Lande hereingenommen haben, auch an das Land zurückgeben sollen, würde sich endlich erfüllen.

Wenn wir auch hoffen dürfen, daß der Krieg in absehbarer Zeit zu Ende ist, so werden wir noch lange unter einem Lebensmittelmangel zu leiden haben. Es ist daher unsere Pflicht, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß wir uns nach Möglichkeit nicht allein von dem Auslande, sondern auch, was unser engeres Vaterland Hamburg anbetrifft, von unseren Nachbargebieten in der Lebensmittelversorgung unabhängig machen. -nn-

Neue Freie Presse

1./VIII. 1917

232.

Die Aussichten der Welternte.

Wien, 31. Juli.

Der deutsche Reichskanzler Michaelis hat mit voller Bestimmtheit erklärt, daß die heurige Ernte in Deutschland eine bessere ist als die vorjährige: die Halme seien zwar kurz, die Körnerbildung aber eine vortreffliche, so daß man mit einer Mittelernte rechnen könne. Dies gilt in Deutschland nach den Aeußerungen des Reichskanzlers für sämtliche Getreidegattungen. Aber auch die Kartoffelernte verspricht wesentlich besser als im Vorjahre zu werden. Durch diese Mitteilungen des Reichskanzlers sind glücklicherweise viele Bedenken zerstreut, viele Besorgnisse über den Ernteausfall beseitigt worden. In Deutschland herrschte gerade so wie bei uns seit Beginn des Monates Mai große Trockenheit, zum Teil abnorme Hitze, und erst Ende Juni und Anfang Juli sind Regenfälle niedergegangen, die jedoch nicht lange währten. Man befürchtete, daß namentlich die Sommerfrüchte unter der Dürre und Hitze sehr leiden würden, und rücksichtlich der Kartoffeln und Rüben bestanden Besorgnisse einer Mißernte. All diese Voraussetzungen waren jedoch übertrieben. Wohl sind die glänzenden Aussichten, zu welchen der Stand des Getreides Ende Mai berechtigte, nicht in Erfüllung gegangen, aber es hat sich wieder die alte Erfahrung bewährt, daß bei einer guten Ueberwinterung und günstigen Anbauverhältnissen im Frühjahr die Saaten ungeheuer widerstandsfähig sind. So scheint namentlich die Weizenernte, aber auch der Roggenertrag ein gut mittlerer zu sein. Dies bedeutet jedenfalls ein besseres Ergebnis als im Vorjahre. Am meisten bedurften Gerste und Hafer des Regens, und auch dieser ist in Deutschland rechtzeitig eingetreten. Die Gerstenernte dürfte dennoch nur unter mittel sein, aber doch immerhin genügend, um, wie verlautet, einen allerdings beschränkten Braubetrieb sowohl im Norden wie im Süden aufnehmen zu können. Auch die Haferernte hat sich halbwegs gebessert. Besonders wichtig ist, daß der Regen für die Kartoffeln rechtzeitig gekommen ist, ebenso wie für die Rüben. Speziell die Kartoffelpflanze hat sich vollkommen von der Dürre erholt und verspricht einen reichlichen Ertrag. War es selbst bei den ungünstigen Ernteergebnissen des Vorjahres möglich, die Ernährung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen, wird das in diesem Jahre um so sicherer der Fall sein, zumal für die Mittelmächte zumindest auf dieselben Zuschüsse aus Rumänien zu rechnen ist, wie im Vorjahre. Wir wissen heute, daß nach Abzug des Bedarfes für die rumänische Bevölkerung und für die Heeresverwaltung 100.000 Wagen Getreide (Weizen, Gerste, Mais zusammengenommen) aus Rumänien zur Ausfuhr gelangten, welche zur Ergänzung des Bedarfes Oesterreich Ungarns, Deutschlands und der Türkei dienten. Nach den bisherigen Berichten dürfte das rumänische Ernteergebnis in den von den Mittelmächten besetzten Gebieten kaum hinter jenem des Vorjahres zurückstehen. Es kommt nun in Betracht, daß die Ernte in der Türkei eine wesentlich bessere, jene in Bulgarien eine so vorzügliche ist, daß dieses Land der Türkei Ueberschüsse abzugeben in der Lage sein wird. So wird die ganze verfügbare Ausfuhr des rumänischen Gebietes für Deutschland und Oesterreich-Ungarn zur Verfügung stehen.

Wie ist es mit der Ernte in Oesterreich-Ungarn? Auch hier hat die langandauernde Trockenheit Schaden angerichtet. Ende Mai durfte man nach dem glänzenden Stande der Saaten auf eine Vollernte in allen Getreidegattungen rechnen. Diese Aussichten haben sich nicht erfüllt. Wohl haben aber die Pessimisten, die eine Mißernte befürchteten, glücklicherweise unrecht behalten. Namentlich die Weizensaaten haben unter der Trockenheit nicht sehr gelitten. In beiden Reichshälften ist der Ertrag ein gut mittlerer, besser wie im Vorjahre, die Qualitäten sind sehr schön und das Erntewetter war und ist sehr günstig. Nur aus ganz einzelnen Gebieten kommen minderbefriedigende Nachrichten über die Weizenernte. Diese werden aber dadurch ausgeglichen, daß in manchen Gegenden Ungarns, Böhmens und speziell Oberösterreichs die Weizensaaten besonders gut stehen und auch frühzeitig und glücklich eingebracht werden konnten. So ist der Weizenertrag, wie wiederholt werden muß, ein gut mittlerer und höherer als im Vorjahre. Etwas ungünstiger sind die Ergebnisse der Roggenernte. Sie ist im ganzen vielleicht nur als eine schwach mittlere, aber auch hierin infolge der guten Qualitäten als eine bessere wie im Vorjahre zu bezeichnen. Tatsächlich gelitten haben die Gerstensaaten. Der Regen ist zu spät gekommen. Aber immerhin ist anzunehmen, daß Gerste genug vorhanden sein wird, um den Brauereien wenigstens zu einer sehr beschränkten Wiederaufnahme des Betriebes Gerste zur Verfügung stellen zu können, welche eventuell durch rumänische Zufuhren Ergänzung finden könnte. Der Hafer, der Anfang Juli noch besonders ungünstig stand, hat sich wesentlich erholt und, was von besonderer Wichtigkeit ist, auch für die Maispflanze in Ungarn ist der Regen rechtzeitig gekommen, so daß auch ein guter Maisertrag zu erhoffen ist. Für die Frühkartoffeln dürfte der Regen zu spät gekommen sein, hingegen für die Herbstkartoffeln rechtzeitig genug und es ist nur zu hoffen, daß in diesem Jahre der Verteilungsapparat besser funktioniert, in welchem Falle es möglich wäre, nach den Ernteergebnissen die Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen. Auch der Stand der Rübe hat sich gebessert, wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß in einigen Gegenden die Niederschläge schon zu spät kamen, um die Schäden, die durch die Dürre hervorgerufen waren, wieder auszugleichen. Nicht gut war die Heuernte in den Alpenländern, wie überhaupt der Ertrag der Futtermittel weniger befriedigend ist als jener Früchte, die zu menschlichen Nahrungszwecken dienen. Wenn wir das Gesamtbild zusammenfassen, so können wir nach den Erfahrungen der drei Kriegsjahre sagen, daß namentlich mit Rücksicht auf die rumänischen Zuschüsse die Ernährung der Bevölkerung durch Brot, Mehl und Kartoffeln auch für das vierte Kriegsjahr sichergestellt ist. Wir haben allerdings noch schwere Wochen durchzuhalten, bis die neue Ernte in Verbrauch genommen werden kann, aber auch für diese Zeit ist dank der rumänischen Zufuhren wohl bei zugestandener Knappheit eine ernstliche Sorge unbegründet. Wir können sicher hoffen, daß in wenigen Wochen eine Erleichterung der Ernährung eintritt, und zwar nicht bloß eine vorübergehende. Es muß nämlich hiebei noch erinnert werden, daß auch Serbien in diesem Jahre in der Lage sein wird, uns Ueberschüsse zur Verfügung zu stellen. Die dort befindlichen Truppen werden nicht bloß ganz aus dem Lande ernährt werden, was im Vorjahre nicht vollkommen der Fall war, sondern es wird auch möglich sein, nach Montenegro und Albanien und nach Oesterreich-Ungarn Ueberschüsse, namentlich in Futtergerste, abzugeben. Auch verspricht die Zwetschkenernte einen guten Ertrag.

Wie sieht es bei unseren Feinden aus? Aus Rußland liegen nur spärliche Nachrichten vor. Die Ernte ist jedenfalls dort keine reiche, aber die Schwierigkeiten in der Ernährung kommen nicht aus den Ernteverhältnissen, sondern hauptsächlich aus den Verkehrsschwierigkeiten. Da in den den Hauptstädten näher gelegenen Produktionsgebieten nach den bisherigen Nachrichten die Ernteaussichten jedenfalls nicht günstige sind und nur aus den ferneren südrussischen und sibirischen Gegenden entgegengesetzte Meldungen vorliegen, dürften die Ernährungsverhältnisse in den russischen Städten — und darum handelt es sich hauptsächlich — sich nicht bessern. Aus Italien verlautet, daß das Ernteergebnis unbefriedigend ist. Der italienische Ackerbauminister hat selbst den Importbedarf mit 20 Millionen Meterzentner Weizen geschätzt und dabei auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche die Einfuhr eines solchen Weizenquantums bedeutet. Besonders ungünstig sind die Ernteaussichten in Frankreich. Man schätzt die Weizenernte auf 44 Millionen Meterzentner, das ist reichlich 40 Millionen Meterzentner weniger, als der normale französische Weizenertrag umfaßt. Wenn wir nun für England nur den regelmäßigen Importbedarf von 50 Millionen Meterzentner Weizen annehmen, so ergibt sich für diese drei Ententeländer schon ein Einfuhrquantum von über 100 Millionen Meterzentner. Daß die Vereinigten Staaten dasselbe allein nicht decken können, ist selbstverständlich, wenn die Ernte auch besser ausgefallen ist, als man erwartet hat und nach den letzten Berichten sogar etwas größer ist als im Vorjahre, aber immer noch ungünstiger als im Quinquennium 1911 bis 1915. Die amerikanischen Getreidemärkte verkehrten zwar bis Ende Juni und Anfang Juli in matter Tendenz, aber hauptsächlich nur deshalb, weil fortwährend Gerüchte im Umlauf waren, daß ein Ausfuhrverbot erlassen würde. Man befürchtete, daß Präsident Wilson die Vollmacht, durch die er alle zur Ausfuhr bestimmten Lebensmittel mit Beschlag belegen konnte, sofort in Anwendung bringen würde. Soweit ist Wilson bisher noch nicht gegangen, aber vorläufig ist der Export von Lebensmitteln an eine Ausfuhrbewilligung gebunden. Seitdem dies bekannt wurde, haben die Preise in den Vereinigten Staaten wesentlich angezogen. Ein Ausfuhrverbot ist infolge des Einschreitens der Westmächte nicht erlassen worden; wohl kontrolliert aber ein eigenes Komitee den Export, bestimmt genau jene Mengen, welche den Neutralen und welche den alliierten Westmächten gegeben werden. Die Entente und die Neutralen stehen also unter einer strengen Nahrungskontrolle der Vereinigten Staaten, deren Wirkung sich heute schon bei den letzteren in einer Art fühlbar macht, welche von einer Rationierung von Brot und Mehl nicht mehr weit entfernt ist. Aber auch Frankreich und England, die immer das deutsche und österreichisch-ungarische System der Reglementierung des Verbrauches mit Hohn überschüttet haben, werden ihm sicher nicht entgehen. Man kann immer wieder nur, wenn man das Ziffernmaterial nüchtern prüft, Erntemengen und Konsumziffern miteinander vergleicht, zu dem Resultate kommen, daß die Brot- und Mehlfrage für die Westmächte in der heurigen Kampagne in ein akutes Stadium treten wird und in diesen Ländern bald die Sorgen in viel drohenderer Form auftreten werden und müssen als bei uns. Hiebei ist die U-Boot-Gefahr noch gar nicht als ausschlaggebender Faktor in Betracht gezogen, und doch wird schließlich die Frachtraumfrage die Schwierigkeit der Getreidebeschaffung in wenigen Monaten noch wesentlich steigern.

Fremdenblatt
2./VIII. 1917

262

Die Weizen-Weltnot.

Nach dem Berichte des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom blieb die Welternte des Jahres 1916, beziehungsweise bei den Staaten der südlichen Hemisphäre (Argentinien, Australien und Indien) der Kampagne 1916/17, in allen Getreidearten um 1 Sechstel hinter dem Vorjahre und um 1 Dreizehntel hinter dem Durchschnitt der Jahre 1911—1915 zurück. Besonders groß war der Rückgang der Weizenernte, der gegen das Vorjahr fast 25 Prozent, gegen den Durchschnitt etwa 12 bis 13 Prozent beträgt. Die Folge davon ist, daß in fast allen Staaten, auch den Exportstaaten, die Vorräte zur Zeit der neuen Ernte fast vollständig erschöpft sein werden, und daß über den Versorgungsgrad der Nationen einzig und allein der Ausfall der neuen Ernte 1917 entscheiden wird.

Die Bilanz der Weizenversorgung für die Zentralmächte ist bald gemacht. Hier kommen als ausländische Versorgungsgebiete nur die okkupierten Länder, vor allem Rumänien, ferner in geringerem Maße Bulgarien in Betracht. Im Frieden war das Importbedürfnis der Zentralmächte nicht groß. Deutschland führte in den letzten Friedensjahren im Durchschnitt jährlich etwa 15 Millionen Meterzentner Weizen netto ein; Oesterreich-Ungarn kam in guten Jahren so ziemlich mit der eigenen Produktion aus, in schlechten Jahren mußte es bis zu 2 Millionen jährlich importieren. Wenn also sonst alles gleich geblieben wäre, würden die 15 Millionen Hektoliter Weizen, die wir aus Rumänien heuer zu erwarten haben, das Manko so ziemlich decken. Da aber infolge des Mangels an Arbeitern und an Düngstoffen der Ernteertrag sowohl bei uns wie im Auslande beträchtlich zurückgegangen ist, so sind wir natürlich nicht in der Lage, den Konsum in normaler Weise zu befriedigen. Wohl aber ist anzunehmen, daß, wenn die Ernte nicht geradezu schlecht ausfällt, wir auf Basis der bisherigen Konsumeinschränkungen und Streckungsmethoden auch heuer durchkommen werden, ja vielleicht sogar etwas besser als bisher, da nicht nur die rumänischen Zufuhren größer sein werden als zuvor, sondern auch der verbesserte Anbau in Serbien, Russisch-Polen und Wolhynien eine leichtere Selbstversorgung unserer in diesen Gebieten stehenden Truppen gestattet. Anders steht die Situation bei den feindlichen Staaten, die erst heuer die wirtschaftliche Kriegsnot in vollem Maße zu fühlen bekommen werden.

Der Importbedarf Englands beträgt 63, derjenige Frankreichs 40 bis 45, Italiens 25 Millionen Meterzentner. Zusammen brauchen diese drei Staaten 128 bis 133 Millionen Meterzentner. Dazu käme noch der Bedarf Belgiens, der auf 7,4 und Portugals, der auf 1,5 Millionen Meterzentner geschätzt wird. Zusammen brauchen daher unsere europäischen Feinde — von dem Exportstaat Rußland abgesehen — rund 140 Millionen Meterzentner Weizen. Sollen auch noch die neutralen Staaten Europas, und zwar Holland mit 10, Skandinavien mit 6,5, die Schweiz und Griechenland mit je 5,4, Spanien mit 2,5 Millionen Meterzentner versorgt werden, so ergibt sich für Feinde und Neutrale in Europa ein Gesamtimportbedarf von zirka 170 Millionen Meterzentner. Wie soll dieser Bedarf befriedigt werden?

Im Frieden kam für die Weststaaten vor allem der Weizenexport Rußlands in Betracht: Rußland erzeugte früher über 200 Millionen Meterzentner, wovon es die Hälfte exportierte. Abgesehen davon, daß die Ausfuhrwege Rußlands jetzt gesperrt sind, mit Ausnahme der Route über Archangelsk, auf der nur verhältnismäßig kleine Quantitäten ausgeführt werden können, ist die russische Produktion gewaltig zurückgegangen und der innere Verbrauch — eingerechnet die Verschwendung und den Warenverderb — hat sich bedeutend erhöht. Nach den Erklärungen des Ministers Schingarew umfaßten die Heeresankäufe zu Anfang des Krieges 200 Millionen Pud, oder etwa 1 Sechstel der russischen Eigenerzeugung, im zweiten Kriegsjahre infolge der Flüchtlingsfürsorge und anderer Umstände bereits 500 bis 600 Millionen Pud, für 1916/17 mußte das Reich schätzungsweise 980 Millionen Pud übernehmen, fast das ganze in den Handel kommende Quantum. Die Anbaufläche ist im Jahre 1916 allein um 10 Millionen Deßjatinen oder 10 Prozent zurückgegangen, die Kultivierung des Bodens ist selbstverständlich schlechter geworden. Am 1. Dezember 1916 betrugen die sichtbaren Weizenvorräte Rußlands etwa 1,25 Millionen Meterzentner gegen 8 Millionen vor zwei Jahren. Daß infolge der Revolution und der Unsicherheit der Agrarverhältnisse die Produktion noch weiter abgenommen hat und die Ernte 1917 nicht viel verspricht, ist selbstverständlich. Hat Rußland in den letzten Jahren vielleicht doch noch 5 Millionen Meterzentner Weizen über Archangelsk exportiert, so dürfte es heuer kaum in der Lage sein, überhaupt etwas auszuführen. Auch in den Vereinigten Staaten ist der Ernteertrag seit zwei Jahren im Rückgang begriffen, nicht durch Zufall, sondern aus ähnlichen Gründen wie in Europa. Die forcierte Entwicklung der Rüstungsindustrie hat der Landwirtschaft ihre Arbeiter entzogen — sollen doch im zweiten Semester 1916 allein 500.000 Neger aus den Baumwolldistrikten nach dem Norden abgewandert sein — und es fehlt an verschiedenen Dungstoffen, vor allem an den deutschen Kalisalzen. Die Weizenernte 1915 mit zirka 1 Milliarde Bushel (= rund 250 Millionen Meterzentner) war ein Rekord gegenüber einem Durchschnitt von 187 Millionen Meterzentner in der Periode 1909—1913. Dagegen ergab die Ernte von 1916 nur 640 Millionen Bushel (= 135 Millionen Meterzentner) und die Ernte pro 1917 wird auf 656 Millionen Bushel, rund 140 Millionen Meterzentner, geschätzt. Das Erträgnis an Winterweizen soll das ungünstigste seit Jahrzehnten sein, jedoch dürfte der Ausfall wenigstens dem Vorjahre gegenüber durch den vermehrten Anbau von Winterweizen eingebracht sein. Welches ist nun die Exportfähigkeit der Vereinigten Staaten unter der — wahrscheinlichen — Annahme, daß die Vorräte so ziemlich erschöpft sind? Der Eigenbedarf der Vereinigten Staaten wird — inklusive 50 Millionen Bushel Saatgetreide — mit 600 Millionen Bushel berechnet. Demnach könnten insgesamt 56 Millionen Bushel oder 14 Millionen Meterzentner exportiert werden. Zwar fordert der Ernährungsorganisator Hoover die Hausfrauen auf, wöchentlich einen Brotlaib weniger zu verbrauchen; dadurch würden die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt, um 100 Millionen Bushel (= 25 Millionen Meterzentner) mehr zu exportieren. Aber, ob nun diese Rechnung richtig ist oder nicht, ist es jedenfalls nicht wahrscheinlich, daß die Mehrzahl der Hausfrauen Amerikas diesem Rufe Folge leisten wird. Nur eigene Not bringt solche Opfer. Ueberdies haben die amerikanischen Arbeiter bereits gegen den forcierten Getreideexport und die hohen Getreidepreise Stellung genommen; ihr Führer Gompers hat schwere Arbeiterunruhen angekündigt, falls Wilson nicht rasch durch ein Lebensmittelkontrollgesetz dem Preiswucher ein Ende macht, und forcierter Export müßte die Preise in die Höhe treiben, selbst bei staatlicher Bewirtschaftung des Getreides.

Auch in Kanada gab es 1915 eine Rekordernte mit 427 Millionen Bushels (= 107 Millionen Meterzentnern) gegenüber einem Durchschnitt von 55,7 Millionen Meterzentnern. Im Jahre 1916 ist die Ernte wieder auf den Durchschnitt gesunken (220,4 Millionen Bushel = 55 Millionen Meterzentner). Im Jahre 1917 dürfte ein weiterer Rückgang eintreten. Symptomatisch ist jedenfalls, daß der Preis für das Barrel Mehl von 5 Dollar (vor dem Krieg) auf 19 Dollar gestiegen ist. Für Argentinien wurde der Exportüberschuß von dem französischen Abgeordneten Posnier auf 10 Millionen Tonnen berechnet. Wenn aber die Ernteschätzung von 21 Millionen Meterzentnern gegen 47 Millionen Meterzentnern im Vorjahre und 40,5 Millionen Meterzentner im Durchschnitt richtig ist, wird Argentinien heuer gar nichts oder sehr wenig exportieren können. Tatsächlich wurde ja zu Anfang dieses Jahres ein Ausfuhrverbot erlassen, das auch gegenüber den Drohungen der Vereinigten Staaten mit geringen Einschränkungen aufrechterhalten wurde.

Sonst kommen als Exportländer noch in Betracht Indien und Australien. Die Ernteaussichten in Indien sollen günstig sein; der Ertrag wird auf 99,3 Millionen Meterzentner geschätzt gegen 95,7 Millionen Meterzentner im Durchschnitt. Indes ist diese Produktion für die ungeheure indische Bevölkerung nicht eben groß; es könnten bestenfalls 12 bis 15 Millionen Meterzentner exportiert werden. Die Hoffnungen Englands richten sich auf Australien. Ziffermäßige Ernteschätzungen für diesen Weltteil liegen nicht vor; aber nach englischen Zeitungen liegen in den australischen Häfen ganz ungeheure Getreidemengen, die von der englischen Regierung aufgekauft sind und auf Schiffsraum warten. Jedenfalls ist ihre Verschiffung nicht leicht — eine Fahrt dauert 3½ bis 4 Monate. Mangels jeder statistischen Unterlage können wir für Australien nicht mehr als die Ziffer Cosniers: 15 Millionen Meterzentner Exportüberschuß in unsere Rechnung einstellen. Die Exportüberschüsse der französischen Kolonien sind unbedeutend: aus Algier können etwa 2 Millionen Meterzentner bezogen werden, aus Marokko trotz der schärfsten Regierungsmaßnahmen nicht mehr als 0,5 Millionen Meterzentner Weizen, dagegen wie verlautet, 2 Millionen Meterzentner Gerste.

Die Bilanz ist folgende: Rußland kann maximal 5 Millionen Meterzentner exportieren, die Vereinigten Staaten 14 Millionen, Kanada 15, Argentinien 0, Indien 15, Australien 15, die französischen Kolonien 2,5 Millionen Meterzentner. Insgesamt ergibt sich eine Exportmenge von rund 67 Millionen Meterzentner, welche einem Importbedarf von 140 Millionen bei den feindlichen Staaten Europas gegenübersteht. Das ist also, wenn wir von den neutralen Staaten ganz absehen, ein Defizit von 73 Millionen Meterzentnern = mehr als 50 Prozent des Importbedarfes und etwa 30 Prozent ihres gesamten Konsums. Ja, selbst wenn wir den exzessivsten Hoffnungen Glauben schenken und den australischen Exportüberschuß mit 40 statt mit 15 Millionen Meterzentnern einstellen, bliebe immer noch ein Defizit von zirka 50 Millionen Meterzentnern oder von 35 Prozent des Importbedarfes.

England, Frankreich und Italien, als Gesamtheit angenommen, müßten daher ihren Weizenkonsum um 30 Prozent einschränken — gegenüber dem Vorjahrskonsum — selbst wenn der U-Boot-Krieg nicht existierte mit seinen Wirkungen der Einschränkung des Frachtraumes und der Versenkung von Getreideladungen. Was das zu bedeuten hat, möge sich jeder selbst klar machen. Das ist sicherlich ein Moment, das die Kriegslust in den feindlichen Ländern ganz wesentlich herabstimmen wird. Freilich wird es noch im Frieden nachwirken und die Handelspolitik entscheidend beeinflussen müssen. Kein Staat wird dann denken können, sich gegen die Getreidezufuhr abzusperren, jeder wird vielmehr darauf bedacht sein müssen, möglichst viel ausländisches Getreide ins Land zu bringen. Die Zentralmächte werden dann vielleicht insofern im Vorteile sein, als sie Grenznachbarn des größten Getreideproduzenten, Rußlands, sind, freilich nur für den Fall, daß sich die innerpolitischen Verhältnisse dieses Staates bald wenigstens soweit konsolidieren, daß sie die Wiederaufnahme einer normalen landwirtschaftlichen Produktion ermöglichen.

Pester Lloyd

9./VIII. 1917

271

Volkswirtschaft.

Hungersnotgefahr drängt die Entente zu schleunigem Friedensschluß.

Von **Kálmán Rajner**,
vorm. Generaldirektor der Pester Walzmühl-gesellschaft.

Budapest, 8. August.

In einem im Morgenblatte des Pester Lloyd vom 2. Juni d. J. erschienenen Artikel wurde, auf Grund der vom Internationalen Institut für Landwirtschaft in Rom veröffentlichten Daten für das nun ablaufende Erntejahr 1916/17 ein Versorgungsdefizit aller Getreidesorten von 35¾ Millionen Meterzentnern nachgewiesen. Die Richtigkeit dieses mit Ausschluß der Ziffern für die von dem Mittelmächtebund abgeernteten und versorgten eigenen und damals besetzt gewesenen fremden Ländergebiete verfertigten Ausweises ist seither bereits durch die Tatsache praktisch bekräftigt, daß der Jammer über die Brotnot in den Ententeländern täglich zunimmt. Es erscheint aber auch heute noch fraglich, ob unsere Feinde bis zur Verwendbarkeit ihres heurigen neuen Getreides ihr Auslangen finden werden, ohne wenigstens teilweise schon einer Hungersnot zu verfallen.

Im nachfolgenden geben wir nun ein die weitere Zukunft betreffendes Gesamtbild von den Versorgungsmöglichkeiten der Ententevölker angesichts der gegenwärtigen Aussichten für die Ergebnisse der heurigen neuen Ernten.

Nach diesen den ententeseitigen Meldungen darüber entnommenen, also gewiß nicht pessimistisch gefärbten Ernteaussichten kann bereits festgestellt werden, daß für die Entente in der nächsten Getreidekampagne 1917/18 ein das obengenannte vorjährige weit übertreffendes, noch nie dagewesenes enormes Versorgungsdefizit mit ganz unabsehbaren Folgen bevorstehend ist.

Von den einzelnen, noch als Staaten existierenden feindlichen Ländern sprechend, verweisen wir bezüglich Rußlands auf die in dortigen öffentlichen Versammlungen geschehenen offiziellen Verlautbarungen, die die Volksernährung, namentlich in den Städten, und ebenso die Verpflegung der Armeen als unter einer schweren Krisis leidend darstellen, womit der Mangel an Getreidevorräten aus der vorjährigen Ernte offenkundig gemacht ist. Der Getreideanbau ist im letzten Herbst und dann infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse noch mehr im Frühjahr heuer sehr mangelhaft gewesen, nachträglich im europäischen Rußland durch große Ueberschwemmungen, in Sibirien aber durch Trockenheit verringert worden. Wenn nun die männliche Landbevölkerung noch weiter im Kriegsdienst bleiben sollte, so wird es für die heurigen Ernte- und Druscharbeiten wieder an der nötigsten Arbeitskraft fehlen. All das zusammengefaßt mit dem jüngst erschienenen amtlichen Bericht über den Saatenstand, läßt als bestes Resultat eine halbe russische Fechsung für heuer annehmen. Dieses dürfte indessen den Bedarf des Reiches um so weniger decken können, als die Bauern bei Fortdauer des Krieges ihr Getreide immer schwerer hergeben und die Transportmittel zur gehörigen Verteilung immer weniger genügen werden. Jedenfalls aber steht es heute schon außer Zweifel, daß die westeuropäischen Getreideimportländer aus Rußland, ebenso wie aus Rumänien, wenigstens bis nach der zweitnächsten Ernte, das ist derjenigen im Jahre 1918, Getreide nicht zu erwarten haben.

In Italien hat gegenüber dem durch den Kriegszustand wesentlich vergrößerten Bedarf an Brotgetreide die Produktion bedeutend abgenommen. Im Jahre 1915 war schon ein Import an fremdem Weizen von 22½ Millionen Meterzentnern erforderlich — ungefähr 10 Millionen Meterzentner mehr, als durchschnittlich vor dem Kriege. In welch desolatem Zustande sich seit der Erschwerung des Imports die Ernährungsverhältnisse Italiens befinden, ist durch die zahlreichen Hungerkrawalle und unter anderem durch eine amtliche Mitteilung gekennzeichnet, in der selbst in dem fruchtbarsten Teile Italiens, der Lombardei, größte Not außer an Brotgetreide auch an Mais und Reis beklagt wurde. Wir werden also nicht fehlgehen, wenn wir, mit Berücksichtigung des offenbaren Mangels an Uebergangsvorräten, in unseren späteren Berechnungen als von Italien für das Erntejahr 1917/18 unbedingt benötigtes Importquantum 25 Millionen Meterzentner Weizen einstellen.

In Frankreich erklärte der Verpflegsminister, daß eine Anfang Juni erfolgte Vorrats- und Bedarfsaufnahme mit einem Fehlquantum von 11 Millionen Meterzentnern gegenüber dem Erfordernis bis zur neuen Ernte die Versorgung mit Brotgetreide nur bis Juli als gesichert erscheinen ließe, so daß eine Hungersnot eigentlich schon vor der Tür stünde! Auf Grund amtlicher Angaben kann weiter festgestellt werden, daß auf der infolge mangels an Zugvieh, an Dünger und besonders an landwirtschaftlicher Arbeitskraft gegen das Jahr 1914/15 heute bereits um 30 Prozent verminderten Anbaufläche die Saaten viel gelitten haben, so daß die neue Ernte nur ein Ergebnis von ungefähr 40—45 Millionen Meterzentnern Weizen, d. i. bloß die Hälfte einer normalen Durchschnittsfechsung, liefern wird. Gewiegte französische Kenner der dortigen Verhältnisse äußern öffentlich die Besorgnis, daß für Frankreich im nächsten Winter eine Zeit der höchsten Brotnot eintreten werde. Da der Weizenbedarf Frankreichs jährlich 85—90 Millionen Meterzentner beträgt, so glauben wir, zur Deckung desselben im nächsten Erntejahr 1917/18 bei der

die letzteren dürften auch dadurch beeinträchtigt worden in, sowie es auch die Einheimsungsarbeiten sein werden, ß aus dem noch wenig bevölkerten Lande große Kongente arbeitsfähigster Männer für den militärischen ienst Englands weggezogen wurden, während die regeäßige Einwanderung infolge des Weltkrieges entfallen t. Nach Abschlag des somit wohl eher viel zu hoch als niedrig geschätzten kanadischen Weizenxports im nächsten Erntejahr 1917/18 mit den benerwähnten 25 Millionen Meterentnern von dem zu decken noch übrig gebliebenen bigen Bedarfsquantum von 119·2 Millionen Meterzentern, erscheint als die nunmehr von den ereinigten Staaten ganz allein zu beorgende Exportmenge mit 94·2 Millionen Meterzentner Weizen.

Der amtliche Monatsbericht des landwirtschaftlichen ureaus pro 1. Juli l. J. schätzt dagegen — bis auf nz unwesentliche Differenzen mit drei privaten Schätzunen übereinstimmend — das zu erwartende rgebnis der heurigen Ernte in den Vereinigten Staaten von Winterweizen auf 02 Millionen Bushel und von Frühjahrseizen auf 276 Millionen Bushel, die gesamte eizenernte also auf 678 Millionen Bushel. er heimische Bedarf für Saatgut und für den ormalen Konsum der Vereinigten Staaten ird von allen kompetenten Stellen gleichmäßig mit rund 00 Millionen Bushel angegeben. Demnach werden 8 Millionen Bushel, das sind 21·23 Millionen Meterzentner verbleiben als zu eglichem Weizenexport verfügbarer eberschuß aus der heurigen Fechsung der Vereinigten Staaten für das Erntejahr 1917/18. Mit ausührbaren Vorräten aus den früheren ahren darf jetzt gar nicht gerechnet werden. Der obige Regierungsbericht schätzt nämlich die am . Juli l. J. in den Händen der Produzenten befindlich ewesenen Weizenvorräte auf nur 15 Millionen Bushel, as sind bloß 3·86 Millionen Meterzentner. Dieses wohl um jemals so minimal gewesene Vorratsquantum sowie le sonstigen Weizenvorräte, die man aus Nordamerika s zum 1. Juli nicht exportieren konnte oder wollte, erden bestenfalls nur knapp ausreichen, um den heimihen Bedarf noch bis zur allgemeinen Verwendungsmögchkeit des neuen Weizens, beziehungsweise bis zu dem am . August eintretenden Beginn des neuen Erntejahres 917/18 zu decken. Demgemäß werden die Vereinigten taaten von dem wie oben gesagt als ihrerits allein zu deckenden Defizit im nächsten ntejahre von 94·2 Millionen Meterzentnern oß den oben ausgewiesenen Ueberschuß aus der urigen Ernte von 21·2 Millionen Meterzentnern der ntente überlassen können. So ergeben sich denn 3 Millionen Meterzentner Weizen als as unter den obwaltenden außerordentichen Verhältnissen enorme Fehlquanum, für dessen Beschaffung die Ententeänder, sowie die mitzuversorgenden berseeischen Gebiete und westeuroäischen Neutralen von nirgendher in er ganzen Welt Aushilfe bekommen önnen, wenn der Weltkrieg nicht schleuigst mit einem vernünftigen Friedensschluß beendigt wird.

Bei solchem Stande der Dinge können wir es füglich anz den verantwortlichen Machthabern der Entente — ie Vereinigten Staaten dazu gerechnet — überlassen, für ich selbst zu berechnen, um welches Quantum sich as obige Defizit, das schon allein katastrophale olgen zu zeitigen geeignet ist, infolge des von hnen uns aufgezwungenen Unterseeootkampfes noch vergrößern wird.

Wir glauben mit unseren Erörterungen von der Verorgungsmöglichkeit unserer Feinde mit dem nötigsten ebensunterhalt ein genügend klares, der Wirklichkeit ntsprechendes Bild gegeben zu haben. Daß eine langsam, aber sicher in immer nähere Sicht tretende Hungersnotefahr für unsere Feinde, besonders für England, voranden ist, das hat jüngst Lloyd George selbst bestätigt mit seinem pathetischen Ausrufe, daß Deutschland nicht mstande sein werde, England auszuhungern. Dieser Abehrschrei bedeutet eine große Genugtuung für uns und nsere Verbündeten, deren Aushungerung gerade Lloyd George immer am lautesten angedroht hat. Nun weiß er ohl, daß die günstigen Ergebnisse der zu unserer Verfüung stehenden neuen Ernten uns vor solcher Not auf in weiteres Jahr vollständig sichern. Ja, wir werden iesmal sogar hoffentlich recht ansehnliche Reservevorräte chaffen können im Wege der bei uns schon eingebürgerten riegsmäßigen Einschränkung des Verbrauches, mit der ir in den bisherigen drei Kriegsjahren trotz der Mißrnten unser Auskommen gefunden haben.